L 70000
39
1917-18
20./X. - 31./V.
Handel u. Gewerbe
A
allgem.
6

Die Zeit Abend
20./X. 1917

b

Gewerbe und Handwerk während des Krieges.

Kürzlich wurde im Festsaal des Niederösterreichischen Gewerbevereins die diesjährige Tagung des Reichsverbandes der Gewerbevereine Oesterreichs abgehalten, zu der gegen fünfzig Vereine aus ganz Oesterreich mehrere hundert Vertreter entsendet hatten, der der Präsident des Abgeordnetenhauses Dr. Groß und zahlreiche Abgeordnete, ferner Vertreter der Ministerien, der Gewerbeförderungsinstitute, des Zentralgewerbeinspektorats, der Handels- und Gewerbekammern sowie der industriellen und kaufmännischen Körperschaften, weiter der übrigen freien und genossenschaftlichen Organisationen des Gewerbes sowie der kreditgenossenschaftlichen Verbände beiwohnten. Den Vorsitz führten Präsident Ing. V. Ludwig (Wien) und Vizebürgermeister Raske (Brünn). Zunächst sprach Geheimer Rat Sektionschef Dr. Exner über die Fürsorge für gewerbliche und industrielle Arbeiter, die als Kriegsbeschädigte zurückkehren. Er schilderte die bisherigen großen Erfolge der Prothesenaktion, der Invalidenschulen u. a., und bezeichnete es unter großem Beifall als eine Hauptaufgabe der Gewerbevereine, dafür zu sorgen, daß die Kriegsverletzten womöglich in ihrem bisherigen oder einem verwandten Beruf, und zwar dauernd und mit Erfolg verwendet werden. Der Präsident des Reichsverbandes Ing. V. Ludwig erstattete den Tätigkeitsbericht. Stadtrat Lustig (Brünn) berichtete über die gewerbliche Kriegskredithilfe, Regierungsrat Kammersekretär Dr. Mayer (Brünn) über die Forderungen von Gewerbe und Handel in der Uebergangswirtschaft. In einer längeren Aussprache, an der sich zahlreiche Vertreter aus allen Teilen des Reiches beteiligten, wurde die traurige Lage des Gewerbes und des Handwerks geschildert. Allgemein kam die Meinung zum Ausdruck, daß gerade der Gewerbestand durch den Krieg ungleich mehr gelitten habe als Landwirtschaft und Arbeiterschaft. Im Sinne der Anträge der Berichterstatter beschloß die Tagung einstimmig, die bereits angebahnte einheitliche Zusammenfassung aller freien und genossenschaftlichen gewerblichen Organisationen zu verstärken und zu einer machtvollen wirtschaftspolitischen Organisation auszugestalten, ebenso die Fühlungnahme mit den industriellen und kaufmännischen Organisationen zu vertiefen. Weiter wird die Regierung aufgefordert, den Gewerberat, der seit Mai 1914 nicht mehr tagte, ehestens wieder einzuberufen. Einem Antrag des Vorsitzenden gemäß wird sich die Leitung des Reichsverbandes angesichts der vielfach unzulänglichen Vertretung und Organisation von Gewerbe und Handel damit befassen, wie anläßlich der geplanten Verfassungsreform die Zusammensetzung des Herrenhauses in dem Sinne geändert werden könnte, daß die einzelnen großen wirtschaftlichen Berufsgruppen in diesem Hause in entsprechender Zahl Sitz und Stimme haben.

Der Abend
20./X. 1917

2

Die besorgte Industrie.

Wie noch jedesmal, wenn ihr Gewinn einigermaßen beschnitten werden und der Reichtum zu den öffentlichen Lasten herangezogen werden soll, erheben die industriellen Verbände „energischen Widerspruch". Dieses Mal geht es selbstverständlich gegen die Steuervorschläge des Abg. Steinwender; die industriellen Verbände sehen natürlich ganz gut ein, daß man die ungeheuren Lasten des Krieges nicht ohne Steigerung der Einkünfte bestreiten kann; sie begreifen auch, daß man, um die Einkünfte zu steigern, die Abgaben erhöhen muß; nur das eine will ihnen nicht einleuchten, warum es auch sie treffen soll, wenn sie von dem, was ihnen der Krieg gebracht hat, etwas auslassen sollen, so freut sie das ganze Kriegführen — der anderen — nicht. Es bleibe dahingestellt, ob dieser Widerstand der Industrie sehr in ihrem eigenen Vorteil liegt; die Zeiten haben sich einigermaßen geändert, und es gilt nicht mehr als unabänderliches Gesetz, daß man immer nur denen, die nichts haben, alle Lasten aufbürden und die, denen ohnehin schon alles gehört, verschonen müsse; man scheint sich einigermaßen mit dem Gedanken befreundet zu haben, daß auch die ganz Reichen einiges zu den öffentlichen Abgaben beitragen müssen, namentlich nach einem Kriege, der in erster Reihe zum Schutze des Besitzes und des Gelderwerbes geführt wurde und ihnen den allergrößten Vorteil gebracht hat. Ist es sonderlich klug, durch „energischen Widerspruch" immer wieder an den Widerspruch zwischen Profit und Teilung der Lasten zu erinnern?

Wie jedes Mal, wenn sie protestieren, kommen die Wortführer der Industrie auch dieses Mal mit den abgebrauchtesten „Argumenten"; vor allem mit dem Bangemachen, über das man schon Nacht. Wieder wird gedroht, daß das Kapital geradezu abgeschreckt würde, sich an industriellen Unternehmungen zu beteiligen; leider sagen uns die Weisen von den Verbänden nicht, ob das Kapital dann überhaupt darauf verzichten werde, was sein Lebensberuf ist, nämlich ohne Arbeit Profit zu machen; und wenn nicht, was das Kapital mit sich anfangen werde. Wird es in die Banken gehen, sich auf Sparbüchel einlegen? Und wenn selbst: was werden die Banken mit den Spargeldern anfangen? Man verschone uns doch mit solchen fadenscheinigen Angstmachereien, die geradezu beleidigend sind. So etwas glaubt doch nicht einmal mehr der gutwilligste Sektionschef des Fachministeriums. Höchstens daß etwas anderes geschehen könnte: wenn der Profit durch angemessene Steuern und Abgaben einigermaßen bescheidener wird, muß auch die Bewertung der industriellen Aktien, zu deutsch der Börsenschwindel, geringer werden. Man wird den Gewinn wie bisher kapitalisieren, nur daß die Kapitalisierung bei geringerem Gewinn geringer sein wird.

C.

Reichspost

20./X. 1917

Zentralverband von gewerblichen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften.

Unter dem Vorsitze des LA. Bielohlawek fand gestern im Sitzungssaale des Alten Rathauses eine Sitzung des Zentralverbandes von gewerblichen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften Niederösterreichs statt, welcher auch Landmarschall Prinz von und zu Liechtenstein, Bezirkshauptmann v. Pfersmann vom Ministerium für öffentliche Arbeiten und der Konsulent des Gewerbeförderungsamtes kais. Rat Stratzkaney sowie in Vertretung des Magistrates Magistratssekretär Doktor Schwarz beiwohnten. In seiner Ansprache wies Landesausschuß Bielohlawek auf die außerordentliche Entwicklung des seit kaum einem Jahre bestehenden Verbandes hin. Das Ansuchen um Aufnahme neuer Genossenschaften habe es notwendig gemacht, eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen und das Stammkapital zu erhöhen. Es sei mit Freude zu begrüßen, daß die Genossenschaften den Bestrebungen des Verbandes volles Verständnis entgegenbringen und durch den Anschluß an den Verband sich vom Großkapital unabhängig machen. — Namens des Ministeriums für öffentliche Arbeiten gab Bezirkshauptmann v. Pfersmann seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß der Verband nach so kurzer Tätigkeit derart glänzende Erfolge aufzuweisen habe. Er gab der Erwartung Ausdruck, daß der Verband auch in der Zeit der Uebergangswirtschaft dem mittelständischen Gewerbe über die zweifellos großen Schwierigkeiten hinweghelfen werde. — Direktor Zimmerl erstattete den Bericht der Geschäftsleitung, welchem zu entnehmen ist, daß die an die gewerblichen Genossenschaften bewilligten Kredite mehr als drei Millionen betragen. Er erwähnte, daß es trotz der Schwierigkeit der Warenbeschaffung (Beschlagnahme aller Rohmaterialien usw.) möglich war, einzelnen Genossenschaften dringend benötigte Waren zu verhältnismäßig sehr günstigen Bedingungen abzugeben. Durch den Ankauf des Hauses Zieglergasse 5 sei es möglich geworden, große Lagerräume für Rohmaterialien, deren Einkauf der Verband nach Beendigung des Krieges besondere Aufmerksamkeit zuwenden wird, zu sichern. Der Gesamtumsatz seit Beginn der Geschäftstätigkeit betrage rund 50 Millionen Kronen. Die den Genossenschaften gegebenen Darlehen wurden zu sehr günstigen Bedingungen gewährt, anderseits wurden für Kontokorrenteinlagen ein viertel bis ein halbes Prozent mehr als von den Großbanken geboten. Nach Erstattung des Berichtes des Aufsichtsrates wurde der Antrag auf Erhöhung des Stammkapitals von 840.000 Kr. auf 900.000 Kr. genehmigt. — Nach einem Bericht des Landesinspektors Heinl wurde dem Gesellschaftsvertrag mit der Einkaufsstelle der Gemeinschafts- und Kriegsküchen die Zustimmung erteilt. — Der Präsident des Deutschösterreichischen Gewerbebundes GR. Breuer legte sodann eine Denkschrift an die Regierung und an die beiden Häuser des Reichsrates wegen endlicher Schaffung der Genossenschaftszentralkasse vor. Die Regierung habe bereits im Jahre 1906 eine diesbezügliche Vorlage eingebracht, welche hauptsächlich mit dem Hinweis darauf angefochten wurde, daß die notwendige Organisation der Genossenschaften fehle. Seitdem haben sich in fast allen Kronländern Landesverbände gebildet und die Staatsverwaltung sei an der weiteren Ausgestaltung der Lieferungsgenossenschaften besonders interessiert, damit sie nicht bei großen Aufträgen auf die Industrie allein angewiesen sei; hiezu komme noch, daß der Einkauf von Rohstoffen auch nach Friedensschluß ungeheueren Schwierigkeiten begegnen werde und daß die Gewerbetreibenden für diesen Zweck den Kredit in außerordentlicher Weise in Anspruch nehmen werden. Das seinerzeit in Aussicht genommene, vom Staate beizustellende Grundkapital von sechs Millionen Kronen müsse, den heutigen Verhältnissen Rechnung tragend, mit einem bedeutend höheren Betrage festgesetzt werden. Die Preußenkasse, die im Bruderreiche eine so außerordentlich segensreiche Tätigkeit entfaltet und die auf einen Milliardenumsatz im Jahre verweisen kann, solle als Beispiel dienen. Nach einem Schlußworte des Landesausschusses Bielohlawek, welcher darauf hinwies, daß die gesamte Aktion vom Landesausschusse Niederösterreichs ausgehe, wurde die Versammlung geschlossen.

Neues Wiener Tagblatt

20./X. 1917

4

Die Vertreter der großen technischen Vereinigungen beim Ministerpräsidenten.

Organisation des Elektrizitätswesens im Arbeitsministerium.

Gestern hat Ministerpräsident Dr. v. Seidler im Beisein des Ministers für öffentliche Arbeiten v. Homann im Abgeordnetenhaus eine Abordnung, bestehend aus den Abgeordneten Heine, Angermann, Hrasky und Smrcek, dem Präsidenten des Oesterreichischen Ingenieur- und Architektenvereines Oberbaurat Baumann, Herrenhausmitglied Hofrat Hochenegg (für den Wasserwirtschaftsverband der österreichischen Industrie), Hofrat Schlenk (für den Elektrotechnischen Verein) und Direktor Karel (für die Vereinigung der österreichischen Elektrizitätswerke), empfangen. Oberbaurat Baumann gab namens der österreichischen Technikerschaft der Freude und Befriedigung über das großzügige technisch-wirtschaftliche Programm der Regierung und insbesondere über die geplante Ausgestaltung des Elektrizitätswesens Ausdruck und versicherte den Ministerpräsidenten der stets bereitwilligen Mitarbeit der österreichischen Ingenieure bei der Durchführung seines Programms.

Die Besetzung der neugeschaffenen Sektion für Elektrizitätswesen im Arbeitsministerium mit einem Juristen hat unter der österreichischen Technikerschaft und in den Kreisen der Industrie Enttäuschung hervorgerufen, da für diesen vorwiegend technischen Posten nach allgemeiner Erwartung nur ein Techniker in Betracht kommen konnte. Eine in diesem Sinne abgefaßte Denkschrift der genannten Körperschaften wurde den Ministern überreicht und von Hofrat Hochenegg im einzelnen erläutert.

Abg. Heine verwies auf seine in dieser Angelegenheit im Abgeordnetenhaus eingebrachte Interpellation und unterstützte auf das nachdrücklichste die diesbezüglichen berechtigten Forderungen von Technik und Industrie. Im selben Sinne sprachen die Abgeordneten Angermann, Hrasky und Smrcek.

Ministerpräsident Dr. v. Seidler dankte der österreichischen Technikerschaft für die Anerkennung seiner Bestrebungen auf technisch-wirtschaftlichem Gebiete und legte sodann die Gründe dar, welche die Regierung zur Besetzung dieses Postens mit einem Juristen veranlaßt habe. Diese Erklärungen wurden vom Arbeitsminister v. Homann im einzelnen ergänzt.

Die hierauf sich entwickelnde Aussprache zeitigte folgendes Ergebnis: Die Regierung beabsichtigt, die Organisation der neugeschaffenen Sektion für Elektrizitätswesen derart einzurichten, daß die rein technischen Agenden einem Ingenieur unterstellt werden, welcher dem mit den juridischen und gesetzgeberischen Angelegenheiten betrauten juridischen Sektionschef nicht unter-, sondern beigeordnet und dem Minister direkt unterstellt ist. Wenn zu einem späteren Zeitpunkte, nach Erledigung der zunächst juridisch-gesetzgeberischen Aktionen (Elektrizitätsgesetz), die großen technischen Aufgaben der Elektrotechnik und Ausnützung der Wasserkräfte an die Reihe kommen werden, soll der technische Apparat zu einer eigenen technischen Sektion mit einem Ingenieur an der Spitze ausgebaut werden.

Reichspost

21./X. 1917

5

Die Handelsspionage der Engländer. Das neugegründete „Commercial Intelligence Departement" in London, dessen Aufgabe bekanntlich darin besteht, die Fäden, die Deutschlands und Oesterreichs Industrie und Handel mit ihren früheren Kunden und den wenigen heute noch neutralen Ländern verbinden, auszuspionieren, hat jetzt die Vorarbeiten für den im Ausland arbeitenden Nachrichtendienst beendet. Aller Voraussicht nach werden die Agenten der neuen Organisation noch im Laufe des Monats Oktober in den neutralen Ländern eintreffen. Es ist geplant, 3 nach den Niederlanden, 2 nach Dänemark, 4 nach Norwegen, 4 nach Schweden, 6 nach der Schweiz, 8 nach Spanien, 2 nach Portugal und 2 nach Griechenland zu entsenden. Die Beamten für Belgien sollen später ernannt werden. 142 Agenten sind für die früheren deutschen Kolonien bestimmt.

Die Zeit
21./X. 1917

Die Oase.

In der Wüste unserer an Vorräten so armen Gegenwart gibt es da und dort noch einige recht freundliche Oasen. Das sind die kleinen, von den viel begangenen Touristenwegen abseits gelegenen Dörfer, die so reizlos sind, daß sich selten einmal irgend jemand in sie verirrt. Aber diese kleinen, weltverlassenen Dörfer, von denen kein friedlicher Wanderer je irgend etwas wissen wollte, bergen gleichwohl Schätze, die es verdienten, daß der Tourist, dessen Wandertrieb auf kriegsmäßige Befriedigung zugeschnitten ist, sie aufsuche. Noch wissen die Schatzgräber von heute, die Hamster, wenig von der Existenz dieser kleinen Oasen. Da ist zum Beispiel gar nicht weit von Wien ein winziges Nest. Tritt man in den einzigen Kramladen des Dorfes, so findet man ein wohlassortiertes Warenlager, auf das man nach der bescheidenen Ausstattung des Schaufensters, das außer einigen simplen Kaffeetassen, ein paar bauchigen Lampen, verstaubtem Geschirr und Holzschuhen keinerlei Anziehungspunkte bietet, nicht schließen würde. Verlangt man zum Beispiel, ganz so, als ob das keine Kostbarkeit und keine Seltenheit wäre, Zwirn, dann bekommt man merkwürdigerweise Zwirn, und dazu noch die gutmütige Auskunft, daß dieser Zwirn halt durch den Krieg teurer geworden sei. In Wahrheit ist aber der Preis einfach märchenhaft billig. Allerdings, das Garn ist vom Staub etwas angegraut, doch von einer Festigkeit, wie sie nur die Friedensware aufwies. Man findet in diesen Gegenden aber auch noch andere Schätze, Lanolin, Leinöl, Tee, und nicht vom schlechtesten, Rasierseife, wohl nicht in der eleganten Stangenform, sondern in Würfeln, doch von bester Qualität. In anderen Orten gibt es wieder andere Raritäten, man muß nur die Geduld haben, nach den Oasen zu suchen. Freilich sind manche dieser Oasen schon von schlauen Hamstern entdeckt worden, und dort sind die Kaufleute, durch das Benehmen der Hamster auf ihre naiven Preisforderungen aufmerksam gemacht, mit den Preisen beträchtlich hinaufgegangen. Nur allzubald werden diese entdeckten Oasen rattenkahl geplündert sein, wie es die Wiener Geschäfte sind.

Arbeiterzeitung

21/X. 1917

7

Ein sozialpolitisches Programm der Gewerkschaften.

Die Sozialpolitik nach diesem Kriege kann nicht wieder dort anfangen, wo sie aufgehört hat. Sie wird den bisher beliebten Grundsatz der Halbheiten und Unvollkommenheiten verlassen müssen, wenn durch einen beginnenden sozialen Neuaufbau die Schäden und fürchterlichen Zerstörungen nur halbwegs wieder gutgemacht werden sollen, die dieser furchtbare Krieg auf allen Gebieten angerichtet hat. Von dieser Erkenntnis läßt sich eine umfangreiche Denkschrift leiten, die die österreichische Gewerkschaftskommission der Regierung überreicht hat und die sich die Aufgabe gesetzt hat, jene wirtschaftlichen und sozialpolitischen Forderungen der Arbeiterklasse auseinanderzusetzen, deren Erfüllung zum Teil nicht mehr als die Sanktion bereits bestehender Verhältnisse bedeutet und die, soweit das nicht der Fall ist, eine unausweichliche Notwendigkeit geworden sind. Die Denkschrift zerfällt in zwei Teile. Sie enthält zunächst die Forderungen allgemeiner Natur, soweit sie für die gesamte Arbeiterschaft von Bedeutung sind, und zählt im zweiten Teile alle jene Forderungen auf, deren Durchführung für die einzelnen Branchen eine sozialpolitische Notwendigkeit darstellt. Ganz allgemein verlangt die gewerkschaftliche Denkschrift die Schaffung eines einheitlichen Arbeiterrechtsbuches, wodurch der heutigen Zersplitterung der einzelnen Arbeiterrechtsbestimmungen endlich einmal ein Ende gemacht werden soll. Bei dieser neuen einheitlichen Form eines neuen Arbeiterrechtes, dessen Mangel unausgesetzt beklagt worden ist, müsse aber auch die rechtliche Unterstellung der Hausangestellten unter die allgemeine Arbeiterrechtsgesetzgebung verlangt werden, deren Pflichten und Rechte bisher nur in den einzelnen für die Kronländer verschiedenartig geltenden Gesinde- und Dienstbotenordnungen niedergelegt waren. Die Denkschrift weist dann weiter auf die Ueberflüssigkeit des Arbeitsbuches hin, die sich gerade während des Krieges klar geoffenbart habe. „Viele Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen wurden in den Kriegsmaterial erzeugenden Betrieben aufgenommen und weiter beschäftigt, ohne im Besitz eines Arbeitsbuches zu sein, aber auch ohne daß sich jene schädlichen Folgen eingestellt hätten, welche die Verfechter dieses veralteten und durchaus unzweckmäßigen Legitimationszwanges als Folge von dessen Abschaffung voraussagen." Die Ueberflüssigkeit und Entbehrlichkeit einer veralteten Einrichtung, die sich in der Praxis so oft schon in ihren schädlichsten Wirkungen auf das Fortkommen des einzelnen Arbeiters gezeigt hat, ist daher in diesem Kriege so zweifellos geworden, daß die Beseitigung eines jeden derartigen Legitimationszwanges verlangt werden darf. Die Denkschrift weist dann endlich auf eine Eingabe hin, die die Gewerkschaftskommission an das Justizministerium am 13. April d. J. gerichtet hat und in der die Bedenken aufgezählt sind, die gegen die Fassung der §§ 1154a, 1154b, 1155 und 1159c der Teilnovelle des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches, erhoben werden müssen. Im Interesse der Rechtssicherheit und der klaren Auslegung müßte Streitfragen vorgebeugt werden, wie sie aus der unklaren Fassung der genannten Gesetzesbestimmungen immer wieder entstehen und zu Reibungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern Anlaß geben müssen. Als unbedingt notwendig erachtet es die Denkschrift, daß unser Koalitions-, Vereins- und Versammlungsrecht ausgebaut werden. Hier soll der Möglichkeit vorgebeugt werden, die Entwicklung der Arbeiterbewegung durch willkürliche Beschränkungen und einseitige Auslegungen hindern zu wollen, wodurch Konfliktsstoffe aus der Welt geschafft werden können. „Die erste und wichtigste Voraussetzung hiefür ist das vollkommene freie Koalitions-, Vereins- und Versammlungsrecht, auf welcher Grundlage erst die Arbeiter die Möglichkeit haben, in vollkommen legaler Weise ihre wirtschaftlichen Interessen zu wahren." Damit hängt aber auch naturgemäß der rechtliche Schutz für die Vertrauenspersonen in den Betrieben zusammen, dessen Festlegung die Denkschrift im Wege der Gesetzgebung verlangt. Ebenso nötig sei aber ein Werkswohnungsgesetz, durch das verhindert werden müsse, daß Arbeitern, die eine Werkswohnung innehaben, diese während eines Streiks oder einer Aussperrung vom Unternehmer gekündigt werden könne, der damit ein scharfes Pressionsmittel in der Hand hat. Einen Ausbau der Institution der Gewerbegerichte verlangt die Denkschrift durch eine Erweiterung des passiven Wahlrechtes und durch die Zuerkennung des Vertretungsrechtes an die Angestellten der Berufsvereinigungen bei Streitfällen. Ebenso sei eine Vermehrung der Gerichte selbst und die Unterstellung der staatlichen und militärischen Betriebe sowie der Hausangestellten unter deren Gerichtsbarkeit notwendig.

In Bezug auf den Arbeiterschutz verlangt die Denkschrift zunächst die Wiederherstellung der infolge des Kriegsausbruches aufgehobenen Arbeiterschutzvorschriften. Bezüglich der Arbeitszeit wird auf die Tatsache hingewiesen, daß es den Gewerkschaften in den letzten Jahren vielfach gelungen sei, den Zehnstundentag und in manchen Fällen den Neunstundentag durchzusetzen, während die Gewerbeordnung noch immer den Elfstundentag für Fabriksbetriebe vorsieht. Ebenso sei es den gewerkschaftlichen Organisationen vielfach möglich gewesen, eine verkürzte Arbeitszeit an den Samstagen durchzusetzen. In dieser Erkenntnis hält nun die Gewerkschaftskommission „eine gesetzliche Festlegung der Arbeitszeit für sämtliche Fabriks- und gewerbliche Betriebe in der Art für zweckmäßig und durchführbar, daß diese in der Woche 55 Stunden maximal nicht überschreiten darf, mit der Beschränkung, daß sie an den einzelnen Tagen nicht länger als zehn Stunden währen dürfe". Für die kontinuierlichen Betriebe dagegen wird an der Forderung des Achtstundentages festgehalten. Die Verbesserung der Gewerbe-Inspektion wird vor allem in einer Ausstattung der Inspektionsorgane mit dem Vollzugsrechte sowie auch in einer Unterstellung der staatlichen und militärischen Betriebe unter die Gewerbe-Inspektion erblickt. Für den Frauen- und Kinderschutz hält die Denkschrift den Gesetzentwurf, wie ihn die Regierung im Abgeordnetenhause eingebracht hat, für ungenügend und wünscht eine weitere Beschränkung der darin vorgesehenen Arbeitszeiten. Auch erscheine der Termin der Inkraftsetzung des Gesetzes mit einem Jahre nach Friedensschluß zu lange hinausgeschoben. Für die Heimarbeiter wird schließlich die Einführung von Lohnämtern verlangt, wie sie sich bereits in vielen anderen Staaten vorteilhaft bewährt haben. Ebenso müssen die Erholungsurlaube, wie sie heute schon vielfach eine Errungenschaft der Gewerkschaften darstellen, gesetzlich für alle Arbeitsgruppen festgelegt werden. Für die Krankenversicherung seien die Erweiterung der Versicherungspflicht sowie die Beseitigung der Krankenkassenzersplitterung, Versicherungspflicht der Wöchnerinnen und Einführung von Stillprämien als unbedingte Hauptforderungen aufzustellen, wobei auch an eine staatliche Subvention der Krankenkassen gedacht werden müsse, um diesen eine ausgiebige Leistung zu ermöglichen. Bei der Unfallversicherung verlangt die Denkschrift eine Ausdehnung der Versicherungspflicht auch auf das Kleingewerbe, die Handelsbetriebe und die Land- und Forstwirtschaft sowie schließlich eine Ausgestaltung der Unfallversicherungskommissionen zu Unfallverhütungskommissionen, in denen der Arbeiterschaft durch eine entsprechende Vertretung der Einfluß gewahrt sein müsse. Als ganz besonders dringlich sei aber heute die endliche Schaffung der Invaliden-, Alters-, Witwen- und Waisenversicherung anzusehen. Die Forderungen, die im Interesse der Arbeiterschaft wie der Volkswirtschaft überhaupt für die Zeit der Demobilisierung erhoben werden müssen, hat die Gewerkschaftskommission bereits in einer Eingabe im Februar dieses Jahres der Kriegsverwaltung überreicht, und sie werden in der Denkschrift noch einmal vorgeführt. Ihrer Wichtigkeit halber wird man sich damit auch noch ausführlich beschäftigen müssen. Für den sozialen Neuaufbau enthält die ganze Denkschrift so reichliches und instruktives Material, daß daran kein Sozialpolitiker, der praktische Arbeit leisten will, achtlos vorbeigehen kann. Man wird sie als Wegweiser benützen müssen, wenn die zerstörte Volkskraft wieder ersetzt werden soll, ohne die nach dem Kriege kein staatliches Gemeinwesen bestehen kann.

Reichspost

Abendpost
23./X. 1917

8

Kriegstagung des Gewerbes.

Sonntag fand im Saale des niederösterreichischen Gewerbevereines eine von mehr als 70 Vertretern der Handels- und Gewerbekammern, Gewerbegenossenschaften, Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, Handwerkervereinen, Gewerbevereinen Oesterreichs und dem Gremium der Wiener Kaufmannschaft beschickte 4stündige Tagung des Reichsverbandes der deutschen Gewerbevereine Oesterreichs statt, die sich mit den wichtigsten Kriegs- und Uebergangswirtschaftlichen Fragen des Gewerbes befaßte. Unter den Anwesenden bemerkte man den Präsidenten des Abgeordnetenhauses Dr. Groß mit mehreren Abgeordneten, vom Handelsministerium waren anwesend die Hofräte Görtz und Gasteiger, vom Arbeitsministerium Bezirkshauptmann Pfersmann, vom Ministerium für soziale Fürsorge Sektionsrat Dr. Lederer, vom Gewerbeförderungsamt Hofrat Vetter und vom Gewerbeinspektorat Hofrat Tauß.

Der Präsident des Reichsverbandes Architekt Bernhard Ludwig erstattete einen umfassenden Tätigkeitsbericht in dem er insbesondere auf die Errichtung einer Fürsorgeanstalt für Angestellte und auf das Krankenversicherungsgesetz zu sprechen kam und besonders betonte, daß allen sozialpolitischen Sondergesetzen die Verabschiedung des Gesetzes über die allgemeine Sozialversicherung vorangehen müsse und daß zur Vorberatung von Gesetzentwürfen und Verordnungen im Schoße des neuen Ministeriums für soziale Fürsorge die Vertreter der beteiligten Berufe zur Mitarbeit heranzuziehen sind; im Hinblicke auf die außerordentlich schwierigen Verhältnisse, unter welchen die breitesten Schichten des kleinen und mittleren Gewerbes derzeit leiden, ist das Handelsministerium dringendst zu ersuchen, den Gewerberat, welcher seit vier Jahren nicht einberufen wurde, — ehestens einzuberufen.

Schiel (Präses des n.-ö. Gewerbevereines) erklärte, daß nur eine festgefügte Organisation für eine Berücksichtigung der Interessen bei Regierung und Parlament zu sorgen vermag und daß, wenn Ersatzwahlen für den Reichsrat ausgeschrieben werden sollten, gerade die gewerblichen und industriellen Körperschaften alles aufbieten müssen, damit eine entsprechende Zahl von überzeugten und sachkundigen Anwälten der gewerblichen Berufsstände gewählt werde.

Herrenhausmitglied Exner erstattete einen ausführlichen Bericht bezüglich der Fürsorge für die gewerblichen und industriellen Arbeiter, die als Kriegsbeschädigte zurückkehren. Der Präsident des Zentralverbandes der deutschen gewerblichen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften Mährens und Schlesiens Stadtrat Lustig beantragte, die Regierung und das Parlament aufzufordern, die Kriegskredithilfe für heimkehrende Gewerbetreibende sofort ins Leben zu rufen und auch die alte Forderung nach Schaffung einer Reichsgenossenschaftskassa baldigst der legislativen Behandlung zuzuführen.

Sehr interessant war das Referat des I. Sekretärs der Handels- und Gewerbekammer Brünn Regierungsrat Doktor Robert Mayer über Gewerbe und Handel in der Uebergangswirtschaft, aus dem hervorging, daß der freie Unternehmungsgeist der entscheidende Faktor des Wiederaufbaues der Wirtschaft nach dem Kriege sein müsse und daß der Staat nur dort eingreifen soll, wo dies die Rücksicht auf wirtschaftlich Schwächere erfordert. Entschieden abzuraten ist von jeder Art zu weitgehender Drosselung der Produktion und des Exportes, es muß auf die Rohstoffbeschaffung und auf entsprechende Verteilungsorganisationen Bedacht genommen werden; hinsichtlich der Personendemobilisierung ist in verschiedener Weise Vorsorge zu treffen und es müssen Organisationen geschaffen werden, welche die freiwerdenden Materialien, Maschinen usw. übernehmen, damit jede Verschleuderung und einseitige Zuweisung ausgeschlossen bleibe.

Pester Lloyd

23./X. 1917

9

(Zwischenstaatliche Rechtsbeziehungen auf dem Gebiete des gewerblichen Rechtsschutzes.) Der aus den Delegierten der interessierten Fachvereinigungen und Vertretungen unter Führung des Ungarischen Vereins für gewerblichen Rechtsschutz gebildete gemeinsame Ausschuß hielt unter Vorsitz des Richters am Verwaltungsgerichtshofe Dr. Ferdinand Baumgarten am 19. d. M. im Beratungssaale des Bundes der Fabriksindustriellen eine Sitzung, an der auch Kurialrichter Dr. Armin Fodor, Sektionsrat Dr. Johann Jezsovits und Patentrat Dr. Konstantin Kayser teilnahmen. Als Berichterstatter fungierte der geschäftsführende Sekretär Dr. Oskar Fazekas, der über seine mit dem deutschen und dem österreichischen Ausschusse in Berlin, beziehungsweise Wien gehaltenen Beratungen berichtete, die einerseits der Rechtsannäherung der Mittelmächte auf diesem Gebiete, andererseits aber den Vorbereitungen zur Wiederherstellung der internationalen Union gegolten haben. Als Ergebnis dieser Beratungen wurden die Fragen der patentbehördlichen Organisation und der Kompetenz aus dem Komplex der Annäherungsfragen ausgeschieden und anerkannt, daß Ungarn auf den inländischen Ausübungszwang der Patente der gewerblichen Muster im Hinblick auf seine auf die Entwicklung der Industrie gerichtete Politik nicht verzichten kann. Die auf die Wiederherstellung der internationalen Union bezughabenden ungarischen Vorschläge stehen bei den Interessenvertretungen der beiden anderen Mittelmächte noch in Beratung. Der Ausschuß hat diese Berichte genehmigend und mit Anerkennung zur Kenntnis genommen. Hierauf trug Patentanwalt Sigmund Bernauer eine Anzahl von konkreten Fragen aus dem Gebiete der gewerbeschutzrechtlichen Rechtsannäherung vor und seine Vorschläge wurden nach lebhafter Diskussion einstimmig angenommen. Der Ausschuß setzt seine Beratungen nächste Woche fort.

Fremdenblatt

25./X. 1917

10

Die Preisbezeichnung im Schaufenster.

Strafandrohung gegen säumige Firmen.

Amtlich wird mitgeteilt: Die Vorschrift, die Preise der in Schaufenstern ausgelegten Bedarfsgegenstände ersichtlich zu machen, wird nicht überall gleichmäßig befolgt. Die interessierten Kreise werden daher ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß die Uebertretung dieser zum Schutze der Verbraucher erlassenen Vorschrift nicht nur im administrativen Strafverfahren geahndet wird, sondern auch nach den geltenden Bestimmungen die Verfallserklärung der im Schaufenster ohne Preisbezeichnung ausgelegten Bedarfsgegenstände zwecks Versorgung der Bevölkerung und allenfalls auch die Entziehung der Gewerbeberechtigung für immer oder auf unbestimmte Zeit zur Folge haben kann. Es liegt daher im eigensten Interesse der säumigen Schaufensterinhaber, die bisher etwa unterlassene Preisbezeichnung ehestens nachzuholen.

Vossische Zeitung

27/X. 1917

Mehr Anerkennung der Technik

Versammlung des Verbandes technisch-wissenschaftlicher Vereine.

Der Deutsche Verband technisch-wissenschaftlicher Vereine, auch ein Kriegskind, trat heute vormittag im Hause des Vereins Deutscher Ingenieure zu seiner ersten Hauptversammlung zusammen. Unter den Teilnehmern bemerkte man: Staatsrat Dr. v. Bach-Stuttgart, Generalmajor Coupette von der „Wumba", Geh. Regierungsrat Dr. Duisberg-Leverkusen, Prof. Dr. Goldschmidt-Essen, Prof. Dr. Großmann, Reichsrat Dr.-Ing. Oskar v. Miller, Begründer und Leiter des Deutschen Museums, Prof. Dr. Klingenberg, Direktor der A. E. G., Prof. Matschoß, Prof. Dr. Rassow-Leipzig, Unterstaatssekretär a. D. Richter, Generaldirektor Reuter von der „Demag", den Präsidenten der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt Geh. Rat Prof. Dr. Warburg u. a.

Geheimrat Prof. Dr.-Ing. Busley wies als Vorsitzender in seinen Begrüßungsworten kurz auf die Entstehung des Verbandes hin, der jetzt 13 technisch-wissenschaftliche Vereine und damit die hervorragendsten Zweige der deutschen Technik umfaßt. Heute bedarf es mehr als je des Zusammenarbeitens der deutschen Techniker. Der Hüttenmann kann des Chemikers, der Elektrotechniker des Maschineningenieurs, der Architekt des Bauingenieurs oft nicht entraten. Technische Praxis und technisches Unterrichtswesen müssen mehr in engere Fühlung kommen. Es gilt auch, allen akademisch gebildeten Technikern, falls sie dafür geeignet sind, zu allen Stellen bei den Verwaltungsbehörden, den Gemeinden, den Staaten, des Reiches den ungehinderten Zugang zu öffnen, wie dem Juristen. Auch in die gesetzgebenden Körperschaften gehören mehr Techniker. Die Technik muß auf den gebührenden Platz gestellt werden. Daran will der Verband arbeiten und arbeitet schon daran. Er sucht auch auf die technische Gesetzgebung einzuwirken, damit sie mit den Forderungen der Technik und des wirklichen Lebens in Einklang stehe. Der Verband als technischer Mittelpunkt hat sich den Behörden zur sachgemäßen Begutachtung von allen Gesetzentwürfen, die die Technik angehen, zur Verfügung gestellt. Bisher hat nur eine Behörde von diesem Anerbieten Gebrauch gemacht, das Reichsschatzamt, und zwar bei dem Entwurf der allgemeinen Besteuerung der Energie (Kohle, Elektrizität, Gas) und der Umarbeitung der Automobilsteuer (zur gerechten Erfassung der Pferdestärken).

Der von Dr. Diehl erstattete, durch Prof. Klingenberg verlesene Jahresbericht berührt ebenfalls die Gleichstellung der akademischen Techniker mit den Juristen, fordert den Ausbau des technischen Büchereiwesens, das in unseren öffentlichen Bibliotheken noch Stiefkind sei, Vereinheitlichung der Referatenliteratur, Verbesserung der technischen Statistik. Der Jahresbericht beschäftigt sich dann mit den Bemühungen um die entsprechende Stellung der Techniker im Heere, die erst zum Teil von Erfolg gekrönt sind. Man darf nicht vergessen, daß es sich bei einem künftigen Kriege nicht bloß um eine militärische, sondern auch eine technische Mobilmachung handeln wird.

Nach Genehmigung des Geschäftsberichts sprach Prof. Wiedenfeld-Halle über „Wirtschaft und Technik in und nach dem Kriege." Er zeigte, wie wir vor dem Kriege völlig in die Weltwirtschaft hineingeflochten, wie wir in der Preisbildung völlig vom Weltmarkt abhängig waren. Mit dem Kriege trat bei uns eine völlige Umstellung der Wirtschaft ein. Die heimische Natur und die heimischen Menschen mußten weit stärker zur Produktion herangezogen werden. Wenn auch diese überstarke Ausnutzung der Menschen — sogar aus Produktionsrücksichten — nicht nach dem Kriege andauern kann, so wird unsere Volkswirtschaft nicht etwa bei Friedensschluß da aufhören, wo sie Anfang 1914 stehen geblieben ist. Der Schutz der nationalen Arbeit wird auf die Sach-Produktivität auszudehnen sein. Der Monopolgedanke wird weit mehr um sich greifen, ohne zu staatlichen Monopolen zu kommen. Redner zeichnet in großen Zügen, wie er sich in Zukunft die monopolistische Gestaltung des Rohstoff-Umsatzes denkt. Mit Betrachtungen, wie in Zukunft Wirtschaft und Technik zwar unabhängig voneinander, aber doch in engster Fühlung bleiben müssen, schließen seine Betrachtungen. — Nachmittags tritt der Vorstand zu einer Besprechung zusammen.

K. J.

Die Zeit

27./X. 1917

(13)

Die Not der Geschäftsleute.

Ein Antrag der Abgeordneten Čech und Genossen im Abgeordnetenhause führt aus: „Die Läden unserer Geschäftsleute, die bis jetzt hohe Mietzinse, immer wieder erhöhte Steuern entrichten und opferwillig auch das größtenteils nicht mehr beschäftigte Personal entlohnen, werden immer mehr und mehr leer. Die Ursache dieser Erscheinung bildet der vollständige Mangel an Ware heimischer Produktion und die beinahe vollständig unterbundene Zufuhr ausländischer Ware. Jener Rest von Waren, der noch zur Verfügung steht, befindet sich heute in den Händen von unter staatlichem Schutz stehenden Organisationen, die unter der Losung der notwendigen Sparsamkeit mit der Ware im Kriege ehrlich dafür sorgen, daß der legitime Handel von dem Warenhandel gänzlich ausgeschaltet werde. Falls die kriegswirtschaftlichen Organisationen in dieser Richtung fortschreiten werden, kommt es in allernächster Zeit zur massenhaften Schließung von Geschäften. An dieser Katastrophe wird nicht nur das Amt für Volksernährung, sondern auch selbst das Handelsministerium die Schuld tragen. Die Regierung wird daher aufgefordert, beim Handelsministerium und beim Amte für Volksernährung eigene Fachreferenten zu bestellen, die die Angelegenheiten und Interessen des legitimen Detailhandels wahren und für die Zuweisung von Waren Sorge tragen würden."

Neues Pester Journal
27./X. 1917

0 27 14

Ausfuhrverbote.

Der Handelsminister hat eine Verordnung erlassen, in der der Postversand folgender Artikel verboten wird: sämmtliche Mahl- und Mühlenprodukte aus Weizen und Gerste, Kartoffelmehl, Bonbons, Gries (aus Brotfrüchten, Kartoffeln und Reis), Knochenschrot, Gemüse und Grünzeug (in frischem und gedörrtem Zustand), Haidengrütze, Stärke, Stärkemehl, Zwieback, Hirse, Hirsemehl, alle Arten Mehl (aus Zwieback, Bohnen, Erbsen, Linsen, Maiskeimen, Knochen, Horn und Blut, Macaroni, alle Arten Malz, Honig, Reis, Korn und dessen Mahlprodukte, Käse, Topfen, Salami, Selchwaaren, Wurstwaaren, Tarhonya, Theegebäck (Caces), Nüsse (auch Kerne), Mais (Kolben und Körner) und dessen Mahlprodukte, Teigwaaren, Hafer und dessen Mahlprodukte, Gansfett, Butter, Kunstbutter und Margarine. Die aufgezählten Artikel dürfen nicht in Postpacketen außerhalb Ungarns versendet werden. Die Aufgabe von Packeten mit falscher Deklarirung wird mit Arrest bis zu sechs Monaten und einer Geldbuße bis 2000 Kronen bestraft. Die Verordnung tritt sofort in Kraft.

Pester Lloyd

28. IV. 1917

28

15

(Bund ungarischer Fabriksindustriellen.) Die Direktion des Bundes ungarischer Fabriksindustriellen beschäftigte sich gestern unter dem Vorsitze des Magnatenhausmitgliedes Dr. Franz Chorin abermals mit den Verhandlungen, die wegen Abschlusses eines Handelsvertrages mit Deutschland im Zuge sind. Direktor Max Fenyö berichtete über die Mitteilungen, die über diese Verhandlungen in deutschen Blättern veröffentlicht wurden, und verwies darauf, daß die ungarische Industrie über den Gang dieser Verhandlungen nicht orientiert ist. Der Bund hat in dieser Angelegenheit wohl eine Unterbreitung an die Regierung gerichtet, auf diese aber keinerlei Antwort erhalten. Unter solchen Umständen sollte die Direktion den Präsidenten ersuchen, die Sache im Magnatenhause zur Sprache zu bringen. Béla Rechnitz findet es unbegreiflich, daß bei uns die Interessenten oder ihre Vertretung nicht angehört wird, während in Oesterreich den einzelnen Industriezweigen das auf die betreffende Zollklasse bezügliche Zolltarifschema zur Begutachtung vorgelegt wurde. Dies bestätigte auch Direktor Fenyö. Die ungarische zollpolitische Zentrale habe demzufolge die erforderlichen Schritte unternommen, um Informationen über die Absichten der Regierung zu erlangen, doch sei dies vergeblich gewesen. Das Präsidium der Zentrale unternehme jetzt neuerliche Schritte nach dieser Richtung. Nach einer Bemerkung des Mitgliedes Béla Surányi erklärte der Präsident, er habe von diesem neuen Moment keine Kenntnis besessen. Er werde die Sache, gestützt auf das Versprechen des Ministerpräsidenten, daß die Industrie in den für die industrielle Produktion wichtigen Fragen nicht umgangen werden wird, zur Sprache bringen, und hoffe, daß dies nicht vergeblich sein wird. (Ist bereits geschehen. Siehe den Bericht über die heutige Sitzung des Finanzausschusses des Magnatenhauses. — Anmerkung der Red.) Sodann beschäftigte die Direktion sich mit der Zusammensetzung der Preisprüfungskommissionen. Nach den Ausführungen der Mitglieder Eugen Vida, Béla Rechnitz, Julius Egger und Emil Bacher wurde beschlossen, im Hinblick darauf, daß die Produzenten in den Kommissionen ungenügend vertreten sind, und zu befürchten steht, daß die Entscheidungen die Produktion gefährden werden, in dieser Angelegenheit eine Eingabe an die Regierung zu richten.

Neue Freie Presse

28/X. 1917

16

[Der Staat und die Kartelle.] Den Ausführungen des Ministerpräsidenten Dr. Wekerle und des früheren Finanzministers Teleszky im ungarischen Abgeordnetenhause konnte man entnehmen, daß die Regierung nach dem Kriege eine weitgehende Beanteilung des Staates an dem in gewisses Höchstmaß übersteigenden Mehrgewinn der Kartellen angehörenden Unternehmungen plant und auf diese Weise insbesondere ansehnliche Beträge zur Deckung der Kriegskosten aufbringen will. Diese Beanteilung des Fiskus soll, wie verlautet, je nach der Wichtigkeit der einzelnen Kartelle für den Wiederaufbau der Kriegsgebiete und den Bedarf der Bevölkerung beabsichtigt sein. Ein kurzer Ueberblick auf die in der Industrie bestehenden, beziehungsweise vor dem Kriege bestandenen Kartelle gibt für den Fall, als die vor dem Kriege bestandenen und seither außer Kraft gesetzten Kartelle nach Friedensschluß wieder ins Leben treten werden, annähernd ein Bild von der voraussichtlichen Einflußnahme des Staates auf die einzelnen Industrien. In der Ziegelindustrie besteht ein Uebereinkommen der Wiener Werke, welchen hauptsächlich die Deckung des Bedarfes der Reichshauptstadt und Umgebung obliegt. Der Umsatz der vereinigten Ziegelfabriken hat in den letzten Jahren annähernd 200 Millionen Stück, in besseren Zeiten über 300 Millionen Stück betragen. Der Absatz der Brünner Werke, die im dortigen Ziegelkartell vereinigt sind, stellte sich im letzten Friedensjahr auf mehr als 23 Millionen Stück. Außerdem bestanden noch das Prager Ziegelkartell mit einer Jahresproduktion von zirka 100 bis 140 Millionen Stück, ferner eine große Anzahl kleinerer Kartelle für die verschiedensten Gebiete und Städte. Der Umsatz der Ziegelwerke wie überhaupt der Bauindustrie ist bekanntlich in den Kriegsjahren infolge der Stagnation der Bautätigkeit bedeutend [illegible]ezogen. Das österreichische Zementkartell vereinigt [illegible]fabriken, die in normalen Zeiten eine Jahreskapazität von zirka 240.000 Waggons aufzuweisen haben. Auch die Glasindustrie hat mehrere Kartellorganisationen. Es bestehen unter anderm Vereinigungen der österreichisch-ungarischen Tafelglasfabriken sowie das Spiegelglaskartell. Die Organisation der österreichisch-ungarischen Flaschenfabriken verfügt über eine Erzeugung von rund 160 Millionen Flaschen im Werte von zirka 20 Millionen Kronen. In der österreichisch-ungarischen Eisenindustrie bestand bis vor einiger Zeit das große, die Hüttenwerke umfassende Eisenkartell mit zahlreichen Unterverbänden. An dem ungarischen Kartell ist auch der Staat durch die Teilnahme seiner Werke an der Organisation wesentlich interessiert. Der Inlandabsatz des Eisenkartells in Oesterreich hat im Jahre 1912 zirka 9 Millionen Meterzentner betragen; dazu kommt noch der direkte und indirekte Export mit rund 8 Millionen Meterzentner, ferner der Absatz der verschiedenen Unterverbände. In der Kohlenindustrie bestand ein eigentliches Kartell nicht, sondern eine Steinkohlenkonvention des Ostrau-Karwiner Reviers, die über eine Förderung von rund 100 Millionen Meterzentner Steinkohle verfügt. Hievon gelangen etwa 50 Prozent zum Verkauf, während die restlichen 50 Prozent dem Selbstverbrauche der Gruben dienen, beziehungsweise zur Kokserzeugung verwendet werden. Das Kartell in der Maschinenindustrie, das seinerzeit nach jahrelangen Verhandlungen zustandegekommen ist, ist seit 1911 aufgelöst. In diesem Produktionszweige ist die Zahl der Betriebe eine sehr große. So bestanden allein in der Maschinen-, Apparaten- und Transportmittelindustrie im letzten Friedensjahre an fabriksmäßigen Betrieben rund 1200 Unternehmungen. Diese Vereinbarungen gibt es auch innerhalb der österreichischen Waggon- und Lokomotivfabriken. In Ungarn besteht ein Kartell der Waggonfabriken. Von sonstigen Industriezweigen der Eisenverarbeitung ist noch die Organisation der österreichischen Sichelindustrie zu erwähnen, die demnächst ausgebaut werden soll, das Blechgeschirrkartell und das österreichisch-ungarische Schraubenkartell. Die Automobilindustrie hat sich in den Kriegsjahren sowohl in Oesterreich als auch in Ungarn ausgedehnt und besitzt hier und in Ungarn eine eigene Fachorganisation. In der Brauereiindustrie bestanden vor dem Kriege gleichfalls Schutzverbände und Konventionen. Die Erzeugung von Bier hat in Oesterreich-Ungarn im Jahre 1913 fast 25 Millionen Hektoliter betragen. Im Jahre 1915 war sie bereits auf 18 Millionen Hektoliter gesunken. Die Zahl der im Betrieb befindlichen Brauereien stellte sich auf 1100. Auch in der Brennereiund in der chemischen Industrie bestehen oder bestanden zahlreiche Kartellorganisationen; ferner in der Holz-, Leder-, Papier-, Textil- und in der Zuckerindustrie.

Die Zeit

30./X. 1917

17

Vertragsverhandlungen mit Deutschland

Neue Konferenzen in Wien und Berlin.

Aus Budapest wird uns berichtet:

Ueber die in Budapest durchgeführten Verhandlungen zwischen den Vertretern der deutschen, österreichischen und ungarischen Regierungen in betreff der neuen Handelsvertragsbestimmungen sind bisher keinerlei authentische Mitteilungen in die Oeffentlichkeit gedrungen. Was über fixe Abmachungen da und dort publiziert wurde, entbehrt schon deshalb der Authentizität, weil definitive Vereinbarungen nicht getroffen wurden. Was bisher geschah, ist allerdings wichtig und erfreulich, denn die Unterhändler haben mehr als dreihundert Zölle in der Hauptsache durchgesprochen und sind auf Grundlage des Präferenzsystems zu Kompromissen gelangt, die allseits befriedigten. Es muß hervorgehoben werden, daß ein schroff materialistischer Standpunkt von keiner Seite eingenommen wurde, insbesondere da Ungarn auf landwirtschaftlichem und Oesterreich auf industriellem Gebiet zu Konzessionen bereit waren, die auch von deutscher Seite honoriert wurden. Das Hauptbestreben ging dahin, das politische Bündnis, das jetzt auf den Schlachtfeldern seine glorreiche Weihe erhielt, auch wirtschaftlich zu befestigen und zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn für die Zukunft dauerhafte, zuverlässige nationalökonomische Beziehungen zu schaffen.

Es war anfangs der Wunsch aller beteiligten Faktoren, das neue Uebereinkommen noch im Laufe dieses Jahres zu perfektionieren, so zwar, daß es mit Anfang des Jahres 1918 hätte ins Leben treten können. Die Erfüllung dieses Wunsches hat der Krieg bisher vereitelt. Wenn mit der Möglichkeit zu rechnen wäre, daß der Krieg innerhalb der kürzesten Zeit zu einem Endpunkt käme, selbst dann wäre die Finalisierung der Verhandlungen in den letzten zwei Monaten nur schwer möglich. Doch abgesehen hiervon, stellte sich der definitiven Vereinbarung mit Deutschland auch die Verzögerung des wirtschaftlichen Ausgleiches zwischen Oesterreich und Ungarn in den Weg. Die parlamentarisch-politischen Verhältnisse hüben wie drüben machen derzeit die Verabschiedung des zwischen den Regierungen Stürgkh und Tisza geschlossenen langfristigen Ausgleiches unmöglich, und der ungarische Ministerpräsident Dr. Wekerle hat bereits eine Prolongation der derzeit bestehenden Vereinbarungen angekündigt. Man wird ein Provisorium von anderthalb bis zwei Jahren in Oesterreich und Ungarn ansprechen, was jedoch nicht bedeutet, daß der wirtschaftliche Ausgleich zwischen Oesterreich und Ungarn und der Handelsvertrag zwischen der Monarchie und Deutschland noch zwei Jahre in den gegenwärtigen Formen aufrecht bleiben muß. Das ist wohl möglich; es ist aber auch möglich, daß eine glückliche Beendigung des Krieges und die Wiederkehr normaler parlamentarischer Verhältnisse in Cis und Trans eine Verabschiedung der von den Regierungen fertiggestellten wirtschaftlichen Vorlagen gestatten, wodurch dann auch eine Verkürzung des Provisoriums in den Kreis der Kombinationen rücken würde.

Wie dem aber auch sei, die wirtschaftlichen Beziehungen zum Deutschen Reiche werden in keiner Weise alteriert, weil der bestehende Handelsvertrag automatisch von Ende 1917 bis Ende 1918 weiterläuft und aller Wahrscheinlichkeit nach im nächsten Jahre die bestehenden Hindernisse aus dem Wege geräumt werden können. Die Absicht der Regierungen geht dahin, ebenso wie zwischen Oesterreich und Ungarn bereits ein langfristiges Uebereinkommen besteht, auch ein ähnliches Uebereinkommen mit Deutschland zu schaffen und beide Vereinbarungen den Parlamenten vorzulegen und nach vollzogener Annahme in Kraft treten zu lassen.

Die weiteren Beratungen zwischen Deutschland, Oesterreich und Ungarn über die Details der Zollbehandlung werden in diesem Jahre in Wien stattfinden; die abschließenden Konferenzen sind für Anfang des nächsten Jahres in Berlin in Aussicht genommen. Die politisch-parlamentarischen Verhältnisse lassen es vorerst unvermeidlich erscheinen, daß man mit Provisorien vorlieb nehmen muß, doch ebenso wie zwischen den Regierungen Oesterreichs und Ungarns bereits bindende Abmachungen bestehen, werden bald auch solche zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn (des ferneren mit Bulgarien und der Türkei) auf wirtschaftlichem Gebiet zustande kommen, wodurch die erfolgreichen politischen Bündnisse auch segensreiche wirtschaftliche Ergänzungen erfahren.

Reichspost Abend
31./X. 1917

18

Die Wiener Handelskammer über die Konsumvereine.

An die Wiener Handels- und Gewerbekammer wurde die Anfrage gerichtet, ob der Verkauf von Waren an Konsumvereine, Flüchtlingslager, Gewerkschaften und ähnliche Vereine im Sinne der bestehenden Verordnungen als ein Verkauf an Verbraucher oder als ein Verkauf an Zwischenhändler aufzufassen sei. Die Kammer hat diese von Interessenten aufgeworfene Frage nunmehr dahin beantwortet, daß nach ihrer Ansicht der Verkauf von Gegenständen an Konsumvereine nicht als ein Verkauf an Verbraucher, sondern als ein Verkauf an Zwischenhändler anzusehen ist. Während beim Verkauf von Gegenständen an Flüchtlingslager oder Vereine, welche gemeinnützigen Zwecken dienen, diese Gegenstände nach ihrem Eintreffen in den Flüchtlingslagern oder Vereinigungen aus dem Handelsverkehre ausgeschaltet sind und eine weitere kommerzielle Verwertung nicht mehr finden, ist der Verkauf an Konsumvereine, welche übrigens nach Maßgabe der Statuten auch an Nichtmitglieder verkaufen können, als ein Zwischengliedes Warenverkehres anzusehen. Der Konsumverein versieht hier die Funktion des Zwischenhändlers, indem er die Warenpreise kalkuliert und die Waren regelmäßig zu den Tagespreisen abgibt. An dieser Stellung der Konsumvereine kann auch der Umstand nichts ändern, daß sie sich etwa auf den Verkehr mit ihren Mitgliedern beschränken und den erzielten kaufmännischen Gewinn zum Teil an ihre Mitglieder nach Maßgabe des Warenbezuges in Form der Dividende zurückerstatten.

österr. Volkszeitung

31./X. 1917

19

* **Fürsorge für Angestellte.** Am 17. d. fand in der Wiener Handelskammer unter dem Vorsitze der Prager Kammer eine Vollversammlung der Handelspolitischen Zentralstelle statt. Den Hauptberatungspunkt bildete ein von der Wiener Kammer erstatteter Bericht über den Gesetzentwurf betreffend die Errichtung einer Fürsorgeanstalt für Angestellte. Die Anträge des Berichtes, daß von der Errichtung einer besonderen Fürsorgeanstalt für Angestellte Abstand zu nehmen, dagegen die Durchführung des Heilverfahrens für sämtliche Versicherte der Pensionsanstalt zu übertragen und zur Beratung der die Heilfürsorge betreffenden prinzipiellen Verwaltungsaufgaben der Vorstand der Pensionsanstalt durch eine gleich große Anzahl von Vertretern der Ersatzinstitute zu ergänzen ist, fanden den Beifall der Versammlung. Ferner wurde beschlossen, aus dem Gesetzentwurf die Stellenvermittlung und Stellenlosenunterstützung auszuscheiden, da zwischen dem vorbeugenden Heilverfahren und diesen Maßnahmen kein notwendiger Zusammenhang besteht. Ueber Antrag der Kammer Reichenberg wurde weiter beschlossen, an die Regierung heranzutreten, sie möge in Erwägung ziehen, wie weit die Erfahrungen der Kriegsbeschädigtenfürsorge auch auf die Heilfürsorge für Betriebsverletzte angewendet werden können.

Österr. Volkszeitung

21/XI. 1917

20

Eine Kredithilfsaktion für das Kleingewerbe.

Von Franz Kubelka,
Direktor des Deutschen Landes-Gewerbeförderungsamtes in Brünn.

Die staatliche Verwaltung hat bereits umfassende Maßnahmen veranlaßt, um den Uebergang zur Friedenswirtschaft zu ebnen. Im Schoße der Landesverwaltungen finden gleichfalls eifrige Vorbereitungen für die Friedenswirtschaft statt. Die schweren Wunden, die der Krieg geschlagen hat, müssen geheilt, die wirtschaftliche Produktionsfähigkeit auf das höchste Maß gebracht werden, sollen die außerordentlichen Lasten, die wir während des Krieges übernommen haben, nach und nach eingebracht und unser Staatskredit auf dem Weltmarkt der Zukunft wiederhergestellt werden.

Die Erkenntnis der außerordentlich bedrohten wirtschaftlichen Lage des kleineren Gewerbes und Handels hat zu der Erwägung geführt, vorerst die Geldmittel zu schaffen, deren diese Stände dringend benötigen, wenn sie ihre wirtschaftliche Selbständigkeit aufrechterhalten und auch in der Zukunft dem erwerbenden Bürgertum angehören sollen. Die Regierung dürfte nach allen bisher erfolgten Mitteilungen bis zu 50 Prozent die Garantie für Darlehen übernehmen, die aus den einzelnen Landes-Kriegskredithilfsfonds für Gewerbetreibende und Kaufleute bewilligt werden, vorausgesetzt, daß auch das Land, die Handelskammern und andere öffentliche Faktoren den Rest verbürgen. Im Verein mit dem niederösterreichischen Landesausschuß fanden über Anregung des Landesgewerberates für Mähren im Juni vorigen Jahres unter Beteiligung der österreichischen Landesausschüsse, Handelskammern, gewerblichen Vereinigungen, insbesondere der Vereinigung des gewerblichen Kredits, Beratungen statt, bei welchen die Grundsätze für eine derartige Kriegskredithilfsaktion beschlossen wurden.

Auch das Abgeordnetenhaus konnte sich der Ueberzeugung nicht verschließen, daß eine rasche Durchführung dieser Aktion nunmehr unausweichlich geworden ist. Es wurde unter anderem beantragt, für das Gewerbe einen Fonds von hundert Millionen Kronen aus Staatsmitteln bereitzustellen, welcher dazu zu dienen hätte, unverzügliche Darlehen, namentlich den Kriegsteilnehmern, zur Verfügung stellen zu können. Wenn auch die Regierung grundsätzlich die dringende Notwendigkeit einer Kriegskredithilfe anerkennt, so scheinen dennoch Bedenken vorzuliegen, das Budget des Staatshaushaltes mit einem derart hohen Betrage zu belasten. Der Finanzminister erklärte, es sei wohl einfacher, die Mittel, die den Zinsen dieses Fonds entsprechen, in das Budget des laufenden Erfordernisses einzustellen, als einen solchen Fonds zu dotieren.

Diese Stellungnahme des Finanzministeriums würde den bisher bekanntgewordenen Wünschen der gewerblichen Organisationen nicht widersprechen. Können doch die notwendigen Geldmittel im regelmäßigen Kreditwege bei den Banken beschafft werden, zumal der Staat, die Länder, die Handels- und Gewerbekammern und auch andere öffentliche Stellen die grundsätzliche Bereitwilligkeit bereits an den Tage gelegt haben, für etwa uneinbringlich gewordene Darlehen Zinsenzuschüsse zu leisten; selbstverständlich unter der Voraussetzung, daß ein diesbezügliches entsprechendes Uebereinkommen zwischen dem Finanzministerium einerseits, dem Landesfonds, den Handels- und Gewerbekammern und den übrigen öffentlichen Faktoren andererseits für jedes einzelne Verwaltungsgebiet zustande kommt. Daß dies der Fall sein wird, geht aus allen Anzeichen hervor, wenn auch bei uns die zustimmende Stellungnahme des Landes und der anderen in Betracht kommenden Stellen aussteht.

So sehen wir ein wichtiges Ereignis praktischer Gewerbeförderung der Reife entgegengehen. Für den Wiederaufbau unseres Gewerbe- und Handelsstandes bedeutet die Geldbeschaffungsfrage den Angelpunkt der künftigen wirtschaftlichen Existenz.

Die Zeit

2/XI. 1917

21

— (Handelspolitische Zentralstelle.) Die am 17. Oktober unter dem Vorsitz der Handels- und Gewerbekammer Prag abgehaltene Vollversammlung der Handelspolitischen Zentralstelle beschäftigte sich mit mehreren zollpolitischen Angelegenheiten, wie Zollfreiheit von Zellulose für die Spinnpapiererzeugung, passiver Veredlungsverkehr mit Papiergarnen zum Färben und Bezug von Galalith aus Deutschland. Den Hauptberatungspunkt der Versammlung bildete ein von der Wiener Handels- und Gewerbekammer erstatteter Bericht über den Gesetzentwurf betreffend die Errichtung einer Fürsorgeanstalt für Angestellte. Die Anträge des Berichtes, daß von der Errichtung einer besonderen Fürsorgeanstalt für Angestellte Abstand zu nehmen, dagegen die Durchführung des Heilverfahrens für sämtliche Versicherte der Pensionsanstalt zu übertragen und zur Beratung der die Heilfürsorge betreffenden prinzipiellen Verwaltungsaufgaben der Vorstand der Pensionsanstalt durch eine gleich große Anzahl von Vertretern der Ersatzinstitute zu ergänzen ist, fanden den vollen Beifall der Versammlung. Ferner wurde beschlossen, aus dem Gesetzentwurf die Stellenvermittlung und Stellenlosenunterstützung zu eliminieren, da zwischen dem vorbeugenden Heilverfahren und diesen Maßnahmen kein notwendiger Zusammenhang besteht. Ferner wird gefordert, daß in der Durchführungsvorschrift Grundsätze aufzustellen sind, durch die die zweckentsprechende Einleitung und Durchführung des Heilverfahrens gewährleistet wird, und schließlich werden Abänderungsanträge betreffend den Unterhaltsbeitrag der Versicherten, die Abgrenzung gegenüber dem Krankenversicherungsgesetz sowie über die Kostendeckung und Höhe der Beiträge gestellt. Auf Antrag der Kammer Reichenberg wird weiter beschlossen, an die Regierung heranzutreten, sie möge in Erwägung ziehen, wie weit die Erfahrungen der Kriegsbeschädigtenfürsorge auch auf die Heilfürsorge für Betriebsverletzte angewendet werden können. Da durch die im Kriege geschaffenen Heilfürsorgeeinrichtungen heute bereits zahlreiche Möglichkeiten zur Wiedererwerbsfähigmachung und Verbesserung der Erwerbsfähigkeit der Unfallverletzten vorliegen, so müssen auch schon vor dem Inslebentreten eines allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes, beziehungsweise der Invalidenversicherung für die Arbeiterschaft jene gesetzlichen Maßnahmen erwogen werden, die die Erfolge und Erfahrungen der Nachbehandlung und Schulung der Kriegsbeschädigten auch den Unfallverletzten zugute kommen lassen. Die weitere Verfolgung dieser wichtigen Fragen wird den einzelnen Kammern im Einvernehmen mit den territorialen Versicherungsanstalten überlassen.

4./XI. 1912.

22

* **Der Geschäftsverkehr zu Weihnachten.** Ueber die Sonntagsruhe und Beschäftigungszeit an den beiden letzten Sonntagen vor Weihnachten, an den Weihnachtstagen und am Sonntag, 30. Dezember, wird amtlich mitgeteilt:

Für den Landespolizeibezirk Berlin sowie für den Gemeindebezirk Berlin-Strasau wird folgendes bestimmt: Die Beschäftigung von Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern im Handelsgewerbe ist in Abweichung von der für die gewöhnlichen Sonntage festgesetzten Beschäftigungszeit mit Ausnahme der im Zeitungshandel, im Roheishandel, im Brennstoffhandel sowie in den Bank-, Wechsel- und Lotteriegeschäften beschäftigten Angestellten, für welche die Beschäftigungszeit wie an den gewöhnlichen Sonntagen gilt, wie folgt, gestattet: Am Sonntag, den 16. und 23. Dezember allgemein für das Handelsgewerbe: von 8 bis 10 Uhr vormittags und von 12 bis 7 Uhr nachmittags, der Handel mit Milch, mit Konditorwaren, mit Fleisch und Wurst sowie mit Vorkostwaren ist außerdem an den genannten zwei Sonntagen schon vor Beginn der allgemeinen Verkaufszeit von 5 Uhr morgens an zulässig. Der Handel mit Backwaren ist erst von 6 Uhr morgens an, der Zeitungshandel nur bis 3 Uhr nachmittags mit Ausschluß der Hauptgottesdienstpause zulässig.

Im Handelsgewerbe am ersten Weihnachtstage ist die Beschäftigung von Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern verboten. Ausnahmen hiervon werden jedoch folgende zugelassen: in den Zeitungsspeditionen: von 4—9 Uhr vormittags; im Milchhandel: von 5—10 Uhr vormittags und von 12—2 Uhr nachmittags; im Handel mit Konditorwaren und Konfitüren, mit Fleisch und Wurst sowie mit Vorkostwaren und Roheis von 5—10 Uhr vormittags; im Handel mit Backwaren bis 10 Uhr vormittags; im Handel mit Kolonialwaren, mit Tabak und Zigarren, mit Bier und Wein von 8—10 Uhr vormittags.

Am 1. Weihnachtstage ist ferner gestattet: Die Beschäftigung von Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern: im Blumenhandel von 9—10 Uhr vormittags und von 12—2 Uhr nachmittags; im ambulanten Milchhandel, in Molkereien zum Zwecke der Versorgung der Kundschaft mit Molkereiprodukten wie an den übrigen Sonn- und Festtagen von 4 Uhr morgens bis 1 Uhr nachmittags ohne Unterbrechung durch die Hauptgottesdienstpause; im Gewerbebetriebe der Bierbrauereien und Eisfabriken während derselben Stunden, während deren nach dem obigen ein Handel mit Roheis und mit Bier in offenen Verkaufsstellen zugelassen ist.

Am 2. Weihnachtsfeiertag finden die allgemeinen Vorschriften über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe Anwendung, wie sie an den gewöhnlichen Sonntagen gelten.

Am Sonntag, 30. Dezember, dürfen im Papierhandel in offenen Verkaufsstellen Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter von 7—10 Uhr vormittags und von 12—4 Uhr nachmittags beschäftigt werden.

7./XI. 1917

26

(Industrielle Betriebe im befreiten und besetzten südwestlichen Kriegsgebiet.) Die unvergleichlichen Erfolge der verbündeten Heere haben Befreiung vom Feinde im eigenen Lande und ein rasches Vordringen in Feindesland gebracht, woselbst bereits auf Veranlassung des Kriegsministeriums österreichische Textilindustrielle an Ort und Stelle sich aufhalten, um mit ihrem Urteil und Rat hinsichtlich der im neu eroberten Gebiet etablierten italienischen Textilbetriebe (so in Udine) zur Verfügung zu stehen. Wie wir erfahren, gehören der Industriellendelegation die Herren Otto Anninger, Dr. Armin Brunner, Dr. Heinrich Arend, Ingenieur Willy Hellmann und Ingenieur v. Erggiessy an. Auf heimischem Gebiete, welches durch die Flucht der Italiener der Retablierung entgegensehen darf, sind manche industrielle Betriebe zerstört worden oder schwer zu Schaden gekommen. So waren mehrere Fabriken der Vereinigten österreichischen Textilindustrie-A. G. in Feindeshand. Eine Fabrik in Monfalcone ist zerstört, von den in Betracht kommenden Betrieben in Ronchi und Ajello fehlen noch verläßliche Nachrichten. Daß die in Monfalcone etablierten Schiffswerften der Cantiere Navale der Zerstörung anheimgefallen sind, wurde schon in dem Detailbericht des Kriegspressequartiers über die Wiederbesetzung von Monfalcone erwähnt. Im Görzer Gebiet ist eine Spinnerei außer Betrieb gesetzt worden und noch unbekannt, in welchem Maße die Fabrik gelitten hat. Die in Podgora bei Görz etablierte Papier- und Zellulosefabrik der Leykam-Josefstaler Papierfabriks-A. Gs dürfte vollständig zerstört sein. Der gründliche Umschwung der Verhältnisse und die Entfernung des Feindes auf weite Distanz läßt sich indes erwarten, daß die Vorarbeiten für die Wiederaufnahme der produktiven Tätigkeit einzelner Betriebe in naher Zeit werden in Angriff genommen werden. Die Kriegsverhältnisse haben ferner die Krainische Eisenindustriegesellschaft gezwungen, ihr Hauptwerk, die ausgedehnten Hochöfen-, Stahl- und Walzwerksanlagen in Servola bei Triest stillzulegen, was auch mit den Schiffahrtsverhältnissen — die Werke in Servola sind bei ihren Erzbezügen zum Teil auf Spanien angewiesen — zusammenhängt. Vorläufig ist allerdings das ganze Territorium noch engeres Kriegsgebiet, was zunächst weiterreichende Bestrebungen zur Wiederaufnahme der Fabrikation nicht begünstigen kann.

10./XI. 1917. 27

Wiederaufbau und Industrie.

Die Frage des Wiederaufbaues der im Kriege zerstörten Gebiete wird nicht nur bei den Friedensverhandlungen eine große Rolle spielen, sie berührt naturgemäß vor allem die Interessen der betroffenen Bevölkerung, in letzter Linie aber auch jene der an dem Wiederaufbau der Kriegsgebiete beteiligten Industriezweige. Die innerösterreichische Industrie wird an der Wiederaufrichtung der zerstörten Kriegsgebiete schon auch deshalb hervorragend mitzuwirken haben, weil die österreichischen und ungarischen Kriegsgebiete, wie Galizien, die Bukowina und Siebenbürgen, ferner auch das benachbarte Polen, zu den industriearmen Ländern gehören und daher kaum in der Lage sind, aus eigenen Kräften auch nur einen bescheidenen Teil des Schadens wieder gutzumachen. Die Kriegsschäden erstrecken sich bekanntlich nicht nur auf Wohnstätten, vielmehr sind auch die meisten öffentlichen Gebäude und Bahnhöfe, ferner viele Fabriksetablissements zerstört oder beschädigt. Außerdem hatte es der Feind besonders auch auf die Eisenbahnbrücken, Straßenübergänge usw. abgesehen. Um welche Summen es sich bei den einzelnen Gebieten beim Wiederaufbau handeln wird, wissen wir heute auch nicht annähernd. Immerhin ist nach den Mitteilungen, die von den kompetenten Stellen bisher über Galizien gemacht wurden, zu ersehen, daß eine Unsumme von industrieller und gewerblicher Tätigkeit erforderlich sein wird, um das Zerstörte wieder aufzubauen, beziehungsweise Beschädigtes zu rekonstruieren.

Von den einzelnen Industriezweigen, die am Wiederaufbau der Kriegsgebiete hervorragenden Anteil nehmen werden, sind besonders zu nennen: die Bauindustrie, der die Wiedererrichtung der zahllosen privaten und öffentlichen Gebäude zufallen wird. Im Zusammenhang damit dürfte insbesondere auch eine lebhaftere Beschäftigung der Ziegel- und Zementwerke sowie jener Industrie- und Gewerbezweige zu erwarten sein, die hierbei in Betracht kommen. Den Konstruktionswerkstätten und dem Eisenhochbau wird die Erneuerung der zerstörten Eisenbahnbrücken, die bisher meist nur durch Holzbrücken provisorisch ersetzt wurden, obliegen, ferner die Instandsetzung der Fluß- und Straßenübergänge usw. Eine ganz wesentliche Mitwirkung werden Industrie und naturgemäß Gewerbe durch die Wiederaufrichtung der zerstörten Fabriksanlagen finden, zumal auch deren maschinelle Einrichtungen teils vernichtet, teils verschleppt worden sind. In dieser Richtung kommen von den Kriegsgebieten als Besteller vor allem Galizien und Polen in Betracht.

Vorläufig handelt es sich in erster Linie darum, die Wohnstätten für die Bevölkerung wieder instand zu setzen; alle anderen Rekonstruktionsarbeiten dürften dagegen einer späteren Zeit vorbehalten sein, das es ja, solange der Krieg andauert, an dem nötigen Arbeitspersonal und auch an Material fehlt. Was die Materialfrage anlangt, so dürfte der Wiederaufbau insbesondere enorme Holzmengen in Anspruch nehmen, die jedoch im Inlande in genügenden Quantitäten und Qualitäten vorhanden sind. Zur Bearbeitung der erforderlichen Holzmassen hat Galizien schon vor geraumer Zeit durch Errichtung von Maschinenhallen vorgesorgt, die die benötigten Holzbearbeitungsmaschinen an die einzelnen Gewerbebetriebe abgeben. Außer an Maschinen für industrielle Anlagen ist insbesondere der Bedarf an landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten ein bedeutender, da das meiste an Pflug- und Zeugwaren sowie an Maschinen der Zerstörung anheimfiel und bis nun nur lückenhaft ersetzt werden konnte. Alle diese maschinellen Nachschaffungen erfordern große Mengen an Eisen und Metallen, die gleichfalls erst nach Beendigung des Krieges verfügbar sein werden.

Ist sonach an eine intensivere Aufnahme der Rekonstruktionsarbeiten in den Kriegsgebieten erst nach Beendigung des Krieges zu denken, so wäre es doch im Interesse der heimischen Industrie und des Gewerbes gelegen, wenn die diesbezüglichen Vorarbeiten baldigst zum Abschluß kämen. Es dürfte nämlich, wenn wir dem Frieden nahe sein werden, für die gewerblichen und industriellen Kreise eine Zeit vorübergehender Geschäftsstagnation kommen, die am besten zur Ausführung wenigstens der dringendsten Aufträge für die Kriegsgebiete ausgenützt werden sollte, um so mehr, als die Gefahr besteht, daß nach Friedensschluß bei Zusammenströmen großer Auftragsbestände und wegen deren Dringlichkeit ein Teil derselben an das Ausland verloren geht. Auch ist zu berücksichtigen, daß speziell in Galizien und Polen nach dem Kriege große Investitionen in neuen Industrieanlagen zur Durchführung gelangen werden. In Galizien wird vor allem an die Ausbeutung der vom Lande angekauften Kohlenterrains geschritten werden, welche Aktion bedeutende Vergebungen von Arbeiten, Maschinen, Geräten ꝛc. mit sich bringen wird. Auch in der Erdölindustrie ist eine lebhafte Investitionstätigkeit zu erwarten. In Polen finden derzeit schon in vielen Industriezweigen zahlreiche Neugründungen statt. Eine Hinausschiebung der Rekonstruktionsarbeiten in diesen Kriegsgebieten läßt sonach befürchten, daß an Industrie und Gewerbe nach Beendigung des Krieges allzu große Anforderungen gestellt werden müssen.

10./XI. 1917

10
28

Gegen vorzeitige Warenabgabe.

Eine Mahnung an Händler und Käufer.

Die Vorstände des Vereins Berliner Kaufleute der Kolonialwarenbranche und des Bundes der Handel- und Gewerbetreibenden schreiben uns:

Vom Publikum wird häufig an Kleinhändler das Verlangen gestellt, die für die nächste, bekanntlich erst mit dem Montag beginnende Lebensmittelwoche bestimmten Waren, wie Butter, Margarine, Brot usw., schon an den letzten Tagen der laufenden Woche zu verkaufen. Viele Geschäftsinhaber, die den Wünschen notleidender Kunden, vielfach aus Mitleid, entsprochen haben, sind deshalb angezeigt und bestraft worden. Wer sich streng an die Verordnungen hält, wird vom Publikum gewöhnlich als ungefällig und rücksichtslos bezeichnet und mit Entziehung der Kundschaft bedroht. Wir sehen uns daher im Interesse der Kleinhändler, die nicht nur schwere Bestrafungen, sondern auch Entziehung der weiteren Warenbelieferung zu gewärtigen haben, genötigt, an das kaufende Publikum die dringende Bitte zu richten, das zu berücksichtigen und die pflichtgemäße Ablehnung des vorzeitigen Verkaufs nicht nur als Ungefälligkeit oder Rücksichtslosigkeit der Verkäufer anzusehen.

Dasselbe ist der Fall bei den Anmeldungen zum Kauf bestimmter Waren, wie jetzt z. B. von Marmelade. Obgleich die Tage für die Anmeldungen von den zuständigen Behörden genau festgesetzt und bekanntgegeben werden, kehren sich viele Geschäfte und auch viele Verkäufer an diese Bestimmungen nicht. Auch in dieser Hinsicht richten wir im Interesse der die Verordnungen befolgenden Kleinhändler sowohl an das Publikum wie an die Geschäftsinhaber die Bitte, die Vorschriften über die Kaufanmeldungen genau beachten zu wollen. — Ferner machen wir auf die Hamsterei von Salz aufmerksam. Sie muß notgedrungen dazu führen, daß auch der Salzeinkauf behördlich eingeschränkt wird, und das sollte das Publikum in seinem eigenen Interesse doch zu vermeiden suchen. Wir empfehlen dringend, die notwendig gebrauchte Menge Salz nur in demjenigen Geschäft zu kaufen, bei welchem der Käufer für den Zuckerverkauf eingetragen ist.

Pester Lloyd

11./XI. 1917

29

(Die Handelsbeziehungen zwischen Ungarn und Bulgarien.) Aus Sophia wird uns berichtet: In der hiesigen Handels- und Gewerbekammer hielt der Sekretär der Temesvárer Handels- und Gewerbekammer Eugen Lendvai einen Vortrag, zu dem Handelsminister Bakaloff, der Generalsekretär des Handelsministeriums Moloff, Sektionschef Miteff, die Sekretäre der Handelskammern von Varna und Burgas und viele andere hervorragende Persönlichkeiten erschienen waren. Der Vortragende schilderte die schwierigen Verhältnisse, mit welchen Industrie und Handel überall zu kämpfen haben und hob die besonders günstige Gelegenheit hervor, die sich aus der geographischen Lage, den Verkehrsmöglichkeiten und den gegenseitigen Sympathien zur Entwicklung der innigsten Handelsbeziehungen zwischen Bulgarien und Ungarn, namentlich Südungarn eigne, dessen Handels- und Industriezentrum Temesvár sei. Nach dem Vortrage hielt der Präsident der Handelskammer Karadschjoff eine kurze Ansprache, worin er dem Referenten den Dank der Handelskammer aussprach und der großen Dienste gedachte, die die Stadt und die Handelskammer Temesvár Bulgarien geleistet haben und die ein neuer Beweis für die großen Sympathien seien, die Ungarn mit Bulgarien verbinden.

Neue Freie Presse

11./XI. 1917

30

[Die Industrieanlagen in Monfalcone.] Kürzlich ist geschildert worden, welchen Schaden die Industrie- und Werftanlagen in Monfalcone erlitten haben. Nach den ergänzenden Meldungen ist die Baumwollspinnerei der Aktiengesellschaft Triester Baumwollindustrie (Cotonificio Triestino) in den Innenräumen stark beschädigt, das Gebäude ist dagegen erhalten geblieben. Die Baumwollweberei und Spinnerei in dem benachbarten Ronchi, welche Eigentum der Aktiengesellschaft der mechanischen Spinnerei zu Haidenschaft ist, hat keinen Schaden erlitten. Bei dem Elektrizitätswerk „Isonzo" ist das Gebäude gut erhalten, auch die Maschinen sind größtenteils zurückgelassen und nur kleinere Gegenstände unter zwei Tonnen weggeschleppt worden. Der gesamte Schaden in Monfalcone wird von Fachleuten auf 100 Millionen Kronen geschätzt.

Tägliche Rundschau
11./XI. 1917

Zur Umgestaltung der preußischen Handelskammern.

Wenn man auf dem Standpunkte steht, daß das Bestreben, die Zersplitterung im Handelskammerwesen durch Auflösung der kleinen, nicht recht leistungsfähigen Kammern zu beseitigen, grundsätzlich zu billigen ist, so muß man von vornherein sagen, daß der vorliegende Reformentwurf die Behandlung dieser Frage am falschen Ende angefaßt hat. Anstatt nach dem Vorbilde der Landwirtschaftskammern oder Handwerkskammern umfassende Vertretungen für jede Provinz oder mindestens jeden Regierungsbezirk zu schaffen, enthält sich der Gesetzentwurf in der Frage der Bezirkseinteilung der Kammern jeder bestimmten Festsetzung. Er bringt als leitende Gesichtspunkte für die Zusammenlegungsfrage nur eine Reihe von „Grundsätzen" und sucht die Durchführung des Verschmelzungsprozesses an Hand dieser Grundsätze in die Macht des Ministers zu legen.

Demgegenüber erhebt sich alsbald die Frage: wieweit will die Regierung in der Zusammenlegungspolitik gehen? Denn wenn sie als leitende Gesichtspunkte hierfür die „wirtschaftliche Zusammengehörigkeit", die „steuerliche Leistungsfähigkeit" und die „Flächengröße" aufstellt, so sind diese Leitpunkte so unbestimmter Natur, daß kaum ein Mitglied einer Handelskammer, das von seiner Körperschaft etwas hält, seinen Kopf in diese Schlinge wird stecken wollen. In Rheinland-Westfalen sitzt die Industrie — und damit auch ihre amtliche wirtschaftliche Vertretung, die Handelskammer — dicht beieinander, im Osten dagegen verteilt sie sich, abgesehen vom oberschlesischen Revier, auf weite Gebiete. Wieweit soll nun im Westen die Zusammenlegungspolitik gehen? Wollte man lediglich die kleinsten Kammern beseitigen, so wäre das Gesetz eine recht unerhebliche Sache und es stände bei solch dürftigem Ergebnis zu seinem Hauptmotiv, eben der Beseitigung der Zersplitterung, in offenbarem Widerspruch. Will man aber, was zu erwarten steht, weitergehen und auch mittlere und große Kammern in den Verschmelzungsprozeß einbeziehen, so wäre es Pflicht des Gesetzgebers gewesen, denen, die den Entwurf beurteilen und zum Gesetz erheben sollen, volle Klarheit über die Absichten der Regierung zu geben. Ohne diese Klarheit läßt sich die Tragweite des Gesetzes gegenüber den Kammern und auch großen Kammern überhaupt nicht übersehen, und es wird an den Betroffenen liegen, sich gegen diese Unsicherheit zu schützen; denn ist einmal der Entwurf Gesetz geworden, so kann jeder von seinem Vorgehen überzeugte Minister die Handelskammerbezirksfrage behandeln, wie er will.

Diese Tendenz, dem Minister eine ausschlaggebende Machtstellung den Kammern gegenüber zu geben, hat in den Kreisen der Kammern nicht mit Unrecht verstimmt. Das Recht, eine Handelskammer zu gründen, das Handel und Industrie bisher besaßen und das nur der nachträglichen Genehmigung durch den Handelsminister unterlag, will der Gesetzentwurf beseitigen und den Machtspruch des Ministers an seine Stelle setzen; und wenn die dem Entwurf beigefügten Erläuterungen diese Regelung als „einzige Möglichkeit" darstellen, der Zersplitterung der Kammerorganisation entgegenzuwirken so erscheint diese Behauptung den vorhandenen anderen Möglichkeiten gegenüber schwer verständlich. Hätte der Gesetzentwurf die Absichten und Tragweite der Reform bekannt gegeben, so wüßte die Oeffentlichkeit die Wirkung des Gesetzes abzuschätzen und könnte eine sachlich begründete Stellung zu ihm einnehmen; das gleiche träfe für das Parlament zu. Die Zukunft der Kammern aber einfach in einer Art Ermächtigungs- oder Mantelgesetz in die Hand des Ministers zu legen, geht nicht an.

Die „Grundsätze" nach denen der Minister künftig über die Bezirksfrage entscheiden will, werfen ganz von selbst die folgenden Fragen auf: Wo findet bei uns in Rheinland-Westfalen die wirtschaftliche Zusammengehörigkeit eines Kammerbezirkes ihre natürliche Grenze? Wohl erst an den Provinzgrenzen; denn der ganze westliche Industriebezirk ist ein wirtschaftlich zusammengehöriger und fast gänzlich einheitlicher Komplex. — Weiter: wird dem Minister ein Jahresetat von 100 000 Mark als genügende „steuerliche Leistungsfähigkeit" erscheinen, oder wird er durch weitere Zusammenlegungen eine höhere Leistungsfähigkeit erreichen wollen? Daß dies beabsichtigt wird, ist offenbar, da anders die Reform wenig Zweck hätte. — Und schließlich: werden dem Minister die räumlichen Bezirke der rheinisch-westfälischen Kammern ausreichend sein, um die Forderung ausreichender Flächengröße befriedigt erscheinen zu lassen?

Schon diese wenigen Gegenfragen erhellen die Verschwommenheit der „Grundsätze" und lassen sie nicht geeignet erscheinen, dem Minister an ihrer Hand allein die Entscheidung der Bezirksfragen zu übertragen. Hier wird vielmehr das Parlament für eine bestimmtere Fassung des Gesetzes und für hinreichende Sicherheiten Sorge tragen müssen, da die im Entwurf vorgesehene „Anhörung" der Beteiligten nur eine Form ist, deren inhaltliche Beachtung dem Minister überlassen bleibt.

Eine andere Frage bei Prüfung des Entwurfes ist die der Zergliederung der Kammern in getrennte Abteilungen für Handel und Industrie. Welch unglückliche Hand hat hier den Vater des Entwurfes geleitet! In strikter Inkonsequenz zu seinem mit Recht betonten Standpunkt, daß sich die Schaffung gesonderter Detaillistenkammern nicht empfehle, weil diese Sonderung dem auf gegenseitiges Verstehen angewiesenen gewerblichen Leben Schaden brächte, will der Gesetzgeber Handel und Industrie, diese unzertrennlichen Geschwister, im Aufbau und Organismus ein- und derselben Handelskammer von einander absondern. Als wenn nicht fast jeder wirtschaftliche Vorgang, fast jeder das Wirtschaftsleben berührende Gesetz- oder Verordnungsentwurf Handel und Industrie zugleich berührten! Als wenn es überhaupt eine Wirtschaftsfrage gäbe, die ausschließliche Domäne des Handels oder anderseits der Industrie wäre, und als wenn beide nicht auf engste Zusammenarbeit angewiesen wären! Diese Zusammengehörigkeit soll nicht nur gelten, und jedes der beiden Geschwister soll eine getrennte Verwaltungsorganisation erhalten! Zwar sollen sich beide Gruppen nach getrennt erledigter Vorarbeit in den Vollversammlungen der Kammer treffen, aber man muß doch bei solcher Sachlage fragen, wozu erst ein großer, umständlicher Organismus — denn auch die Mitgliederwahlen zu diesen Gruppen werden von der künstlich getrennten Wählerschaft gesondert vorgenommen — geschaffen werden soll, wenn er doch nur den von Anfang an natürlichen Ausgleich zum Endergebnis haben soll? Und all die Umständlichkeiten und Ueberflüssigkeiten, die mit dieser Teilung verbunden sind! Trennung der Wählerschaft, Trennung der Wahlen, erhöhte Kosten, Trennung der Mitglieder und der Ausschüsse, Trennung des Beamtenkörpers, Trennung und Ueberschneidung der Ausschuß-Voten, und als schließliches Ergebnis: genau das gleiche Resultat, das heute schon bei zweckmäßigerer Organisation erreicht wird! Man wird füglich zugeben müssen, daß mindestens dieser Teil der Vorlage mehr auf dem grünen Tisch als an des Lebens grünem Baum gewachsen ist.

Im übrigen enthält die Vorlage noch eine ganze Reihe von Fragen, mit denen sich die interessierte Oeffentlichkeit und das Parlament werden beschäftigen müssen. Doch mag für heute der Hinweis auf diese beiden Hauptfragen genügen, die eine sachgemäßere Lösung finden müssen, als sie der Entwurf vorschlägt.

Neue Freie Presse

12./XI. 1917

I

32

Der Industriellentag.

Wien, 12. November.

Gestern hat der von den drei zentralen industriellen Verbänden einberufene Industriellentag unter einer ungewöhnlichen Teilnahme von Vertretern der Regierung und der Industrie stattgefunden. Der Versammlung wohnte Ministerpräsident Dr. Ritter v. Seidler bei, der eine Rede hielt, welche allgemeine Beachtung fand und wiederholt von Kundgebungen der Zustimmung und des Beifalles begleitet war. Ganz besonders galt dies von der Aeußerung des Ministerpräsidenten, daß die Industrie im Frieden an dem ökonomischen und kulturellen Wiederaufbau „in hoffentlich wieder ganz freier Betätigung des Unternehmungsgeistes hervorragend mitzuwirken berufen sein werde". Die Industriellen zogen daraus den Schluß, daß der Ministerpräsident die staatliche Zwangswirtschaft im Frieden nur in den unbedingt notwendigen Grenzen aufrecht erhalten und so bald als möglich der freien Betätigung der Industrie die Wege ebnen würde. Der Ministerpräsident verwies ferner darauf, daß die Industrie im Frieden schwere staatsfinanzielle Lasten zu tragen haben werde, fügte aber unter anhaltendem Beifall hinzu, daß der Staat, wenn er von dem edlen Stamme der Industrie reiche Früchte abschütteln wolle, sich sorgfältig davor hüten müsse, diesem Stamme die Lebenssäfte zu entziehen oder gar die Axt an seine Wurzel zu legen, da eine blühende Volkswirtschaft ohne eine blühende Industrie nicht zu denken sei.

Die Tagung brachte eine Reihe interessanter Referate über die wichtigen industriellen Fragen. Hervorzuheben ist eine Resolution für den Frieden, in welcher sich die Industrie dagegen verwahrt, die Verlängerung des Krieges anzustreben.

Ueber den Verlauf der Versammlung liegt ein Bericht vor, dem wir folgendes entnehmen:

Unter einer bisher noch nie beobachteten Teilnahme wurde gestern vormittag der von den drei zentralen industriellen Verbänden (Bund österreichischer Industrieller, Industrieller Klub, Zentralverband der Industriellen Oesterreichs) einberufene Industriellentag eröffnet. Die weiten Räume des Industriehauses erwiesen sich als zu klein, um die aus allen Kronländern in Wien erschienenen Industriellen zu fassen. Der Industriellentag gestaltete sich durch diesen alle Erwartungen übertreffenden Zuspruch zu einer machtvollen Kundgebung der Industrie. Den Verhandlungen des Industriellentages wohnten Vertreter der Regierung, Parlamentarier, Delegierte der wirtschaftlichen Korporationen in großer Zahl an. Es waren erschienen: Ministerpräsident Dr. v. Seidler, Eisenbahnminister Freiherr v. Banhans, Minister für öffentliche Arbeiten Ritter v. Homann, Minister des Innern Graf Toggenburg, Handelsminister Freiherr v. Wieser, Finanzminister Freiherr v. Wimmer, Minister für Galizien Dr. v. Twardowski, Statthalter Freiherr v. Bleyleben, in Vertretung des Bürgermeisters Magistratsdirektor Dr. Nüchtern; die Herrenhausmitglieder Beurle, Derschatta, Freiherr v. Engel, Erner, Faber, Ginzkey, Hochenegg, Janotta, Baron Liebieg, v. Noot, Dr. Ruß, Freiherr v. Spitzmüller; die Reichsratsabgeordneten Friedmann, Heine, Isopescul-Grecul, Keller, Kuranda, v. Langenhan, v. Licht, Mastalka, Neunteufel, Dr. v. Oberleithner, Freiherr v. Panz, Dr. Roller; die Sektionschefs Ritter v. Bareck, Brüll, Burger, Diwald, Deutsch, v. Enderes, Hugo Franz, Haas, Kautzky, v. Kraßny, Franz Müller, Mühlwenzl, v. Pranter, Riedl, Schreyer, v. Solvis, Wagner-Jauregg; die Hofräte Angerer, v. Folz, Kaan, Karminski, Dr. Krenn, Dr. Löwenfeld-Ruß, Dr. Munk, Poech, Dr. Polak, Schüller, Simeons, Souseк, Pokorny, Dr. v. Wimmer, Carus, Frankfurter, Oberst Wallerstorfer, Intendant v. Stankovits, Sektionsrat Syrowatka, Statthaltereirat Dr. Raab; die Regierungsräte Klima und Kögler, Oberbergrat v. Aggermann.

Ferner waren anwesend Vertreter aller Handels- und Gewerbekammern, der Börse für landwirtschaftliche Produkte, Delegierte wirtschaftlicher Korporationen, der Bundessektionen, fast aller Banken und viele Großindustrielle.

Eröffnungsansprache des Präsidenten Brosche.

Sektionschef Dr. Brosche, Präsident des Zentralverbandes der Industriellen Oesterreichs, eröffnete die Versammlung im Namen der drei Zentralen industrieller Verbände, begrüßt die Anwesenden, erklärt, daß seit dem Jahre 1914 hauptsächlich wegen der Drosselung der freien Meinungsäußerung ein Industriellentag nicht stattgefunden hat, nunmehr hätten aber die Verhältnisse der Gegenwart und die Ausblicke in die Zukunft eine Gestaltung angenommen, welche zur Folge habe, daß die industriellen Verbände ihre verantwortungsvolle Aufgabe nur erfüllen können, wenn für ihre Geschäftsführung im Interesse der Gesamtindustrie leitende Grundsätze festgelegt sind, welche die Zustimmung und Billigung der weitesten industriellen Kreise gefunden haben, und wenn diese der Organisation bei der Durchführung geschlossen und tätig mitwirkend zur Seite stehen. Redner bringt ein Hoch auf den Kaiser aus und dankt mit inniger Freude dem glücklichen Geschicke, das den geliebten Monarchen in dem ernsten, sein teures Leben gefährdenden Moment betreut hat. Er begrüßt die Armee und erklärt die Zustimmung der Industrie zu dem vom Ministerpräsidenten in seiner Rede vom 25. September entwickelten weitausblickenden Programm und hofft nur, daß es ihm gelingen werde, das-

Österr. Volksz

14./XI. 1917

39

Preistreiberei. Vor einem Erkenntnissenat hatten sich gestern der Seifensieder Johann Feyfar, der wegen Preistreiberei bereits mit drei Tagen Arrest und 1000 K. Geld vorbestraft ist, und der Firmenvertreter Gustav Glaser wegen Preistreiberei zu verantworten. Wie in der Anklage ausgeführt war, kaufte Feyfar im Mai und Juni dieses Jahres 30 Säcke Ammoniaksoda zu je 100 Kg. und betrieb damit einen Kettenhandel. Er forderte für die Ware Preise von 46, 85 und 90 K., der übermäßige Gewinn aus diesen Geschäften betrug 1680 K., doch folgert die Staatsanwaltschaft aus dem Umstande, daß bei Feyfar außer den verkauften 30 Säcken noch 12 Säcke Ammoniksoda lagernd vorgefunden wurden, und auch diese höchstwahrscheinlich zum Preise von 90 K. per Sack abgesetzt worden wären, daß der beabsichtigte Gewinn Feyfars den Betrag von 2000 K. überstiegen hätte. Der Zweitangeklagte, Gustav Glaser, der ein langjähriger Bekannter des Feyfar ist, hat von demselben 10 Säcke Soda ebenfalls in preistreiberischer Absicht gekauft und aus der Abgabe der Ware gleichfalls einen unerlaubten Nutzen gezogen.

Der Gerichtshof fällte einen Schuldspruch und verurteilte Johann Feyfar zu einem Monat strengen Arrests und zu dreitausend Kronen, Gustav Glaser zu vierzehn Tagen strengen Arrests und zu fünfzehnhundert Kronen Geldstrafe.

Reichspost

15./XI. 1917

38

In einem ungarischen Handels-Hauptquartier.

Wie es gemacht wird.

(Eigenbericht der „Reichspost".)

Arad, 13. November.

Es ist auf der Rückreise aus walachischem Gebiete in einer südungarischen Stadt. Der Zug erreicht die Station in früher Morgenstunde, wir fühlen nach der unbequemen Nachtfahrt in überfüllten, mit ungezählten Gepäcksstücken, Obstkörben und Rucksäcken vollgepropften Waggons das Bedürfnis nach etwas Warmen. Wir betreten am Hauptplatz ein Kaffeehaus in der Hoffnung, dort ein stilles Plätzchen zu finden, um eine Tasse Tee und ein Stück Brot zu erhalten. Das geräumige, vornehm ausgestattete Lokal ist schon in früher Morgenstunde von Gästen voll; zumeist Herren; sie sind hier in regstem Verkehre. Man serviert ohne Abgrenzung der Quantitäten Kaffee, Schokolade, Kakao, Tee, Eier, Butter, Honig, Marmelade, vortreffliches Brot und Backwerk; es liegen fast sämtliche der gelesensten Tages- und Wochenblätter ungarischer, österreichischer und auch reichsdeutscher Provenienz auf. Bald wird es uns klar: „Hier wird gehandelt!" — Wir erkundigten uns, ob heute in der Stadt ein Markt- oder Gerichtstag, eine kaufmännische Versammlung sei und erhielten die prompte Antwort: Nichts von alledem, so wie heute spiele sich täglich in der Morgenstunde bis Mittag, oftmals auch bis zum Spätnachmittag das Geschäftsleben hier ab. Wir betrachteten uns die Gesellschaft näher. Fast ausnahmslos Juden, aus den verschiedensten Berufskreisen. Wir befinden uns im „Hauptquartier" der hier ansässigen „Preistreiber" — Hochburg der kaufmännischen Moral im Kriege. Was wissen die armen Großstädter, wie das gemacht wird und wer diese Preise konstruiert. Wer sind diese Herren, die von den gedeckten Tischen speisen, auf denen Mutter Natur und Gottes Segen in diesem Jahre die vielen Schüsseln für uns alle aufgetragen, welche jedoch alle Plätze besetzten, während die Millionen darben? Ich erkundige mich also. Hier ein alter pensionierter Kanzlermensch aus einer Advokatur, der heute in Schafkäsen „macht", dort ein in Konkurs gegangener Drogist, der heute Schafe und Schweine verhandelt; der nächste ein gewesener Handelsbeflissener in Schuhschmiere, der sich durch Vermittlung von Kukuruz bereits zwei Häuser erwirtschaftet, dort ein anderer reisender Agent, der sein Augenmerk von verschossenen Ansichtskarten ab auf frisch eingesalzenen Speck gerichtet und soeben seiner holden Gattin einen Sealskinmantel für fünftausend Kronen gewidmet hat. Das sind nur einige Typen aus der großen Menge. Und wie das gemacht wird? Die geehrten Herren Preiskonstrukteure der Lebensmittel und Bedarfsartikel haben bei ihren Zusammenkünften in dem Kaffeehause des Morgens weder Ware noch Geld, sondern lediglich die Absicht, ein Geschäft zu machen. Der eine hat „gehört", ein zweiter wüßte einen Käufer auf einen Waggon Nüsse und bietet sie ihm an, ohne vorläufig noch zu ahnen, woher er sie nehmen werde. Man sichert sich die Provision zu, natürlich schriftlich, denn man traut sich nicht gegenseitig; dieser Zweite sucht und findet einen Dritten, der die Nüsse vorläufig unbekannter Herkunft um nicht unerhebliche Prozente teurer fest für den Großmarkt kauft. Nun ist die Basis gefunden und man sucht die Nüsse. Gegen entsprechende Fahrtspesen, für welche der „Erste" aufzukommen hat, reist man in das Produktionsgebiet und preßt dem Bauern die Ware ab. Bei einem Dutzend dieser kleinen Leute wird der verhandelte Waggon aufgebracht; die Ware gelangt durch vier Hände endlich auf den Großmarkt, von dort auf den Detailmarkt, und schließlich in die Einkaufstasche der Hausfrau. Und da zerbrechen sich die berufenen Vertreter von Stadtgemeinden die Köpfe, wie sich die Lebensmittel verbilligen ließen, erlassen Verordnungen, requirieren, maximieren und glauben den Finger auf der Wunde zu haben, wenn sie Strafedikte konzipieren. Nein, so geht es nicht. Wir haben gesehen, wie viele dieser „handelnden" Kaufleute neben ihrem Berufe reich werden, wir haben gestaunt darüber, daß sich unter diesen manche wehrpflichtige Elemente befinden, die als „unentbehrlich" oder zu „leichten Diensten" geeignet derzeit beurlaubt „arbeiten", wir haben erfahren, welche Unsummen täglich umgesetzt werden beim Rauchen einer Trabuko im eleganten Kaffeehause. Und all das zusammen bildet das Gerüste zum Aufbaue unseres kommenden Wirtschaftsverkehres. Wohin wird, wohin muß das führen? Nur jener, dem die Gelegenheit geboten war, hinein ins Land, zum Urproduzenten zu kommen und dort zu erforschen, auf welchem Wege er heute seine Erzeugnisse an den Mann zu bringen gezwungen ist, nur der vermag ein Verständnis dafür aufzubringen, warum jeder kleinste und armseligste Artikel die unsinnigsten Preislagen erzielt.

Mauritius.

15./XII. 1917

39

(**Beantragte Aufhebung der § 14-Verordnungen über Ein- und Ausfuhrverbote.**) In der Kriegszeit haben die Regierungen, wie bekannt, eine große Anzahl von Verordnungen über Ein-, Aus- und Durchfuhrverbote erlassen. Dieser Gegenstand beschäftigte die gestrige Sitzung des kriegswirtschaftlichen Ausschusses, in welcher Abg. Dr. Freißler ein Referat über die von der Staatsverwaltung getroffenen Verfügungen zoll- und handelspolitischer Natur erstattete. Der Berichterstatter beantrage, die Ein- und Ausfuhrverordnungen aufzuheben und die Regierung darauf zu verweisen, daß sie nach dem bestehenden kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetz in der Lage sei, die notwendigen zoll- und handelspolitischen Verfügungen zu treffen. Weiter beantragte der Referent, die bisher getroffenen Verfügungen zur Kenntnis zu nehmen, die Regierung jedoch aufzufordern, künftighin zu treffende Maßnahmen zoll- und handelspolitischer Art dem Ausschuß vorher vorzulegen. Die Anträge des Referenten wurden angenommen.

20./XI. 1917

(Kündigung von Handelsverträgen durch Rußland.) Die vorläufige russische Regierung hat die Handelsverträge mit England, Holland und der Schweiz gekündigt. Der Vertrag mit England datiert vom Jahre 1859, der Vertrag mit Holland vom Jahre 1846 und der Vertrag mit der Schweiz vom Jahre 1872. Die Handelsabkommen basierten im wesentlichen auf dem Prinzip der Meistbegünstigung. Weitere Kündigungen werden offenbar folgen. Der für Rußland besonders wichtige Handelsvertrag mit Deutschland ist ebenso wie jener mit Oesterreich-Ungarn (1906) durch den Krieg aufgehoben worden. Daß Rußland die Absicht hatte, bei der ursprünglich für das Jahr 1917 erwarteten Neuregelung seiner handelspolitischen Beziehungen aktiv zu sein, war schon in den letzten Friedensjahren vielfach zu erkennen, und namentlich sollten Forderungen gegen Deutschland durchgesetzt werden. Während des Krieges hat sich jedoch die gesamte Wirtschaftslage geändert, und es kann auf diesem Gebiet am allerwenigsten an das Vergangene angeknüpft werden. Rußland will offenbar durch die Kündigung der Handelsverträge energisch seine wirtschaftlichen Interessen zur Geltung bringen, und keiner der kriegführenden Staaten wird das nötiger haben als das in seinen Grundfesten erschütterte und wirtschaftlich außer Rand und Band geratene Rußland, welches sich von Beginn ab gegen den programmatischen Wirtschaftskampf nach dem Kriege ziemlich ablehnend verhalten hat. Aus dem Haag meldet die Telegraphenkompagnie: Die offizielle Mitteilung der vorläufigen russischen Regierung, daß das seit dem Jahre 1846 bestehende Handelsabkommen vom 15. November ab außer Kraft tritt, hat in holländischen Handelskreisen große Entrüstung hervorgerufen, besonders da man hier in den letzten fünf Jahren und auch noch während des Krieges verschiedene Maßnahmen zur Verbesserung der Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern getroffen und zu diesem Zweck auch eine holländische Handelsbank in Petersburg gegründet hat. Es handelte sich vor allem darum, die Einfuhr von Artikeln aus Niederländisch-Indien, hauptsächlich Javatee, nach Rußland zu steigern.

Fremdenblatt
20./V. 1917

Gedanken über das Praeferenzsystem.

Vom Wirkl. Geheimen Rat **Alexander Matlekovits**, Staatssekretär a. D.

Nach Zeitungsmeldungen soll sich der neue Handelsvertrag zwischen Oesterreich und Ungarn und dem Deutschen Reiche auf Grundlage der gegenseitigen Bevorzugung, des sogenannten Praeferenz-Systems bewegen. Der jetzige Krieg ist nicht nur ein militärischer Krieg, sondern auch ein Volkskrieg, ein Wirtschaftskrieg. Unsere Feinde haben diesen Krieg auf wirtschaftliches Gebiet überwälzt. Infolge dessen muß meiner Ansicht nach der Friede, der geschlossen werden wird, nicht nur hinsichtlich der kriegerischen Verhältnisse, nicht nur bezüglich der militärischen und politischen Verhältnisse, sondern in erster Reihe auf wirtschaftlichem Gebiet gesichert werden; bei diesem Frieden muß also zu erwägen sein, daß jene Maßnahmen getroffen werden, die zur Wiederherstellung des wirtschaftlichen Friedens notwendig sind.

Bei dem jetzigen Zustande der Weltwirtschaft, respektive bei dem Zustande vor Kriegsausbruch ist der wirtschaftliche Friede unmöglich, solange das Hauptprinzip der Zollpolitik, nämlich die Meistbegünstigung, nicht gesichert erscheint. Daß dies so ist, zeigt auch das wirtschaftliche Vorgehen unserer Feinde. Die Pariser wirtschaftliche Konferenz der Entente, die zwischen dem 14. und 17. Juni 1916 abgehalten wurde, ist noch in unser aller Erinnerung. In dieser Konferenz wurde der Beschluß gefaßt, den Wirtschaftskrieg gegen die jetzigen Feinde auch nach dem Kriege fortzusetzen und als Hauptsache wurde der Satz aufgestellt: Wir verpflichten uns, daß wir unseren Feinden in der Zukunft, auch wenn schon Friede sein wird, die Meistbegünstigung nicht gewähren werden. Die größte Waffe gegen den wirtschaftlichen Frieden ist also die Entziehung der Meistbegünstigung. Wenn wir nun diese Meistbegünstigung ausschließen — und wir schließen sie aus, wenn wir einander Zollbegünstigungen, eine gegenseitige Vorzugsbehandlung gewähren — dann geben wir die Handhabe zu einem wirtschaftlichen Kriege in der Zukunft, dann sind wir es, die diesen Wirtschaftskrieg verursacht und hervorgerufen haben. Und ich glaube, daß wir hierzu weder unsere Regierung, noch aber Deutschland aneifern dürfen, im Gegenteil, wir müssen gegen diese gegenseitige Vorzugsbehandlung Stellung nehmen.

Vom Standpunkte der Meistbegünstigung ist es gerade in der letzten Zeit zu einer lebhaften literarischen Diskussion gekommen, deren Ziel der Beweis dessen war, daß die Meistbegünstigung kein unerläßliches Mittel der Zollpolitik und des einzuleitenden Friedens wäre, wie wir dies im allgemeinen annehmen.

Die auf diesem Gebiete erschienenen Arbeiten teile ich in drei Kategorien: in die erste Kategorie rechne ich jene Schriftsteller, die sentimental genannt werden können, in die zweite kommen die Naiven und in die dritte die Hyperklugen. Die sogenannten Sentimentalen gehen von folgendem Standpunkte aus: im großen Weltkriege haben die Ungarn, die Oesterreicher und die Deutschen so zäh Seite an Seite gekämpft, ist so viel Blut im gegenseitigen Interesse geflossen, daß nach dem Kriege niemand etwas dagegen einzuwenden habe, wenn man nach so viel vergossenem Blut einander größere Begünstigungen gewährt, als anderen. Diese Sentimentalität ist ein sehr schönes Gefühl, doch auf dem materiellen Gebiete pflegt man mit Herz und Gefühl nicht zu arbeiten. Auf diesem Gebiete müssen materielle Gesichtspunkte führen. In die Reihe der Naiven würde ich jenen Schriftsteller einreihen, der letzthin ein fast 800 Seiten starkes Werk geschrieben hat: Freiherr v. Battaglia: Ein Zoll- und Wirtschaftsbündnis zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland. Dieses große Werk will beweisen, daß wir ganz ruhig das Praeferenzsystem uns zu Eigen machen können, und zwar ganz einfach deswegen, weil er mit statistischen Daten beweist, daß es auf der ganzen Welt kein Land gibt, in dessen Interesse eine Negligierung dieses Praeferenzsystems liegen würde. Dieses Werk ist bestrebt, von Brasilien bis China bezüglich aller Staaten zu beweisen, daß es im Interesse keines Staates liegt, dieser Praeferenz gegenüber Widerstand zu leisten. Bei jedem einzelnen Staate führt das Werk statistische Daten an, und beweist, daß es nicht im Interesse des betreffenden Landes liegt, mit Deutschland wegen der uns zu gewärtigenden Praeferenz den Zollkrieg zu beginnen. Wir haben diese Dinge schon durchlebt, denn wir wissen ja, daß Amerika ebenso uns gegenüber wie auch Deutschland gegenüber, wenn auch nicht in einer unbedeutenden, so doch verhältnismäßig nicht zu großen Sache mit starken Drohungen aufgetreten ist. In den achtziger Jahren wurde die Veterinärpolizei als starke Waffe der Zollpolitik sowohl in Oesterreich, wie auch in Deutschland gegen Amerika gerichtet. Man sagte, daß von hygienischem Standpunkte aus das amerikanische Fett gefährlich sei, da es nicht im Wege von Schmelzen, sondern vom Pressen gewonnen wird, und auf diese Weise all jene Bazillen im Fett bleiben, die für das menschliche Leben gefährlich sind. Unter dieser Berufung wurde die Einfuhr des amerikanischen Fettes verboten. Im Grunde genommen ist dies eine unbedeutende Sache, denn Amerikas Ausfuhr an Baumwolle, Kupfer und vielen anderen Artikeln ist von einer viel größeren Bedeutung, als daß es im Interesse Amerikas gelegen wäre, Deutschland oder Oesterreich gegenüber einen Krieg zu provozieren. Und was ist geschehen? Amerika hat eine Zuschrift an uns gerichtet, in der es hieß, daß es, im Falle wir dieses Vorgehen weiter beobachten werden, uns gegenüber zu Retorsionsmaßnahmen greifen werde. Und so wurde dann, wenn auch nicht ganz ohne Widerrede, so doch unter gewissen schriftlichen Kautelen die Einfuhr des amerikanischen Fettes erlaubt. Die schriftlichen Kautelen bestanden darin, daß Amerika Oesterreich und Deutschland garantierte, das Fett bei der Ausfuhr zu überprüfen. So könnte man zahlreiche Beispiele zitieren, daß die Staaten schon in Fragen von geringer Bedeutung das Wort ergriffen haben und Retorsionen anwendeten.

(Schluß folgt.)

Fremden-Blatt
22./XI. 1917

42

Gedanken über das Praeferenzsystem.

Vom Wirkl. Geheimen Rat **Alexander Matlekovits**, Staatssekretär a. D.

Schluß.*)

Ich kehre nun zu den hyperklugen Schriftstellern. Auch deren Tätigkeit charakterisiert ein Werk, und zwar das in der letzten Zeit veröffentlichte Werk Schilders: „Europa und die Meistbegünstigungsfrage." Tendenz und Ziel dieses Werkes ist, zu beweisen, daß die Meistbegünstigung heute nicht mehr existiert und daß lange Zeit hindurch die Praeferenz schon in Anwendung war, ohne daß es zu einem Malheur gekommen wäre. Das Werk beruft sich zum Beispiel darauf, daß Nordamerika Kuba gegenüber das Praeferenzsystem angewendet habe oder Frankreich Tunis gegenüber. Das Werk erwähnt dann, daß auch im deutschen Zolltarif eine ganze Reihe von Praeferenzen gewährt wird. So wird zum Beispiel dem Tokayer Wein eine besondere Begünstigung eingeräumt, oder den belgischen Pferden. Doch auch im österreichisch-ungarischen Zolltarif gebe es Praeferenzbehandlung. Den Italienern räumten wir eine Vorzugsbehandlung für Leder ein, der Schweiz für Käse, mit einem Wort, überall gab es Praeferenzen und im Grunde genommen habe sich niemand diesen widersetzt. Die Monarchie hat in den achtziger Jahren mit Serbien jenen Vertrag geschlossen, laut dem alle aus Oesterreich-Ungarn eingeführten Waren die Hälfte des serbischen Zollsatzes zu bezahlen haben; trotz dieses Zustandes ist kein Zollkrieg zum Ausbruch gekommen, kein Unglück geschehen. Wir müssen aber wissen, daß die Praeferenz von Bedeutung kein Staat wortlos duldete. Die serbischen Praeferenzen wurden nicht nur nicht geduldet, sondern die österreichische und die ungarische Regierung mußten sich verpflichten, sich in der Zukunft solcher Praeferenzen zu enthalten. Ein ähnlicher Fall ist der französisch-tunifer. Wir waren jener Staat, der am meisten reklamiert und seinen Willen auch durchgesetzt hätte, daß in diesem Falle das Praeferenzsystem nicht zur Anwendung gelange, wenn sich nicht ganz zufälligerweise ein Kompensationsgegenstand gezeigt hätte. Wir haben zu jener Zeit Bosnien und die Herzegowina in das österreichisch-ungarische Zollgebiet einbezogen, trotzdem im Sinne der internationalen Vereinbarungen Bosnien und Herzegowina dem türkischen Zolltarif unterworfen worden wäre. Wir haben diese Praeferenz durchgeführt und haben als Gegenwert gegen die französische Praeferenz Tunis gegenüber keine weiteren Einsprachen mehr erhoben.

Jene Behauptung also, daß das Prinzip der Meistbegünstigung durchbrochen sei und wir es dennoch dulden, ist also nicht stichhältig. Wenn die Praeferenz für untergeordnete Dinge in der Zukunft zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland angewendet würde, so würde vielleicht niemand dagegen Einsprache erheben. Doch das wird weder unser, noch das Interesse Deutschlands sein. Wenn wir das Wort der Praeferenz aussprechen, so verstehen wir eine Zollbegünstigung in der Weise, daß auch bezüglich solcher Artikel, die die Hauptausfuhrartikel der Monarchie sind, wie Holz, Tiere, Getreide, diese solche Begünstigungen erhalten müssen, daß die mit uns konkurrierenden Staaten in eine gewisse nachteiligere Lage kommen. Und im Gegensatz hiezu, wenn wir den Deutschen Praeferenzen einräumen, zum Beispiel auf Seide, Baumwolle oder Wollwaren, so müssen dies solche Vorteile sein, gegen die es im Interesse Frankreichs, der Schweiz oder Italiens liegen müßte, das Wort zu ergreifen. Wenn wir also das Wort von der Praeferenz im ernsten, ausgiebigen Sinne auffassen, so bedeutet das entschieden einen Krieg auch in der Zukunft, und infolgedessen müssen wir uns dieser Praeferenz widersetzen.

Ich glaube nicht, daß es jemand unter uns geben würde, der in Zollsachen keine Vorteile wünschen würde, wir alle können aber nur der Meinung sein, daß wir Zollbegünstigungen nur dann wollen, wenn wir den Weltfrieden, den wirtschaftlichen Frieden nicht stören. Wir müssen also davor gesichert sein, daß diese Zollbegünstigungen kein anderer Staat in Anspruch nehmen will, oder aber daß auf Grund dieser Zollerleichterungen kein anderer Staat in der Zukunft einen Zollkrieg beginnen wird. Und wie ich dies auch in der Generalversammlung der Ungarischen Zollpolitischen Zentralstelle ausführen konnte, können wir die Zollerleichterungen nur unter jener Bedingung konzedieren, wenn trotz dieser Praeferenz die Meistbegünstigung dritten Staaten gegenüber durchzuführen ist.

Natürlich wird es sich nur anläßlich der Friedensverhandlungen herausstellen, ob dies möglich ist. Infolgedessen kann man zu dieser Frage unter den gegenwärtigen Umständen keine Stellung nehmen, doch das ist auch nicht notwendig, denn der jetzige wirtschaftliche Zustand ist kein solcher, daß man heute einen endgiltigen Vertrag abschließen könnte. Der Wirtschaftszustand von heute ist der Wirtschaftszustand des Krieges. Dieser Wirtschaftszustand kann nicht mit dem Geiste der Handelsverträge vereint werden. Wenn heute der Krieg aufhören und die zu Kraft bestehenden Handelsverträge wieder ins Leben treten würden, dann würde jeder Staat das Wort ergreifen und sagen, daß diese Verträge heute nicht durchführbar sind. Wie viele Einfuhr- und Ausfuhrverbote gibt es, die im Gegensatz zu den Handelsverträgen und zur Freiheit der einzelnen Individuen stehen! Heute muß man über ein Provisorium auch für den internationalen Verkehr nachdenken, das im allgemeinen den Uebergang der Wirtschaft zum Frieden sichert.

*) Siehe „Fremden-Blatt" vom 20. November.

Ostdeutsche Rundschau
23/XI. 1917

0
23
43

Preistreiberei bei gewerblichen Leistungen.

Wiener Blätter berichten von einer Gerichtsverhandlung, die in Wien gegen einen Schneider stattgefunden hat, der für das Wenden eines alten Sakkos mit Weste den ungeheuren Preis von 100 K. verlangt hatte. Der Schneider wurde freigesprochen mit der Begründung, daß die Preistreibereiverordnung nur auf Kauf und Verkauf von Waren, nicht aber auch auf gewerbliche Leistungen anwendbar sei. Diese Begründung ist vollkommen zutreffend. Es ist dies aber um so bedauerlicher, als bei den unerschwingbaren Warenpreisen heutzutage fast jeder darauf angewiesen ist, seine alten Sachen möglichst lange instandzuhalten, also ausbessern zu lassen, wobei er dann jeder Maßlosigkeit schutzlos preisgegeben ist. Das ist ein tief beklagenswerter Zustand. Die Regierung hat keine Entschuldigung für dieses Uebersehen, das die empfindliche Lücke im Gesetze verschuldet. Sie wurde rechtzeitig auf diesen Mangel aufmerksam gemacht. In der Nummer vom 18. Februar 1917 hat das „Grazer Tagblatt" einen ausführlichen Aufsatz aus der Feder Dr. Eduard R. v. Liszts, des bekannten Sozialpolitikers und Strafrechtsdozenten an der Grazer Universität, veröffentlicht, in welchem der Verfasser unter eingehender Begründung Schutz gegen Preistreiberei auch bei Leistungen der Gewerbetreibenden forderte.

Die betreffende Stelle lautet: „Es handelt sich übrigens im Leben nicht immer nur um den Verkauf von Sachen. Auch Handlungen, Leistungen können unentbehrlich sein, und auch betreffs ihrer ist ebenso Verweigerung wie Preistreiberei möglich, wie ich schon einmal gelegentlich Besprechung des § 479 St.-G.-B. betonte. Denken wir an Gepäckträger, Fuhrwerk, Badeanstalten, aber auch an die Leistungen z.B. von Installateuren, des Friseurs und selbst des Arztes. Diesbezüglich bestehen zum Teil eigene Vorschriften, die aber nicht durchaus genügen.

Besondere Arten von Leistungen sind die Verfertigung und die Ausbesserung von Sachen. Auch sie können zu den unentbehrlichen Lebensbedürfnissen gehören. Die Verweigerung solcher Leistungen ebenso wie die Forderung übermäßiger Preise für sie seitens der betreffenden Gewerbsleute müßten unter Strafdrohung gestellt werden. Die Möglichkeit des Vorschützens von Ausreden für beides wird freilich immer eine reichliche sein und erheischt die gründliche Aufmerksamkeit seitens der Behörden. Und nicht nur die Verweigerung der Uebernahme einer solchen Arbeit ist ins Auge zu fassen, sondern — und insbesondere — die Verweigerung ihrer Ausführung. Was nützt es, wenn die Arbeit zwar übernommen, die Ausführung aber mit oder ohne Ausreden ad calendas graecas verschleppt wird, so daß faktisch die bestellte Lieferung nie erfolgt? Durch ein solches Vorgehen ist ja der der Leistung Bedürftige noch viel mehr geschädigt, als wenn diese gleich glatt verweigert worden wäre. Gewiß würde in dieser Art von Fällen die Ueberwachung ebenso wie die Feststellung des Tatbestandes besonderen Schwierigkeiten begegnen.

Schließlich ist zu betonen, daß die bezüglichen gesetzlichen Bestimmungen nicht nur für die Dauer des Krieges und die ihm zunächst folgende Zeit gelten dürften, sondern dauerndes Gut der Bevölkerung bleiben müßten."

Die mahnende Stimme wurde nicht beachtet. Bekanntlich gilt in Oesterreich mehr als sonstwo der Satz: Nemo propheta in patria. Den Schaden davon hat natürlich nicht der Prophet, sondern das Vaterland und die arme Bevölkerung, der rechtzeitig hätte geholfen werden können. Vielleicht entschließt sich der Staat aber noch in letzter Stunde, eine „Lex Liszt" zur Hintanhaltung von Verweigerung gewerblicher Arbeiten und Preistreiberei bei solchen zu erlassen.

25./XI. 1917

45

(Die Beteiligung Ungarns an der ausländischen Rohstoffbeschaffung.) Die von uns mitgeteilten Aeußerungen des Generalkommissärs für Kriegs- und Uebergangswirtschaft Sektionschefs Riedl im Budgetausschuß des österreichischen Abgeordnetenhauses über die Aufteilung der ausländischen Rohstoffe zwischen Ungarn und Oesterreich haben in unseren politischen und volkswirtschaftlichen Kreisen lebhaftes Befremden erweckt. Der amtliche Leiter der Uebergangswirtschaft Oesterreichs sah sich ohne jeden Grund zu der Erklärung veranlaßt, daß das Prinzip einer quotenmäßigen Einführung der Rohmaterialien abgelehnt werden muß. Er motiviert seine Stellungnahme damit, daß für die Aufteilung solcher Importe nur die Leistungsfähigkeit der beiderseitigen Industrien in Betracht kommen kann. Was ihm die Veranlassung zum Aufwerfen dieser Frage eben im gegenwärtigen Augenblick gegeben hat, ist nicht zu ergründen. Ungarischerseits ist in dieser Angelegenheit bisher weder bei dem Sektionschef, noch an einer anderen österreichischen Regierungsstelle irgendwelche Anregung erfolgt. Wie wir von kompetentester Quelle erfahren, wurden in der Frage der Rohstoffbeschaffung von seiten Ungarns bei der österreichischen Regierung bisher überhaupt noch keinerlei Schritte getan, die Verhandlungen hierüber wurden nicht eingeleitet, es konnte demnach hierüber auch keinerlei Entscheidung fallen. Die zuständigen ungarischen Regierungsstellen sind sich aber ihrer Aufgabe vollauf bewußt, die darin besteht, die Interessen der ungarischen Industrie auch auf dem Gebiete der Rohstoffbeschaffung in jeder Hinsicht zu wahren. Wird ein Zusammengehen mit dem anderen Staate der Monarchie Ungarn wirtschaftliche Vorteile bieten, so können die zu ergreifenden Maßnahmen bei der Regelung der Uebergangswirtschaftsfragen im gemeinsamen Einverständnis erfolgen. Ergibt sich aber hiebei eine Schädigung oder Uebervorteilung unserer Wirtschaftsinteressen, so wird Ungarn aus eigener Kraft die Wege und Mittel zu einer seinen Interessen entsprechenden Lösung der Rohstoffbeschaffung suchen und finden. In einer

vorzeitigen Streit über die Aufteilung der seinerzeit zu beschaffenden Rohstoffe läßt sich Ungarn heute nicht drängen. Das Erspähen neuer künstlichen Reibungsflächen überläßt es den österreichischen Bureaukraten.

Ostdeutsche Rundschau
27./XI. 1917

46

Die Rohstoffe und die ungarische Industrie. Ueber diesen Gegenstand äußerte sich Generalkommissär Sektionschef Riedl im Budgetausschuß u. a.: Unter allen Umständen muß grundsätzlich eine quotenmäßige Einführung der Rohstoffe abgelehnt werden. Für die Aufteilung solcher Einfuhren kann nur die Leistungsfähigkeit der beiderseitigen Industrien in Betracht kommen. Wir stehen nicht auf dem engherzigen Standpunkte, daß die Entwicklung der ungarischen Industrie eine Schädigung der österreichischen Interessen bedeutet, sondern sind uns dessen vollbewußt, daß jede Steigerung der wirtschaftlichen Kraft und der Produktionsfähigkeit eines Landes es auch als Absatzgebiet wertvoller macht. Aber andrerseits darf auch nicht eine künstliche Prämie für die Entwicklung der ungarischen Industrie durch eine für Oesterreich ungerechte Aufteilung der Rohstoffe geschaffen werden. Die gemeinsamen Rohstoffbezüge müssen, wie erwähnt, nach der Leistungsfähigkeit der beiderseitigen Industrien aufgeteilt werden. Der Generalkommissär gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die hierüber mit der ungarischen Regierung zu pflegenden Verhandlungen im Geiste des Entgegenkommens und der gegenseitigen Rücksichtnahme auf die beiderseitigen Interessen geführt werden.

Österr. Volkszeitung
28./VI. 1917

48

Wie es gemacht wird.

Ein lehrreiches Beispiel aus der „Preisprüfungs"-Kommission.

In der Preisprüfungskommission, Gruppe Holz, wurde in der vorgestrigen Sitzung die Position „Kistenbretter" verhandelt. Die Wiener Handels- und Gewerbekammer hatte ein Elaborat vorgelegt, worin die Preise so hoch gestellt waren, daß die Wirtschaftsstelle der Holzinteressenten selbst eine Ermäßigung beantragte und auch Forstrat Lastovicka noch für eine weitere Ermäßigung eintrat.

Abg. Dr. Diamand erklärte, daß dieses Komitee augenscheinlich ein Komitee zur Teilung der Beute sei, und verlangte die Einvernahme von Sachverständigen aus dem Fache der Kistentischler und der Kistenkonsumenten.

Es kam zu einer heftigen Polemik, und als der frühere Abgeordnete Gemeinderat Gruber aus Linz das Wort ergreifen wollte, wollte ihm der Vorsitzender Dr. Tauscher, Sekretär der Reichenberger Handelskammer, dies nur erteilen, wenn er lediglich über die Ziffern sprechen würde. Als Gruber darauf nicht einging, entzog er ihm das Wort.

Nun erklärte Abg. Dr. Diamand, daß er nicht in der Lage sei, diese Preisprüfungskommission anzuerkennen, weil sie bloß eine Vertretung der Holzinteressenten sei und daß er daher an den weiteren Verhandlungen sich nicht beteiligen wolle. Darauf verließen die Abgeordneten Dr. Diamand und Myak sowie Gemeinderat Gruber den Beratungssaal.

1./XII. 1917

48.1

(Ungarische Kaufmannshalle.) In der heute unter dem Vorsitze des Vizepräsidenten Hofrates Aladár Kaßab gehaltenen Ausschußsitzung gedachte der Vorsitzende des dem Parlament zugegangenen Gesetzentwurfes über die dreijährige Verjährung gewisser Forderungen. Der Ausschuß hat sich dahin ausgesprochen, er halte es inmitten des Kriegszustandes nicht für opportun, daß eine so kurze Verjährungsfrist festgestellt werde, zumal ja viele Gläubiger derzeit zum Militärdienst eingerückt sind. Der Ausschuß bemängelt auch die rückwirkende Kraft des Gesetzentwurfes und beschloß, seine Bedenken in einer an das Parlament und an die Regierung zu richtenden Repräsentation zusammenzufassen. Auf Antrag des Mitgliedes Sigmund Rotter erklärte der Ausschuß, er erachte die Lasten der neuen Steuergesetze für die Kaufleute und Gewerbetreibenden als zu groß, zumal da die Steuerlast nicht auf alle Produktionszweige gleichmäßig verteilt erscheint. Bezüglich der Sperrstunde lagen Anträge von Moritz v. Hetéés und von Armin Bartos vor. Der Ausschuß hält den Standpunkt aufrecht, wonach es unstatthaft sei, diese Frage einheitlich zu lösen, nachdem die einzelnen Branchen verschieden zu beurteilen sind. Auf Antrag des Mitgliedes David Brust wurde beschlossen, eine Repräsentation an den Handelsminister über die von Oesterreich angeordnete Verkehrsbeschränkung von Textilwaren zu richten. Die Berichte der Sektionen über zahlreiche erfolgreiche Aktionen wurden zur Kenntnis genommen. Zum Schlusse wurden in großer Zahl neue gründende und ordentliche Mitglieder aufgenommen.

1./XII. 1917

49

(Fachausschuß der Exporthändler.) Am 27. November hat in den Räumen des Handelsmuseums die konstituierende Plenarversammlung des mit Verordnung des Handelsministers vom 15. Oktober d. J. geschaffenen Fachausschusses der Exporthändler in Anwesenheit des Regierungskommissärs Hofrates Professor Dr. Eugen Schwiedland stattgefunden. Der Ausschuß ist zur besonderen Vertretung der Interessen des Ausfuhrhandels berufen und obliegt ihm die Erstattung von Gutachten in Exportangelegenheiten und die Mitwirkung an Maßnahmen der Kriegs- und Uebergangswirtschaft in bezug auf die Warenausfuhr. Zur Leitung des Ausschusses, der sich aus 45 Mitgliedern zusammensetzt, wurden als Obmann Kommerzialrat Karl Arnstein und als Obmannstellvertreter Kommerzialrat Jakob Mahla und Karl Friedrich Weiß durch den Handelsminister ernannt. Die drei Hauptreferate der Tagung, welche durch Kommerzialrat Heinrich Rosenberg, kaiserlichen Rat Alois Schweiger und Kommerzialrat Arnstein vertreten wurden, behandelten wichtige Fragen der Ausfuhrbewilligungen, die Erhebungen der Vorräte exportfähiger, im Inlande nicht benötigter Waren sowie die Feststellung des Bedarfes und die Erleichterung der Beschaffung von Rohstoffen für die österreichische Spezialindustrie, das Klein- und Kunstgewerbe und fanden allgemeine Zustimmung.

Reichspost Abendbl. 7./XII. 1917

Klare Rechnung!

Wien, am 7. Dezember.

Im Heeresausschusse der ungarischen Delegation haben vorgestern die Delegierten Chorin und Szterenyi vom Kriegsminister Aufklärungen und Ausweise über den Anteil der ungarischen Industrie an den verschiedenen und verschiedenartigen Heeresaufträgen während des Krieges verlangt, um die quotenmäßige Verteilung der wirtschaftlichen Vorteile auf beide Staaten zu errechnen. Der Kriegsminister stellte eine Beantwortung dieser Fragen, sobald er sich die genauen Daten verschafft haben werde, in Aussicht.

Es ist ganz gut, wenn der Anteil der beiden Staaten nicht nur an den Leistungen für den Krieg, sondern auch an den Erträgnissen des Krieges mit größtmöglicher ziffermäßiger Genauigkeit festgestellt wird, und es ist nicht minder gut, daß der Anstoß zu dieser Untersuchung von ungarischer Seite ausgeht. Nur klare Rechnung erhält die Freundschaft und den Dualismus. Dieses heikle Gebiet soll nicht der Phantasie von Versammlungsrednern, nicht der Privatstatistik von dies- und jenseitigen Auseinanderhetzern zur Bearbeitung überlassen bleiben, sondern es soll der unvermeidlichen Erörterung der beiderseitigen Kriegsopfer und Kriegsgewinne möglichst von Anfang an mit zuverlässigem amtlichen Zahlenmaterial eine solide Unterlage beigestellt und ein fester Rahmen gegeben werden.

Das Exposé des Kriegsministers singt in hohen Tönen das Lied von den Verdiensten der Industrie um die Ermöglichung der erfolgreichen Führung des uns aufgenötigten Verteidigungskrieges. Schwere Versäumnisse der Friedenszeit, der Vorbereitungszeit waren während des Krieges nachzuholen und wurden nachgeholt. Sie wurden nicht nur nachgeholt, es wurde nicht nur der Vorsprung der Gegner unter beispiellosen Anstrengungen durch das Zusammenwirken aller verfügbaren Kräfte wettgemacht, sondern es gelang uns zugleich, den Fortschritt der Gegner während des Krieges einzuholen, mit ihm gleichen Schritt zu halten und ihn schließlich zu überflügeln. Das war unerläßlich, um den Krieg nicht zu verlieren, erklärt aber zugleich auch die vielen Schönheitsfehler der hastigen Arbeit. Ist so das Verdienst der Industrie um den Krieg zweifellos, so sind ihre Verdienste an und aus dem Kriege noch zweifelloser, die Kriegsindustrie versteht und verstand sich auf eine nahrhafte Preispolitik, auf die Ausnützung der Zwangslage und Konjunktur. Und es ist gewiß denkbar, daß der Anteil der Kriegsindustrie in Oesterreich an der Arbeit für den Krieg und somit an den Gewinnen aus dem Krieg sehr beträchtlich größer ist als ener der Kriegsindustrie Ungarns und das Quotenverhältnis durchbricht; ja, man kann sagen, es müßte, wenn dies nicht der Fall wäre, an den gegebenen natürlichen Verhältnissen eine künstliche Korrektur vorgenommen worden sein. Nicht nur im Interesse einer klaren Rechnung zwischen beiden Staaten, sondern auch, weil die Bevölkerung den berechtigten Wunsch hegt, zu erfahren, wieviel die Kriegsindustrie für ihre Leistungen bezog, ist eine umfassende Statistik auf diesem Gebiete wünschenswert.

Aber der Anteil beider Staaten an den finanziellen Vorteilen aus dem Krieg ist mit den Verdiensten der Industrie nicht erschöpft. Es ist kein Geheimnis, daß die Versorgung der Armee mit Lebensmitteln ungleich größere Summen verschlang und verschlingt, als selbst der Bedarf an kriegerischer Ausrüstung und Munition. Und wenn wir es nicht schon längst gewußt hätten, der feierliche Dank im Exposé des Kriegsministers an Ungarn für sein Entgegenkommen bei den Approvisionierungskrisen der Armee bezeugt es, daß Ungarn — was wir mit Rücksicht auf die gegebenen Verhältnisse ebenso natürlich finden als eine etwaige stärkere Beteiligung der österreichischen Industrie an den Heeresbeschaffungen — der Hauptversorger der Armee mit Nahrungsmitteln ist und daher auch von der ungeheuern Summe, welche die Verpflegung unserer Krieger Tag für Tag verschlingt, den Hauptvorteil hat. Dieser Vorteil Ungarns bezw. seiner Nahrungsmittelproduktion vergrößert sich aber noch durch die, man darf schon so sagen, raffinierte Preispolitik Ungarns. Der österreichischen Landwirtschaft, die wegen des meist gebirgigen Charakters der Produktionsgebiete mit ungleich höheren Produktionskosten arbeitet als die der fruchtbaren ungarischen Ebene, wurden alsbald mit Höchstpreisen Schranken gezogen, welche die ungarischen Erzeugnisse erst später und zum Teile überhaupt nicht kennen lernten. Aus dieser Differenz ergeben sich ungeheure finanzielle Vorteile für die ungarische Nahrungsmittellieferung an die Armee, und es wird schon der Parität halber ersprießlich sein, wenn die industriellen Anfragen der ungarischen Delegierten Chorin und Szterenyi ihr Gegengewicht erhalten durch agrarische Anfragen österreichischer Delegierter.

Noch eins. Zu den vom Kriegsminister beklagten Schwierigkeiten, mit denen die Kriegsverwaltung bei der Getreideaufbringung zu ringen hatte, zählt nicht nur „der beispiellose Kampf des Kriegsministeriums gegen in- und ausländische Handelselemente" — die Bevölkerung sollte diese wichtige authentischeste Feststellung wohl beachten! —, sondern auch „der teilweise verbliebene Fortbestand des Terminhandels", der „lähmend wirkte." Es wird damit an eine Unterlassungssünde Ungarns erinnert, denn Ungarn hatte sich im nunmehr zur provisorischen Verlängerung gelangenden „Beckerleschen" Ausgleichsvertrag zur Beseitigung des Terminhandels, der in Oesterreich längst abgeschafft ist, verpflichtet. Für den Schaden, der durch die Nichterfüllung dieser Abmachung nach des Kriegsministers Feststellung der Gesamtheit erwuchs, ist Ungarn haftpflichtig, bezw. er ist ihm bei der Berechnung des Kriegsquotenverhältnisses zuzubuchen.

Und so ließe sich noch allerlei über dieses Kriegsquotenverhältnis sagen. Auch die Berechnung der beiderseitigen Kriegsschäden durch feindliche Einbrüche gehört hieher. Die Schlußrechnung soll gerecht, also genau, gründlich und allumfassend sein. Das industrielle Kapitel, das in den Anfragen der ungarischen Delegierten angeschnitten wurde, ist ein großes Kapitel, aber doch eben nur ein Kapitel des umfangreichen Buches.

Vossische Zeitung
8./XII. 1917

Die Organisation des Reichs-Wirtschafts-Amts und der Großhandel.

Von

Kommerzienrat Leo Lustig, Berlin.

Durch den Erlaß betreffend die Errichtung eines Reichswirtschaftsamts vom 21. Oktober d. J. ist auch das seinerzeit abgesonderte Arbeitsgebiet des Reichskommissars für Uebergangswirtschaft wieder in seinen natürlichen Rahmen zurückversetzt worden. Bei der Durchführung der Organisation des Reichswirtschaftsamts, dessen Aufgabenkreis ja weit über die nächstliegenden Erfordernisse der Uebergangszeit hinausgreift, ist es nützlich und notwendig, von Anfang an das öffentliche Interesse für die verwaltungstechnischen Entscheidungen zu wecken, die hier zu treffen sind, weil von ihnen die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands auf Jahrzehnte hinaus beeinflußt werden wird. Die großen Interessen, die auf dem Spiele stehen, lassen nicht zu, daß auch hier wieder das mystische Dunkel sich verbreitet, das über dem Reichskommissariat für Uebergangswirtschaft — sehr zum Nachteil für seine Einschätzung — geschwebt hat. Ich halte es vielmehr für angezeigt, die Organisationsfrage öffentlich zu erörtern, und mache daher von dem Organisationsplan Mitteilung, der im Kreise des Zentralverbandes des Deutschen Großhandels in wiederholten Beratungen aufgestellt worden ist. Ich habe die Ueberzeugung, daß die Durchführung dieses Planes dem neuen Amt das Vertrauen aller Wirtschaftsstände bei seiner Arbeit sichern wird.

Das Rückgrat der wirtschaftlichen Gesamtorganisation ist danach zu bilden durch eine größere Anzahl von Fachgruppen, die als beratende Organe des Amtes in allen ihr spezielles Arbeitsgebiet betreffenden Fragen zu wirken haben. Dabei wird von der Erkenntnis ausgegangen, daß bei den ins Riesenhafte gesteigerten Ansprüchen an gediegenes Fachwissen, bei dem Maße, in dem sich die Verhältnisse der Spezialgebiete kompliziert haben, es die rasche und genaue Informationsmöglichkeit des Amtes sein wird, von welcher in der Praxis seine Aktionsfähigkeit abhängt. Die Arbeitsgebiete dieser Fachgruppen werden in erster Anlehnung an das Zolltarifschema abgegrenzt. Da die Einteilung des Zolltarifs vom Warenursprung ausgeht, bei der Bildung der Fachgruppen aber der Gedanke leiten muß, das Zusammengehörende zusammenzuführen und nicht etwa schematisch zu trennen, so wird es praktisch natürlich öfters notwendig und angängig sein, von dieser ersten Anlehnung abzuweichen und aus einer Abteilung des Zolltarifs in eine andere überzugreifen bzw. verwandte Gruppen zusammenzufassen. Natürlich darf man vor einer weitgehenden Spezialisierung den Bedürfnissen des einzelnen Fachs entsprechend nicht zurückschrecken. Ich rechne bei einer Zerlegung der 19 Abteilungen des Zolltarifs gemäß ihrer Unterteilung auf etwa 120 bis 130 Fachgruppen, die aber in ihrer Gesamtheit dann den ganzen Warenverkehr umfassen.

Als Mitglieder der Fachgruppen sind von den Fachverbänden durch Vermittlung der großen zentralen Organisationen der Regierung Vertreter der Industrie, des Großhandels, des Kleinhandels, des Handwerks, weiterhin, je nach dem Charakter der betreffenden Materie, der Landwirtschaft, Schiffahrt, des Bank-, Agentur- und Versicherungsgewerbes vorzuschlagen. Als Vorsitzender einer Fachgruppe fungiert mit beratender Stimme ein Regierungsvertreter. Von seiner vermittelnden und ausgleichenden Tätigkeit hängt um so mehr ab, als natürlich nicht für jede Fachgruppe ein besonderer Beamter als Vorsitzender bestellt werden soll. Vielmehr wird ein Beamter eine Mehrzahl unter sich verwandter Fachgruppen zu leiten haben; er lernt auf diese Weise das Gemeinsame wie auch die Reibungsflächen der Interessen kennen und dauernd beobachten und kann von Fall zu Fall entscheiden, wann es zweckmäßig ist, mehrere Gruppen zu gemeinsamen Beratungen zu vereinigen.

Ueber den Fachgruppen ist als Organ für die Behandlung der großen wirtschaftspolitischen Aufgaben (Grundfragen der Uebergangswirtschaft, Vorbereitung von Handelsverträgen, einheitliche Gestaltung des Handelsnachrichtendienstes) ein größerer Beirat gedacht, der sich außer aus den gesetzlichen Handelsvertretungen ebenfalls aus den verschiedenen Berufsständen nach Vorschlägen der zentralen Verbände der Industrie, des Großhandels, des Kleinhandels und der Handwerker, der Schiffahrt, des Bank- und Versicherungsgewerbes und der Verbraucher zusammensetzt. Der Beirat wählt Arbeits- und Sonderausschüsse, welche die dem Beirat vorzulegenden Verhandlungsgegenstände spruchreif vorbereiten. Dem Beirat wird eine Art Nachrichtenumschlagstelle angegliedert, von der der Kontakt mit den großen berufsständischen Vertretungen hergestellt wird, um sie in die Lage zu setzen Materien, die vom Reichswirtschaftsamt bearbeitet werden, rechtzeitig in ihren Organisationen vorzuberaten.

Eine weitere Aufgabe des Beirates würde darin bestehen, Beschlüsse, die nicht von der Gesamtheit der Mitglieder einer Fachgruppe unterstützt werden, nachzuprüfen. Auf diese Weise erhalten Minoritäten die Gewähr, daß über lebenswichtige Interessen ihres Spezialgebietes nicht einfach zur Tagesordnung übergegangen wird. Eine solche kontrollierende Mitarbeit des Beirates kann im Prinzip die Arbeit der Fachgruppen nur unterstützen und den Wert ihrer Beschlüsse im Urteil der Allgemeinheit erhöhen.

Dieser ganze Plan, wie er hier in großen Zügen umschrieben wurde, geht von der Ueberzeugung aus, daß es nur einer Organisation bedarf, die die weitausgespannte Arbeit der Fachverbände dem der amtlichen Wirtschaftsförderung dienenden Apparat eingliedert, um mit dem geringstmöglichen Aufwand den größtmöglichen Nutzen für die Allgemeinheit zu erzielen. Bisher war es doch so, daß vielfach einer mehr oder weniger zufällig getroffenen Auswahl die Entscheidung zufiel, wer gehört und wer nicht gehört werden sollte. Alle die unzähligen Klagen, die wir vor dem Krieg und während des Krieges über mangelhafte Information der amtlichen Stellen gehört haben, müßten verstummen, wenn erst einmal berufene Beratungskörper da sind, die mit der nötigen Beschleunigung ihr Votum abgeben können. Wir wollen uns auch keiner Täuschung darüber hingeben, daß viele Mißgriffe, unter deren schädlichen Folgen stattliche Zweige des Wirtschaftslebens heute noch zu leiden haben, vermieden worden wären, wenn wir zu Beginn des Krieges statt des Neben- und Durcheinander der Meinungen, die sich sehr oft in unfruchtbare Einzelkämpfe verwickelten, eine amtliche Gesamtorganisation zur Unterrichtung über wirtschaftliche Fragen besessen hätten. Das Schlagwort vom „Wirtschaftlichen Generalstab“ nimmt feste Gestalt an in dem Augenblick, wo ein Plan, wie der hier entwickelte, zur Ausführung gelangt.

Der Allgemeinheit wird eine solche Organisation am besten dienen; aber auch für die Interessen jedes einzelnen, in praktisch wirtschaftlicher Betätigung erstarkten Berufsstandes kann es nicht hoch genug eingeschätzt werden, wenn ihm die Möglichkeit gegeben wird, sich innerhalb seines Faches an den Interessen der anderen zu orientieren. Die einzelnen Berufsstände werden auf diese Weise aus einer oft künstlichen Isolierung herausgenommen, die sie vielleicht auch einmal dazu führen könnte, die Verhältnisse zu ihrem eigenen Schaden einseitig zu beurteilen. Wenn Industrie, Großhandel und Kleinhandel durch die in den Fachgruppen gemeinsam geleistete Arbeit dauernd in Fühlung bleiben, ihre Bedürfnisse gegenseitig würdigen lernen, so wird dieses Zusammenarbeiten das Gesichtsfeld erweitern, unter dem wirtschaftliche Fragen künftig betrachtet werden. Daß ein solches gegenseitiges Inbeziehungsetzen der Interessen aufeinander innerhalb der Spezialgebiete dringend nottut, darüber ist angesichts der schweren Aufgaben, die der Neuaufbau unseres Wirtschaftslebens nach dem Kriege uns stellt, wohl kein Wort zu verlieren.

Vossische Zeitung

10./XII. 1917.

53 10

Das Weihnachtsgeschäft 1917.

Warenknappheit. — Preissteigerungen. — Begrenzte Kaufmöglichkeit.

Der Christbaum, der 4. und hoffentlich letzten Kriegsweihnacht wird ein eigenartiges Gepräge haben. Er ist zwar zur Vermeidung von übermäßig hohen Preisen zum Gegenstand des täglichen Bedarfs erklärt worden, aber die Händler fordern im Vergleich zu früheren Jahren doch sehr hohe Preise. Auch die Ausschmückung des Baumes stößt, da es an Watte und Papier fehlt, auf Schwierigkeiten. Einige Groß-Berliner Gemeinden geben zwar Kerzen ab, im allgemeinen wird aber der Weihnachtsbaum diesmal ohne Lichte bleiben. Auch der Ersatz durch elektrische Glühbirnen ist durch die Einschränkung des Stromverbrauchs — abgesehen von der Unmöglichkeit der elektrischen Anlage — nur sehr beschränkt. Süßigkeiten fehlen fast gänzlich, Pfefferkuchen gibt es überhaupt nicht. Die seit kurzem noch verschärfte Bezugsscheinpflicht erschwert das Kaufen von Bekleidungsgegenständen, die sonst zu den beliebtesten Geschenkartikeln gehörten, außerordentlich. Die Markenpflicht für Lebensmittel und die Bezugsscheinpflicht für Webwaren steigert natürlich die Nachfrage aller freizügigen Waren: Seide und Schleierstoffe und die aus ihnen gefertigten Bekleidungsgegenstände, Gummimäntel, Batistwäsche, Weißwaren, Pelze, Schmuck, Bilder, Handarbeiten, Bronzen, Vasen, Nippes, sparsame Kochvorrichtungen (Kochkisten), Wärmeeinrichtungen, Möbel, Hüte, Schirme, Stöcke, Krawatten, Hosenträger und Strumpfhalter, Lederhandschuhe, photographische und optische Artikel, Kammgarnituren, Schreibmappen, Lederwaren, Spielwaren, Bilderbücher usw.

Die Kaufkraft und Gebefreudigkeit haben keineswegs nachgelassen, im Gegenteil, in einzelnen Luxuswaren wie Pelzwaren, Juwelen, Teppichen, Kunstgegenständen werden beträchtliche Umsätze erzielt. Die Losungen stehen im allgemeinen hinter denen der Vorjahre nicht zurück; die Stückzahl ist zwar zurückgegangen, aber die Preise sind außerordentlich gestiegen. Das diesjährige Weihnachtsgeschäft ist täglich wechselnden Verschiebungen unterworfen. Bei fast allen Waren ergibt sich ein sprunghaftes Abflauen und Zunehmen. Sehr begehrt sind Bücher und Schreibpapier, die noch verhältnismäßig preiswert sind. Andere Artikel sind bis zu 100 v. H. und darüber teurer geworden. Dies gilt namentlich von Spielwaren. Der große Mangel an Rohstoffen, die Knappheit an Blech und Holz und die Gütersperre veranlassen die Erzeuger einen Aufschlag auf den ohnedies schon verteuerten Grundpreis von etwa 105 v. H. zu fordern. Guten Absatz finden Haushaltungs- und Wirtschaftssachen, Glas und Porzellan. Sehr flott ist der Geschäftsgang in Putz für Damen. Die Nachfrage nach Möbeln ist größer als die Befriedigungsmöglichkeit. Weine sind trotz der märchenhaft hohen Preise sehr begehrt. Die geringen Vorräte in Zigarren finden selbst zu Liebhaberpreisen Absatz, dagegen ist der Geschäftsgang in Herrenartikeln ruhig. Dieser Geschäftszweig leidet besonders unter der Bezugsscheinpflicht.

An die Verkäufer treten in diesem Jahre besonders hohe Anforderungen. Die Käufer müssen häufig wegen eines Gegenstandes mehrere Geschäfte aufsuchen, da nicht immer das gewünschte Muster oder die erforderliche Größe vorhanden sind. Nicht selten muß man sich mit „Ersatz-Ersatz" zufrieden geben. Da es unter diesen Umständen schwer ist, den Geschmack des zu Beschenkenden richtig zu treffen, so werden vielfach statt der Ware Gutscheine gewählt. Sehr störend macht sich der Mangel an Packpapier und Bindfaden bemerkbar. Viele Geschäfte lehnen auch mit Rücksicht auf den Mangel an Hausdienern die Zusendung der gekauften Waren ab. Recht rege ist auch die Nachfrage nach Liebesgaben für Feld- und Lazarette. Während jedoch früher Tabak, Liköre und Lebensmittel an unsere Feldgrauen gesandt wurden, werden jetzt Geduld- und Brettspiele, Hosenträger, Kämme, Bürsten, Spiegel, Patentknöpfe, Rasierbestecke, Taschenlampen, Pfeifen u. a. gewählt.

Eine besondere Erscheinung des diesjährigen Weihnachtsverkehrs ist die Zunahme von Diebstählen in den Geschäften. Viele Warenhäuser und große Spezialgeschäfte haben eigene Geheimbeamte angestellt. Es vergeht kaum ein Tag, ohne daß Diebe abgefaßt werden. Es sind nicht immer arme Leute, häufig versuchen auch Angehörige bemittelter Kreise, sich die wegen der Bezugsscheinpflicht nicht käuflichen Gegenstände auf ungesetzmäßige Weise zu verschaffen.

Eg.

Die Zeit Abendbl
11/XII. 1917

54

Christbäume auf den Märkten.

Schon tauchen die ersten Christbäume auf den Märkten auf. Wie wir hören, wird das Marktamt nach Anhörung des städtischen Forstinspektors noch im Laufe des heutigen oder morgigen Tages in die Preisbildung für Christbäume eingreifen und eventuell Höchstpreise für Christbäume festsetzen. Im Vorjahre hat das Handelsministerium einen Rahmenerlaß hinsichtlich der Bestimmung der Preise für Christbäume und Christbaumkerzen hinausgegeben. Auch das Kriegswucheramt interessierte sich für den Verkauf von Christbaumschmuck und Christbaumzuckerwaren. Mit den letzteren Artikeln wird es heuer mehr als knapp bestellt bleiben auch dürften nicht allzu viel Christbäume an den Markt kommen.

Die Zeit 12./XII. 1917

55

Die frühe Sperrstunde.

Rückwirkung des Krieges auf das Geschäftsleben.

Der Verband der Wiener Waffenhändler und Büchsenmacher hat dieser Tage bekanntgegeben, daß seine Mitglieder ab Januar ihre Geschäftsläden bereits um 6 Uhr abends schließen werden. Die Waffenhändler nehmen mit diesem Beschluß allerdings keine Ausnahmestellung ein. Jeder Gang durch die Straßen der Stadt zeigt uns, daß es fast kaum noch eine Branche gibt, die sich der drosselnden Rückwirkung des Krieges entziehen konnte, und die nicht in der Zeit ihres Geschäftsbetriebes eine Einschränkung hätte eintreten lassen. Freilich, dieses Bestreben, Arbeitskraft sowie Licht und Kohle zu sparen, tritt ganz allgemein erst seit diesem Herbst in Erscheinung. Noch im vorigen Jahre mußten die Behörden Einschränkungsverfügungen erlassen und eine Bestrafung ihrer Uebertretung androhen. Damals fügte sich die betroffene Geschäftswelt nur ungern den Anordnungen, seither aber ist die Kaufmannschaft über das Maß der behördlichen Sperrvorschriften und Sparmaßnahmen mitunter weit hinausgegangen.

In Wien gibt es seit den letzten Wochen eine große Anzahl von Geschäften, die an einzelnen Wochentagen überhaupt nicht ihre Pforten öffnen. Es sind dies in erster Linie die Schuhwarenniederlagen sowie die Leinen- und Wäschegeschäfte, die allerdings unfreiwillig zu einer so starken Reduktion ihrer Betriebe sich entschlossen. Für sie war in erster Linie der Warenmangel bestimmend. Andere Betriebe aber, und zwar besonders kleinere Vorstadtgasthäuser, öffnen ihre Lokale nur an Sonntagen. Eine Reihe von Gasthäusern ist regelmäßig an Freitagen geschlossen, zahlreiche andere wieder bleiben von drei bis sechs Uhr nachmittags gesperrt. Fast allgemein aber findet man jetzt in den Geschäften eine zweistündige Mittagsruhe eingeführt, auch bei großen Kaufläden, die im Frieden an eine solche Maßregel gar nicht denken konnten. Die Mittagspause hat in vielen Betrieben großen Anklang gefunden, und viele Geschäftsinhaber scheinen gewillt, auch im Frieden diese Maßnahme beizubehalten.

Auch der frühzeitige Ladenschluß, etwa fünf Uhr abends, ist immer häufiger zu beobachten. Viele Trafiken, Grünzeuggeschäfte oder Kohlenhändler halten nur so lange offen, so lange sie Ware vorrätig haben. Die Tuchgeschäfte, deren Verkaufsbestände immer knapper werden, öffnen gewissermaßen aus Prestigerücksichten ihre oft riesigen Kaufläden vormittags auf einige Stunden. Die in dieser Zeit zum Verkaufe kommende Ware kann oft nicht einmal die Regie decken. Für die Bediensteten, die auf diese Weise reichlich freie Zeit haben, mag ja ein solcher Zustand ganz angenehm sein, weniger erfreut sind naturgemäß die Geschäftsbesitzer, die Zins und Gehalte weiter bezahlen und einzig an Heizung und Licht Ersparungen machen, was aber bei der Verringerung des Umsatzes kaum ins Gewicht fällt.

Nun macht sich aber mit neuester Zeit in der Wiener Geschäftswelt eine Bewegung geltend, die einen allgemeinen Fünfuhr-Geschäftsschluß durchzusetzen strebt. Für viele Kaufleute, die ohnehin fast keine Ware haben, würde diese frühe Sperrstunde unter den heutigen Verhältnissen von keineswegs nachträglicher Wirkung sein. Eine Reihe anderer Geschäftsunternehmungen würde jedoch großen Schaden leiden, so namentlich die Luxusgeschäfte, für die die Abendstunden von besonderem Werte sind.

Eine ähnliche Bewegung strebt die einheitliche Einführung der durchgehenden Bureauzeit an, etwa in der Zeit von 8 bis 2 Uhr oder von 9 bis 3 Uhr. Die staatlichen und städtischen Kanzleien und Landesämter haben diese Zeiteinteilung bereits längst eingeführt, auch bei den meisten Versicherungsanstalten, bei Banken und anderen Großunternehmungen ist sie schon gebräuchlich. Die Vorteile dieses Systems liegen auf der Hand. Der Angestellte hat noch nachmittags einige freie Stunden, die er für sich verwenden kann. Bei den jetzigen Verhältnissen kommen jedoch auch andere wichtige Umstände in Betracht, die eine einheitliche Einführung der durchgängigen Arbeitszeit in den Kanzleien wünschenswert erscheinen lassen. Vor allem würde sehr viel an Licht erspart werden, auch eine große Kohlenersparnis würde eintreten. Angenommen, die Bureaustunden dauern von 8 bis 5 Uhr mit einer zweistündigen Mittagspause, dann muß durch neun Stunden geheizt werden. Denn wegen der zweistündigen Mittagspause kann die Beheizung nicht eingestellt werden. Bei einer durchlaufenden Arbeitszeit von 8 Uhr früh bis 3 Uhr nachmittags werden aber zwei Heizstunden erspart. Diese Vorteile haben es mit sich gebracht, daß viele Bureaus die bisher eine Mittagspause eingeführt hatten, schon jetzt zur durchlaufenden Arbeitszeit übergingen.

Es wäre immerhin zu erwägen, ob es nicht am Platze wäre, wenigstens auf Kriegsdauer das System der durchgängigen Arbeitszeit behördlich zu fixieren. Vielfach würden nämlich Institute gern die durchlaufende Arbeitszeit einführen, wenn nicht Konkurrenzrücksichten es untunlich erscheinen ließen. Einzelne Notariate zum Beispiel haben die durchlaufende Arbeitszeit eingeführt. Es wäre denkbar, daß auch die Advokaturskanzleien vorübergehend diesen Modus versuchten. Gewiß ist aber, daß der Krieg wichtige Veränderungen mit sich brachte, die dauernd erhalten bleiben werden.

Sechsuhrsperre in den Konfektionsgeschäften.

In der vorgestern abgehaltenen Versammlung der Vereinigung der Konfektionäre Oesterreichs wurde im Sinne des vom Präsidenten Ormialrat Zabranski erstatteten Referates einstimmig beschlossen, in den Wiener Konfektionsgeschäften die Sechsuhrsperre vom 27. d. angefangen bis Ende Februar 1918 einzuführen. Ein weiterer Antrag des Herrn Hagen, um noch größere Ersparnisse im Beheizungs- und Beleuchtungsmaterial zu erzielen, die Geschäfte erst um 9 Uhr vormittags zu öffnen, blieb in der Minorität.

Neues Wiener Tagblatt
12./XII. 1917

* (Sechsuhrsperre in den Konfektionsgeschäften.) In der gestern abgehaltenen Versammlung der Vereinigung der Konfektionäre Oesterreichs wurde im Sinne des vom Präsidenten Gremialrates Zabranski erstatteten Referats einstimmig beschlossen, in den Wiener Konfektionsgeschäften die Sechsuhrsperre vom 27. Dezember angefangen bis Ende Februar 1918 einzuführen.

Der Abend
14./XII. 1917

57 A 14

Heldenverwertung.

Ausbeutung der Schlachtfelder-A.-G.

In den Kreisen, die sich offen oder verschämt damit befassen, Gründerpläne auszuhecken, um bei der Finanzierung ihrer Gründungen einen guten Fischzug zu machen, wird seit einiger Zeit ein Plan von so aufreizender Roheit besprochen, daß man nur schwer daran glauben kann, die zuständigen Behörden würden sich ihm gegenüber anders verhalten, als ihn mit Verachtung übergehen. Es scheint aber, daß sie nicht nur nicht geneigt sind, dies zu tun, sondern sich auf eine ernsthafte Prüfung einlassen wollen, ja. gar nicht weit davon sind, ihm ihre Zustimmung zu geben. Dafür spricht schon die Persönlichkeit der Macher, die sich an die Spitze des Unternehmens stellen wollen.

Es handelt sich um nicht mehr noch weniger als die Verwertung der Schlachtfelder zu Fremdenverkehrszwecken. Auf den „historischen Stätten" sind Hunderttausende verblutet, Hunderttausende wurden dort in den Kriegerfriedhöfen begraben. Im weiten Umkreis liegen Städte und Dörfer verwüstet und zerschossen und ehe der Wiederaufbau nur notdürftig durchgeführt werden kann, werden Jahre vergehen. Und während unser Schmerz und unsere Sorge diese Stätten umkreist, beschäftigen sich auf Profit bedachte Geschäftemacher damit, die rohe Schaulust in Geld umzusetzen. Es soll eine Aktiengesellschaft gegründet werden, mit dem Zweck, die „historischen Stätten dem Fremdenverkehr zugänglich zu machen". So heißt es wohl in der Sprache der Gründer. Gedacht wird dabei vornehmlich an das heilige Land Tirol und an die Schlachtfelder längs des Isonzo.

Vor einigen Wochen haben wir erst eine Schilderung des Besuches unseres Kaisers auf dem Monte San Gabriele gelesen. Der Berichterstatter schilderte uns, wie der Kaiser angesichts der zermalmten Leichen und des zerfetzten Bodens tief erschüttert das Haupt entblößt und ein Gebet gesprochen hat. Was da in seinem Innern vorgegangen sein mag, das empfindet wohl jedermann, ob er im Kriege mitgekämpft habe oder nur die Verfassung besitzt, die Gräuel mit reinem Herzen als Mensch und Bürger mitzuempfinden. Was bedeutet es aber, wenn der Monte San Gabriele und seine Umgebung dem Fremdenverkehr zugänglich gemacht werden soll? Das bedeutet, daß in dem nahen Görz oder an irgend einem schönen Punkt des oberen Isonzo Luxusgasthöfe errichtet, von diesen bequeme Automobilverbindungen zu den Heldenfriedhöfen und Schützengräben geführt und daß allabendlich in der Reisezeit die Töchter und Schwiegersöhne der Kriegsgewinner in den Hotels nach der Besichtigung mit dem im Krieg ergaunerten Geld es sich gut gehen lassen.

Die Macher empfinden wahrscheinlich selbst das Abstoßende des Planes, aus dieser Art von Kriegsgewinn Geld ziehen zu wollen. Das Unternehmen hüllt sich daher in den Mantel der Gemeinnützigkeit und schlägt dem Roten Kreuz vor, sich am Reingewinn zu beteiligen. Gedacht ist die Gründung, so heißt es, unter Führung des ehemaligen Statthalters von Niederösterreich, Grafen Kielmansegg, Präsident der Österreichischen Immobiliarbank. Man sieht da ein hübsches Beispiel von der viel gerühmten Anpassungsfähigkeit der Banken an die Erfordernisse der Zeit. Die Immobiliarbank wurde gegründet, um Länder, Städte und sonstige öffentlich-rechtliche Körperschaften bei Grundstücksgeschäften zu unterstützen. Sie soll nach ihren Statuten sogar baugewerbliche Unternehmungen begründen und hat, um diese Tätigkeit im Dienst der Volkswirtschaft ausüben zu können, das Recht Bankschuldverschreibungen ausgeben zu dürfen erhalten, was bekanntlich ein sehr einträgliches Privileg ist. Wenn nun, so meinen wir, die Immobiliarbank sich betätigen will, so mag sie an der Förderung der Bautätigkeit in Wien arbeiten, wo Wohnungsnot herrscht. Wenn sie in die Ferne gehen will, weil dort mehr zu verdienen ist, so mag sie den Wiederaufbau des zerschossenen Görz finanzieren helfen. Für Luxushotels, in denen Kriegsgewinner ihres Geldes froh werden sollen, darf es jetzt kein Geld geben. Das gilt für die Immobiliarbank ebenso, wie für alle Banken. Im Handelsministerium arbeitet man an der Organisierung der Übergangswirtschaft. Man wird da in- und ausländische Rohstoffe in Zwangsverwaltung nehmen. Warum nicht auch die Kapitalien? Was mit dem nach dem Krieg übrig gebliebenen Geld geschieht, ist öffentliches Interesse. Auf den vorliegenden Fall angewendet, heißt es: Keinen Heller für den Luxus, aber so viel Geld als möglich für gemeinnützige Bauten im Dienste der Volkswirtschaft.

Kölnische Zeitung

14./XII. 1912.

58

Errichtung eines hamburgischen Musterlageramtes.

Der Verein Hamburger Export-Agenten hielt unter Leitung seines Vorsitzenden, Herrn August Stroebel, am Donnerstag nachmittag in der Börse zur Aufklärung über den von ihm entworfenen und in einer Denkschrift niedergelegten Plan zur Errichtung eines hamburgischen Musterlageramtes eine Versammlung ab, an der zahlreiche Vertreter aller am hamburgischen Exporthandel interessierten Kreise sowie Vertreter der Bürgerschaft, geführt von dem Präses Herrn Dr. Schoen, der Handelskammer, der Deputation für Handel, Schiffahrt und Gewerbe, des Vereins Hamburger Exporteure, des Vereins Hamburger Rheder (vertreten durch Herrn Dr. Stubmann, M. d. R.) teilnahmen. Herr Generaldirektor Ballin hatte brieflich seine besten Wünsche für das Unternehmen ausgesprochen.

Als erster Berichterstatter für den Verein Hamburger Export-Agenten sprach Herr Ernst Roy, in Firma Steinmann & Roy, über das Projekt des Musterlageramtes. Ausgehend von dem großen Interesse aller Hamburger an Hamburgs zukünftiger Gestaltung und dem neuen Aufbau seines Ueberseehandels, betonte er zunächst die Bedeutung der Hamburger Exportmusterlager für den Ueberseehandel, die im Binnenlande noch viel zu wenig bekannt sei im Gegensatz zum Auslande. Den überseeischen Käufern und den hiesigen Exporteuren war durch die Musterlager Gelegenheit gegeben, neben der Erteilung ihrer Aufträge auf deutsche Erzeugnisse auch fremdländische Waren hier einzukaufen. In richtiger Erkenntnis des Wertes der Musterlager für das überseeische Geschäft hat man auch während des Krieges im Inland nicht geruht und Maßnahmen in die Wege geleitet, teilweise durch den Ausbau bereits bestehender Einrichtungen, teilweise durch neue Unternehmungen, namentlich in Berlin, Nürnberg, Fürth und Köln. Der Leipziger Messe steht eine Million Mark für Propagandazwecke zur Verfügung, die sie zu einer großzügigen Reklame benutzt. In Hamburg muß man rechtzeitig vorbauen und sehr energische Anstrengungen machen, um das alte Feld im Exporthandel zurückzuerobern. Auch das neutrale Ausland biete alles auf, um auf unsere Kosten möglichst viel vom Ueberseegeschäft an sich zu ziehen, nicht minder aber das feindliche Ausland. England widmet dem Musterausstellungswesen seine ganz besondere Aufmerksamkeit. Hamburg aber muß wieder der wirtschaftliche Brückenkopf Deutschlands werden.

Für den neuen Aufbau unseres Ueberseehandels darf kein Opfer zu groß sein. Neben der Unterstützung jeder Art von Handelspolitik zugunsten Hamburgs ist es die wichtigste Aufgabe, eine großzügige Propaganda in den überseeischen Ländern sowie einen Einfluß auf die Presse für hamburgische Ausfuhrinteressen zu gewinnen. Das Musterlageramt müßte ferner mit den bei den Konsulaten zu schaffenden kaufmännischen Sachverständigen in reger Verbindung stehen. Auch in der inländischen Presse müssen weiteste Industriekreise auf den großen Wert der Hamburger Musterlager hingewiesen werden. Nötig ist ferner die Anbahnung von Verbindungen mit Industrieverbänden und Fabrikantenvereinigungen. Der deutsche Fabrikant muß wieder den für ihn billigsten und risikolosen Weg gehen. Anzustreben ist ferner die Fühlungnahme mit Behörden bzw. handelspolitischen Körperschaften, Anschluß an Fachorganisationen für Export- und Kolonialwesen, Frachtermäßigung auf Ausstellungsmuster, vielleicht auch Sammlung von Mustern fremdländischer Erzeugnisse und für den Einkauf geeignete Warenverzeichnisse und Vertreterlisten. Die aufzuwendenden Mittel stehen in keinem Verhältnis zur großen Bedeutung der Sache. Hamburg darf nicht nach dem Kriege zu einem Speditionsplatz herabsinken. Es handelt sich nicht um Sonderbestrebungen des Vereins Hamburger Export-Agenten, sondern um eine Einrichtung, die bei dem Wiederaufbau des hamburgischen Exportgeschäfts allen am Ueberseehandel beteiligten Kreisen zum Wohle gereichen soll.

Hierauf zerstreute der Syndikus des Vereins, Herr Rechtsanwalt Dr. Carl Albrecht, verschiedene Irrtümer, die über die Idee des Musterlageramtes entstanden sind. Er betonte, es sei nicht beabsichtigt, eine ständige Ausstellung aller geeigneten Exportwaren in einem Meßpalast zu veranstalten. Keine sogenannte Exportzentrale, oder wie man sie sonst genannt habe, solle entstehen, auch keine reglementierende Behörde habe man im Auge, sondern jedem Exportmusterlager werde mit vollkommener individueller Freiheit der Ausgestaltung des eigenen Betriebes freie Bahn gelassen wie bisher. Auch keine Konkurrenz zur Leipziger Messe werde angestrebt. Nebeneinander würde sowohl das Hamburger Musterlageramt wie die Leipziger Messe für den deutschen Ausfuhrhandel arbeiten können. Aber um die zerschnittenen Fäden des deutschen Exporthandels wieder anzuknüpfen, sei ein Zusammenschluß der Einzelnen notwendig und jahrelange, intensive Arbeit aller erforderlich.

An diese Ausführungen schloß sich eine längere Erörterung, bei der zunächst der Exporteur Herr Leopold Unger vorschlug, anstatt Musterlageramt Außenhandelsamt zu sagen. Für den Central-Verband des deutschen Großhandels gab Herr Pego die Erklärung ab, daß sein Verband gern bereit sei, sich an einer gemeinsamen Kommission tätig zu beteiligen. Für den Vorstand des Vereins Hamburger Exporteure sprach Herr Franz Liebermann seine Zustimmung zu der beabsichtigten Neugründung aus. Nach weiteren aufklärenden Worten des Herrn Julius Behrens und der Zustimmung des Exporteurs Herrn Gustav Schönfeld zur Niedersetzung einer gemeinsamen Kommission erklärten Herr Alfred Fraenkel vom Verein Hamburger Export-Agenten und gleichfalls der Vorsitzende des Vereins, daß der Verein gern bereit sein werde, Hand in Hand mit den Exporteuren für die neue Blüte unseres Exporthandels zu wirken. Der Vorsitzende faßte das Ergebnis der Versammlung dahin zusammen, daß sie für die gute Sache eine entschiedene Klärung gebracht habe, was im Interesse unseres Exporthandels wie im Gemeininteresse Hamburgs zu begrüßen sei. Man werde den eingeschlagenen Weg energisch fortsetzen können.

16./XII. 1917.

60

Förderung des deutschen Außenhandels.

Die Gründung einer Aktiengesellschaft zur Förderung des deutschen Außenhandels in Hamburg steht unmittelbar bevor. Beteiligt sind neben Schiffahrtsgesellschaften und Großbanken namhafte Ausfuhrfirmen und industrieelle Unternehmungen im ganzen Reich. Der Umstand, daß es sich hier um eine Neugründung handelt, die mit einem Aktienkapital von zunächst 20 Millionen Mark ausgestattet werden soll, das je nach Bedarf um das mehrfache erhöht werden kann, kennzeichnet die wirtschaftliche Bedeutung des Vorgangs. An der Gesellschaft wollen sich auch mehrere bayerische Industriegesellschaften beteiligen. Bisher hat sich die Industrie hauptsächlich nur für den Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte interessiert. Nunmehr scheint man in den führenden Industriekreisen eingesehen zu haben, daß die Wiederaufrichtung des deutschen Außenhandels eine ebenso große Notwendigkeit ist, als die Unterstützung der Seeschiffahrt. Ueber den Geschäftsumfang des neuen Unternehmens ist in den letzten Tagen bekannt geworden, daß es eigentliche Bankgeschäfte vermeiden will. Es wird vielmehr mit einem Studiensyndikat zu vergleichen sein, das aussichtsreiche Projekte für die Anlage großer überseeischer wirtschaftlicher Unternehmungen, wie Hafenbauten, Eisenbahnen, Wasserwerke usw. ausarbeitet, der Verwirklichung näherbringt und gegebenenfalls finanziert. Diese Geschäfte bildeten ein fast lückenloses Monopol englischer Gesellschaften, die durch sie auch gewisse wirtschaftspolitische Zwecke verfolgten. Die Beteiligung von Reedereien an der Aktiengesellschaft läßt darauf schließen, daß auch diese an den überseeischen Submissionen ein besonderes Interesse nehmen werden. Damit dürften dann die Klagen verschwinden, daß unsere Reedereien vor dem Krieg — im Gegensatz zur britisch-amerikanischen Schiffahrt — nicht immer das Interesse für solche Anlagen in Form langfristiger bindender Frachtraten bzw. Gewährung von Sonderfrachten zeigten, wie es aus wirtschaftspolitischen Gründen wünschenswert gewesen wäre.

Fremdenblatt

21./XII. 1917

62

Kundgebung der Handelspolitischen Zentralstelle anläßlich der Friedensverhandlungen mit Rußland.

In der gestrigen Vollversammlung der Handelspolitischen Zentralstelle der vereinigten Handels- und Gewerbekammern und des Zentralverbandes der Industriellen Oesterreichs wurde folgende Kundgebung beschlossen: Die Handelspolitische Zentralstelle begrüßt es mit Genugtuung, daß unmittelbar nach Beginn der diplomatischen Verhandlungen mit Rußland auch die Ordnung der künftigen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beteiligten Staaten auf offizieller Grundlage eingeleitet wird. Die Kammervertreter erblicken hierin im Gegensatze zu dem von der Entente ausgegebenen Schlagworte des Wirtschaftskrieges nach dem Kriege ein Zeichen des neuen Geistes, der unsere zwischenstaatlichen Beziehungen erfüllen muß. Die Handelspolitische Zentralstelle richtet an die Regierung die Bitte, daß den wirtschaftlichen Faktoren, insbesondere den Kammern, angesichts der wirtschaftlichen Bedeutung Rußlands eine Geltendmachung ihrer Wünsche bei den wirtschaftlichen Verhandlungen ermöglicht werde, wie sie sich pflichtgemäß bereit erklären, bei der Wiederaufrichtung des Handelsverkehres freudig mit allen ihren Kräften mitzuwirken.

In der Versammlung wurde auch eine vom Steuerkomitee der Zentralstelle ausgearbeitete Denkschrift zu dem Referentenentwurfe des Abgeordneten Dr. Steinwender betreffend die Kriegszuschläge zu den direkten Steuern vorgelegt und von der Versammlung genehmigt.

Die Zeit
21./XII. 1917

64

— (Handelskammer.) Die niederösterreichische Handels- und Gewerbekammer hielt gestern eine öffentliche Plenarsitzung ab. Der Präsident Herrenhausmitglied Paul Ritter v. Schoeller widmete zunächst dem verstorbenen Mitglied der Kammer, Direktor Felix Kuranda einen ehrenden Nachruf und wendet sich hierauf der Besprechung der allgemeinen Verhältnisse zu. Nach einem Hinweis auf die günstige militärische Lage, auf die Friedens- und wirtschaftlichen Verhandlungen mit Rußland und auf den großen Erfolg der siebenten Kriegsanleihe besprach der Präsident die Schwierigkeiten, die sich gegenwärtig der industriellen Produktion entgegenstellen. In den letzten Wochen üben insbesondere die Transportschwierigkeiten und die damit verbundene Behinderung in der Versorgung mit Kohle und Rohstoffen eine außerordentlich empfindliche Rückwirkung auf die industriellen und gewerblichen Unternehmungen aus. Wir können uns nicht verhehlen, bemerkte der Redner, daß viele von den Betrieben, die heute zum Stillstand gezungen werden, bei längerer Andauer dieses Zustandes überhaupt nicht die Möglichkeit haben dürften, ihre Tätigkeit wieder aufzunehmen. Wir müssen an die Regierung, insbesonders auch an die Heeresverwaltung daher die dringende Bitte richten, zu tun, was nur immer möglich ist, um den herrschenden Schwierigkeiten zu steuern, für eine Vermehrung der Transportmittel zu sorgen und jeder unzweckmäßigen und unökonomischen Verwendung derselben vorzubeugen. Von noch länger dauernder Wirkung werden aber zweifellos die Schwierigkeiten sein, die uns aus unserer finanziellen Lage erwachsen. Wir wenden uns mit der Bitte an die Regierung, die Führung der Finanzpolitik wieder an sich zu ziehen und den überfiskalischen Bestrebungen einzelner Kreise entgegenzutreten, damit unsere Volkswirtschaft in dieser Zeit, die so sehr neuen Unternehmungsgeist braucht, industrie- und kapitalfeindliche, diesen Geist lähmende Steuergesetze fernerhin erspart bleiben. Der Präsident wendete sich hierauf der Besprechung der Rohstoffrage und der drohenden Rohstoffknappheit zu und bemerkte: Ich möchte heute schon nachdrücklichst darauf hinweisen, daß mir für die Zukunft die Möglichkeit der wirtschaftlichen Behauptung und Stärkung Oesterreichs hauptsächlich davon abhängig zu sein scheint, daß es uns gelingt, möglichst unabhängig von ausländischen Rohstoffen jene Erzeugnisse in der intensivsten und rationellsten Weise unter Ausnützung der höchstentwickelten Technik zu verwerten, die uns unser eigener Boden bietet. Eine Anzahl von Grundstoffen, wie Getreide, tierische Produkte, Milch, Häute, ferner Holz, Kohle, Rohöl sind bei uns bereits in reichem Maße vorhanden und es besteht die Möglichkeit, ihre Produktion noch außerordentlich zu steigern. Aus der industriellen Weiterverwertung gerade dieser Grundstoffe bei entsprechender kommerzieller Organisation herauszuholen, was herauszuholen ist, bei gleichzeitiger Sparsamkeit mit ausländischen Produkten, wird eine der Hauptaufgaben unserer Volkswirtschaftspolitik in der Uebergangsperiode nach dem Kriege sein. — Mit den üblichen Dankeskundgebungen an die Funktionäre und Beamten der Kammer schloß der Präsident seine mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen.

Neues Pester Journal

22./XII. 1917

66

Budapester Handels- und Gewerbekammer.

Plenarsitzung.

Die Budapester Handels- und Gewerbekammer hielt heute eine Plenarversammlung, die Präsident Geheimrath Leo Lánczy mit einer längeren Rede eröffnete. An der Ostfront, führt Redner aus, ist ein den Frieden herbeiführender Waffenstillstand abgeschlossen worden, und zwar vom wirthschaftlichen Gesichtspunkte aus unter günstigen Auspizien. Die Handels- und Zollverträge, die wir diesmal mit Rußland und Rumänien schließen werden, müssen von den Schablonen, unter denen sie in der Vergangenheit kontrahirt wurden, scharf abweichen, und es ist unter solchen Umständen gar nicht denkbar, daß die Regierung keinen ständigen Kontakt mit den Wirthschaftskreisen aufrechterhalten solle. Man kann sich einer gewissen Beklemmung nicht entledigen, wenn man sieht, daß bereits deutsche Firmen in Minsk russische Waaren kaufen, wo der ungarische Handel noch gar nicht darüber informirt ist, wie er in eine derartige günstige Lage kommen könne. Auch in der Angelegenheit der Partizipirung Ungarns an der Beute in Italien besteht noch eine Unsicherheit, die nicht geeignet ist, Vertrauen zu erwecken. Nicht ohne Besorgniß sehen wir der Weltstellung Ungarns in der Zukunft entgegen, weil sie in vielen Theilen von ungewissen Faktoren abhängt. Auch für einen Wirthschaftsausgleich, der Ungarn auch nur halbwegs befriedigt, ist die österreichische Gesetzgebung, wie es scheint, nicht zu haben. Gegenwärtig wird mit einem Provisorium gewirthschaftet, das in die Zukunft blickende Auge kann sich aber damit nicht begnügen. Selbst die Anhänger der Zollgemeinschaft mit Oesterreich werden angesichts der aggressiven Bestrebungen, die vor Kurzem der Generalkommissär für die Uebergangswirthschaft in Oesterreich, Sektionschef Riedl, zum Ausdruck brachte, verstimmt. Redner verwahrt sich dann energisch gegen den Standpunkt Riedl's, wonach Ungarn nicht einmal quotenmäßig an dem Rohstoffimport betheiligt sein soll. Da durch die Rohstoffe die Valuta, also auch die Ungarns, verschlechtert wird, darf man die Industrieмöglichkeiten unseres Landes nicht künstlich verrammeln. Zum Schlusse meldete Lánczy, daß die Handels- und Gewerbekammern Ungarns und Kroatien eine kunstvoll ausgeführte Adresse dem König anläßlich seines nächsten Aufenthaltes in Budapest überreichen werden.

Nach der mit großem Beifall aufgenommenen Rede berichtete Vizepräsident Franz Heinrich, daß Geheimrath Lánczy anläßlich seines 50jährigen Bankjubiläums, das mit der 25jährigen Präsidentschaft der Handels- und Gewerbekammer zusammenfällt, eine Stiftung von 100,000 Kronen für die Entwicklung der volkswirthschaftlichen Literatur und die Zwecke der Kammer errichtet hat.

Im Rahmen der Tagesordnung gelangten zur Vorlage ein Elaborat bezüglich der Reform der direkten Steuern, zu dem Dr. Paul Szende sprach. Es wurde eine Vorlage angenommen, gegen die Verjährung der aus privatrechtlichen und kaufmännischen Geschäften entspringenden Forderungen binnen drei Jahren bei der Regierung zu protestiren. Die Kammer acceptirte sodann ein Elaborat bezüglich der Kontrolle und Neuorganisirung der kriegswirthschaftlichen Organisationen (Centralen), in deren Verlauf Leo Dán gegen die Sackcentrale Angriffe richtete. Sekretär Joseph Bágó erstattete Bericht über die im Schoße des Handelsministeriums bezüglich der Erhöhung des Frachtenefnkommens der Staatsbahnen stattgehabten Sitzung der Tarifkommission. Julius v. Szekula forderte die Erhöhung des Militärtarifs für Waaren, der unter dem Selbstkostenpreise der Bahnen steht. Die Kammer faßte folgende Beschlüsse: Die Regierung wird ersucht, das Waarenklassifikations-Uebereinkommen mit Oesterreich sofort zu kündigen und zur Hebung der Einnahmen der kön. ung. Staatsbahnen die Waarentransportsätze während des Krieges linearisch zu erhöhen und eine ungarische zollpolitische Centrale zu errichten. Die Kammer wird bei der Regierung dagegen Einspruch erheben, daß die Eisenbahnrestaurants einer Finanzgruppe monopolistisch verpachtet werden. Sodann wurden Vorlagen über die Versorgung Budapests mit Kartoffeln und Fett angenommen. Hierauf erfolgt die Wahl der Mitglieder des bei den Munizipien bestehenden Gewerbesenates. Für Budapest wurden gewählt: Seifenfabrikant Julius Klein, Damenkleiderhändler Alexander Holzer, als Ersatzmitglieder Moriz v. Hetéés und Julius Farkas. Eine Vorlage des Präsidiums, den Beamten und Angestellten der Kammer einen 55—100perzentigen Theuerungsbeitrag zu bewilligen, wurde angenommen, ebenso das Budget der Kammer für das Jahr 1918, das gegenüber 859,000 Kronen Einnahmen 841,283 Kronen Ausgaben präliminirt. Der Hilfskonzipist Paul Pereßlényi wurde zum Konzipisten ernannt.

Die Zeit

22./XII. 1917

68

Die österreichische Industrie im Kriege

Die nunmehr für das Jahr 1916/17 vorliegenden Abschlüsse der Aktienunternehmungen aus den wichtigeren Industriegruppen geben ein Bild von der erfreulichen Entwicklung, die unsere Industrie auch im Jahre 1916/17 genommen hat. Die Durchschnittsdividende ist in fast allen Industriegruppen gegenüber 1915 weiter gestiegen, entsprechend den erhöhten Gewinnen, die erzielt wurden. Der Kapitalszuwachs ist zwar innerhalb der einzelnen Industriegruppen nicht mehr so groß wie im Vorjahre gegenüber dem ersten Kriegsjahr, doch haben einzelne Industriezweige auch im Vorjahre erhebliche Summen für Investitionen aufgewendet, beziehungsweise sind neue Unternehmungen in Betrieb gekommen. Was nun die einzelnen Industriegruppen betrifft, so gibt es naturgemäß auch solche, die unter Rohmaterialmangel leiden oder ihre Produktion infolge anderer Umstände nur in reduziertem Umfang aufrecht erhalten. Zu jenen Industriezweigen, die schon lange unter der Ungunst der Verhältnisse leiden, gehört die Bauindustrie. Der erzielte Reingewinn der Aktienunternehmungen hat im Jahre 1915 einen bedeutenden Rückgang erfahren, zeigt dagegen für das Jahr 1916 eine Steigerung von 3 auf 4·4 Millionen Kronen. Die Durchschnittsdividende hat sich aber nur um ein Geringes erhöht, von 3 auf 3·1 Prozent. Bei der Brauereiindustrie ist der Reingewinn der in Betracht gezogenen Gesellschaften, nachdem er im Jahre 1915 eine ziemlich beträchtliche Erhöhung erfahren hatte, von 6·3 auf 6 Millionen Kronen im Jahre 1916 zurückgegangen. In Prozenten des eingezahlten Kapitals betrug der Reingewinn im Vorjahre nur mehr 12·8 Prozent, gegen 13·5 Prozent pro 1915. Die Durchschnittsdividende ist von 9·5 auf 9·1 Prozent zurückgegangen, eine im Verhältnis zu der auf ein Minimum der normalen reduzierten Produktion noch immer gute Verzinsung. Die chemische Industrie hat seit 1914 eine Verdoppelung des Reingewinnes zu verzeichnen. Sie zählt zu den eigentlichen Kriegsindustrien und konnte im Jahre 1916 einen Gesamtgewinn von 19·7 Millionen Kronen ausweisen, gegen rund 14 Millionen pro 1915. Der Reingewinn in Prozenten des eingezahlten Kapitals (58·5 Millionen Kronen, gegen 57·9 Millionen pro 1915) betrug im Vorjahre bereits 34 Prozent, gegen 24·1 Prozent pro 1915. Entsprechend der so erhöhten Gewinne ergibt sich für die in Betracht gezogenen Unternehmungen für 1916 eine Durchschnittsdividende von 17·8 Prozent, gegen 14·9 Prozent im Jahre 1915. Eine mäßige Aufwärtsbewegung zeigen die Ziffern bei den Elektrizitätsgesellschaften. Bei einem eingezahlten Aktienkapital von 91 Millionen Kronen (gegen 88·5 Millionen pro 1915) ergibt sich ein Reingewinn von 11·6 Millionen Kronen, der um rund 1·3 Millionen höher ist als der Gewinn 1915. Die Durchschnittsdividende errechnet sich mit 8·9 Prozent, gegen 7·9 Prozent pro 1915. In der Eisen- und Metallindustrie war die Kapitalsbewegung nicht mehr so gewaltig wie im Jahre 1915. Die in Betracht gezogenen Gesellschaften wiesen ein Aktienkapital von 368 Millionen Kronen aus, gegen rund 358 Millionen pro 1915, während im Jahre 1915 der Zuwachs mehr als 31 Millionen Kronen betragen hatte. Der erzielte Reingewinn ist um rund 50 Prozent gestiegen und erreichte rund 150 Millionen Kronen, gegen 101 Millionen pro 1915. In Prozenten des eingezahlten Kapitals stellt sich der Reingewinn auf 41 Prozent, gegen 28·3 Prozent pro 1915, und die Durchschnittsdividende auf 22·6 Prozent, gegen 17·2 Prozent. Die Kohlenwerke weisen pro 1916 nur einen geringen Kapitalszuwachs auf, indem das Aktienkapital von 170·8 auf 172·3 Millionen Kronen gestiegen ist. Der erzielte Reingewinn zeigt angesichts der ungünstigen Lage, in der sich einzelne Kohlenwerksaktienunternehmungen schon im Vorjahre befanden (meist wegen des Verkaufes zu alten Vertragspreisen), nur eine Erhöhung von 28·5 auf 29·8 Millionen Kronen. Die Durchschnittsdividende weist eine mäßige Erhöhung auf, von 12·6 auf 13·6 Prozent.

Auffallend groß ist der Kapitalszuwachs bei der Maschinenindustrie. Das Aktienkapital ist von 129 auf 163 Millionen Kronen angewachsen. Der Zuwachs dürfte meist auf die beträchtlichen Investitionen in einzelnen Zweigen der Maschinenindustrie, wie zum Beispiel bei den Automobilwerken, zurückzuführen sein. Der Reingewinn ist weiter von 23·5 auf 00·4 Millionen Kronen, die Durchschnittsdividende von 12·3 auf 14·8 Prozent angestiegen. Bei der Papierindustrie betrug das eingezahlte Kapital der Gesellschaften im Jahre 1916 45 Millionen, gegen 52·6 Millionen Kronen im Vorjahre. Der erzielte Reingewinn ist jedoch von 3·7 auf 8·5 Millionen Kronen angestiegen und auch die Durchschnittsdividende zeigt eine ganz gewaltige Zunahme, von 4·9 auf 9·3 Prozent. Die Petroleumindustrie hat — bei unverändertem Kapital — eine mäßige Erhöhung des Reingewinns (von 19·1 auf 19·4 Millionen Kronen) zu verzeichnen, die Dividende ist jedoch von 16·7 auf 22·6 Prozent gestiegen, während der Reingewinn in Prozenten des Aktienkapitals nur eine mäßige Steigerung (von 40·6 auf 41·3 Prozent) zeigt. In der beträchtlichen Erhöhung der Durchschnittsdividende kommt die wiedergewonnene Zuversicht der durch wiederholte Feindesinvasion oftmals schwer bedrohten galizischen Erdölindustrie zum Ausdruck. Eine wesentlich günstigere Situation ergibt sich bei der Textilindustrie. Zunächst hat das eingezahlte Aktienkapital sich von 57·6 Millionen Kronen pro 1915 auf 65·6 Millionen Kronen pro 1916 erhöht. Der Reingewinn stieg von 11·1 auf 18·6 Millionen Kronen. In Prozenten des eingezahlten Kapitals ergibt sich für 1916 eine Verzinsung von 28·4 Prozent, gegen nur 19·7 Prozent im Vorjahre. Die Dividendenpolitik dieses Industriezweiges ist jedoch offensichtlich eine sehr vorsichtige, denn die Durchschnittsdividende ist nur von 8·2 auf 10·3 Prozent gestiegen. Die Zuckerindustrie endlich, die schon seit geraumer Zeit in reduziertem Betrieb steht, kann gleichfalls mit den finanziellen Ergebnissen zufrieden sein. Bei einem eingezahlten Kapital von 66·7 Millionen Kronen (gegen 63·4 Millionen pro 1915) ergibt sich ein Gesamtgewinn pro 1916 von 12 Millionen Kronen, gegen 9·9 Millionen Kronen im Vorjahre. Die Durchschnittsdividende ist von 10·5 auf 12·6 Prozent gestiegen, in Prozenten des Kapitals beträgt die Verzinsung 19·5 Prozent, gegen 15·6 Prozent pro 1915.

Reichspost
25./XII. 1917

69

Neue Wege der Gewerbeförderung.

Die kriegerischen Zeitläufte haben es mit sich gebracht, daß unsere n.-ö. Landesgewerbeförderung einige ihrer Aktionen vorübergehend ein- oder zurückstellen mußte. An ihre Stelle traten neue Werke, die Landesgewerbeförderung ging neue Wege, und sie blieb ihrer Tradition treu: Großzügig und praktisch zu arbeiten. Die Kriegstätigkeit der Landesgewerbeförderung reihte sich ihren Leistungen im Frieden würdig an.

Die erste ihrer Arbeiten in der Kriegszeit galt der Vergebung der Heereslieferungen. Erfreulicherweise ist es gelungen, zahlreiche Angehörige der Bekleidungsbranchen sowie des Sattler-, Riemer- und Taschnergewerbes zur Erzeugung von Heeresausrüstungsgegenständen, Material verarbeitende Gewerbebetriebe zur Anfertigung von Geschossen, Tischler und einzelne Baugewerbe zur Herstellung und Einrichtung militärischer Unterkunftsräume, Notspitäler heranziehen zu lassen. Welches Ausmaß die Beteiligung der Kleingewerbetreibenden an Heereslieferungen erreichte und in welchem Umfange diesbezüglich die n.-ö. Landesgewerbeförderung mitgewirkt hat, das zeigt die hiefür aus dem Fonde vorschüsse, teils als länger laufende gering verzinsliche Darlehen verausgabten Barbeträge; die letzteren beliefen sich im Jahre 1914 auf zusammen rund 480.000, 1915 auf 3,230.000 Kronen, 1916 auf 4,230.000, 1917 auf 2,600.000 Kronen, demnach bis Ende 1917 auf im ganzen rund 10,830.000 Kronen.

Für einen Teil der liefernden Vereinigungen von Schuhmachern, Riemern, Sattlern und Tischlern war es namentlich wegen des Arbeitermangels von besonderem Wert, daß es gelungen ist, ihnen mit Genehmigung des Kriegsministeriums in dem großzügig angelegten Kriegsgefangenenlager zu Brunn a. G. eigene Werkhallen einzurichten und hier Kriegsgefangene der betreffenden Professionen als Arbeitskräfte zugewiesen zu erhalten.

Die Tätigkeit des Landesausschusses zur Hebung von Absatz und Ausfuhr gewerblicher Erzeugnisse, die Leipziger Messe-Aktion, die erfolgreichen Bestrebungen der Wiener Mode überall zum Durchbruch zu verhelfen, die Veranstaltung einer Modeschau, die Aufführung eines Modestückes („Der Viererzug") die Schauvorführungen in Berlin Stockholm, Amsterdam, Haag, Zürich, Bern, Konstantinopel, Kopenhagen, die einen Umsatz von Millionen erzielten, und vieles andere sei hier nur angedeutet, da es sich um die allerdings überaus befriedigende Fortsetzung längst eingeleiteter Aktionen handelt. Ganz neu und aus dem Weltkrieg hervorgegangen sind die Bemühungen der Landesgewerbeförderung engere Handelsbeziehungen zwischen den hiesigen Gewerbetreibenden und den Gebieten von Galizien und Russisch-Polen anzuknüpfen. Um die Mitte des Jahres 1915, sobald es die durch die Waffenerfolge geschaffene Lage zuließ und die Staatsbehörden darangingen, das wirtschaftliche Leben in jenen Gebieten wieder aufzurichten, geschehen hiefür die ersten Schritte. Es ist da noch in jenem Jahre ein Möbel-Musterlager im Hause Mariahilferstraße 120 errichtet worden, um den Bevölkerungskreisen der durch den Krieg in Mitleidenschaft gezogenen Ortschaften Gelegenheit zu bieten, Inneneinrichtungen für Wohnhäuser und Wirtschaftsgebäude unter Ausschaltung der Händler unmittelbar bei Erzeugern einzukaufen. Die bemerkenswerten geschäftlichen Erfolge dieses Möbel-Musterlagers, dessen Eröffnung zahlreiche Mitglieder der Wiener polnischen Kolonie beiwohnten, sowie das Ergebnis der von einem Fachmanne an Ort und Stelle eingezogenen Erkundigungen veranlaßten den Landesausschuß, der Frage der Anlage von Musterlager-Filialen in größeren Städten Galiziens und Polens näherzutreten. Mit dem ausdrücklichen Vorbehalte, daß hiedurch den Handwerkern und der Industrie dieser Länder lediglich eine den jetzigen Verhältnissen entsprechende Mithilfe und Unterstützung, keineswegs aber irgend eine Konkurrenz geboten werden soll, sind mit dem Arbeitsministerium und dem galizischen Landesausschusse die nötigen Verhandlungen auch schon eingeleitet worden. Für später ist Aehnliches in den kriegsbeschädigten Balkangebieten geplant.

Der Unterstützungsaktion für gewerbliche Kriegsinvalide, deren Betreuung durch eine in Vorbereitung stehende eigene Amtsstelle der n.-ö. Landesgewerbeförderung und verschiedener Maßnahmen sei noch gedacht; ihr Zweck ist, den infolge des Krieges bei so vielen Handels- und Gewerbetreibenden eingetretenen Notstand zu lindern oder zu beseitigen. Dieser Absicht dienten wiederholte materielle Aushilfen, die teils gewerblichen Körperschaften, teils einzelnen Angehörigen des Handwerkerstandes in oft sehr beträchtlicher Höhe zukamen. Um für diesen Zweck auch in der kommenden Zeit die nötigen Mittel zu besitzen, hat aus Anlaß des Regierungsantrittes Kaiser Karls I. der Landesausschuß eine eigene „Kaiser-Karl-Stiftung für hilfebedürftige n.-ö. Gewerbetreibende und gewerbliche Arbeiter" mit einem den Beständen des Landesfonds entnommenen Stammvermögen von 500.000 Kronen errichtet.

Eine weitausgreifende Hilfsmaßnahme bildet die vom Landesausschusse bereits im Jänner 1916 in Angriff genommene Kredithilfsaktion für den kriegsbetroffenen Handels- und Gewerbestand.

Welche Ausgestaltung der Wirkungskreis der niederösterreichischen Landesgewerbeförderung in der letzten Zeit erfahren hat, läßt sich aus einer Gegenüberstellung der Ausgaben des niederösterreichischen Landes-Gewerbeförderungskredites entnehmen, die ab 1900 bis Ende Juli 1914, also im Verlaufe von 14 Jahren, zusammengenommen rund 2,113.000 Kr., hingegen während des Krieges fast 11,800.000 Kr. betragen haben.

Neue Freie Presse

25./XII. 1917

Vom industriellen Leben nach dem Kriege.

Von Konrad Platschek.
Generaldirektor der Anhaltischen Kohlenwerke.

Halle a. d. S., 20. Dezember.

Mit Hoffnungsschwingungen läuten die Glocken das vierte Kriegsweihnachtsfest ein. Wenn auch die Verhandlungen mit Rußland vorab mit kühler Sachlichkeit betrachtet sein wollen, da niemand weiß, ob nicht morgen ein anderer Machthaber in diesem Lande die Herrschaft führen wird, so ist doch wohl so viel sicher, daß dieses nun seit Jahresfrist von inneren Krämpfen geschüttelte Reich nicht mehr die Kraft finden kann, in diesem Kriege militärisch wieder bedrohlich zu werden. Anderseits ist es ausgeschlossen, daß die Maximalisten auf dem bisher eingeschlagenen Wege der blinden Zerstörung das Land aus dem grauenhaften Wirrwarr herausbringen werden. Nun kommt die zwölfte Stunde für die Verbündeten.

Gelingt es ihnen, ihre Feinde im Westen unter Zusammenfassung aller Kräfte zu Boden zu zwingen, dann muß der Friede kommen, der der furchtbaren Opfer wert sein muß. Ein zweites Mal darf dieses Grauen nicht wieder über Mitteleuropa heraufziehen. Davor schützen aber nicht verschwommene Redensarten politischer Träumer, sondern handgreifliche Garantien.

Letztere müssen und werden auch die Voraussetzung bleiben für die Wiederentwicklung des industriellen Lebens nach dem Kriege. Unsere wirtschaftlichen Hauptgegner, England und Amerika, werden unbedingt auch nach dem Friedensschlusse den Versuch machen, den Krieg auf wirtschaftlichem Gebiete fortzusetzen. Damit müssen wir rechnen. Unsere Absatzmöglichkeiten in die feindlichen Länder werden daher zunächst nur sehr geringe sein, in die neutralen Länder werden sie stark durch unsere Feinde beeinflußt werden. Mitteleuropa muß aber Waren ausführen, wenn es sich dauernd auf der hohen Entwicklungsstufe halten will, der sie bei Ausbruch des Krieges mit Erfolg zustrebte. In der ersten Zeit wird die Zu- und Abneigung der Völker auch erheblich auf die Geschäfte abfärben, und nur allmählich ist ein Ausgleich zu erhoffen. Wenn aber die verbündeten Länder sich in diesem Kampfe nach dem Kriege behaupten wollen, so müssen sie zwei Hauptbedingungen erfüllen: einmal müssen sie die eigenen Hilfsquellen ihrer Länder bis aufs Aeußerste ausnutzen, um dem eigenen Bedarf in billigster Weise die Erzeugnisse zuzuführen, die sich nur irgend auf heimischem Boden und aus heimischen Bodenschätzen herstellen lassen. Das Ersatzstoffwesen wird daher auch noch lange Zeit mit oder ohne Absicht nicht ausgeschaltet werden können. Selbstgenügsamkeit und Bescheidenheit in den eigenen Ansprüchen gehen damit Hand in Hand. Zum anderen aber muß alles Bestreben darauf gerichtet werden, die besten Erzeugnisse mit niedrigstem Selbstkostenstande für die Ausfuhr herzustellen. Letztere Aufgabe ist nicht minder schwer wie die erste, vielleicht noch schwerer. Hat doch die Entwertung des Geldes schon einen Grad erreicht, der recht bedenklich geworden ist, und zwar nicht nur bei uns, sondern auch bei unseren Feinden, nicht aber in den weitab liegenden Ländern, die darauf warten, Europas Schwäche in Zukunft für sich auszunützen. Wenn aber das Tauschmittel Geld nicht erheblich im Werte wieder gehoben werden kann, so werden die Erzeugnisse für die Ausfuhr vermutlich zu teuer werden und der schon vom Feinde nachhaltig erschwerte Absatz in fremden Ländern müßte verkümmern. Das aber würde wieder Millionen von Händen Arbeitslosigkeit bringen. Also wird man alle Hebel in Bewegung setzen müssen, um der weiteren Entwertung des Geldes entgegenzutreten, um später die Arbeitslosigkeit mit ihren fürchterlichen Folgen für Land und Volk rechtzeitig zu bannen.

Außer von der menschlichen Arbeitskraft hängt aber der Arbeitserfolg auch von der Beschaffung der Rohstoffe ab. Deren brauchen wir eine erkleckliche Anzahl von unseren Feinden und den uns wenig freundlich gesinnten Neutralen. Aufgabe der Friedensunterhändler ist es daher, in erster Linie die Rohstoffversorgung für die nächste Zukunft soweit sicherzustellen, daß unsere Feinde uns nicht nach Friedensschluß durch irgendwelchen Zoll oder sonstige Maßnahmen oder Sperrung der Ausfuhr usw. den Bezug so erschweren oder verteuern, daß die Beschaffung bald zur Unmöglichkeit wird. Gesetzt nun, auch diese Vorbedingung wird günstig für uns gelöst, so bleibt weiter die Transportraumnot sowohl zu Wasser wie zu Lande zu überwinden. Auch hier gilt es, rechtzeitig und weitsichtig die Richtlinien zu finden, die den Rohstoffbezug sicherstellen. Besonders wichtig erscheinen hiebei die Urstoffe für die große Textilindustrie, ferner Leder und Metalle.

Könnte die Erzeugung nach Sicherstellung der Rohstoffe dort einsetzen, wo sie bei Kriegsanfang aufhören mußte, so brauchte uns nicht bange zu sein. So aber muß sie vorab mit einer sehr großen Verteuerung der Gestehungskosten rechnen, auf die noch obendrein das gewaltige Gewicht der finanziellen Belastungen durch Steuern und Abgaben gehängt wird. Denn wer wird die Kriegslasten in erster Linie tragen müssen? Eben die Industrie. Die Landwirtschaft ist steuerlich bekanntlich schwer zu erfassen und hat es von jeher verstanden, sich mit Steuern nicht zu übernehmen. Der Arbeiter betrachtet es als sein gutes Recht, keine Steuern zu bezahlen, aber desto mehr Machtanteil an den Geschicken des Staates zu beanspruchen. Leichtfertige Optimisten meinen nun, wozu hat die Industrie die Intelligenz, dank deren sie es vor dem Kriege soweit gebracht hatte und dank deren sie im Kriege in glänzendster Weise sich auf die Kriegsbedürfnisse einzustellen wußte. Diese Intelligenz wird schon auch in Zukunft helfen! Hoffen wir, daß sie nicht am Unmöglichen scheitert. Zu ihrer Betätigung müssen ihr aber die lästigen und schweren Fesseln abgenommen werden, die die Kriegswirtschaft ihr angelegt hat und die in vielen Fällen drückender ausgefallen sind, als die Not der Zeit verlangte. Daß der Staatssozialismus keine geeignete Wirtschaftsform für ein hoch entwickeltes Land ist, müßte wohl jedem Einsichtigen aus dem Gange der Wirtschaftsentwicklung im Kriege klar geworden sein. Die freie Betätigung in Handel und Wandel muß wieder oberster Grundsatz werden, freilich dort auf einheitlicher, aber freier Grundlage zusammengefaßt, wo die Gleichartigkeit und Masse der Erzeugnisse die Ausschaltung des gegenseitigen Wettbewerbes angezeigt erscheinen läßt, so daß sich die volle Stoßkraft in den Arbeitserfolg nach außen umsetzen kann.

Der selbstverdiente Lohn aus dem Arbeitserfolg ist auch die gewaltige Triebfeder, die privatwirtschaftlich so Großes geleistet hat und immer wieder leisten wird, im Gegensatz zur staatlichen oder kommunalen Wirtschaft, die immer ohne diese Triebfeder zur Unfruchtbarkeit verdammt sein wird. Aus letzterer kann aber keine Wiederaufrichtung des industriellen Lebens geboren werden. Darum freie Bahn allen Tüchtigen und Anspannung aller Kräfte. Schulter an Schulter mit den verbündeten Ländern, damit wir uns unter weiser Einschränkung unserer eigenen Bedürfnisse in harter Arbeit wieder groß arbeiten können. Nur so kann aus dem wirtschaftlichen Trümmerfeld nach dem Kriege wieder ein gesundes und tragfähiges Gebäude des Wirtschaftslebens entstehen, wert, in ihm zu leben.

Fremdenblatt

III

25./XII. 1917

Die Uebergangswirtschaft.

Dornbach auf die Dritte heruntergehen." Der Vertreter würde die Wette fraglos gewinnen, aber daß der direkte Eingriff des Vorführungswagens nicht der Vierten, sondern nach der Standard-Uebersetzungsnorm ungefähr der üblichen Dritten eines inländischen Wagens gleichzustellen ist, wird uns vom redseligen Verkäufer wohlweislich verschwiegen, desgleichen daß der als Leistungsunikum hingestellte Wagen bei leichtem Gegenwind fragliche Steigung nur mit dem kleinen Gang, also Ersten, im Schneckentempo erkriecht, wo für jedes Normalauto europäischer Herkunft Umschalten auf die Dritte genügen würde.

Exempel Nr. 2 sei aus der Kriegspraxis gegriffen. War da in Serbien eine tiefmorastige Straße, eigentlich eine Ehrentitulatur für dieses grundlose Gebilde, die zwecks Feldpostbeförderung täglich von einem leichten Auto befahren werden mußte. Und siehe da: nur ein amerikanischer Stämmling wohlfeilster Sorte erreichte regelmäßig sein Ziel. Jeder Wagen anderer Marke blieb rettungslos stecken und war kaum wieder flottzumachen. In der Folge wurde ausschließlich der „Amerikaner" zu dieser Fahrt kommandiert, dessen glücklicher Besitzer, ein Motorfahrerkorps-Oberleutnant, ob dieser Auszeichnung unsäglich stolz war.

Wie erklärt sich diese scheinbare Ueberlegenheit in schwierigem Gelände? Der amerikanische Wagen war dank seiner extrahohen, breitspurigen Bauart für das Befahren der grundlosen Straßen wie eigens konstruiert. Wo jedem hochklassigen Qualitätswagen infolge des tiefliegenden Karters und Differentialgehäuses ein Durchkommen versagt war, passierte er anstandslos, ohne auch nur mit einem Maschinenteil den Boden zu streifen. Hier ward aus seiner Not kurzerhand eine Tugend. Diese Bauart und ebensolche Schwerpunktslage, wie auch Normalspur sind den Alltagserfordernissen unserer gut unterbauten Straßen weit entsprechender, als die entgegengesetzten, europäischen Verhältnissen widerstreitenden Eigentümlichkeiten, die am Balkan zufällig zu Ehren kamen, dessen Wege mit den kanadischen wesensverwandt zu sein scheinen. Die Tatsache des glatten Versagens eines „Rolls Royce", wo sich ein leichter Amerikaner glänzend bewährte, war wohl nicht geeignet, den Trugschluß von der Minderwertigkeit der berühmten englischen Marke zu zeugen, löste aber sichtlich eine allseits imponierende Wirkung aus, die manche bis dahin vorgefaßte Meinung über Wert oder Unwert der billigen Wagenkategorie annullieren mochte. Gegen wirkungsvolle Bluffs, die sich in immer neuer Fassung präsentieren, ist niemand gefeit. Wenn die amerikanische Invasion in der Uebergangszeit auf ein Maß beschränkt werden soll, das unsere Automobilindustrie nicht am Lebensnerv trifft, müssen zwei Faktoren in stillem Einvernehmen zusammenwirken: Produzenten und Konsumenten. Erstere, indem sie von ihren Feinden lernen, ihre guten Sitten wahrnehmen und sie durch Nacheiferung ihrer Reize entblößen, letztere, indem sie nicht vom Preise hypnotisiert oder sonstwie geblendet, den offenbaren Mängeln der amerikanischen Massenerzeugnisse gegenüber beide Augen verschließen, wo es ihr ureigenstes Interesse erfordern würde, selbe recht weit offen zu halten.

Nur dann wird nach Ablauf des ersten Friedensbetriebsjahres in den Rechenschaftsberichten unserer Automobilfabriken folgendes, von allen wahren Freunden der heimischen Industrie warm begrüßtes Bulletin zwischen den Zeilen zu lesen sein: „Geplanter Durchdringungsversuch amerikanischer Automobilfabrikate dank unserer Abwehrmaßregeln gescheitert!"

F. R.

Fremdenblatt

25./XII. 1917

Der Handel in der Uebergangs- und Friedenszeit.

Von **Regierungsrat Dr. Alexander Horovitz,**
Generalsekretär der Wiener Produktenbörse.

Der Krieg hat dem Handel recht schwere Wunden geschlagen, weil zahlreiche Berufszweige durch die Tätigkeit von kriegswirtschaftlichen, mit Monopolcharakter bekleideten Organisationen, aus ihrer berufsmäßigen Beschäftigung abgedrängt und allmählich gänzlich ausgeschaltet wurden. Kein einsichtiger Vertreter von kaufmännischen Interessen wird sich der Erkenntnis verschließen, daß die Ausschaltung des freien Handels auf zahlreichen Gebieten des Wirtschaftslebens zu einer unabweisbaren Notwendigkeit geworden war, schon deswegen, weil ihm alle jene Hilfsmittel, welche der freie Handel zur erfolgreichen Betätigung unumgänglich benötigt — wie Telegraph, Telephon, Verkehrswesen, Ein- und Ausfuhrmöglichkeit — überhaupt nicht oder nur in außerordentlich eingeschränktem Maße zur Verfügung standen.

Aber tief zu beklagen ist es, daß ganze Berufsgruppen ohne zwingenden Anlaß, einfach aus dem Wirtschaftsleben ausgeschaltet wurden, obschon ihre Betätigung auch im Rahmen der zwangsläufigen Kriegswirtschaft möglich und im allgemeinen Interesse auch geboten gewesen wäre. Gar manche empfindlichen Verluste an Wirtschaftswerten, viele Hemmnisse in der Aufbringung und Verteilung von Gütern wären uns erspart geblieben, wenn der Handel, diese wichtigste und wertvollste Hilfe, für die regelmäßige und ungestörte Versorgung der Verbraucher, nicht als unnützer Ballast einfach über Bord geworfen worden und man sich dessen eingedenk geblieben wäre, daß es Jahrhunderte hindurch der freie Handel war, der die Zufuhren befriedigend regelte und die Märkte füllte.

Wenn man sich aber auch auf den Standpunkt jener Kreise stellt, die die kriegswirtschaftlichen Einrichtungen nicht nur als unvermeidbare Begleiterscheinung der durch den Krieg geschaffenen außergewöhnlichen Verhältnisse, sondern als Einrichtungen betrachten, die die in sie gesetzten Erwartungen nach jeder Richtung erfüllt haben, so kann doch nicht eindringlich genug vor der Verwirklichung jener Bestrebungen gewarnt werden, die auf den Fortbestand dieser Wirtschaftsformen abzielen. Denn wie darf man die außerordentlichen Verhältnisse der Kriegswirtschaft und als deren Ergebnis die Zwangsmaßnahmen der Kriegszeit, auf solche der Friedenswirtschaft und Friedenszeit einfach übertragen? Jene ganz eigenartigen, durchaus für sich zu beurteilenden Maßnahmen der Kriegszeit, die, wie Beschlagnahmen, Höchstpreisfestsetzungen, behördliche Aufteilungen, als Folgen der kriegswirtschaftlichen Verfassung getroffen werden mußten, weil die herkömmlichen Gesetze unseres normalen Wirtschaftslebens für die Kriegsverhältnisse eben nicht ausreichten?

Für die selbständige Wirtschaftsbetätigung des Handels war in diesem Rahmen kaum Platz und seine Tätigkeit beschränkte sich zumeist darauf, als dienendes Glied, als technisches Hilfsorgan der Zentralstellen zu wirken. All das aber, worin sich die Hauptvorzüge des Handels äußern, seine Findigkeit, fachmännische Tüchtigkeit, Beweglichkeit und Anpassungsfähigkeit an jeden Wechsel der Verhältnisse, die Gesamtsumme der kaufmännischen Erfahrungen, mußte brach liegen bleiben; dadurch versiegte auch manche Quelle, die der findige Kaufmann zum Besten der Volksversorgung aufzuspüren vermag und die Märkte der Großstädte bleiben entblößt. Wie der frühere Reichskommissär für die Ernährungswirtschaft in Deutschland, Batocki, zutreffend bemerkte, mußte die Gesetzgebung — in Deutschland ebenso wie bei uns — es wohl versuchen, die Funktion des Handels, so gut und so schlecht es eben ging, zu ersetzen. Aber dieser Ersatz mußte auch im günstigsten Falle ein mangelhafter bleiben und diese Tatsache erbringt den triftigsten Beweis für die Unentbehrlichkeit des Friedenshandels.

In dem Augenblicke, wo es heißen wird, neue Absatzmärkte und neue Versorgungsquellen aufzuspüren, wird auch die Tätigkeit des vom Bewußtsein seiner wirtschaftlichen Aufgaben und Pflichten erfüllten Kaufmannsstandes wieder mit voller, frischer Kraft einsetzen müssen, damit der durch keinerlei staatliche Organisation auch nur annähernd zu ersetzende private Unternehmungsgeist, der Wert lange gepflegter Geschäftsverbindungen, die Findigkeit und Fachtüchtigkeit der einzelnen Kaufleute wieder zur ungehemmten Entfaltung gelangen können. Denn ob nun die einzelnen Staatsbetriebe gut oder schlecht gewirtschaftet haben, darüber dürfte wohl kaum ein Meinungsstreit bestehen, daß gerade der Krieg die außerordentlichen Leistungen des Freihandels im täglichen Verkehr und seine unentbehrliche Funktion im Wirtschaftsleben erst recht ins Tageslicht gerückt hat. Der durch ein Menschenalter geschulte berufsmäßige Handel der Friedenszeit hat ja in der Kriegszeit doppelt empfindlich leiden müssen, einmal durch die Einengung auf einen immer beschränkteren Wirkungskreis, dann durch seine nahezu lückenlose Ausschaltung aus dem Aufbringungs-, Uebernahms- und Verteilungsprozesse der Wirtschaftsgüter, schließlich durch die ihm zur Last gelegte Einschiebung jener dem legitimen Handel ganz fernstehenden Schmarotzerkreise, die ohne jede wirtschaftliche Berechtigung den Weg der Waren vom Erzeuger zum Verbraucher vermehrten, erschwerten und verteuerten.

Größer als je wird die wirtschaftlich-kulturelle Aufgabe des Kaufmannsstandes im Frieden werden und diesem kann er nicht gewachsen sein, wenn sein Selbstbewußtsein untergraben, seine Schaffensfreudigkeit gebrochen und seine Widerstandskraft gelähmt bleibt. Wenn das vom Handelsminister Urban gesteckte Ziel für die Kriegs- und Uebergangswirtschaft verwirklicht werden soll, wenn möglichst bald der wirtschaftlichen Betätigung des Kaufmannes freie Bahn geschaffen und zu Wirtschaftsformen zurückgekehrt werden soll, die sich in der Vergangenheit bewährt haben, dann wird man auch mit dem schrittweisen Hinüberleiten der kriegs- und friedenswirtschaftlichen Betätigung rechtzeitig beginnen und die für die erste Zeit noch unerläßlichen Einengungen und staatlichen Regelungen auf ein Mindestmaß beschränken müssen. Nur dann wird es möglich sein, für die Friedenszeit einen schaffungsfreudigen Handel ins Leben zu rufen, der, wie ehedem, zum Träger und Organisator der internationalen und heimischen Volkswirtschaft und zu einem mächtigen Schwungrad im Mechanismus des Staatswesens wird.

Vossische Zeitung

27./XII. 1917.

27

Kein Wirtschaftskrieg nach dem Kriege.

Aeußerungen Dr. Helfferichs.

Wien, 2. Dezember.

In seiner auszugsweise bereits mitgeteilten Unterredung mit dem Berliner Vertreter des „Neuen Wiener Tagblattes" führt Staatsminister Dr. Helfferich über die Fragen des „Wirtschaftskrieges nach dem Kriege" weiter aus:

„Je geringer die Aussicht geworden ist, uns trotz der Uebermacht an „men, money and munition" militärisch zu überwältigen, desto mehr bedarf die Entente des Trostes durch die Anrufung ihrer angeblichen wirtschaftlichen Ueberlegenheit. Wir werden uns nicht einschüchtern lassen. Denken Sie sich zwei starke Recken, die aneinander geraten sind und sich mit ihren Schwertern wuchtige Schläge austeilen. Dem einen, der angefangen hat, läuft das Blut schon über die Augen und er beginnt, sich schwach in den Knien zu fühlen. Er hält es für geraten, den Kampf abzubrechen; nur möchte er seinem Gegner beim Austausch des Friedenskusses eine kleine seidene Schnur um den Hals legen! Wir müßten noch dümmer sein, als uns unsere Feinde offenbar halten, wenn wir uns geduldig und blind die seidene Schnur des Wirtschaftskrieges beim Friedensschluß um den Hals legen lassen wollten. Je mehr die Feinde sich jetzt schon auf die seidene Schnur zugute tun, desto unerbittlicher müssen wir ihnen mit dem Schwert auch die seidene Schnur entwinden. Wir haben entweder Krieg, oder wir haben Frieden. Aber wir werden nicht zulassen, daß unsere Feinde unter dem Schein des Friedensschlusses ein für sie ungünstig gewordenes Kampffeld mit einem günstigeren vertauschen. Wir sind es unseren Kämpfern draußen und der Zukunft unserer Völker schuldig, ganze Arbeit zu machen. Und wir werden ganze Arbeit machen."

Auf die Frage, wie er die Aussichten für den künftigen friedlichen Wettbewerb beurteile, antwortete der Staatsminister mit der Gegenfrage: „Glauben Sie, daß unser Volk im Krige die wirtschaftlichen Energien verloren hat, die uns vor dem Krieg in den fast fünfzig Friedensjahren aufwärts geführt haben, wie kein anderes Volk der Erde? Ich glaube, der Krieg hat unsere Energien gestärkt. Wir werden alle Muskeln straffen, um wieder einzubringen und nachzuholen." Deutschland, das die Wurzeln seiner Kraft in der Arbeit habe, stellte er England, dem lautesten Rufer nach dem Wirtschaftskrieg, gegenüber. „Was hält das britische Weltreich zusammen? Das Geld, die Flotte und das Prestige. Die enormen finanziellen Opfer des Krieges treffen auch uns schwer, aber sie treffen das britische Weltreich an einem Lebensnerv. Und die Schiffe? Vor dem Krieg vereinigte Großbritannien unter seiner Flagge nahezu die Hälfte der Welt-Tonnage. Unsere U-Boote und die Schiffsbauten der Amerikaner und Japaner sorgen gründlich für eine Aenderung in dieser zweiten Voraussetzung der britischen Weltherrschaft.

Und schließlich das Prestige? England hat seit Jahrhunderten jeden Krieg gewonnen; das gab ihm mit den Ruf der über allen Zweifel erhabenen Ueberlegenheit den Zusammenhalt mit seinen überseeischen Gliedern und die Anziehungskraft für die Neutralen. Aus diesem Krieg wird England nicht als Sieger hervorgehen, und das rührt an dem dritten Lebensnerv. Rein geschäftlich war Englands Prestige verkörpert in dem Vertrauen auf seine unbedingte Zuverlässigkeit in allen Dingen, die auf Treu und Glauben stehen. Hier hat England selbst die Axt an die Wurzeln seiner Kraft gelegt. Nach all den schamlosen Verletzungen privater Rechte und privaten Eigentums, nach all den Beschlagnahmen, Konfiskationen, Liquidationen und Verschleuderungen — wo ist da das Wort „Sicher wie in der Bank von England?" Wer wird künftig England seine Waren, seine Wertpapiere, sein Geld noch anvertrauen wollen?"

Dr. Helfferich sieht Englands Weltvermittlung im Waren- und Geldverkehr ernstlich erschüttert. England werde nach dem Kriege alle Mühe haben, den breiten Strom des Weltverkehrs, den es in unbegreiflicher Verblendung von sich abgedrängt hat, langsam wieder an sich heranzuziehen. Die kriegerische Gebärde werde ihm dabei nichts helfen, England habe alle Ursache zum friedlichen und bescheidenen Werben um das gründlich verscherzte Vertrauen der Geschäftswelt der anderen Völker.

Dr. Helfferich schloß mit den Worten unerschütterlicher Zuversicht auf die wirtschaftliche Zukunft, die Deutschland und seine Verbündeten in treuer Arbeitsgemeinschaft im kommenden Frieden sich schmieden werden.

Reichspost

28./XII. 1917

80

Die Genossenschaftsbewegung im Kleinhandel.

Je länger der Krieg dauert und je mehr sich die die Approvisionierung betreffenden staatlichen Verordnungen häufen, desto größer werden unsere Aufgaben. Es zeigt sich, daß die staatliche Gewalt nicht genügt, die Gütervertheilung in befriedigender Weise durchzuführen, und zahlreich sind die Fälle, wo der obrigkeitliche Zwang produktionshindernd gewirkt hat. Die Ausschaltung des legitimen Zwischenhandels hat sich als ein schwerer Fehler erwiesen, denn naturgemäß ist ein schwerfälliger Verwaltungsapparat, so wie wir ihn heute haben, nicht imstande, die Initiative und die auf langjähriger Arbeit aufgebaute Sachkenntnis des legitimen Kaufmanns zu ersetzen. Wir sagen absichtlich „legitimen Kaufmannes", denn nur der allein hat ein Recht darauf, als unbedingt notwendiger Vermittler zwischen Erzeugung und Verbrauch angesprochen zu werden. Leider verkennt man heute in manchen Kreisen die volkswirtschaftliche Bedeutung, die dem reellen Handel zukommt und macht auch ihn verantwortlich für das Verschwinden der Waren und die andauernde Steigerung der Preise. Nicht der Handel an sich ist dabei schuld an diesen Verhältnissen, sondern eine gewisse Sorte von meist „wilden" Händlern, die, durch starken Zuzug aus Galizien verstärkt, auch den reellen Kaufmann in den Geruch des Wuchers gebracht haben. Voll und ganz kann man daher unterschreiben, was in einer von der „Gekawe" herausgegebenen Broschüre über den Unterschied zwischen dem legitimen und illegitimen Handel gesagt wird. Es heißt da: Der reelle Handel treibt nicht zur Eigenbereicherung, sondern zur Befruchtung der Gesamtwirtschaft. Er fordert für sich und die Seinen nur einen bescheidenen Gewinnanteil zur Bestreitung seiner Lebensbedürfnisse sowie eine Rücklage für die Zeit des mit dem fortgeschrittenen Lebensalter eintretenden Ruhebedürfnisses. Nicht die wirtschaftliche Institution des Handels war es, die die wirtschaftliche Krise mitverschuldet hat, sondern neben dem tatsächlichen Mangel an zur Lebenshaltung notwendigen Verbrauchsgütern Auswüchse des Handels, die wir kurz zusammenfassen wollen unter dem Ausdrucke des illegitimen Handels. Diese Art des Handels kennt nur die privatwirtschaftliche Vorteilsberechnung und nimmt keine Rücksicht auf höhere Interessen des Staates. Will der Handel produktiv wirken, so muß er die Befriedigung der Lebensbedürfnisse der Volksgesamtheit als seinen obersten Grundsatz aufstellen, er muß sich als dienstbares Glied dieser Gesamtheit fühlen und er darf nicht auf die ins Ungemessene zielende Mehrung des eigenen Besitzes, sondern auf die Mehrung des Besitzes der Gesamtheit hinarbeiten. Seine Tätigkeit der Gütervermittlung darf nicht zum Selbstzwecke einzelner werden, sondern sie muß die Gesamtwirtschaft des Staatsganzen befruchten."

Von diesem Ideal sind wir nun heute freilich weiter denn je entfernt. Gerade jene Vertreter des Handelsstandes, die schon durch ihre Ueberlieferung dem Ausbeutertum fremd gegenüberstehen, haben in diesem Kriege am meisten gelitten. Der kapitalsschwache Kleinhandel sieht sich heute von zwei Seiten her bedroht. Auf der einen Seite hat er einen recht ungleichen Kampf gegen den schon von vornherein überlegenen Großhandel zu bestehen und auf der anderen Seite droht ihm die Konsumvereinsbewegung den Boden unter den Füßen zu entziehen. Dieser Kampf nach zwei Fronten datiert freilich nicht von heute und gestern. Schon vor dem Kriege verschob sich die Gesamtlage immer mehr zuungunsten des Kleinhandels und damit auch zuungunsten des sozialen Elements im Handel selbst, und in dem Maße, wie die Zahl der kleineren, unabhängigen Zwischenhändler sank, mußte die Macht des Großhandels und damit die Gelegenheit zu willkürlicher Ausbeutung zunehmen. Der Großhandel braucht deshalb noch lange nicht als beutelüstern verschrien zu werden. Die Tatsache aber, daß jede Monopolstellung zu ungebührlicher Ausnützung der vorhandenen Konkurrenzlosigkeit verleitet, läßt sich auf keinen Fall leugnen. Diese Gefahr war auch die Haupttriebfeder bei der Gründung der Konsumvereine, die ja zweifellos manches Gute für sich haben. Die Vorteile des Großbetriebes — billiger Einkauf, mitunter verhältnismäßig geringe Verwaltungsauslagen und daher niedrige Gestehungskosten — machten sich da besonders stark bemerkbar. Daher die z. B. unheimliche Mitgliederzahl mancher Konsumvereine, daher aber auch das Bureaukratische und Schematische in der Gebarung dieser Vereine und das Streben gewisser Elemente und Parteien, maßgebenden Einfluß auf die Konsumvereinsbewegung zu bekommen. Diese Verquickung rein wirtschaftlicher Absichten mit parteipolitischen Zielen muß natürlich mit der Zeit zu einer gefährlichen Verschärfung der inneren Gegensätze führen, der nicht früh genug vorgebeugt werden kann. Die Gütervermittlung als solche ist neutral und sollte niemals zu eigensüchtigen Zwecken mißbraucht werden, gleichgültig ob es sich nun um den pekuniären Vorteil einer einzelnen Person oder um das Machtstreben einer Partei handelt. Zweck des mit der Verteilung der Güter betrauten Handels ist vielmehr, wie schon angedeutet, ausschließlich die möglichst weitgehende Versorgung des Konsums zu billigen Preisen. Dieser Bestimmung ist bisher voll und ganz nur der legitime Zwischenhandel gerecht geworden. Im Interesse der Allgemeinheit und des Staates, der nicht gerade davon profitiert, wenn die Zahl der selbständigen Existenzen immer mehr zusammenschmilzt, ist es daher zu bedauern, wenn jetzt im Kriege gerade der alteingesessene Zwischenhandel an die Wand gedrückt wird. Kapitalismus einerseits und staatliche Bewirtschaftung anderseits sind schuld an dieser beklagenswerten Erscheinung. Einen Teil der Schuld tragen freilich die Angehörigen des kleineren und mittleren Kaufmannsstandes selbst, da sie es — wenigstens bis vor kurzem — nicht verstanden, sich in großen wirtschaftlichen Verbänden zu vereinigen, um dergestalt der Macht des Großhandels und der Konsumvereine ein Gegengewicht zu bieten.

In allerletzter Zeit ist es nach dieser Richtung hin etwas besser geworden, freilich spät genug. Die Genossenschaftsbewegung hat jetzt auch im Kleinhandel Fuß gefaßt und von Interesse ist es, zu erfahren, was Direktor Feldmann von der „Großeinkaufsgenossenschaft der Kaufleute in Wien" über diesen Punkt sagt: „Der Selbsterhaltungstrieb ließ dem Kleinkaufmann Mittel und Wege suchen und finden, die ihn, der selbst Warenabnehmer ist, in die Lage versetzen, diese Waren billig zu erstehen, um gegenüber den Konsumvereinen konkurrenzfähig zu sein. Diesen Bestrebungen stand aber vielfach die Selbstbereicherungssucht des Großkaufmannes gegenüber. Dieser zwang dem Kleinkaufmann einfach einen Preis auf und bestimmte damit auch gleichzeitig den Preis für den letzten Käufer, den Verbraucher. Der von sozialen Bestrebungen geleitete Kaufmann mußte also versuchen, ohne den Großhändler zum Verbrauchsgut zu gelangen, um es dem Verbraucher vermitteln und seine eigene Existenz erhalten zu können; er ahmte das Beispiel der wirtschaftlichen Kommunisten nach und schloß sich mit anderen Kleinkaufleuten zu wirtschaftlichen Gliederungen zusammen, die wir unter dem Namen kaufmännische Einkaufsgenossenschaften kennen. Dadurch ist also schon der Zweck der kaufmännischen Einkaufsgenossenschaft gegeben: Erschließung von Bezugsmöglichkeiten für den Kleinkaufmann (Genossenschafter), um ihn in die Lage zu versetzen, billig und gut absetzen zu können und ihn so in seinem Bestande zu sichern. Durch diese Einkaufsgenossenschaften ist ein doppelter Zweck erreicht, nämlich, die Sozialisierung des Handels und die Erhaltung sachkundiger Kaufleute, die allein befähigt sind, die Verbrauchsgüter so in Umlauf zu bringen, daß damit der Gesamtheit gedient ist."

Diese wirtschaftliche Zusammenfassung des Kleinhandels bringt natürlich eine ganze Reihe von Vorteilen mit sich, die es dem legitimen Handel erst wieder ermöglichen, seiner sozialen Rolle gerecht zu werden. Durch den gemeinsamen Einkauf stellt sich der Einkaufspreis für ihn wesentlich niedriger. Die Zahlungs- und Kreditbedingungen sind wesentlich günstiger wie beim Einzelkaufmann, der, für sich allein gestellt, nach dieser Richtung hin niemals mit dem Konsumverein in Wettbewerb treten könnte. Dabei haben die Einkaufsgenossenschaften alles Interesse daran, die Preise möglichst niedrig zu halten, um dadurch die einzelnen Mitglieder überhaupt konkurrenzfähig zu erhalten. Auf solche Weise beeinflußt sie sowohl die Preise des Großhandels wie anderseits der Konsumverein. Sie wirkt preisregulierend und bringt dadurch den vielfach nur mehr auf dem Prinzip der persönlichen Bereicherung aufgebauten Zwischenhandel den sozialen Geboten wieder näher. Die Einkaufsgenossenschaft kann dieses Ziel um so eher erreichen, als ihr der Gedanke, finanzielle Ueberschüsse zu erzielen, vollkommen ferne liegt. Ihr Zweck ist ausschließlich die Rückenstärkung des legitimen mit kleinem Gewinn und daher sozial arbeitenden Zwischenhandels in seiner Abwehr gegenüber dem Großhandel und dem Konsumverein, die schon kraft ihres Wesens immer monopolistische und damit preiserhöhende Tendenzen zeigen werden.

Kölnische Zeitung

Erste Morgen-Ausgabe

Fernsprecher: Nr. A 5361 - A 5362 - A 5363 A 5364 - A 5365 - A 5366 - A 5367. — Redaktion, Geschäftsstelle für Zeitungsbezug und Anzeigen sowie Druckerei sind durch diese 7 Fernsprechleitungen zu erreichen.

Geschäftsstunden: Redaktion von 9 U vormittags bis 9 Uhr abends, Geschäftsste für Zeitungsbezug und Anzeigen 8—12 U vormittags und 3—7 Uhr nachmittags. Druckerei 8—1 Uhr vorm. und 3—6½ Uhr nach

werden bei ihren Vätern und Brüdern eine Gärung vorfinden, von der vor anderthalb Jahren noch keine Rede war. Jeder Kundige weiß, daß der Monat Mai dieses Jahres mit seinen großen Ausständen geradezu ein revolutionärer Monat in England gewesen ist, so sorgfältig die Presse auch die Nachrichten darüber beschnitten hat.

Man weiß jetzt, daß in diesem Monat Mai durch den großen Ausstand der Metallarbeiter die ganze Munitions- und Geschützherstellung ins Stocken zu geraten drohte, und daß die Ausstände wie Flackerbrände durchs ganze Land gingen. Mit vieler Mühe und vielen Versprechungen brachte man die Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit. Damals (am 9. Juni) schrieb der New Statesman: „Die Lage ist zu ernst, die Beschwerden sind zu gewichtig, die Wiederkehr von Unruhen ist zu sicher, und die Stimmung in den Werkstätten ist zu aufgeregt, als daß die Schwierigkeit durch irgendein unbestimmtes Abkommen mit den Gewerkschaftsführern überwunden werden könnte, die von vornherein verdächtig sind, weil sie zugestimmt haben." Daß das keine vereinzelte Meinung ist, ersieht man aus der geradezu auffallend großen Zahl von Artikeln in der englischen Tagespresse, die sich mit der Gärung unter den Arbeitern beschäftigen. Die Times brachte im September und Oktober eine Serie von Frederic Harrison: „Die revolutionäre Gärung" (Ferment of revolution), nachdem schon eine andre Artikelreihe: „Gewerkschafts-Ausblicke", vermutlich von Sidney Webb, voraufgegangen war, die die Industrie warnte vor dem, was nach dem Kriege geschehen werde. Alle diese Mahnungen und Befürchtungen sind sicher nicht ohne Grund. Die Arbeiter beklagen sich überall über dieselben Dinge, daß ihre Werkstattorganisationen zerstört sind und vermutlich nicht wieder hergestellt werden, daß die jetzigen Akkordlöhne ihnen die frühern Normalstundenlöhne nicht ersetzen, daß zuviel Frauen und Ungelernte ihnen das Brot vor dem Munde wegnehmen. Wie man sieht, sind das ihre ganz persönlichen Angelegenheiten; diese Dinge haben mit sozialistischen Theorien oder mit Friedensfragen direkt nichts zu tun. Es sind eben die unvermeidlichen Folgen des langen Krieges. Außerdem leben die Arbeiter in einer berechtigten Furcht vor etwas Unheimlichem, ganz Un-Englischem, dessen Macht sich immer mehr ausdehnt, dem Eindringen des Staatssozialismus. Der Staat hat sich so vieler Betriebe bemächtigt, so viele Organisationen durchsetzt, daß er imstande ist, wenn er mit den Fabrikanten einig bleibt, alles was er will, durchzusetzen, auch in der Zukunft. Dann ist es aber zu Ende mit der alten, etwas rückständigen Gewerkschaftsherrlichkeit im freien England. Und wie wird das erst werden, wenn die Hunderttausende von Arbeitern, die jetzt an der Front stehen, zurückfluten und in diese gärende, unzufriedene Welt als neues unzufriedenes und sehr anspruchsvolles Element eintreten? Wie kann England dies versorgen? Denn die frühere Voraussetzung, mit der es sonst seine Arbeiter harte und schwere Kriegsjahre ertragen ließ, besteht nicht; der Handelskonkurrent ist nicht niedergeschlagen, die Gewinne laufen nicht ein.

Auf allen Gebieten ist das alte England tot. Wie das neue sich orientieren wird, wenn das noch immer recht lebenskräftige Volk jene Krisen überwunden haben wird, wissen wir nicht. Darüber lassen sich nur Vermutungen aufstellen. Möglich, daß England nach dem Fehlschlagen seiner Weltherrschaftspläne wieder mit einer ganz festländischen Politik anfängt und damit in die Bahnen zurückenkt, die es seit den Tagen der Tudors und Plantagenets verlassen hat. Möglich auch, daß es sich mit seinen Nebenbuhlern Amerika und Japan, die jetzt Englands Lage ausbeuten, abfindet oder in harten Kämpfen mit ihnen den Rest seiner alten Herrschaft einbüßt. Das sind Fragen, denen wir mit Gelassenheit zusehen können. Von einem „Niederbruch" Englands selbst sollten auch übereifrige Patrioten bei uns mit Vorsicht reden. Wohl aber ist es von großer Wichtigkeit für uns, in dem Augenblick, wo die Friedensverhandlungen beginnen, uns der innern Schwierigkeiten Englands genau bewußt zu sein. Wir dürfen uns ja nicht durch das Schlachtgebrüll und die Fanfarenstöße, wie sie die Häuptlinge (siehe Lloyd George bei den Luftschiffern!) regelmäßig ausstoßen, täuschen lassen, [illegible]

Feindliche Ausstreuungen.

♦ **Berlin,** 28. Dez. (Telegr.) Der Oberpräsident der Provinz Schleswig-Holstein v. Moltke erläßt folgende Erklärung:

Unter dem 26. November 1915 habe ich Veranlassung nehmen müssen, in der Öffentlichkeit mit allem Nachdruck Gerüchten entgegenzutreten, welche glaubten, von einer nach dem Kriege beabsichtigten Abtretung Nordschleswigs an Dänemark berichten zu können. Nur bei Deutschlands Feinden werde man — darauf wies ich hin — die Urheber solcher Gerüchte zu suchen haben. Meine Erwartung, törichtem Gerede dieser Art mit jener Erklärung ein für allemal ein Ende zu bereiten, scheint sich nicht zu erfüllen. Unter Berufung auf die Auslandspresse suchen geschäftige Zungen unruhestiftend mit Ausstreuungen ähnlicher Art erneut bei uns Schleswig-Holsteinern Eingang zu finden. Nicht um die Abtretung Nordschleswigs soll es sich diesmal handeln, nur der Kreis Hadersleben sei, so will man wissen, bestimmt, demnächst im Wege jetzt schon vorbereiteten Vertrages an Dänemark überzugehen. Wie früher bereits, so wiederhole ich nochmals: Kein wahres Wort liegt diesem Gerüchte zugrunde.

Die Wiederwahl Dr. Friedbergs.

▲ **Lennep,** 28. Dez. (Telegr.) Nachdem die Nationalliberale Partei des Wahlkreises Solingen-Lennep-Remscheid Herrn Dr. Friedberg, dessen Mandat infolge seiner Ernennung zum Vizepräsidenten des Staatsministeriums erloschen war, das Mandat erneut angeboten und Dr. Friedberg sich zur Annahme bereit erklärt hatte, hat auch der Vorstand der Fortschrittlichen Volkspartei seine Zustimmung zu der Wiederwahl ausgesprochen. (Vergl. Nr. 1226.)

◂◂ **Frankfurt,** 28. Dez. (Telegr.) Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, beabsichtigt der Landtagsabgeordnete Rudolf Oeser aus der Redaktion der Frankfurter Zeitung auszuscheiden und die Chefredaktion der Ostseezeitung in Stettin zu übernehmen.

Zur Neuköllner Denkschrift.

♦ **Berlin,** 28. Dez. (Telegr.) Der Präsident des Kriegsernährungsamtes hat, wie die Kölnische Zeitung in Nummer 1217 gemeldet, in der vergangenen Woche bekanntlich mitgeteilt, daß gegen den Neuköllner Magistrat ein Strafverfahren wegen unberechtigten Bezuges von Saatgetreide schwebe. Nach Berliner Blättern ist die Verwendung der in Betracht kommenden kleinen Mengen Roggen, Weizen und Gerste in der Zwischenzeit einwandfrei festgestellt worden. Das Getreide ist zu Mehl vermahlen und der Neuköllner Arbeiterschaft im vergangenen Juni als Ersatz für die ausgebliebenen Kartoffeln zugeführt worden. Neukölln befand sich damals in einer Notlage. Die Stadt hatte keine ausreichenden Nahrungsmittel, um die Bevölkerung auch nur notdürftig versorgen zu können und war froh, das Saatgetreide kaufen zu können, das damals überall in Mengen angeboten wurde, die das Bedürfnis zur Saatbestellung weit überschritten. Saatbohnen und Erbsen, die die Stadtverwaltung kaufte, gingen, soweit sie nicht für Saatzwecke Verwendung fanden, der Massenspeisung zu. Neukölln verpflegte damals täglich 40 000 Personen in seinen Speiseanstalten und mußte bemüht bleiben, auf alle nur denkbare Weise Lebensmittel herbeizuschaffen, um die Massenspeisung aufrechterhalten zu können. Der Magistrat glaubte, die Schließung dieser Anstalten gerade zur damaligen Zeit nicht verantworten zu können und beschloß, lediglich aus diesem Grunde den Ankauf des Saatgetreides.

WTB **Berlin,** 28. Dez. (Telegr.) Der Reichsanzeiger veröffentlicht eine Bekanntmachung über die Wiederherstellung von Lebens- und Krankenversicherungen vom 20. Dezember, eine Verordnung zur Abänderung der Verordnung über den Verkehr mit Getreide, Hülsenfrüchten, Buchweizen und Hirse aus der Ernte 1917 zu Saatzwecken vom 22. Dezember und eine Verordnung über die Gewinnung von Laubheu und Futterstreu vom 27. Dezember.

WTB **Berlin,** 28. Dez. (Telegr.) Der Staatsanzeiger veröffentlicht eine Bekanntmachung des Ministers für Handel und Gewerbe betr. Zwangssyndikat für die Braunkohlenlager östlich der Elbe.

Der Seekrieg.

Unstimmigkeiten englischer Regierungs-

78
67
2161 III/67

Die Zeit
29./XII. 1917

— (Vormerkung von Warenvorräten für den Export.) Laut Mitteilung der niederösterreichischen Handels- und Gewerbekammer errichtet der vom Handelsministerium zur Wahrung der Interessen des Exporthandels geschaffene Fachausschuß der Exporthändler in Wien 9. Bezirk, Berggasse Nr. 16, eine Evidenzstelle, die im Inland vorhandene, nicht benötigte Waren, Materialien, Abfall- und Rückstandsprodukte und solche Waren, die für Exportzwecke hergestellt wurden und in in- oder ausländischen Häfen lagern, verzeichnet und Auskünfte hierüber heimischen Exportinteressenten zur Verfügung stellt. Besitzer solcher Waren werden eingeladen, dem Fachausschuß schriftlich oder mündlich eine allgemeine, unverbindliche Angabe über Art und Menge der in Frage kommenden Waren und deren ungefähren Fakturenwert mitzuteilen, sofern nicht vorgezogen wird, detaillierte Angaben zu machen. Die Auskunftserteilung der Evidenzstelle über Warenvorräte erfolgt streng vertraulich an heimische Exportinteressenten. Bemerkt wird noch, daß die durch die Evidenzstelle zu vermittelnden geschäftlichen Abmachungen dem gegenseitigen Uebereinkommen der Interessenten selbst überlassen bleiben.

Neues Pester Journal

29./XII. 1917

85

(Die ungarische Industrie und der Krieg.) Der Landesverband der Fabriksindustriellen hielt unter dem Vorsitz Dr. Franz Chorin's eine Sitzung, in welcher nach den Ausführungen des Präsidenten und des Vizepräsidenten Dr. Lorand Hegedüs die Direktion mit der größten Entrüstung jene Gravamina konstatirte, welche der ungarischen Industrie bei der Beschaffung der militärischen Bedarfsartikel zugefügt wurden. Es wurde festgestellt, daß diese Benachtheiligung nicht darum erfolgte, weil die ungarische Industrie nicht leistungsfähig ist, sondern darum, weil während der ersten zwölf Monate des Krieges eine systematische Zurückstellung der ungarischen Industrie wahrgenommen werden konnte und ihre Leistungsfähigkeit erst dann in Anspruch genommen wurde, als die österreichische Industrie mit Aufträgen bereits saturirt war. Für diesen dem Lande zugefügten Schaden gebührt Ungarn unbedingte Entschädigung. Angesichts der bisherigen enormen Benachtheiligung Ungarns hält es der Sektionschef des österreichischen Handelsministeriums, Riedl, für am Platze, gegen uns eine Agitation einzuleiten und das Recht Ungarns zu bestreiten, bei der gemeinsamen Beschaffung von Rohmaterial des quotenmäßigen Antheils theilhaftig zu werden. Der Präsident ist der Ansicht, daß bei den großen Schäden, welche Ungarn erlitten hat, dem Lande eigentlich ein größerer als der quotenmäßige Antheil zukomme, das Mindeste jedoch, was wir zu fördern das Recht haben, ist, daß uns bei der Beschaffung des Rohmaterials der quotenmäßige Antheil zugewiesen werde. Die Direktion verhandelte sodann die mit den russischen Friedensverhandlungen im Zusammenhang stehenden wirthschaftlichen Fragen, zu welchen Heinrich Fellner, Béla Surányi, Franz Vas, Manfred Weiß, Géza Lenghel, Albert Hirsch, Béla Veith und Wilhelm Lénárt sprachen. Es wurde beschlossen, in dieser Angelegenheit ein Memorandum an die Regierung zu unterbreiten.

Fremdenblatt
30./XII. 1917

86

Wochenschau.

H.A—r. Das jetzt scheidende Jahr hat die erste Morgenröte des Friedens gebracht, und so schließt es versöhnlicher, als es begonnen. Welch große Aufgaben das neue, dieses erste Friedensjahr stellen wird, das zeigen schon die Friedensverhandlungen mit Rußland, bei denen die Vorbereitung der Wiederherstellung auch der Verkehrsbeziehungen sofort eingesetzt hat. Dieser Wiederaufbau des Handels von Volk zu Volk und der Wiederaufbau der nationalen Erzeugung wird jedem Lande eine Riesenarbeit auferlegen, eine fast so große Arbeit, wie sie der Wiederaufbau der kriegsbeschädigten Gebietsteile aufzwingen wird. Die Rückkehr aus der Treibhausluft der staatlich geregelten Erzeugung und des staatlich geregelten Vertriebes der Erzeugnisse in die Freiluft wird nur schrittweise möglich sein. Schon die außerordentliche Größe des Kapitalbedarfes für die Wiederherstellung der Industrie und des Verkehrswesens wird zu einer sorgsamen Sichtung der Kapitalsansprüche und Rohstoffbezüge nötigen. Je kräftiger gerüstet die Industrie, das Verkehrswesen und deren Stützen, die Kapitalsvereinigungen, die Banken in diesem Wendepunkte an ihre Arbeit schreiten werden, um so sicherer und um so rascher wird man auf ihr Gelingen hoffen können.

Der Krieg hat eine nie vorher verzeichnete Geldfülle gebracht, der wiederkehrende Friede wird ganz unabsehbare Geldansprüche bringen. Die Gelder, die bisher zu den Schaltern der Banken geströmt sind oder in Kriegsanleihe angelegt worden sind, werden dann abgezogen werden und den Banken wird es zufallen, diesem Kapitalsbedarf gerecht zu werden, ihm zu genügen unter Sicherung der staatlichen Kreditpolitik. Schon das allein würde bedingen, daß die Banken vollgerüstet in die Friedenszeit eintreten. Dazu gesellt sich aber auch noch der Bedarf der ihnen nahestehenden Industrie-Unternehmungen für den Wiederaufbau der Betriebe. Jahrelang hat man sie jetzt während des Krieges arbeiten lassen, ohne die Anforderungen der Erneuerung und der Erweiterung durch angemessene Investitionen auch nur andeutungsweise erfüllen zu können. An Investitions- und Erneuerungskapital hätte es wohl nirgends gefehlt — das lag ja gewissermaßen auf der Straße! — wohl aber an Roh- und Hilfsstoffen und an den Arbeitskräften. Wie man die Eisenbahnen, ihr Betriebsmaterial und ihre Stationseinrichtungen in ihrer Leistungsfähigkeit und Widerstandskraft allmählich schon bis aufs Aeußerste so sehr erschöpft hat, daß sich die Gefahr des Versagens jetzt bereits immer mehr nähert, so machen sich bei den Anlagen auch der Industrie und des Bergbaues die Folgen des mehrjährigen Aussetzens der Erneuerung und Erweiterung der Betriebe immer deutlicher fühlbar. Bei der Finanzierung der Arbeit, die daraus dem Frieden erwachsen ist, des Wiederaufbaues der Industrie werden die Banken in entscheidendem Maße mitzuwirken haben.

Schon diese Erwägungen müßten es begreifen lassen, daß nun auch unsere Banken an die Erhöhung ihres Kapitals schreiten. Die Bodenkreditanstalt ist vorangegangen und die anderen Institute werden ihr wohl bald folgen. Ueberall zeigt sich eine ganz außerordentliche Zunahme des laufenden Geschäftes. Fremde Mittel sind den Banken so überreich zugeströmt, daß es unabweislich geworden ist, zwischen ihnen und den eigenen Mitteln durch Vermehrung dieser letzteren wieder das richtige Verhältnis herzustellen. Der Krieg hat die Entwicklung, die sich sonst auf eine längere Jahresreihe verteilt, beschleunigt. Der Kreditverkehr der Institute ist rasch angewachsen, ihre eigenen Mittel ihm gegenüber im Rückstande geblieben und müssen nun endlich aufgefüllt werden. Mit der Kapitalserhöhung zögert man ja immer so lange wie möglich, denn die Verzinsung der Aktien und damit deren Kursstand entwickelt sich ja meist viel langsamer als der Kreditverkehr der Banken. Schließlich werden aber auch da Grenzpunkte erreicht, in denen die Institute mit vollem Rechte an die Ausgleichung des Verhältnisses zwischen den fremden und ihren eigenen Mitteln schreiten dürfen. Vollends in einer Zeit, die den Banken eine so mannigfache Erweiterung ihres Geschäftes auch durch Gründung von Tochterinstituten, durch Aufnahme vorher selbständig gewesener Bankgeschäfte und durch Abschluß von Interessengemeinschaften gebracht hat, wie dies für die letzten Jahre zutrifft. Unsere Banken haben zudem wichtige vielversprechende Verbindungen auch nach dem Auslande gerade während der Kriegszeit angeknüpft oder noch weiter gestärkt. Vollends nach den Balkanländern und nach der Türkei! Die wirtschaftlich-finanzielle Isolierung, die der Krieg diesen Ländern nach Westen hin aufgezwungen hat, dieser Wirtschaftskrieg der Entente, hat den Balkan und die Türkei für Deutschland und Oesterreich-Ungarn wohl noch viel mehr geöffnet, als dies je zuvor zutraf. Die Absperrungspolitik der Entente hat damit ein für diese gewiß sehr unerwünschtes Ergebnis gezeitigt. Wie die Banken und die Industrie der Zentralmächte dieser Entwicklung finanziell und handelspolitisch schon in der schwersten Zeit, während des Weltkrieges, entgegengekommen sind, so werden sie es nur noch umsomehr in der kommenden Zeit des Friedens tun, umso reichlicher, als dann ja so manche Hemmungen die bisher zu überwinden waren, geschwunden sein werden. Die Wiederkehr des Friedens, die Uebergangswirtschaft, wird den Banken im Inlande, wie im Verkehr nach dem Auslande große, verantwortungsreiche Aufgaben stellen. Zur glücklichen Erfüllung all dieser Forderungen müssen die Banken selbst voll gerüstet sein: Die Kapitalserhöhungen sind berufen, ihnen diese Rüstung zu bringen.

Fremdenblatt

30./III. 1917

87

Der Abbau des Krieges und der Preise.

Von Professor Dr. Karl Wrabetz,
Sekretär der niederösterreichischen Handels- und Gewerbekammer.

In der Zeit der wachsenden Approvisionierungsschwierigkeiten taucht immer wieder die Frage des Abbaues der Preise auf. Man könnte sagen, daß der Ruf nach dem Abbau der Preise bereits zu einem Schlagwort geworden ist. Denn bei ruhiger Ueberlegung müßte man vielmehr zu dem Ergebnis kommen, daß der Abbau der Preise um so weniger einsetzen kann, je mehr die Schwierigkeiten in der Bedarfsversorgung wachsen und je intensiver alle jene ungünstigen Verhältnisse sich gestalten, welche als die Ursachen der fortdauernden Preissteigerung anzusehen sind.

Die Rückbildung, die in den Preisen einzelner Bedarfsgegenstände nunmehr eingesetzt hat, liefert einen schlagenden Beweis für die Richtigkeit der Anschauung, daß sich die Preisbildung als eine Folgeerscheinung einer Reihe von wirtschaftlichen Vorgängen vollzieht und daher nicht schlechtweg reglementiert werden kann. Der Preis ist das Ergebnis wirtschaftlicher Entwicklung. Wer Preise festsetzen will und hiebei den Blick nicht offen hält für die Vorgänge des Marktes, tut dem Wirtschaftsleben Gewalt an. Auch Preissenkungen müssen das Ergebnis wirtschaftlicher Entwicklung sein; andernfalls wirken sie nicht marktbelebend, sondern versorgungsschädlich. Gewillkürte Preisdrückungen schädigen die Ziele der Ernährungspolitik.

Man hat von den amtlichen Preisprüfungsstellen eine Tätigkeit erwartet, deren Ziel der unbedingte Abbau der Preise sein sollte. Allein die gewissenhafte Preisprüfung schließt eine in den Verhältnissen nicht begründete Herabdrückung des Preisniveaus geradezu aus. Die amtlichen Preisprüfungsstellen haben daher ihre Aufgabe in zutreffender Weise dahin aufgefaßt, daß sie berufen seien, die Preise am Maßstabe der wirtschaftlichen Entwicklung zu prüfen. Der Vorwurf, daß sie Preistreibereien sanktioniert hätten, trifft sie mit Unrecht; denn sie waren bei sachgemäßer Würdigung der durch den Krieg bedingten außerordentlichen Verhältnisse nicht selten genötigt, Preiserhöhungen zu approbieren. Sie mußten prüfen, ob die Preise den jeweiligen Verhältnissen des Rohstoff- und Hilfsstoffmarktes, des Arbeitsmarktes und der besonderen Regie entsprechen. Es ist geradezu ein Zeugnis für ihre universelle Auffassung in wirtschaftlichen Dingen, daß sie nicht davor zurückschreckten, die schwerwiegenden Konsequenzen aus einer ernsten Wirtschaftslage zu ziehen. Sie mußten verhüten, daß durch künstliche Bedrückung der Preise die Rentabilität beeinträchtigt und die Gefahr einer Produktionseinschränkung heraufbeschworen werde.

Die bisherigen Ergebnisse der Preisprüfung haben meines Wissens zu einem A b b a u der Preise gegenüber dem Stand vom 15. April 1917 noch bei k e i n e m Artikel geführt; ein Ergebnis, das daraus erklärlich wird, daß mit der Fortdauer des Krieges die Versorgung komplizierter und daher kostspieliger wird. Wer aber Gelegenheit hatte, in die Verhandlungen der Preisprüfungsstellen Einsicht zu nehmen, weiß, daß sie anderseits willkürlicher Preistreiberei Schranken gesetzt und Exzesse in der Preisbildung mit Energie bekämpft haben. Ihr Bestreben war die Beseitigung des ungerechtfertigten, in der Wirtschaftsentwicklung nicht begründeten und lediglich von Gewinnsucht diktierten Uebermaßes. Nicht die offenbare Uebermäßigkeit des Preises, nicht die fehlerhafte oder irrtümliche Kalkulation kann den Deliktstatbestand der Preistreiberei erschöpfen; Kalkulationsfehler vermögen kein strafbares Verschulden zu begründen. Dieses wird nur durch Tathandlungen begründet, welche zu dem Zwecke gesetzt werden, die natürliche Entwicklung des Marktes zu stören, wie z. B. die Störung des Angebotes durch Zurückhaltung von Waren, die Beeinflussung der Nachfrage durch Ueberbietung üblicher Preise, Verabredungen zum Zwecke der Preisbindung, Beeinflussung der üblichen Verkehrswege und andere kettenhändlerische Machenschaften. Die durch die Kriegsverhältnisse bedingte Verschiebung des gegenseitigen Verhältnisses von Angebot und Nachfrage bringt naturgemäß Preissteigerungen mit sich. Auch die Uebersättigung des Wirtschaftsgebietes durch einen gesteigerten Notenumlauf beeinflußt die Preisbildung.

Die Vorgänge der letzten Wochen lassen deutlich erkennen, daß ein verändertes Marktbild spontan auf die Preisbildung einwirkt. Die Entspannung des Marktes, welche durch den Wegfall der Absperrung vom östlichen Europa eingetreten ist, hat sich in natürlichen Preissenkungen bei jenen Bedarfsgegenständen geäußert, deren reichlicheres Erscheinen auf unserem Markte für die nächste Zeit gewärtigt wird. Die Preisprüfungsstellen wenden auch diesen Erscheinungen rege Aufmerksamkeit zu und werden allfälligen Versuchen, die günstigen Konsequenzen dieser Marktentwicklung dem Konsumenten vorzuenthalten, zielbewußt entgegentreten.

Mit der Entlastung der Fronten, mit dem Abbau des Krieges wird der natürliche Abbau der Preise einsetzen. Die Wirtschaft ist ein lebendiger Organismus, der auf die Dauer Reglementierungen und Beengungen nicht verträgt. Die durch die Kriegsverhältnisse gerechtfertigten außerordentlichen Vorkehrungen werden daher in dem Maße zurückgestellt werden müssen, als die Entwicklung zum Friedensverkehr fortschreitet. Aufgabe einer vom Geiste des Fortschrittes getragenen Wirtschaftspolitik wird es sein, alle Hindernisse der freien Marktentwicklung je eher wegzuräumen. Dies liegt nicht nur im Interesse des Handels und der Produktion, sondern auch im hervorragenden Interesse der Konsumenten.

Pester Lloyd
30./XII. 1917

88

(Reorganisation der k. u. k. Warenverkehrszentralen in Polen.) Dem Ausbau wirtschaftlicher Organisation in Polen einerseits, den Rückwirkungen des Krieges auf die Warenbezüge für den Bedarf der besetzten Gebiete andererseits Rechnung tragend, wurden die in Krakau, Lemberg, Radom und Lublin bestehenden k. u. k. Auskunftsstellen mit 28. Dezember 1917 aufgelöst und deren Wirkungskreis der k. u. k. Warenverkehrszentrale übertragen. Der Sitz der k. u. k. Warenverkehrszentrale Krakau wird mit Ende des Jahres 1917 nach Lublin verlegt, ab 1. Januar 1918 sind daher alle Gesuche von den in den k. u. k. Okkupationsgebieten ansässigen Parteien um Erteilung von Einfuhrbewilligungen in das k. u. k. Okkupationsgebiet, beziehungsweise um Erteilung von Ausfuhrbewilligungen aus dem k. u. k. Okkupationsgebiete direkt an die k. u. k. Warenverkehrszentrale des k. u. k. Militär-Generalgouvernements in Lublin, Niecala 8, zu richten, wo auch sämtliche die Ein- und Ausfuhr betreffenden Anfragen erledigt werden. Den Informationsverkehr mit dem Hinterlande übernimmt die Expositur der Warenverkehrszentrale des k. u. k. Militär-Generalgouvernements in Polen, in Budapest V., Dorottya-utca 9, in Wien, I., Stubenring Nr. 8, und in Krakau, Dluga 1. Die Gesuche um Erteilung von Ein-, beziehungsweise Ausfuhrbewilligungen in und aus dem k. u. k. Okkupationsgebiet Polen sind von den Ansässigen im Lande der heiligen Stefanskrone ausschließlich bei der gemeinsamen Expositur der k. u. k. Warenverkehrszentrale Budapest, V., Dorottya-utca 9, einzureichen. Die Telegrammadresse der Expositur ist: „W. V. Z. Budapest", Telephon: 7—62. Die Expositur steht den Interessentenkreisen mit Aufklärungen behufs Export- und Importmöglichkeiten, mit Informationen über Bonität der in den okkupierten Gebieten wohnhaften Firmen und Unternehmungen, kurz über alle kommerziellen Fragen mit Bezug auf die gesamten k. u. k. Okkupationsgebiete (Polen, Serbien, Montenegro, ferner Albanien und Makedonien) sowohl schriftlich wie auch persönlich in den Amtsstunden von 9 bis 5 Uhr (Parteienverkehr vormittags von 9 bis 12 Uhr) zur Verfügung. Es sei noch bemerkt, daß die gemeinsame Expositur der k. u. k. Warenverkehrszentralen eine militärische Institution ist und daß infolgedessen aus der Inanspruchnahme ihrer Tätigkeit für die Parteien keinerlei Spesen entstehen.

Pester Lloyd
30./XII. 1917

(Bund ungarischer Fabriksindustriellen.) Die geschäftsführende Direktion des Bundes ungarischer Fabriksindustriellen hielt unter dem Vorsitze des Magnatenhausmitgliedes Dr. Franz Chorin eine Sitzung, in der zunächst die industriellen Anschaffungen der Armee zur Sprache gebracht wurden. Auf Grund der Ausführungen des Präsidenten und des Vizepräsidenten Roland v. Hegedüs stellte die Direktion fest, in welch hohem Maße die ungarische Industrie bei der Beschaffung des industriellen Bedarfes der Armee während des Krieges geschädigt wurde. Der ungarischen Volkswirtschaft wurde die Möglichkeit einer Produktion im Werte von zwei Milliarden Kronen nicht aus dem Grunde entzogen, als wäre die Leistungsfähigkeit der ungarischen Industrie keine entsprechende, sondern der Schade wurde ihr zugefügt, indem sie in den ersten zehn bis zwölf Monaten des Krieges systematisch präteriert und ihre Produktionsfähigkeit erst in Anspruch genommen wurde, als die österreichische Industrie mit Bestellungen bereits saturiert war. Die Direktion sprach einmütig aus, daß der Volkswirtschaft Ungarns hiefür unbedingt eine Entschädigung gebührt. In Verbindung mit dieser Frage verhandelte die Direktion auch die Frage der Anschaffung und Aufteilung der Rohstoffe. Präsident Chorin wies darauf hin, daß Ungarn während des ganzen Krieges Oesterreich nicht bloß eine große Menge von Lebensmitteln, sondern auch von industriellen Rohstoffen überlassen hat. Trotzdem bestreite jetzt Sektionschef Riedl, daß uns das Recht zustehe, den quotenmäßigen Anteil der gemeinsam zu beschaffenden Rohstoffe zu fordern. In Wahrheit kommt Ungarn infolge der bei den industriellen Anschaffungen der Armee erlittenen Schäden mehr als der quotenmäßige Anteil zu. Das mindeste aber ist — und daran müsse jede Regierung festhalten —, daß der ungarischen Industrie der nach der Quote auf sie entfallende Anteil der gemeinsam zu beschaffenden Rohstoffe zugewiesen werde. Die Direktion machte sich die Ausführungen des Präsidenten zu eigen und beschloß in diesem Sinne. Zum Schlusse wurden die mit den russischen Friedensverhandlungen zusammenhängenden wirtschaftlichen Fragen erörtert. Nach den Ausführungen des Präsidenten Chorin, sowie der Mitglieder Heinrich Fellner, Béla Surányi, Franz Vas, Manfred v. Weiß, Géza Lengyel, Albert Hirsch, Béla Veith und Wilhelm Lénárt betraute die Direktion den geschäftsführenden Direktor Dr. Max Fenyö, ihr in dieser Angelegenheit je früher ein Memorandum zu unterbreiten.

Neue Freie Presse
1. II. 1918

92

[Maßregeln für die Uebergangswirtschaft in Ungarn.] Im ungarischen Ministerium für Uebergangswirtschaft wird eine ganze Reihe von wichtigen Aktionen vorbereitet, die mit dem Uebergang zum Frieden in Zusammenhang stehen. Darüber wird uns aus Budapest telegraphiert: Die Vorkehrungen zielen in erster Reihe darauf ab, daß die heimkehrenden Soldaten ihre Friedensarbeit wieder beginnen können und daß die Preise der maßgebenden Bedarfsartikel ermäßigt werden. Es wurden ferner Schritte eingeleitet, damit die jetzt im Dienste der Militärbedürfnisse befindlichen, einen Wert von mehreren hundert Millionen Kronen repräsentierenden Gegenstände, Kleider, Metalle, Baracken, Brücken, Kleinbahnen, Spitalseinrichtungen, für die Zwecke der friedlichen Produktion brauchbar gemacht werden. Hinsichtlich der Beschaffung von Rohmaterialien und der Sicherung des Schiffsraumes werden im Ministerium für Uebergangswirtschaft Vorbereitungen getroffen. Zahlreiche Maßregeln werden auf Grund des Ermächtigungsgesetzes für den Kriegsfall im Verordnungswege eingeführt werden; andere müssen aber auf legislatorischem Wege getroffen werden. So werden Gesetzentwürfe über Angelegenheiten, welche mit der Rekonstruktion in Zusammenhang stehen, vorbereitet. Deutschland präliminiert für die Lösung der Schiffsraumfrage allein zwei Milliarden. — Ein zweites Telegramm aus Budapest meldet: Im ungarischen Handelsministerium werden zahlreiche Gesetzentwürfe vorbereitet, so zum Beispiel eine Vorlage über die Revision des Straßengesetzes vom Jahre 1980, über das Patentrecht. Ferner werden Vorbereitungen für neue Handelsverträge sowohl mit den verbündeten wie mit den feindlichen Staaten getroffen und die Frage der Zentralen einer gründlichen Revision unterzogen. Es soll eine gesteigerte Kontrolle der Zentralen und die Oeffentlichkeit der Gebarung gewährleistet werden.

Die Zeit
2./I. 1918

94

Wiederumstellung der Betriebe.

Während der Transportkrise.

Die Transportkrise, die gegenwärtig auch vielfach den Zuschub der an und für sich wesentlich reduzierten Kohlenkontingente für die einzelnen Industrien behindert, wird von den meisten Industriegruppen dazu ausgenützt, die zur Wiederumstellung der Betriebe auf die normale Erzeugungstätigkeit notwendigen Arbeiten vorzunehmen. Die meisten Industriefirmen ziehen es vor, zeitweilig den Betrieb in den weniger wichtigen Abteilungen ganz stillzulegen. Erst in dem Zeitpunkt, in dem sich für diese Abteilungen entsprechende Kohlenmengen angesammelt haben werden, ist an eine Wiederaufnahme der Erzeugungstätigkeit in diesen Werksabteilungen gedacht. Solche partielle Betriebseinstellungen werden heute bereits aus allen Industriegruppen gemeldet. Selbstverständlich ist es bei jenen Industrien, die vorläufig nur einen ganz geringen Bruchteil des normalen Kohlenkontingents oder überhaupt keine Kohle zugewiesen erhalten, zur gänzlichen Stillegung der Betriebe gekommen. Die Industrie benützt nun die ihr auferlegte Betriebspause zur Vornahme der bereits dringend notwendigen Reparaturarbeiten an Maschinen, Werkzeugen und auch an baulichen Anlagen und zieht zur Vornahme dieser Arbeiten die feiernde Arbeiterschaft heran. Insbesondere die eisenverarbeitende Industrie, besonders aber die Maschinenindustrie, ist sofort daran gegangen, die nötigen Reparaturen vorzunehmen, um für eine Wiederaufnahme der Erzeugungstätigkeit möglichst bald gerüstet zu sein.

Die Arbeiten werden in letzter Zeit nun stark forciert. Es ist nämlich nicht ausgeschlossen, daß die Wiederaufnahme des Handelsverkehrs mit Rußland in einzelnen Industriezweigen die Aufnahme der normalen Erzeugungstätigkeit beschleunigt. Erhalten die betreffenden österreichischen Industrien, die hauptsächlich für den Export nach Rußland in Betracht kommen, die nötigen Roh- und Hilfsmaterialien zugewiesen, so wäre insbesondere wenn russisches Rohmaterial zur Einfuhr gelangt, eine rasche Wiederaufnahme des Exports nach Rußland ermöglicht. In Betracht kämen nach den aus Rußland bereits vorliegenden Situationsberichten hauptsächlich landwirtschaftliche Maschinen und Geräte, Maschinen überhaupt, ferner jene Bedarfsartikel, die infolge der großen Anzahl von Stillegungen in der russischen Fertigindustrie seit Monaten in Rußland nicht mehr erzeugt werden. Da andererseits aus Rußland bei Lieferung der dringend benötigten Industrieerzeugnisse jedenfalls Lebensmittel in beträchtlichen Mengen zu erhalten sein dürften, liegt die Wiederaufnahme unseres Exportverkehrs mit Rußland auch im Interesse der Gesamtindustrie.

Die Zeit
4./I. 1918

— (Stundung von Naphthabohrverpflichtungen.) In den Verträgen, womit die Grundeigentümer das Recht zur Gewinnung von Erdharzmineralien übertragen, ist regelmäßig vereinbart, daß der Gewinnungsberechtigte mit der Bohrung innerhalb bestimmter Frist zu beginnen und die Bohr- und Gewinnungsarbeiten gehörig fortzusetzen hat, widrigenfalls die Gegenpartei die Auflösung des Vertrages verlangen kann. Infolge des Krieges und seiner Begleiterscheinungen, namentlich des Mangels an Arbeitskräften, Maschinen und Material, ist es den Gewinnungsberechtigten zumeist nicht möglich, den Bohrverpflichtungen nachzukommen, so daß sie ohne ihr Verschulden der Gefahr ausgesetzt sind, wegen Nichterfüllung einer Bedingung ihrer Vertragsrechte verlustig zu gehen und die auf die Erwerbung des Gewinnungsrechtes sowie auf etwaige bereits begonnene Arbeiten gemachten Aufwendungen einzubüßen. Um diesem Notstand zu begegnen, spricht eine heute im Reichsgesetzblatt und in der Wiener Zeitung zur Verlautbarung gelangende Ministerialverordnung aus, daß eine in die Zeit zwischen dem 1. August 1914 und dem 31. Dezember 1918 fallende Säumnis des Gewinnungsberechtigten den Rechtsverlust nicht zur Folge hat. Ist ausnahmsweise ein Gewinnungsberechtigter in der Lage, den vertragsmäßigen Bohrverpflichtungen zu entsprechen, so kann ihm durch gerichtlichen Beschluß die Stundung aberkannt werden. In diesem Falle sowie wenn der Minister für öffentliche Arbeiten im öffentlichen Interesse die Aufnahme oder Fortsetzung der Bohr- oder Gewinnungsarbeiten anordnet, kann nach fruchtlosem Ablauf der dem Gewinnungsberechtigten zur Vornahme der Arbeiten gesetzten Frist das Recht, die Vertragsauflösung zu begehren, geltend gemacht werden. Eine Verlängerung der Vertragsdauer, die regelmäßig mit 25 Jahren bestimmt ist, tritt durch die Stundung der Bohrverpflichtungen nicht ein. Auf Verträge, die nach dem 31. Juli 1914 abgeschlossen wurden, ferner auf Verträge, über deren Auflösung vor dem Tage der Kundmachung der Verordnung bereits rechtskräftig entschieden worden ist, findet diese keine Anwendung.

Neues Pester Journal

4. II. 1918

97

(Der Detailhandel nach dem Kriege.) Der Uebergangswirthschaftsminister forderte den Verein der hauptstädtischen Kaufleute auf, die Wünsche der Detaillisten in Bezug der Nachkriegsperiode mitzutheilen. Dementsprechend hielt nun Kommerzialrath Leo Dán im dichtgefüllten Prunksaal des Vereins einen sehr interessanten Vortrag, in dem er seinen Beschlußantrag — der die Wünsche der Detaillisten enthält — an Hand von geschickt gruppirten statistischen Daten eingehend motivirte. Er wünscht: die Feststellung einer Präferenzialliste, die Regelung des Kreditwesens, die staatliche Kompensirung der rückständigen Lokalmiethzinse der Eingerückten, endlich den Abbau der Centralen und der Kriegsverordnungen. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen.

Neue Freie Presse
4.II.1918

98

Wirtschaftlicher Nutzeffekt.

Von **Dr. Walter Rathenau.**

(Aus der demnächst erscheinenden Schrift von Walter Rathenau „Die neue Wirtschaft".)

Berlin, 1. Januar.

Dem Wirkungsgrade der Wirtschaft ist eine theoretische Grenze nicht gesetzt. Es sind Werkstätten denkbar, so vollkommen mechanisiert, daß die leichte Aufsicht eines Mannes genügt, um das Uhrwerk der Produktion im Gang zu erhalten; es gibt Betriebe, vor allem in der chemischen und elektrischen Industrie, die diesem Zustand überraschend nahekommen. Denkt man sich ein Land mit tausend arbeitenden Bewohnern in dieser Weise bereitet, so wäre die Gütermenge, die es erzeugen könnte, ungemessen und somit der Verzehrantei des einzelnen, sofern eine einigermaßen gerechte Verteilung obwaltet, ein beliebig großer. Einer Begrenzung durch Rohstoffmangel des Planeten sind wir einstweilen noch so fern, daß wir diese Sorge ausschalten dürfen.

Doch läßt sich der Zustand vollkommener Produktionsmechanisierung nicht mit einem Schlage durchführen; er läßt sich nicht einmal über ein bestimmtes Maß beschleunigen. Denn alle Mechanisierung erfordert Einrichtungen und diese enthalten ein ungeheures Maß von aufgespeicherter Arbeit und Erfindung, von lebendigem Kapital. Alle vorhandene Arbeitsaufspeicherung der Erde, soweit sie materieller Art ist, hat die Form von Einrichtungen, von Produktionsmitteln angenommen, und ihre Vermehrung kann nicht schneller vorschreiten als die jährliche Ersparnis der Welt, mit der sie gleichbedeutend ist. Deshalb hat es nie eine einfältigere Theorie gegeben als die von der Maschine, die den Arbeiter brotlos macht. Jede Arbeitsersparnis kommt der Vermehrung des Einrichtungsparks der Erde zugute, und seine Auffüllung in Jahrhunderten wird bewirken, daß der Nutzeffekt der Arbeit sich erhöht, die verfügbare Verzehrmenge wächst, die Arbeitszeit sich verkürzt und die Lebenshaltung sich erhöht.

Hierauf können wir freilich nicht warten. Doch genügt es uns zu wissen, daß menschlicher Wohlstand in erster Linie vom Nutzeffekt der Arbeit abhängt, daß dieser innerhalb gegebener Verhältnisse und Zeiträume gesteigert werden kann, daß eine theoretische Grenze dieser Steigerung nicht besteht. Ein Maß des Wirkungsgrades der Arbeit kann in dem Umsatz gefunden werden, der auf den Kopf des Arbeiters durchschnittlich erzielt wird, freilich nur in roher Annäherung: denn da unsere Arbeit vorwiegend in Teilprozessen besteht, fällt der Wert des zu bearbeitenden Materials ins Gewicht: ein Kupferschmied setzt bei gleicher Leistung mehr um als ein Kesselschmied. Dennoch schwanken in unserer Wirtschaft bei ähnlich bewerteten Stoffen die Umsätze um ein Vielfaches: etwa in den Grenzen zwischen 2000 und 5000 Mark. Jede nach dem Stande der Technik vergeudete Arbeitsstunde aber ist ein nationaler Verlust.

Jedes Durchschnittsmaterial enthält im Betrage von etwa zwei Dritteln bis zu drei Vierteln seines Wertes aufgespeicherte menschliche Arbeit. In einem Kilogramm Kupfer ist enthalten die Arbeit dessen, der das Erz gefördert, und dessen, der es geschmolzen und vergütet hat, die Arbeit von Verladern, Zugführern, Schiffsmannschaften, von Werkmeistern, Direktoren, Spediteuren und Kapitänen. Es ist aber auch darin enthalten die Arbeit derer, die bei der Beschaffung von Hilfsmaterialien beteiligt waren: Kohle und Zuschläge haben abermals Menschenarbeit aufgesogen. Endlich haben Arbeitsmittel herhalten müssen: Oefen, Elektrolysen, Dynamos, Wagenachsen sind abgenutzt worden und mit ihnen hochkonzentrierte menschliche Arbeit; zugleich sind diese Einrichtungen einschließlich der Frachträume während der Dauer der Belastung mit jenem Material für andere Weltproduktion gesperrt gewesen.

Wer daher Material vergeudet, der vernichtet Menschenarbeit in ihrer konzentriertesten Form, gleichzeitig hemmt er den irdischen Produktionsprozeß, indem er die beschränkten Produktionsmittel für einen Zeitbruchteil lahmlegt. In einer Tonne Kohlen sind etwa zehn unmittelbare Arbeitsstunden enthalten; betreibt jemand eine tausendpferdige Dampfmaschine, die bei zwölfstündigem Betriebe die Hälfte mehr an Feuerungsmaterial verbraucht, als sie sollte, und dieser Fall ist nicht selten, so macht er Jahr für Jahr die Arbeitsleistung von drei deutschen Arbeitern zunichte, abgesehen von dem Frachtraum, den Fördereinrichtungen, den Wäschereien, die er nutzlos sperrt.

So wirkt Materialvergeudung, die im Grunde nur mittelbare Arbeitsvergeudung ist, in vielen Fällen nachhaltiger und gefährlicher als die unmittelbare. Vernichtender aber als beides kann die wissentlich oder unwissentlich falsche Lenkung des gesamten Erzeugungsvorganges wirken.

Bräche in einem Lande eine Phonographenkrankheit aus, so daß jeder Einwohner es für sein Glück hielte, möglichst viele dieser Instrumente zu besitzen, oder entschlössen sich die begüterten Frauen, alle Tage in Rosenwasser zu baden, so könnte es geschehen, daß der überwiegende Teil der Metallindustrie, des Maschinenbaues, der Werkzeugfabriken sich veranlaßt sähe, alle verfügbare Arbeit und Substanz auf die Herstellung von Phonographen zu verwenden, daß die Landwirtschaft den größten Teil ihres Bodens für Rosenkulturen zur Verfügung stellte. Gewiß sind diese Beispiele übertrieben; wenn wir jedoch zwei bis drei Milliarden jährlich für berauschende Getränke ausgeben, wenn wir Hunderte von Millionen für Putz, Tand, Schaustellung opfern, wenn Zehntausende von kräftigen Männern in einer Großstadt hinter Ladentischen lauern, wenn Hunderttausende jahrein, jahraus auf der Eisenbahn liegen, um den Konkurrenzkampf von Handelsgeschäften auszufechten, mit dem Ergebnis, daß jede Firma am Jahresende nicht viel mehr und nicht viel weniger verkauft hat als im Vorjahr —, so handelt es sich nicht um einen bloßen Verlust an nationaler Ersparnis, sondern um eine Mißleitung des gesamten Produktionsvorgangs, durch die ins ungemessene Kräfte, Materialien vergeudet, Arbeitsmittel gesperrt, die Erzeugungskosten verteuert und äußere Wettbewerbskräfte verringert werden.

Es ist bei der törichten und falschen Produktion durchaus nicht allein der jährliche Wert an Material und Arbeit, der verloren geht; es sind auch die Transporte, die Hilfsmaterialien, die Maschinenkräfte, es sind die Bauten und Neuanlagen, die alljährlich wachsend der Landwirtschaft entzogen werden; Schäden, die wie ein kriechendes Unkraut den ganzen Boden der Wirtschaft durchsetzen und in ihrer Verzweigung erst dann erkennbar werden, wenn man sie an der Wurzel faßt.

Die Schäden, die mit unserem gesellschaftlichen Aufbau verbunden sind, insbesondere das Recht auf Müßiggang, das Recht auf Absperrung, auf Gütervernichtung, auf persönlichen Mißbrauch bezahlter Arbeitskraft, auf Valutenschädigung durch willkürliche Wareneinfuhr, auf Finanzschädigung durch willkürliche Kapitalsausfuhr und Kapitalsanlage: diese Erscheinungen habe ich in früheren Schriften bezeichnet, sie sollen hier, wo allein vom Aufbau der Wirtschaft zu handeln ist, nicht wiederholt werden. Uns genügt der Rundblick auf die allgemeinen Schwächen unseres Wirtschaftsbaues; sie sollen, bevor wir zur Entfaltung des neuen Planes schreiten, durch nähere Betrachtung unseres besonderen deutschen Zustandes verdeutlicht werden.

Reichspost 4. I. 1918

99

Wieder ein Jahr Kriegswirtschaft.

Jetzt, wo wir in den Anfangstagen des neuen Jahres stehen, ist ernst prüfende Rückschau vor allem für den österreichischen Volkswirt Pflicht. Denn es müssen daraus gewichtige Erkenntnisse für die Zukunft erfließen. Neue Entwicklungstendenzen haben sich in dem verflossenen Jahre nicht gezeigt.

Die allgemeine Richtung des Wirtschaftslebens war bereits am Ende des ersten Kriegsjahres gegeben: Zurücktreten des einzelnen Individuums und der privaten Unternehmertätigkeit hinter die Bedürfnisse der Allgemeinheit, staatliche Eingriffe aller Art in die Bewegungsfreiheit des Einzelnen sowohl wie ganzer Zweige der Volkswirtschaft, Uebergang zu einer immer deutlicher in Erscheinung tretenden Form des Staatssozialismus, die von vielen bereits als Vorstufe zum Kommunismus aufgefaßt wird, obwohl sie den Gegensatz hiezu bildet, schärfste Anspannung aller wirtschaftlichen Kräfte im Dienste der Kriegführung, dadurch bedingt allgemeine Beschleunigung der Konzentrationsbewegung in der Industrie- und Geldwelt, Verschiebung in den nationalen Vermögensverhältnissen, schließlich zunehmende Knappheit an Waren und damit eine immer bedrohlicher werdende Teuerung, die durch die Ueberfülle an Zahlungsmitteln noch verschärft wird. Das ist, in groben Umrissen gezeichnet, auch das Schema der Kriegswirtschaft, wie sie sich im Jahre 1917 dem objektiven Beschauer darstellt. Der Unterschied gegen früher besteht nur darin, daß unsere gesamte Volkswirtschaft heute einer unvergleichlich stärkeren Belastung unterworfen ist als im Vorjahre. Das gilt vor allem von der Marktversorgung. Schuld an dieser leidigen Tatsache sind sowohl die mangelhaften Leistungen der staatlichen Verteilungsstellen, als auch der ständige Rückgang in der Rohproduktion, die freilich zu einem guten Teil wieder von den Witterungsverhältnissen, also von einem der menschlichen Einwirkung entzogenen Faktor abhängig ist.

Die Getreideernte des Jahres 1917 hat die großen Hoffnungen, die man in sie gesetzt hatte, nicht gehalten und noch größer war der Ausfall in der Heu- und Futtermittelernte, die nur zirka 30% der normalen Durchschnittsmenge ergab. Gewiß hat die Ungunst der Witterungsverhältnisse (Regenmangel und daher Dürre) ihren Teil an dem ungünstigen Ernteergebnis; der ständig von Jahr zu Jahr abnehmende Hektarertrag zeigt aber auch, daß die geleistete Arbeit bei weitem nicht hinreicht, um den in der Kultivierung des Bodens erfahrenen und jetzt zum Dienst an der Front eingerückten Landmann zu ersetzen. Dazu kommt dann noch der Mangel an Düngemitteln, der sich natürlich um so stärker fühlbar macht, je höher die Stufe der Entwicklung ist, die die Landwirtschaft in einem Staate erreicht hat. Selbst in Ländern mit extensiver Wirtschaft beginnt man jetzt über die Folgen des Krieges zu klagen und nichts zeigt die Wechselbeziehungen zwischen Weltkrieg und Natur vielleicht so deutlich wie die Ziffern der Welternte, die jetzt von Jahr zu Jahr kleiner wird. Dieses Zusammenschrumpfen des Welternteertrages legt unseren Gegnern im Westen und Süden allmählich die gleichen Sorgen auf wie uns selbst. Das ist ja überhaupt das Charakteristische dieses Krieges, daß sich dessen wirtschaftliche Einwirkungen auf das Wirtschaftsleben immer zuerst bei den Mittelmächten zeigen, aber dann auch mit automatischer Sicherheit bei deren Gegnern eintreten, weil die Abwehrmittel der Mittelmächte in Kraft treten und viele natürliche Gründe, namentlich der Mangel an guter Organisation, den Erschöpfungskrieg gegen dessen Urheber selbst richten. Die Spekulation auf unsere Mattsetzung wird sich deshalb als verfehlt erweisen. Die Not der Zeit hat uns erfinderisch gemacht und gerade das verflossene Jahr ist gekennzeichnet durch eine Reihe von technischen Fortschritten, die z. B. zum Entstehen einer weit ausgedehnten Papiergarnindustrie geführt haben. Ein deutliches Abflauen der Kriegskonjunktur ist heute unverkennbar. Das zeigt schon ein Blick auf die Zwischenbilanzen, die in der letzten Zeit von ein paar Montanunternehmungen veröffentlicht wurden. Ueberall ein Rückgang in den Gewinnziffern, die vornehmlich auf vermehrte Aufwendungen für die Arbeiterschaft und auf die verminderte Arbeitsleistung der Angestellten zurückzuführen ist. Dazu kommen dann noch die gesteigerten Auslagen für die stark verteuerten und oft nur schwer erhältlichen Rohstoffe sowie für Steuern und Abgaben. Der Höhepunkt der Kriegskonjunktur ist zweifellos schon längst überschritten und überraschen muß es daher, daß diese Tatsache in dem Verhalten der Börse so wenig zum Ausdruck kommt.

Eine leichte Ernüchterung hat in der letzten Zeit zwar auch auf dem Schottenring Platz gegriffen. Doch viel will dieser Abbau der Kurse angesichts des mit immer größeren Lasten beschwerten Wirtschaftslebens nicht besagen. Die Zeit, wo man die Dividendensätze überhaupt wieder mit den Kursen in Einklang bringt, ist noch immer nicht gekommen und vorläufig steht alles noch unter dem Eindruck der unerhörten Geldfülle, die stets Nachfrage erzeugt und die jetzt auch wieder die Banken veranlaßt, ihre Kapitalien abermals zu erhöhen. Als erste ist die Bodenkreditanstalt auf dem Plan erschienen, die ihre gesamten eigenen Mittel mit Hilfe der vor einigen Tagen angekündigten Emission auf rund 275 Millionen Kronen bringen wird. Von der Kreditanstalt heißt es gleichfalls, daß sie ihr Kapital erhöhen will, und auch die Länderbank wird 30 Millionen Kronen neue Aktien ausgeben. Wenn diese Banken ihr Kapital erhöhen, so ist es schon jetzt so gut wie ausgemacht, daß auch alsbald die Anglobank, der Bankverein und vermutlich auch die Eskomptegesellschaft mit Kapitalserhöhungen nachfolgen werden; nicht immer aus sachlichen, vielfach aus sogenannten „Prestigegründen". Den Schaden davon hat die Kriegsfinanzierung als solche, da dem Geldmarkt mindestens an die zweihundert Millionen Kronen durch die geplanten Kapitalserhöhungen entzogen werden. Dabei sollten heute alle wirtschaftlichen Kräfte ausschließlich auf die Finanzierung unserer Kriegslasten eingestellt sein. Auf diesem Gebiete gibt es noch viel genug zu tun und nichts wäre verfehlter, als wollte man sich mit der Banknotenflut als einer gegebenen Tatsache für immer abfinden. Aus dem Exposé des Finanzministers und dem Ausweis der Oesterreichisch-Ungarischen Bank wissen wir heute, wie es um unsere Kriegsfinanzen und um unser Noteninstitut bestellt ist. Nicht weniger wie 28.790 Millionen Kronen haben wir bisher in sieben Kriegsanleihen aufgebracht und doch macht diese ungeheure Summe nur knapp 60 Prozent unserer gesamten Staatsschuld aus, die man mit rund 50 Milliarden annehmen kann. Es wird der Anspannung aller Kräfte bedürfen, um die 7 bis 8 Milliarden Kronen aufzubringen, mit denen künftighin unser Staatsbudget auf Soll- und Haben-Seite abschließen wird, und nur mit Hilfe einer Wirtschaftspolitik, die sparsam und großzügig die Quellschächte des heimatlichen Bodens erschließt, wird es uns gelingen, unsere Währung wiederherzustellen und den unbedingt notwendigen Preisabbau durchzusetzen, ohne den wir nach dem Kriege auf dem Weltmarkt nicht konkurrieren könnten.

Ostdeutsche - Rundschau

5./I. 1918

100

Erster Schritt zur Friedenswirtschaft.

Die Bezirksvertretung Wieden hat auf Antrag des Bezirksrates Alexander v. Wielemans in der öffentlichen Sitzung am 18. Dezember 1917 folgende Entschließung einstimmig angenommen:

Durch den Waffenstillstand an der Ostfront, der, wie wir hoffen, zu einem dauernden Frieden hinüberleiten wird, ist die schon längere Zeit währende verhältnismäßige Ruhe in der Kampftätigkeit unserer dort stehenden Heere dauernd geworden. Wenngleich unsere Truppen noch bis zum Friedensschluß dort vollgerüstet verharren müssen, so fällt doch der bisherige starke Verbrauch an Kriegsgerät mancher Art, vor allem an Geschossen, aber auch an anderen Hilfsmitteln des Kampfes (z. B. Benzin für Flieger, Stromerzeugung für Scheinwerfer und Hochspannungsanlagen, Erneuerung abgenützter Gewehre und Kanonen usw.) fort und es sind daher die zur fortlaufenden Versorgung dieser Front mit solchen Kampfmitteln erforderlichen Rohstoffe und Arbeitskräfte und ebenso auch die zu ihrer Herstellung und Heranschaffung nötigen Verkehrsmittel für andere Zwecke verfügbar geworden, denn es ist doch wohl als sicher anzunehmen, daß im Frontbereiche jederzeit, also auch jetzt, diese Kampfmittel in für längere Kämpfe hinreichender Menge aufgehäuft sind.

Diese mittelbaren und unmittelbaren Kampfmittel, die jetzt an der Ostfront nicht mehr verbraucht und daher auch nicht mehr ununterbrochen nachgeschoben werden müssen, werden allerdings zum Teile zur Stärkung der übrigen Fronten dienen müssen, um auch dort unseren Sieg zu vollenden. Dennoch wird eine sehr erhebliche Verringerung in der Herstellung dieser Mittel wohl eintreten können. Damit ist aber die Möglichkeit gegeben, Eisen, Kupfer, Kohle, Rohstoffe zur Sprengmittelerzeugung, Benzin usw., ferner Frachtraume der Eisenbahnen und Beförderungsmöglichkeiten, nicht zuletzt aber menschliche Arbeitskraft in großer Menge friedlichen Zwecken dienstbar zu machen.

Alle überhaupt mögliche Erholung unserer Volkswirtschaft kann nur von einer solchen Entlastung ihren Ausgang nehmen, die es gestattet, die noch vorhandenen Hilfsmittel zur Herstellung wirtschaftlicher Werte anstatt von Kriegs- und Zerstörungsgeräten zu benützen. Daß dies in unseren jetzigen Tagen nur teilweise und nur als erster Schritt der Ueberführung zur Friedenswirtschaft geschehen kann, drängt dazu, diesen ersten Schritt möglichst bald und vorausschend zu tun, um die wieder einsetzende allmähliche Entwicklung in richtige Bahnen zu leiten.

Am allerdringendsten benötigt unsere Volkswirtschaft den Wiederaufbau des inneren Marktes, das ist die langsame Wiederauffüllung der im Handel und bei den Verbrauchern so arg ausgesogenen Bestände an Verbrauchsgütern aller Art. Erst wenn dies zu einem gewissen Grade gediehen ist, sollte damit begonnen werden, nicht zum unmittelbaren Verbrauch dienende Waren herzustellen, und auch dann erst sollte die Ausfuhr von Ware ins Ausland zugelassen werden.

In der Erwägung, daß die Gewinnsucht einzelner und gewisser Händlerkreise und Industrieverbände gewiß alles daransetzen wird, um ihren Kriegsgewinnen nun auch gleiche Gewinne in der Uebergangszeit hinzuzufügen, bittet die Bezirksvertretung den Gemeinderat der Stadt Wien, er möge bei allen in Frage kommenden Ministerien Vorstellungen erheben und verlangen: 1. Daß sobald, als es aus militärischen Gründen möglich ist, der Abbau der Munitions- und Waffenherstellung und die Freigabe der für sie gebundenen Rohstoffe, Transportmittel und Arbeitskräfte erfolge; 2. daß diese Hilfsmittel der Gütererzeugung in erster Linie der Landwirtschaft und den städtischen Gewerben als denjenigen Ständen zugewiesen werden, welche die erste und wichtigste Arbeit zur Gesundung unseres Wirtschaftslebens zu leisten hätten; 3. daß hingegen die Ansprüche von Industrien, die keine unmittelbaren Verbrauchsgüter erzeugen, und von Händlern, insbesondere für auszuführende Waren, hinter den vorgenannten unbedingt zurückgestellt werden.

Die Zeit
5. I. 1918

101

— (Wünsche von Handel, Industrie und Gewerbe.) In der letzten Vollversammlung des Niederösterreichischen Gewerbevereins, der letzten des vergangenen Jahres, warf der Vorsitzende Präsident Schiel einen Rückblick auf die für die Volkswirtschaft wichtigen Ereignisse des Jahres 1917 und knüpfte daran eine Erörterung jener Wünsche, die Industrie, Gewerbe und Handel für die kommende Zeit hegen. Nach einigen einleitenden Bemerkungen betonte der Redner die Notwendigkeit der Vereinigung der Fragen der Uebergangs- und Friedenswirtschaft, um den kommenden ernsten Problemen wohlgerüstet gegenüberzustehen. Zunächst sei die Frage zu prüfen, in welchem Umfang die bestehende kriegswirtschaftliche Organisation auch im Uebergang zur Friedenswirtschaft aufrechtzuerhalten sei. Es erweckt nicht den Anschein, als ob die Regierung und eine Gruppe einflußreicher Kreise unserer Wirtschaft gesonnen wären, alsbald von der zwangartigen Organisation des Wirtschaftslebens absehen zu wollen. Wird man sich daher mit dem Gedanken vertraut machen müssen, daß diese Organisation noch geraume Zeit bestehen bleiben werde, so ist es Pflicht namentlich der Vertreter der verarbeitenden Industrie, des Gewerbes und des Handels, sowie der Verbraucher, mit allem Nachdruck zu fordern, daß schon jetzt, und noch mehr in der Zukunft, in der Uebergangswirtschaft, die vielfachen Schäden, die der kriegswirtschaftlichen Organisation erwiesenermaßen anhaften, ehestens beseitigt werden, daß insbesondere alle Interessentengruppen gleichmäßig und gerecht an der Geschäftsführung und Entscheidung teilhaben und daß bei der Zuweisung von Rohstoffen und Halbfabrikaten volle Unparteilichkeit walte. In bezug auf die finanziellen Fragen muß ebenfalls rechtzeitig dafür gesorgt werden, daß die wichtigsten Gruppen unserer Volkswirtschaft — Landwirtschaft, Gewerbe, Industrie, Handel, Kapitalbesitz und Verbraucher — im Sinne der ausgleichenden Gerechtigkeit zur Tragung der großen Lasten des Krieges herangezogen werden. Redner besprach ferner die verschiedenen sozialpolitischen Maßnahmen und bemerkte, soll nicht die Wiederaufrichtung des Wirtschaftslebens gefährdet werden, so müsse in der Sozialpolitik ein mit unseren wichtigsten Konkurrenzländern gleichmäßiges Tempo befolgt werden. Der erwartete Erfolg der allmählichen Besserung unserer wirtschaftlichen Zustände könne nicht eintreten, erklärte Präsident Schiel, wenn es nicht gelingt, auf innerpolitischem und außenwirtschaftlichem Gebiet mit zielbewußter Konsequenz die notwendigen Verbesserungen einzuführen.

Der Abend
8. II. 1918

103

Es hilft alles nichts!

Ungestört von allen öffentlichen Warnungen und Rügen treiben die Ratenhändler ihr Gewerbe weiter und schrecken vor keinem Mittel zurück, wenn es gilt, einen säumigen Schuldner durch Angst vor schwerem Schaden und Ehrenkränkung zur Erfüllung seiner Zahlungspflicht zu nötigen

War es bisher zumeist die Buchhandlung Schallehn u. Wollbrück, die sich solche Geschäfte zuschulden kommen ließ, so liegt uns heute ein Drohbrief der Gesellschaft m. b. H. Bial u. Freund, 6. Bez., Mariahilferstraße 103, vor, der zeigt, daß die Herren Schallehn u. Wollbrück nicht allein stehen. Wir sind nicht Juristen genug, um zu beurteilen, ob sich der in seiner bürgerlichen und dienstlichen Stellung so schwer Bedrohte mit Aussicht auf Erfolg an den Staatsanwalt wenden könnte; gewiß ist aber, daß man dringendst davor warnen muß, sich mit einem Geschäftshause einzulassen, das nicht davor zurückschreckt, von Angehörigen eines Schuldners Übernahme von Verpflichtungen zu erzwingen, indem sie den Schuldner mit Beschwerde an seinen militärischen Vorgesetzten dienstlich und an seiner Ehre bedrohen.

Das Schreiben lautet:

Wir haben Ihnen seinerzeit im Hinblick auf Ihre soziale Stellung den von Ihnen gewünschten Kredit eingeräumt und müssen zu unserem Bedauern feststellen, daß Sie Ihrerseits die von Ihnen eingegangenen Zahlungsverpflichtungen nicht in der vereinbarten Weise innehalten.

Wir ersuchen daher höfl. zur Kenntnis zu nehmen, daß wir, falls Sie den aufgelaufenen Rückstand nicht innerhalb acht Tagen an uns abführen oder, was wir Ihnen in Ihrem Interesse zur Vermeidung späterer Differenzen empfehlen möchten, Ihre Angehörigen veranlassen, durch Unterzeichnung beifolgenden Formulars der von Ihnen entrierten Schuld beizutreten, zu unserem Bedauern gezwungen sein werden, uns wegen dieser Angelegenheit beschwerdeführend an Ihr vorgesetztes Kommando zu wenden, ein Schritt, der sicher von recht peinlichen Folgen für Sie begleitet wäre.

Wir hoffen, daß Sie durch Erledigung unseres Schreibens auf die eine oder andere Weise uns nicht zu diesem Schritte zwingen werden und zeichnen in dieser Erwartung

hochachtungsvoll

Bial u. Freund Gesellschaft m. b. H.

Da ein gedruckter Verpflichtungsschein beilag, scheint es nicht, als ob es sich um einen Ausnahmsfall handelte. Es bedarf wohl kaum der Erwähnung, wie undenkbar es sei, daß sich ein militärisches Kommando auf die Seite der Bial u. Freund stellen und sich zu ihrem Zwangsvollstrecker machen könnte. Höchste Zeit aber wäre es, solchen sittenwidrigen Praktiken gesetzlich ein Ende zu machen. Bis dahin wollen wir es nicht an Aufklärungsarbeit fehlen lassen. C.

Neues Pester Journal
9. I. 1918

Ladensperre: 5 Uhr Nachmittag.

Der erste Tag der Generalprobe.

Vor dem Machtwort, das der Kohlendiktator im Interesse der Ersparniß an Kohle und Licht gesprochen, haben sich heute Nachmittag die Geschäftsleute zum ersten Male beugen müssen. Für heute und morgen war bekanntlich die Generalprobe angesetzt worden, die darüber entscheiden soll, ob man für Kriegsdauer in unserer Hauptstadt seine Einkäufe bis 5 Uhr Nachmittag besorgen müssen wird oder nicht. Der Frauenwelt würde die neue Ordnung gewiß nicht gleichgiltig sein, denn Frauen haben, wie man weiß, immer etwas zu „besorgen", und diese Wege werden fast ausnahmslos in den späten Nachmittagsstunden gemacht. Was soll also aus unseren Frauen werden, wenn sie nicht einmal mehr Herr über ihre eigene Zeit sein können.

Der heutige erste Nachmittag der großen Generalprobe vollzog sich in den von der Verordnung betroffenen vielen tausenden Geschäftsläden mit einer gewissen Feierlichkeit, die etwas Melancholisches an sich hatte. Man bekam heute einen Vorgeschmack dessen, wie sich das Budapester Straßenbild, das sich im Kriege schon oft verändert hat, in der nächsten Zeit gestalten wird. Eines hat die Verordnung des Regierungskommissärs Vázsonyi zur Folge gehabt: es war in den Straßen noch finsterer als gewöhnlich, denn die vielen Geschäfte, die um die fünfte Nachmittagsstunde ihre Pforten schlossen, waren alle in Dunkel gehüllt. Das Licht in den Auslagen und die allerdings eingeschränkte Luxusbeleuchtung, die immerhin dazu beitrug, das unfreundliche Straßenbild zu erhellen, sie erloschen heute gänzlich, was nicht dazu beitrug, das Straßenbild freundlicher zu gestalten. Besonders in den Geschäftsvierteln ist man von der beabsichtigten Einführung der Kohlen- und Gassparlage nicht sonderlich entzückt; die Kaufleute trösten sich indeß damit, daß es schließlich doch nicht so weit kommen wird.

In der vornehmen Waitznergasse und in der nicht minder eleganten Kossuth Lajosgasse, wo sich bekanntlich unsere renommirtesten Geschäfte befinden, wurden die Lokale schon vor der anberaumten Stunde gesperrt. Schon einige Minuten vor 5 Uhr wurde Einem der Eintritt in die Geschäfte verwehrt und die sich darin aufhaltenden Kunden gebeten, die Einkäufe zu einer geeigneteren Zeit vorzunehmen. Der Corso, der sich um diese Stunde hier zu entwickeln pflegt, wird wahrscheinlich nicht mehr so stark frequentirt sein, wie dies bisher der Fall gewesen ist, denn im Dunkeln läßt sich's nicht spazieren gehen. Auf der Rákóczistraße, auf dem Ring, in der Königsgasse und in all den anderen Straßen und Gassen, wo sich unsere Geschäftswelt etablirt hat, konnte man ähnliche Wahrnehmungen machen. Ueberall befleißigten sich die Kaufleute der pünktlichen Einhaltung der Verordnung und nur hie und da sah man Organe der Polizei die Läden Säumiger betreten.

Ist die Budapester Kaufmannschaft über die geplante Verkürzung der Arbeitszeit aus leicht begreiflichen Gründen nichts weniger als entzückt, so sind es die Angestellten umso mehr. Für sie ist der Regierungskommissär für die Kohlenangelegenheiten der populärste Mann von Budapest. Und wer heute Nachmittag nach Ladenschluß vor den Geschäftsläden stand und die hinauseilenden Männlein und Weiblein beobachtete, wer ihr vergnügtes Lächeln und die Eile sah, mit der sie aus dem Bereich des gestrengen Chefs zu entkommen trachteten, der wußte, daß sie keinen sehnlicheren Wunsch haben, als daß das Ergebniß der Generalprobe so ausfallen möge, daß der Herr Regierungskommissär es sich keinen Augenblick überlegen möge, ob er die 5 Uhr-Ladensperre bis Ende März einführen soll oder nicht.

Die Geschäftsinhaber aber waren schon heute voll der Klagen über den Wandel der Zeiten, über die ihnen probeweise auferlegte Verkürzung der Arbeitszeit und über den Entgang der Einnahmen. Sie wieder haben keinen sehnlicheren Wunsch, als daß Herr Vázsonyi es sich zweimal überlegen möge, ehe er das letzte Wort spricht.

Berner Bund
12./I. 1918.

12
105

Ausfuhrverbote

Der Bundesrat hat die bisher erlassenen Ausfuhrverbote auf folgende Artikel ausgedehnt:

Fertige Bodenteile aller Art für Parketterie, auch verleimt. Holzschachteln aller Art (andere als die dem Verbot bereits unterstellten Zündholzschachteln) roh, gebeizt, gefärbt, bemalt, bedruckt usw., mit oder ohne Papierüberzug, mit oder ohne Etikette. Holzwaren aller Art, nicht anderweit genannt, vorgearbeitet, auch gehobelt, nicht zusammengesetzt: soweit deren Ausfuhr noch nicht verboten ist. Bauschreinerwaren, fertige, auch mit Metallbeschlägen oder in Verbindung mit Glas: glatt oder fourniert, gekehlt, geschnitzt, roh oder bemalt, gefirnißt, gebeizt, gewichst, poliert usw. Schreinerwaren, Möbel und Möbelteile (mit Ausnahme der Korbmöbel), soweit deren Ausfuhr nicht bereits verboten ist, massiv oder fourniert, auch ganz oder teilweise aus gebogenem Holz: in jeder Bearbeitung, auch gepolstert, mit oder ohne Posamenterie. Fertige Holzwaren aller Art, nicht anderweit genannt, rohe und andere: soweit deren Ausfuhr nicht bereits verboten ist. Siebmacherwaren. Hutstumpen aus Stroh, Bast, Holzspänen, Binsen usw. Korbflechterwaren ohne Gestell (mit Ausnahme der Korbmöbel): rohe und andere, auch in Verbindung mit Leder oder Textilstoffen. Kleidungsstücke für Damen und Mädchen, bestickt. Spitzenkleider: soweit deren Ausfuhr nicht bereits verboten ist. Krawatten aller Art. Kirchliche Paramente aller Art, auch bestickt. Blumen, künstliche, aus Textilstoffen aller Art, auch in Verbindung mit andern Materialien. Putzmacherwaren, nicht anderweit genannt. Regen- und Sonnenschirme, seidene und andere. Schirmbezüge, genäht, seidene und andere. Edelsteine, echte und künstliche: roh. Edelsteine, künstliche, geschnitten, nicht montiert.

Die Zeit Abend
14./II. 1918

a
14
108

(Der Wiener Gewerbegenossenschaftsverband gegen die Erhöhung der Totalisateursteuer.) Der Wiener Gewerbegenossenschaftsverband hat in seiner letzten Sitzung entschieden Stellung gegen eine solche Erhöhung der Totalisateursteuer genommen, die geeignet wäre, eine Verlegung der Rennen von Wien herbeizuführen. Es wurde dabei insbesondere darauf verwiesen, daß durch die eventuelle Verlegung der Rennen von Wien nicht nur die unmittelbar am Fremdenverkehr interessierten Branchen, sondern auch viele andere Gewerbe mittelbar schwer betroffen werden. Die Lage des Wiener Gewerbes ist heute eine so schwere, daß es einen weiteren so namhaften Verdienstentgang nicht verträgt, der übrigens dem Staat gar keinen Nutzen, ja sogar Schaden brächte, weil die Verlegung der Rennen nach Ungarn leicht und ohne Schwierigkeit ausführbar wäre, zumal dort in richtiger Erkenntnis ihrer Bedeutung für die Volkswirtschaft derlei Unternehmungen keinerlei Schwierigkeiten bereitet, ihre Uebersiedlung vielmehr nur begünstigt würde. Der Wiener Gewerbegenossenschaftsverband protestiert daher entschieden gegen alle Maßnahmen, die geeignet wären, den Rennsport von Wien zu verdrängen und so die ohnehin immer spärlicher werdenden Verdienstmöglichkeiten noch weiter einzuschränken.

Fremdenblatt
17. I. 1918

Die Rohstoffbeschaffung nach dem Kriege.

K. **Budapest**, 16. Jänner. (Abgeordnetenhaus.) In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses unterbreitete Abgeordneter Roland Hegedüs (Arbeitspartei) eine dringliche Interpellation an den Handelsminister in Angelegenheit der quotenmäßigen Beteiligung der ungarischen Industrie an der Rohstoffbeschaffung. Der Interpellant führt aus, er müsse seine Interpellation in dringlicher Weise vorbringen, da seitens österreichischer Regierungsfunktionäre Erklärungen abgegeben worden seien, die nach seiner Auffassung nicht nur die Rechte, sondern auch die Interessen Ungarns schädigen. Mit Bedauern müsse er feststellen, daß die hierauf bezüglichen Erklärungen der ungarischen Regierung nicht geeignet gewesen seien, die hervorgerufene Aufregung zu mildern. Bei der Beratung über die Quote, sagt Redner, war ein wichtiger Punkt die Frage der Beschaffung der Rohmaterialien. Diesbezüglich richteten nun anläßlich der Verhandlungen der Delegationen die Delegierten Szterenyi und Chorin verschiedene Fragen an den Kriegsminister, auf welche unvollkommene Antworten erteilt wurden, aus denen jedoch hervorgeht, daß bei der Beschaffung der Rohmaterialien Ungarn einen Schaden erlitten hat, der sich auf Millionen beläuft, wofür Ungarn eigentlich Rekompensationen fordern könnte. Wir haben die Ueberzeugung gewinnen können, daß die wirtschaftlichen Anschauungen der ungarischen Wehrmacht nicht den gemeinsamen Organen überlassen werden dürfen.

Redner sei überzeugt, daß es eine sehr dringende Notwendigkeit sei, daß das Ueberhandnehmen der wirtschaftlichen Tätigkeit der Heeresleitung aufhöre.

Bei der Frage der Beschaffung des Rohmaterials dürfe man nicht darauf vergessen, daß Ungarn bisher einen Schaden erlitten habe, der sich auf Millionen belaufe, daß Oesterreich, trotzdem es viele Millionen an Ungarn verdient habe, Lärm schlage, daß Ungarn das Recht habe, Rekompensationen zu fordern und daß schließlich die kleine, in Entwicklung begriffene ungarische Industrie in schwerster Gefahr schwebe.

Die bisherige Art der Beschaffung von Rohmaterialien habe die Interessen Ungarns in hohem Maße geschädigt, weil sie die Entwicklung der ungarischen Industrie in der Zukunft unmöglich mache und außerdem auch unsere Valuta schädige. Zur Beleuchtung des bisher gepflogenen Vorgehens führt Redner an, daß zwischen Oesterreich und Deutschland betreffs der Beschaffung von Rohmaterialien, die für die Textilindustrie notwendig waren, Verhandlungen geführt wurden, in denen Ungarn auf das stiefmütterlichste bedacht worden sei. Ein anderes Beispiel sei, daß zwischen Deutschland und Rußland, ferner zwischen Oesterreich und Rußland der Tauschhandel bereits in vollem Zuge sei. Aus Ungarn sei dagegen bisher, soweit er wisse, einzig und allein ein Faß Branntwein nach Rußland ausgeführt worden. Redner verweist darauf, daß unter allen unseren volkswirtschaftlichen Institutionen am meisten die Valuta gelitten hat, und zwar deshalb, weil diese Angelegenheit von solchen Faktoren geleitet worden sei, die nicht das nötige Verständnis dazu haben. Er anerkennt, daß unsere Militärs vorzügliche Kämpfer, ausgezeichnete Bureaukraten und Gentlemen seien, aber zur Leitung der Valutaangelegenheiten seien sie nicht geeignet.

Die Antwort des Handelsministers.

Handelsminister Graf Serenyi erklärt in Beantwortung der Interpellation, er teile vollkommen die Ansicht des Interpellanten bezüglich der allzu großen volkswirtschaftlichen Tätigkeit des Kriegsministeriums. Seinerseits halte er es für überflüssig, ja sogar für schädlich, daß so viele Sektionen errichtet werden, die einseitig, häufig ohne die entsprechende Sachkenntnis, in das volkswirtschaftliche Leben eingreifen. Soviel der Minister wisse, habe auch der Kriegsminister die Verkehrtheit dieser Situation eingesehen, und es seien entsprechende Maßnahmen getroffen worden. Auch seien Beratungen im Zuge, um diese Sektionen in entsprechender Weise zu reduzieren. Der Minister könne jedoch erklären, daß diese Verhältnisse nicht neuen Ursprungs seien, sondern noch auf die Zeit des Kriegsbeginnes zurückgeführt werden müssen. Damals wäre es vielleicht leichter gewesen, durch entsprechende Vorkehrungen die Entwicklung in richtige Bahnen zu lenken.

Auch in bezug auf das, was der Interpellant in betreff der Valuta, besonders in den okkupierten Gebieten, ausgeführt habe, stimme der Minister mit dem Interpellanten vollkommen überein. Auch der Minister halte die Ausfuhr der Kronenvaluta für eine verfehlte und für die Volkswirtschaft gefährliche Sache. Was das Meritum der Interpellation anlange, könne der Minister das Haus beruhigen, daß keinerlei als Präzedenz dienende Erklärung oder Maßnahme erfolgt sei. Nach der Ansicht des Ministers sei die Beschaffung von Rohmaterialien eigentlich nicht so sehr Aufgabe der Regierung, sondern müsse vielmehr das Ergebnis von Verhandlungen zwischen den Interessenten sein. Es können Fälle vorkommen, wo es sowohl das Interesse des konsumierenden Publikums wie auch jenes der Fabrikanten sei, daß von einem gewissen Material mehr und von einem anderen weniger eingeführt werde. Dies spreche auch dafür, daß die Beschaffung gewisser Rohstoffe von den Mittelmächten gemeinsam erfolge, gemeinsam nicht bloß mit Oesterreich, sondern auch mit Deutschland. Außerdem sei nicht nur die Beschaffung von Rohstoffen als eine gemeinsame Angelegenheit zu betrachten, sondern in ebensolchem Maße auch die entsprechende Ausnützung des Schiffsraumes sowie sämtlicher Verkehrsmittel. Ich stehe — sagt der Minister — auf der Grundlage der Quote, halte dies jedoch in bezug auf die Aufteilung von Rohstoffen nicht für ein „Noli me tangere" und glaube vielmehr, es sei bezüglich der Rohstoffe ein gewisser Umtausch, ein gewisses Revirement notwendig. Der Interpellant hat auch auf die bekannten Erklärungen des Sektionschefs Riedl angespielt. Ich kann diesbezüglich erklären, daß ich jenen Herren, die eben jetzt zu den Verhandlungen betreffend die Deckung unseres Papierbedarfes nach Wien abgereist sind, die Weisung erteilt habe, sich unbedingt an die Quote zu halten. Näheres kann ich über diese Verhandlungen noch nicht erteilen. Ich bitte, meine Antwort zur Kenntnis zu nehmen.

Erklärungen des Ministers Földes.

Der Minister für Uebergangswirtschaft Bela Földes erklärt, die Entwicklung und besonders die Rekonstruktion der ungarischen Industrie nach dem Kriege erfordere es unbedingt, daß nicht bloß in bezug auf Rohstoffe, sondern auch auf allen Gebieten die nötigen Maßnahmen getroffen werden. Der Minister könne das Haus beruhigen, daß die Regierung in dieser Hinsicht ihrer Aufgabe in vollstem Maße zu entsprechen trachte. Der Minister bespricht sodann eingehend das Programm der Regierung betreffend die Beschaffung von Rohstoffen, wobei er das Prinzip aufstellt, es müsse vorerst ein freundschaftliches Einvernehmen gesucht werden, und nur, wo sich dies als unmöglich erweise, werde die Quote als Maßstab dienen.

Nach einer kurzen Replik des Interpellanten werden die Antworten der beiden Minister sowohl vom Interpellanten wie vom Hause zur Kenntnis genommen.

Die Zeit
22. I. 1918

112

Die Organisation der einzelnen Industriezweige.

Zukunftsmöglichkeiten und Zukunftsgefahren.

In dem Rückblick auf das abgelaufene Wirtschaftsjahr wurde an dieser Stelle der während des Krieges immer häufiger errichteten Organisationen der einzelnen Industriezweige gedacht und hervorgehoben, daß sie auch im Frieden für das gesamte wirtschaftliche Leben Oesterreichs von großer Bedeutung sein dürften. War es ursprünglich nicht so einfach, die Gesamtheit der Industrie (also große ebenso wie mittlere und kleinere Betriebe) in einen Verband oder in mehrere Verbände zusammenzufassen, so ist bisher die enge Aneinanderschließung der bloß einer einzigen Branche angehörigen Firmen vielfach für unmöglich gehalten worden. Aus dem Zwange zu einer rücksichtslosen Konkurrenz, zur Wahrung der Geschäftsgeheimnisse, aus der Jagd nach der Kundschaft usw., ergab sich eine solche Fülle von Differenzen, daß die gemeinsamen Interessen der Branche sich kaum durchzusetzen vermochten. Der Krieg hat darin gründlich Wandel geschaffen. Es wird nicht mehr die Kundschaft und der Absatz, sondern der Lieferer und die Ware gesucht und auch eine geraume Zeit nach Friedensschluß gesucht werden. Die Differenzpunkte verschwinden zum großen Teil, und die Einigungsbestrebungen konnten sich, unterstützt durch die staatliche Autorität, ungehindert entfalten. Nicht nur bei uns. So sind beispielsweise auch in England nach dem vor einiger Zeit erschienenen Bericht des Economist zahlreiche Industriellenvereinigungen entstanden, die auf eine stramme Organisierung der Branche hinausgehen und ihren ganzen Tätigkeitsprozeß, vom Rohstoffbezug bis zum Warenverkauf an den Verbraucher, umfassen sollen. Daraus müssen auch viele wirtschaftliche Vorteile entstehen, zum Beispiel Herabsetzung der Spesen, der Zwischengewinne, besserer Ueberblick über den Gesamtbedarf, vollkommenere Ausnützung der örtlichen Lage im Hinblick auf die Produktions- und Absatzstätten u. dgl. — kurzum, es tritt auch hier im vollen Maße der Nutzen zutage, den ein gut geleitetes Kartell aufweist. Und der Nutzen wird um so größer sein, je mehr der staatliche Einfluß zurückgeht, was mit aller Sicherheit zu erwarten ist. Denn die in der Kriegszeit errichteten, vom Staate kontrollierten wirtschaftlichen Zwittergebilde waren wohl unentbehrlich, haben sich aber auf allen Seiten so mißliebig gemacht, daß dem immer dringlicher ertönenden Rufe nach dem Abbau der „Zentralen" ziemlich rasch wird Folge gegeben werden müssen. Der staatliche Einfluß wird aufhören, die Organisierung der einzelnen Industriezweige wird aber, wenn auch teilweise unter veränderter Form, bestehen bleiben.

Diese dem jetzigen Anschein nach unvermeidliche, jedenfalls aber sehr wahrscheinliche Entwicklung, die übrigens auch in anderen Staaten befürchtet wird, birgt viele Gefahren in sich. Denn die Macht der Industrie würde dadurch nach allen Seiten hin allzusehr erhöht werden. Am wenigsten noch gegenüber den Verkäufern von Rohstoffen, die sich schon vor dem Kriege in einer günstigeren Lage befanden als die Verkäufer des Endprodukts. Für einen langen Zeitraum nach Friedensschluß wird der Rohstoff rar und hochbegehrt sein, so daß sich die Rohstoffverkäufer auch gegen die Kooperation von Einkaufssyndikaten zu behaupten wissen werden. Größer wird sich die Machtzunahme der Unternehmerverbände gegenüber den Bediensteten erweisen. Der Uebertritt aus den Diensten einer Firma in die einer anderen wird, zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage, nicht nur den Arbeitern, sondern auch der großen Masse der höheren Angestellten dann erschwert werden, wenn sämtliche Firmen der Branche eng miteinander verbunden sind. Daß sich daraus im Zusammenhang mit der Teuerung und mit der infolge des gesunkenen Geldwertes hervorgerufenen Zuspitzung der Lohnfrage sehr leicht ernste soziale Kämpfe ergeben können, braucht nur angedeutet zu werden.

Am meisten werden aber den Machtzuwachs der neuen Industrievereinigungen die Kaufleute und die Verbraucher zu spüren bekommen. Wenn der Kaufmann nicht in der Lage ist, sich den Fabrikanten, von dem er die Ware bezieht, frei zu wählen, wenn er gegebenenfalls nicht einen Fabrikanten gegen den anderen ausspielen kann, sondern seine Ware da beziehen muß, wo es dem Verbande der Produzenten paßt, so gerät er in ein vollständiges Abhängigkeitsverhältnis, und der von ihm erzielte kaufmännische Nutzen nimmt in Wirklichkeit den Charakter einer Provision an. Und auch die wird nicht allzu hoch bemessen werden, falls die Organisation der Industriellenvereinigungen, wie angedeutet, alle Glieder der Kette umfaßt und vom Rohstoffbezug bis zum Absatz an den Verbraucher reicht.

Letzterer wäre in einem solchen Falle dem Preisdiktate der Erzeuger vollständig ausgeliefert. Ein Sinken der jetzigen Preise wäre trotzdem zu erwarten, aber nur insoweit, als es die Rücksichtnahme auf die Konsumtionsfähigkeit der Bevölkerung und auf den ausländischen Wettbewerb den Fabrikanten ratsam erscheinen ließe. Da aber der Auslandsbezug von Fertigwaren für längere Zeit gedrosselt werden dürfte, da überdies in diesem Zeitraum der Inlandsbedarf ungeheuer sein und unter allen Umständen Befriedigung heischen wird, so wäre an vielen Stellen mit keiner sehr erheblichen Senkung des Preisniveaus zu rechnen, zumal die Gewöhnung der Kriegszeit, auch bei geringerem Absatz einen hohen Nutzen zu finden, nicht so schnell verblassen kann. So wird der Krieg die Monopolisierungs- und Vertrustungstendenzen der Industrie, die in den Vereinigten Staaten von Nordamerika weit zurückreichen, auch bei uns stärken, und sie nicht mehr auf einzelnen, sondern auf sehr vielen Industriezweigen hervorbringen lassen. Eine umfassende „Amerikanisierung" unserer Wirtschaft ist in Sicht. So wenig daher gegen die beinahe täglich emporsprießenden Kriegsvereinigungen einzelner Branchen eingewendet werden kann, so wäre es doch verfehlt, die gefährlichen Keime, die sie tragen, ganz unbeachtet zu lassen.

Die Zeit
23. I. 1918

Der Warenhunger nach dem Kriege.

Man kann gegenwärtig in vielen Fachblättern, insbesondere in jenen, die den Interessen des Handels dienen, immer wieder die Redewendung lesen, daß nach Friedensschluß sich in allen Ländern ein „Warenhunger" geltend machen wird, da alle Lager an Industrieerzeugnissen seit langem geräumt sind. Diese Ansicht teilt man, wie uns aus industriellen Kreisen berichtet wird, auch in der Industriewelt. Es wird aber hauptsächlich darauf ankommen, ob all die sich beim Friedensschluß auftürmenden Bedürfnisse in absehbarer Zeit auch wirklich befriedigt werden können, und in diesem Belang ist man in Industriekreisen der Ansicht, daß der Warenhunger wahrscheinlich geraume Zeit nach Friedensschluß weiter bestehen und nicht so bald gestillt werden dürfte.

Betrachtet man die Situation nur in einigen Industriezweigen, so gelangt man tatsächlich zu dem Schluß, daß schon die Befriedigung der dringendsten Bedürfnisse der Armee, der Kommunikationsanstalten und sonstiger staatlicher oder irgendwie bevorzugter Stellen alles im Inland verfügbare Rohmaterial wahrscheinlich auf geraume Zeit in Anspruch nehmen wird. In der Eisen- und Stahlindustrie wird die Erneuerung auch nur eines Teiles des Kriegsmaterials kolossale Mengen von Eisen und Stahl in Anspruch nehmen. Sehr dringend wird ferner die Wiederinstandsetzung des Fahrparks unserer Bahnen sein; ein großer Teil des Waggonparks ist reparaturbedürftig, auch die Neubauten an Lokomotiven und Waggons, die zur Behebung der Transportnot erforderlich sein werden, nehmen große Holz- und Eisenmengen in Anspruch. Ebenso dringend erscheint der Bau von Handelsschiffen, der bekanntlich gleichfalls große Holz- und Eisenmengen benötigt. Der Betonschiffbau wird bis zum Friedensschluß wahrscheinlich noch nicht besonders leistungsfähig sein. Ferner kommen jene Materialien an Eisen in Betracht, die für den Wiederaufbau zerstörter Brücken, Bahnhöfe und Instandsetzung der zerstörten Kriegsgebiete erforderlich sein werden. Was da noch, für die nächste Zeit wenigstens, zur Bestreitung von Privatinvestitionen usw. an Eisen- und Stahlmaterial erübrigt, dürfte nicht viel sein. — Die Entwicklung der Maschinenindustrie wird für die nächste Zeit nach Beendigung des Krieges davon abhängen, ob ihr ausreichende Mengen an Eisen, Stahl usw. zur Verfügung gestellt werden können. Besonders dringend werden die Lieferungen für die Schiffbauten, für die Bahnen (Werkzeugmaschinen und Fahrbetriebsmittel) sein. Auch die Lieferungen der Maschinenindustrie für die Wiederinstandsetzung der maschinellen Anlagen in anderen Industriezweigen werden sehr dringender Natur sein. Da sich diese vorwiegend Reparaturen umfassende Tätigkeit auf so ziemlich alle maschinellen Anlagen erstrecken wird, entsteht die Frage, ob die Maschinenindustrie in absehbarer Zeit überhaupt an die Erzeugung neuer Maschinen und Apparate in beträchtlichem Umfange wird schreiten können. — Von der elektrotechnischen Industrie werden in erster Linie die Aufträge für die bestehenden sowie die neu zu schaffenden Kraft- und Lichtanlagen, soweit sie öffentlichem Interesse dienen, erledigt werden müssen. — In der Bauindustrie wird die Möglichkeit der Wiederaufnahme der privaten Bautätigkeit erst dann gegeben sein, wenn dies der Umfang der zunächst zu bewältigenden Arbeiten in den Kriegsgebieten, bei öffentlichen Bauten usw. zuläßt. Da man heute deren Umfang noch nicht kennt, besteht auch keine Gewißheit darüber, ob für private Bauzwecke überhaupt genügend Material, wie Ziegel, Zement, Kalk, Eisen usw., zur Verfügung stehen wird. — Auch in der Landwirtschaft zeigt sich heute schon großer Bedarf. Während der Kriegszeit wurde wenig an Maschinen und Geräten nachgeschafft. Da nun eine möglichst rasche Hebung der landwirtschaftlichen Produktion anzustreben ist, müssen auch die dringenden Bedürfnisse der Landwirtschaft Berücksichtigung finden. An Fuhrwerken wird kein Mangel sein, da die Militärverwaltung während der Kriegszeit eine überaus große Anzahl von Fuhrwerken angeschafft hat und diese nach Friedensschluß der Landwirtschaft überlassen will. Bei dem sehr verringerten Viehstand wird sich ein großer Mangel an Düngemitteln zeigen. Diesem kann indes durch die rasche Erhöhung der Erzeugung an künstlichen Düngemitteln abgeholfen werden, was ermöglicht werden kann, wenn die neuen Stickstoffwerke, die in jüngster Zeit in Oesterreich entstanden sind, möglichst rasch in Betrieb genommen werden.

In jenen Industriezweigen, in denen es an Rohstoffen fehlt, dürfte die Nachfrage nach Industriefabrikaten nach Beendigung des Krieges überhaupt keine allzu große sein, da die Konsumenten es wahrscheinlich vorziehen werden, zuzuwarten, und nur der allerdringendste Bedarf in Fabrikaten aus Ersatzstoffen eingedeckt werden dürfte. Es scheint uns sonach wahrscheinlich, daß — soweit Industrieerzeugnisse in Frage kommen — nach Beendigung des Krieges zunächst der Bedarf der im öffentlichen Interesse und im Dienste der Allgemeinheit stehenden Konsumstellen gedeckt werden wird. Dieser dürfte jedoch auf einige Zeit hinaus überhaupt die gesamte Leistungsfähigkeit unserer Industrie in Anspruch nehmen, und der private Konsument wird auch noch geraume Zeit nach Beendigung des Krieges nicht befriedigt werden können. Dazu kommt, daß im

Interesse der einheimischen [illegible] Rohstoffe und Nahrungsmittel [illegible] Industrieerzeugnisse den Weg ins Ausland finden werden.

Die Zeit Abendbl
23./I. 1918

Regelung der Sonntagsruhe in den Gewerbebetrieben.

Dem Abgeordnetenhause ist heute eine Regierungsvorlage zugegangen, betreffend die Regelung der Sonntagsruhe in Gewerbebetrieben. Der Paragraph bestimmt, daß für die Dauer des Krieges die bisherigen Bestimmungen über die Sonntagsruhe insoweit außer Kraft zu setzen sind, als die Arbeit am Sonntag im Interesse des Staates, im Interesse der Versorgung der Bevölkerung mit Bedarfsartikeln oder aus einem anderen allgemeinen Interesse erforderlich ist. Gewerbeinhaber, die Arbeiten am Sonntag vornehmen lassen, sind verpflichtet, vor Beginn dieser Arbeiten der Gewerbehörde die Anzeige zu erstatten. Tritt die Notwendigkeit des Beginnes oder die Fortsetzung der Arbeiten erst am Sonntag ein, so muß die Anzeige spätestens am zweitfolgenden Tage der Gewerbehörde erstattet werden. Die Aufgabe der Anzeige bei der k. k. Post gilt als Erstattung der Anzeige an die Gewerbebehörde.

Neues Wiener Tagblatt
24./I. 1918

115

Die Sonntagsruhe während des Krieges.

Die Regierung hat dem Abgeordnetenhause einen Gesetzentwurf unterbreitet, wonach für die Dauer des Krieges das Gesetz über die Sonntagsruhe insoweit außer Wirksamkeit treten soll, als die Arbeit am Sonntag im Interesse des Staates, im Interesse der Versorgung der Bevölkerung mit Bedarfsartikeln oder aus einem andern allgemeinen Interesse erforderlich ist. Gewerbeinhaber, die Arbeiten am Sonntag vornehmen lassen, sind verpflichtet, vor Beginn dieser Arbeiten der Gewerbebehörde die Anzeige zu erstatten. Tritt die Notwendigkeit des Beginnes oder der Fortsetzung der Arbeiten erst am Sonntag ein, so muß die Anzeige spätestens am zweitfolgenden Tage der Gewerbebehörde erstattet werden.

In der Begründung des Gesetzentwurfes heißt es: Angesichts der dringenden Wünsche weiter Kreise der arbeitenden Bevölkerung, daß die Sonntagsarbeit auf das durch die herrschenden außergewöhnlichen Verhältnisse unbedingt gebotene Ausmaß beschränkt werde, sieht sich die Regierung nunmehr veranlaßt, einen weiteren Schritt in dieser Richtung zu unternehmen. Nach dem vorliegenden Entwurf sollen die Gesetze über die Sonntags- und Feiertagsruhe für das Produktionsgewerbe wieder in Kraft treten, allerdings mit jenen Ausnahmen, welche die Bedürfnisse des Staates und des Wirtschaftslebens gebieterisch fordern. Vor allem in jenen Betrieben, die mit militärischen Lieferungen betraut sind, in den Betrieben der Approvisionierungsgewerbe, endlich in jenen Betrieben, deren gesteigerte Leistungsfähigkeit heute im allgemeinen Interesse gelegen ist, kann die Einhaltung der Sonntagsruhe, so dringend ihre strenge Beobachtung gerade angesichts der ungünstigen Ernährungsverhältnisse in der gegenwärtigen Zeit wäre, leider nicht gefordert werden, sollen nicht wichtige Interessen des Staates, der Bedarfsdeckung unsrer Bevölkerung oder sonstige allgemeine Interessen schweren Schaden leiden. Als Folge dieser neuen Regelung der Sonntagsarbeit ergibt sich die Aufhebung der kaiserlichen Verordnung vom 31. Juli 1914, RGB. Nr. 183, und der auf ihr beruhenden Ministerialverordnungen.

Reichspost
24./I. 1918

Die Sonntagsruhe im Gewerbebetriebe während der Kriegszeit.

Dem Abgeordnetenhause ist heute eine Regierungs-

vorlage über die Regelung der Sonntagsruhe im Gewerbebetriebe während der Kriegszeit zugegangen. Anlaß zu dieser Vorlage gab der Wunsch der Arbeiter, daß die Sonntagsarbeit auf das durch die Kriegsverhältnisse unbedingt gebotene Ausmaß beschränkt werde. Nach dem vorliegenden Entwurfe sollen die Gesetze über die Sonn- und Feiertagsruhe auch für das Produktionsgewerbe wieder in Kraft treten. In jenen Betrieben, die mit militärischen Lieferungen betraut sind, in den Betrieben der Approvisionierungsgewerbe, endlich in jenen Betrieben, deren gesteigerte Leistungsfähigkeit heute im allgemeinen Interesse gelegen ist, kann die Einhaltung der Sonntagsruhe, so dringend ihre strenge Beobachtung gerade angesichts der ungünstigen Ernährungsverhältnisse in der gegenwärtigen Zeit wäre, nicht gefordert werden, sollen nicht wichtige Interessen des Staates, der Bedarfsdeckung unserer Bevölkerung oder sonstige allgemeine Interessen schweren Schaden leiden. Das Handelsgewerbe, für dessen Bereich die Vorschriften über die Sonntagsruhe wieder in Geltung gesetzt worden waren, wird in dem vorliegenden Entwurfe nicht besonders erwähnt. Mit Rücksicht darauf, daß mit den im Verordnungswege für das Handelsgewerbe erlassenen Bestimmungen auch während der Kriegszeit das Auslangen gefunden werden konnte, wird nicht zu gewärtigen sein, daß für diesen Zweig des gewerblichen Lebens die im vorliegenden Entwurfe vorgesehenen besonderen Ausnahmsfälle zutreffen werden. Als Folge dieser neuen Regelung der Sonntagsarbeit ergibt sich die Aufhebung der Verordnung vom 31. Juli 1914. Das Gesetz begrenzt seine Geltungsdauer selbst im § 1 auf die Zeit des Krieges und der dadurch herbeigeführten besonderen Verhältnisse.

Neues Wiener Tagblatt
25. II. 1918

118

Klagen der Gewerbetreibenden und Kaufleute.

Die passive Resistenz im Postsparkassenamte. — Die Eisenbahndiebstähle.

Ueber Veranlassung des Ministerpräsidenten Dr. Ritter v. Seidler fand gestern eine Konferenz zwischen der gestern gewählten Vertretung der freien gewerblichen Vereinigung, bestehend aus den Abgeordneten Einspinner, Loser und Hueber, mit dem Handelsminister Freiherrn v. Wieser und dem Gouverneur der Postsparkasse Dr. Ritter v. Schuster statt. Die Abgeordneten wiesen auf die schweren Schäden hin, die der gesamten Geschäftswelt und breiten Kreisen der Bevölkerung durch die passive Resistenz bei der Postsparkasse zugefügt wurden und zum Teil noch zugefügt werden. Sie verwiesen darauf, daß es wochenlang dauert, bis Geldüberweisungen durch die Postsparkasse dem Empfänger zugehen. Auch die Approvisionierungsverhältnisse haben darunter in letzter Zeit vielfach gelitten, weil bekanntlich dermalen die Waren im vorhinein bezahlt werden müssen und es infolge verspäteten Einlangens des Geldes sehr häufig vorkam, daß über diese bestellten Waren bereits anders verfügt worden war. Auch jene Festbesoldeten und Pensionisten, denen die Bezüge durch die Postsparkasse überwiesen werden, hatten unter diesen Verhältnissen sehr zu leiden.

Gouverneur Dr. Ritter v. Schuster gab eine eingehende Darlegung der Zustände bei der Postsparkasse, teilte mit, daß die passive Resistenz bereits erledigt sei und erklärte, daß in ungefähr acht Tagen wieder normale Verhältnisse im Dienste des Postsparkassenamtes eingetreten sein werden. Der Gouverneur betonte, daß die Störung im Dienste der Postsparkasse nur Verzögerungen bis zu höchstens sechs Tagen verursacht haben; wenn längere Fristen zu verzeichnen sind, so liege die Schuld bei andern Dienstesstellen. Durch die vielen Einberufungen und die natürlichen Abgänge an geschulten Beamten haben sich die Verhältnisse sehr ungünstig gestaltet. Dazu komme, daß durch die Erhöhung der Postgebühren viele Parteien, die sonst den Postanweisungsverkehr bevorzugt haben, jetzt die Postsparkasse benützen, so daß der Dienst bei den schwierigen Verhältnissen noch umfangreicher geworden sei. Auch die Schwierigkeiten im Eisenbahnverkehr und der Mangel an geschulten Hilfskräften bei allen Aemtern fallen schwer ins Gewicht. Trotzdem könne er, insoweit die Amtierung des Postsparkassenamtes in Betracht komme, das Versprechen abgeben, daß in längstens acht Tagen das normale Funktionieren dieses Instituts erreicht sein werde.

Dieselben Abgeordneten hatten hierauf eine Besprechung mit dem unter Führung des Sektionschefs Ritter v. Solvis erschienenen Vertretern des Eisenbahnministeriums, in welcher sie verlangten, daß unter allen Umständen und um jeden Preis Mittel gefunden werden müssen, mit denen den jetzigen Zuständen im Eisenbahnverkehr ein Ende gemacht werde. Es gebe kaum eine Frachtsendung mehr, die nicht beraubt werde, und bei dem jetzigen Mangel an Rohstoffen sei mit einer geldlichen Schadensgutmachung nicht gedient. Nicht nur kleinere Pakete und größere Stückgüter werden ganz oder zum Teil beraubt, sondern auch ganze Frachtsendungen aus plombierten Waggons verschwinden. Die Waggons werden vom Boden aus erbrochen und ihres Inhaltes beraubt. Dazu gehöre viel Zeit, und es sei ausgeschlossen, daß einzelne Personen diese Taten begehen.

Abgeordneter Einspinner teilte mit, daß vor einigen Tagen ein Waggon mit Wollstoffen, die für die Landesbekleidungsstelle für Steiermark bestimmt waren, vermutlich in St. Egyden bei Wiener-Neustadt des dritten Teiles seines Inhaltes beraubt wurde. Hundertsieben ganze Stück Schafwollstoffe wurden entwendet, also ein Quantum, welches nicht so unterderhand und von einer einzelnen Person verschleppt werden kann. Die Abgeordneten verlangten eine ständige Auswechslung der militärischen Wachmannschaften auf den Eisenbahnen, einen ständigen Ueberwachungsdienst unter dem Kommando von Offizieren während der Transporte und fortgesetzte Streifungen längs der Bahnen durch Gendarmerie.

Die Vertreter des Eisenbahnministeriums mußten die Richtigkeit der vorgebrachten Beanständigungen zugeben und erklärten, daß die Hauptschuld darin liege, daß ein Personal verwendet werden müsse, das unter andern Verhältnissen zu diesem verantwortungsvollen Dienst nicht zugelassen werden könnte.

Nach eingehender Erörterung aller in Betracht kommenden Gesichtspunkte wurde vereinbart, in der allernächsten Zeit über diesen Gegenstand im Eisenbahnministerium eine Besprechung abzuhalten, welcher auch Vertreter des Kriegsministeriums, beziehungsweise des Landesverteidigungsministeriums zuzuziehen seien.

Neue Freie Presse
27. I. 1918

119

[Vorbereitungen für den Friedensexport.] Ebenso wie in Deutschland geht man nun auch in Oesterreich daran, die im Kriege eingetretenen Veränderungen in den ausländischen Absatzgebieten zu erheben, um Industrie, Handel und Gewerbe über den voraussichtlichen Bedarf und die Aussichten des Exports rechtzeitig zu unterrichten. Hiezu werden die im Auslande bestehenden Konsulate und kommerziellen Vertreter, überdies aber auch in den verbündeten Staaten die militärischen Vertreter zu diesen Erhebungen herangezogen werden. Die Erhebungen werden sich unter anderm auf folgende Punkte beziehen: Von Wert ist für die exportierende Industrie insbesondere, welche Neugründungen in Industrie und Handel im Auslande erfolgt sind und welche neue Konkurrenz etwa während der Kriegszeit hinzugekommen ist. Hiebei wird insbesondere festzustellen sein, welche Artikel die Konkurrenz, unter welchen Bedingungen und zu welchen Preisen sie liefert. Danach wird man auch zu beurteilen in der Lage sein, welche Artikel aus Oesterreich in Hinkunft als nicht mehr konkurrenzfähig zu betrachten und daher vom Exportverkehre von vornherein auszuschließen sein werden. Bei dem Umstande, daß nach dem Kriege infolge des Rohstoffmangels teilweise noch Ersatzstoffe verwendet werden müssen, wird auch zu erheben sein, welche Kategorien derselben im Auslande überhaupt Anklang gefunden haben. Wenig unterrichtet dürfte der Exporthandel über die frachtlichen Verhältnisse im Auslande sein. Die meisten Bahnverwaltungen haben während der Kriegszeit die Frachten wiederholt hinaufgesetzt. Auch hinsichtlich der Zollverhältnisse müßte Klarheit geschaffen und der Exporthandel rechtzeitig informiert werden. Schließlich ist auch der Stand der Vorräte an fremden Waren wissenswert. Das Handelsministerium hat einen diesbezüglichen Fragebogen ausgearbeitet und ihn den Handelskammern zur Begutachtung übermittelt.

Reichspost
29.I.1918

121

Maßnahmen gegen Täuschungen über die Beschaffenheit der Waren.

Eine morgen zur Veröffentlichung gelangende Ministerialverordnung trifft Verfügungen, welche den Abnehmer gegen Täuschungen über Beschaffenheit und Herstellungsart der Waren schützen sollen. Demzufolge sind alle Benennungen und Bezeichnungen von Waren verboten, die die Abnehmer über die Beschaffenheit oder die Art der Erzeugung täuschen können. Die neue Verordnung findet auf alle Waren Anwendung. Schon vor Jahr und Tag hat die „Reichspost" die Erlassung einer solchen Verordnung in zahlreichen Artikeln und Notizen gefordert. Namentlich Ersatzmittel schier ohne Zahl sind unter Namen in den Handel gekommen, die als gröblichste Irreführung der Käufer bezeichnet werden müssen. Dieser Unfug hat dem Volke schweres Geld gekostet, die Erzeuger freilich sind dabei gut gefahren. Das bloße Verbot wird aber bei der Gerissenheit der Erzeuger von Schwindelfabrikaten nicht viel nützen, wenn damit nicht gleichzeitig eine ständige und strenge Kontrolle Hand in Hand geht.

Die Zeit
29. I. 1918

122

Der Abbau der Preise.

Zweifelhafte Rückwirkungen der Preistreibereiverordnung.

In der letzten Vollversammlung der Handelspolitischen Kommission wurde über die Preistreibereiverordnung vom 24. März 1917 und den Abbau der Preise verhandelt. Der Berichterstatter Kammersekretär Prof. Dr. Wrabetz skizzierte zunächst die Erfahrungen, die mit der Preistreibereiverordnung vom 24. März 1917 gemacht wurden. Sie waren insofern günstige, als die Feststellung der wirtschaftlichen Urteilsgrundlagen durch die Preisprüfungsstellen im allgemeinen zu einer einwandfreien Judikatur führte. Die Richtpreise bewährten sich, wenn sie auf Grund wirtschaftlicher Prüfung erstellt wurden, in anderen Fällen aber, wo sie auf fehlerhafte Voraussetzungen aufgebaut und zu knapp gehalten wurden, übten sie eine schädliche Wirkung auf die Bedarfsversorgung aus. Was den Abbau der Preise anlangt, so haben die Preisprüfungsstellen ihre Aufgabe vorerst darin erblickt, Preisexzesse zu unterdrücken und Preiserhöhungen zu beanstanden, die der Ausdruck skrupelloser Gewinnsucht waren. Wenn auch seit Aktivierung der Prüfungsstellen ein Abbau der Preise nicht erzielt wurde, was zum größten Teil aus der immer ungünstigeren Auswirkung der verschärften Kriegslage erklärlich wird, so wurde doch vielfach eine gewisse Stabilisierung der Preise erzielt. Die gewissenhaftesten Bemühungen der beeideten Preisrichter versagten jedoch vielfach infolge einer durchaus unzulänglichen Exekutive.

Abg. Friedmann bemerkte, es wäre, trotzdem die Preistreibereiverordnung das weitere Ansteigen der Preise nicht verhindern konnte, doch verfehlt, sie im gegenwärtigen Zeitpunkt aufzuheben. Mit Recht könne jedoch verlangt werden, daß ihre Handhabung dem kaufmännischen Geist und den wirtschaftlichen Grundsätzen entspreche. Der Abbau der Preise werde um so schneller und leichter vor sich gehen, je weniger künstliche Mittel angewendet werden.

Kais. Rat Krause erklärte, er stehe noch immer auf dem Standpunkt, den er bei der Verlautbarung der Preistreibereiverordnung eingenommen habe, daß der durch sie beabsichtigte Zweck nicht erreicht werde. Die Preisprüfungsstellen hätten nur dann volle Berechtigung, wenn sie in erster Linie für Urprodukte und Halbfabrikate die Preise festsetzen würden.

Der Präsident des Gremiums der Wiener Kaufmannschaft Spitzer führte aus, daß die Preistreibereiverordnung geeignet sei, die unlautersten Elemente der Kaufmannschaft an die Oberfläche zu bringen und den anständigen Handel auszuschalten. Im Handel werden erst mit der freien Konkurrenz wieder erträgliche Verhältnisse eintreten. Die Unsicherheit, von der die Kaufleute ergriffen wurden, hatte zur Folge, daß viele ihren Geschäftsbetrieb in Oesterreich aufließen und sich in Ungarn etablierten. Bei dem Wiederaufbau der Wirtschaft müssen Kaufmannschaft und Konsumenten sich vereinigen.

Frau Freund-Marcus betonte, daß die Preisprüfungsstellen und die Zentralpreisprüfungskommission nicht eine richterliche, sondern eine begutachtende Aufgabe haben. Der Schleichhandel könne nur durch eine bessere Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Bedarfsartikeln wirksam bekämpft werden.

Regierungsrat v. Tayenthal führte aus, daß die Preistreibereiverordnung das Problem, das sie lösen sollte, das ist die bessere Versorgung der Bevölkerung mit unentbehrlichen Bedarfsgegenständen, nicht gelöst habe. Trotz allergegenteiligen Behauptungen habe das Gesetz von Nachfrage und Angebot auch im Kriege vollste Wirkung. Die gegenwärtige Preislage wurde durch den großen Warenmangel und die verstärkte Nachfrage verursacht. Eine Erleichterung werde eintreten, wenn die Produktion erhöht wird. Eine solche Förderung der Produktion erfordere neben Rohmaterial insbesondere auch eine liberale Freigabe solcher für den Frontdienst ungeeigneter Personen durch die Militärverwaltung, die imstande sind, der Industrie, dem Handel und Gewerbe wertvolle Dienste zu leisten. Der Redner führte weiter aus, daß in der geringen Heranziehung der Ersatzstoffe eine große Versäumnis der Approvisionierungsverwaltung zu erblicken ist.

Nachdem noch Handelskammerrat Pabst den Standpunkt der Kleinkaufleute erörtert hatte, wurde die Verhandlung abgebrochen und für die nächste Sitzung vertagt.

Neue Freie Presse Abendbl 31.I.1918 a 31 123

Kredithilfsaktion für den durch den Krieg betroffenen Gewerbestand.

Wien, 31. Januar.

Die seit nahezu zwei Jahren im Gange befindlichen Verhandlungen über eine alle Kronländer umspannende Kredithilfsaktion für den durch den Krieg betroffenen Gewerbestand sind nun soweit gediehen, daß auch für die Gemeinde Wien der Zeitpunkt gekommen ist, über ihre Beteiligung an dieser Aktion konkrete Beschlüsse zu fassen. Der Stadtrat hat sich heute zu einer Sitzung versammelt, in der Vizebürgermeister Hierhammer folgende Anträge stellte: Nachdem in der Plenarsitzung des österreichischen Abgeordnetenhauses vom 16. November 1917 über den Antrag, betreffend die Bereitstellung von Mitteln zur Bildung eines gewerblichen Kredit- und Hilfsfonds, gefaßten Beschlüsse die Zustimmung der Regierung gefunden haben, und in der Voraussetzung, daß der Staat sich an der von öffentlichen Faktoren zu übernehmenden Ausfallhaftung für den durch den Krieg betroffenen Gewerbetreibenden zu gewährenden Darlehen und den erforderlichen Zuschüssen für deren Verzinsung mit 75 Prozent beteiligen werde erklärt sich die Gemeinde Wien bereit, von den restlichen 25 Prozent der für Wien zu leistenden Darlehensausfallshaftungen und Zinsenzuschüsse 40 Prozent mit der Einschränkung zu übernehmen, daß die von der Gemeinde Wien zu leistenden Zuwendungen nur für Wiener Gewerbetreibende Verwendung finden dürfen.

Die Gemeinde Wien erklärte, soweit es sich um die Verhältnisse in Wien handelt, im wesentlichen ihre Zustimmung zu der vorgeschlagenen Organisation des Hilfsdienstes. Sie behält sich jedoch vor, bezüglich einzelner, das Wesen der Organisation nicht betreffender Punkte, bezüglich welcher noch nicht völlige Uebereinstimmung besteht, noch Vereinbarungen mit dem niederösterreichischen Landesausschusse und der Handels- und Gewerbekammer zu treffen.

Ueber diese Anträge entspann sich eine Debatte, in deren Verlauf fast alle Mitglieder des Stadtrates das Wort ergriffen. Stadtrat Hohensinner wünschte, daß die Regierung den größten Einfluß ausüben soll, damit keine Parteilichkeiten stattfinden. Dr. Hein wünschte, daß die Kredithilfeaktion nicht nur dem Gewerbestande, sondern allen kriegsbetroffenen Personen, wie Advokaten, Architekten, Künstlern usw., zugute kommen soll. Der Stadtrat erhob die Anträge des Vizebürgermeisters Hierhammer zum Beschluß, die nächste Woche vor den Gemeinderat kommen.

Vossische Zeitung

4. / II. 1918.

124

Der wirtschaftliche Friedensschluß mit Rußland.

Beschluß des deutsch-russischen Wirtschaftsausschusses.

Unter Beteiligung der Reichsämter und leitender Kriegsämter sowie zahlreicher Handelskammern und Verbände und mehr als 450 Firmen tagte gestern in Berlin die zweite Allgemeine Mitgliederversammlung des deutsch-russischen Wirtschafts-Ausschusses (deutsch-russischer Verein, E. V., Berlin und Verein deutscher Fabrikanten und Exporteure für Rußland E. H. Remscheid). Nach dem Vortrag des Professors Dr. Otto Hoetzsch-Berlin, über die Neuordnung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland wurde folgende Resolution angenommen:

1. Die Neuordnung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und Rußland ist für den Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens von größter Bedeutung, besonders da mit Abschließungsbestrebungen unserer anderen Gegner auch nach dem Kriege gerechnet werden muß und die Wiederanknüpfung unserer überseeischen Beziehungen durch den Mangel an Schiffsraum und durch die systematische Raubpolitik Englands erschwert ist.
2. Die Neuordnung muß unter Wahrung der Eigeninteressen Deutschlands so angestrebt werden, daß sie die Gewähr eines dauernden ersprießlichen Wirtschaftsfriedens in sich trägt. Das gleiche gilt für die etwa von Rußland sich ablösenden Teile. Insbesondere darf eine solche Loslösung nicht zu einer Erschwerung des deutsch-russischen Handels führen.
3. Der Rahmen ist durch die Verbindung der unbedingten Meistbegünstigung mit einem Handels- und Tarifvertrage gegeben.
4. Die fortlaufende Heranziehung von Sachverständigen des deutschen Wirtschaftslebens durch die deutsche Regierung ist unbedingt geboten. Diese Sachverständigen sind zweckmäßig von den zentralen Wirtschaftsverbänden und Fachvereinen zu bezeichnen.
5. Zur Herbeiführung eines befriedigenden Abschlusses ist auch auf der russischen Seite die Entsendung wirklich sachkundiger Vertreter und Kenner des russischen Wirtschaftslebens erforderlich. Ihre Heranziehung sollte seitens unserer und unserer Verbündeten Vertretungen in Brest-Litowsk erstrebt werden.

Ueber den Stand der Entschädigungsfragen berichtete auf das eingehendste der Präsident der Reichsentschädigungskommission Geheimer Justizrat Dr. Helmann und Assessor v. Friedberg als Vertreter des Reichskommissariats zur Erörterung von Gewalttätigkeiten in Feindesland. Wünsche der aus Rußland ausgewiesenen Reichsdeutschen brachte das Mitglied des Reichstages Kommerzienrat J. H. Zimmermann zum Ausdruck.

Ueber die Regelung des deutsch-russischen Handels in der Uebergangszeit sprach Syndikus M. Busemann, Berlin, und Oskar Pfau, Thorn (Moskau). Syndikus Dr. Paul Meyer, Remscheid, teilte in seinem Vortrage über den Gläubigerschutz in Rußland mit, daß der mit Unterstützung der Reichsbehörde ins Leben gerufene Gläubigerschutzverein für das feindliche Ausland dem deutsch-russischen Wirtschafts-Ausschuß die Bearbeitung des Gläubigerschutzes für ganz Rußland übertragen hat.

Die Zeit
5. II. 1918

(**Forderung nach Errichtung von Arbeitskammern.**) Auf der Kriegstagung der deutschnationalen Arbeitnehmerverbände Oesterreichs sprach der Erste Vorsitzende Walter Gattermayer über die Forderung der Errichtung von Arbeitskammern. Es wurde im Sinne seiner Ausführungen eine Entschließung angenommen, in der die Kriegstagung der deutschnationalen Arbeitnehmerschaft Oesterreichs das Ministerium für soziale Fürsorge ersucht, der Forderung nach Errichtung von Arbeitskammern Rechnung zu tragen. Die Arbeitskammern sollen am Sitze einer jeden Handels- und Gewerbekammer für die Großindustrie nach ihren Hauptarten, das Gewerbe und die Hausindustrie errichtet werden. Die Arbeitskammern sind in allen gemeinsamen gewerblichen und wirtschaftlichen Belangen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer und in den besonderen Belangen der Arbeitnehmer beratendes, begutachtendes und auch mit dem Recht der Antragstellung ausgestattetes Organ der Verwaltung, und sie haben Arbeiterausschüsse, Schlichtungsstellen und Einigungsämter zu errichten. Zur Wahrnehmung der besonderen Interessen der Arbeitnehmer sind in den Arbeitskammern besondere Arbeitnehmerabteilungen zu errichten. Die aus der Errichtung und Tätigkeit der Arbeitskammern sowie der Einigungsämter und Schlichtungsstellen erwachsenden Kosten werden vom Staate getragen.

Rote Freie Presse

5./II. 1918

126

[Der Handelsminister für den Mittelstand und den Handel.] Unter Führung des Reichsratsabgeordneten Dr. Julius Ofner sprach heute im Abgeordnetenhause eine Deputation der Wirtschaftsgenossenschaft inländischer Lederhändler beim Handelsminister vor. An der Hand von umfangreichem Tatsachenmaterial wurde dargelegt, daß eine Entrechtung des Wiener Lederhandels zugunsten einiger weniger Großhandlungshäuser Platz gegriffen habe, wobei der überwiegende Einfluß der begünstigten Firmen in der als Zentrale fungierenden Leder- und Schuhbeschaffungsgesellschaft m. b. H. von ausschlaggebender Einwirkung gewesen sei. In seiner Antwort hob Handelsminister Freiherr v. Wieser hervor, daß er sein Amt mit dem Vorsatze angetreten habe, den durch den Krieg ohnedies arg bedrohten österreichischen Mittelstand zu erhalten und gegen das Ueberwiegen der Interessen einzelner Großkapitalisten zu schützen; er werde, getreu dieser seiner grundsätzlichen Stellung, auch dem Lederhandel zu seinem Rechte verhelfen und die schleunige Abstellung der gerügten Uebelstände veranlassen.

Neue Freie Presse Abendbl 127
6./II. 1918

Plan einer Vereinigung des Ministeriums für Uebergangswirtschaft mit dem Handelsministerium.

Im Schoße der ungarischen Regierung ist der Gedanke aufgetaucht, das Ministerium für Uebergangswirtschaft mit dem Handelsministerium zu vereinigen. Der Minister für Uebergangswirtschaft Bela Földes äußerte sich heute hierüber: Mit dem Rücktritte des Grafen Batthyany von der Spitze des Volkswohlfahrtsministeriums ist die Idee aufgetaucht, daß ich die Leitung der Volkswohlfahrtsangelegenheiten übernehmen soll, zumal sich wiederholte Kompetenzstreitigkeiten und Parallelaktionen mit meinem bisherigen Ressort ergeben haben. Weiter ist die Angelegenheit bisher noch nicht gediehen.

Vossische Zeitung
7. II. 1918

128

Das Reichswirtschaftsamt.

Organisation — Aufgaben — Ziele.

Das Reichswirtschaftsamt gehört zu den wenigen großen Reichsbehörden, über deren Organisation, Aufgaben und Ziele der Fernstehende bisher nur weing oder gar nichts gehört hat. Und gerade das Reichswirtschaftsamt ist diejenige Reichsbehörde, die berufen ist, für die fernere Entwicklung unseres gesamten Wirtschaftslebens namentlich in der Zeit nach dem Kriege eine ausschlaggebende Rolle zu spielen. Gegründet durch allerhöchsten Erlaß vom 21. Oktober 1917, umfaßt das Amt die wirtschafts- und sozialpolitischen Aufgaben, die früher vom Reichsamt des Innern erledigt wurden. Hauptaufgabe des neugeschaffenen Reichswirtschaftsamtes sollte zunächst sein, engste Fühlung mit dem gesamten praktischen Erwerbsleben zu gewinnen. Da diese Ziele auch von dem früheren Reichskommissar für Uebergangswirtschaft erstrebt worden waren und da die Aufgaben dieses Kommissariats auf das Reichswirtschaftsamt übergegangen sind, so wurde sein Aufbau auf den bereits vom Uebergangskommissar geschaffenen Grundlagen fortgeführt.

Den innigen Zusammenhang zwischen Reichswirtschaftsamt und praktischem Erwerbsleben stellen zunächst eine Reihe sogenannter berufsständischer Mitarbeiter dar, die in den verschiedensten Industriezweigen an hervorragender Stelle stehen und ihre Tätigkeit im Amt selbstverständlich ehrenamtlich ausüben. Sie treten in regelmäßigen Zwischenräumen zu Beratungen zusammen. Ihnen steht das Recht der Initiative zu, auch können sie jederzeit der Leitung des Amtes Vorschläge unterbreiten. Damit nun diese Mitarbeiter bei der Beratung wichtiger Wirtschaftsfragen ihre Erfahrungen auf noch breiteren Grund stellen können, stehen ihnen Fachausschüsse zur Seite. Sie sind ebenfalls aus Interessenten zusammengesetzt, bestehen für alle maßgebenden Industriegruppen und werden von den berufsständischen Mitarbeitern geleitet. Diese bilden ihrerseits den engeren Ausschuß für die Leitung des Reichswirtschaftsamtes. Daneben sind im Amt auch noch sogenannte berufsständische Referenten aus dem praktischen Erwerbsleben beschäftigt, die wie vortragende Räte in ehrenamtlicher Stellung arbeiten und in ständiger Fühlung mit den Mitarbeitern stehen. Derartige Referenten gibt es bereits für die wichtigsten Industriezweige. Ihre Tätigkeit im Amt soll nur wenige Jahre dauern, da beabsichtigt ist, alsdann an ihrer Stelle neue Referenten zu berufen. Auf diese Weise wird vermieden, daß ihre Tätigkeit etwa zu beamtenmäßig werden könnte.

Das Reichswirtschaftsamt ist in zwei Hauptabteilungen gegliedert, die je einem Unterstaatssekretär unterstehen. Die wirtschaftspolitische Hauptabteilung wird von dem Unterstaatssekretär Dr. Göppert geleitet; sie zerfällt in drei Unterabteilungen, von denen die erste unter Leitung des Ministerialdirektors Müller alle handels- und wirtschaftspolitischen Fragen zu erledigen hat. In ihr werden also beispielsweise alle wirtschaftlichen Dinge, die die Landwirtschaft, die Industrie und die Bank- und Börsenwelt betreffen, bearbeitet. Auch untersteht ihr das Reichskommissariat für Aus- und Einfuhrbewilligung, das Reichsschiedsgericht für Kriegswirtschaft usw. Die Gliederung der einzelnen Referate ist einmal unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftszweige in sogenannte Gruppenreferate erfolgt, z. B. für Landwirtschaft, Nahrungs- und Genußmittel, Textilindustrie, Brennstoffe, Eisen, Chemikalien, Kali, Fette usw. In den einzelnen Gruppen werden alle das Spezialgebiet betreffenden wirtschaftlichen Fragen bearbeitet, so insbesondere Handels- und Zollsachen, Syndikate, Monopole, Steuerfragen, Zusammenlegung und Stillegung von Betrieben usw. Sodann sind nach allgemeinen Gesichtspunkten sogenannte allgemeine Referate vorgesehen, und zwar je ein Referat für die Handelspolitik, für Kriegsgesellschaften und Uebergangswirtschaft, für Zusammenlegung und Syndizierung und für Bank- und Börsenwesen, Aktiengesellschaften usw. In einer besonderen Abteilung werden endlich noch diejenigen Angelegenheiten bearbeitet, die sich auf die Wiederaufnahme des Handelsverkehrs mit Rußland beziehen.

Die zweite Unterabteilung unter Leitung des Geheimrats von Jonquières bearbeitet Fragen der Seeschiffahrt und insbesondere deren Kriegsschäden, der Binnenschiffahrt, des übrigen Verkehrswesens, der Wasserkräfte, Fischerei, wirtschaftlichen Vergeltungsmaßenahmen usw. Die dritte Unterabteilung des wirtschaftspolitischen Ressorts umfaßt unter dem Vorsitz des Ministerialdirektors v. Schönebeck die Fragen des wirtschaftlichen Nachrichten- und Informationsdienstes, die Angelegenheiten der Produktionsverhältnisse des In- und Auslandes, Statistiken des Warenverkehrs mit dem Ausland usw. In ihr werden auch allgemeine volkswirtschaftliche und finanzwirtschaftliche Fragen, die Errichtung deutscher Handelskammern im Ausland, das Ausstellungs- und Auskunftswesen und die Veröffentlichungen des Amtes auf wirtschaftlichem Gebiet erledigt. Es liegt also dieser Abteilung die nach dem Kriege besonders wichtig werdende Propaganda im Ausland ob. Sie zieht nicht nur im In- und Ausland alle notwendigen Auskünfte auf den verschiedenen Wirtschaftsgebieten ein, sondern sie dient auch dazu, unsere Industrie durch die Herausgabe besonderer amtlicher Schriften über die Entwicklung des in- und ausländischen Wirtschaftslebens dauernd auf dem Laufenden zu halten.

Wir kommen nun zu der zweiten Hauptabteilung des Reichswirtschaftsamtes, der Unterstaatssekretär Caspar vorsteht, und die sich mit sozialpolitischen Dingen befaßt. Auch sie zerfällt in Unterabteilungen, von denen die eine unter Leitung des Unterstaatssekretärs die Fragen des Gewerbewesens, des Bühnengesetzes, der Arbeitslosenfürsorge, des Sparkassenwesens usw. bearbeitet. Eine andere Unterabteilung mit Geheimrat Dr. Wuermeling an der Spitze befaßt sich mit den Fragen des Versicherungswesens, insbesondere der Arbeiter- und Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung usw. In ihr werden auch die Fragen, die den vaterländischen Hilfsdienst und die Wohnungsfürsorge betreffen, erledigt. In dieser sozialpolitischen Hauptabteilung ist, was noch besonders hervorgehoben sei, auch der Reichs- und Landtagsabgeordnete Giesberts tätig. Er nimmt keineswegs eine Beamtenstellung ein. Giesberts steht in ständiger engster Fühlung mit dem Staatssekretär und vertritt wegen seiner innigen Fühlungnahme mit den Gewerkschaften namentlich die Arbeiterinteressen in allen einschlägigen Fragen. Hierbei sei erwähnt, daß Giesberts selbstverständlich seine Tätigkeit als Reichs- und Landtagsabgeordneter auch weiterhin ausübt.

Nachdem wir so den Aufbau des Reichswirtschaftsamtes in großen Zügen geschildert haben, möchten wir schließlich noch erwähnen, daß das Amt auf einem besonderen Gebiet bereits fruchtbare Arbeit geleistet hat, die kurz vor ihrer Vollendung steht. Sie betrifft die Frachtraumverteilung nach dem Kriege. Hierbei handelt es sich um freiwillige Maßnahmen der in Frage kommenden Interessenten. Es ist ein Verband in Bildung begriffen, dem sich weit über 90 v. H. der deutschen Reeder bereits angeschlossen haben. Mit Hilfe dieses Verbandes, dem nur noch zwei Reedereien fernstehen, soll dafür gesorgt werden, daß uns nach dem Kriege nur die wichtigsten Einfuhrgüter auch der notwendige Schiffsraum zur Verfügung steht. Der genannte Verband wird also dem Reichswirtschaftsamt stets einen genauen Ueberblick über den vorhandenen Frachtraum vermitteln und mit dafür sorgen, daß der deutsche Schiffsraum auch wirklich ausschließlich im Interesse des Deutschen Reiches voll ausgenützt wird.

P. E.

Tägliche Rundschau
7. III. 1918

129

* **Publikum und Verkäufer.** Vom Verband Berliner Spezialgeschäfte wird uns geschrieben: Immer häufiger wird in der Oeffentlichkeit über die zunehmende Unhöflichkeit und Rücksichtslosigkeit des Verkaufspersonals in offenen Ladengeschäften dem Publikum gegenüber geklagt. In vielen Fällen beschränken sich diese Klagen nicht auf das Verhalten des Personals, sondern sie richten sich ebenfalls gegen die Geschäftsinhaber. Diese Tatsachen geben daher dem Verband Berliner Spezialgeschäfte und anderen berufenen Vertretungen der Berliner Geschäftswelt Veranlassung, ihrem lebhaften Bedauern über diese unerfreuliche Folge der kriegswirtschaftlichen Notwendigkeiten Ausdruck zu verleihen. Es soll dahingestellt bleiben, ob im Einzelfalle der Verkäufer oder der Käufer Veranlassung zu diesen erregten Auseinandersetzungen gibt. Wichtiger scheint es uns, daß Verkäufer und Käufer unter Berücksichtigung einer durchaus begreiflichen Kriegsnervosität sich bewußt bleiben sollten, von wie weitreichender Bedeutung gerade die Erhaltung einer ruhigen Gesamtstimmung ist, und daß daher jeder in seinem Lebens- und Berufskreise die vaterländische Pflicht hat, alles zu vermeiden, was Verstimmung hervorrufen kann und Vorurteile gegen Berufsstände und Gesellschaftsklassen schafft. Aus diesem Grunde wird den Verkäufern — Geschäftsinhabern wie Angestellten — dringend empfohlen, das kaufende Publikum unterschiedlos mit Höflichkeit und Zuvorkommenheit zu behandeln. Das Publikum aber möge nicht vergessen, mit welch erschwerenden Umständen heutzutage die Verkaufstätigkeit bei nahezu sämtlichen Gebrauchsartikeln verbunden ist, und es sollte daher auch seinerseits für die schwierige und undankbare Arbeit des Verkäufers Verständnis zeigen. Eine Beherzigung dieser Aufforderung wird sicher dazu beitragen, daß sich der Verkehr in offenen Ladengeschäften in Zukunft in gleich angenehmer Weise wie im Frieden abwickeln wird.

Vossische Zeitung
7. VII. 1918

130

Handelsvereinigung, landwirtschaftliche und Bäcker-Genossenschaften.

Dieser Tage ist die „Handelsvereinigung für Getreide, Futtermittel und Saaten G. m. b. H." mit einem Stammkapital von 600 000 M., Geschäftsführer Julius Kohnke und Joseph Steinhardt, im Handelsregister eingetragen worden. Wir haben es hierbei mit der geschäftsausführenden Stelle für das noch zu errichtende Syndikat der Getreidehändler für die Zwecke der Einfuhr zu tun. Das Kapital der obigen G. m. b. H. ist zur ungefähren Hälfte von den staatlichen Wirtschaftsorganen, zur zweiten Hälfte von den Händlern übernommen. Die zweifellos sehr großen Kapitalien, die für den Import während des weiteren Krieges, bzw. während der Uebergangszeit gebraucht werden, bringt, sobald die ganze Angelegenheit aktuell geworden, das zu gründende Syndikat der Importeure auf. Die in den letzten Tagen hier gewesenen kaufmännischen Abgesandten aus Oesterreich-Ungarn, wo ähnliche Institutionen teils schon errichtet, teils noch beabsichtigt sind, haben durch gegenseitige Abmachungen Sorge getragen, daß bei den Einkäufen im Auslande keine gegenseitige Konkurrenz und Preistreiberei erfolgen, sondern beide Parteien Hand in Hand gehen werden. Auch die Abmachungen über das, was vom Import an Deutschland, was an Oesterreich-Ungarn fällt, sind ebenso, wie bezüglich Rumäniens, so auch bezüglich sonstiger Einfuhr, zwischen den maßgebenden Faktoren getroffen. — Die Frage, ob wir mit Rußland in kürzerer Frist geschäftlichen Verkehr haben dürften, ist nicht ohne weiteres zu beantworten. Es hängt dies hauptsächlich von der inneren politischen Situation des Landes und vom Aufhören des dortigen Bürgerkrieges ab, nicht minder von dem Verhältnis der russischen Vorräte zum Eigenbedarf und ganz besonders von der Transportfrage.

Ueber den Plan, unsere wirtschaftliche Versorgung in Deutschland dahin umzuändern, daß durch Ausschaltung jeder kommunalen und Kommissionärtätigkeit die Beschaffung der Bodenerzeugnisse allein den landwirtschaftlichen Genossenschaften übergeben werden solle, hatten wir schon vor einiger Zeit ausführlich berichtet, und auch über die große Protestversammlung der Kaufleute referiert, die sich aber nicht minder als eine solche der Konsumenten herausstellte. Daß diese landwirtschaftlichen Versuche, die Händler auszuschalten, nicht allein stehen, daß vielmehr auch von anderer Seite mehr und mehr die Ausschaltung der Kaufleute versucht wird, zeigt sich in der planmäßigen Agitation des Germania-Verbandes der Bäckermeister, innerhalb der Einzelinnungen Genossenschaften zum Ankauf und Verkauf der Rohstoffe, das heißt in der Hauptsache der Mehle, zu gründen. Der unparteiische Sachverständige muß sich gerade über diese Bestrebungen um so mehr wundern, als in Friedensjahren das Mehlgeschäft unter einer ungesund starken Konkurrenz litt, die von den Bäckern derart ausgenutzt wurde, daß der regelmäßige Nutzen des Kaufmanns, wenn man Fuhrlohn und Kassaskonto vom Preise abzog, nicht eine halbe Mark für den Sack überstieg, wovon dann erst die laufenden Geschäftsspesen abgingen. So war es schon bei den Spezialmarken, während diejenigen Mehle, die sich in den Händen aller Händler befanden, wie z. B. die Marken der Berliner Schütt'schen und der Dampfmühle, der Durchschnittsnutzen 10 bis 20 Pfg. nicht überstieg. Bei diesen Mehlen spielte der Bäcker die Konkurrenz der einzelnen Händler gegen einander aus und bis zu einem gewissen Grade war dies auch für die überaus große Zahl der sonstigen Provinzmarken der Fall, von denen die Bäcker mindestens hundert zur Auswahl hatten. Für den Mehlhändler war größerer Verdienst überhaupt nur möglich, wenn die Preiskonjunktur nach oben ging, und er hatte mehr oder weniger Verluste, wenn sie abwärts drückte. Es ist nicht recht verständlich, daß sich die Bäcker freiwillig dieser günstigen Stellung im Einkauf des Mehles begeben und durch Gründung eigener Genossenschaften innerhalb der Innung sich selbst Monopole schaffen, bei denen sie bezüglich Preise und Marken nicht mitzureden haben, von denen sie aber, ob sie wollen oder nicht, und gleichgültig, ob sie wo anders billiger kaufen könnten, ihre Bedürfnisse entnehmen müssen; Hefesyndikat und Kommunalbewirtschaftung sind genügend Beispiel hierfür. Bisher hatten die Bäcker in den offiziellen Börsennotizen die tägliche Kontrolle, daß sie nicht zu teuer kauften. Bei den neuen Einkaufsgenossenschaften richtet sich der Verkaufspreis natürlich nur nach dem Einstandspreise und den laufenden Spesen. Dabei fällt die bisherige Möglichkeit für den Bäcker, sich das für seinen Betrieb am besten passende Mehl unter der übergroßen Zahl der Marken bei den Händlern auszusuchen, fort, da eine Innungsgenossenschaft sich schwerlich mehr als 3 bis 6 Marken wird hinlegen können.

Das Eigentümliche bei allen diesen Bestrebungen, den Handel durch eigene Genossenschaften auszuschalten, ist dabei, daß offenbar der eigentliche Zweck nicht erreicht wird. Wenn die Landwirte ihre Genossenschaftsbestrebungen durchsetzen, so dürfte in Friedenszeiten die Folge sein, daß die Kaufleute statt von den Erzeugern von den Genossenschaften kaufen, und daß, wenn die Bäcker ihre Einkaufsgenossenschaften gründen, diese von den Großkaufleuten meist ihre Ware beschaffen. Durch solche Gründungen wird also in ersterem Falle ein neues Mittelglied für die Bewegung der Ware zwischen dem Produzenten und dem Kaufmann gebildet, in dem Bäckerfalle ein neues Glied zwischen dem Bäcker und dem Händler. Daß sich die Händler auf die Dauer ganz ausschalten lassen, daran wird derjenige, der die Findigkeit und die Energie des Handels kennt, keinen Augenblick glauben. Wohl aber ist es möglich, daß von unseren Mehlhändlern im Falle von Schwierigkeiten manche auf die Idee kommen, mit unter die Zahl der Bäcker zu treten und neue Brotfabriken zu gründen. Zur Sprache ist dieser Fall jedenfalls bereits gekommen.

Österr. Volkszeitung

Z. II. 1918

131

Vorsicht bei Käufen im Dorotheum.

Eine Verlautbarung der Zentraldirektion über die Versteigerungen. — Reklamationen wegen gekaufter Objekte unzulässig.

In den prunkvollen Versteigerungssälen des vom Grafen Kielmansegg an Stelle des „alten Amtes" oder wie einst der volle Titel lautete „K. k. Versatz- und Fragamt" errichteten „Dorotheums" ist es wiederholt in der letzten Zeit zu peinlichen Szenen gekommen. Man kennt das Bild einer Versteigerung in den mit historischen Namen versehenen Sälen. Es gehörte sozusagen zum guten Ton, sich die „Ausstellungen" des Dorotheums anzusehen und bei einem besonders interessanten Nachlaß ein wenig „mitzubieten". Herren mit goldenem Zwicker und Damen in Sealskinmänteln bilden auch jetzt noch die Staffage zu den Versteigerungen, die sich vor dem Kriege zum formlichen Rendezvousplatz zwischen dem Diner und der „Demeljaule" ausgestalteten.

Es ist wiederholt darauf hingewiesen worden, daß der Krieg ein neues Auktionspublikum gebracht hat. Darunter sind Leute, die wohl recht billige Ankäufe nicht verschmähen, vorausgesetzt, daß das betreffende Objekt vollkommen neu und gänzlich intakt ist. Stellte sich aber, wie dies wiederholt in der letzten Zeit vorkam, ein erst später entdeckter Schaden heraus, so wurde in zahlreichen Fällen in heftigster Weise dagegen Einspruch erhoben, daß dieser Fehler nicht „konstatiert" worden war. Die Reklamationen drohten nachgerade den Wiener Gerichtssälen den neuen Begriff der „Dorotheumsprozesse" zu vermitteln.

Das Dorotheum selbst hat nun eine Verlautbarung erlassen, die das Käuferpublikum der Versteigerungen zur Vorsicht mahnt und gleichzeitig eine Rechtsverwahrung darstellt, die jede Verantwortung für die Beschaffenheit eines im Dorotheum erstandenen Gegenstandes ausdrücklich ablehnt. Die Erklärung lautet:

„Zur Danachachtung! Alle im Versteigerungsamt (Dorotheum) zur Versteigerung gelangenden Gegenstände, ob sie sich als gewöhnliche Gebrauchsgegenstände oder als Gegenstände des Kunstgewerbes oder der Kunst darstellen, sind gebrauchte Gegenstände, also solche, die bereits im privaten Besitz waren und durch die Benützung mehr oder weniger Schaden erlitten haben. Selbst solche Gegenstände, die Schäden im eigentlichen Sinne des Wortes nicht aufweisen, sind als beschädigt zu betrachten, insofern nämlich, als auch die normale Abnützung jedes Stück in seiner Gebrauchsfähigkeit oder in seinem Aussehen schädigt.

Aus diesem Grunde kann die Zentraldirektion Reklamationen, die nach Zuschlag eines im Versteigerungsamte erstandenen Stückes geltend gemacht werden, aus dem Titel, dessen Beschädigung oder Abnützung nicht entgegennehmen, auch dann nicht, wenn der Gegenstand nicht ausgestellt oder so ausgestellt war, daß dessen eingehende Besichtigung und Prüfung unmöglich war; auch dann nicht, wenn der mit der Durchführung der Auktion betraute Kommissär zufälligerweise die Art und den Charakter der Beschädigung vor der Ausbietung des Stückes nicht oder nicht näher bezeichnet hat.

Jedermann, der im Versteigerungsamte kauft, muß die Vorsicht gebrauchen, die ausgestellten Gegenstände zu besichtigen, auf solche aber, die er aus irgendeinem Grunde nicht besichtigen konnte, nicht mitzubieten. Wer diese Vorsicht unterläßt, handelt auf eigene Gefahr. Das Amt bietet die einzelnen Gegenstände in dem Zustande aus, in dem sie zur Versteigerung gebracht werden, es ändert an den Gegenständen nichts, weshalb es für die nicht entsprechende Verfassung des einzelnen Stückes die Verantwortung nicht tragen kann. Dagegen trägt das Amt die Verantwortung dann, wenn das Stück unter falscher Qualifikation ausgerufen wurde, wenn beispielsweise ein Gegenstand als aus Silber bestehend ausgerufen wurde und sich nachträglich als Nichtedelmetall hergestellt erweist. — Die Zentraldirektion."

Neues Wiener Tagblatt
8./II. 1918

132

* (Das Recht des großen blauen Zwickers.) Der Magistrat als Gewerbebehörde erster Instanz hatte sich vor kurzem mit der Frage des historischen Rechtes des Wahrzeichens für Optiker (des großen blauen Zwickers) zu befassen. Gegen einen Uhrmacher, welcher an einem neben seinem Geschäfte gelegenen Verkaufslokal für Brillen, Zwicker, Operngläser, Thermometer, Barometer usw. das für Optiker übliche Wahrzeichen eines großen blauen Zwickers angebracht hatte, war nämlich eine Anzeige wegen unbefugter äußerer Bezeichnung der Betriebsstätte erstattet worden. Die Gewerbebehörde richtete an die Wiener Handels- und Gewerbekammer die Anfrage, ob eine derartige äußere Geschäftsbezeichnung zulässig erscheine. Die Kammer stellte fest, daß der Gebrauch bestimmter, für die betreffenden Gewerbe charakteristischer Erzeugnisse zur äußeren Bezeichnung der Betriebsstätten schon aus früherer Zeit her allgemein üblich ist: so bei den Handschuhmachern ein Paar Handschuhe, bei Uhrmachern eine Taschenuhr, bei Kürschnern eine Pelzkappe und bei den Optikern eben der blaue Zwicker usw. Es erscheint somit der von der Genossenschaft der Optiker geltend gemachte Anspruch auf das Alleinbenützungsrecht des Zwickers als äußeres Kennzeichen für das Optikergewerbe durch eine Art historischer Entwicklung begründet, weil in früherer Zeit jene Erzeugnisse fast nur von den betreffenden Handwerkern in ihren Verkaufsstätten feilgehalten wurden, während der allgemeine Handel sich erst in neuerer Zeit mit dem Vertriebe solcher Waren befaßte. Dieses historische Recht sei auch in dem Erlaß des Bürgermeisters (Zahl 2975/14) an den Magistrat anerkannt. Die Kammer gab daher ihrer Anschauung Ausdruck, daß der Gebrauch des blauen Zwickers, als der charakteristischen Bezeichnung der Betriebsstätten der Erzeuger von optischen Waren, den bloßen Händlern mit diesen Waren zur Bezeichnung ihrer Geschäftslokale aus historischen Gründen und auch nach dem Ortsgebrauche nicht zukommt.

Neues Wiener Tagblatt
8./II. 1918

Wirkungen des Krieges auf Zahl und Art.

Die in jedem geordneten Kleinhandelsbetriebe geführten Statistiken ergaben in Friedenszeiten einen bestimmten Verlust an Waren, der je nach der Lage der Verdienstverhältnisse 2½ bis 4 v. H. betrug. Der größte Teil dieses Verlustes setzte sich aus Diebstählen zusammen. Im Frieden kamen außer den gewerbsmäßigen Dieben, die grundsätzlich den Behörden angezeigt wurden, Gelegenheitsdiebstähle in Frage, die größtenteils auf Mangel an Geldmitteln zur Anschaffung der notwendigsten Gegenstände zur Lebenserhaltung zurückzuführen waren.

Während des Krieges ist die Zahl der Diebstähle nicht nur bis auf 9 bis 10 v. H. gestiegen, sondern auch die Beweggründe zum Stehlen haben sich geändert. Die Gelegenheitsdiebstähle werden jetzt weniger aus Geldnot als hauptsächlich wegen des durch die Zuteilung der Lebensmittel und die Bezugscheinpflicht für Kleidung hervorgerufenen erschwerten Einkaufes ausgeführt. Auch in sozialer Hinsicht ist eine merkwürdige Veränderung eingetreten. Früher wurden die Diebstähle vorwiegend von Personen der unteren Schichten ausgeführt. Heute werden als Diebe oft Angehörige der wohlhabenden und besseren Stände ermittelt. So ereignete sich, wie wir einem Berichte der „Voss. Ztg." entnehmen, in einem großen Berliner Warenhaus der Fall, daß eine Dame aus der guten Gesellschaft bei der Entwendung eines Paares Kinderstiefel überrascht wurde. Sie gestand unter Tränen den beabsichtigten Diebstahl ein und gab als Grund an, daß sie trotz aller Bemühungen keinen Bezugsschein hatte erhalten können, und befürchtete, ihr Kind würde infolge schadhafter Schuhe bei Regenwetter krank werden. Eine andre Dame begründete den Diebstahl eines Paares wollener Handschuhe damit, daß es ihr nicht möglich sei, die von ihrem im Felde stehenden Sohne dringend verlangten Handschuhe bezugscheinfrei zu kaufen. Die widerrechtliche Aneignung von Fleischwaren entschuldigte ein höherer Beamter mit der schweren Erkrankung seiner Gattin, deren Genesung der Arzt von kräftiger Ernährung abhängig gemacht hatte.

Diese fast täglich wiederkehrenden Vorkommnisse haben die Leitungen der Waren-, Kaufhäuser und großen Spezialgeschäfte veranlaßt, neben der Aufsicht durch Kriminalbeamte einen eigenen Ueberwachungsdienst einzuführen, beziehungsweise zu verschärfen. Der Erfolg dieser Maßnahme beruht auf dem dauernden Wechsel des Verfahrens. Die Geheimbeamten und -beamtinnen gehen scheinbar als Käufer durch sämtliche Lager und beobachten Personen, die sich etwa durch weite Umhänge, große Taschen usw. verdächtig machen. Außerdem werden die Abteilungsleiter und Verkäufer und Verkäuferinnen angehalten, genau aufzupassen. Den besten Schutz gegen Diebstähle in Verkaufsgeschäften bieten die Käufer selbst, die häufig zur Entdeckung und Aufklärung großer Veruntreuungen beigetragen haben.

Die Geschäftsleitungen pflegen sich bei nichtgewerbsmäßigen Dieben auf die Feststellung der Person, auf die freiwillige Herausgabe der gestohlenen Gegenstände und das Verbot des ferneren Betretens des Hauses zu beschränken. In zweifelhaften Fällen wird eine Leibesprüfung, beziehungsweise Haussuchung durch eigene Angestellte vorgenommen oder, falls Einwendungen hiegegen erhoben werden, die Angelegenheit der Polizei übergeben. Gewerbsmäßige Diebe werden schonungslos angezeigt. Die Untersuchungen fördern oft ganze Warenlager ans Tageslicht. Gewerbsmäßige Diebe gehen planmäßig durch die großen Geschäftshäuser und nehmen alle erreichbaren Gegenstände mit. Bevorzugt werden Waren, die infolge Knappheit sehr teuer sind: Seiden- und Pelzwaren, Modeartikel, Kleidungs- und Wäschestücke, Wollsachen, Juwelen, Bücher, Weine, Liköre und Lebensmittel; Gelegenheitsdiebe entwenden Waren, die gerade unbeaufsichtigt sind oder deren ordnungsgemäßer Erwerb wegen der Rationierung nicht möglich ist. Frauen lassen sich häufig durch das verlockende Aussehen von Gegenständen zum Diebstahl verleiten. Bei lebhaftem Verkehr — besonders zur Weihnachtszeit — ist die Zahl der täglichen Diebstähle außerordentlich hoch. Auch während der Mittagstunden, in denen ein Teil der Angestellten Tischzeit macht, mehren sich die Diebstähle merklich.

Tägliche Rundschau
10./II. 1918

10

134

Die Erzeugnisse der Ukraine.

Die Grenzen der ukrainischen Volksrepublik, mit der wir seit heute früh in Frieden leben, sind noch nicht festgesetzt. Das von ihr beanspruchte Gebiet umfaßt, wie der Deutsch-Russische Wirtschafts-Ausschuß schreibt, folgende Gouvernements:

Gouvernement	Größe in 1000 qkm	Einwohner in Million. (1. 1. 93)	Hauptstadt	Einwohner
Kiew	51	4,7	Kiew	600 000
Wolhynien	72	4,0	Shitomir	93 000
Podolien	42	3,9	Kamenez-Podolsk	50 000
Cherson	71	3,6	Cherson	92 000
Poltawa	50	3,7	Poltawa	84 000
Tschernigow	53	3,1	Tschernigow	33 000
Jekaterinoslaw	63	3,3	Jekaterinoslaw	218 000
Charkow	54	3,4	Charkow	248 000
	456	29,7		

Dazu kommen noch das Gouvernement Cholm, das Gebiet der Pripjetsümpfe, die nördliche Hälfte des Gouvernements Taurien und einige Kreise des Gouvernements Kursk. Die Stadt Odessa ist strittig.

Die Bedeutung der Ukraine in landwirtschaftlicher Beziehung kennzeichnen folgende Zahlen. In den oben genannten acht Gouvernements wurden an Weizen im Jahre 1910 38 v. H. und im Jahre 1911 53 v. H. der Gesamternte der 50 Gouvernements des europäischen Rußlands gesammelt. Für Roggen betrug dieses Verhältnis in den beiden genannten Jahren 20 und 21 v. H., für Gerste 46 und 49 v. H., für Hafer 16 und 24 v. H. In der landwirtschaftlichen Erzeugung für industrielle Zwecke nimmt die Ukraine eine erste Stellung ein. So ist hinsichtlich der Zuckerrüben-Produktion die Ukraine das Hauptgebiet Rußlands. In den Jahren 1910 und 1911 stammte die Zuckerrübenernte zu 83 bzw. 82 v. H. aus der Ukraine. An Tabak wurde in den genannten Gouvernements 28 v. H. im Jahre 1910 und 42 v. H. im Jahre 1911 erzeugt. Dabei ist die Ernte in Taurien nicht einmal berücksichtigt worden. In bezug auf die Viehzucht weist die Ukraine den guten Durchschnitt für das ganze Reich auf. Dagegen fehlt es dem Lande vollkommen an Wäldern.

Die Rohstoff-Erzeugung in der Ukraine hat für Rußland die größte Bedeutung. Es wurden im Donez-Becken gewonnen in den Jahren:

	1905	1910	1911
	Millionen Pud		
Kohlen	785	1019	1218
Eisenerze	189	260	306

Der Anteil der Donez-Kohle macht im Verhältnis zur Gesamtgewinnung in ganz Rußland — unter Weglassung des polnischen Kohlenbergbaugebietes — aus: im Jahre 1905 = 85 v. H., 1910 = 87 v. H. und 1911 = 89 v. H. Der Anteil des Donez-Eisen ist immer größer geworden, was die folgenden Zahlen beweisen. Er betrug in den Jahren: 1905 = 63 v. H., 1910 = 74 v. H. und 1911 = 72 v. H. Das Vorhandensein von Kohlen rechtfertigt zu der Annahme, daß mit der Zeit auch die chemische Industrie sich kräftig entwickeln wird.

Es ist darauf hinzuweisen, daß in der Kriegszeit infolge der Abwanderung von Fabriken aus den bedrohten Gebieten zahlreiche Firmen nach dem Süden übergesiedelt sind, wo es ihnen in diesen Jahren schon gelungen ist, festen Fuß zu fassen. Als Beispiel können die großartigen Fabriken der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft in Charkow genannt werden. Aber auch viele andere Firmen haben sich in der Nähe des Donez-Gebietes niedergelassen.

Neue Freie Presse
12./II. 1918
12
137

Die Voraussetzungen für den Warenaustausch mit der Ukraine.

Freier Handel oder Einkaufszentrale?

Von **Bezirksvorsteher Dr. Leopold Blasel.**

Wien, 11. Februar.

Bisher hatte die Schaffung einer jeden neuen Zentrale den augenblicklichen „Erfolg", daß der von ihr bewirtschaftete Artikel sofort von den Märkten verschwand und man eigentlich froh sein mußte, daß es noch Schleichgroßhändler gab, die die verzweifelte Bevölkerung halbwegs versorgten. Eben taucht wieder eine neue Zentrale auf, deren Aufgabe sein soll, die Vorbereitungen zu treffen, um die nötigen Beziehungen mit den Landwirten der Ukraine wieder aufzunehmen und das dort vorhandene Brotgetreide, die Hülsenfrüchte und Oelsaaten zu uns zu bringen.

Vor wenigen Tagen machte eine unscheinbare Nachricht die Runde: „Es besteht die Absicht, den gesamten Getreidehandel in der Ukraine staatlich zu organisieren und die Ausfuhr weder nach Oesterreich-Ungarn noch nach Deutschland Privaten zu überlassen." Damit hätten wir also glücklich wieder die Ausschaltung der legitimen, ortskundigen Kaufleute erreicht und wären abermals bei der unglückseligen Zentralenwirtschaft angelangt, mit ihrer unrationellen und wenigstens für die Verbraucher fachunkundigen Art ihrer Einkäufer, denn ihre Emissäre werden schon am Produktionsort betrogen, oder sie sind, da ihnen die Lokalkenntnisse mangeln, gar nicht in der Lage, rasch und am richtigen Orte — was besonders in Rußland wichtig ist — einzukaufen.

Nun soll, wie mitgeteilt wurde, der Einkauf in der Ukraine einem Konsortium übertragen werden, von dessen Mitgliedern keines in den letzten Jahren vor dem Kriege den Getreidehandel mit Rußland betrieben hat. Dieses Konsortium ist daher ohne die notwendigen Verbindungen und Lokalkenntnisse, hingegen wurden alle Firmen, die gerade mit der Ukraine in Geschäftsverbindung standen, ausgeschaltet, und darunter sind solche, die jahrzehntelang ununterbrochen Getreide, Hülsenfrüchte, Mohn usw. von dort importierten und nicht nur geschulte landes- und sprachkundige Einkäufer haben, sondern auch bewährte Verbindungen mit den Bauern und Gutsbesitzern.

Will man denn noch immer nicht einsehen, daß die Zentralenwirtschaft, wie sie jetzt praktiziert wird, eine Unmöglichkeit ist, daß wir aus dieser Sackgasse nur durch den auf der Konkurrenz fußenden freien Handel herauskommen können? Stadtrat Dr. Hein sagte in der letzten Gemeinderatssitzung, die polnischen Juden der Leopoldstadt hätten Wien besser versorgt als alle Zentralen. Das ist auch richtig, denn die kennen wenigstens Land und Leute und wissen die kleinsten Mengen der Bodenprodukte aufzuspüren, von denen der Wiener Einkäufer gar keine Ahnung hat. Tatsächlich kommen immer wieder Leute zu mir, die aus Russisch-Polen ganze Waggons Butter, Topfen, Honig, Kartoffeln usw. für Wien anbieten, und das alles entgeht den Zentralen. Soll das ukrainische Pferd wieder vom Schweif aus aufgezäumt werden? Das Volk hätte nun nachgerade genug von den Zentralen.

14. II. 1918

(Die Gräberausschmückung um 100 Prozent teurer.) Der Gemeinderat hat beschlossen, mit Rücksicht auf die bedeutende Steigerung der Preise der Pflanzen, welche zur Gräberausschmückung verwendet werden, die für die Ausschmückung und Beleuchtung der Gräber und Grüfte in den Eigenregie-Friedhöfen festgesetzten Beträge bis auf weiteres um 100 Prozent zu erhöhen. Mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten in der Durchführung des Gräberausschmückungsdienstes wurden die Friedhofsverwaltungen angewiesen, Ausschmückungen von Grabstätten nur insoweit zu übernehmen, als die rechtzeitige Ausführung der Bestellungen im Hinblicke auf die verfügbaren Arbeitskräfte und das vorhandene Pflanzen- und Werkzeugmateriale voraussichtlich möglich ist.

Neue Freie Presse
14/II. 1918

Die wirtschaftliche Bedeutung des Friedensschlusses mit der Ukraine.

Von hervorragend unterrichteter Seite.

Wien, 13. Februar.

In dem Aufbau der wirtschaftlichen Vereinbarungen, die der Friedensvertrag mit der Ukraine enthält, sind drei Perioden zu unterscheiden: die erste, die bis zum 31. Juli dieses Jahres reicht, die zweite, die bis zum Abschluß eines endgültigen Handelsvertrages ein Provisorium umfaßt, für das als Haupttermin der Schluß des Jahres 1919 anzusehen ist, und schließlich die Zeit eines definitiven handelspolitischen Uebereinkommens, welches das Provisorium zu ersetzen hätte. Im ersten Abschnitt bis zum 31. Juli handelt es sich darum, den gegenseitigen dringendsten Bedarf zu decken, aus der Ukraine Nahrungsmittel und Rohstoffe herauszubekommen und diesem Lande, in dem wichtige Artikel, insbesondere für landwirtschaftliche Zwecke, wie Sensen, Sicheln, Hufeisen in bedeutenden Mengen benötigt werden, die Waren zu beschaffen. Zum großen Teile werden unsere Bedürfnisse an Nahrungsmitteln nur gegen Lieferung der von der Ukraine gesuchten Gegenstände erhältlich sein. Daß dort beträchtliche Getreideüberschüsse vorhanden sind, unterliegt keinem Zweifel, und der Vertrag sichert Oesterreich-Ungarn und Deutschland dagegen, daß die Ukraine die entbehrlichen Vorräte in dieser Zeit einem anderen Staate abgibt. Zugleich wurde bestimmt, daß eine Kommission die Mengen, die Art der Produkte und ihre Preise feststellt. Sichere Anhaltspunkte über die Getre deüberschüsse der Ukraine liegen nicht vor; Schätzungen veranschlagen sie jedoch auf mehr als 100.000 Wagen, von denen auf Oesterreich-Ungarn mindestens die Hälfte entfallen dürfte, wodurch der Bedarf bis zur neuen Ernte im großen und ganzen gedeckt werden könnte.

An dem guten Willen der Ukrainer, uns die Getreideüberschüsse zu überlassen, wird es ebensowenig fehlen als an Vorräten. Man kann auch dessen sicher sein, daß die Vertreter des ukrainischen Staates unsere Mitwirkung bei der Aufbringung des Getreides und der Regelung der Transportfrage gerne annehmen und uns nach Kräften hiebei unterstützen werden. Gleichwohl ist zumindest in der ersten Zeit mit Schwierigkeiten beim Getreidebezuge zu rechnen. Die Zustände in Rußland sind überall ungeklärt, ganz besonders im Norden, aber auch in der Ukraine. Die Kämpfe, die noch stattfinden, und die mangelnde öffentliche Sicherheit dürften die Getreidetransporte, namentlich aus entfernteren Gebieten, stören; am leichtesten wird natürlich die Heranziehung des Getreides aus den angrenzenden Landstrichen sein. Von besonderer Bedeutung ist die Transportfrage und die sonstige Organisation. Wiewohl an einem Zusammenwirken mit der ukrainischen Regierung nicht zu zweifeln ist, werden sich infolge der Hindernisse im Transportwesen, der inneren Kämpfe und der dadurch bedingten Unsicherheit für das Eigentum Schwierigkeiten ergeben. In Details über die Lieferungen konnte man bei dem Vertrage nicht eingehen; auf Grund der Bereitwilligkeit, einander die Ueberschüsse zu geben, muß man jetzt an die Durchführung der Aufgabe schreiten. Wir werden ebenso bestimmt über Waren verfügen, die wir nach der Ukraine senden können, als diese über Getreide, Futtermittel und andere Artikel. Die Art der Bezahlung wird kein Hindernis bilden, denn sie wird wieder in Ware erfolgen und der Saldo muß irgendwie verrechnet und kann auch auf spätere Warensendungen übertragen werden. Die Festsetzung einer ukrainischen Währung im Artikel 7 hatte die Bedeutung, daß der Karbowanjec in der dort angegebenen Relation als dem Rubel vollwertig anerkannt wird.

Für die zweite Periode, jene des Provisoriums, die vom 31. Juli ab beginnt, sind zwar mehrere Endtermine (bis zum Abschlusse eines endgültigen Handelsvertrages, jedenfalls aber bis zum Ablaufe von mindestens sechs Monaten nach Abschluß des allgemeinen Frieden) angegeben, in Wirklichkeit ist aber das Provisorium bis Ende 1919 abgeschlossen. Es ist vom 30. Juni 1919 ab sechsmonatig kündbar und läuft, wenn von dieser jedem einzelnen vertragschließenden Staate erteilten Ermächtigung kein Gebrauch gemacht wird, bis zum Abschluß eines endgültigen Handelsvertrages immer sechs Monate weiter fort. Dieses Provisorium enthält einfach den alten Handelsvertrag mit Rußland vom Jahre 1906 mit den damals vereinbarten Zöllen. Die Veränderungen sind gering und betreffen die Ausscheidung einzelner bedeutungsloser, zum Teile überholter Bestimmungen. Der eine oder andere Punkt, der sich nur auf Rußland bezog, zum Beispiel bestimmte Grenzen oder Eisenbahnanschlüsse, konnte natürlich in einen Vertrag mit der Ukraine nicht aufgenommen werden. Eine Anerkennung der Gleichheit der Bekenner des christlichen und jüdischen Glaubens, die in dem früheren Handelsvertrage als Schutz für österreichische und ungarische Untertanen gegen den damaligen Standpunkt der russischen Regierung notwendig war, mußte in einen Vertrag mit der Ukraine nicht ausdrücklich aufgenommen werden, deren Staatsmännern der Grundsatz der Gleichheit aller Konfessionen ein selbstverständlicher ist. Was die Anwendung der Zölle betrifft, so haben beide Teile das Recht, sie während des Provisoriums einzuheben, allein die Ukrainer beabsichtigen nicht, dies bei wichtigen Bedarfsartikeln zu tun und wir auch nicht, so daß während des Provisoriums, solange man gegenseitig die Waren braucht, sich wohl ein zollfreier Verkehr entwickeln wird. Die Getreidezölle sind übrigens bekanntlich in Oesterreich während des Krieges bis auf weiteres aufgehoben worden.

Die dritte Periode betrifft die Zeit eines definitiven Handelsvertrages, dessen Abschluß man vereinbart hat. Heute hat man nur eine Vorarbeit hiefür durch ein Pactum de contrahendo geleistet. Daneben ist aber nicht etwa bloß für das Provisorium, sondern ganz allgemein mit der Geltung für ein endgültiges handelspolitisches Uebereinkommen vereinbart worden, daß die Begünstigungen, die wir Deutschland und anderen mit uns zollverbündeten Staaten einräumen, von der Ukraine nicht beansprucht werden können. Man ist hiebei von dem Standpunkte ausgegangen, daß ein geographischer Zusammenhang zwischen den Gebieten bestehen muß, die sich in einem Zollbündnis befinden. Daraus erklärt es sich, daß der Verzicht sich auf Begünstigungen bezieht, die zollverbündeten Staaten gewährt werden, die an die Monarchie oder an ein Land angrenzen, das mit Oesterreich-Ungarn zollverbündet ist. Wenn also zum Beispiel Rumänien oder Serbien in ein Zollbündnis mit Oesterreich-Ungarn treten würden, dürfte die Ukraine die diesen Ländern gewährten Begünstigungen nicht beanspruchen. In einer anderen Bestimmung findet sich ein Verzicht auf Begünstigungen, die ein vertragschließender Teil einem anderen Staate auf Grund einer bestehenden oder künftigen Zolleinigung gewährt. Es wird also zwischen Zolleinigungen und Zollbündnissen unterschieden.

Eine Besserung gegenüber dem jetzigen Zustande liegt in der Erlangung der freien Durchfuhr nach Asien, insbesondere nach Persien. Bisher konnte nur der Wasserweg und von der Küste mangels einer Eisenbahn die Karawanenverbindung benützt werden. Die neue Abmachung bedeutet eine Erleichterung des Verkehres.

Die Vereinbarung über die in neutralen Staaten lagernden Waren, die aus der Ukraine stammen, sollte die Rechtsgrundlage für die Freigabe derartiger Artikel durch die betreffenden neutralen Regierungen bilden, was namentlich für Deutschlands Waren in Schweden und Dänemark wichtig ist.

Sehr bedeutungsvoll für die Erfüllung aller Verpflichtungen ist die Bestimmung des Friedensvertrages, daß die Vereinbarungen ein ungeteiltes Ganzes bilden. (Artikel IX.)

Der Friedensvertrag ist ein wertvolles Präjudiz für die Zukunft. Der Handelsvertrag ist durch den Krieg zerrissen, und man hat dort angeknüpft, wo man vor seinem Beginne stand, indem das alte Uebereinkommen wieder in Kraft gesetzt worden ist. Darüber hinaus hat man eine Verpflichtung über den gegenseitigen Warenaustausch übernommen, die für die Ernährung bedeutungsvoll ist und auch für eine künftige endgültige Regelung unter Bedachtnahme auf das besondere engere Verhältnis zu einzelnen Staaten vorgesorgt.

Fremdenblatt Abendbl.
14. IV. 1918

* **(Die Schreibmaschine.)** Dieser Krieg hat uns erst den großen Wert der Schreibmaschine erkennen lassen. Schon war sie etwas Alltägliches geworden. Schon gehörte sie zum Requisit des kleinsten Kaufmannes, hatte bereits Einzug in die Privathäuser, auf die zarten Damenschreibtische gehalten, als der Weltkrieg dieses Wunderwerk wieder emporhob, für den einfachen Sterblichen unerreichbar. Die Schreibmaschine, die uns vor dem Kriege nicht nur in neuem Zustande aus Amerika zugeführt wurde, sondern „renoviert", „wiederhergestellt" usw. — denn drüben gab es Fabriken, die sich ausschließlich mit der „Rekonstruktion" gebrauchter Maschinen beschäftigten — kam in großen Massen wieder hieher und wurde zu sogenannten Spottpreisen feilgeboten. Heute steht die Sache anders. Der Besitz einer Schreibmaschine ist heute ein wertvolles Gut. Sie wird geputzt, behütet und bewacht, nicht nur, weil ihr Wert kolossal in die Höhe gestiegen, sondern schon deshalb, weil sie ein unentbehrliches Requisit jedes, auch des bescheidensten Bureaus geworden ist und weil es dafür wirklich keinen — Ersatz gibt. Die Schreibmaschinenhäuser, die großen Kaufläden mit den unzähligen Maschinen eines Modells oder aller Modelle, sind leer geworden. Die Schreibmaschinen, die hier in großen Mengen vorrätig waren, sind vornehmlich von den militärischen Bureaux aufgekauft worden, steht doch eine solche in der kleinsten Kompagniekanzlei des Hinterlandes und auch draußen an der Front. Ferner haben die großen Kriegsgesellschaften mit ihren vielen Hunderten von Angestellten große Mengen von Schreibmaschinen erstanden, um die großen schriftlichen Arbeiten, die heute doch ausschließlich auf der Schreibmaschine erledigt werden, bewältigen zu können. Der Preis der Schreibmaschine ist gewaltig gestiegen. Früher bekam man schon eine erstklassige Maschine um 500 bis 600 Kronen ganz neu, heute muß man, wenn man eine Maschine überhaupt erhält, auch für ein gebrauchtes Exemplar 2000 bis 3000 Kronen zahlen. In Deutschland und auch hier gibt und gab es zwar einzelne Fabriken, die sich mit dem Bau von Schreibmaschinen befassen, doch sind die auf den Markt gebrachten Quantitäten natürlich keineswegs ausreichend.

Neue Freie Presse
15./II. 1918

142

Kundgebung des Wiener Handels- und Industrievereines an den Grafen Czernin.

Der Wiener Handels- und Industrieverein hat an den Grafen Czernin eine Kundgebung gerichtet, in der er ihm den Ausdruck seiner dankbarsten Gesinnung und seine aufrichtigsten Glückwünsche übermittelt.

Neue Freie Presse
17./II. 1918

[Der ungarische Handelsminister für den freien Handelsverkehr.] Aus Budapest wird uns telegraphiert: In Angelegenheit der Organisierung des Warenverkehres mit der Ukraine fand heute unter Vorsitz des Handelsministers Szterenyi unter Einbeziehung der Interessenvertretungen eine Konferenz statt, in welcher der Minister in erster Reihe darauf hinwies, daß infolge der großen Ereignisse ein Wirtschaftsgebiet eröffnet wurde, das vom ungarischen Gesichtspunkte aus nicht nur für die gegenwärtige Uebergangszeit, sondern auch für die Zukunft hervorragende Bedeutung besitze. Um die Vorteile ausnützen zu können, welche die Errichtung eines ukrainischen Staates infolge seiner nachbarlichen Lage für Ungarn mit sich bringe, sei es notwendig, daß Handel und Industrie sich rechtzeitig organisieren und vorbereiten, um im geeigneten Augenblick mit ihren Pionieren an Ort und Stelle zu sein und dieses Gebiet nicht nur für die Ausfuhr, sondern auch für die Einfuhr sicherzustellen. Heute könne nicht von einer theoretischen Erörterung der Frage die Rede sein, sondern nur von der besten praktischen Durchführung. Handelsminister Szterenyi betonte in seiner Eröffnungsansprache, er lege Gewicht darauf, daß Ungarn in dieser Frage mit Oesterreich parallelvorgehe und daß die österreichischen und ungarischen Verhältnisse gegenseitig Berücksichtigung finden. Die Ausfuhrorganisation sowie die in Betracht kommenden Waren bildeten den Gegenstand eingehender Erörterungen. Der Handelsminister wies darauf hin, daß sich die Interessenvertretungen auf den freien Handelsverkehr vorbereiten müssen, da ja die Zentralen früher oder später ihre Tätigkeit einstellen werden. Handelskammersekretär Josef Vago legte einen Entwurf wegen Gründung einer ungarisch-russischen Verkehrsgesellschaft vor. In der Besprechung ging man von der Voraussetzung aus, daß in der Ukraine dauernd der friedliche Zustand herrschen und daß der Handelsverkehr durch militärische Eingriffe keine Störung erleiden würde. Der Handelsminister regte an, unter Teilnahme je eines Delegierten der verschiedenen Interessenvertretungen ein engeres Komitee zu bilden, um die Angelegenheiten für die nächste Konferenz entsprechend vorzubereiten. Die Frage wird, wie der Minister mitteilte, mit Rücksicht auf ihre große Wichtigkeit einem unter Vorsitz des Ministerpräsidenten wirkenden ständigen Ausschuß des Industrierates vorgelegt werden. Das engere Komitee wurde unter Vorsitz des Barons Adolf Kohner sofort konstituiert. In ein bis zwei Wochen tritt die Konferenz nochmals zusammen, um konkrete Vorschläge zu erörtern.

Der Abend
18./II. 1918

144

Die Warenverschleppung nach Ungarn.

Die österreichische Regierung hat im September 1917 einen Erlaß herausgegeben, demzufolge nach Ungarn weder Schuhe noch Kleider, noch irgendwelche Webwaren ausgeführt werden dürfen. Nun mögen die Behörden auf den Bahnhöfen, besonders auf dem Ostbahnhof, alle nach Ungarn abgehenden Personengepäcke bei der Aufgabekasse öffnen lassen. Es gehen tagtäglich um viele Hunderttausende Schuhe und Kleider, Zwirne u. dgl. als Reise-Mitgepäck nach Ungarn. Die Behörden könnten auch nach der Abfahrt in den Waggons auf der Fahrt bis zur Grenze alle Pakete öffnen lassen. In Ungarn werden alle Koffer, die nach Österreich gehen, aufgemacht, sogar an der Grenze mit Gewalt aufgebrochen und nicht Erlaubtes beschlagnahmt. Vorige Woche sah ich auf der Fahrt von Budapest nach Wien, wie einem Herrn, der aus Ungarn fünf Meter crèmefärbigen Kleiderstoff mitgebracht hatte, um ihn auf tegetthoffblau färben zu lassen, trotz heftigen Einspruches der Stoff von der Grenzpolizei weggenommen wurde, mit der Bemerkung, daß man nach Österreich keine Stoffe mitnehmen dürfe. In Österreich ist dies ganz anders. Wir haben nur auf dem Papier ein Gesetz, dafür haben wir keine Ware.

Neue Freie Presse Abend
22./II. 1918

145

[Verbot der Schutzmarken „Gott strafe England".] Man telegraphiert uns aus Budapest: Ein Silleiner Likörfabrikant wollte seine Erzeugnisse mit einer Schutzmarke versehen, welche die Aufschrift „Gott strafe England" tragen sollte. Die Preßburger Handels- und Gewerbekammer hatte bereits diese Schutzmarke bewilligt. Der Handelsminister setzte diese Entscheidung jedoch mit der Begründung außer Kraft, daß die Aufschrift auf der Schutzmarke mit der Auffassung des anständigen und rechtlich geregelten Verkehrswesens unvereinbar sei. Von dieser Auffassung müsse das Verkehrsleben auch in seinen den Rahmen des Staatsgebietes überschreitenden Weltverkehrsbeziehungen geleitet sein, da sonst die Sicherheit des Verkehrslebens und das mit dem Warenaustausch verbundene gegenseitige Vertrauen undenkbar sind. Die Registrierung der Schutzmarke müsse verweigert werden, da sie einerseits die Grundprinzipien der auf gegenseitiger Wertschätzung beruhenden internationalen Rechte verletzen würde und anderseits im Frieden von einer wirtschaftlich nachteiligen Rückwirkung begleitet wäre, die wir im Interesse unseres eigenen Verkehrslebens vermeiden müssen.

Frankfurter Zeitung
23./II. 1918

23
146

Der Wiederaufbau des Handwerks.

Von R. Oeser, M. d. H. d. A.

Das preußische Abgeordnetenhaus und voraussichtlich auch der Reichstag, das erste bei der Beratung des Etats der Handels- und Gewerbeverwaltung, der letztere auf Grund von Anträgen, werden sich demnächst abermals mit dem Wiederaufbau des Handwerks beschäftigen. Man darf einigermaßen gespannt darauf sein, welche Ergebnisse diese Erörterungen zeitigen. Ein Zweifel an dem Wohlwollen aller zuständigen Instanzen und der Parteien für das infolge des Krieges schwer bedrängte Handwerk ist nicht wohl möglich. Sein Niedergang ist offenkundig. Was die starken Einberufungen und der wachsende Mangel an Nachwuchs noch übrig ließen, ist durch das Fehlen gewisser Rohstoffe und die öfter ohne erkennbaren wirtschaftlichen Erfolg herbeigeführte Still- und Zusammenlegung verschwunden. Es sind nur wenige Handwerke, denen eine erfolgreiche Umgestaltung und ein Anschluß an die rentablen Kriegsbestellungen gelang, während die Mehrzahl heute als „Kriegsbeschädigt" gelten muß. Ueber den sozialen Wert einer gesunden Schichtung des Volkes kann sich aber niemand im Zweifel befinden.

Jetzt begangene Fehler oder Unterlassungen müssen sich nicht nur schwer rächen, sie wären nie wieder gut zu machen. Es wäre, als schlüge man einen bodenständigen Wald nieder in der Erwartung, er werde sich aus dem verbleibenden Gestrüpp schon von selbst wieder aufrichten. So aber dürfen wir nicht Sozialpolitik treiben und am allerwenigsten in der hochkritischen Periode, die nach Friedensschluß anhebt. Es ist deshalb die Frage angebracht, was außer dem reichlich gespendeten theoretischen Wohlwollen, das ja lediglich eine Voraussetzung darstellt, bisher praktisch für den Wiederaufbau des Handwerkes geschehen sei. Die Frage ist umso angemessener, als wir mit der Behandlung der sogenannten Uebergangswirtschaft überhaupt schlecht vom Fleck kommen. Schon am 3. August 1916 wurde auf Drängen der beteiligten Kreise die „Zentralstelle für die Ueberleitung der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft" errichtet und an ihre Spitze der Hamburger Senator Dr. Sthamer berufen. Inzwischen ist die Leitung an Unterstaatssekretär Dr. Göppert übergegangen und die Stelle dem Reichswirtschaftsamt eingeordnet worden. Sie hat eifrig Statistik gesammelt und Fachkommissionen gebildet, aber ein greifbares Programm für die Uebergangswirtschaft besitzen wir noch immer nicht. Ob das gut oder schädlich ist, soll nicht geprüft werden — man kann über die obrigkeitliche Regelung dieser Dinge sehr skeptisch denken — besonderes Vertrauen aber kann dieser äußerst schleppende Gang so wichtiger Vorbereitungen schwerlich auslösen.

Für das Handwerk ist nun insofern etwas geschehen, als Preußen zur Gründung der Kriegshilfskassen schritt, die unter Beteiligung von Staat, Provinzen und Gemeinden das Kreditbedürfnis des Mittelstandes befriedigen sollen; es bleibt zu hoffen, daß ihnen in der entscheidenden Uebergangszeit auch die nötigen, sehr erheblichen Mittel zugeführt werden. Die durch den gleichen Ministerial-Erlaß eingeführten Beratungsstellen für den Mittelstand können gute Dienste leisten, sofern die richtigen Personen mit der richtigen Liebe für die geschädigten Existenzen in ihnen wirken. Für den Zusammenschluß der örtlichen Arbeitsnachweise haben sowohl das Reich, wie Preußen größere Mittel bewilligt, sodaß diese Organisation bis Kriegsende fertig sein müßte. Es ist aber fraglich, ob sie für das Handwerk von großem Nutzen werden. Je nach der Lösung der Rohstoffrage wird der Bedarf an Arbeitskräften sich nach dem Kriege regeln. Bei flottem Gange der Produktion wird ein Minderangebot von Arbeitskräften entstehen (Gefallene, Kriegsverletzte, Rückstrom ausländischer Arbeiter und Gefangener) das mindestens 4 Millionen, voraussichtlich aber eher das Doppelte ausmacht. Da wird es das Handwerk schwer haben, brauchbare Arbeitskräfte zu erhalten, es wäre notwendig, heute schon vorzusorgen und insbesondere auch die Handwerkslehre den Zeitverhältnissen entsprechend umzugestalten, um bereits ältere „ungelernte" Arbeiter für das Handwerk zu gewinnen. Zur Beratung über die Rohstoffrage sind jetzt Handwerker in der Ueberleitungsstelle zugezogen, aber auch hier bleibt die Sorge, ob die kleineren Betriebe nach ihrer sozialen oder nach ihrer abstrakt wirtschaftlichen Bedeutung gewertet werden. Im letzteren Falle würde es ihnen kaum gelingen, in der Uebergangszeit mit den Großbetrieben leidlich Schritt zu halten — sie müßten unter Gefährdung ihrer Existenz im Nachtrab marschieren.

Das erste, was für den Wiederaufbau des Handwerks geschehen sollte, wäre die Einstellung ausreichender Mittel für die erforderlichen gründlichen Vorbereitungen in die Etats. Ob der Reichsschatzsekretär bereit ist, das Reich an dieser Aufgabe überhaupt zu beteiligen, hat man bisher nicht erfahren. Der Haushalt der preußischen Handels- und Gewerbeverwaltung für 1918 enthält aber für diesen Zweck nicht einen Pfennig! Das einzige, was in dieser Hinsicht geschah, ist der Beschluß der Haushaltskommission, die Mittel für einen Regierungsrat neu zu bewilligen, der aus der praktischen Tätigkeit entnommen werden soll. Prüft man nun, ob organisatorisch alles vorhanden ist für den wirksamen Wiederaufbau, so ergeben sich auch da fühlbare Lücken. Es ist uns sehr fraglich, ob der nötige innige Zusammenhang zwischen dem Handelsministerium und dem Handwerk bereits genügend vorhanden ist. Das Ministerium stützt sich auf die Handwerkskammern, diese wieder auf die Innungen und Gewerbevereine. Dabei ist in Anschlag zu bringen, daß die Handwerkerorganisationen mit einigen rühmlichen Ausnahmen besonders schwerflüssig, entschlußschwach und sehr einer starken Hand bedürftig sind. Die Handwerkskammern haben ihrerseits, wieder mit einzelnen Ausnahmen, lange nicht jene intensive und zielfrohe Tätigkeit zu entfalten gewußt wie etwa die viel straffer organisierten, auch finanziell leistungsfähigeren Landwirtschaftskammern. Sie lassen an Kleinarbeit sehr zu wünschen, gerade aber in dieser muß der Erfolg des Wiederaufbaus angestrebt werden.

Hier ist eine Ergänzung, eine wirksamere organisatorische Ausgestaltung, ein ständiger Verkehr zwischen der Zentralinstanz und dem Unterbau unerläßlich. Durch Erlasse allein, so vortrefflich sie sein mögen, läßt sich die so wichtige Aufgabe nicht erfüllen, man muß ganz anders, viel aktiver hinterher sein, als es bis jetzt der Fall ist, die Zentrale muß nicht nur den festen Willen, sondern auch die Möglichkeit besitzen, direkt an die einzelnen Handwerksbetriebe heranzukommen, um sie nicht nur zu stützen, sondern um in ihnen den Willen zum zähen Ausharren zu stärken. Ein solcher ununterbrochener Verkehr würde zweifellos auch die Zentralinstanz wirksam befruchten. Deshalb sollte dieser Ausbau noch während des Kriegs in Angriff genommen werden. Ist es möglich, ihn durch eine entsprechende dezentralisierende Umbildung des Landesgewerbeamtes zu erreichen, dann muß es jetzt geschehen — ist es nicht möglich, dann muß das unleugbare Bedürfnis eben in anderer Weise befriedigt werden. Auf alle Fälle hat das Handwerk einen Anspruch darauf, daß seine Wiederaufrichtung mit voller Tatkraft und mit Liebe zur Sache alsbald in Angriff genommen und rechtzeitig vorbereitet wird.

Kölnische Zeitung

23./II. 1918

23
147

Ungarn und der deutsche Handelsvertrag.

v **Budapest**, 10. Februar.

Die im ungarischen Abgeordnetenhause abgegebenen Erklärungen des Ministerpräsidenten Dr. **Wekerle**, daß bei den mit dem Deutschen Reiche angebahnten Handelsvertragsverhandlungen als leitender Grundsatz die tunlichste Vorzugsbehandlung aufgestellt worden ist, haben zum ersten Male in beglaubigter Form dargetan, auf welchen Grundlagen die ungarische Regierung und überhaupt die berufene Vertretung der österreichisch-ungarischen Monarchie die Regelung des Handelsverhältnisses zu Deutschland anstrebt. Die Leitung der **Ungarischen Zollpolitischen Zentrale**, die die Interessen von Handel und Gewerbe vertritt, teilte uns dazu noch folgendes mit:

Es kann festgestellt werden, daß sich in Kreisen sowohl der Landwirtschaft, wie auch des Handels und der Industrie, die industrielle Arbeiterschaft mit einbegriffen, eine gewisse Abneigung dagegen geltend macht, daß die wirtschaftliche Annäherung an Deutschland in der Form eines Vorzugszollvertrags verwirklicht werde. Unter den im praktischen Wirtschaftsleben Ungarns wirkenden Fachleuten zählt dieses System überhaupt keine Anhänger; sie sind nur unter den theoretischen Wirtschaftspolitikern zu finden. Man bedauert lebhaft, daß gerade in den gegenwärtigen entscheidenden Zeiten, wo über die handelspolitische Zukunft mit Deutschland verhandelt wird, an der Spitze der Geschäfte Theoretiker stehen, die, obgleich sie in allen andern Wirtschaftsfragen das vollkommenste Vertrauen Ungarns genießen, gerade auf dem zollpolitischen Gebiete einen Standpunkt einnehmen, der unter den ungarischen Kaufleuten und Industriellen von niemand geteilt wird. Handel und Fabrikindustrie nehmen einheitlich Stellung für die Schaffung eines auf gegenseitigem Wohlwollen beruhenden, die Interessen des andern achtenden Tarifvertrags, ein bedeutender Teil der Landwirtschaft aber läßt die Wahl offen zwischen einer Zollunion mit völlig freiem Verkehr und einem tarifarischen Handelsvertrag. Die schutzzöllnerische Bestrebung der ungarischen Industrie bedeutet natürlich beileibe keine Ablehnung des Annäherungsgedankens an Deutschland. Vielmehr befürchten die fabrikindustriellen und kaufmännischen Kreise, daß eine durch nicht entsprechende Mittel erfolgte Verwirklichung der wirtschaftlichen Annäherung auf politischem, zumal wirtschaftspolitischem Gebiete statt einer Annäherung bloß Interessenstreitigkeiten, Reibungen und eine Erkaltung der Gefühle im Gefolge hätte. Es müßte daher eine andre Form gefunden werden.

Die volkstümlichsten Arten einer wirtschaftlichen Annäherung an Deutschland sind in diesen Kreisen die folgenden: Förderung des Wasserstraßenverkehrs durch ein möglichst dichtes **Kanalnetz**; zur Behebung der **Währungsungleichheit** gewisse, unter Umständen bis zu einem Münzübereinkommen gehende Vereinbarungen, ohne daß man hierbei ein Abweichen von der Münzwertgleichung der Krone und der Mark angebracht fände. Auf **zollpolitischem** Gebiete ließe sich der Annäherungsgedanke auch dergestalt verwirklichen, daß der mit Deutschland zu schließende Handelsvertrag die bloß für Österreich-Ungarn bestimmte Zollermäßigung den ungarischen und österreichischen Ausfuhrwaren besonders anpassen würde, so daß Waren andrer Herkunft diese Zollermäßigung trotz der Meistbegünstigung praktisch nicht zugute käme. Was die Verwirklichung des letzterwähnten Gedankens betrifft, so schließt sich der überwiegende Teil der Fachkreise den Auffassungen an, die in einer vom Sekretär der Budapester Handels- und Gewerbekammer Joseph **Vágo** abgefaßten umfangreichen vertraulichen Denkschrift der Ungarischen Zollpolitischen Zentrale zum Ausdruck gebracht werden. Mit einer Fülle von Beispielen wird darin auf Zollermäßigungsmöglichkeiten hingewiesen, die der deutsche Markt Österreich und Ungarn auch ohne eingestandene Vorzugsbehandlung gewähren könnte. Selbstverständlich würden sich die ungarischen volkswirtschaftlichen Faktoren nicht davor verschließen, dem deutschen Ausfuhrhandel ähnliche verhüllte Zollbegünstigungen bereitwilligst zuzugestehen. Wenn anders dieser Krieg nicht mit einer militärischen Abrüstung auf der ganzen Linie enden wird, und die Mächte, die zur See blockiert werden können, sich auf die Vorratseinrichtung einrichteten, so würden auch die zu den Zwecken der Vorratswirtschaft erfolgenden Armee- und sonstigen Staatseinkäufe Deutschland reichlich Gelegenheit bieten, Ungarns landwirtschaftlicher und landwirtschaftlich-industrieller Ausfuhr eine zollfreie Einfuhr ins Deutsche Reich zu sichern, wenn die deutsche Gesetzgebung aussprächе, daß die für den Staat erfolgenden Einkäufe einer Verzollung nicht unterliegen. Eine solche Einrichtung würde die Lösung des wichtigsten Wirtschaftsproblems Ungarns, der landwirtschaftlichen Mehrerzeugung, zumindest in einem ebenso großen Maße fördern wie die weitestgehende Zollunion. Sobald die leitenden Kreise von dem Wege abwichen, die wirtschaftliche Annäherung durch schablonenhafte Vorzugsbestimmungen zu verwirklichen, sondern, neue Bahnen betretend, auf Mittel und Wege sännen, die der nach dem Kriege sich ergebenden neuen Lage Rechnung tragen, würden sich gewiß auch recht zahlreiche andre Möglichkeiten bieten, die gegenseitige wirtschaftliche Unterstützung dergestalt zu verwirklichen, daß weder staatsrechtliche Schwierigkeiten auftauchen, die eine Zollunion verhindern, noch andre, die die Zollpolitik der neutralen, sowie der gegenwärtig feindlichen Staaten zu Gegenmaßregeln veranlassen, die im Falle des Abschlusses offener Vorzugszollverträge unvermeidlich erscheinen. Darüber muß man sich nämlich im klaren sein, daß es vielleicht gelingen mag, Rußland im Wege des Friedensschlusses zu bewegen, uns die Meistbegünstigung zuzusichern und anderseits anzuerkennen, daß es trotz der ihm gewährten Meistbegünstigung kein Recht auf jene zollpolitische Bevorzugung besitzt, die sich das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn gegenseitig einräumen. Im gegenwärtigen Abschnitt des Krieges ist es aber noch zweifelhaft, ob es auch gelingen wird, die feindlichen Staaten im Westen zur Anerkennung dieser Gebundenheit zu zwingen, ohne daß sie ihrerseits das Recht, sich untereinander zu bevorzugen, im Friedensvertrag aufrechthielten, eine Bestimmung, die die Staaten der Erdkugel sowohl in wirtschaftlicher wie in politischer Hinsicht dauernd in zwei feindliche Lager spalten würde. Aber selbst wenn es gelänge, unsre sämtlichen Feinde auf die Krise zwingend, den Bevorzugungsstandpunkt den Staaten Mitteleuropas vorzubehalten, so würden sich die neutralen Staaten gegen eine solche Lösung gewiß zur Wehr setzen.

In Kreisen der ungarischen Agrarier, die unter der Leitung des Direktors des Ungarischen Landesagrikulturvereins Julius v. **Rubinek** eine besondere **zollpolitische Zentralstelle** haben, verhält man sich gegen die Vorzugsbehandlung nicht minder ablehnend. Von berufener Seite wird darauf hingewiesen, daß die Regelung des Handelsverhältnisses zu Deutschland, falls sie im Zeichen der Vorzugszölle erfolgt, einen Zustand schüfe, der Ungarn aus Leib und Seele zuwider wäre. Auch hier glaubt man mit Bestimmtheit daran, daß eine Vorzugsbehandlung auf der einen Seite zu Gegenmaßnahmen auf der andern Seite führen und den vom Verbande seit Kriegsbeginn angedrohten Wirtschaftskrieg in die Wirklichkeit umsetzen würde. Wenn man eine wirtschaftliche Annäherung an Deutschland sucht, so bietet sich hierzu nur ein Weg und eine Bedingung: nämlich der vollständig freie Verkehr unter der Bedingung, daß die industrielle Erzeugung eines gehörigen Schutzes teilhaftig würde, der nur in den die Erzeugung regelnden und den Verbrauch aufteilenden Kartellen gefunden werden kann. Ist eine solche Lösung aus irgendeinem Grunde nicht durchführbar, so ist es besser, sich auf die Grundlage eines Handelsvertrages zu stellen. Der größte Fehler in der Frage der wirtschaftlichen Annäherung ist der, daß man stets nur von zwei Lösungsmöglichkeiten: der Zollunion und dem Bevorzugungssystem spricht. Der Zollunion ist man in Ungarn aus politischen, der Bevorzugung aus wirtschaftspolitischen Gründen abgeneigt. Und trotzdem würde es eine Lösung geben, die weder von dem einen, noch dem andern Gesichtspunkte bemängelt werden könnte. Als Schulbeispiel steht das wirtschaftliche Verhältnis zwischen Österreich und Ungarn vor Augen, das im Rahmen eines Handelsvertrags geregelt ist. Dieses Verhältnis verfügt bloß über ein gemeinschaftliches Organ, dessen Aufgabe darin besteht, die zollpolitischen Fragen zu klären und die Handelsvertragsverhandlungen vorzubereiten. Diese sogenannte Zoll- und Handelskonferenz ist nur eine beratende Körperschaft, die Entscheidung verbleibt in den Händen der beiden vertragschließenden Regierungen, während das letzte Wort die beiden Parlamente zu sprechen haben. Solcherart wird der Handelsvertrag zwischen den beiden Staaten ohne irgendwelche Hemmnisse, unter Achtung ihrer Machtvollkommenheit abgeschlossen. **Dieses Verhältnis birgt alle Vorteile einer Zollunion in sich und ist doch keine Zollunion**, aber auch keine Bevorzugung, denn es sichert den Staaten untereinander den vollständigsten freien Verkehr. Es ist kein Hindernis vorhanden, den zwei Faktoren auch einen dritten Faktor, nämlich Deutschland, anzugliedern. Gesetzt aber, daß es gelingt, das Verhältnis zu Deutschland zu regeln, so wären damit die wirtschaftlichen Verhandlungen noch nicht abgeschlossen, denn es muß auch die Polen und den Balkanstaaten gegenüber zu befolgende Politik festgestellt werden. Ein gemeinschaftliches Zollgebiet, worin nicht nur Deutschland, sondern auch der ganze Balkan mit Rumänien Platz nimmt, wäre für die ungarische Landwirtschaft mit großen Gefahren verbunden. Um wieviele mehr, wenn Deutschland bloß auf vorzugszöllnerischer Grundlage an diesem einheitlichen Zollgebiet teilnähme, einer Grundlage, die vielleicht bei den endgültigen Verhandlungen sogar noch hinfällig wird. Auch die Agrarier Ungarns halten es für notwendig, daß Österreich-Ungarn sich den Balkanstaaten gegenüber nicht auf den Standpunkt einer schroffen wirtschaftlichen Absperrung stelle. Allein einer Lösung, wonach den Balkanstaaten von seiten der österreichisch-ungarischen Monarchie wirtschaftliche Begünstigungen gewährt würden, während Deutschland sich der agrarischen Einfuhr aus der Monarchie verschlösse, können sie ihre Zustimmung nicht erteilen. Die ungarischen Agrarier könnten sich bloß mit der folgenden Lösung abfinden: **Der vollständig freie Verkehr muß gesichert werden** (wobei die Interessen der ungarischen Industrie zu wahren wären); der Verkehr von Lebendvieh und Tierprodukten darf bloß in dem Maße eine Einschränkung erfahren, als die ähnlichen deutschen Produkte aus veterinären oder sanitären Gesichtspunkten einer Beschränkung unterworfen sind; **das Verhältnis zu den Balkanstaaten muß zur gleichen Zeit geregelt werden wie jenes zu Deutschland.**

Neues Wiener Tagblatt
25. II. 1918

148

Der Volkswirt.

Gründung eines Reichsverbandes der österreichischen Industrie.

Gestern erfolgte unter zahlreicher Beteiligung von Industriellen aus allen Teilen des Reiches die Gründung des Reichsverbandes der österreichischen Industrie.

Sektionschef Dr. Brosche eröffnete die Versammlung im Namen der Proponenten, das ist des Bundes Oesterreichischer Industrieller, des Zentralverbandes der Industriellen Oesterreichs und des Industriellen Klubs, und schildert die geschichtliche Entwicklung dieser industriellen Organisationen in Oesterreich. Es mußte, um zu einer Vereinheitlichung zu kommen, ein Kompromiß geschlossen werden, in welchem die verschiedenen Systeme, die in den drei Korporationen verkörpert sind, zum Ausdruck kommen. Es war dringend notwendig, zu einer Vereinheitlichung zu schreiten, da die Industrie in ihren Grundlagen bedroht ist. Die erste Voraussetzung einer gedeihlichen industriellen Wirksamkeit sei ein geordnetes Staatswesen und die Freiheit der Betätigung. Es bedarf nicht nur das Kapital als unerläßlicher Produktionsfaktor des Schutzes, sondern es muß auch den Gefahren, welchen die Industrie im Innern gegenübersteht, energisch entgegengetreten und nach dem Krieg die Freiheit der industriellen Betätigung sofort wiederhergestellt werden. (Lebhafter Beifall.)

Kommerzialrat Vetter teilt mit, daß die Satzungen bis auf eine kleine formale Aenderung von der Regierung genehmigt worden sind. Die hierauf abgeführte Abstimmung ergab die einstimmige Annahme der Statuten, womit die Konstituierung vollzogen erscheint.

Bergrat v. Gutmann begrüßt als Präsident des Industriellen Klub, welcher nunmehr seine Selbständigkeit aufgibt, mit Freuden die Vereinheitlichung der industriellen Organisationen und verspricht dem neuen Reichsverband treue Zugehörigkeit. (Lebhafter Beifall.)

Dr. Brunner erbittet dringend die Hilfe des Reichsverbandes für die durch den Krieg vollständig ruinierte Industrie im Süden des Reiches.

Dr. Schopp gibt unter Zustimmung der Versammlung die Anregung, durch eine später vorzunehmende Statutenänderung die Zahl der Vorstandsmitglieder und des leitenden Ausschusses zu erhöhen.

Die Zusammensetzung des Präsidiums und Ausschusses.

Es wurden gewählt zu Präsidenten die Herren Sektionschef Dr. Siegmund Brosche, Generaldirektor Dr. Georg Günther, Kommerzialrat Heinrich Vetter, zu Präsidentenstellvertretern kaiserlicher Rat Dr. Johann Auspitzer, Reichsratsabgeordneter Max Friedmann, Herrenhausmitglied Willy Ginzkey, Bergrat Max Ritter von Gutmann, Fritz Hamburger und Artur Kuffler; zu Mitgliedern des leitenden Ausschusses: Kommerzialrat Josef Benesch, Kommerzialrat Otto Beck, Dr. Jakob Biach, Theodor Cichorius, Herrenhausmitglied Anton Dreher, Dr. Friedrich Elbogen, Kommerzialrat Dr. Hugo Fürth, Kommerzialrat Emil Fürth, kaiserlicher Rat Hermann Gessele, Dr. Viktor Graetz, kaiserlicher Rat Arnold Grünfeld, Kommerzialrat Josef Hatschek, Kommerzialrat Alfred Hauser, Ingenieur Edmund Heller, Adolf Holzhausen, Kommerzialrat Gustav Josephy, Richard Kind, Kommerzialrat Max Koffmann, Eugen Freiherr v. Kubinzky, Ingenieur Josef Kurz, Kommerzialrat Artur Lemberger, Alfred Löw-Beer, Kommerzialrat Emil Mayer, kaiserlicher Rat Adolf Neumann Edler v. Ditterswaldt, Doktor Ferdinand Neureiter, Herrenhausmitglied Hugo v. Noot, Edgar Ritter v. Penzig-Franz, Kommerzialrat Karl Sarg, Heinrich Schicht jun., Richard Ritter v. Schoeller, Dr. Friedrich Schuster, Emil v. Seybel, Richard Ritter von Skene, Adolf Sonnenschein, Fritz Spohn, Gustav Stern, Otto Strakosch, Otto Tanzer, Kommerzialrat Karl Thonet, kaiserlicher Rat Friedrich Tilgner, Kommerzialrat Emanuel Weißenstein, Zdenko Wertheimer. Als Rechnungsprüfer erscheinen gewählt die Herren Dr. Richard Faber, Hugo Herzfelder und Karl Schlimp.

Generaldirektor Dr. Günther erklärt namens der eben gewählten Funktionäre die Annahme der Wahl und gibt die Versicherung, daß die leitenden Männer des Verbandes in den zu erwartenden schweren Zeiten sich bemühen werden, die Interessen der österreichischen Industrie und der mit ihr eng verknüpften Volkswirtschaft auf das intensivste zu vertreten.

Kommerzialrat Vetter appelliert an alle Mitglieder des Reichsverbandes, sich energisch an der Mitarbeit zu beteiligen, da es der Leitung allein ohne die werktätige Mithilfe der Mitglieder nicht möglich wäre, das zu erreichen, was im Interesse der Industrie notwendig ist. Die vom Bund durch zwanzig Jahre geübte Gepflogenheit, jedem einzelnen Mitgliede für die Vertretung seiner industriellen Interessen zur Verfügung zu stehen, wird auch im Reichsverband hochgehalten werden. Präsident Vetter schließt die Versammlung, indem er den Anwesenden für ihr überaus zahlreiches Erscheinen dankt, mit den besten Wünschen für die Entwicklung und das Gedeihen der österreichischen Industrie. (Stürmischer, langanhaltender Beifall).

Gründung des Reichsverbandes der österreichischen Industrie.

Wien, 25. Februar.

Unter zahlreicher Beteiligung von Industriellen aus allen Teilen des Reiches, welche die weiten Räume des Industriehauses bis auf das letzte Plätzchen füllten, erfolgte gestern die Gründung des Reichsverbandes der österreichischen Industrie.

Sektionschef Dr. Brosche eröffnet die Versammlung im Namen der Proponenten, das ist des Bundes Oesterreichischer Industrieller, des Zentralverbandes der Industriellen Oesterreichs und des Industriellen Klubs, und schildert die geschichtliche Entwicklung dieser industriellen Organisationen in Oesterreich. Es mußte, um zu einer Vereinheitlichung zu kommen, ein Kompromiß geschlossen werden, in welchem die verschiedenen Systeme, die in den drei Korporationen verkörpert sind, zum Ausdrucke kommen. Es war dringend notwendig, zu einer Vereinheitlichung zu schreiten, da die Industrie in ihren Grundlagen bedroht ist. Die erste Voraussetzung einer gedeihlichen industriellen Wirksamkeit sei ein geordnetes Staatswesen und die Freiheit der Betätigung. Es bedarf nicht nur das Kapital als unerläßlicher Produktionsfaktor des Schutzes, sondern es muß auch den Gefahren, welchen die Industrie im Innern gegenübersteht, energisch entgegengetreten und nach dem Frieden die Freiheit der industriellen Betätigung sofort wiederhergestellt werden. (Lebhafter Beifall.)

Kommerzialrat Vetter teilt mit, daß die Satzungen bis auf eine kleine formale Aenderung von der Regierung genehmigt worden sind. Die hierauf abgeführte Abstimmung ergab die einstimmige Annahme der Statuten, womit die Konstituierung vollzogen erscheint.

Bergrat v. Gutmann begrüßt als Präsident des Industriellen-Klubs, welcher nunmehr seine Selbständigkeit aufgibt, mit Freuden die Vereinheitlichung der industriellen Organisationen und verspricht dem neuen Reichsverband treue Zugehörigkeit. (Lebhafter Beifall.)

Dr. Brunner erbittet dringend die Hilfe des Reichsverbandes für die durch den Krieg vollständig ruinierte Industrie im Süden des Reiches.

Dr. Schopp gibt unter Zustimmung der Versammlung die Anregung, durch eine später vorzunehmende Statutenänderung die Zahl der Vorstandsmitglieder und des leitenden Ausschusses zu erhöhen.

Der von Dr. Schopp der Versammlung unterbreitete Wahlvorschlag wurde laut dem von Herrn Fritz Spohn verkündeten Ergebnis des Skrutiniums nahezu einstimmig angenommen. Es wurden gewählt zu Präsidenten die Herren: Sektionschef Dr. Siegmund Brosche, Generaldirektor Doktor Georg Günther, Kommerzialrat Heinrich Vetter; zu Präsidenten-Stellvertretern: kaiserlicher Rat Dr. Johann Auspitzer, Reichsratsabgeordneter Max Friedmann, Herrenhausmitglied Willy Ginzkey, Bergrat Max Ritter v. Gutmann, Fritz Hamburger und Artur Kuffler; zu Mitgliedern des leitenden Ausschusses: Kommerzialrat Josef Benes, Generaldirektor des Oesterreichischen Vereines für chemische und metallurgische Produktion, Wien; Kommerzialrat Otto Beck, in Firma Wilhelm Beck & Söhne, Wien; Dr. Jakob Biach, Vizepräsident der Cosmanos Vereinigten Textil- und Druckfabriken, Wien; Theodor Eichorius, in Firma Macospinnerei Eichorius & Co., Reichenberg; Anton Dreher, Herrenhausmitglied, Präsident der Vereinigten Brauereien Schwechat, St. Marx, Simmering, Dreher, Mautner, Meichl A.-G., Schwechat; Dr. Friedrich Elbogen, in Firma Seligmann Elbogen, Prag; Kommerzialrat Dr. Hugo Fürth, Vizepräsident der A.-G. der österreichischen Fesfabriken, Wien; Kommerzialrat Emil Fürth, Verwaltungsrat der Leykam-Josefstal A.-G., Wien; kaiserlicher Rat Hermann Gessele, in Firma M. Gschnitzer, Salzburg; Dr. Viktor Graetz, Verwaltungsrat der „Steyrermühl", Administrationsrat der Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft, Wien; kaiserlicher Rat Arnold Grünfeld, Präsident der A.-G. der k. k. priv. Brünner Lederfabrik, Wien; Kommerzialrat Josef Hatschek, in Firma Gebrüder Hatschek, Troppau; Kommerzialrat Alfred Hauser, in Firma Hauser & Sobotka, Wien; Ingenieur Edmund Heller, Direktor der A. E. G. Union-Elektrizitäts-Ges., Wien; Adolf Holzhausen, in Firma Adolf Holzhausen, Wien; Kommerzialrat Gustav Josephy, in Firma G. Josephys Erben, Bielitz; Richard Kind, in Firma Kind & Herglotz, Wien; Kommerzialrat Max Koffmahn, in Firma M. Kofmahn, Wien; Eugen Freiherr v. Kubinzky, in Firma Holleschowitzer Kattunfabrik, Prag; Ingenieur Josef Kurz, in Firma Kurz, Rietschel & Henneberg, Wien; Kommerzialrat Artur Lemberger, in Firma Alois Lemberger, Wien; Alfred Löw-Beer, in Firma Mos. Löw-Beer, Brünn; Kommerzialrat Emil Mayer, in Firma C. Stölzels Söhne A.-G., Wien; kaiserlicher Rat Adolf Neumann Edler v. Ditterswaldt, in Firma M. B. Neumanns Söhne, Wien; Dr. Ferdinand Neureiter, Direktor der Oesterreichischen Siemens-Schuckert-Werke, Wien; Hugo v. Noot, Herrenhausmitglied, in Firma Vogel & Noot, Wien; Edgar Ritter v. Penzig-Franz, Generaldirektor der A.-G. der Vöslauer Kammgarnspinnerei, Vöslau; Kommerzialrat Karl Sarg, in Firma F. A. Sargs Sohn & Co.; Heinrich Schicht jun., Präsident der Georg Schicht A.-G., Aussig; Richard Ritter v. Schoeller, Großindustrieller, Wien; Dr. Friedrich Schuster, Generaldirektor i. P., Wien; Emil v. Seybel, Direktor der Wagenmann, Seybel & Co., A.-G., Wien,; Richard Ritter v. Skene, Präsident der Chropiner Zuckerfabriks-A.-G., Wien; Adolf Sonnenschein, Zentraldirektor der Witkowitzer Bergbau- und Eisenhüttengewerkschaft, Witkowitz; Fritz Sphon, in Firma Weicheisen- und Stahlgießerei Ges. m. b. H.; Gustav Stern, Verwaltungsrat der Spiritusindustrie A.-G., Wien; Otto Strakosch, in Firma B. Strakosch & Sohn, Wien; Otto Tanzer, in Firma Ignatz Tanzers Sohn, Zlonitz; Kommerzialrat Karl Thonet, in Firma Gebrüder Thonet, Wien; kaiserlicher Rat Friedrich Tilgner, in Firma Jos. Adensamer & Co., Wien; Kommerzialrat Emanuel Weissenstein, Generaldirektor der Ersten Oesterreichischen Jutespinnerei und Weberei, Wien; Zdenko Wertheimer, in Firma Max & John Schiff Nachf., Wien.

Als Rechnungsprüfer erscheinen gewählt die Herren Dr. Richard Faber, Hugo Herzfelder und Karl Schlimp.

Generaldirektor Dr. Günther erklärt namens der eben gewählten Funktionäre die Annahme der Wahl und gibt die Versicherung, daß die leitenden Männer des Verbandes in den zu erwartenden schweren Zeiten sich bemühen werden, die Interessen der österreichischen Industrie und der mit ihr eng verknüpften Volkswirtschaft auf das intensivste zu vertreten.

Kommerzialrat Vetter appelliert an alle Mitglieder des Reichsverbandes, sich energisch an der Mitarbeit zu beteiligen, da es der Leitung allein ohne die werktätige Mithilfe der Mitglieder nicht möglich wäre, das zu erreichen, was im Interesse der Industrie notwendig ist. Die vom Bund durch zwanzig Jahre geübte Gepflogenheit, jedem einzelnen Mitgliede für die Vertretung seiner industriellen Interessen zur Verfügung zu stehen, wird auch im Reichsverband hochgehalten werden. Präsident Vetter schließt die Versammlung, indem er den Anwesenden für ihr überaus zahlreiches Erscheinen dankt, mit den besten Wünschen für die Entwicklung und das Gedeihen der österreichischen Industrie. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Reichspost
28./II. 1918

150

* **Außerkraftsetzung der Zölle für mehrere Artikel.** Die heutige „Wiener Zeitung" veröffentlicht eine Ministerialverordnung, die im Einvernehmen mit Ungarn eine ansehnliche Reihe von Artikeln, vornehmlich Lebensmittel und Gebrauchsartikel von einer Zollabgabe befreit. Die Artikel, deren Liste die „Wiener Zeitung" wörtlich veröffentlicht, sind Getreide, Mehle, Reis, Gemüse, Schlachttiere, Wild, Käse, Fette, Marmeladen, Back- und Teigwaren, Fische, Krusten- und Schaltiere, Konserven aller Art, Papier, Blei und gewisse Kupfersalze usw. Gleichzeitig wird eine Liste jener amtlichen Fachstellen mitgeteilt, bei welchen Ansuchen um Einfuhrbewilligungen für die einschlägigen Warengattungen einzubringen sind.

Fremdenblatt
2./III. 1918
152

Organisation des Ausfuhrhandels in Deutschland.

Die in Berlin seit längerer Zeit geführten Verhandlungen über die Organisation des deutschen Ausfuhrgeschäftes haben durch die im Reichswirtschaftsamt erfolgte Gründung der Außenhandels-Gesellschaft m. b. H. ihren Abschluß gefunden. Die Gesellschaft hat den Zweck, der deutschen Industrie und dem deutschen Handel die Möglichkeit zu verschaffen, sich an dem wieder auflebenden Ausfuhrgeschäft vor allem nach den bisher feindlichen Ländern zu beteiligen. Die Gesellschaft trägt halbamtlichen Charakter und ist von großen wirtschaftlichen Verbänden von Handel und Industrie gegründet. Entscheidend haben vor allem der Zentralverband des deutschen Großhandels und der Verband der Exporteure mitgewirkt. Das Direktorium wird aus 8 Vertretern von Handel und Industrie und 8 Stellvertretern gebildet werden, die das Reichswirtschaftsamt gemäß den Vorschlägen der Verbände ernennt.

Diese halbamtliche Organisation des deutschen Ausfuhrhandels für die Zeit nach dem Kriegsende stellt sich als eine Fortsetzung der jetzigen, auf Kriegsdauer geschaffenen Organisationen des Außenhandels dar. Wie diesen der Außenhandel für eine Reihe von Waren vorbehalten worden ist, so wird die in Berlin errichtete Außenhandels-Gesellschaft m. b. H. das Ausfuhrgeschäft in der Uebergangszeit halb unter amtlicher Aegide, halb unter Aegide der Interessenten-Verbände zu pflegen haben. Der Industrial-Betrieb des Außenhandels wird also auch nach der Friedens-Wiederkehr mindestens nach den bisher feindlichen Ländern zunächst noch ausgeschaltet bleiben.

Neues Wiener Tagblatt
3./III. 1918
153

Wirtschaftliche Wochenchronik.

24. Februar. Gründung eines Reichsverbandes der österreichischen Industrie. — Der Deutsch-österreichisch-ungarische Wirtschaftsverband spricht sich aus Anlaß des Friedens mit der Ukraine neuerdings für eine Gemeinsamkeit der Handelspolitik der Mittelmächte aus.

25. Februar. Rußland nimmt, vorläufig in einem Funkspruch, die deutschen Friedensbedingungen an. — Beschlagnahme rumänischer Vermögen in den Ententeländern zur Sicherstellung der an Rumänien gewährten Vorschüsse von 9 Milliarden Franken.

26. Februar. Einbringung eines Kohlengesetzentwurfes im Abgeordnetenhause. — Von einigen Abgeordneten wird ein Antrag auf Verstaatlichung der Südbahn gestellt. — Gründung einer neuen deutsch-österreichischen Handels- und Kreditgesellschaft in Berlin. — Die Aufhebung des freien Getreidehandels in Frankreich von der Deputiertenkammer beschlossen. — Ausgabe von Fünfschillingbanknoten in England.

27. Februar. Der englische Schatzkanzler kündigt wöchentliche Kriegsanleihen an.

28. Februar. Errichtung eines deutschen Braunkohlensyndikats.

1. März. Veröffentlichung der Richtpreise für Eisen.

Fremdenblatt
6./III. 1918

Unsere wirtschaftliche Aktion in der Ukraine.

Vor einigen Tagen wurde gemeldet, daß unter dem Vorsitze des Botschafters Grafen Forgach eine Kommission gebildet wurde, die im Sinne des mit der Ukraine geschlossenen Friedensvertrages die Durchführung des Warenaustausches und des Abschlusses der bezüglichen Lieferungsverträge einzuleiten habe. Der Bildung der Kommission sind bekanntlich in Berlin Besprechungen von Delegierten Oesterreich-Ungarns mit Vertretern des Deutschen Reiches vorausgegangen. Nunmehr ist insoferne eine Abänderung in der geplanten Durchführung der wirtschaftlichen Aktion zu verzeichnen, als die erwähnte Kommission nach Herstellung des Einvernehmens mit Berlin das Programm ihres Vorgehens abgeändert hat. Es war ursprünglich beabsichtigt, die Versorgung der beiden Staaten von zwei getrennten Gebieten aus vorzunehmen, für welche der Dniepr die Grenzlinie gebildet hätte. Man hat aber davon Abstand genommen einerseits mit Rücksicht darauf, daß ja auch gemischte Truppenverbände eingegriffen haben, namentlich aber deshalb, weil eine gemeinsame Ausnützung des Eisenbahnnetzes im Interesse einer klaglosen Abwicklung der Transporte wünschenswert erschien. So wird also ganz Rußland, beziehungsweise die Ukraine als ein ungetrenntes Gebiet betrachtet, aus dem die aufgekauften Vorräte ungeteilt an die Grenze gebracht werden. Nach einem Schlüssel, der bei den letzten Besprechungen festgesetzt wurde, erfolgt nach Bedarf die Verteilung, die den Bedürfnissen der Monarchie vollkommen Rechnung tragen wird. Es wird da ein Weg eingeschlagen, der sich schon beim Abtransport der Bodenfrüchte aus Rumänien wohlbewährt hat.

Minister des Aeußern Graf Czernin hat den Frieden zunächst mit der Ukraine und dann mit Großrußland getreu seiner Formel vom Frieden ohne Annexionen und ohne Entschädigung abgeschlossen, er hat vielmehr die Sicherstellung unserer wirtschaftlichen Erfordernisse in erster Linie ins Auge gefaßt und vor allem die Vorbedingungen für eine glatte Versorgung aus der Ukraine geschaffen. Unsere Truppen konnten bei ihrem Vormarsch das Vorhandensein bedeutender Vorräte feststellen. Oesterreich-Ungarn erfreut sich in der Bevölkerung der Ukraine seit jeher großer Sympathie, und das ist auch jetzt zum Ausdruck gekommen: die Bevölkerung benahm sich überall sympathisch, die Behörden, soweit solche vorhanden sind, bekundeten das größte Entgegenkommen. Selbstverständlich sind militärische Requisitionen in der Ukraine unsererseits ausgeschlossen. Es gilt lediglich die Vorbereitung für einen freien Handel. Der gesamte verfügbare Wagenpark wird für die Transporte bereitgestellt und allen Schwierigkeiten, wie sie u. a. durch die verschiedene Spurweite der Geleise bedingt ist, ungeachtet ein gut funktionierender Verkehr sichergestellt. Wenn es auch noch einige Zeit dauern wird, so kann doch schon heute gesagt werden, daß die Schwierigkeiten unserer Verpflegung ehebaldigst überwunden sein werden.

Die Zeit
6./III. 1918

Die Wirtschaftsbeziehungen.

Zu den Oststaaten.

Am 2. d. hat im Sitzungssaale der Handelskammer unter dem Vorsitz des Generalkommissärs für Kriegs- und Uebergangswirtschaft Geheimen Rates Sektionschefs Riedl eine gemeinsame Beratung des Arbeits- und Rohstoffausschusses des Hauptausschusses für Kriegs- und Uebergangswirtschaft stattgefunden, in der die Organisation des Warenbezuges aus Rußland und der Ukraina zur Sprache kam. Nach Schluß der Sitzung traten die Vertreter der Kriegsorganisationen zu einer Besprechung über die Einzelheiten der zu treffenden organisatorischen Maßnahmen zusammen und werden diese Beratungen im Laufe der nächsten Tage fortsetzen.

Die Frage unserer wirtschaftlichen Beziehungen zu den Oststaaten bildete auch den Gegenstand einer Beratung des Finanzausschusses des Hauptausschusses, der am 4. d. unter dem Vorsitz des Vizegouverneurs der Oesterreichisch-ungarischen Bank Geheimen Rates Dr. Freiherrn v. Gruber im Beisein des Generalkommissärs sowie von Vertretern des Finanz- und Handelsministeriums eine Sitzung abgehalten hat. Oberfinanzrat Dr. Schwarzwald leitete die Verhandlung durch ein eingehendes Referat über die finanziellen Fragen, die mit dem organisierten Wareneinkauf in Rußland und in der Ukraina im Zusammenhang stehen, ein.

An der darauffolgenden Diskussion beteiligten sich außer den Regierungsvertretern die Ausschußmitglieder Bürgermeister Dr. Weiskirchner, Baron Theodor Liebieg, Kommerzialrat Arnstein, die Reichsratsabgeordneten Dr. Kolischer und Seitz, Präsident Dr. v. Landesberger, die Bankdirektoren Dr. Hammerschlag und Markus und Gewerkschaftssekretär Hueber. Ferner äußerten sich auch die Experten kais. Rat Baldwin, Kommerzialrat Janowitzer, der Vizepräsident der Kriegsgetreideverkehrsanstalt Reif und Handelskammersekretär Dr. Pistor.

Von den Vertretern des Finanz- und Handelsministeriums wurden Aufschlüsse über die Richtlinien des geplanten Warenaustausches erteilt, auf Grund deren aus den Kreisen der Ausschußmitglieder eine Reihe von Anregungen gegeben wurde. Im Laufe seiner Darlegungen wies der Generalkommissär auf die wertvollen Dienste hin, die anläßlich der jüngsten Verhandlungen in Berlin die Vertreter der kriegswirtschaftlichen Organisationen geleistet hatten, und benützte den Anlaß, den beteiligten Herren den wärmsten Dank auszusprechen.

Zur Beratung eines vom Herrenhausmitglied Baron Liebieg gestellten Antrages über die Art der Beschaffung der Geldmittel, die zum Zweck des Rohstoffeinkaufes benötigt werden, sowie über die Sicherstellung der mit dem Einkauf und der Einlagerung im Ausland verbundenen Risken wurde ein Subkomitee eingesetzt, das demnächst seine Beratungen aufnehmen soll.

Fremdenblatt
8./III. 1918

159

Der weibliche Kaufmann.

(Ueberfüllung der Handelsschulen — Dreimal soviel Mädchen wie Knaben. — Besondere Eignung für die Kontorarbeiten. — Invalidenkurse.)

Ein Besuch in der Gremialhandelsschule der Wiener Kaufmannschaft gibt uns interessante Aufschlüsse über das Problem der Frau als Kaufmann. Wir erhalten dort wertvolle Aufklärungen über die Frequenz der Handelsschule durch Mädchen, die im Laufe des Krieges die Schule förmlich überschwemmen. So hat diese Schule sechs erste und sechs zweite Klassen der Handelsschule für Mädchen, während nur zwei erste und zwei zweite Klassen für Knaben bestehen. Außerdem ist die Handelsakademie sehr stark von Mädchen frequentiert. Die Zahl der studierenden Mädchen hat sowohl relativ, wie absolut ganz immens zugenommen. Die Frequenz dieser Schule ist trotz des kurzen Bestandes eine ganz besonders starke und das große Schulgebäude, das 25 Klassenzimmer besitzt, ist fast vollständig okkupiert. Die Mädchen arbeiten nach Aussage der Lehrkräfte sehr fleißig und mit besonders gutem Erfolge, so daß die Anstellung der Absolventinnen in den Wiener Kontors sehr schnell vor sich geht. Auch die sogenannten Einjährigenkurse für Damen sind sehr gut besucht und die Absolventinnen dieser Kurse können auch im praktischen Leben schöne Erfolge aufweisen. Allerdings wollen wir nicht unerwähnt lassen, daß die Vorbereitung in dieser Schule besonders bei den Damen sich mehr für rein manuelle Kontorarbeiten eignet, daß auch die Mädchen im Berufe hauptsächlich derartige Stellen in den Kontors erhalten. Für diese Arbeiten aber haben sie einen derartigen Befähigungsnachweis erbracht, daß sie eine scharfe Konkurrenz für die männlichen Kontorkräfte bedeuten. Das Vorwärtskommen in den Berufen, wie auch der Zudrang zu den Handelsschulen ergibt sich aber vornehmlich aus der Tatsache, daß jetzt in den Bureaux die männlichen Kräfte fehlen und nolens volens durch weibliche Kräfte ersetzt werden müssen. Man möge nicht vergessen, daß so manche Chefs eben nur durch die im Kriege geschaffene Lage genötigt wurden, die männlichen Kräfte durch weibliche zu ersetzen und daß unter den weiblichen Kontorkräften tatsächlich die Zahl derer, die die Arbeit vollwertig den Männern leisten, noch sehr gering ist. Es liegt dies zweifellos daran, daß bei den Damen das Streben zur späteren Selbständigkeit fehlt und daß auch die Menschen im allgemeinen die Frau als Kaufmann noch nicht so recht anerkennen wollen. Aber mit der Zeit wird es doch so weit kommen, daß es auch weibliche Chefs in den Kontorhäusern geben wird. Dabei drängt sich einem unwillkürlich die Frage auf: Wie wird das enden? Was wird sein, wenn der Krieg denn doch einmal zu Ende sein und die vielen Streiter aus dem Felde heimkehren? Was dann?

Die Gremialhandelsschule der Wiener Kaufmannschaft hat bereits den 7. Freikurs für Invalide eröffnet. Es kommen dorthin in Wien zugeteilte invalide Soldaten, die Lust zu kaufmännischen Studien haben und die in besonderen Kursen vollkommen gratis und mit jedweder Unterstützung durch Bücher und Materialien unterrichtet werden. Das ist zweifellos ein gutes und wichtiges Werk, das diese Schule vollbringt, und es wäre von großer Bedeutung, wenn von der Regierung aus dafür gesorgt würde, den Soldaten, die sich nicht an der Front befinden, Gelegenheit zur kaufmännischen Ausbildung zu geben. Wir werden nach dem Krieg viel Kaufleute brauchen, wir haben aber auch die Pflicht, dafür zu sorgen, daß, wenn die Soldaten abrüsten, sie die Möglichkeit haben, sich ihr Brot zu verdienen und nicht der Gefahr ausgesetzt sind, durch die Frauen vollkommen in den Hintergrund geschoben zu werden, was leider jetzt häufig geschieht.

r.

Die Zeit
8/III. 1918

160

Der Abbau der Preise.

Eine Kundgebung der Handelspolitischen Kommission.

Zu Beginn der gestrigen Sitzung der Handelspolitischen Kommission stellte Handelskammersekretär Prof. Dr. Wrabetz eine längere Entschließung zur Diskussion, in der es unter anderem heißt:

„Die Strafbestimmungen der Preistreibereiverordnung haben weder in Hinsicht der Bekämpfung der Ausschreitungen in der Preisbildung noch in Hinsicht des durch die Verordnung zu fördernden Versorgungszweckes befriedigende Wirkungen hervorgebracht. In der Frage des Abbaues der Preise vertritt die Kommission die Anschauung, daß Preissenkungen sich als die Folgeerscheinungen der gesamten Wirtschaftsentwicklung ergeben müssen und daß willkürliche einseitige Preisdrückungen dem Versorgungszweck abträglich sind. Eine Einwirkung auf die Preisbildung ist nur auf Grund wirtschaftlicher Prüfung zu empfehlen. Demgemäß sind bei der Feststellung von Richtpreisen und Richtlinien das in den wirtschaftlichen Verhältnissen gerechtfertigte Ausmaß des Preises und die Wechselwirkung der Preisfestsetzung für verschiedene Waren voll zu berücksichtigen, wenn nicht durch fehlerhafte Preisermittlungen die Versorgungsinteressen schwer geschädigt werden sollen. Die Einführung gleichartiger Preistreibereivorschriften und deren gleichartige Handhabung in Ungarn ist unerläßlich. Behufs Anbahnung des Preisabbaues wird der Regierung insbesondere empfohlen, durch energische Vorkehrungen zur Förderung der Produktion und zur Aufbringung der Warenbestände das Warenangebot zu erhöhen. Als eine der wichtigsten Maßnahmen in dieser Richtung sei die Enthebung einer entsprechenden Zahl wirtschaftlich verwendbarer, für die Kriegführung nicht unbedingt notwendiger Personen zu fördern."

Gemeinderat Dr. Klotzberg bezeichnete die Zentralen als Haupthindernis für den Abbau der Preise. Es sei daher Pflicht der Handelspolitischen Kommission, darauf hinzuarbeiten, daß diese ehebaldigst beseitigt werden.

Kommerzialrat Saborsky führt aus, durch viele Maßnahmen der österreichischen und ungarischen Viehzentrale sei die Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch nicht erleichtert, sondern erschwert worden.

Frau Freundlich beklagt, daß die Zentralen in Oesterreich im Gegensatz zu Deutschland mit privatem Kapital wirtschaften müssen. Würden sie mit dem ihnen vom Staate zur Verfügung gestellten Kapital arbeiten, so würde das Risiko bei dem Abbau der Preise die Allgemeinheit treffen. Jetzt nach fast vier Kriegsjahren wäre es ein Fehler, eine Umwälzung der auf den Zentralen aufgebauten Organisation herbeizuführen, ohne die Sicherheit zu haben, daß durch ein an deren Stelle gesetztes anderes System eine Besserung eintreten werde.

Kammerrat Mendl hält es für unverantwortlich, der zentralen Bewirtschaftung und den Zentralen für die gegenwärtigen Schwierigkeiten schuld zu geben. Das Verlangen nach Beseitigung der Zentralen oder nach Reorganisation sei insolange ungerechtfertigt, als nicht konkrete Vorschläge gemacht werden, was an Stelle der Zentralen gesetzlich ist, und wie sie zu reformieren wären. Er führt weiter aus, daß die hohen Preise zum Teil ihre Ursache auch darin haben, daß eine Relation zwischen den Höchstpreisen der wichtigsten Nahrungsmittel fehlt, weiter mangle es in Oesterreich an dem Verwaltungsapparat, der die Einhaltung der zahlreichen Approvisionierungsverordnungen, insbesondere jener hinsichtlich der Preisbestimmung, gewährleistet.

Frau Freund-Marcus erblickt in der Beseitigung der Zentralen gegenwärtig die größte Gefahr für die Versorgung der Bevölkerung. Wenn sich der freie Handel bewährt hätte, wären die Zentralen überhaupt nicht geschaffen worden. Das vielfach in der Oeffentlichkeit besprochene Projekt, die Ablieferung landwirtschaftlicher Artikel auf einen Pflichtteil zu beschränken und den Rest den Produzenten zur freien Verfügung zu überlassen, könnte nur dann die Zustimmung erhalten, wenn Vorkehrungen getroffen werden daß die restlichen Waren nicht durch den Schleichhandel in den Verkehr gelangen.

Kommerzialrat Partik betont, daß der Abbau der Preise mit der Einschränkung des Schleichhandels im Zusammenhang stehe.

Der Präsident des Gremiums der Kaufmannschaft Spitzer bemängelt es ebenfalls, daß den Zentralen nicht staatliche Gelder zur Verfügung gestellt würden.

Bei der Abstimmung wird die Entschließung des Berichterstatters einstimmig mit dem Zusatz angenommen, daß bei der Aufbringung der Waren der freie Handel soweit als möglich herangezogen werden soll.

Neue Freie Presse
9./III. 1918

161

Für den freien Handel.

Der demokratische Wählerverein veranstaltet morgen Samstag den 9. d. seine vierte Versammlung im großen Dreher-Saale auf der Landstraße, nachmittags 5 Uhr, gegen die Zentralen und für den legitimen freien Handel. Mit jeder Versammlung steigt die Anzahl der Mitkämpfer. Der Veranstalter der Bewegung, Bezirksvorsteher Dr. Blasel, hat Zustimmungskundgebungen aus ganz Oesterreich erhalten. Besonders der Kaufmannsstand wird aufgefordert, diesmal zahlreich zu erscheinen, da es sich um die Existenz von Tausenden von Bürgerfamilien handelt. Die Obst- und Gemüsehändler sind vorausgegangen, mögen die anderen nicht säumen.

Der Abend
14./III. 1918
162

Ein zweiter Industrieskandal in Deutschland.

Dem deutschen Reichstag wird in den nächsten Tagen ein Industrieskandal beschäftigen, der die Angelegenheit der Daimler-Werke, so ungeheuer sie auch ist, in den Schatten stellt. Haben die Daimler-Werke den deutschen Staat bewuchert, vielleicht — ganz gewiß ist es nicht — etwas unverschämter als es Heereslieferanten und Kriegsgewinner im allgemeinen tun, so erscheint der Fall der „Aktiengesellschaft für chemische Produkte, vormals A. H. Scheidemandel" — um diese handelt es sich — deshalb besonders charakteristisch für die Zusammenhänge zwischen dem Aufbau der Kriegswirtschaft und die Entstehung von Kriegsgewinnen als die Leiter des Unternehmens in verschiedenen deutschen Kriegszentralen Sitz und Stimme haben und dort Entscheidungen fällten, die in erster Linie ihnen und ihrer Gesellschaft die Taschen füllten. Im „Abend" sind im Laufe der Kriegsjahre die Zusammenhänge zwischen österreichischen Kriegszentralen und Privatinteressen immer wieder beleuchtet worden. Es wäre heute an die Öl- und Fettzentrale und ihre Verbindung mit der Firma Schicht, an die Baumwollzentrale und die Bereicherung die sie einigen in ihr vertretenen Spinnern und Webern gewährte, hinzuweisen.

Was die Angelegenheit der Scheidemandel A. G. betrifft, so wurde von unserem Berliner Berichterstatter gleich bei Bekanntwerden des Daimler-Skandals darauf hingewiesen, daß Mitglieder des Reichstages sich bereits mit einer zweiten ähnlichen Angelegenheit beschäftigen. Nunmehr wird in den Kreisen der Mehrheitsparteien des deutschen Reichstages — man nennt den Abgeordneten Wolfgang Heine als Fragesteller — eine Anfrage an den Reichskanzler vorbereitet, in welcher die Regierung befragt wird, ob ihr bekannt sei, daß die Aktien der Gesellschaft, die vor dem Kriege im Verhältnisse 4:1 zusammengelegt werden mußten und 48 v. H. standen, trotz der vorgenommenen Erhöhungen bis auf 800 v. H. stiegen und daß die Vertreter der Gesellschaft in den verschiedenen Kriegszentralen sitzen, an deren Entscheidungen die Gesellschaft unmittelbar interessiert ist. Die Regierung wird ferner befragt werden, was sie zur Klarstellung dieses Verhältnisses zu tun gedenke. Tatsächlich haben sich die Behörden mit diesen Verhältnissen bereits seit einiger Zeit befaßt.

Die österreichische Abteilung der Gesellschaft.

Der Fall Scheidemandel ist um so bemerkenswerter als auch in Österreich von der österreichischen Scheidemandel A. G., die bekanntlich Knochen auf Leim und Fett verarbeitet, große Fabriken unterhalten und große Geschäfte betrieben werden.

Wie der „Est" berichtet, hat es Aufsehen erregt, daß schon vor einiger Zeit der Geheime Justizrat Dr. von Bachrach seine Beziehungen zu der Gesellschaft gelöst hat und die Aktien, die sich bis dahin in den Händen einzelner hochstehender Persönlichkeiten in Wien befanden, in deren Auftrag abgestoßen hat. Es geschah dies, als sich herausstellte, daß die reichsdeutschen Leiter in unverantwortlicher Weise vorgegangen seien und ein Skandal unaufhaltsam sei.

Die Finanzgeschichte der Scheidemandel-A.-G.

Die Finanzgeschichte der Scheidemandel-A.-G. zeigt, daß der jetzt auffliegende Wucherskandal nur diejenigen überraschen kann, die in den abgelaufenen drei Jahren nicht sehen wollten und die Augen absichtlich vor dem furchtbaren Treiben verschlossen, das das Hinterland nicht weniger verwüstet hat als der Krieg. Hätten sie sehen wollen, dann hätten sie untersuchen müssen, wie es denn möglich sei, daß eine Gesellschaft, die mitten im Kriege ihren Zusammenbruch erklären mußte, ein Jahr später plötzlich zu einem blühenden Unternehmen mit gefüllten Kassen und Bankguthaben umgewandelt war. Am 6. März 1915 — also drei Vierteljahre nach Kriegsausbruch — mußte die Generalversammlung der Scheidemandel-A.-G. fast ihr ganzes Aktienkapital verloren geben und einer Abstempelung der Aktien von 11 Millionen auf 2,750.000 Mark zustimmen. Ein Jahr später konnte den armen Aktionären bereits mitgeteilt werden, daß das Unternehmen 12 v. H. trage. Verdient wurde das Geld an der Erzeugung von allerlei Kriegsersatzstoffen, vornehmlich an der Gewinnung künstlicher Nährhefe, die nach einem Verfahren, das bekanntlich vor zwei Jahren in Berlin entdeckt und als Triumph deutscher Technik und entscheidenden Schritt zur Abwehr der Hungerblockade ausgegeben wurde, zur Herstellung gelangte. Inwieweit es die Hungerblockade gebrochen und den Hinterländlern angeschlagen hat, kann jedermann selbst beurteilen. Die Meinungen über die Auskömmlichkeit der künstlichen Nährhefe werden wohl weit auseinandergehen, aber einstimmig wird das Urteil sein, daß es der Scheidemandel-A.-G. gut angeschlagen hat.

Hamburger Fremdenblatt

17./III. 1918.

17

163

Fernhaltung unzuverlässiger Personen vom Handel.

Hamburg, 16. März.

Der Senat hat der Bürgerschaft eine Erwiderung auf ihre Anträge betreffend das Verfahren zur Fernhaltung unzuverlässiger Personen vom Handel und betreffend Handelserlaubnis zugehen lassen, der folgendes zu entnehmen ist:

Die Untersagung des Handelsbetriebes auf Grund der Bundesratsverordnung zur Fernhaltung unzuverlässiger Personen vom Handel vom 23. September 1915 ist in andern Bundesstaaten, den Polizeiverwaltungen zugewiesen. Im Gegensatze hierzu ist in Hamburg als erste Instanz nicht die Polizeibehörde, sondern die Deputation für Handel, Schiffahrt und Gewerbe, in zweiter Instanz die Senatssektion für Gewerberekursſachen eingesetzt. Mündliches Verfahren ist in keiner der hier bekanntgewordenen Ausführungsbestimmungen anderer Bundesstaaten vorgesehen. Die Deputation für Handel, Schiffahrt und Gewerbe berichtet, daß der Entscheidung über die Untersagung des Handelsbetriebes wegen Unzuverlässigkeit stets eine Vernehmung des Handeltreibenden vorangegangen sei, ebenso wie stets Sachverständige oder die zuständige Kammer vor der Entscheidung gehört seien. Wenn jetzt der Wunsch der Bürgerschaft dahin geht, die Entscheidungen auf Grund mündlicher Verhandlungen in nichtöffentlicher Sitzung ergehen zu lassen, so macht die Erfüllung dieses Wunsches eine Aenderung des bisherigen Verfahrens nötig, da eine mündliche Verhandlung vor der Deputation in deren Vollversammlung selbst, wie die Deputation mit Recht betont hat, nicht wohl angängig erscheint. Die Deputation für Handel, Schiffahrt und Gewerbe hat deshalb dem Senate eine Regelung dahin in Vorschlag gebracht, daß in Zukunft diese Entscheidungen nicht mehr in der Sitzung der Deputation beschlossen werden, sondern daß die Deputation sie durch eine von ihr einzusetzende Kommission treffen läßt.

Nach dem Bericht der Deputation für Handel, Schiffahrt und Gewerbe ist bisher in 123 Fällen die Untersagung des Handels wegen Unzuverlässigkeit ausgesprochen. Gegen 21 dieser Entscheidungen ist Beschwerde erhoben, die in 14 Fällen abgewiesen ist und in zwei Fällen zur Wiederzulassung des Beschwerdeführers geführt hat. In fünf Fällen steht die Entscheidung noch aus. Der Senat vermag nach Prüfung der Verhältnisse zwar nicht anzuerkennen, daß die Sachlage Anlaß zu einer Aenderung der bisherigen Regelung gibt, trägt aber keine Bedenken, dem von der Bürgerschaft ausgesprochenen Wunsche nach Einführung des mündlichen Verfahrens bei Untersagung des Handelsbetriebes auf Grund der in Frage stehenden Verordnung Rechnung zu tragen, und hat sich deshalb mit dem Vorschlage der Deputation für Handel, Schiffahrt und Gewerbe einverstanden erklärt. Auch die Senatssektion für Gewerberekursſachen ist mit Rücksicht auf das Ersuchen der Bürgerschaft veranlaßt worden, in Zukunft diese Entscheidungen auf Grund mündlicher Verhandlungen in nichtöffentlichem Verfahren zu treffen.

Gegenüber dem weiteren Wunsche der Bürgerschaft, zu veranlassen, daß die Bescheide über die Untersagung des Handels wegen Unzuverlässigkeit auf Grund der in Rede stehenden Bundesratsverordnung mit Gründen versehen werden, hat die Deputation für Handel, Schiffahrt und Gewerbe berichtet, daß diese Bescheide stets mit Gründen versehen worden seien.

Für die Entscheidung über die Erlaubnis zum Handelsbetriebe bei den während des Krieges erlaubnispflichtig gewordenen Handelsbetrieben ist in Hamburg in erster Instanz eine Kommission von drei Mitgliedern eingesetzt, von denen der Vorsitzende der Vorschrift der Bundesratsverordnung gemäß ein juristischer höherer Beamter und die beiden andern Mitglieder von der Handelskammer vorgeschlagene Angehörige des Kaufmannsstandes sind. Als zweite Instanz ist eine aus einem Senatsmitgliede und vier auf Vorschlag der Handelskammer ernannten Angehörigen des Kaufmannsstandes gebildete Kommission eingesetzt. Die durch Bekanntmachung des Senats vom 7. Juli 1916 eingesetzte Kommission für die Erteilung der Erlaubnis zum Handel mit Lebensmitteln und Futtermitteln hat nicht weniger als 4797 Anträge zu bearbeiten gehabt. Die große Masse dieser Anträge mußte in der kurzen Frist bis zum 1. September 1916 erledigt sein, da nach den Reichsvorschriften der erlaubnispflichtige Handel selbst bei rechtzeitiger Stellung des Antrages nach dem 1. September 1916 nicht weiterbetrieben werden durfte. Die Bewältigung dieser außerordentlichen Arbeitslast in wenigen Wochen ist nur durch äußerste Anspannung und hingebende Aufopferung der Kräfte seitens der mit der Bearbeitung der Anträge befaßten Personen möglich geworden. Gegen Bescheide, durch die der Antrag auf Erteilung der Handelserlaubnis abgelehnt wurde, ist in 421 Fällen Beschwerde eingelegt, in 359 Fällen hat das Beschwerdeverfahren zur Ablehnung der Beschwerde geführt.

Die allgemeine Einführung eines mündlichen Verfahrens bei Durchführung der Bundesratsverordnung vom 24. Juni 1916 ist schon im Hinblick auf den ungeheuren Umfang der Arbeitslast ausgeschlossen und erscheint auch deshalb um so weniger am Platze, als die Entscheidung über die Zulassung und Versagung nach den bestehenden Vorschriften in manchen Fällen nach allgemeinen volkswirtschaftlichen, von der Person des Antragstellers völlig unabhängigen Gesichtspunkten zu treffen ist; auch die Bürgerschaft hat mit Rücksicht auf die Sachlage in ihrem Beschlusse vom 28. November 1917 nur für die zweite Instanz um Einführung des mündlichen Verfahrens ersucht. Der Senat hat der Beschwerdekommission für Handelserlaubnis ebenso wie der erstinstanzlichen Kommission die Bestimmung darüber, in welchen Fällen sie auf Grund des Aktenmaterials und in welchen Fällen sie auf Grund mündlicher Verhandlung entscheiden will, überlassen. Die Beschwerdekommission hat die Entscheidung dieser Frage von der Lage des Einzelfalles abhängig gemacht. Wenngleich es, wie die Beschwerdekommission in ihrem Berichte bemerkt hat, nicht außer Zweifel steht, ob durch die allgemeine Einführung des mündlichen Verfahrens in der Beschwerdekommission nicht Schwierigkeiten dadurch entstehen werden, daß die kaufmännischen Mitglieder der Beschwerdekommission bei einem etwaigen Anwachsen der Zahl der Beschwerden nicht in der Lage sind, ihre Zeit für die Tätigkeit der Kommission in dem erforderlichen Umfange zur Verfügung zu stellen, hat der Senat, um dem Ersuchen der Bürgerschaft Rechnung zu tragen, die Beschwerdekommission für Handelserlaubnis beauftragt, die Zukunft die Entscheidung in allen Fällen nach mündlicher Verhandlung zu treffen und, sofern sich hieraus Schwierigkeiten der erwähnten Art ergeben sollten, dem Senate zu berichten.

Was die Gründe anlangt, aus denen die Erlaubnis zum Handelsbetriebe versagt wird, so hat die Versagung der Erlaubnis keineswegs nur in den Fällen, in denen die Person des Antragstellers zu Beanstandungen Anlaß gibt, zu erfolgen, sondern die Erlaubnis soll auch dann versagt werden, wenn sonstige Gründe, insbesondere solche volkswirtschaftlicher Natur, wie sie aus den Kriegsverhältnissen sich ergeben können, für die Versagung sprechen. Der Senat hat die Kommission für die Erteilung der Erlaubnis zum Handel mit Lebensmitteln und Futtermitteln und die Beschwerdekommission dem Wunsche der Bürgerschaft entsprechend beauftragt, in Zukunft bei Versagung oder Wiederentziehung der Handelserlaubnis die Entscheidung mit Gründen zu versehen ohne Rücksicht darauf, daß durch die Anführung der Gründe in denjenigen Fällen, in denen die Gründe in der Person des Antragstellers liegen, das Verfahren gegenüber dem bisherigen eine Verschärfung erfährt.

Tägliche Rundschau
17.III.1918

Handelsteil.

Wirtschaftskrieg und Wirtschaftsfrieden.

Der Verband des Einfuhrhandels hielt gestern seine Mitgliederversammlung ab, an der zahlreiche führende Persönlichkeiten des Handels und der Industrie aus ganz Deutschland teilnahmen. Der Vorsitzende, Geheimer Kommerzienrat Kopetzky, wies darauf hin, daß die Mitgliederzahl des Verbandes im letzten Geschäftsjahr sich mehr als verdoppelt habe. Der Schriftführer, Dr. Demuth, erstattete den Geschäftsbericht. Sodann ergriff

Staatsminister Dr. Helfferich

das Wort zu einer Ansprache betreffend „Wirtschaftskrieg und Wirtschaftsfrieden". Wir entnehmen seinen Ausführungen, die er unter seiner persönlichen Verantwortlichkeit als Privatmann gab, das Folgende:

Großen Teilen unseres eigenen Volkes sei die volle Bedeutung der wirtschaftlichen Friedensfragen für unsere Zukunft noch nicht aufgegangen. Als Kolonial- und Wirtschaftskrieg dachte England den Krieg von Anfang an zu führen. Eine Beteiligung britischer Truppen auf dem Kontinent war nur in ganz geringem Umfange beabsichtigt, zwei Millionen Mann oder so etwas. Dafür übernahm es England, Subventionen an geldschwache Verbündete zu zahlen, das Meer von unseren Schiffen zu reinigen, unsere fast wehrlosen Kolonien zu überfallen, unsere friedlichen Handelsniederlassungen über See auszuplündern oder sich anzueignen. Es gedachte, wenig zu bluten, nicht allzu viel zu bezahlen, und gute Geschäfte zu machen. Es ist manches anders gekommen als England es sich dachte. Aus dem Krieg, in dem England leichtes Spiel, aus dem es billigen Gewinn zu haben glaubte, ist für England der bitterernste Kampf ums Dasein geworden.

Aber das alles darf uns nicht das Auge dafür trüben, wie planmäßig und wie erfolgreich England das Programm seines Wirtschaftskrieges durchgeführt hat. Es hat durch den Bruch aller Konterbande- und Blockaderechte uns vom Seeverkehr mit der Außenwelt in Einfuhr und Ausfuhr abgeschnitten; es hat durch schwarze Listen und Kontrollen, durch Einschüchterung und Vergewaltigung, durch die Daumenschrauben des Hungers auch unsern neutralen Nachbarn den Wirtschaftsverkehr mit uns verschränkt; es hat durch Sequestrationen und Zwangsliquidationen, durch Aufhebung von Verträgen, durch Patentraub, durch Zerstörung unserer Niederlassungen und Verschleuderung unserer Warenvorräte, durch jede Art der Schikanierung und Drangsalierung überall im Bereiche seiner Gewalt unsere wirtschaftlichen Werte zu vernichten gesucht. Diese Maßnahmen sind nicht nur Kriegsmittel, sie sind noch viel mehr Kriegszweck. Sie gehen darauf hinaus, den deutschen Handel und die deutsche Arbeit mit Stumpf und Stiel auszurotten mit einem Vandalismus, der kein Gras mehr wachsen lassen will.

Unsere Feinde wollen alle Vorteile, die sie über uns oder unsere Bundesgenossen errangen, behalten. Ich habe bis heute noch keinen gehört, der ernstlich etwas herausgeben will. Sie wollen ebenso alle Nachteile aufrechterhalten, die sie uns zugefügt haben, mit dem ausdrücklichen Vorbehalt, uns durch Fortsetzung des Wirtschaftskrieges weiter zu schädigen und zu drosseln. Von uns verlangen sie, daß wir uns aller Vorteile und Pfänder entäußern, die wir erkämpft haben, daß wir alle ihnen zugefügten Nachteile wieder gut machen, und darüber hinaus, daß wir gutes deutsches Land, das sie uns mit allem Aufwand an Blut und Eisen nicht abnehmen konnten, freiwillig auf dem Altar des Völkerfriedens opfern sollen.

Was nottut, das ist, daß unser Volk in seinen weitesten Schichten begreift, daß die Lebensfragen um die in diesem Kriege gerungen wird, weit hinaus greifen über alles, was wir in früheren Kriegen zu verteidigen hatten. Das größere Deutschland, das wir heute wiederherzustellen, zu verteidigen und zu sichern haben, ist überall, wo vor dem Kriege ehrliche deutsche Arbeit gewirkt und gewaltet hat. Die Verteidigung dieses jenseits unserer Grenzen liegenden größeren Deutschlands ist nicht etwa eine Sache, die nur die Herrschenden und Besitzenden, nur den Kapitalisten und Kaufmann angeht. Es handelt sich um anderes als um Prozente und Pfefferſäcke. Es geht um das Größte und um das Geringste. Das ganze deutsche Volk ist im Spiel. Erfreulicherweise macht diese Erkenntnis Fortschritte.

Durch alle Verbrämung und Bemäntelung bleibt für uns der Sachverhalt bestehen: den Frieden, den wir brauchen, vor allem den Wirtschaftsfrieden, ohne den es keinen Frieden für uns gibt, müssen wir uns erst noch erkämpfen. Das klingt bitter und hart nach fast vier Kriegsjahren; aber es ist die Wahrheit, und ein Feigling, wer sich nicht traut, der Wahrheit ins Gesicht zu sehen. Der Krieg wird nicht in den fremden Weltteilen entschieden, in denen England heute im Vorteile ist. Die Entscheidung wird fallen auf den Schlachtfeldern Frankreichs und im Seekriegsgebiet um England. Alles andere tritt zurück.

Den neuen Entscheidungen leuchtet voran, sichtbar für alle Welt, das Flammenzeichen des Zusammenbruchs des gewaltigen russischen Weltreiches. Die Hoffnungen, die unsere Gegner noch aufrechterhalten, heißen Amerika, und mehr noch: deutscher Kleinmut und deutsche Uneinigkeit. Die amerikanischen Hoffnungen hängen am Schiffsraum, den unsere U-Boote in unermüdlicher und todesmutiger Arbeit Tag für Tag um Tausende von Tonnen verkürzen. Sie werden ihr Werk vollenden, auch wenn England durch unerhörte Gewalttat gegen neutrale Völker den fatalen Termin hinauszuschieben sucht, und die Hoffnung auf unser moralisches Versagen? — sie ist unbegründet, das weiß jeder, der den Pulsschlag des deutschen Volkes spürt.

Im Anschluß an diese Ausführungen besprach Dr. Helfferich die Gestaltung des Wirtschaftsfriedens und die Vorbereitungen für die Wiederaufnahme der Friedensarbeit. Nach eingehender Darlegung faßt Dr. Helfferich das Programm des Wirtschaftsfriedens in kurzen Worten zusammen:

„Wir verlangen für Rechtsbruch und Zerstörung Wiederherstellung, für Schaden Entschädigung. Wir begegnen der Absicht der Differenzierung mit der Forderung der Meistbegünstigung und Gleichberechtigung, der Absicht der Ausschließung mit der Forderung der offenen Tür und des freien Meeres, der Drohung der Rohstoffsperre mit der Forderung der Rohstofflieferung."

Der Wirtschaftsfrieden, fügte Dr. Helfferich hinzu, werde immer nur ein Teil des Gesamtfriedens sein und in diesem seine Verankerung haben. Er wird nur dann seinen Zweck erfüllen, wenn der Gesamtfriede dem Deutschen Reich politisch, wirtschaftlich und finanziell eine Stellung unter den Völkern sichert, die in sich selbst ausreichende Gewähr bietet gegen neue Bedrohung und für ein gedeihliches Arbeiten an unserem wirtschaftlichen Wiederaufbau. Die Schwierigkeiten sind auch dann nicht gering. Mancher Faden ist rettungslos zerrissen. Nur langsam wird die Flut von Haß und Erbitterung abebben, in die dieser Krieg die Welt getaucht hat. Die große geographische Umschichtung, die unser Außenhandel im Krieg erfahren hat, wird in manchem Punkte sich als dauernd erweisen. Ganz abgesehen von der Lösung, die das große mitteleuropäische Problem der wirtschaftlichen Annäherung finden wird, wie ich hoffe, in einem positiven Sinn — werden die im Krieg neu erschlossenen Verkehrsbeziehungen einen willkommenen Ausgleich bilden für die Einbuße, die unser Handel nach anderen Seiten hin erleidet. Auch die inneren Voraussetzungen für den Einfuhrhandel werden auf großen Gebieten stark verändert sein gegenüber dem Stand vor Kriegsausbruch; die uns aufgezwungene Isolierung hat uns zur Unabhängigkeit erzogen. Mancher „Ersatz" wird sich als bleibender Fortschritt entpuppen. Der Einfuhrhandel wird seine Anpassungsfähigkeit aufs neue beweisen müssen. Dazu muß ihm allerdings eins wiedergegeben werden, was er jetzt schmerzlich vermißt: Die Bewegungsfreiheit. Die außerordentlichen Verhältnisse des Krieges haben die Zwangsregelung unserer Wirtschaft nötig gemacht. Ich bin überzeugt, daß nicht nur der Handel, der unter dem Zwangssystem am schwersten gelitten hat, sondern daß alle erwerbstätigen Stände bis auf ganz verschwindende Ausnahmen der Ansicht sind, daß die staatliche Zwangsregelung des Wirtschaftslebens nicht länger aufrecht erhalten werden darf, als es die unbedingten Notwendigkeiten des Ueberganges in die Friedenswirtschaft erfordern. Freiheit im Innern und Freiheit nach außen; in diesem Zeichen wird die deutsche Volkswirtschaft die gewaltigen Schäden des Krieges überwinden und zu neuer Blüte gedeihen.

Vossische Zeitung
18./III. 1918

18
166

Die Fesseln des Handels.

Eine Ansprache des Staatssekretärs v. Stein.

Im Anschluß an die Rede Helfferichs im Verband des Einfuhr-Handels fand ein Abendessen im Hotel Adlon statt, bei dem der Staatssekretär des Reichswirtschaftsamts, Freiherr v. Stein, über die Aufgaben des Friedens folgendes sprach:

„An Sorgen und Arbeit hat es im deutschen Volk nie gefehlt, durch Arbeit und Schaffen hat es sich den Platz errungen, den ihm der Neid der Welt nicht lassen sollte. In fröhlicher, frischer Arbeit wollen wir, wenn Friede ist, neu, und so Gott will, schöner unser Haus bauen, das unsere Heere so tapfer und treu geschirmt haben und weiter schirmen werden. Wenn wir von der Arbeit reden, die uns Geltung in der Welt verschafft hat, so darf der deutsche Kaufmann stolz das Haupt erheben; ein reichlicher Teil dieser Arbeit ist ihm gutgeschrieben im Hauptbuch deutscher Geschichte. Denn es ist vor Jahrhunderten der deutsche Kaufmann gewesen, der, als Hader und Zwietracht das alte Reich schon im Innern lähmten, noch mutig die deutsche Flagge über die Meere führte, so hat er auch nach dem glänzenden Gustaffen des neuen Reiches die Zeichen der Zeit verstanden und mit frischem Wagemut neue Pfade gesucht und neue Erfolge geerntet.

Nun hat der Krieg den Handel zu unfreiwilliger Muße gezwungen, und wo der eiserne Ring, den unsere Feinde geschmiedet haben, die Möglichkeit der Betätigung gelassen hätte, haben vielfach Notwendigkeiten der heimischen Wirtschaft ihm diese verwehrt. Meine Herren, ich will es offen bekennen, an einem großen Teil der den Handel und ganz besonders den Einfuhrhandel beengenden Vorschriften habe ich mitgewirkt, für manche trage ich mehr oder weniger die Verantwortung. Glauben Sie mir, ich habe sie nicht leichten Herzens übernommen. Wie ich mich selber gern rege, so gönne ich jedem anderen das frohe Gefühl der Freiheit des Handelns und als eine der ersten und schönsten Aufgaben des an verantwortungsvoller Stelle wirkenden Beamten ist es mir immer erschienen, Kräfte frei zu machen und ihnen den Weg zu öffnen. Darum werde ich mit Ihnen allen den Tag begrüßen, der es ermöglicht, dem Handel die schwer entbehrte Freiheit der Bewegung zurückzugeben. Noch sind wir nicht so weit, und auch nach glücklich beendetem Kriege werden nicht alsbald alle Schranken fallen. Sie werden es um so eher, je mehr die Kaufmannschaft und ganz besonders die im Verband des Einfuhrhandels zusammengeschlossenen Kreise sich selbst und freiwillig den Beschränkungen unterwerfen, die nun einmal unsere internationale Lage noch geraume Zeit fordern wird.

Wann die Pforten des Janustempels sich schließen, wann wir uns wieder ganz den Geschäften des Friedens werden widmen können, wer kann es sagen! Aber das wissen wir, wenn auch der Kampf der Waffen einmal ruht und wir uns einen guten Frieden erkämpft haben, der Wirtschaftskampf der Völker wird nicht enden; im Gegenteil, er wird unter für uns schwereren Bedingungen wieder aufgenommen werden müssen. Darum heißt es auch hier: Bereit sein, ist alles!

Vossische Zeitung

19/III. 1918

19

167

Gemeinwirtschaft.

Vortrag von Franz Oppenheimer.

Der Krieg hat uns Anfänge einer Gemeinwirtschaft gebracht; die Uebergangszeit wird die Gewöhnung an sie vertiefen, und die Notwendigkeit, die ungeheuren Lasten des Krieges zu tragen, läßt viele die Gemeinwirtschaft einen breiten Raum in ihren Zukunftsbildern deutscher Wirtschaft einnehmen. Im Deutschen Wirtschaftsverband für Süd- und Mittelamerika nahm Professor Dr. Franz Oppenheimer Stellung zu diesen Fragen. Alle sozialistischen Schulen sehen die nächste Ursache der Ungleichheiten in der freien Konkurrenz. Sie wollen deshalb dem Kranken den Markt fortoperieren und durch eine Prothese ersetzen. Es fragt sich nur, ob nicht der Markt ein lebenswichtiges Organ ist. Oppenheimer hält ihn für das Zentralorgan der Wirtschaft. Wenn die freie Konkurrenz entartet, so liegt das an Störungen ihres Wirkens, und es gilt, diese Störungen zu finden. In dieser Richtung haben sich die liberalen Sozialisten Saint Simons, Proudhon, Henry George und Eugen Dühring bemüht. Oppenheimer schließt sich ihnen an. Er vermißt eine völlig freie Konkurrenz, da nicht jeder, der sich an der Produktion beteiligen will, es darf und kann. Das Monopol auf den Boden hindert ihn daran. Der Bodenbesitzer erzielt einen Monopolgewinn, der verschwinden muß.

Der Weltkrieg hat uns diesem Ziel nahegebracht. Die Opfer durch den Krieg an Toten und Arbeitsunfähigen in Europa sind auf 25 bis 30 Millionen Menschen zu schätzen. Das wird eine Steigerung des Wertes der Arbeitskraft um 25 bis 100 v. H. zur Folge haben, und zwar eine ruckweise Steigerung, anfangend bei den Landarbeitern, sich aber dann ausdehnend auf die Industriearbeiter. Der deutsche Binnenmarkt wird um mindestens 4 Milliarden Mark kaufkräftiger werden, nämlich um den Wert der Lohnsteigerung. Veraltete Betriebseinrichtungen können nicht mehr durchgehalten werden. Nur der am besten geleitete Betrieb mit den vollkommensten Maschinen wird in der Lage sein, die hohen Löhne zu bezahlen. Die Vervollkommnung der Wirtschaft, die Anspannung zur höchsten Leistung, die Rathenau durch einen Eingriff des Staates herbeiführen will, wird von selbst eintreten. Die Zahl aller nicht unbedingt notwendigen Arbeiter und Angestellten, z. B. der Agenten und Reisenden wird eingeschränkt werden müssen. Bei den hohen Arbeitslöhnen wird der Wert des Bodens sinken; der umfangreiche Grundbesitz wird nicht gehalten werden können und für Bauernsiedelung frei werden. Eine Anspannung der gesamten Arbeitskraft bis zur Höchstgrenze wird eintreten, und infolge ihrer rationellen Verwertung trotz der verminderten Arbeiterzahl die Erzeugung steigern. Streiks werden kaum noch eintreten. Nur zu einem kleinen Teil werden wegen der hohen staatlichen Steuern Genußgüter hergestellt werden, größtenteils vielmehr Produktionsmittel. Das Kapital wird also rasch anwachsen und die Schäden des Krieges werden im gleichen Zeitmaß geheilt werden. Die Heilung aber kann nur eintreten,

wenn der Wirtschaft der freie Markt und dem Industriellen der instinct of workmen ship erhalten bleibt. A. D.

Fremdenblatt

19./III. 1918

168

• (Die Sicherheit der Geschäfte.) Der Präsident des Gremiums der Wiener Kaufmannschaft, Herr kaiserlicher Rat Kornel Spitzer, und der 1. Sekretär des Gremiums der Wiener Kaufmannschaft, Herr Rudolf Brichta, haben vor einiger Zeit beim Polizeipräsidenten Ritter v. Gayer vorgesprochen, um über die vielfachen Beschwerden der Kaufleute wegen der sich stets mehrenden Einbruchsdiebstähle in Geschäftslokalen zu berichten und um tunlichste Abhilfe zu ersuchen. Der Polizeipräsident, der Chef des Sicherheitsbureaus und der Kommandant der Sicherheitswache, welche der Besprechung beiwohnten, nahmen diese Mitteilungen zur Kenntnis, anerkannten die volle Berechtigung dieser Beschwerden und hoben hervor, daß der Polizei die schwierigen Verhältnisse bekannt seien und daß speziell die Vorfälle der letzten Zeit die zustehenden Aemter veranlaßt haben, im Einvernehmen mit den Oberbehörden eine Reihe von Vorkehrungen zu treffen, die hoffentlich eine Besserung der gegenwärtigen Verhältnisse zur Folge haben werden.

Neues Wiener Tagblatt
20./III. 1918

a
D
169

Schaffung eines konsumgenossenschaftlichen Wirtschaftsausschusses.

In der „Wiener Zeitung" wird eine Verordnung des Handelsministers betreffend die Schaffung eines konsumgenossenschaftlichen Wirtschaftsausschusses verlautbart:

Diesem Ausschusse obliegt unter anderm: Die Vertretung und Förderung der Interessen der organisierten Verbraucher, die Verbreitung hauswirtschaftlicher Kenntnisse und die Belehrung der Bevölkerung über die Bedeutung und Tragweite von behördlichen Verfügungen, die den öffentlichen Ernährungsdienst betreffen;

die Erstattung von Gutachten und die Antragstellung bei der Regelung von Fragen der wirtschaftlichen Verwaltung, soweit sie die Interessen der Verbraucher betreffen;

die Durchführung von behördlichen Verfügungen, die sich auf diese Angelegenheiten erstrecken, insoweit sie dem Wirtschaftsausschusse vom Handelsminister oder vom Amte für Volksernährung übertragen wird.

Der Wirtschaftsausschuß besteht aus höchstens fünfzig Mitgliedern; sie werden vom Handelsminister gegen jederzeitigen Widerruf ernannt und üben ihre Funktionen ehrenamtlich aus. Der konsumgenossenschaftliche Wirtschaftsausschuß ist eine juristische Person, hat seinen Sitz in Wien und wird nach außen durch seinen Vorstand vertreten.

Uebertretungen der Verordnung sowie der auf Grund derselben vom Handelsminister oder vom Amte für Volksernährung erlassenen Anordnungen werden, sofern die Handlung nicht einer strengeren Bestrafung unterliegt, von der politischen Behörde erster Instanz mit Geldstrafen bis zu fünftausend Kronen oder mit Arrest bis zu zwei Monaten bestraft. Diese Strafen können auch nebeneinander verhängt werden.

Neue Freie Presse

21./III. 1918

170

Bulgarische Kaufleute in Wien.

Unterredung mit dem Präsidenten des Verwaltungsrates der Skopijer Handelsbank T. Karayowow.

Wien, 21. März.

Heute morgen ist eine Deputation von vierzig hervorragenden Vertretern der bulgarischen Finanz- und Handelswelt aus Deutschland in Wien eingetroffen. Es sind zwanzig Herren aus Alt-Bulgarien und ebensoviel aus Mazedonien. Einer unserer Mitarbeiter hatte heute Gelegenheit, mit dem der Deputation angehörenden Präsidenten des Verwaltungsrates der Skopijer (Uesküber) Handelsbank, Rechtsanwalt T. Karayowow, zu sprechen, der sich in begeisterten Worten über die bisher in Deutschland empfangenen Eindrücke und über den Empfang in Oesterreich aussprach.

Rechtsanwalt Karayowow sagte folgendes: Der hauptsächlichste Zweck unserer Reise war der Besuch der Leipziger Messe. Die deutsche Regierung hat alles getan, um uns die Reise zu ermöglichen. Dresden war die erste Stadt, in welcher wir unsere deutschen Bundesgenossen kennen lernten. In Leipzig konnten wir mit Staunen konstatieren, welchen hohen Grad die deutsche Industrie im Kriege erreicht hat. Was uns aber vielleicht noch mehr Bewunderung abgerungen hat, war die vollendete Organisation, die sich bei einer Veranstaltung der Messe kundgab. Wir sind namentlich dem „Meßamt" zu Dank dafür verpflichtet, daß es sich alle Mühe gab, unseren Aufenthalt zu einem ebenso nützlichen wie angenehmen zu gestalten. Wir haben in Leipzig alle Arten von Industrieprodukten gekauft und die formelle Zusicherung erhalten, daß wir für alle diese Artikel die Ausfuhrbewilligung erhalten werden. In Berlin war uns die große Ehre zuteil, von dem Präsidenten der Berliner Handelskammer empfangen zu werden. Auch in München haben die Behörden und die Bevölkerung rivalisiert, um uns den Aufenthalt in dieser Stadt zu einem unvergeßlichen zu machen. Wir denken insbesondere mit großem Vergnügen an unseren Empfang im Rathaus und unseren Ausflug zum Starnberger See zurück.

Der österreichisch-ungarische Konsul in München übermittelte uns hierauf die Einladung, nach Wien zu kommen, und teilte uns mit, daß alle Vorbereitungen für unseren Empfang getroffen seien. Die Handelsbeziehungen Bulgariens zu Wien sind nicht neuen Datums, denn schon unsere Väter und Großväter haben mit dieser Stadt in engster Handelsverbindung gestanden, so daß wir uns hier ganz besonders heimisch fühlen. Der Einkäufer mit dem Westbahnhofe gab Neuanis davon, daß wir hier dieselben Empfindungen finden, von denen wir selbst erfüllt sind.

Wir hoffen zuversichtlich, daß der moralische und praktische Nutzen unseres Aufenthaltes in Wien außerordentlich groß sein wird. Wir gedenken hier alle Arten von Waren, namentlich aber Textilwaren, Eisenwaren und landwirtschaftliche Maschinen und Geräte, anzukaufen. Die mazedonischen Mitglieder unserer Deputation werden den Einkauf gemeinsam unter der Leitung unseres neugegründeten Instituts, der Skopijer Handelsbank, die auch in Sofia eine Zweigniederlassung besitzt, besorgen.

Tägliche Rundschau
22. III. 1918

22
171

Was wird aus Beßarabien und der „Europäischen Donau-Kommission"?

Von Prof. Dr. Jannasch.

In den bisherigen Friedensverhandlungen mit Rumänien wird seitens des Vierbundes die Rückgabe der Dobrudscha an Bulgarien, welche Rumänien im Jahre 1913 den Bulgaren abgenommen hatte, verlangt. Dadurch wird die bulgarische Grenze bis an den südlichsten Mündungsarm der Donau, den St.-Georgs-Kanal, verlängert.

Damit geht zugleich auch der von den Rumänen mit einem Kostenaufwande von 70 Mill. Lei ausgebaute Hafen von Konstantza nebst seinen zahlreichen Lagerhäusern in den Besitz der Bulgaren über. Wenn Bulgarien auch die weitestgehenden Maßregeln treffen wird, um — wie es Rumänien bisher getan hat — den Verkehr aus Oesterreich-Ungarn sowie aus Deutschland über Czernavoda, Konstantza nach Konstantinopel und umgekehrt zu leiten und deshalb vielleicht Konstantza sogar zum Freihafen erklärt, so leuchtet doch ohne weiteres ein, daß Rumänien nunmehr schwerlich die verkehrspolitische Anziehungskraft von Konstantza zu fördern Veranlassung hat. Es ist somit auch fraglich, ob es die Röhrenleitungen, welche das rumänische Petroleum nach Konstantza abführen sollen, weiter zu unterhalten sich veranlaßt finden wird. Ebensowenig liegt es in seinem Interesse, die rumänische Getreideausfuhr mit billigen Tarifen usw. nach Konstantza zu unterstützen. Es wird vielmehr bestrebt sein, alle Rohstoffe, namentlich das Getreide aus der Moldau und Walachei sowie Petroleum, Hölzer usf., nach den großen Donauhäfen Braila und Galatz zu leiten, um daselbst diese Güter direkt auf die Seeschiffe zu verfrachten. Bulgarien dagegen wird alle die großen Verkehrsanlagen von Konstantza dadurch stützen, daß es seine Eisenbahnlinien ausbaut und deren Verkehr mehr als bisher dorthin leitet, wodurch zweifellos Varna, Burgas usw. geschädigt werden dürften. Konstantza zu heben, liegt auch vor allen Dingen im Interesse der Dobrudscha, die das nächste Hinterland von Konstantza bildet und deren agrarische Erträge noch außerordentlich steigerungsfähig sind, um so mehr, als Rumänien die Hebung der landwirtschaftlichen Kultur der Dobrudscha sich wenig hat angelegen sein lassen.

Die Mündungsgebiete der Donau nördlich vom St.-Georgs-Kanal und die Uferländer des Sulinaarmes gehören, nach wie vor, zu Rumänien bis zum Kiliaarm, der bisher in russischem Besitz war.

Rumänien hat sich sehr energisch gegen die Herausgabe der Dobrudscha gewehrt, und man versteht diese Opposition seitens des bisherigen rumänischen Ministerpräsidenten General Averescu sehr wohl, wenn man erwägt, welche ungeheuren Opfer Rumänien für Konstantza gebracht hat. Er wünschte, daß durch gegenseitige Zugeständnisse der Gebietsaustausch geregelt werde, und erstrebte dafür den Eintausch desjenigen Teiles von Beßarabien, welcher in dem 1878 er Berliner Frieden von Rumänien an Rußland abgetreten worden war.

Es ist durch die Zeitverhältnisse geboten, über diese Fragen genauer unterrichtet zu sein.

Es sei daran erinnert, daß durch den Adrianopeler Frieden vom 14. September 1829 die sämtlichen Donaumündungen in den Besitz Rußlands gekommen waren. Diese Grenzen wurden sehr gründlich durch den 1856 er Pariser Frieden abgeändert. Die neue Grenze ging vom Schwarzen Meere aus, erstreckte sich bis zur Entfernung von 1 Km. östlich vom See Burna-Sola, um von da den in gerader Richtung nach Akjerman führenden Weg zu gewinnen. In der Verlängerung gen Westen verlief die Grenze bis nach dem unteren Trajanswall, führte bis etwas südlich von Bolgrad und erreichte, längs des Flußlaufes vom Yalpuk, Saratzika, um alsdann von Katamori nach dem Pruth abzufallen (§ 20 des Pariser Friedens). Im gleichen Friedensvertrage (§ 11) wurde das Schwarze Meer neutral erklärt. Es ward den Handelsflotten aller Nationen geöffnet, wogegen seine Gewässer den Kriegsschiffen der Uferstaaten und allen anderen Ländern verschlossen blieben, abgesehen von den kleinen Kriegsfahrzeugen, welche die Kontrolle über die Durchführung der Neutralitätsvorschriften auszuüben und zu verhindern hatten, daß irgendwelche Befestigungen und dergl. ausgeführt wurden.

Rußland fand sich durch diese Bestimmungen am Schwarzen Meere außerordentlich eingeschränkt, und unter dem Eindrucke der deutschen Siege in Frankreich erklärte Fürst Gortschakow am 31. Oktober 1870 den Schutzmächten

Arbeiten sind im wesentlichen dem seewärts gerichteten Verkehr zugute gekommen und sollen und werden ihm künftighin auch wiederum zugute kommen. Indessen muß die Donau von Rumänien stromaufwärts bis nach Ulm schiffbar gemacht werden, um sowohl den europäischen Zentralmächten für den Import der südrussischen, kaukasischen und türkischen Rohstoffe nach Zentraleuropa dauernd zu dienen. Das sind für die Zentralmächte neben Rußland die großen Handelsgebiete, welche unbedingt erschlossen werden müssen, um jene von den überseeischen Verbindungen weniger abhängig zu machen als bisher.

Reichspost

22. III. 1918

173

Verkauf eines Siebentels unserer Handelsflotte?

Drohende Abnahme unseres Frachtraumes.

In der „Oesterr.-Ung. Schiffahrtszeitung" schreibt Max Schloß: Wie man uns aus Reederkreisen mitteilt, besteht neuerdings die Gefahr, daß zahlreiche österreichische und eine Reihe ungarischer Dampfer, die gegenwärtig in spanischen Häfen liegen, veräußert werden sollen. Es handelt sich um 22 Dampfer mit 77.618 Bruttotonnen. Unsere österreichische Handelsflotte, die vor dem Kriege 204 Dampfer großer Fahrt und großer Küstenfahrt mit einem Bruttotonnengehalt von 754.452 Buttotonnen gezählt hat, hat sich bis zum Februar 1918 auf 157 Dampfer mit einem Tonnengehalt von 598.256 Bruttotonnen vermindert. Von unserem Friedensstand sind 29 Dampfer mit einem Tonnengehalt von 127.555 Bruttotonnen verkauft worden. Auf diese Weise haben wir samt dem Verkauf an Frachtraum 156.196 Bruttotonnen verloren. Zählt man diejenigen Schiffe hinzu, die in feindlichen und portugiesischen Häfen liegen, die zusammen 30 Schiffe mit einem Tonnengehalt von 119.396 Bruttotonnen ausmachen, so hat die österreichische Handelsmarine einen Verlust von 275.592 Bruttotonnen, also über ein Drittel der Tonnage der österreichischen Handelsflotte zu verzeichnen. Das Blatt spricht sich u. a. vom Standpunkt der österreichischen Volkswirtschaft gegen den Verkauf der Schiffe aus und begründet dies mit folgender Tatsache: Während die Werft „Cantiere Navale" infolge Mangels der nötigen Unterstützung vonseiten der Regierung nicht imstande ist, ihren Betrieb vor November 1918 aufzunehmen, sind die beiden Werften „San Rocco" und die „Austria-Werft" weit bis Ende 1918 mit Aufträgen belegt, so daß weitere Orders sehr spät, und zwar erst im Laufe der Jahre 1919 und 1920 fertiggestellt werden können. Die Reeder können mit den in ihrem gegenwärtigen Besitz befindlichen Schiffen viel mehr verdienen, als mit denjenigen, die sie vielleicht erst bei Friedensschluß, möglicherweise aber noch viel später bekommen. Durch den Verkauf setzen sich unsere Schiffahrtskreise der Gefahr aus, daß sie bei Friedensschluß konkurrenzunfähig den Reedern der Entente gegenüberstehen. Wir sind schon im Frieden mit der gesamten österreichisch-ungarischen Tonnage von 1,011.414 Bruttotonnen nicht ausgekommen, geschweige denn mit der verminderten, über die wir nach dem Kriege verfügen werden. Wir werden unter diesen Umständen gezwungen sein, von der neutralen Schiffahrt abhängig zu sein und wir werden auf diese Weise unsere Handelsbilanz und Zahlungsbilanz auf das schwerste schädigen. Es darf nicht vergessen werden, daß derjenige Staat am raschesten seine durch den Krieg geschlagenen Wunden wieder geheilt haben wird, der in dem Augenblick des Friedensschlusses über den größtmöglichen Frachtraum eigener Flagge gebietet.

Man kann diesen Ausführungen nur zustimmen. Wenn tatsächlich dieser Verkauf beabsichtigt ist, schon weil sich damit den Schiffseignern ein bequemer, müheloser Gewinn erzielen läßt, so hat doch die Regierung etwas mitzusprechen. Es geht doch nicht an, daß unsere Schiffahrtsgesellschaften in Friedenszeiten sich bedeutende Subventionen vom Staate zahlen lassen, um dann, wenn die Bevölkerung die heimische Schiffahrt zum Leben braucht, sich ihren Verpflichtungen gegenüber Staat und Bevölkerung aus Gründen ganz unkaufmännischer Gewinnberechnungen zu entziehen. Dagegen müßte ganz entschieden Stellung genommen werden und unsere Handelskörperschaften wären berufen, diesem Proteste kräftig Ausdruck zu verleihen. Das Parlament sei auf diese Vorgänge aufmerksam gemacht. Das Privateigentum der Reeder und deren freies Verfügungsrecht hat seine unverrückbaren Grenzen in dem öffentlichen Interesse.

Vossische Zeitung
22./III. 1918

22
174

Der neue Wirtschaftsplan.

Ein Vorschlag des Deutschen Handelstages.

In einem Rundschreiben hat der Staatssekretär des Kriegsernährungsamtes den Bundesregierungen die Anregung unterbreitet zur besseren Erfassung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse bei den Gemeindeverbänden Geschäftsstellen einzurichten, denen die gesamten bisher der Behörde obliegenden kaufmännisch-technischen Arbeiten übertragen werden sollen. Der Erlaß bedeutet zugleich eine entschiedene Ablehnung gewisser Pläne, durch welche die Kreise der landwirtschaftlichen Genossenschaften versucht hatten, die bisherige staatliche Zwangswirtschaft zugunsten einer ausschließlich auf die Verbände der Erzeuger gestellten Regelung zu beseitigen.

Um die Durchführung der Anregung sicherzustellen, hat der Deutsche Handelstag im Einvernehmen mit beteiligten Fachverbänden Maßnahmen in die Wege geleitet, die darauf abzielen, alle für das Ankaufsgeschäft in Betracht kommenden Kreise sowohl des Handels wie der landwirtschaftlichen Genossenschaften in gleichberechtigten Vereinigungen zusammenzufassen, durch die den Behörden die Arbeit erleichtert werden wird. Es werden derartige Zusammenschlüsse in der Form der Gesellschaft mit beschränkter Haftung oder der Genossenschaft für größere Verwaltungsbezirke, in Preußen etwa für den Bereich einer Provinz, vorgenommen werden, und es besteht der Gedanke, daß diese Gesellschaften alsdann die Körperschaften abgeben werden, mit deren Hilfe sich der Aufbau der Geschäftsstellen in den Gemeindeverbänden vollzieht; daneben sollen die Vereinigungen zugleich den Mittelpunkt für die Ankaufs- und Verteilungsgeschäfte in landwirtschaftlichen Erzeugnissen bilden.

Die in Aussicht genommene Einrichtng soll ferner die umfassende Bestellung aller berufenen Kräfte für die Bewältigung der Aufgaben des Vermittlerdienstes ermöglichen. Der Deutsche Handelstag hat die Anregung gegeben, daß den einzurichtenden Ge-Gemeinde-Geschäftsstellen selbst die Aufgaben des Vermittlers übertragen würden, zugleich mit der Verpflichtung, alle die Geschäfte und Verbände zu beschäftigen, die bereits vor dem Kriege den Ankauf der landwirtschaftlichen Erzeugnisse im unmittelbaren Verkehr mit den Landwirten des Gemeindeverbandes betrieben haben.

Vossische Zeitung
23./III. 1918

23
175

Der Wiederaufbau des Handwerks

Aufnahme einer 30-Millionen-Anleihe.

Im großen Saale der Philharmonie waren gestern nachmittag die Obermeister und Vorstände sämtlicher Märkischer Handwerksverbände zu einer Tagung zusammengetreten, der der Potsdamer Regierungspräsident Freiherr von Massenbach, der Chef des Kriegsamts Generalmajor von Scheuch, General von Coupette von der Wumba, Stadtrat Maas für den Berliner Magistrat, ferner Vertreter des Oberkommandos, der Handelskammern von Berlin und Potsdam bewohnten. Oberpräsident Staatsminister von Loebell hob in einer Ansprache die vaterländische Gesinnung des märkischen Handwerks hervor, dem lebhafter Anteil an Deutschlands wirtschaftlicher Stärke gebührt. Die Staatsregierung hafft die Bestrebungen des Handwerks durch gemeinsame Arbeit, Bildung von Lieferungsverbänden für Rohstoffe, Gründung einer Beratungsstelle zur Beschaffung von Arbeitskräften, Rohstoffen und Maschinen zu unterstützen. Die Kreditmöglichkeiten sollen durch Vermittlung von Sparkassen, Genossenschaften und Kriegshilfskassen erhöht werden, um die selbständige Berufstätigkeit des Handwerks und einen gesunden, arbeitsfrohen Mittelstand zu erhalten.

Der Vorsitzende der Berliner Handwerkskammer, Obermeister Nahardt, gab einen Rückblick über die Tätigkeit während des Krieges, die Dresdner Bank habe ein Darlehn von 3 Millionen Mark gewährt, um das Handwerk betriebsfähig zu erhalten. Für 1 Million Mark konnten Möbel nach Ostpreußen zur Einrichtung zerstörter Wohnungen gesandt werden. In großem Umfange sind Spenden an unsere Feldgrauen geschickt und laufende Unterstützungen an ihre Angehörigen gezahlt worden. An den 7 Kriegsanleihen hat sich die Berliner Handwerkskammer allein mit 600 000 Mark und durch ihre angegliederten Unternehmungen mit 1 200 000 Mark beteiligt. Zur Durchführung der in den nächsten Tagen in Kraft tretenden Bundesratsverordnung für die Beschlagnahme von Türklinken sollen der Metallmobilmachungsstelle Kolonnen von Handwerkern überlassen werden. Von 178 000 Betrieben ist eine erhebliche Anzahl stillgelegt worden, so daß der Berliner Handwerkskammer weitere große Ausgaben entstanden sind. Der Mietsausfall am Kammerhause beträgt bis jetzt 200 000 Mark. Wichtige Aufgaben ständen für die Uebergangswirtschaft bevor. Besonders schwierig sei die Frage der Erlangung von Rohstoffen zur Betriebsfähigkeit. Eine völlige wirtschaftliche Umstellung des Handwerks müsse eintreten. Der Mangel an Rohstoffen erfordert die erhöhte Vornahme von Ausbesserungen, um zugleich den heimkehrenden Handwerkern Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen. Zur Wiederbetriebsaufnahme werden 1 Milliarde 250 Millionen Mark erforderlich sein, deren Hergabe vom Staate erwartet wird. Schließlich müsse auch ein Zwang zur ordnungsmäßigen Buchführung eintreten.

Obermeister Hefftter von der Handwerkskammer in Frankfurt (Oder) betonte, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse seines Bezirkes die gleichen wie in Berlin sind, so daß eine Arbeitsgemeinschaft zweckmäßig sei.

Neues Wiener Tagblatt

24. VIII. 1918

176

Gemeinsame oder selbständige Rohstoffbezüge Oesterreichs und Ungarns?

Aufteilung nach Quote oder Leistungsfähigkeit?

Am zweiten Tage seiner Beratungen, am 22. d., befaßte sich der Hauptausschuß für Kriegs- und Uebergangswirtschaft zunächst mit der Frage der Aufteilung gemeinsamer Rohstoffbezüge auf Oesterreich und Ungarn. Hiezu lag ein Antrag des Mitgliedes Sektionschefs Dr. Brosche vor. Der Antragsteller führte aus, daß er selbst grundsätzlich von der Freiheit des Verkehres die größte Wirkung für den Wiederaufbau der Volkswirtschaft erhoffe, doch müsse immerhin mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß der Krieg und seine Folgen Verhältnisse schaffen könnten, die wenigstens für eine gewisse Zeit eine staatliche Beeinflussung des Verkehres insbesondere auf dem Gebiet der Rohstoffbeschaffung mit sich bringen. Hiebei werde Oesterreich voraussichtlich gemeinsam mit Deutschland vorgehen müssen, was aber zunächst eine Verständigung zwischen Oesterreich und Ungarn voraussetze. Diese aber sei außerordentlich erschwert durch die in Ungarn mit allen Mitteln der parlamentarischen und publizistischen Agitation vertretenen Forderung, wonach gemeinsam durchgeführte Rohstoffbezüge nach dem Verhältnis der staatsrechtlichen finanziellen Quote aufgeteilt werden sollen. Sektionschef Dr. Brosche führte an zahlreichen Beispielen aus, in welchem Maß diese Forderung den tatsächlichen Verhältnissen der industriellen Produktion Oesterreichs und Ungarns widerspreche und wie sehr sie geeignet sei, eine Ueberdeckung der ungarischen Industrie auf Kosten und zum Schaden der österreichischen Industrie herbeizuführen. An dieser Frage sei aber nicht bloß die Industrie selbst, sondern die gesamte Oeffentlichkeit, insbesondere auch die Arbeiterschaft, auf das lebhafteste interessiert.

Die österreichische Regierung habe der ungarischen Forderung das Verlangen gegenübergestellt, gemeinsam einzuführende Rohstoffbezüge nach dem Verhältnis der industriellen Leistungsfähigkeit aufzuteilen. Hiebei hat die österreichische Regierung zugestanden, daß von den in Oesterreich aus den gemeinsam beschafften ausländischen Rohstoffen hergestellten Fertigfabrikaten ein verhältnismäßiger Teil nach der Bevölkerungszahl an Ungarn abgegeben werden soll. Trotz dieser Zugeständnisse ist bisher von ungarischer Seite an dem Verlangen nach der quotenmäßigen Aufteilung festgehalten worden. Das Referat des Redners gipfelte in dem Verlangen, es möge ein einheitliches Vorgehen mit Ungarn beim Bezug von Rohstoffen von deren Aufteilung nach der Leistungsfähigkeit der Industrie beider Staaten abhängig gemacht und die ungarische Forderung unter allen Umständen zurückgewiesen werden. Sollte eine diesen Grundsätzen entsprechende Lösung nicht zu erzielen sein, so müßte Oesterreich in den Fragen des Rohstoffbezuges selbständig vorgehen.

Dem Referat des Sektionschefs Dr. Brosche folgte eine Debatte, an der sich die Mitglieder Abgeordneter Dr. Kolischer, Weber, Rosenberg und Nedela beteiligten. Dr. Kolischer vertrat die Ansicht, daß im Rohstoffbezuge überhaupt tunlichst völlige Selbständigkeit Oesterreichs auf dem Weltmarkte angestrebt werden müsse, sofern nicht zwingende valutarische Momente ein gemeinsames Vorgehen mit Deutschland nahelegen.

Mitglied Rosenberg verwies auf die Behinderung der kaufmännischen Initiative bei der Beschaffung von Rohstoffen durch die allzu mechanische Anwendung der Preistreiberei-verordnung.

Mitglied Nedela lenkte die Aufmerksamkeit des Ausschusses auf die Wichtigkeit einer entsprechenden Aufteilung der Rohstoffe zwischen Industrie und Gewerbe und beantragte, daß der Rohstoffausschuß sich mit dieser Frage eingehend befassen solle. Der Antrag Dr. Brosche wurde vom Ausschusse unter lebhaftem Beifall einhellig angenommen.

Mitglied Abg. Dr. Kollischer stellte den vom Hauptausschusse einhellig genehmigten Antrag auf Errichtung eines gesonderten Unterausschusses für die Fragen der Sachdemobilisierung.

Das Bauwesen in der Uebergangswirtschaft

Ferner beantragte Mitglied Bürgermeister Dr. Weiskirchner die Einsetzung eines Unterausschusses für Fragen des Bauwesens. Der Antragsteller führte aus, daß die schleunige Wiederbelebung der Bautätigkeit unter Bedachtnahme auf eine möglichst zweckmäßige Ausnützung der vorhandenen und beschaffbaren Materialien und Arbeitskräfte eine dringende Aufgabe der Kriegs- und Uebergangswirtschaft darstelle. In normalen Zeiten habe der Baubedarf der Stadt Wien allein ungefähr 400 Millionen Ziegel, 1·3 Millionen Meterzentner Zement, 8 Millionen Kubikmeter Bau- und Nutzholz erfordert und zirka 60,000 bis 70,000 Saisonarbeiter beschäftigt. Jetzt würden nicht einmal die Wohnungen zur Beherbung dieser Arbeiterzahl in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen. Aehnlich liegen die Verhältnisse auch außerhalb der Stadt Wien. Der zu schaffende ständige Fachausschuß soll Normen aufstellen für die Bewirtschaftung und Verteilung der Baustoffe und für die zweckmäßige Verteilung der Bauarbeiter. Nach einer Debatte, an der sich die Mitglieder Dr. Klein, Dr. Kolischer, Seitz und Remec beteiligten, wurde der Antrag unter lebhaftem Beifall zum Beschluß erhoben.

Nachdem der Antrag des Mitgliedes Heinrich Vetter betreffend die allgemeine Erwerbsteuer und die Vermögensabgabe nach näherer Begründung durch den Antragsteller dem Finanzausschuß zugewiesen und ein Antrag des Mitgliedes Remec, der sich auf die in die südlichen Gebiete zurückkehrenden Flüchtlinge bezog, der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung unterzogen wurde, schritt der Generalkommissär Sektionschef Riedl unter Dankesworten an die Mitglieder des Hauptausschusses zum Schluß der Sitzung.

Reichspost

24./III. 1918

177

Kriegs- und Uebergangswirtschaft.

Oesterreich und Ungarn in der Frage der Rohstoffbeschaffung.

In fortgesetzter Beratung beschäftigte sich der Hauptausschuß für Kriegs- und Uebergangswirtschaft mit der Aufteilung gemeinsamer Rohstoffbezüge auf Oesterreich und Ungarn. Sektionschef Dr. Brosche sagte, es müsse mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß der Krieg Verhältnisse schaffen könnte, die für eine gewisse Zeit eine staatliche Beeinflussung des Verkehres auf dem Gebiete der Rohstoffbeschaffung mit sich bringen. Hiebei werde Oesterreich voraussichtlich gemeinsam mit Deutschland vorgehen müssen, was aber eine Verständigung zwischen Oesterreich und Ungarn voraussetze. Diese aber sei außerordentlich erschwert durch die in Uagarn mit allen Mitteln der parlamentarischen und publizistischen Agitation vertretene Forderung, wonach gemeinsam durchgeführte Rohstoffbezüge nach dem Verhältnisse der staatsrechtlichen finanziellen Quote aufgeteilt werden sollen. Die österreichische Regierung habe der ungarischen Forderung das Verlangen gegenübergestellt, gemeinsam einzuführende Rohstoffbezüge nach dem Verhältnisse der industriellen Leistungsfähigkeit aufzuteilen. Hiebei hat die österreichische Regierung zugestanden, daß vnn den in Oesterreich aus den gemeinsam beschafften ansländischen Rohstoffen hergestellten Fertigfabrikaten ein verhältnismäßiger Teil nach der Bevölkerungszahl an Ungarn abgegeben werden soll. Trotz dieser Zugeständnisse ist bisher von ungarischer Seite an dem Verlangen nach der quotenmäßigen Aufteilung festgehalten worden. Das Referat des Redners gipfelte in dem Verlangen, es möge ein einheitliches Vorgehen mit Ungarn beim Bezuge von Rohstoffen von deren Aufteilung nach der Leistungsfähigkeit der Industrie beider Staaten abhängig gemacht und die ungarische Forderung unter allen Umständen zurückgewiesen werden. Sollte eine diesen Grundsätzen entsprechende Lösung nicht zu erzielen sein, so müßte Oesterreich in den Fragen des Rohstoffbezuges selbständig vorgehen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen, ebenso ein Antrag auf Einsetzung eines gesonderten Unterausschusses für die Sachdemobilisierung. Bürgermeister Dr. Weiskirchner beantragte die Einsetzung eines Unterausschusses für die Fragen des Bauwesens. Er sagte, daß die schleunige Wiederbelebung der Bautätigkeit unter Bedachtnahme auf eine möglichst zweckmäßige Ausnützung der vorhandenen und beschaffbaren Materialien und Arbeitskräfte eine dringende Aufgabe der Kriegs- und Uebergangswirtschaft darstelle. In normalen Zeiten habe der Baubedarf der Stadt Wien allein ungefähr 400 Millionen Ziegeln, 1·3 Millionen Meterzentner Zement, 8 Millionen Kubikmeter Bau- und Nutzholz erfordert und zirka 60.000 bis 70.000 Saisonarbeiter beschäftigt. Jetzt würden nicht einmal die Wohnungen zur Beherbergung dieser Arbeiterzahl in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen. Aehnlich liegen die Verhältnisse auch außerhalb der Stadt Wien. Der zu schaffende ständige Fachausschuß solle Normen aufstellen für die Bewirtschaftung und Verteilung der Baustoffe und für die zweckmäßige Verteilung der Bauarbeiter. Auch dieser Antrag fand einstimmige Annahme.

Fremdenblatt
24./III. 1918

78

Eine Wiener Messe.

In der letzten Plenarversammlung des Niederösterreichischen Gewerbevereines brachten Gemeinderat Dr. R. v. Dorn und Genossen einen Antrag betreffend die Schaffung einer Wiener Messe ein. Der Antrag lautet: „Angesichts der allseits sich steigenden Hoffnung auf eine allgemach näherkommende Beendigung des blutigen Weltringens und darauffolgenden Wiederbeginn lebhafter internationaler Handelsbeziehungen macht sich vielfach das Bestreben geltend, die Anknüpfung von neuen Verbindungen durch Konzentration des Warenangebotes zu erleichtern. Die Leipziger Messe zeigt durch ihren glänzenden Verlauf die Zweckmäßigkeit solcher Bestrebungen, und heute wird mitgeteilt, daß die Schweiz durch Schaffung einer Basler Mustermesse dem gegebenen Beispiel zu folgen gedenke. Es würde sich daher dringend empfehlen, auch in Oesterreich, und zwar in erster Linie in Wien, einem ähnlichen Versuche näherzutreten. Hiezu wäre wohl mit Rücksicht auf seine erfolgreiche Vergangenheit der Niederösterreichische Gewerbeverein berufen, der sich hiebei gewiß auch der Unterstützung und Förderung von Seite der Gemeindeverwaltung zu erfreuen haben würde. Es wird daher beantragt, der Verwaltungsrat möge sich mit der Erörterung dieser Angelegenheit befassen und dem Vereine entsprechende Anträge stellen. — Dem Antrage wurde von der zahlreich besuchten Versammlung die einhellige Zustimmung gegeben, worauf der Vorsitzende Präsident Schiel erklärte, daß sich der Verwaltungsrat demnächst mit diesem Antrage beschäftigen werde.

Neues Wiener Tagblatt Abendbl 179
28/III. 1918

* (**Die Verschiebung der Sommerzeit und die Sperrstunden.**) Amtlich wird verlautbart: Die Frage, ob durch die neuerliche Verlegung der Sommerzeit eine Aenderung in der Festsetzung der Sperrstunde für Gast- und Kaffeehäuser eintritt, beantwortet sich aus dem Wortlaut der Statthaltereiverordnung vom 23. März 1918 dahin, daß die Verlängerung der Sperrstunde erst mit Beginn der Sommerzeit, also nach der nunmehr eingetretenen Aenderung erst mit 15. April beginnt und mit dem 16. September endet. Die Bestimmungen dieser Statthaltereiverordnung betreffend das Offenhalten gewisser Räume in Zuckerbäckereien sowie die Veranstaltung von Schulfesten vom 1. April bleiben unverändert.

Arbeiterzeitung
28/III. 1918

180

Wozu die Zwischenhändler? Ein Fachmann schreibt uns: Um der Ukraine Industrieerzeugnisse für die Nahrungsmittel zu liefern, die man von ihr will, denkt man vernünftigerweise daran, Sensen in die Ukraine zu liefern. Man muß nun glauben, daß die Regierung, die Millionen Menschen als Soldaten und Kriegsleister einberufen hat, genug Organe besitzt, die wissen, wo man Sensen bekommt. Aber nach den Leuten zu fahnden, die das wissen, fällt niemandem ein. Umgekehrt, man will die Sensen mit Hilfe eines Zwischenhändlers verschaffen. Ein kleiner Wiener Eisenhändler wurde enthoben, damit er die Sensen zusammenkaufe und sie der Regierung verkaufe. Das Geld, das er zum Ankauf braucht, muß er gegen hohe Verzinsung ausleihen. Hat man schon etwas Unvernünftigeres gesehen? Es müssen also Geldverleiher und der Zwischenhändler viel Geld verdienen, trotzdem die Regierung alle Mittel hat, die es ihr ermöglichen, auf diese Dienste der Zwischengewinner zu verzichten. Wissen die Herren, auf die es ankommt, nicht, daß man mit einem einzigen Inserat die Sensen herausbringen könnte; nicht, daß es eine gesetzliche Verpflichtung gibt, die Vorräte über Aufforderung bekanntzugeben; nicht, daß in der Armee und in der Metallzentrale genug Leute sind, die wissen, wer Sensen macht und solche besitzt? Ein Soldat, der es zu wissen angibt, wird enthoben — zu welchem Zwecke? Damit er mit der Nennung dessen, was er weiß und was er pflichtgemäß zu sagen hat, viele Tausende verdiene und seine Geldgeber ebenfalls! Ja, die „staatliche Bewirtschaftung" in Oesterreich schaut herrlich aus, dafür blüht aber der freie Handel! Das Kriegsleistungsgesetz wird eben nur als Zwangsmittel gegen die Arbeiter angewendet; daß es jedermann verpflichtet, scheint man ganz vergessen zu haben.

29./III. 1918 181

Volkswirtschaft.

Westdeutsche Handelsübersicht.

Von Walter Oertel,
Korrespondenten des kön. ung. Handelsmuseums.

Frankfurt, 25. März.

Nach den Berichten vom Lande ist der Zustand der jungen Saaten, namentlich des Roggens, ein recht vorteilhafter. Die Zufuhren an Brotgetreide für die Mühlen bleiben nach wie vor knapp. Dagegen ist das Geschäft in Sommergetreide zur Saat um ein geringes lebhafter geworden, und zwar wurde das Angebot zunächst von Gerste, in der allerletzten Zeit auch von Hafer etwas besser. Uebrigens geht die Nachfrage noch immer über das Angebot hinaus. Als Zeichen für den guten Stand der Wintersaaten ist es anzusehen, daß die Kauflust für Sommerroggen und Weizen andauernd recht gering ist.

Auf dem Zuckermarkte ist nun auch die schon so lange angestrebte Erhöhung des Zuckerrübenpreises durchgeführt worden, um die Erzeuger zu veranlassen, auch weiter den Anbau der Zuckerrüben fortzuführen. Die zugestandene Steigerung des Zuckerpreises entspricht, wie an zuständiger Stelle versichert wird, nicht den erhöhten Herstellungskosten. Ein noch höherer Preis konnte jedoch dadurch vermieden werden, daß die Zucker verarbeitende Industrie den Zucker wesentlich höher bezahlen muß als der Verbraucher und daß aus dem Vorjahre noch eine Million Doppelzentner vorhanden sind. An diesem Rohzucker hat das Reich Millionen verdient, die nun dazu verwendet werden, den Verkaufspreis niedriger zu stellen, als er sich sonst nach der Berechnung stellen müßte. Die hohen Gewinne einzelner Zuckerfabriken werden darauf zurückgeführt, daß einzelne technisch auf der Höhe stehende Fabriken ganz besonders rationell zu arbeiten imstande sind. Andere weniger gut eingerichtete Fabriken erzielen keine außergewöhnlichen Gewinne. Man hat deshalb an eine Abstufung der Erzeugerpreise nach der Leistungsfähigkeit der Fabriken gedacht. Diese Absicht scheiterte jedoch daran, daß jeder Maßstab für eine Unterscheidung fehlt.

Auf dem Weinmarkte ist die Nachfrage nach 1917er Weinen immer noch recht rege. Es finden gegenwärtig an zahlreichen Orten Deutschlands Weinversteigerungen statt, die dem Handel Gelegenheit geben, seinen Bedarf zu decken. Besonders gefragt sind auch Rotweine, für die in besseren Lagen recht hohe Preise gefordert und bezahlt werden.

Auf dem Holzmarkte ist im großen Geschäft im allgemeinen eine Abschwächung zu verzeichnen, die vor allem durch den gegenwärtigen geringeren Bedarf der Intendanturen bedingt wird. Dementsprechend benutzen auch die Holzgroßhandlungen den gegenwärtigen Zeitpunkt, um sich durch Anfragen über die Marktlage zu orientieren, ohne diesen Anfragen jedoch Aufträge folgen zu lassen, in der Hoffnung, daß die Preise zurückgehen werden. Diese Rechnung dürfte sich aber aller Voraussicht nach als nicht richtig erweisen, denn die Holzpreise zeigen keine abschwächende Tendenz, wie die letzten Auktionen beweisen, bei denen trotz der Bemühungen einzelner Gruppen, durch gegenseitige Verständigung die Preise herabzudrücken und das ganze Geschäft stabiler zu gestalten, die Preise dennoch immer wieder durch andere Teilnehmer hochgetrieben werden. So werden sich denn die Großhändler doch in kurzer Zeit zum Einkauf entschließen müssen, um so mehr, als der größte Teil seine Lager geräumt hat. Sie können bei dieser Spekulation sogar sehr leicht in die Lage kommen, infolge des allgemein auftretenden Großbedarfes wesentlich höhere Preise zahlen zu müssen, als wenn sie sich sukzessive eingedeckt hätten. Jedenfalls ist die Holzindustrie recht stark beschäftigt.

Es ist auch in den anderen Branchen interessant zu beobachten, wie bei uns in Deutschland das Wirtschaftsleben ruhig seinen Gang weitergeht, während in den Ländern der Entente die durch unsere Unterseeboote hervorgerufene Transportkrisis mehr und mehr in eine Produktionskrisis der Industrie übergeht, die sogar in den Vereinigten Staaten infolge des starken Kohlenmangels zu einem Rückgang der Eisen- und Stahlindustrie geführt hat. Die Beschäftigung hat in Deutschland in der letzten Zeit sogar in den meisten Industrien noch zugenommen. Besonders bemerkenswert ist dabei, daß trotz der Schwierigkeiten der Arbeiterfrage auch die Fabriken für Luxuswaren stark beschäftigt sind, weil nach diesen Waren eine überaus lebhafte Nachfrage herrscht. So sind die Porzellan- und Steingutfabriken auch nicht im entferntesten in der Lage, der stürmischen Nachfrage gerecht zu werden. Die Porzellanfabriken sind zum Teil schon bis in das Jahr 1919 mit Aufträgen versehen, und das neutrale Ausland überschüttet diese Fabriken förmlich mit langfristigen Aufträgen, ohne dabei überhaupt nach Preisen zu fragen. Bezeichnend ist es auch, daß die Tüllfabriken sehr stark beschäftigt sind. Was den Konsum in Textil- und Modeartikeln betrifft, so trat auf die erste Nachricht von der Einleitung von Friedensverhandlungen mit Rußland ein Nachlassen der Nachfrage in die Erscheinung. Vielfach wurden Abbestellungen vorgenommen und die Preise gingen zunächst nicht unbeträchtlich zurück. Diese Erscheinung zeigte sich in der Großkonfektion, in der Seiden- und Spitzenindustrie und im Pelzwarenhandel. Auch im Kettenhandel mit diesen Fabrikaten hörten die Phantasiepreise auf einmal auf. In der letzten Zeit hat sich dieses Bild jedoch wieder völlig geändert. Es stellt sich heraus, daß Vorräte nirgend in größerem Umfange vorhanden sind, und es zeigte sich auch, daß der Preisrückgang mehr eine Folge von politischen Erwägungen als eine Folge der Marktlage war. Fachkreise berichten, daß wieder umfangreiche Käufe erfolgen und daß die Zurückhaltung im Einkauf aufgehört hat.

Wenn auch heute der Hauptteil der ganzen Produktion der verschiedenen Industrien noch immer auf den Heeresbedarf entfällt, so zeigt sich neuerdings doch im Zusammenhang mit unserer Entlastung an der Ostfront auch eine leichte Entlastung zugunsten des bürgerlichen Bedarfes. Das tritt besonders auch in der Eisen- und Stahlindustrie hervor, wo Mengen, die früher für den Kriegsbedarf herangezogen wurden, jetzt für andere Zwecke freigegeben worden sind. Diese Entwicklung kann im Interesse unserer Industrie nur begrüßt werden. Sie zeigt sich auch bei den Konstruktionswerkstätten, da die Bautätigkeit bei den Kriegsfabriken wesentlich nachgelassen hat. Im übrigen ist die Eisenindustrie nach wie vor stark beschäftigt, doch drängen die Abnehmer nicht mehr so intensiv wie bisher auf Ablieferung. Stark gesucht bleiben Qualitätsstahl und Draht sowie Bleche. Bei den Maschinenfabriken haben die Kriegsaufträge etwas nachgelassen, so daß sie sich mehr als bisher Friedensaufträgen zuwenden können. Stark beschäftigt sind weiter die Kleineisenindustrie und die Fabriken von landwirtschaftlichen Maschinen. Die Vorräte in diesen Maschinen sind überaus gering. Lebhafte Nachfrage tritt ferner nach Stapelschneidewaren hervor, auch für diese Artikel rechnet man mit einem verstärkten Export nach dem Osten.

Auf dem Kohlenmarkte liegen die Verhältnisse in Süddeutschland geradezu kläglich. Die süd- und westdeutschen Großstädte bekommen wohl Versprechungen von Berlin, aber Kohlen bekommen sie nicht. Es müssen hier Organisationsfehler schwerster Art vorliegen, da beispielsweise Berlin durchaus ordnungsgemäß mit Kohlen versorgt ist, während Frankfurt, das an der direkten Wasserstraße aus dem Ruhrgebiet liegt, ohne Kohlen ist. Dazu wird die Liste der vorzugsweise mit Brennstoff zu bedenkenden Abnehmer ständig erweitert, ohne daß auch nur die leiseste Garantie für eine tatsächliche Befriedigung dieser Ansprüche vorhanden ist. Gebraucht wird alles, auch die schlechteste Kohle wird reißend abgenommen.

Die Zeit

30./III. 1918

182

Die Drohung mit dem Rohstoffboykott.

In den letzten Monaten ist von drohenden Worten, die den Mittelmächten auch nach Friedensschluß einen Wirtschaftskrieg ankündigen, ein überaus reichlicher Gebrauch gemacht worden. So hat, um nur einige Beispiele anzuführen, Bonar Law vor einigen Wochen darauf hingewiesen, daß die Alliierten bei der Verteilung von Rohstoffen zuerst an sich selbst denken, also den Gegnern durch einen längeren Zeitraum davon nichts zukommen lassen werden. „Ich glaube, daß es wesentlich ist, jetzt und noch heute unsere Feinde wissen zu lassen, daß wir uns unserer Macht bewußt sind und, wenn die Zeit gekommen ist, nicht zögern werden, sie auszunützen." Zwei Tage darauf erklärte Carson, man müsse es Deutschland absolut klar machen, daß, je länger der Krieg dauert, es desto weniger Aussicht hat, an Rohstoffen etwas zu erhalten. Diese Erklärung wurde später im englischen Unterhaus vom Generalmajor Corst präzisiert. Für jeden Monat der Kriegführung wären seiner Ansicht nach die Feinde durch je ein ganzes Jahr „von den Rohstoffmärkten der Alliierten" auszuschließen. Und das Mitglied des englischen Kriegskabinetts Barnes hat am 15. Januar d. J. sogar davon gesprochen, daß die Verbündeten gerade jetzt im Begriff seien, „eine wirtschaftliche Offensive" vorzubereiten; sie werden, meinte er weiter, ihre wirtschaftliche Macht, die ihnen der Besitz der Rohmaterialien verleihe, wohl zu gebrauchen wissen. Sind diese und ähnliche Worte, die sich reichlich vermehren ließen, gleichsam als gefährliche Drohungen aufzufassen? Sind sie wirklich geeignet, dem Bedrohten begründete Angst und Furchtgefühle einzuflößen?

Bei Beantwortung solcher Fragen begehen sehr viele einen Denkfehler. Sie sehen, daß es den Engländern gelungen ist, den Vierbund von der Außenwelt nahezu vollkommen abzusperren, und sie glauben, daß ihre Organisation — deren Großartigkeit und Wirksamkeit zu bestreiten töricht wäre — sich auch in Zukunft bewähren könnte. Mithin hätten es die Alliierten, als Herren der in Betracht kommenden Rohstoffländer, ganz in der Hand, uns vom Rohstoffbezug auszuschließen. Diese Folgerung ist aber irrig, denn die jetzigen Absperrungsmaßnahmen beruhen auch nicht im mindesten auf dem Besitz von Rohstoffen, sondern ganz ausschließlich auf der absoluten — und rücksichtslosen Beherrschung der Meere. Von der Ausübung einer solchen Herrschaft kann jedoch nach dem Kriege nicht einmal die Rede sein; auch dann nicht, wenn der Friede sehr unvollkommen wäre und verschiedenartige Wirtschaftskämpfe ermöglichen würde. Selbst bei Bestehen von bloßen Wirtschaftskriegen ist es gänzlich ausgeschlossen, daß irgendeine Macht die Meeresstraßen hermetisch absperren, jedes Kauffahrteischiff, gleichgültig, wem es gehört, jederzeit durchsuchen, den Handel der Neutralen genau kontrollieren und drosseln könnte usw. Weist aber dieses nur auf den brutalen Machtmitteln des Krieges fußende und überhaupt denkbare System irgendeine Lücke auf, so fällt es gleich einem Kartenhaus ganz in sich zusammen und wird so wenig wirksam, wie es in ihrem späteren Verlauf die Kontinentalsperre Napoleons war.

Damit soll keineswegs gesagt sein, daß die westlichen Vierbundstaaten nicht in der Lage wären, der Rohstoffversorgung der Mittelmächte größere Schwierigkeiten in den Weg zu legen. Aber zwischen diesen und den jetzt geübten „Aushungerungsversuchen" ist ein gewaltiger Unterschied. Das was wir unbedingt, was wir sozusagen zum Leben brauchen, werden wir immer, im ärgsten Fall auf mittelbarem Wege, erlangen können, zumal es sich nicht um so unermeßliche Mengen handelt. Der Bedarf der am dringlichsten benötigten Gegenstände wird, wenn wir von Getreide und Textilstoffen absehen, schon durch eine Reihe von Schiffsladungen für längere Zeit zu decken sein. So dürfte, um irgendein Beispiel anzuführen, bei den Mittelmächten Kupfer nur zu einem geringen Teil seine bisherige Verwendung beibehalten; in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle wird es, wenigstens für längere Zeit, bei der Benützung der verschiedenartigen Metallkompositionen bleiben, die jetzt an Stelle des Kupfers treten. Und nur schrittweise wird der „Ersatz" verdrängt werden können. Ist es doch eine ausgemachte Tatsache, daß schon aus valutarischen Gründen in allen am Kriege beteiligten Staaten die Einfuhr zu beschränken sein wird. Ihre Höhe wird sich streng nach der Größe der Ausfuhrmöglichkeiten richten müssen. Eine dauernde Passivität der Handelsbilanz wäre für die meisten Länder verhängnisvoll.

Alle diese Tatsachen werden — und dies übersieht man gern hüben und drüben — auch auf die Verhältnisse der Rohstoffländer einen starken Rückschlag ausüben. Die sind jetzt in der Lage der glücklichen Besitzer. Endigt aber der Krieg, so sinken die Bedürfnisse der Menschheit auf einmal ganz erheblich. Wie ungeheuer ist der tägliche Verbrauch der Millionenarmeen, wie viel wird Tag für Tag verdorben, zerstört, vernichtet! Schon der Fortfall des Krieges, dieses gigantischen Verbrauchers, wird eine große Erleichterung der Lage herbeiführen, zumal er auch eine Unzahl bisher gebundener produktiver Kräfte befreit. Freilich wird auch danach der Rohstoffhunger der Welt sehr groß sein, doch wird man ihn, wie dargetan, nur nach und nach zu stillen vermögen. Mittlerweile werden sich aber die Rohstoffvorräte ganz gehörig ansammeln, und die Rohstoffländer dürften froh sein, wenn sie ihre Ware zu guten Preisen werden anbringen können. Auch sie werden erfahren, daß die Restringierung der Einfuhr und nicht die der Ausfuhr in Zukunft das Losungswort der Staaten sein wird.

Die Gefahren eines etwaigen zukünftigen Wirtschaftskrieges sind nicht außeracht zu lassen. Dadurch kann die Wiederherstellung der Weltwirtschaft, die Wiedererrichtung des Weltmarktes in Frage gestellt, nicht aber für große kulturell hochstehende Länder ein Rohstoffboykott geschaffen werden. Vor dem brauchen wir uns nicht zu fürchten.

Vossische Zeitung
30. III. 1918

30

183

Handelskammer und Korporation der Kaufmannschaft von Berlin.

Von

Professor Dr. Max Apt,

Syndikus der Korporation der Kaufmannschaft zu Berlin.

Am 1. April d. J. tritt das Abkommen zwischen Handelskammer und Korporation über die Abgrenzung des gegenseitigen Geschäftsbereichs in Wirksamkeit. Wir baten Herrn Professor Apt, von dem dieser Plan der Arbeitsteilung ausging, gebeten, die Zukunftsaufgaben der Korporation zu skizzieren.

Durch den am 7. März gefaßten Beschluß der Korporationsversammlung der Kaufmannschaft von Berlin ist das Abkommen zwischen Handelskammer und Korporation über die zukünftige Abgrenzung des gegenseitigen Geschäftsbereichs endgültig zustande gekommen. Hiernach überläßt die Korporation die Aufgaben eines beratendes Fachorgan ausschließlich der Handelskammer und behält als zukünftiges Tätigkeitsgebiet in ihrer Eigenschaft als öffentlich-rechtliches Organ des Handelsstandes die öffentlich-rechtliche Begründung und Unterstützung von Einrichtungen, die der Förderung von Handel und Gewerbe sowie die technische und geschäftliche Ausbildung, die Erziehung und den sittlichen Schutz der darin Angestellten bezwecken.

Eine derartige Arbeitsteilung erweist sich in einem so großen Wirtschaftsgebiet, wie es Groß-Berlin ist, als natürlich, weil eine einzige Handelsvertretung kaum in der Lage ist, beide Aufgaben, als beratendes Fachorgan und als Organ der Selbstverwaltung, in gleich eindringlicher Weise zu erfüllen. Dazu kommt, daß gerade bei der Korporation der Kaufmannschaft von Berlin alle diejenigen Voraussetzungen in hohem Grade vorhanden sind, die für die Aufgaben einer kaufmännischen Selbstverwaltung erforderlich sind. Wenn von den Vertretern der Handelskammern*) in jüngster Zeit darüber Klage geführt worden ist, daß die Handelskammern sich so wenig auf dem Gebiete der kaufmännischen Selbstverwaltung betätigen, so liegt der Grund in der geringen finanziellen Leistungsfähigkeit der meisten Handelskammern. Diese finanzielle Leistungsfähigkeit ist bei der Korporation der Kaufmannschaft von Berlin, deren Etat den von mehr als 60 der 87 preußischen Handelskammern zusammen übersteigt, von vornherein gegeben. Aber auch die Arbeitsideen, die für eine solche Betätigung notwendig sind, sind vorhanden. Die Korporation ist in der Lage, in ihrem Zukunftsprogramm an eine gute Tradition anzuknüpfen.

Die Aeltesten der Kaufmannschaft von Berlin haben bereits in früherer Zeit es als ihre vornehmste Aufgabe gehalten, dauernde Einrichtungen im Interesse von Handel und Gewerbe zu errichten. An der Spitze steht die Berliner Börse. Die Korporation der Kaufmannschaft von Berlin ist nicht nur Eigentümerin des Börsengebäudes mit dem vielleicht schönsten Börsensaale der Welt — ein dauerndes Denkmal der hervorragenden Baukunst eines Hitzig —, sondern sie ist Begründerin und Verwalterin des gesamten Börsenunternehmens, welches sie den Zeitverhältnissen entsprechend entwickelt und ausgestaltet hat. Diese Entwicklung ist noch keineswegs an ihr Ende gelangt. Aus den Erfahrungen dieses Weltkrieges werden sich Anregungen für die Ausgestaltung des Börsenunternehmens ergeben. Der Fonds- und Produktenbörse ist jetzt bereits die Metallbörse angegliedert worden, die dazu bestimmt ist, die Vorherrschaft Englands auf dem Metallmarkte zu brechen. Der Besitz und die Verwaltung der Berliner Börse gibt den Aeltesten der Kaufmannschaft die Möglichkeit, für die Wahrung der Börseninteressen und für die Verbreitung des Verständnisses für die große nationale Bedeutung der Börseninstitution dauernd einzutreten.

Ein zweites großes Tätigkeitsfeld haben die Aeltesten sich in der Pflege des kaufmännischen Bildungswesens geschaffen. Indes

*) cf. Brandt, Lohmann Neuordnung der Handelskammern Berlin 1917.

Reichspost
31./III. 1918
186

Die Kommission mit dem langen Namen.

Entstehungsgeschichte der Zentralpreisprüfungskommission. – Ihre ursprünglichen Aufgaben. — Ihre neuen Vorschläge zu einer energischeren Bekämpfung des Kriegswuchers. — Herausgabe einer Preisliste.

Die Zentralpreisprüfungskommission gehört mit zu jenen im Kriege geschaffenen Stellen, die ob ihrer, wie behauptet wird, wenig nutzbringenden Tätigkeit seit geraumer Zeit das Ziel heftiger Angriffe bildet. Der Vorsitzende dieser Kommission, Baron Friès, hat nun in einer Besprechung mit den Vertretern der Wiener Presse Gelegenheit genommen, zu diesen Vorwürfen Stellung zu nehmen, die Entstehungsgeschichte und die Aufgaben dieses Kriegsinstitutes darzulegen und so in eine Sache Licht zu bringen versucht, von der sich die Bevölkerung oft die falschesten Vorstellungen macht.

Die Zentralpreisprüfungskommission, führt Baron Friès aus, ist nicht so sehr, wie vielfach geglaubt wurde, zum Schutze der Konsumenten und zur Herabdrückung der Preise gegründet worden, vielmehr war ihre Aufgabe, die produzierende Bevölkerung, also die Landwirte und Gewerbetreibenden, gegen gewisse Unklarheiten in der Anwendung der Preisbestimmungsverordnungen zu schützen. Schon anläßlich der im Jahre 1915 verlautbarten Preistreibereiverordnung wurde das Ministerium des Innern unter dem Eindruck der Schärfe und der drohenden Maßnahmen dieser Verordnung mit Beschwerden und Bitten seitens der Produzenten überschwemmt. Wenn ihr uns schon solche Strafen bei einer übermäßigen Ueberschreitung der Preise androht, hieß es, dann wollen wir auch wissen, welche Preise wir für unsere Produkte verlangen dürfen. Bestimmt eine Stelle, die uns sagt: der Preis für diese Ware beträgt so viel, für jene so viel. Unter dem Einfluß dieser so stürmisch geäußerten Wünsche hat nun das Ministerium des Innern die Zentralpreisprüfungskommission gegründet, die auch bald ihre Tätigkeit aufnahm. Die Justiz aber hat von der Arbeit dieser Kommission wenig Notiz genommen, weil eben ein Erlaß des Ministeriums des Innern für die Justizbehörden nicht maßgebend ist. Die Entscheidungen der Kommission bildeten somit nur ein Hilfswerk für die politischen Behörden. Erst am 24. März v. J. ist dieses neue Kriegsinstitut zu einem gesetzlichen geworden, an dessen Entscheidungen die Justizbehörden gebunden wurden. Seine primäre Aufgabe war also zu bestimmen, was der Produzent verlangen, der Konsument zahlen darf, um dem Richter ein Substrat für seine Rechtsprechung zu geben.

Erst in der letzten Zeit hat sich die Kommission mehr auf die Bekämpfung des Kriegswuchers verlegt und unlängst an das Ernährungsamt, an die Preisprüfungsstellen und verschiedene andere Aemter ein Gutachten erstattet auf Grund dessen energische Maßnahmen gegen den Kriegswucher zu erhoffen sind. Der Kriegswucher kann nicht mit einem Schlag aus der Welt geschafft werden, er ist eine eingealterte Erscheinung, die, wie Baron Friès meint, zu Tode gehetzt werden muß. Jedes Mittel, wenn es auch für sich allein nicht viel Wirkung zeitigt, muß gegen ihn ins Treffen geführt werden, nur durch eine Summe von solchen Vorkehrungen kann er allmählich beseitigt werden. Die Zentralpreisprüfungskommission ist dabei von der Ansicht ausgegangen, daß es mit Repressalien allein nicht getan ist, daß diese vielmehr das letzte Ersatzmittel darstellen, das gegen den Kriegswucher in Anwendung kommen soll. An der Wurzel muß das Uebel gefaßt werden, das Objekt muß man ihm entziehen. Wir müssen trachten, die Aufbringung der Ware möglichst restlos zu gestalten. Wenn wir alle Waren der staatlichen Bewirtschaftung zuführen und deren Aufbringung restlos bewerkstelligen könnten, dann bliebe nichts für den Wucher übrig. Das zu erreichen ist natürlich ein Ding der Unmöglichkeit. Es würde nicht zu verhindern sein, daß immer kleinere oder größere Mengen dieser Waren der staatlichen Aufbringung entschlüpfen. Wir müssen, fuhr Baron Friès weiter fort, daher auch dort hingreifen, wo die Waren der Verarbeitung zugeführt werden, z. B. bei Getreide zu den Müllern, bei Mehl zu den Bäckern, wir müssen den Handel, den Verkehr, den Transport besser überwachen, endlich beim Verbraucher selbst nachschauen. Die Strafen bleiben das letzte Mittel, sie müssen dann aber auch entsprechend strenge sein. Man wird vielleicht sagen, diese Maßnahmen erfließen viel zu spät. Dies ist nicht der Fall. Gerade jetzt, wo der Mittelstand am Ende seiner Geduld und Zahlkraft angekommen ist, gerade jetzt, wo unsere Versorgung aus dem Osten eine lebhafte Unterstützung erfahren soll, ist es noch nicht zu spät, mit allen Mitteln gegen den Kriegswucher anzukämpfen. Unter anderem plant die Zentralpreisprüfungskommission zur Orientierung der Verbraucher über die amtlich festgesetzten Preise der tatsächlich derzeit im Kleinhandel feilgebotenen Bedarfsartikel eine Preisliste — und zwar versuchsweise für Wien — herauszugeben. Sie ließ sich dabei von dem Gedanken leiten, daß der Mangel an fachlich geschulten Aufsichts- und Kontrollorganen die Mitwirkung aller Haushalte in der Preisberechnung als unentbehrlich erscheinen läßt; die Verbreitung dieser Preisliste in allen Schichten der Bevölkerung soll einerseits vorrübergehend bewirken, daß die Verkäufer im Bewußtsein der leichten Kontrollmöglichkeit vor Preisüberschreitungen sich hüten, anderseits sollen die Käufer stets in der Lage sein, Preisüberschreitungen zu beanständen und zur Anzeige zu bringen. Um die größtmögliche Publizität dieser Verzeichnisse zu erzielen, richtete Baron Friès an die Wiener Tagesblätter das Ersuchen, eine solche amtliche Preisliste als Beilage in einer der nächsten Nummern zu bringen. Ueberdies werden diese Tabellen zum Preise von 4 Hellern in den Wiener Trafiken zum Verschleiße gelangen. Derartige Preistabellen sollen später in ganz Oesterreich, periodisch wiederkehrend, erscheinen.

Wir wollen dieser Aktion der Zentralpreisprüfungskommission von vornherein nicht jeden Erfolg absprechen, vielleicht wird er die eine gute Folge haben, daß die Händler, wenn sie wissen daß das Publikum diese Preisliste bei sich trägt, also jederzeit in der Lage ist, eine übermäßige Preisforderung zu erkennen, künftighin nicht mehr so unverschämte Preise zu verlangen wagen wie bisher. Daß allerdings der Großteil der Wiener Bevölkerung diesen Hieb gegen den Kriegswucher als einen Schlag ins Wasser ansehen wird, dessen sind wir auch sicher: denn auf der Preisliste finden sich Preise, um die man in ganz Wien diese Waren nicht erhält. Zeigt man aber einen Händler an, wenn er diese Preise überschreitet, und wird er nicht sofort empfindlich gestraft, so hat die Anzeige wenig Wert. Folgt aber eine strenge Strafe auf dem Fuße, so werden die meisten der Händler die Ware künftighin nicht mehr führen. Was dann?

Vossische Zeitung
3./IV. 1918

3
188

Der Rohstoff-Boykott und Rußland.

Zu dem Artikel „Die Gefahr eines Rohstoff-Boykotts" von Konsul Dettmann in unserer Abendausgabe vom 18. März wird uns geschrieben:

Sind wir, falls die Entente ihre Drohung wahrmachen, und uns von den Rohstoffmärkten der Welt ausschließen würde, wirklich nicht in der Lage, die uns für unsere Industrie nötigen Rohstoffe anderweitig zu beschaffen?

Eine unbedingte Verneinung dieser Frage ist nicht gerechtfertigt. Ganz abgesehen davon, daß sich so mancher Neutrale gegen Geld und gute Worte sicher bereitfinden würde, die Rolle des Zwischenhändlers zu spielen (die jetzt von England ausgeübte Vergewaltigung kann ja nach dem Kriege in gleicher Weise keinesfalls fortgesetzt werden), gibt es doch noch eine ganze Anzahl von Märkten, die nicht unter der Kontrolle Englands stehen, und dazu gehören in erster Linie die unseres nächsten Nachbars Rußland.

Das bisherige russische Reich besaß vor dem Kriege ungefähr doppelt so viel Spindeln als Deutschland, deren Bedarf es (mit Einschluß von Polen, den baltischen Provinzen und Finnland) zu 65 bis 70 vom Hundert mit seiner eigenen mittelasiatischen und kaukasischen Baumwolle deckte. Bedeutende Vergrößerungsarbeiten waren sowohl bei den asiatischen als auch bei den kaukasischen Anbaugebieten im Gange, und man hoffte, innerhalb von fünf Jahren das Erzeugnis um 50 vom Hundert erhöhen zu können und somit von Amerika ganz unabhängig zu werden! Diese Anbauflächen können aber auch noch weiter ausgedehnt werden; außerdem wird nach dem Weltkrieg Rußlandss Bedarf wesentlich kleiner werden, weil Polen und die baltischen Provinzen, ebenso wie auch Finnland, als Käufer ausscheiden. Ohne den russischen Schutzzoll wird für letztere der Einkauf in Amerika lohnender sein. Als weitere Baumwollmärkte kämen dann noch Kleinasien, Persien und — allerdings in geringem Maßstabe — Mazedonien in Betracht.

Die für Deutschland zweitwichtigste Roheinfuhr ist die Wolle; auch hiervon erzeugt Rußland heute schon ganz bedeutende Mengen — weitaus mehr als es für seine eigene Fabrikation nötig hat. Die weiten Steppen der Ukraine, die von Kosaken und Tataren bewohnten Ebenen des Ural und die grasigen Hügelländer des Kaukasus bieten er Vergrößerung der Schafzucht fast unbegrenzte Möglichkeiten. Gleiches gilt von dem Vieh, das alljährlich in ganzen Dampferladungen ausgeführt wird. Würde man im Süden Rußlands größere Gefrieranlagen gründen, so könnte dort auch der Handel in Häuten einen noch größeren Umfang annehmen als er ihn (unter Hinzurechnung der sibirischen Sendungen) schon heute besitzt.

Sowohl im Kaukasus als auch in Mittelasien besteht eine sehr gut entwickelte Kultur von Seidenraupen. Vieles wird an Ort und Stelle verarbeitet und zu sehr billigen Preisen auf den Markt gebracht (sogar seidene Teppiche, von denen der Geviertmeter bester Ware etwa 200 Mark kostet). Dagegen zeichnen sich die in Moskau angefertigten allerdings teureren Seidenstoffe durch ihre hervorragende Güte, die der, den berühmten Lyoner Waren in nichts nachsteht, aus. Und überall sind die klimatischen Verhältnisse der weiteren Entwicklung er Seidenraupenzucht günstig.

Eisenerze und Kupfer besitzt sowohl der Ural als auch die Kaukasischen Gebirge; ja, es ist gar kein Zweifel, daß auch noch an anderen Stellen große Läger von diesen sowie von anderen, auch Edelmetallen, zu finden sind. Natürlich stößt deren Ausbeutung manchmal auf große Schwierigkeiten, da es an genügenden Verkehrsmitteln und Wegen mangelt. Wer aber behauptet, daß man von den „russischen Bodenschätzen" mehr spricht als tatsächlich daran ist, der irrt sich. Daß sie vorhanden sind, beweist vor allem das große Interesse, das Amerika auf einmal für Rußland entwickelt; man lese die geradezu begeisterten Berichte, die „amerikanische Pioniere" während des Krieges über ihre Entdeckungsreisen im Innern Rußlands und Sibiriens veröffentlicht haben, und in denen sie verkünden, „daß Rußland auf 50 Jahre hinaus fast unerschöpfliche Schätze aller Art der Ausbeute darbiete". Daß diese Einnahmequellen aber nicht schon früher erschlossen wurden, hatte seinen Grund in erster Linie darin, daß bis ganz vor kurzem kein Engländer in Mittelasien oder an der Küste des Schwarzen Meeres die Erlaubnis zur Ausbeutung eines Montanunternehmens erhielt, ja, überhaupt auch keine Fabrik dort gründen durfte. Die amerikanischen Konsuln in Rußland wieder zeichneten sich stets durch eine geradezu rührende Unkenntnis der Verhältnisse des Landes, in welchem sie lebten, aus, und die Franzosen waren selten für Unternehmungen größeren Stils zu haben. Es gab wohl belgische Aktiengesellschaften, aber nicht viele, und die wenigen Deutschen, die dort montane oder industrielle Anlagen gründeten, betrieben dieselben entweder in keinem großen Maßstab, oder sie hüteten ihr Geheimnis selbst den eigenen Landsleuten gegenüber. — Sicher aber ist, daß auch heute noch große Schätze der Hebung harren.

So ganz und gar sind wir denn doch von England und Amerika nicht abhängig! Wäre sonst der Weltkrieg für sie nötig gewesen?

F. Str.

Fremdenblatt
10./IV. 1918

Eine Abordnung der Kaufmannschaft beim Ministerpräsidenten.

Im Beisein des Handelsministers Dr. Freiherrn von Wieser empfing gestern Ministerpräsident Dr. R. von Seidler eine unter Führung der Abgeordneten Doktor Waber, Kittinger und Dr. Schürff erschienene Abordnung der in den kaufmännischen Einkaufsgenossenschaften organisierten Kaufmannschaft, der angehörten: Landtags-Abgeordneter Gemeinderat Leitner, Gremialrat Schallaböck und Gremialrat Direktor Feldmann für Wien, Direktor Botschen (Mödling) für die niederösterreichische Provinz und Direktor Pirsch (Graz) für Steiermark.

Der Sprecher der Abordnung Landtags-Abgeordneter Gemeinderat Leitner bat den Ministerpräsidenten zu veranlassen, daß die Einkaufsgenossenschaften und ihre Mitglieder in der Kriegs- und Uebergangswirtschaft den ihnen zukommenden Anteil an der Warenverteilung vom Volksernährungsrate und den Zentralen zuerkannt erhalten.

Reichsrats-Abgeordneter Dr. Waber wies darauf hin, daß die deutschnationalen Abgeordneten Niederösterreichs in Ausführung des in der letzten Sitzung gefaßten Beschlusses beim Ministerpräsidenten erschienen seien, um gemeinsam mit den berufenen Vertretern der Kaufmannschaft den Mangel der gegenwärtigen Art der Warenverteilung zur Sprache zu bringen. Er betonte, daß die wesentlichsten Wünsche der Einkaufsgenossenschaften dahin gingen, sowohl hinsichtlich der Warenverteilung als auch hinsichtlich der Besteuerung auf eine Stufe mit den Konsumgenossenschaften gestellt zu werden. Die Kaufmannschaft wünsche ihren Eintritt in die Zentralen und trete für einen staatlich kontrollierten Handel ein, in dem alle schädlichen Zwischenglieder ausgeschaltet erscheinen. Dies sei bei der jetzigen Art der Organisation der Zentralen nicht der Fall, durch welche künstlich Zwischenglieder in die Warenverteilung eingeschaltet wurden, womit naturgemäß eine Verteuerung der Preise Hand in Hand ging. Am Schlusse seiner Ausführungen bat Dr. Waber den Ministerpräsidenten, die kaufmännischen Einkaufsgenossenschaften ehebaldigst zur Warenverteilung heranzuziehen, die im Wettbewerbe mit den Konsumvereinen beweisen würden, daß sie im Interesse der gesamten Bevölkerung ein lebenskräftiges Element bilden.

Gremialrat Direktor Feldmann hob die Unzulänglichkeit der Zentralen auf dem Gebiete der Preisgestaltung hervor.

Gremialrat Schallaböck wies darauf hin, daß durch die Wirtschaft der Zentralen viele Waren dem Verderben ausgeliefert werden und befaßte sich auch mit der Tätigkeit der Baumwollzentrale, die es dahin gebracht habe, daß der Kaufmann ohne Ware dastehe.

Ministerpräsident Dr. R. v. Seidler erklärte, daß die Kaufmannschaft in normalen Zeiten für die Bedürfnisse der verbrauchenden Bevölkerung in durchaus befriedigender Weise gesorgt habe, in ihr sei eine Summe von praktischen Erfahrungen aufgespeichert, so daß es sehr schwer sei, etwas besseres an ihre Stelle treten zu lassen. Im Kriege habe sich eine durchgreifende Veränderung der Verhältnisse ergeben und es dürfe sich niemand der Erkenntnis verschließen, daß in einem Aushungerungskriege wie dem jetzigen eine besondere Wirtschaftsorganisation geschaffen werden mußte, um der Warenknappheit soweit als tunlich zu begegnen und es zu verhindern, daß die besser situierten Stände sich infolge ihrer materiellen Mittel mit den nötigen Bedarfsgegenständen versorgen und die minderbemittelten Stände leer ausgingen.

Der Ministerpräsident anerkannte die Mängel des gegenwärtigen Systems und gab zu, daß man vielfach im Schleichhandel allerdings zu Phantasiepreisen Waren beschaffen könne, was darauf zurückzuführen sei, daß der Schleichhandel in seine Preiserstellung eine Risikoprämie mit in die Berechnung ziehe. Nichtsdestoweniger könne für eine plötzliche Umwandlung der gegenwärtigen Organisation niemand die Verantwortung übernehmen. Den legitimen Handel müsse man jedoch in das gesamte Bewirtschaftungssystem wieder einzuschalten trachten, denn es ginge nicht an, daß man einen für die gesamte Kultur so bedeutungsvollen Stand aufs Trockene setze. Es sei geradezu erstaunlich, wie der Kaufmannsstand es zuwege gebracht habe, trotz der weitgehenden Ausschaltung sich überhaupt zu erhalten. Es ist, schloß der Ministerpräsident, eine wichtige Frage für die Regierung, den Kaufmannsstand zu unterstützen, eine ebenso wichtige Frage ist die Versorgung der Bevölkerung und auch aus diesem Gesichtspunkte darf die Wiedereinführung der reellen Kaufmannschaft in die Warenverteilung nicht aus dem Auge gelassen werden.

Die Konferenz dauerte eineinhalb Stunden.

Die Zeit

Abendbl. 12./IV. 1918

192

(Bedarfsscheinpflicht und gesperrte Ware.) Amtlich wird verlautbart: Sowohl in Kreisen der Kaufmannschaft als auch im Publikum herrscht vielfach Unklarheit darüber, wie sich die „Bedarfsscheinfreiheit" zur „Freigabe gesperrter Ware" verhält. Durch verschiedene gesetzliche Bestimmungen sind Verkehrsbeschränkungen hinsichtlich der Baumwoll- und Leinenwaren geschaffen worden, deren Wirkung insbesondere darin besteht, daß diese Waren nicht veräußert werden dürfen. Diese Waren sind also „gesperrt" und dürfen auch nicht gegen Bedarfsbescheinigung veräußert werden. Solche gesperrte Ware kann nun durch die kompetente Behörde für gewisse Zwecke, zum Beispiel für den Detailhandel freigegeben, das heißt sie kann unter Einhaltung der sonstigen gesetzlichen Bestimmungen wieder in Verkehr gebracht werden. Handelt es sich um Ware, die nach den Bestimmungen der Bekleidungsverordnung bedarfsscheinpflichtig ist, so darf sie auch im Falle der Freigabe zum Verkauf an Selbstverbraucher nur gegen Bedarfsbescheinigung und an Personen oder Stellen, die die Ware nicht selbst verbrauchen, sondern sie gewerbsmäßig weiter veräußern oder verarbeiten, nur gegen schriftliche Fakturierung abgegeben werden. Ist die freigegebene Ware eine solche, die in der „Freiliste" aufgezählt ist, so kann sie ohneweiters veräußert werden.

Tägliche Rundschau
12./4. 1918.

12
193

* **Mangelhaft arbeitende Bezugsscheinstellen.** Die Reichsbekleidungsstelle hat in der Zeit vom 16. November 1917 bis zum 10. März 1918 die Bezugsscheinstellen in weiteren 159 Orten durch besondere Beamte überprüfen lassen. Das Ergebnis war, daß bei 59 Stellen die Geschäftsführung den Vorschriften entsprach, bei weiteren 10 Stellen waren nur geringe Mängel zu beanstanden, die auf mündlichen Hinweis beseitigt wurden. Dagegen mußten in 90 weiteren Bezugsscheinstellen wiederholt gerügte grobe Mängel wiederum festgestellt werden, woran ungenügende Einrichtung, Leitung und Beaufsichtigung die Schuld trugen. Mangel an Arbeitskräften ist, wie die Reichsbekleidungsstelle hierzu hervorhebt, kein Entschuldigungsgrund, ebensowenig behauptete Ueberlastung mit andren Dienstgeschäften. Die Reichsbekleidungsstelle erinnert daran, daß sie sich vorbehalten hat, Bezugsscheine von Kommunalverbänden, in denen grobe mangelhafte Handhabung der Bezugsscheinbestimmungen festgestellt worden ist, von der Belieferung in andere Kommunalverbände auszuschließen und nur auf den Einkauf in Bezirken des ausstellenden Kommunalverbandes zu beschränken. Auch wird sie solche Kommunalverbände, die die gerügten Mängel nicht unverzüglich abstellen, von der Zuteilung von Waren durch ihre Geschäftsabteilung ganz oder zum Teil ausschließen. Unter den festgestellten Mängeln ist hervorzuheben, daß bei nicht weniger als 49 Bezugsscheinstellen die Bekanntmachungen der Reichsbekleidungsstelle über Höchstmaße bei Bewilligung und Abgabe von Stoffen samt der Liste der Stoffhöchstmaße unbekannt war. Die Reichsbekleidungsstelle hat daher erneut an die den Bezugsscheinstellen vorgesetzten Behörden das dringende Ersuchen gerichtet, darauf zu sehen, daß solche Mängel in Zukunft nicht mehr unterlaufen, und die ihnen unterstehenden Bezugsscheinstellen daraufhin von Zeit zu Zeit nachzuprüfen.

Arbeiterzeitung

16./IV. 1918

194

Strafe für einen in Verlust gerateten Einkaufsschein. Ein Leser schreibt uns: „Unsere Familie besitzt einen blauen Einkaufsschein (für Mindestbemittelte), welcher leider in Verlust geraten ist. Ein Duplikat dafür erhielten wir gegen Beibringung einer Bestätigung der zuständigen Brotkommission, daß wir bisher noch nie ein derartiges Dokument verloren haben, sowie einer Bestätigung der Konsumvereinsfiliale, bei der wir rayoniert sind, über die bisher bezogenen Waren. Damit wir aber in Zukunft „besser auf solche Sachen achten lernen", wurden uns von dem neuen Einkaufsschein alle Fleischmarken abgetrennt, so daß wir bis September auf diese Weise amtlich vom Fleischgenuß „enthoben" sind." Soweit der Einsender. Da sich dieser fast unglaublich klingende Vorfall beim magistratischen Bezirksamt in Hietzing abspielte, wäre es gewiß nicht zu viel verlangt, erfahren zu dürfen, auf welches Gesetz dieses Amt die verfügte Maßregel stützt. Daß man jemanden, der einen Einkaufsschein verliert, mit dem Hungern bestraft, ist jedenfalls ganz neu und absolut nirgends begründet.

Tägliche Rundschau
17./4. 1918.

12

196

Uebergangswirtschaft und die Rohstoffrage nach dem Kriege.

Der Reichstagsausschuß für Handel und Gewerbe setzte seine Beratung der Uebergangswirtschaft am Donnerstag fort.

Der Ausschuß beschließt einstimmig, die Regierung um unverzügliche Vorlegung eines die Befugnisse des Bundesrats abgrenzenden Ermächtigungsgesetzes für die Uebergangswirtschaft zu ersuchen.

Es folgte die Beratung des Entwurfs einer Bundesratsverordnung über die Errichtung einer Reichsstelle für Textilwirtschaft und weiterer Reichsstellen für jedes einzelne Rohstoffgebiet.

Ein Regierungsvertreter führt aus, da zunächst die Einfuhr von Textilrohstoffen hinter dem Bedarf zurückbleiben werde, würde es zu Mißständen bei der Preisbildung und Verteilung führen, wenn man Handel und Industrie frei schalten lassen würde. Es würden sich dann einzelne Betriebe auf Kosten der stilliegenden Betriebe versorgen Wenn auch eine zentrale Organisation wegen der Unübersichtlichkeit der Mengen und des Bedarfs nicht möglich sei, so müsse doch eine gewisse Einheitlichkeit und Gleichmäßigkeit der Verteilung gesichert werden. Dem einzelnen soll die Beschaffung von Rohstoffen und Halbfabrikaten in bestimmtem Umfange gestattet sein, damit werde der Handel von selbst wieder eingeschaltet werden, denn wo der einzelne einkaufe, bleibe ihm überlassen, so daß wieder Bewegungsraum für Agenten und Makler geschaffen werde. Die Interessenten- und Fachausschüsse hätten die Verordnung im allgemeinen gebilligt.

Weitere Beratung: Dienstag.

Österr. Volkszeitung
23./IV. 1918

198

Kriegswirtschaftlicher Konsumentenausschuß.

Auf Grund von Anregungen des Zentralverbandes österreichischer Konsumvereine ist vom Generalkommissariat für Kriegs- und Uebergangswirtschaft im Einvernehmen mit dem Handelsministerium und dem Ernährungsamte ein konsumgenossenschaftlicher Wirtschaftsausschuß gegründet worden, der zum erstenmal eine reine Interessenvertretung der Konsumenten darstellt. Der Ausschuß, dem Vertreter aller Nationen angehören und der sowohl bürgerliche wie sozialdemokratische Konsumentenorganisationen umschließt, hat am 21. d. hier seine gründende Versammlung abgehalten. In den Ausschuß wurden auch Frauen berufen, eine Neuerung im Rahmen des Generalkommissariats.

Der Präsident des Ausschusses Abg. Doktor Renner wies in seiner Ansprache darauf hin, daß der Ausschuß zum erstenmal die zur Erkenntnis ihrer Interessen erwachten Konsumenten vereinigt, denen endlich auch von der staatlichen Verwaltung jene Bedeutung beigemessen wird, die früher nur den Produzenten zugebilligt wurde. Der Ausschuß ist keine Behörde, aber er hat halbamtlichen Charakter und ihm soll vor allem die Vertretung von Konsumenteninteressen allein überlassen bleiben.

Es wurde festgestellt, daß dem Ausschuß nur Reichsorganisationen, große Landesverbände oder Fachverbände angehören können, die reine Konsumentenorganisationen sind. Die Geschäftsstelle des Ausschusses wird vorderhand im Bureau des Zentralverbandes österreichischer Konsumvereine, II., Praterstraße 8, eingerichtet, Fernruf 40194 bis 40198; Sprechstunden vormittags.

Fremdenblatt
23./IV. 1918

1.99

Die Wirtschaftsfragen.

Eine Interessenvertretung der Konsumenten.

Auf Grund von Anregungen des Zentralverbandes österreichischer Konsumvereine ist vom Generalkommissariat für Kriegs- und Uebergangswirtschaft im Einvernehmen mit dem Handelsministerium und dem Amt für Volksernährung ein konsumgenossenschaftlicher Wirtschaftsausschuß gegründet worden, der zum ersten Male eine reine Interessenvertretung der Konsumenten darstellt. Der Ausschuß, dem Vertreter sämtlicher Nationalitäten angehören, und der sowohl bürgerliche wie proletarische Konsumentenorganisationen, Organisationen Selbständiger, Festangestellter und Arbeiter umschließt, hat Sonntag in der Handelskammer seine konstituierende Versammlung abgehalten, welcher die von den berufenen Verwaltungsstellen entsendeten Vertreter, Hofrat Schwiedland und Hofrat v. Gstettner, beiwohnten. In den Ausschuß wurden auch Frauen berufen.

Der Präsident des Ausschusses, Abg. Dr. Renner, wies darauf hin, daß der Ausschuß zum ersten Male die zur Erkenntnis ihrer Interessen erwachten Konsumenten vereinigt, denen endlich auch von der staatlichen Verwaltung jene Bedeutung beigemessen werde, die früher nur den Produzenten zugebilligt wurde. Der Ausschuß ist keine Behörde, aber er beruht auf Verordnung und hat halbamtlichen Charakter. Ihm soll vor allem die Vertretung von Konsumenteninteressen allein überlassen bleiben. Da die Konsumenten nicht ähnlich wie die Industriellen in Kriegsverbände zusammengeschlossen werden konnten, mußte vorderhand der Ausschuß ernannt werden.

Die Sachdemobilisierung wird ungeheure Materialien freigeben, deshalb soll dem Generalkommissariat und dem Kriegsministerium eine Denkschrift überreicht werden, die die Berücksichtigung der Konsumenten bei der Abgabe der freigewordenen Vorräte fordert.

Die Geschäftsstelle des Ausschusses wird vorderhand im Bureau des Zentralverbandes österreichischer Konsumvereine, 2. Bezirk, Praterstraße 8, eingerichtet. Telephon 40194—98. Sprechstunden vormittags.

Reichspost

24/IV. 1918

200

Die ungarische Grenzsperre.

Großer Warenfang. — Kämpfe mit Gendarmen. — Die entlarvte „Amtsperson".

Wiener-Neustadt, 23. April. (Privat.)

Durch Verschärfung der ungarischen Grenzsperre ist eine Neuordnung in Leben getreten, wodurch der Schmuggel von Ungarn nach Oesterreich möglichst verhütet werden soll. Gegenwärtig wird von der durch Landsturmmänner und sogar weibliche Angestellte verstärkten Grenzpolizei jedes Päckchen und jede Tasche eines Reisenden untersucht, um so dem bis ins Unendliche gehenden Schmuggel, der insbesondere von Kettenhändlern und Preistreibern betrieben wird, ein Ziel zu setzen. Daß es bei den Visitationen wiederholt zu stürmischen Szenen, ja sogar oft zu ernsten Zusammenstößen zwischen den Schmugglern und den Grenzpolizisten kommt, ist klar. So wurde letzten Sonntag im Rosaliengebirge, der sogenannten „Schmugglerkarawanenstraße", von Grenzpolizisten eine ausgiebige Razzia abgehalten, bei welcher es zu einem Zusammenstoß der Gendarmen und Landsturmsoldaten mit Schmugglern kam. Es gelang den Gendarmen, nicht weniger als 140 österreichische Schmuggler abzufangen, die auf diesem Schleichwege Lebensmittel in großen Mengen nach Oesterreich verschleppen wollten. Die Lebensmittel wurden den Schmugglern abgenommen und nach Mattersdorf gebracht. Ein Gendarm erlitt beim Kampfe mit den Schmugglern eine schwere Verletzung und mußte nach Oedenburg ins Spital gebracht werden.

Auch an heiteren Szenen fehlt es hie und da nicht. So stieg Sonntag auf der Eisenbahnlinie Oedenburg—Wiener-Neustadt ein Mann mit einem unbekannten Abzeichen im Knopfloch in den Zug und nahm mit überaus gestrenger Amtsmiene eine Revision aller Waggons vor, wobei er mehreren Frauen bedeutende Buttervorräte konfiszierte. In Wiener-Neustadt, wo die vermeintliche Amtsperson den Zug verließ, versuchte er mit der „beschlagnahmten Ware" das Weite zu suchen. Die Frauen jedoch, welche ihn beobachteten, sahen nunmehr, daß sie es mit keinem Amtsorgan, sondern mit einem raffinierten Gauner zu tun hatten, der sie um die Buttermenge geprellt hat. Sie fielen über die „Amtsperson" her, verprügelten dieselbe fürchterlich und entrissen ihn die gesamte Butter.

Arbeiterzeitung
28/IV. 1918

Koalitionsrecht und Arbeitskammern.

Als am Anfang des Krieges die Begeisterung noch groß war, haben die Regierungen aller kriegführenden Länder den Arbeitern die allerschönsten Versprechungen gemacht. Jetzt sei die Zeit, da der Arbeiter als ein Bürger minderen Rechtes behandelt worden war, für immer vorbei; mit voller politischer Gleichberechtigung und großzügiger Sozialpolitik werde das dankbare Vaterland die Opfer lohnen, die das arbeitende Volk ihm gebracht. Aus der verheißenen „Neuorientierung" der inneren Politik ist nirgends viel geworden. Aber in anderen Ländern suchen die Regierungen wenigstens das Gesicht zu wahren, wenigstens den Schein, als wollten sie ein Teilchen ihrer Versprechungen halten, zu erwecken. In Oesterreich hält man auch das nicht für notwendig.

Dem deutschen Reichstag sind jetzt zwei Gesetzentwürfe vorgelegt worden, die einen Teil der sozialpolitischen „Neuorientierung" darstellen sollen. Es sind nicht eben große Reformen, die da vorgeschlagen werden. Aber uns armen Oesterreichern könnten selbst sie beinahe noch groß erscheinen, wenn wir uns erinnern, wie es hierzulande mit dem Fortschritt der Sozialpolitik aussieht.

Durch das erste der beiden Gesetze soll der § 153 der deutschen Gewerbeordnung aufgehoben werden. Dieser Paragraph bedroht mit Gefängnis bis zu drei Jahren denjenigen, „der andere durch Anwendung körperlichen Zwanges, durch Drohungen, durch Ehrverletzungen oder durch Verrufserklärungen bestimmt oder zu bestimmen versucht, an Verabredungen zum Zweck der Erlangung günstigerer Lohn- und Arbeitsverhältnisse teilzunehmen oder ihnen Folge zu leisten, oder andere durch gleiche Mittel hindert oder zu hindern versucht, von solchen Verabredungen zurückzutreten". Der Paragraph entspricht also ungefähr dem § 3 unseres Koalitionsgesetzes. Die Arbeiterschaft hat diesen Paragraphen bekämpft, weil er ein Ausnahmegesetz gegen die Arbeiterschaft darstellt. Wer einen anständigen Menschen beleidigt, kann nur dann bestraft werden, wenn der Beleidigte selbst klagt, und er wird zu einer Geldstrafe, wenn es hoch geht, zu ein paar Tagen Arrest verurteilt. Wer aber einen Streikbrecher beleidigt, der wird mit Gefängnis bis zu drei Monaten nach dem österreichischen, bis zu drei Jahren nach dem deutschen Gesetz bestraft, und die Anklage wird nicht von dem gekränkten Ehrenmann, der seinen Arbeitsbrüdern in den Rücken gefallen ist, sondern vom Staatsanwalt erhoben. Die Arbeiterschaft hat die Aufhebung des § 153 verlangt; wird er aufgehoben, dann genießt der Streikbrecher keinen anderen Schutz mehr als andere Staatsbürger. Wird er beleidigt, so kann er klagen und der Beleidiger wird dann eben wegen Ehrenbeleidigung verurteilt werden, ganz so, wie wenn er einen anderen Staatsbürger beleidigt hätte. Dieser Forderung der Arbeiterschaft entspricht jetzt die deutsche Reichsregierung; sie schlägt dem Reichstag die Aufhebung des § 153 vor. Das ist sicherlich keine große Tat; aber es ist immerhin etwas. Ist es doch nicht so lange her, daß die deutsche Reichsregierung das Ausnahmsgesetz des § 153 durch die berüchtigte Zuchthausvorlage noch sehr wesentlich verschärfen wollte! Also immerhin ein Stückchen Neuorientierung. Und bei uns? Wie denkt die hohe k. k. Regierung über die Aufhebung des § 3 unseres Koalitionsgesetzes?

Die deutsche Regierung hat dem Reichstag noch ein zweites Gesetz vorgelegt, durch das Arbeitskammern errichtet werden sollen. Die Notwendigkeit besonderer Selbstverwaltungskörper der Arbeiterschaft hat sich längst schon überall gezeigt; die Gewerkschaften haben darum überall die Errichtung obligatorischer Arbeiterausschüsse in den einzelnen Betrieben und die Errichtung von Arbeiterkammern in jedem Bezirk gewünscht. Dazu hat sich die deutsche Regierung bisher nicht entschließen können. Statt Arbeiterkammern, die wirkliche Selbstverwaltungskörper der Arbeiterschaft wären, will sie Arbeitskammern schaffen, die paritätisch aus Unternehmer- und Arbeitervertretern zusammengesetzt werden sollen. Dabei sollen diese Arbeitskammern nicht, wie die Gewerkschaften es wünschten, territorial, für die einzelnen Gebiete, sondern sachlich, für die einzelnen Berufe gegliedert sein und es sollen für Angestellte, Betriebsbeamte und Werkmeister besondere Kammern geschaffen werden, damit sie von den übrigen Arbeitern recht reinlich geschieden bleiben. Besonders imposant ist also die „Neuorientierung", die sich in diesem Gesetzentwurf darstellt, eben nicht. Aber so wenig es ist, es ist eben doch etwas. Bei uns redet man auch schon sehr lang von Arbeiterkammern; aber hier bleibt es eben beim Reden.

Wir haben seit einiger Zeit ein Ministerium für soziale Fürsorge. Wo sind die Vorlagen, die Gesetzentwürfe dieses Ministeriums? Wo die Verordnungen, die es im Bereich seiner Zuständigkeit selbst erlassen kann? Wir möchten gern einmal auch etwas von österreichischer Neuorientierung sehen!

Neues Wiener Tagblatt
29./IV. 1918

206

Die Richtpreise für Industrieartikel in Ungarn.

Vorschläge des Landesvereines ungarischer Fabriksindustrieller.

Budapest, 27. April. Der Landesverein ungarischer Fabriksindustrieller hat bezüglich der Richtpreise für Industrieartikel eine Eingabe an den Handelsminister gerichtet worin auf die Schwierigkeiten einer neuerlichen Festsetzung der Preise hingewiesen wird.

Sodann werden bezüglich der Richtpreise konkrete Vorschläge gemacht, und zwar für Stab- und Fassoneisen, Schienen, Eisentraversen 67 K., Reifeisen 72 K., gewalztes Reifeisen und Rohblech 72 K., Feinblech 88 bis 92 K. Weiter werden Richtpreise für verschiedene landwirtschaftliche Maschinen vorgeschlagen: Pflugscharen je nach verschiedenem Gewicht von 192 bis 348 K., Eggen von 160 bis 334 K. Für erstklassige gewöhnliche massive Mauerziegel wird pro 1000 Stück der Richtpreis von 190 K. und für gefalzte Dachziegel pro 1000 Stück der Preis von 500 K. vorgeschlagen. Bezüglich des Bieres werden folgende Preise in Vorschlag gebracht: Konsumbier pro Hektoliter 130 K., Spezialbiere 140 K., Nährbier 150 K. und für Flaschenbier für 0·45 Liter, und zwar Konsumbier 1 K. 10 H., Spezialbier 1 K. 2 H., und Nährbier 1 K. 45 H. Alle diese Preise sind wesentlich niedriger als die gegenwärtigen.

29./IV. 1918

207

Eine industrielle Tagung.

Wien, 22. April.

Der Reichsverband der österreichischen Industrie hat für Samstag eine Generalversammlung einberufen, die im Saale des Hauses der Industrie stattfand. Der Vorsitzende, Präsident Sektionschef Dr. Brosche begrüßte die Erschienenen und teilte mit, daß die Leitung des Reichsverbandes von der Erstattung eines Rechenschaftsberichtes über die bisherige zweimonatige Tätigkeit des Reichsverbandes abgesehen habe und den Mitgliedern in nächster Zeit ein gedruckter Bericht zugehen werde. Die vom Rechtsanwalte des Reichsverbandes Herrn Dr. Schopp beantragten und begründeten Statutenänderungen wurden angenommen und bei den hierauf vorgenommenen Wahlen in den Vorstand Hofrat Dr. Fritz Carus, Dr. Heinrich Frieß und Dr. Georg Zetter gewählt; in den leitenden Ausschuß wurden berufen die Herren: Artur Bittner, Leopold Brunner, Karl Clauser, Karl Comploj, Alois Czermak, Max Duschnitz, Adolf Eduard Egger, Ernst Egger, Dr. Richard Faber, Josef Fischl, Max Fränkel, Egon Frisch, Fritz Gerhardus, Hugo Goldschmid, Walter Heckmann, Gustav Heller, Franz Hvizdalek, Oskar Freiherr v. Klinger, Theodor Freiherr v. Liebieg, Ludwig Lohner, Hugo Marcus, Ludwig Moschner, Josef Max Mühlig, Ludwig v. Neurath, Wilhelm Ofenheim Ritter v. Montenuovo, Josef Oplatek, Alois Reich, Dr. Richard Reisch, Friedrich Reitlinger, Markus Rotter, Max Samassa, Berthold Schick, Hugo Schwarz, Viktor Siedek, Emil Siegl, Karl Freiherr v. Skoda, Emanuel Spitz, Felix Stransky, Dr. Siegmund Stransky, Oskar Trebitsch, Rudolf Wessely und Dr. Richard Winter.

Fragen der Uebergangswirtschaft.

Ueber eine Anfrage des Referenten der Sektion Steiermark des Reichsverbandes, Herrn Dr. Weidenhoffer, welche Maßnahmen hinsichtlich der Schiffsraumfrage für den Zeitpunkt des Friedensschlusses getroffen worden seien, erläuterte Vorstandsmitglied kaiserlicher Rat Dr. Johann Auspitzer die diesbezüglichen Verhältnisse. Die Monarchie verfüge gegenwärtig über einen eigenen Schiffsraum von 600.000 Bruttoregistertonnen, was einer Ladefähigkeit von 900.000 Tonnen entspricht. Der Import zur See betrug im Jahre 1913 dreieinhalb Millionen Tonnen. Da ein Schiff mindestens durchschnittlich im Jahre vier Reisen mache, so könne wohl der Schiffsraumbedarf als gedeckt angenommen werden. Auch die Valutafrage habe viel von ihrem gefährlichen Charakter verloren, denn wir konnten beobachten, daß, so wie die Friedensaussichten näherrückten, stets eine sprungkatze Steigerung unserer Währung auf den ausländischen Märkten eingetreten sei; das schwerigste Problem der Uebergangswirtschaft verbleibe unter solchen Umständen die Rohstoffbeschaffung deshalb, weil in allen Ländern ein wesentlicher Rückgang der Rohstoffproduktion eingetreten sei und die etwa vorhandenen Vorräte von der Entente aufgekauft worden sind.

In temperamentvoller Weise besprach Herr Emil Blum, Lederfabrikant in Wien, die Frage der zentralen Bewirtschaftung nach dem Kriege, wies darauf hin, daß Bevölkerung, Handel und Industrie den Druck der zentralen Bewirtschaftung gegenwärtig als eine Kriegsnotwendigkeit ertragen, daß aber mit aller Entschiedenheit nach Beendigung des Krieges die zentrale Bewirtschaftung beseitigt werden müsse. Auch nicht für die Uebergangszeit dürfen die Zentralen aufrechterhalten werden, denn wir wissen, wie lange in Oesterreich Uebergänge und Provisorien dauern. Durch die zentrale Bewirtschaftung seien wir auch in eine Abhängigkeit von anderen Ländern geraten, die der österreichischen Volkswirtschaft den größten Schaden bereite. Redner fordert den Reichsverband auf, mit aller Energie und bei jeder Gelegenheit für die Aufhebung der Zentralen nach Beendigung des Krieges einzutreten.

Der Vorsitzende, Präsident Sektionschef Dr. Brosche, konstatiert, daß der stürmische Beifall, den Redner gefunden habe, die Zustimmung der Versammlung zu dessen Anschauungen und Anregung dartue.

Auf Antrag des Kommerzialrats Koffmahn wurde beschlossen, den Vorstand aufzufordern, auf Grund der bisherigen Erfahrungen das jährliche finanzielle Erfordernis des Reichsverbandes festzustellen und der nächstjährigen Generalversammlung eine dem Erfordernis entsprechende Erhöhung der Mitgliedsbeiträge in Antrag zu bringen.

Herr Richard v. Schoeller gibt unter lebhafter Zustimmung der Versammlung eine Anregung, daß durch die einmalige Widmung einer großen Summe seitens der Industrie ein Fonds geschaffen werde, der dazu bestimmt wäre, den Reichsverband in die Lage zu versetzen, stets auch für außergewöhnliche Erfordernisse über die entsprechenden Mittel zu verfügen. Von den in der Versammlung Anwesenden wurden bereits namhafte Beträge für diesen Fonds gezeichnet.

* * *

Der Generalversammlung ging eine Sitzung des großen Ausschusses des Reichsverbandes voraus, welchem sämtliche Mitglieder des leitenden Ausschusses und die Obmänner aller Orts- und Fachverbände des Reichsverbandes angehören. Der Vorsitzende, Präsident Sektionschef Dr. Brosche, erstattete den Bericht über die bisherige Tätigkeit des Reichsverbandes, insbesondere über die Beratungen des leitenden Ausschusses.

Vorstandsmitglied kaiserlicher Rat Dr. Johann Auspitzer gab einen Ueberblick über den gegenwärtigen Stand der Organisation des Reichsverbandes, teilte mit, daß sämtliche Ortsverbände mit Ausnahme der im Kriegsgebiet liegenden dem Reichsverbande beigetreten seien und auch die Fachverbände nach der heutigen Generalversammlung, ihren Anschluß vollziehen werden.

Die Steuervorlagen.

Dr. Heinrich Frieß berichtet über die Regierungsvorlage betreffend die Erhöhung der Erwerbsteuerhauptsumme und über die vom Abgeordnetenhause beschlossene Aenderung der Rentensteuer und Kriegszuschläge zur Erwerbsteuer der Aktiengesellschaften und betont, daß die Industrie keineswegs gegen die Erhöhung der Steuerlasten Einspruch erhebe, wohl aber dagegen Stellung nehme, daß bei der staatlichen Budgetierung nur auf die Einnahmen und nicht auch auf die Ausgabenseite Bedacht genommen und zur Steuerleistung immer nur die Industrie herangezogen werde. Bezüglich der Erhöhung der Erwerbsteuerhauptsumme müsse konstatiert werden, daß die prozentuale Erhöhung eine viel größere sein als bei der Grundsteuer; dasselbe gelte für die Kriegszuschläge. Man dürfe nicht übersehen, daß für die Jahre 1918 und 1919 eine absteigende industrielle Kultur zu erwarten sei. Trotzdem sei die Industrie bereit, eine mäßige Erhöhung der Erwerbsteuerhauptsumme auf sich zu nehmen, weil damit der Exkontingentierung ein Ende gemacht werde, welche eine reine Willkür bedeutet habe. Bezüglich der Rentensteuer, beziehungsweise Kontokorrentsteuer wurde eine Denkschrift seitens des Reichsverbandes an die Steuerkommission des Herrenhauses gerichtet, in welcher die schweren Bedenken gegen die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses dargelegt wurden. Diese Bedenken bestehen vor allem darin, daß dasselbe Einkommen einer dreifachen Besteuerung unterzogen wird, daß die Passivzinsen nicht abgezogen werden können und daß die Differenzierung zwischen den Bank- und Sparkassezinsen das Kapital von den Banken zu den Sparkassen lenke, das heißt also, dem industriellen Kredit entziehe und dem landwirtschaftlichen Kredit zuführe. Auch gegen die abnorme Höhe der Kriegszuschläge zur Steuer der Aktiengesellschaften sei Stellung genommen und eine mäßige Steuerskala in Vorschlag gebracht worden.

Baron Eugen Kubinzky teilte die Wünsche des Prager kaufmännischen Vereines hinsichtlich der Erwerbsteuer mit. Sie beziehen sich darauf, daß eine Reduktion der Zuschläge der autonomen Körperschaften auf die Steuern eintrete, weil diese Mehreinkünfte die Gemeinden und sonstigen zuschlagsberechtigten Körperschaften nur zum Verwüsten des Geldes veranlassen, sowie darauf, daß eine Nachzahlung der Steuer nicht Platz greifen soll, wenn der Zensit in dem Jahre, in welchem die Steuer vorgeschrieben wurde, kein abzugsfähiges Einkommen besitze.

Dr. Emil Friedmann, Referent der Sektion Brünn, stellt den Antrag, daß die autonomen Körperschaften im Wege der Aufsichtsbehörden zu einer Ermäßigung der Zuschläge auf die Erwerbsteuer veranlaßt werden und daß im Falle einer nachträglichen Vorschreibung der Erwerbsteuer eine Reassumierung der Personaleinkommen- und Kriegssteuervorschreibungen erfolge.

Referent Dr. Frieß pflichtet diesen Anschauungen bei und empfiehlt, wegen der Reduktion der autonomen Zuschläge zur Erwerbsteuer beim Finanzministerium und Ministerium des Innern Schritte zu unternehmen. Er teilte auch die Anschauung, daß die Erwerbsteuer nicht in dem Jahre, in welchem sie bezahlt, sondern in dem Jahre, für welches sie bezahlt werde, abzuziehen sei und daß daher die Bemessungen der Einkommen- und Kriegssteuer für die vergangenen Jahre reassumiert werden müssen, was um so leichter sei, als diese Steuern zuschlagsfrei seien.

Alfred Löw-Beer teilt mit, daß manche Steuerbehörden den Abzug der nachträglich vorgeschriebenen Erwerbsteuer auch nicht einmal für das Jahr, in welchem sie bezahlt wurde, passiert haben.

Referent Dr. Frieß hält dafür, daß in einem solchen Falle der Zensit die Reassumierung der Personalsteuervorschreibungen verlangen, und wenn auch diesem Ansuchen nicht Rechnung getragen werde, an den Verwaltungsgerichtshof gehen müsse.

Vorstandsmitglied Kommerzialrat Fritz Hamburger teilt mit, daß seitens des Reichsverbandes bezüglich des Arbeitspflichtgesetzes eine Eingabe an die Regierung gerichtet wurde und bezüglich der §§ 1154 b und 1155 A. B. G. B. den Kommissionen des Abgeordneten- und Herrenhauses die bisherigen Erfahrungen über die Wirkungen der genannten Gesetzesbestimmungen zur Kenntnis gebracht wurden.

Die Zeit
30./IV. 1918

209

(Neue Bedarfsprüfungsstelle für den Bezirk Leopoldstadt.) Das Volksbekleidungsamt, dessen Bedarfsprüfungsstelle für den 2. Bezirk bisher in den Räumlichkeiten der dortigen Gemeindebezirkskanzlei in der Karmelitergasse untergebracht war, hat sich durch den Umstand, daß mit diesen Räumlichkeiten infolge des immer stärker werdenden Parteienverkehrs nicht mehr das Auslangen gefunden werden kann, genötigt gesehen, diese Bedarfsprüfungsstelle zu verlegen und gleichzeitig eine zweite Bedarfsprüfungsstelle für den 2. Bezirk zu errichten. Die beiden Bedarfsprüfungsstellen werden die Bezeichnung 2/1 und 2/2 tragen und am 2. Mai ihre Tätigkeit aufnehmen. Sie haben ihren Sitz im Hause Josefinengasse Nr. 2 und Franzensbrückenstraße Nr. 8.

Neue Freie Presse

7./V. 1918

2m

Der Handelsminister über die Zentralen und für den freien Handel.

Wien, 6. Mai.

Unter Führung des Präsidenten Georg Grün begab sich heute eine Abordnung des Vorstandes des Reichsverbandes der Händler mit Zement, Kalk und Gips, bestehend aus den Herren Rosenfeld, Slama und Kandler zum Handelsminister Baron Wieser. Präsident Grün führte aus, daß der enge Spielraum, der durch die Verordnung vom 22. Dezember 1917 dem Handel mit Zement geblieben ist, durch den Wirtschaftsverband der Zementindustrie immer mehr eingeschränkt worden sei. Es dauere oft Wochen, bis die Zuweisung erfolgt und Monate, bis es gelinge, das bestellte Quantum Zement zu erhalten. Dies wird in Hinkunft auch zur Folge haben, daß die Wohnungsnot, die so schon in Besorgnis erregender Weise zur Geißel der Bevölkerung wird, an Ausdehnung noch zunimmt. Man müsse den Handel mit allen Mitteln unterstützen, sonst würde durch die unglückselige Zentralenwirtschaft die Möglichkeit eines Neubaues überhaupt ausgeschlossen und es so zu den allergrößlichsten volkswirtschaftlichen Zuständen kommen. Herr Grün wies auch darauf hin, daß ein ausgedehnter Schleichhandel mit Zement aus Russisch-Polen betrieben werde, der valutarische Nachteile enthalte, da dieser Zement zu enormen Preisen in Markwährung bezahlt wird. Herr Slama hob hervor, daß der legitime Handel Zement nicht nur in großer Menge, in Friedenszeiten zirka mit 60 Prozent, in den Verkehr gebracht hat, sondern auch eine bedeutende volkswirtschaftliche Aufgabe erfüllt, dadurch, daß er dieses wichtige Fabrikat bis in die kleinsten Absatzkanäle leitet und zu Verwendungen führt, die aus sanitären und hygienischen Gründen nur lebhaft begrüßt werden können. Dieses Ableiten des Zements bis in die verzweigtesten Bedarfsstellen kann nicht von den Zementfabriken in wünschenswerter Weise erfolgen, sondern nur von dem legitimen Handel, dessen Verzweigung bis zu den letzten Bedarfsstellen den wünschenswerten Absatz ermöglicht und sichern kann.

Seitens seiner Mitglieder kämen auch dem Reichsverband Klagen zu, daß landwirtschaftliche Einkaufsorganisationen Zement direkt und mehr, als sie benötigen, ansprechen und denselben auch erhalten. Dieser Uebelstand ist nur dadurch möglich, daß eine tiefer greifende Kontrolle fehlt. Erhalten die landwirtschaftlichen Organisationen nur den effektiven Bedarf, so könne am besten verhindert werden, daß ein illegitimer Zementhandel sich unter dem Deckmantel der Versorgung der Landwirtschaft festsetzen könne.

Der Minister erwiderte in eingehender Weise, indem er auf die große Bedeutung des Handels hinwies. Er führte aus, daß man unbedingt nach dem Kriege die Zentralen beseitigen und wieder zum freien Handel zurückkehren müsse. Der Krieg habe gezeigt, daß man ohne freien Handel das Auskommen nicht finden kann. Der Minister sei sich bewußt, daß bei den vielfachen volkswirtschaftlichen Störungen, den zahlreichen Reibungen und Beschwerden, die es gebe, es gerade der Handel sei, welcher stets am stiefmütterlichsten behandelt werde und am schlechtesten abschneide. Zum Schlusse versprach der Minister alles zu tun, um den freien Zementhandel nach jeder Richtung in seinen Bestrebungen zu unterstützen. Eine Ausschaltung des Handels werde gewiß nicht geduldet werden.

Fremdenblatt
17. IV. 1918

Die Ausgestaltung der Wiener Technik.

Eine Millionenwidmung der Industrie.

Die seit Jahren von dem Professorenkollegium und der Studentenschaft dringend geforderte Ausgestaltung der Wiener technischen Hochschule geht der Verwirklichung entgegen. Mit Unterstützung der Gemeinde Wien und österr. Industrieller wurden der Baugrund erworben und ein Teil des erforderlichen Kapitals aufgebracht. Die freiwilligen Zuwendungen der Industriellen ergaben die Summe von zwei Millionen Kronen, sie sind eine ansehnliche Beisteuer für die Errichtung der Laboratorien. Der Fonds führt die Bezeichnung „Kaiser Karl-Widmung". Die neue Technik wird auf Gründen nächst dem Landstraßer Gürtel und der Aspangbahn erbaut werden.

Nach dem uns über die Angelegenheit vorgelegten Bericht, hat die Regierung die dringend gewordene Ausgestaltung der Wiener technischen Hochschule in Angriff zu nehmen und den für die neu zu errichtenden Institute erforderlichen Baugrund zu sichern sich entschlossen. Dieser Baugrund befindet sich im Gemeindegebiete von Mauer und bildet einen Teil des kaiserlichen Tiergartens; er wurde insbesondere aus Sparsamkeitsrücksichten erworben, hat jedoch infolge der großen Entfernung vom Stadtinnern große Nachteile für die Studenten und Lehrer. Im Auftrage des Bürgermeisters wurde späterhin ein besser gelegener Bauplatz im dritten Bezirke zwischen dem Landstraßer Gürtel und der Aspangbahn einerseits, der Verbindungsbahn und der verlängerten Landstraßer-Hauptstraße andererseits ermittelt. Dieser Grund ist viel teurer als der in Mauer und die Staatsverwaltung wollte über die projektierte Kostensumme nicht hinausgehen. Dank der Bemühungen des Bürgermeisters wurde jedoch nicht nur ein günstiges Preisanbot für die Gründe erzielt, sondern es hatte auch eine Aktion bei den österreichischen Industriellen, durch freiwillige Spenden eine Beisteuer zur Ausgestaltung der ihrem Interesse dienenden Hochschule zu leisten, vollen Erfolg.

Insgesamt wurde ein Fonds von rund zwei Millionen Kronen aufgebracht, der die Bezeichnung „Kaiser Karl-Widmung der Industriellen Oesterreichs für die Errichtung von Laboratorien an der Wiener technischen Hochschule" führt. Außerdem hat die Gemeindevertretung sich bereit erklärt, städtische Gründe in der Nähe des neuen Bauplatzes für Zwecke des Hochschulbaues zu widmen. Alle diese Förderungen erfolgten im Hinblick auf das große Interesse, das die Gemeinde an dem Gedeihen der technischen Hochschule pflichtgemäß nehmen muß. Auf dem von der Regierung angekauften Tiergartengrunde in Mauer soll die tierärztliche Hochschule errichtet werden.

In der Stadtratssitzung stellte gestern Stadtrat Schmidt folgende einstimmig angenommenen Anträge: Der Gemeinderat nimmt mit Befriedigung zur Kenntnis, daß es den Bemühungen des Bürgermeisters gelungen ist, die Errichtung der von der Staatsverwaltung geplanten Laboratorien für die technische Hochschule an einem im Stadtinnern liegenden Platze im 3. Bezirke zu ermöglichen, sowie daß die Stadtverwaltung bereit ist, diese Bauten innerhalb zweier Jahre nach Eintritt des Friedenszustandes zu beginnen und baldigst zu Ende zu führen. Der Gemeinderat begrüßt dankbar die Widmung einer Spende von über 2 Millionen Kronen durch österreichische Industrielle und das Entgegenkommen der Kreditanstalt für Handel und Gewerbe bei den Verhandlungen zur Erwerbung des erforderlichen Baugrundes, wodurch die für die Stadt Wien so wichtige Aktion wesentlich gefördert wurde. Die Gemeinde Wien widmet unentgeltlich ihre innerhalb des neuen Hochschulblockes liegenden Bau- und Straßengründe im Gesamtausmaße von rund 22.800 Quadratmeter.

Vossische Zeitung
19/II 1918
19
215

Betrieb.

Von
Karl Scheffler.

Ein bekannter Berliner Großkaufmann soll auf den Vorwurf, es sei nicht recht, daß er auch Sonntags in seinem Kontor säße, anstatt die Kirche zu besuchen, geantwortet haben, das Geschäft sei seine Kirche. Er hat damit sicher vielen aus der Seele gesprochen. Denn allgemein ist in den letzten Jahrzehnten die Berufsarbeit betrieben worden, als sei sie Schicksal, es ist mit Fanatismus gearbeitet worden, mit einer inbrünstigen Hingabe. Die Arbeit, im Altertum verachtet und von den folgenden Jahrhunderten nur als das Mittel zu höheren geistigen Zwecken betrachtet, ist in unserer Epoche sich selber Zweck geworden. Niemals ist so viel, so unermüdlich, so intensiv gearbeitet worden. Die Folge war der ungeheure „wirtschaftliche Aufschwung", dem wir unsere Wirtschaftsmacht verdanken, die Möglichkeit, diesen Krieg zu führen und — diesen Krieg selbst. Wir haben so gearbeitet, haben, im Wettbewerb mit den anderen Völkern, so lange überproduziert, bis diese furchtbare Selbstentzündung der zu dicht gelagerten Wirtschaftsmassen stattfand. Aber darüber wollen wir jetzt nicht sprechen. Wenn der Arbeitsfanatismus eine Sünde gewesen ist, so müssen die Menschen sie jetzt mit Blut und Tränen bitter genug bezahlen.

Als aber die profane Arbeit sich selber Zweck wurde, konnte es nicht ausbleiben, daß auch die Arbeitsmittel eine andere Bedeutung gewannen als vorher. Sie verloren ihre dienende Rolle und wurden zu Tyrannen derer, die sie schufen und benutzen. Tote Dinge wurden zu lebendigen Gewalten: auch die Arbeitsmittel wurden sich selber Zweck. Um die außerordentlich verwickelte Arbeit zu leisten, mußte der moderne Mensch sie bis zum letzten teilen und spezialisieren, mußte er sie künstlich organisieren und für sie alte und neue Verkehrsmittel raffiniert ausbauen. Das gelang ihm aufs beste. Während es aber gelang, berauschte sich der Mensch am Arbeitsmittel, und es schien, als arbeite er nur, ja, er arbeitete in der Tat oft nur, um die Arbeit noch mehr teilen und spezialisieren, um nur irgendwie organisieren zu können. Das Verkehrsmittel wurde dem modernen Menschen ein Gegenstand des Stolzes, um es benutzen zu können tat er manches, was zu tun er sonst keine innere und äußere Veranlassung gehabt hätte. Das Telephon, zuerst nur ein Hilfsmittel, wurde gewissermaßen zu einem Wahrzeichen fortgeschrittener Lebensgesinnung, und damit zu einem lebendigen Ding, das in geheimnisvoller Weise die Geschäfte vermehrte, das ein zweites, ein drittes Telephon herbeizwang und das Tempo der Arbeit immer schneller werden ließ. In unserm ganzen Leben war es bald, wie im großstädtischen Etagenhaus. Dort sind Wasserleitungen und Wasserspülklosetts eingeführt worden, weil in den übervölkerten Kasernen sonst Seuchen unvermeidlich gewesen wären. In der Folge aber ist die — leider — notwendige Neuerung als Kulturfortschritt gepriesen worden; es wurde bald Ehrensache, eine Wohnung mit Wasserleitung und Wasserspülklosett zu haben und die gesunde, „altmodische" Einzimmerwohnung wurde gern dafür aufgegeben. In dieser Weise wurde überall das Notmittel zum Symbol des Fortschritts — Telephon, Eisenbahn und Untergrundbahn, elektrische Klingel und Automobil, Turbine, Ozeandampfer und fünfmalige Postbestellung am Tage. Und in dieser Symbolik lebend, glaubten die Menschen, ihr Dasein auf eine höhere Stufe gehoben. Wenn der Geschäftsmann des Abends mit fliegender Hast die letzte Post in dem Auto unterschrieb, das ihn zu einer Aufführung der Neunten Sinfonie brachte, kam er sich genial vor. Die Unrast wurde ihm zum Hochgenuß, das nervöse Tempo entflammte ihn. Jedermann hatte mehr oder weniger an dieser Empfindung teil, und jedermann wurde darum ergriffen vom Geiste einer im Grunde recht kindlichen Großmannssucht. Das Mittel wurde wichtiger als der Zweck, und die Folge war, daß Arbeit und Leben immer mehr Züge des Albernen annahmen. Diese Freude am Klappern der Maschine war so allgemein, daß sie zu einem Merkmal der Unkultur überhaupt wurde; alle Berufe, die geistigen und ungeistigen, die künstlerischen und merkantilen, die produzierenden und organisierenden standen im Zeichen des „Betriebs".

Im Kriege nun ist die Arbeit an vielen Stellen lahm gelegt worden, und an andern Stellen hat sie neue Ziele und Methoden suchen müssen. Dem Arbeitsfanatismus ist auch ein einziger großer Zweck plötzlich gegeben worden. Um so mehr muß es auffallen, daß sich die Lust am Betrieb nicht gelegt hat. Auch jetzt noch, nach vier Jahren Krieg, berauschen sich unendlich viele am Gebrauch der Arbeitsmittel. Und man weiß nicht: ist das ein Nachklang, oder zeigt sich darin die Ungeduld, das alte Spiel von neuem zu beginnen und die Welt wieder mit dem Lärm der Arbeit zu erfüllen. Kriegsgesellschaften werden aus Bedürfnissen heraus gegründet, gehen aber bald so sehr in einem hastigen Arbeitsformalismus auf, daß man nicht mehr sieht, ob sie zum Wohl des Ganzen oder ihrer selbst wegen da sind. Gemeinnützige Vereine werden geschaffen, aber bald wird die Gründungsidee vergessen über dem Sport, viele Mitglieder zu gewinnen und die Verwaltungsmaschinerie rasseln zu lassen. Künstlerbünde, gegründet zur Veredlung der Arbeit, geben sich ehrgeizig einem schädlichen, kunstpolitischen Betrieb hin und glauben dadurch zu Stützen des wankenden Vaterlandes zu werden. Führende Männer besprechen in Konferenzen, von Amts wegen, wie man Bebauungsfehler, die während der letzten fünfzig Jahre gemacht worden sind, in den nächsten fünf Jahren verbessern kann; sie konferieren und telephonieren, telegraphieren und rasen in Reichsautos umher, glauben des Abends heftig gearbeitet zu haben und verwirren die Dinge doch mehr als daß sie sie klären, weil auch sie tiefer und tiefer in einen Betrieb hineingeraten, der von der Sache eher fort als zu ihr hin führt. Auch jetzt noch herrscht der Betrieb überall.

Auf die schwersten Schäden dieser allgemeinen Betriebsamkeit, auf die ganz drastischen Beispiele darf man heute nicht einmal von fern hinweisen. Sehe sich aber jeder in seinem Kreise um, und er wird Beispiele genug finden. Beginne jeder bei sich selbst. Die Frage ist: muß es so bleiben? Ist keine Möglichkeit, das einzige Mittel gegen diese kulturlose Betriebsamkeit, gegen diese tiefe Unvernehmheit der Lebensauffassung, anzuwenden? Das einzige Mittel aber ist die Versachlichung der Arbeit, ist die strengste Forderung nach Sachlichkeit im großen und kleinen und die Geringschätzung des Arbeitsmittels an sich. Was in der obersten Heeresleitung möglich ist, ja, was dort die militärischen Erfolge erst ermöglicht, sollte doch in jedem Arbeitsverband, sei er nun politischer oder kommerzieller Natur, gelte er nun dem Gemeinwohl oder dem Erwerb, möglich sein. Die beste, die einzig ganz gute Arbeit ist immer die aus innerer Ruhe und ganz sachlich geleistete. In ihr allein auch ist die vielberufene „Würde der Arbeit". Die Maschinerie an sich ist langweilig, so kunstvoll sie auch sein mag.

Wird das tote Arbeitsmittel weiterhin so hoch geschätzt wie bisher, bleibt es auch in Zukunft ein Symbol der Vornehmheit und Kulturfähigkeit, so wird dem ernsten Arbeiter nichts übrig bleiben als Kapitulation, das heißt in diesem Fall ein charakterloses Mittun, oder die Flucht in einen der wenigen stillen Winkel des Landes, die es noch gibt. Mehr noch als bisher wird dann die Führung an die Lauten, die Halbgebildeten fallen, an die Betriebsamen, deren Beweglichkeit ohne Folge bleibt, an die Rastlosen, die immer Neues ins Leben rufen und doch niemals schöpferisch sind. Es wird damit in Deutschland dann, langsam aber unaufhaltsam, eine Versetzung von innen heraus beginnen — zur selben Zeit, wo die Nation auf der höchsten Stufe ihrer äußeren Macht angelangt ist.

Vossische Zeitung
21/2.1918
21.
216

Vom Materialprüfungsamt.

Im Dienste der Landesverteidigung.

Frühzeitig hat man in Preußen die Wichtigkeit der Untersuchung der Materialien nach einheitlichen, auf wissenschaftlicher Grundlage aufgebauten Grundsätzen erkannt. Mit dem Wachsen der Industrie ist auch dieses Prüfungswesen außerordentlich gewachsen. Man braucht nur daran zu erinnern, daß die mechanisch-technische Versuchsanstalt, der Vorläufer des Materialprüfungsamtes, sich mit einem bescheidenen Schuppen in der Klosterstraße, wo damals die Technische Hochschule ihren Sitz hatte, begnügte. Bald aber reichten die erweiterten Räume auf dem neuen Gelände der Technischen Hochschule in Charlottenburg nicht aus. So erhielt dann die Anstalt ein eigenes ausgedehntes Heim in Groß-Lichterfelde. Hier werden im Dienste der Industrie, deren „Gewissen" man nicht mit Unrecht das Materialprüfungsamt genannt hat, die verschiedenartigsten und wichtigsten Versuche angestellt.

Während des Krieges sind dem Amte mancherlei neue Aufgaben, wie der soeben erschienene Jahresbericht (für die Zeit vom 1. April 1916 bis März 1917) andeutet, erwachsen. Das Amt hat nicht nur durch seine Versuche, sondern auch durch seine beratende Tätigkeit den Militärbehörden und Kriegsgesellschaften sowie der Industrie zur Seite gestanden. Ueber das meiste hiervon muß vorläufig noch Stillschweigen beobachtet werden, aber man erfährt doch, daß mit Erfolg Ersatzstoffe für die bisher aus dem Ausland bezogene Textilfaser sowie Ersatzstoffe für Schmiermittel, Anstriche und Seifen untersucht wurden. Reichen Anteil hat das Amt an der Nutzbarmachung zahlreicher Ersatzstoffe für Rohgummi. In enger Zusammenarbeit mit der Heeresverwaltung ist es gelungen, für viele und gerade hoch beanspruchte Konstruktionsglieder aus Gummi die Verwendung von Rohkautschuk auf ein äußerst geringes Maß einzuschränken oder ganz entbehrlich zu machen. Von den 650 Untersuchungen, die die Abteilung Metallprüfung unternahm, lagen die meisten im Interesse der Landesverteidigung.

Ueber die Abteilung für papier- und textiltechnische Prüfungen darf auf Verfügung des Oberkommandos in den Marken vorläufig nichts veröffentlicht werden. Auch die Abteilung für allgemeine Chemie muß über den größten Teil ihrer 977 Untersuchungen vorläufig Stillschweigen beobachten, weil sie Fragen der Landesverteidigung berühren oder mit ihnen im Zusammenhang stehen.

Die Abteilung für Metallographie, die 117 Anträge zu erledigen hatte, beteiligte sich daneben in ausgedehntem Maße an Beratungen und Besprechungen über Material und Materialersatzfragen sowie bei Herstellungsfragen wichtiger, für die Landesverteidigung erforderlicher Erzeugnisse.

Im Auftrage des Kriegsausschusses für Oele und Fette untersuchte die Abteilung für Oelprüfung zahlreiche Fettersatzstoffe und verbesserte sie zum Teil in ihren Eigenschaften. Mit Rücksicht auf die hohe Bedeutung, die das Montanwachs als Fettersatz für die Kriegswirtschaft gewonnen hat, wurde sowohl das Rohwachs wie auch das Destillat und Reinwachs eingehend untersucht.

K. J.

Tägliche Rundschau
22/V. 1918

22
214

Sicherung der bayerischen Bodenschätze. Die bayerische Regierung hat, wie unser Münchener Vertreter drahtet, dem Landtage einen Gesetzentwurf vorgelegt. Es handelt sich um die Verstaatlichung bayerischer Bodenschätze. Der Entwurf sieht in seinem wichtigsten Teil vor: Zur Sicherstellung der Interessen der Allgemeinheit ist Aufsuchung und Gewinnung der Eisen- und Manganerze, der Braunkohle und der besonders in der Pfalz vorkommenden Steinkohle, dem Staate vorzubehalten. Bei den Untersuchungen hat sich ergeben, daß der private Besitz die Erzlagerstätten des Landes in solcher Ausdehnung mit Beschlag belegt hat, daß es notwendig erscheint, durch Aufhebung der Bergfreiheit hinsichtlich der oben genannten Erze, der Braunkohle überhaupt und der Steinkohle, diese Entwicklung etwas zu beschneiden, um bei der Zulassung privater Unternehmer einen bestimmenden Einfluß zur Wahrung der Interessen der Allgemeinheit und zur Förderung der bayerischen Manganindustrie ausüben zu können. Da ein sehr großer Teil der verliehenen Grubenfelder aus Gründen der Spekulation jahrzehntelang ungenutzt liegen bleiben, schlägt die Regierung gleichzeitig eine Erhöhung der Grubenfeldabgaben vor, um der spekulativen Zurückhaltung der Grubenfelder entgegenzuwirken. Ferner sieht sich die Staatsregierung veranlaßt, durch eine Aenderung des Berggesetzes die Aufsuchung und Gewinnung des Bitumens dem Grundeigentümer zu entziehen und das Bitumen — entsprechend den heutigen Anschauungen über das Vorrecht der Allgemeinheit an den Bodenschätzen des Landes — nicht unter verleihbare Mineralien einzureihen, sondern dem Staate vorzubehalten, der seinerzeit die Aufsuchung und Gewinnung unter den von ihm für geboten erachteten Bedingungen auf Dritte übertragen kann.

Die Zeit
22./V. 1918

218

Ein österreichisches Ursprungszeichen.

Bisher bestand ein Zwang, auf einer Ware das Ursprungsland anzugeben, nur als Erschwerung der Einfuhr. Die englische Merchandise Marks Act, welche das Muster für ähnliche Gesetze in anderen Ländern wurde, sollte vor allem die deutschen Waren in ihrem Wettbewerb mit englischen Erzeugnissen in Nachteil setzen. Bei manchen Artikeln wurde dieser Zweck sicherlich auch erreicht, bei anderen, in denen die deutsche Industrie besonders leistungsfähig ist, ist aber das „Made in Germany" zur Reklame geworden.

Die Erkenntnis, daß die Käufer für gewisse Waren bestimmte Herkunftsländer bevorzugen, hat dazu geführt, daß viele Waren auch für den Export nach Ländern, wo dies nicht vorgeschrieben ist, mit der Bezeichnung des Ursprungslandes versehen werden. „English make throughout" (vollkommen englisches Erzeugnis) steht auf der Etikette so mancher englischer Ware als Empfehlung nicht nur für den Inlandsmarkt, sondern auch für den auswärtigen Käufer. Der französische Kognak- oder Champagnerfabrikant wird gewiß nie verfehlen, seine Ware als aus Frankreich stammend kenntlich zu machen. Solche Warenbezeichnungen, die besagen, daß eine Ware vor der Ausfuhr amtlich geprüft wurde, wobei also die Ursprungsbezeichnung hinter der Qualitätsgarantie in die zweite Linie tritt, fallen nicht in den Rahmen unserer Besprechung.

Nach dem Kriege wird die Bezeichnung des Ursprungslandes eine viel größere Bedeutung haben als vorher, einerseits wegen der vorauszusehenden Boykottbewegungen gegen Waren aus feindlich gewesenen Ländern, und anderseits wegen der Propaganda, aus valutarischen Rücksichten vorzugsweise heimische Waren zu verwenden. Man darf den Erfolg beider Agitationen nicht überschätzen, aber sie werden immerhin den Verkehr in gewissem Umfange beeinflussen. Für die neutralen Staaten wird es im Verkehr mit den Ländern beider jetzt im Kampfe befindlichen Mächtegruppen wichtig sein, die Waren als ihr Erzeugnis kenntlich zu machen, damit sie nicht mit feindlichen verwechselt werden, und es ist daher nicht zu verwundern, daß die Schweiz als erster Staat dem Gedanken einer nationalen Schutzmarke näher getreten ist. Es wäre in hohem Grade im Interesse unserer Produktion gelegen, auch eine Marke für die Bezeichnung österreichischer Provenienzen zu schaffen. Dieselbe könnte in den Ländern unserer Bundesgenossen unsere Waren gegenüber jenen aus feindlichen Ländern kenntlich machen, ebenso im Inland gegenüber ausländischen Erzeugnissen; darüber hinaus aber würde sie auf allen Märkten jene Waren, für die die österreichische Provenienz eine Empfehlung bedeutet, vor unlauterer Konkurrenz schützen können. Um nur ein Beispiel anzuführen: vor dem Kriege wurden tausende Kisten Lampenzylinder mit der Bezeichnung „Made in Austria" aus Deutschland nach dem Osten verschifft und unseren Glasfabriken auf diese Weise sowohl der Absatz geschmälert wie auch der Preis gedrückt. Bei den empfindlichen Rechtsfolgen eines Markeneingriffes würden sich die deutschen Glasfabrikanten ebenso wie die Exporteure, die sich solcher Praktiken bedienten, wahrscheinlich hüten, ein für österreichische Waren registriertes Zeichen widerrechtlich zu benützen.

Eine nationale Schutzmarke müßte, um wirksam zu sein, in allen für den Welthandel in Betracht kommenden Ländern und für alle Artikel geschützt sein. Ihre Verwendung müßte allen inländischen Erzeugern freistehen; eine Einschränkung wäre lediglich insofern zu machen, als Waren, die im Inland lediglich einer oberflächlichen Nachbearbeitung unterzogen worden sind, von der Benützung der Marke ausgeschlossen werden könnten. Es könnte vielleicht ein Prozentsatz des Wertes festgesetzt sein, der mindestens der Ware durch inländische Arbeit, beziehungsweise inländisches Material, hinzugefügt worden sein müßte; dieser Satz könnte auch für verschiedene Waren verschieden sein. Wie weit dem aktiven Veredlungsverkehr die nationale Marke zur Verwendung zu überlassen wäre, wäre nach ähnlichen Gesichtspunkten zu beurteilen; der passive Veredlungsverkehr wäre von der Markenbenützung prinzipiell auszuschließen. Von der Qualität der Ware wäre die Markenbenützung nicht abhängig zu machen, sie soll kein Garantie- sondern lediglich ein Ursprungszeichen sein.

Die Benützung der nationalen Schutzmarke, neben der natürlich immer die eigene Marke des Erzeugers oder Händlers angebracht werden könnte, hätte in der Regel fakultativ zu sein, doch könnte für gewisse Artikel ihre Benützung zumindest bei der Ausfuhr obligatorisch gemacht werden. Dies käme vor allem bei solchen Waren in Frage, bei denen die österreichische Herkunft als Empfehlung gilt. Es wäre dadurch den ausländischen Erzeugern die Möglichkeit benommen, ihre markenlosen Erzeugnisse als doch aus Oesterreich stammend zu bezeichnen. Eventuell könnte dieser Zwang auf die Ausfuhr nach bestimmten Ländern beschränkt werden, falls befürchtet wird, daß das österreichische Ursprungszeichen in den Ländern unserer Feinde den Absatz erschweren könnte.

Die Wahl der Marke wird nicht leicht sein, vor allem weil es fast kein Bildzeichen gibt, das nicht schon irgendwo für den oder jenen Artikel geschützt wäre. Am besten wird wohl ein nationales Emblem gewählt werden. Es muß jedenfalls eine Bildmarke sein; Wortmarken sind für den großen Kreis jener Käufer bedeutungslos, die nicht lesen können. In manchen Ländern wird die Registrierung der Marke durch unsere Staatsverwaltung Schwierigkeiten bereiten, weil dort nur derjenige eine Marke schützen darf, der mit jenen Waren handelt, für die der Schutz verlangt wird. In solchen Fällen wird die Registrierung durch Firmen der verschiedenen Branchen erfolgen müssen, oder durch ein Exporthaus, das den Schutz für alle Warengruppen erhalten könnte. Die registrierende Firma müßte sich verpflichten, allen heimischen Firmen, aber auch nur solchen, die Verwendung zu gestatten. Selbstverständlich müßten die nötigen Vereinbarungen und Vorkehrungen beendet sein, bevor das als nationale Marke in Aussicht genommene Bildzeichen bekanntgegeben wird, damit nicht vielleicht im Ausland eine Firma die Priorität erwirbt. Aus diesem Grunde wird die Aktion auch erst nach Beendigung des Krieges einsetzen können. Mißbrauch durch die heimischen Firmen, in deren Namen nach dem oben Gesagten die Auslandsregistrierungen vorgenommen werden, könnte durch spezielle gesetzliche Bestimmungen verhindert werden.

Jede bekannt werdende widerrechtliche Benützung der nationalen Schutzmarke, wo und unter welchen Umständen immer sie erfolgt, müßte rücksichtslos auf Staatskosten verfolgt werden, um der Marke ihren Charakter als unbedingte Gewähr für österreichische Provenienz zu sichern.

Paul Kaufmann.

Pester Lloyd 22./V. 1918

Westdeutsche Handelsübersicht.

Von Walter Oertel,
Korrespondenten des königlich ungarischen Handelsmuseums.

Frankfurt a. M., Mitte Mai.

Auf dem Zuckermarkte steht binnen kurzem die Verteilung der noch verfügbaren Rohware bevor, und zwar handelt es sich noch um etwa 20 Prozent der Produktion. Von den bereits verteilten Mengen befinden sich einstweilen noch größere Posten unterwegs, aber die Raffinerien sind nun so ausreichend mit Rohware versorgt, daß deren Aufarbeitung flott vonstatten gehen kann. Der Versand der raffinierten Ware war zumeist befriedigend, da die zuckerverarbeitende Industrie größere Anforderungen stellte. Man rechnet mit der baldigen Freigabe der Kontingente für die nächsten Monate.

In der Eisenindustrie ist die Frage der Neuregelung der Preise noch immer nicht entschieden. Die Werke verlangen eine einheitliche Erhöhung für alle Fabrikate, die Regierung aber verhält sich demgegenüber bisher völlig ablehnend, oder sie will doch nur ganz geringfügige Preiserhöhungen in einzelnen Artikeln bewilligen. Was die Beschäftigung des Eisengewerbes anbetrifft, so sind die Werke noch auf Monate hinaus besetzt, es sprechen aber mancherlei Anzeichen dafür, daß die Dringlichkeit der Nachfrage etwas nachzulassen beginnt. Stark begehrt bleibt weiter Qualitätsroheisen, das hauptsächlich für Rüstungszwecke in Frage kommt, dagegen ist die Nachfrage nach Gießereieisen wesentlich weniger bedeutend. Halbzeug bleibt weiter knapp, doch sind die Lieferungsfristen nicht mehr so groß wie bisher. Dieselbe Erscheinung zeigt sich bei Stabeisen, doch fällt hier für den Eisenhandel noch immer sehr wenig ab. Schwer zu haben sind Feinbleche und Drahterzeugnisse. Die Maschinenfabriken beginnen allmählich Zeit und Raum für die Erneuerung und Reparatur von Maschinen zu gewinnen, während bisher derartige Arbeiten fast durchweg zurückgewiesen wurden, weil die Maschinenfabriken fast ausschließlich für den Heeresbedarf beschäftigt waren. Auch Grobbleche sind jetzt eher zu haben. Die Eisenmengen, die durch die geringe Bautätigkeit und durch die etwas verminderte Nachfrage der Heeresverwaltung frei werden, werden vor allem zur Erhöhung der Erzeugung in Eisenbahnmaterial verwendet, wobei an das neue Eisenbahnprogramm erinnert werden möge, das Bestellungen für 725 Millionen Mark vorsieht.

In der Textilindustrie sind die Umsätze in gemischten Baumwollgarnen weiter zurückgegangen, da fast ausschließlich solche Garnsorten verbraucht werden, die mit Kunstwolle vermischt sind. Die Kunstwollspinnereien haben neue große Heeresaufträge erhalten. Die Umsätze in Papiergarnen waren wieder sehr lebhaft; stark begehrt sind besonders die größeren Garnnummern, da die Spinner diese Arten weniger herstellen, weil sie die Höchstpreise als nicht ausreichend bezeichnen. Die Herstellung von seidenen Stoffen und Bändern geht infolge von Mangel an Rohstoff immer weiter zurück.

Auf dem Holzmarkte ist die Sägeindustrie in ihrer Bewegungsfreiheit nicht mehr so beengt wie in den Vormonaten, weil die Ansprüche für den Heeresbedarf entschieden abgenommen haben. Wurden von den Holzbeschaffungsstellen schon in den beiden Vormonaten nur Mengen in Schurzholzrahmen verlangt, die nur ungefähr zehn Prozent der Quantitäten der Vormonate ausmachten, so hielten sich die Aufträge für April in noch kleineren Rahmen. Das bedeutet eine merkliche Entlastung der Sägewerke und man glaubt daher, daß die Wirkung auf dem Holzmarkte nicht ausbleiben wird. Dementsprechend ist die Stimmung in den Abnehmerkreisen noch zurückhaltender geworden als bisher, wozu die militärischen Vorgänge, vor allem der Uebergang aus dem Stellungskrieg in den Bewegungskrieg auf einem großen Teile der Westfront, wesentlich beigetragen haben. Der Großhandel geht daher in der Erwerbung von Beständen äußerst vorsichtig zu Werke. Langfristige Verträge lehnt er grundsätzlich ab, da er in ihnen ein zu großes Risiko erblickt. Ob sich allerdings ein eventueller Preisrückgang auf dem Holzmarkte auch auf den Laubholzmarkt erstrecken wird, ist nach der Lage der Dinge doch zu bezweifeln, da die Vorräte an Rundblöcken wie Schnittholzern hier stark geräumt sind und sich auf die noch vorhandenen geringen Vorräte Möbel-, Waggon-, und Faßfabriken stürzen, ohne jedoch ihren Bedarf voll decken zu können. Die Industrie, die zu den mannigfachsten Zwecken Laubhölzer verbraucht, zahlt die höchsten Preise, wenn es ihr nur möglich ist, zu bekommen, was sie zu haben wünscht, Eiche, geschnitten wie in runden Blöcken, steht augenblicklich im Vordergrunde des allgemeinen Interesses. Besonders die Furnierwerke kaufen alles auf, was sie nur irgendwie an geeigneter Ware erhalten können, und zahlen dafür Preise, die man vor dem Kriege überhaupt nicht für möglich gehalten hätte. Nach Eiche bleibt Rotbuche am gesuchtesten, ebenso wird Erle stark begehrt, die indessen sehr knapp und ungewöhnlich teuer bleibt. Auch diese Nachfrage hängt mit der Entwicklung des Möbelmarktes zusammen, indessen bleibt die Industrie hiefür ebenfalls sehr aufnahmefähig. Pappelholz ist gleichfalls stark angefordert und wird hoch bezahlt gleichwie Ahorn, der von der Industrie in großen Posten aufgenommen wird. Die Flugzeugwerke in West- und Süddeutschland fordern vor allem große Posten Lindenstammbohlen und -bretter an, die sich hoch bezahlen, mitunter selbst über die eigentlichen Richtpreise, weil hier fast immer die Qualitätsbeschaffenheiten ausschlaggebend sind.

In der Lederindustrie haben infolge der langen Gerbdauer und der Verteuerung aller Rohstoffe und Spesen die Kapitalsbedürfnisse auch in dem letzten Monat zugenommen, während die Ausschaltung eines bedeutenden Teiles des Ledergroßhandels wie auch der lederverarbeitenden Gewerbe weitere Fortschritte gemacht hat. Auf dem Ledermarkte soll nächstens mit der weiteren Verteilung von Bodenleder begonnen werden, auch von feineren Oberledern gelangten bereits mehrere Posten zur Auslieferung, immerhin sind die Fabrikanten noch im Rückstande. Neue Aufträge wurden infolge des Ablaufens der Lederkarten fast gar nicht erteilt. Bei den Umsätzen handelt es sich meist um Boxkalb. Für Chevreaux fehlte es an Karten, aber auch die Vorräte hierin sind nur sehr gering. In Lackleder wurden einige Posten abgesetzt. Mit Roßoberleder waren die Fabrikanten etwas lieferungsfähiger.

Auf dem Kohlenmarkte ist die Lage infolge des Zurückgehens des Bedarfes an Hausbrandkohle etwas erträglicher geworden. Auch die Verhältnisse auf dem Industriekohlenmarkte haben sich infolge der auf dem Hausbrandkohlenmarkte eingetretenen Entspannung in letzter Zeit etwas günstiger gestaltet, so daß an mehreren oberrheinischen Plätzen sogar zu Auflagerungen geschritten werden konnte. Der Schwerpunkt in der Anfuhr lag in Förderkohlen und Grobkoks. Aufbereitete Sorten von Kohlen waren nur knapp auf dem Markte vertreten. Das gilt hauptsächlich von Ruhrfettnüssen aller Körnungen. Auch in Schmiedenüssen war die Anfuhr recht unzulänglich. Was an Anthrazitnüssen auf dem Markte stand, deckte sich eher mit den Anforderungen, um so mehr, als in diesem Artikel eine kleine Verstärkung der Zufuhr zu konstatieren war. Die Lieferung in Brechkoks ließ zu wünschen übrig. Grobkoks stand zumeist den Eisenbahngesellschaften, Elektrizitätswerken usw. zur Verfügung, so daß die sonstigen industriellen Betriebe auch hierin nicht nach Wunsch bedient werden konnten. Gaskoks war nur mäßig angeboten. In Briketts war die Versorgung mit rheinischen Braunkohlenbriketts immer noch am besten. Steinkohlenbriketts wurden den industriellen Betrieben nur in kleineren Mengen zugeteilt. Eiformbriketts waren auf dem Markte kaum vertreten.

An der Börse wirkte vor allem das ausgezeichnete Ergebnis der achten Kriegsanleihe recht stark und gab ihr die Widerstandskraft gegenüber den neuen Steuerplänen, obwohl diese der Börse eine so enorme Mehrbelastung bringen, daß sich ihre spätere Wirkung auf die Gestaltung der Geschäfte heute noch gar nicht übersehen läßt. Vor allem ist man der Ansicht, daß die gewaltige Vervielfachung mancher Stempelkosten auf das Geschäft geradezu prohibitiv wirken wird. Immerhin bot die Börse unter dem günstigen Eindruck der Nachrichten vom Kriegsschauplatze und der achten Kriegsanleihe ein beruhigtes Aussehen und die Kurse zogen auf verschiedenen Gebieten an. Das galt besonders für Bankaktien und kam vor allem der Deutschen Bank und der Diskonto Kommandit zugute, wohl in der Annahme, daß die neue Steuergesetzgebung den Großbanken noch mehr Uebergewicht geben würde als bisher.

Berliner Lokalanzeiger 23/V. 1918

220

Rechtsschäden im Abzahlungshandel während der Kriegszeit.

Von einem Richter.

Schon in Friedenszeiten waren erhebliche Schwierigkeiten in den Fällen aufgetreten, in denen Abzahlungskäufer auf die Kaufpreise bereits zahlreiche Raten geleistet, und mit einer oder zwei Raten im Rückstande blieben.

Die Abzahlungsverkäufer forderten dann die Abzahlsachen zurück, an denen sie das Eigentum bis zur Vollzahlung des ganzen Preises sich vorbehalten hatten.

Der § 2 des Abzahlungsgesetzes schreibt zwar für solche Fälle vor, daß die Verkäufer von den bereits gezahlten Ratenbeträgen nur soviel nicht zurückzuzahlen haben, als sie im Falle einer Vermietung der Sachen an üblichem Mietzins und für Wertminderung infolge Abnutzung der Sachen berechnet hätten. Es fehlt aber an einem sicheren Maßstab für die Berechnung jenes Mietzinses und für die Abschätzung jener Abnutzung. Und so kam es fast immer, daß der Abzahlungsverkäufer die Sachen zurückerhielt, und meist sämtliche gezahlten Ratenbeträge behielt.

Dieses Verfahren wird nun auch jetzt, in der Kriegszeit, von vielen Abzahlungsverkäufern beibehalten, wiewohl gegenwärtig der Wert gebrauchter Sachen bis zu 200 Prozent nach dem Gutachten der Sachverständigen sich erhöht hat.

Daß jenes Verfahren zu den größten Unbilligkeiten, besonders für wirtschaftlich schwache Kreise führt, ist klar; es ist aber auch für die weitaus größte Zahl der Abzahlungsverkäufe, nämlich für die Abzahlungskäufe von Möbeln, rechtlich vollständig unbegründet.

Für Möbel bestehen zurzeit keine Höchstpreise. Die Abzahlungsverkäufer nehmen aber an, daß sie durch § 5 der Bekanntmachung vom 23. März 1916 gehindert sind, „die durch den Krieg sich ergebende Wertsteigerung aller Sachen sich dienstbar zu machen"; sie behaupten deshalb den Abzahlungskäufern gegenüber, sie könnten zurückgenommene alte Sachen nur zu Friedenspreisen weiterveräußern; sie bewerten jene somit nur gering und verrechnen daher auch jetzt noch regelmäßig die gezahlten Raten auf Miete und Abnutzung.

Allein der § 5 der Bekanntmachung vom 28. 8. 1916 verbietet nur diejenige Berechnung höherer Preise, „die unter Berücksichtigung der Gesamtverhältnisse einen übermäßigen Gewinn enthalten".

Solche „Gesamtverhältnisse" liegen nicht vor, wenn der Abzahlungsverkäufer seinem Abzahlungskäufer gegenüber, bei Rückforderung der noch zu alten niedrigen Preisen verkauften Abzahlsachen, jetzt deren gegenwärtigen Wert, also den durch die Kriegspreise gegebenen hohen Wert in Ansatz bringt, und danach die Rückzahlung gezahlter Raten berechnet. Denn die Anrechnung jenes gegenwärtigen Sachenwertes ist durch die Vorschrift des § 2 des Abzahlungsgesetzes zwingend vorgeschrieben.

Wird diese Vorschrift beachtet, dann wird dort, wo es zur Zurücknahme von Abzahlsachen kommt, ebenso eine ungerechtfertigte Bereicherung des Abzahlungsverkäufers, wie eine schwere Schädigung des Abzahlungskäufers in zahllosen Fällen, vor allem im Möbel-Abzahlungshandel, vermieden.

Aber freilich, von Amts wegen kann dies durch die Gerichte nicht erzielt werden. Die auf Rückgabe von Abzahlsachen verklagten Abzahlungskäufer müssen vielmehr in dem auf die Klage ihrer Verkäufer anberaumten Verhandlungstermin erscheinen und die Rückzahlung der von ihnen bereits entrichteten Preisraten der Vorschrift des § 2 entsprechend beantragen. Nur zu oft wird dies aber von den verklagten Käufern unterlassen, und es ergeht deshalb einfach ein Versäumnisurteil nach dem Antrage des klagenden Verkäufers. Dies Verhalten der Käufer geschieht, teils um einen geringen Stunden- oder Geschäfts-Verdienst nicht einzubüßen, der mit der Wahrnehmung des gerichtlichen Termins verbunden, teils aus Rechtsunkenntnis.

Wahrlich, eine sehr schlecht angebrachte Sparsamkeit, und eine sich sehr schwer rächende Rechtsunkenntnis!

Vossische Zeitung
24/V. 1918
24
222

Tagung der mitteleuropäischen Wirtschaftsvereine.

Drahtmeldung.

Wien, 23. Mai.

Unter überaus zahlreicher Beteiligung von hervorragenden Vertretern der Volkswirtschaft aus dem Deutschen Reiche, aus Ungarn und aus Oesterreich nahmen heute die für zwei Tage in Aussicht genommenen Beratungen der mitteleuropäischen Wirtschaftsvereine in Deutschland, Oesterreich und Ungarn ihren Anfang. Den Gegenstand der Verhandlungen bildet die Frage der Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion in den Staaten Mitteleuropas. Der Vorsitzende Freiherr v. Plener eröffnete die Sitzung. Der Präsident der deutschen Vereinigung Herzog Ernst Günther zu Schleswig-Holstein stellte sodann gleich dem Vorredner fest, daß die Vereine keine aggressive Tendenz verfolgt haben und ihre Zukunft lediglich in der gemeinsamen wirtschaftlichen Sicherstellung im Austausche unserer Produkte erblicken. Soll uns, erklärte der Redner, der Wirtschaftskrieg aufgedrängt werden, wird er uns gerüstet finden. Wir werden die wirtschaftlichen Beziehungen wenn möglich freudig wieder aufnehmen, die wir im Frieden mit den anderen Staaten gehabt haben und die Oesterreich-Ungarn und Deutschland einen guten Namen auf dem Weltmarkte für ihre Produkte verschafft haben.

Der ungarische Handelsminister Szterenyi sagte unter anderem: Wir wissen uns eins mit der erdrückenden Mehrheit der ganzen ungarischen Nation, daß sie an dieser Stelle der Monarchie ihre historische Sendung erfüllt und erfüllen muß und für die Zukunft nur im Vereine mit dem Deutschen Reiche, im Bündnisse mit der mächtigen deutschen Nation ihre Sendung erfüllen kann, wie es auch unsere Ueberzeugung ist, daß das mächtige Deutsche Reich nur mit uns vereint und im Bündnisse mit der Monarchie seine historische Aufgabe erfüllen kann. Wir werden trachten, unser wirtschaftliches Verhältnis zu Deutschland zu vertiefen, allerdings unter Wahrung unserer völligen staatlichen Selbständigkeit, unserer nationalen Interessen und unserer wirtschaftlichen Selbständigkeit. Sodann dankte der deutsche Botschafter Graf Wedel in kurzer Ansprache für die Einladung zu den Besprechungen, der er mit größter Freude nachgekommen sei.

Ackerbauminister Graf Silva-Tarouca führte u. a. aus, sein Agrar-rProgramm, das er vor einigen Monaten im Abgeordnetenhause entwickelt habe, decke sich vollständig mit den Maßnahmen, die hier beraten werden sollten. Bei uns, sagte der Minister, sind noch ungefähr 2 700 000 Hektar landwirtschaftlicher Grundstücke meliorationsbedürftig und meliorationsfähig. Wir hoffen, durch Meliorationen den Bodenwert in Oesterreich um über 2 Milliarden zu steigern und erwarten mit Bestimmtheit, daß die landwirtschaftliche Produktion um 509 Millionen Meterzentner gehoben werden kann, was einer Hebung des Volkseinkommens aus der landwirtschaftlichen Produktion um nahezu 4 Milliarden Kronen gleichkommt. Durch Vermehrung des Futterbaues wird es möglich sein, unseren Viehbestand ungefähr um 3¾ Millionen Stück zu vergrößern. Hebung der landwirtschaftlichen Produktion ist die Basis für den Aufbau unserer wirtschaftlichen und damit vielleicht auch unserer politischen Zukunft. Schließlich begrüßte Bürgermeister Weiskirchner die Versammelten im Namen der Hauptstadt. Die Versammlung beschloß die Absendung von Huldigungstelegrammen an die beiden verbündeten Monarchen und trat sodann in die Einzelberatungen ein.

Vossische Zeitung
25/V. 1918

25
223

Die mitteleuropäische Wirtschaftstagung

Drahtmeldung.

Wien, 24. Mai.

Die Versammlung der mitteleuropäischen Wirtschaftsvereine verhandelte gestern beim ersten Punkt der Tagesordnung über die Frage der Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion in den Staaten Mitteleuropas. Der Berichterstatter Geheimrat Aereboe-Breslau erörterte die Mittel, durch die Deutschland die Erträgnisse der Landwirtschaft im Kriege gesteigert habe, während der Berichterstatter Graf Somussich-Budapest die Bedürfnisse der ungarischen Landwirtschaft behandelte. Der Berichterstatter Herrenhausmitglied Freiherr v. Ehrenfels erklärte, eine gegenseitige Unterstützung der drei mitteleuropäischen Staaten könne durch Lieferungsverträge auf Kunstdünger, Kraftfutterbeschaffung u. a. erfolgen. Wir müssen, führte Freiherr v. Ehrenfels aus, miteinander und nicht gegeneinander wirtschaften. Der Vizepräsident des mitteleuropäischen Vereins in Deutschland, Professor Dr. Julius Wolf-Berlin, erklärte, die Monarchenzusammenkunft schließe die Garantie für den weiteren Ausbau und die Vertiefung des Bundesverhältnisses in sich. Die landwirtschaftliche Mehrproduktion sei für die Industrie wie für die Landwirtschaft von größter Bedeutung. Der Redner gab ziffernmäßige Nachweise über die bisherigen Leistungen Rumäniens und über die Hoffnungen bezüglich der Ukraine. Er sprach die Hoffnung aus, daß eine Million Tonnen durch die Ukraine nicht allzulange nach dem zunächst vorgesehenen 31. Juli geliefert sein werde.

Herzog Ernst Günther zu Schleswig-Holstein beklagte die geringe Förderung der landwirtschaftlichen Produktion in Deutschland und erklärte in Bezug auf die Wünsche Oesterreich-Ungarns bezüglich der Versorgung mit Kunstdünger seitens Deutschlands, daß deutscherseits die Forderung nach Arbeitern erhoben werde. Präsident Freiherr von Plener stimmte dem Vorredner zu in dem Wunsche, Mittel zu einer planmäßigen gegenseitigen Unterstützung zu schaffen zur gegenseitigen Befriedigung der verschiedenen Bedürfnisse im Wege des Austausches Staatssekretär Edmund von Miklos-Budapest erklärte es für eine Aufgabe der Regierung, Sicherung dafür zu geben, daß die Preislage sich nicht zugunsten der Landwirtschaft ändern könne und schlug die Wahl eines Ausschusses für die vorzubereitenden Arbeiten über die Frage der gegenseitigen Förderung der drei mitteleuropäischen Staaten zur Hebung der landwirtschaftlichen Produktion vor.

Neue Freie Presse 25. IV. 1918

224

Die allgemeine Arbeitspflicht im Kriege.

Aus der amtlichen Begründung des Entwurfes.

Wien, 24. Mai.

Erst heute ist der seinerzeit im Wortlaut mitgeteilte und ausführlich besprochene Gesetzentwurf über die allgemeine Arbeitspflicht im Kriege als Beilage zu den stenographischen Protokollen des Abgeordnetenhauses im Druck verteilt worden. Dem Entwurfe, der die Arbeitspflicht für Männer vom 17. bis zur Vollendung des 60. Lebensjahres und für Frauen vom 19. bis zur Vollendung des 40. Lebensjahres festsetzt, sind Begründungen und Erläuterungen beigegeben, denen wir entnehmen:

Der vorliegende Gesetzentwurf ist einerseits der Absicht entsprungen, der gegebenen Zusage entsprechend, die gesetzlichen Voraussetzungen für die Aufhebung der sogenannten Militarisierung der Kriegsbetriebe zu schaffen, anderseits beruht er auf der Erkenntnis, daß die wesentlich durch den Mangel an Arbeitskraft mitbedingte wirtschaftliche Not im Hinterlande bereits außerordentliche Maßnahmen erforderlich erscheinen läßt, um die vorhandenen Arbeitskräfte zu erfassen, ihre zweckmäßige Auswertung zu ermöglichen und überhaupt eine allgemeine Organisation der wirtschaftlichen Arbeit im Staate anzubahnen.

Was zunächst den ersten Zweck, die Schaffung der Voraussetzungen für die Aufhebung der sogenannten Militarisierung der Kriegsbetriebe, anbelangt, so enthält der Entwurf (insbesondere in den §§ 40 bis 47 über die „Pflichtbetriebe") die der Arbeiterschaft in Aussicht gestellte Neuregelung ihrer Arbeitsverhältnisse. Nicht Wehrpflicht und auch nicht Kriegsleistungspflicht, sondern eine zivile Arbeitspflicht, deren Bedingungen durch ein ganz selbständiges österreichisches Gesetz umschrieben werden, soll die Grundlage dieser Neuregelung sein. Als Zivilperson, die in keiner Beziehung weitergehenden Beschränkungen unterworfen ist, als sich aus der Notwendigkeit der Arbeit für die Kriegführung und die wesentlichen Lebensbedingungen des Staates im Kriege ergibt, wird in Hinkunft der Arbeiter seiner Arbeitspflicht nachgehen können. Militärisches Straf- und Disziplinarrecht werden aus den Betrieben verschwunden sein. In diesem Sinne soll der Entwurf der Arbeiterschaft, deren Leistungen und mannhaftes Ausharren in den jetzigen harten Zeiten ebenso gewürdigt werden müssen als auf der anderen Seite ihre schwierige Lage unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht verkannt werden darf, in vollem Umfange das angestrebte neue Arbeiterrecht im Kriege auf rein zivile Basis bringen.

Bei der Erfassung und Auswertung der vorhandenen Arbeitskräfte sowie der Anbahnung einer allgemeinen Organisation der wirtschaftlichen Arbeit handelt es sich um ein Ziel, an dem heute alle im Staate interessiert erscheinen. Der Mangel an Arbeitskräften macht sich bereits in einer Weise geltend, welche ernste Bedenken für die Zukunft begründen könnte, falls wir zur weiteren Fortführung des Krieges gezwungen sein sollten. Da der freie Arbeitsmarkt in vielen dieser Beziehungen gegenwärtig versagt, stellen sich außerordentliche Maßnahmen zur Beschaffung der erforderlichen Arbeitskräfte heute wohl bereits im vollsten Sinne des Wortes als Gemeininteresse der gesamten Bevölkerung dar.

Hiebei kann es sich in der jetzigen Epoche des Weltringens allerdings nicht mehr darum handeln, wie im deutschen Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst im wesentlichen danach zu trachten, die „Müßigen" der Arbeit zuzuführen. Gewiß wird auch bei uns der „Müßige" seine Arbeitskraft der Allgemeinheit zur Verfügung stellen müssen, aber aus diesem Reservoir allein kann den wirtschaftlichen Notwendigkeiten heute nicht mehr Rechnung getragen werden. Soll der Volkswirtschaft mit besonderen gesetzlichen Maßnahmen wirklich gedient werden, so wird es bei der gegenwärtigen vorgeschrittenen Auswertung der vorhandenen Arbeitskräfte nicht zu vermeiden sein, wenigstens innerhalb bestimmter Grenzen auch ein gewisses Disponieren mit bereits gebundenen Arbeitskräften im Interesse eines höheren Zweckes zu ermöglichen.

Bei der weit ausgreifenden Regelung der wirtschaftlichen Arbeit, für die durch das neue Gesetz die Grundlage geschaffen werden soll, konnten die Frauen, die der Krieg zu einem so bedeutenden Faktor des wirtschaftlichen Lebens gemacht hat, nicht außer Betracht gelassen werden. Der Entwurf hat demgemäß auch sie, wenn auch nur innerhalb eingeschränkterer Altersgrenzen, in die allgemeine Arbeitspflicht einbezogen.

Wenn auch der Gesetzentwurf sehr weitgehende Ermächtigungen hinsichtlich der Verfügung über die Arbeitskraft der Bevölkerung enthält, so ergibt sich doch aus seinem näheren Inhalt und schon aus seiner ganzen Tendenz, daß durch das Gesetz keineswegs mit einem Schlage die wirtschaftliche Mobilisierung aller verfügbaren Kräfte herbeigeführt, sondern lediglich die Möglichkeit geschaffen werden soll, nach Bedarf und auch nicht weiter, als es durch die Umstände unbedingt erfordert wird, einzugreifen. In diesem Sinne soll das Gesetz mehr oder minder den Charakter eines Ermächtigungsgesetzes tragen, bei welchem der Schwerpunkt erst in der Art und Weise der Handhabung liegt. Diesbezüglich sind gewisse Bestimmungen aufgenommen, durch die bereits von vornherein dafür Vorsorge getroffen erscheint, daß die berechtigten Interessen des

Vossische Zeitung 28/5.1918

28
225

Gegenmaßnahmen gegen den Rohstoff-Boykott Englands und Amerikas.

Von

Georg Maschke,

Vorsitzender des Deutsch-Brasilianischen Handelsverbands.

Georg Bernhard beschäftigt sich in seinem politischen Aufsatz „Wellenwende" in der „Vossischen Zeitung" vom 22. April d. J. unter anderem mit der Frage der Verlängerung des Krieges. In gleicher Weise tun dieses auch „Manchester Guardian" und „Morning Post". Die Ausführungen stimmen darin überein, daß, falls es uns gelingt, die englischen Landstreitkräfte vom Kontinent zu vertreiben, Frankreich und Italien gezwungen sein werden, Frieden zu schließen. Man droht uns dann mit dem Seekrieg und spricht unumwunden aus, daß wir ohne Ueberseezufuhren und Uebersseehandel ruiniert wären. Lassen wir einmal die militärischen Maßnahmen, die wir hiergegen einsetzen würden, ganz außer acht, ebenso die Volksstimmung in England und Amerika, und betrachten wir die ganze Wirtschaftslage, wie sie sich gestalten würde, falls der Krieg auf dieser Grundlage fortgesetzt werden soll, so kommen wir zunächst zu der Frage, was uns in einem solchen Falle an notwendigstem Nahrungsmittelbedarf fehlen würde.

Wir führten an Hauptprodukten, wie Roggen, Weizen, Mais usw. im Jahre 1913 insgesamt für 1957 Millionen Mark ein und führten für 460 Mill. Mark aus. Aus neutralen Ländern, zu denen wir außer den bekannten auch Rußland, Rumänien, Serbien, Persien, Frankreich, Belgien und Italien rechnen, sowie aus verbündeten Ländern erhielten wir für 881 Mill. Mark. Mithin hätten wir, in der Voraussetzung, daß unsere Ausfuhr fortfällt, wenn wir aus den Ländern des angelsächsischen Blocks (England, Nordamerika, Australien, Süd- und Mittelamerika, China, Japan, Afrika), von denen wir bisher für 1076 Mill. M. eingeführt haben, nichts mehr bekommen und wir von den neutralen und verbündeten Ländern die gleichen Mengen wie früher beziehen können, selbst für 616 Mill. Mark notwendige Nahrungsmittelstoffe mehr zu produzieren als bisher. An Nahrungs- und Genußmitteln führten wir im gleichen Jahre insgesamt für 1504 Mill. Mark ein und exportierten für 565 Mill. Mark. Aus neutralen und verbündeten Ländern bezogen wir für 855 Mill. Mark; wir hätten also unter den obigen Voraussehungen, da die Einfuhr aus den Blockländern, die 649 Mill. Mark betrug, fortfällt, ein Minus von 84 Mill. Mark zu decken. Unsere Einfuhr an landwirtschaftlichen Erzeugnissen, Düngemitteln, Zuchtvieh usw. betrug 1913 insgesamt 898 Mill. Mark unsere Ausfuhr 145 Mill. Mark. Die Länder des Blocks lieferten uns für 492 Mill. Mark, die neutralen und verbündeten Länder für 346 Mill. Mark, so daß sich für uns ein Ausfall von 347 Mill. Mark ergeben würde. An industriellen Rohstoffen führten wir 1913 insgesamt für 4943 Mill. Mark ein und exportierten für 991 Mill. Mark. Aus den Blockländern bezogen wir für 3198 Mill. Mark, aus neutralen und verbündeten Ländern für 1745 Mill. Mark, mithin würden uns für 1107 Mill. Mark dieser Rohstoffe fehlen. Die Deckung dieses großen und schwerwiegenden Minus wird uns allerdings erhebliche Schwierigkeiten bereiten, denn es sind darin für 605 Mill. Mark Baumwolle, für 362 Mill. Mark Wolle und für 320 Mill. Mark Kupfer enthalten, die uns die Länder des Blocks lieferten.

Aus dieser Gegenüberstellung ergibt sich die Frage, welche Maßnahmen wir notwendigerweise treffen müssen, um diese Ausfälle zu decken. In politischer Hinsicht ist es unsere Aufgabe, unser Volk in Eintracht zu erhalten und es klar und deutlich über unsere Ziele und die Ziele Englands und Amerikas zu unterrichten. Alsdann müssen wir unter allen Umständen uns mit Rußland auf einer gesunden Basis einigen, d. h. wir müssen Rußland helfen, wieder ein produzierendes und konsumierendes Land zu werden. Wirtschaftlich hätten wir die Produktion auf allen Gebieten in hohem Maße zu steigern und durch ein groß angelegtes Arbeitsprogramm für die nächste Zukunft sicherzustellen. Unsere militärische Lage wird uns in den Stand setzen, bedeutende Arbeitskräfte frei zu bekommen, die wir zweckentsprechend der Landwirtschaft, der Hochseefischerei, dem Baumarkt sowohl für Stadt und Land, den Montanunternehmungen, den Maschinenfabriken, den Schiffswerften, den Kaligruben und Stickstoffwerken zuführen werden. In gleicher Weise müssen wir uns der neuen Randstaaten annehmen, sie mit landwirtschaftlichen Maschinen und Eisenbahnen versorgen, um auch hier die Produktion zu heben. Ein ungeahnter Reichtum und eine Gesundung unserer Valuta kann uns aus der Strohverflechtung erstehen, denn in unserer riesigen Strohernte, die ohne 53 Mill. Tonnen beträgt, haben wir für unsere Landwirtschaft Werte, die, richtig angewandt, unseren Landwirten die Erhaltung ihres Viehbestandes und somit unserem Volke die Ernährung gewährleisten würden. Wir wissen nicht, ob es bekannt ist, daß man von diesen 53 Mill. Tonnen, ohne der Landwirtschaft zu schaden, gut 20 Mill. Tonnen in Kraftstroh umwandeln kann, die einen Futterwert von 40 Mill. Tonnen Kartoffeln darstellen. Kraftstroh ist ein Produkt, welches durch eine einfache Behandlung des gewöhnlichen Strohs mit Laugen gewonnen wird. Durch dieses Verfahren werden die im Rohstoff vorhandenen Kohlehydrate aufgeschlossen und für Futterzwecke nutzbar gemacht.

Wir verschließen uns der Tatsache nicht, daß für die nächste Zeit Baumwolle und Wolle sehr knapp sein werden, aber vielleicht gelingt es uns dennoch mit Hilfe unserer Ersatzstoffe auszukommen. Es ist vielleicht nicht ganz unbekannt, daß sehr aussichtsreiche Versuche im Gange sind, eine der Baumwolle fast gleichwertige Faser aus einem Rohstoffe zu gewinnen, der in Deutschland in unbeschränkten Mengen vorhanden ist.

Glückt es uns, dem kontinentalen Europa trotz alledem, was geschehen ist, klarzumachen, daß Amerika und England jetzt, nachdem ihr militärischer Plan, die Welt zu unterjochen, vernichtet ist, Europa vom Weltrohstoffmarkt auszuschließen und es auf diese Weise unterwerfen zu wollen, so wird der angelsächsische Block sein Ziel nicht erreichen und der abgeschossene Pfeil auf den Schützen zurückschnellen. England und Amerika begehen auch hier wie bei der Unterschätzung unserer militärischen Kraft einen großen Kalkulationsfehler. Denn sie vergessen erstens, daß bei einem weiteren langen Krieg, der sich nur auf ihre Seekräfte stützt, das kontinentale Europa auf sich selbst und besonders auf die Produktion der Mittelmächte angewiesen ist. Das kontinentale Europa wird mit einem Male entdecken, daß es sich durch die Anwendung der neuen technischen Erfindungen und durch die Hinleitung seiner Arbeitskräfte zu den großen Produktionsstätten vom Auslande unabhängig machen kann. England und Amerika vergessen ferner, daß dieses kontinentale Europa im Jahre 1913, ausschließlich Deutschlands, für 22½ Milliarden Mark eingeführt hat, und daß die Länder, die England und Amerika zur Belieferung Kriegsleihen, im gleichen Jahre nur für 20 Milliarden Mark eingeführt haben, — ganz abgesehen von der kaufmännischen Qualität dieser letzteren Abnehmer. Und sie vergessen außerdem, daß sie nicht imstande sind, ihre angesammelten und fortwährend neu erzeugten Rohstoffe, sowie die ihrer Kolonien und Verbündeten zu verarbeiten und abzusetzen. So muß folgerichtig ein derartiges Chaos in ihrer Finanzwirtschaft entstehen, daß sie schon aus diesem Grunde den Krieg beenden müssen.

Vossische Zeitung 31/V. 1918

Die Rohstoff-Frage.

Von
Fritz Lob,
Vorsitzenden des Deutschen Eisengroßhandels-Verbandes.

Zu unserem Aufsatz „Kein Friede ohne Rohstoffe" in der Abend-Ausgabe vom 23. Mai übersendet uns Generaldirektor Lob folgende Ausführungen:

Man soll die Absichten der Entente, die Mittelmächte nach Beendigung des Kriegszustandes auch weiterhin durch Fortführung des Handelskrieges zu schädigen, gewiß nicht auf die leichte Achsel nehmen, aber andererseits erscheint es unzweckmäßig, diesen Absichten eine allzu bedeutende Wirkung zuzuschreiben. Bei den nachfolgenden Ausführungen wird vorausgesetzt, daß die Friedensverträge Bestimmungen enthalten, nach welchen Kriegsmaßnahmen, wie Blockade, Beaufsichtigung der Zufuhr nach den einzelnen Ländern durch Kriegsschiffe, der holländische Overzee-Trust, die schweizerische SSS und dergleichen Einrichtungen in Fortfall kommen. Es mag richtig sein, daß die Anbahnung direkter Geschäftsverbindungen der Mittelmächte mit dem jetzt feindlichen Auslande zunächst wegen der Erbitterung in den Ländern, welche sich bisher feindlich gegenüberstanden, auf Schwierigkeiten stößt, obwohl ein solcher Zustand keineswegs mit Sicherheit vorausgesagt werden kann. Sicher aber ist, daß alle bisher kriegführenden Länder den größten Wert darauf legen werden, ihre Friedenswirtschaft sobald wie möglich wieder in Gang zu bringen. Um diesen Zweck zu erreichen, sind dieselben auf den Warenaustausch angewiesen, und dieser Austausch wird sich nach dem Grundgesetze der Wirtschaft vollziehen, daß jede Ware denjenigen Markt aufsucht, auf dem sie zu den besten Bedingungen Absatz findet.

Die den Mittelmächten jetzt feindlich gegenüberstehenden Länder können Ausfuhrverbote erlassen, um den Abfluß von Waren, die sie selbst im eigenen Lande benötigen, nach dem Auslande zu verhindern. Derartige Ausfuhrverbote werden nicht nur von unseren jetzigen Gegnern, sondern auch von uns selbst erlassen werden. Die von diesen Erlassen betroffenen Waren scheiden für den internationalen Warenaustausch aus, denn es erscheint ausgeschlossen, daß z. B. die amerikanische Bevölkerung damit einverstanden sein würde, Mangel an irgendwelchen Waren oder Stoffen zu leiden, um etwa die Bevölkerung in Frankreich zu versorgen. Wenn augenblicklich eine Versorgung derartiger notleidender Ententegenossen stattfindet, so geschieht das zu dem Zwecke, um diesen Ländern als Bundesgenossen die weitere Kriegsführung zu ermöglichen. Dieser Grund kommt indes nach Friedensschluß in Fortfall.

Für den internationalen Warenaustausch kommt daher nur der Ueberschuß über den eigenen Bedarf eines Landes in Frage. Angenommen, die Ententegenossen hätten sich verpflichtet, diesen Ueberschuß nur unter sich auszutauschen, so entsteht die Frage: Können die Ententeländer diesen Ueberschuß auch wirklich gegenseitig aufnehmen? Diese Frage kann keineswegs bejaht werden, und daß die Ueberschußländer sich damit einverstanden erklären würden, ihren Ueberschuß zu lagern, bis die übrigen Ententegenossen sich darauf eingerichtet haben, denselben zu verarbeiten, muß bezweifelt werden. Eine Beschränkung des Warenaustausches unter die Ententegenossen würde ferner die jetzt neutralen Länder von diesem Warenaustausch ausschließen. Hält man eine solche Ausschließung wirklich für durchführbar? Mir scheint dieselbe vollkommen ausgeschlossen. In dem Augenblick aber, in dem die heutigen neutralen Länder in den Warenaustausch einbezogen werden, ist der Ring durchbrochen, denn ohne die während des Krieges von England angewandte brutale Vergewaltigung der Neutralen ist ein Uebergreifen des Handels von den jetzt neutralen Staaten nach den Mittelmächten gar nicht zu verhindern. Ein Bezug von Rohstoffen aus den Ententeländern über das jetzt neutrale Ausland würde sich trotz eines Wirtschaftsabkommens gegen die Mittelmächte um so schneller ermöglichen lassen, je eher dem Handel die Möglichkeit gegeben wird, sich ohne staatliche Einmischung dieser wichtigen Aufgabe zuzuwenden.

Bei der Beurteilung der Möglichkeit des Rohstoffbezuges nach dem Kriege spielt aber auch die Preisfrage eine große, wenn nicht die ausschlaggebende Rolle. Wenn in dem Wirtschaftsabkommen der Entente gegen die Mittelmächte bestimmt worden sein sollte, was scheinbar angenommen wird, daß der Warenaustausch unter den Ententegenossen zu Vorzugsbedingungen erfolgen soll, so kann eine derartige Bestimmung nur dann Erfolg haben, wenn der ganze Ueberschuß der einzelnen Ententeländer innerhalb des Kreises der Ententegenossen restlos aufgenommen werden kann. Besteht überhaupt die Möglichkeit, einen Teil des Ueberschusses zu besseren Bedingungen als den den Ententegenossen zugebilligten nach dem jetzigen neutralen Auslande oder nach Gebieten der Mittelmächte abzusetzen, so wird ein dort erzielter höherer Preis die Wirkung haben, daß auch die für die Ententeländer bestimmten Waren nach diesen Gebieten abzufließen suchen. Dieser Abfluß würde nur dann erschwert werden können, wenn der betreffende Ausfuhrstaat selbst als Verkäufer und Verfrachter und der Empfangsstaat selbst als Empfänger der Ware auftreten würde. Ob der Erzeuger solcher Waren im Ausfuhrlande eine derartige Bewirtschaftung zu seinem Schaden ruhig hinnehmen wird, erscheint sehr zweifelhaft. Bei der Preisfrage sind ferner die Verwertungsmöglichkeiten der aus den Ententeländern ausgeführten Waren in den übrigen Ententeländern gegen die Verwertungsmöglichkeiten im neutralen Auslande und im Gebiete der Mittelmächte abzuwägen. Es liegt sehr wohl die Möglichkeit vor, daß die Mittelmächte infolge günstigerer Verwertungsmöglichkeiten für Rohstoffe aus dem jetzigen feindlichen Auslande (billigere Herstellungskosten bei der Weiterverarbeitung, billigere Frachten) einen höheren Preis für die Rohstoffe zahlen können und dennoch gegen die weiterverarbeitenden Industrien der Ententeländer der Wettbewerb mit Erfolg aufzunehmen in der Lage sind. In diesem Falle würde die Ware nach dem Gebiete der Mittelmächte drängen, und kein noch so fein ausgeklügeltes Wirtschaftssystem würde der Findigkeit des Weltkaufmanns und seinen Bestrebungen, die Waren nach der Stelle, an der die beste Verwertungsmöglichkeit für dieselben vorliegt, zu bringen, Abbruch tun können.

Es ist selbstverständlich, daß auf die Sicherung vor einem wirtschaftlichen Joche unserer Gegner in den Friedensverträgen der größte Wert gelegt werden muß. Ob derartige Sicherungen aber durch Festlegung von Preisen für den Bezug von Rohstoffen und Nahrungsmitteln erreicht werden können, ist zweifelhaft. Derartige Preise würden gewissermaßen Höchstpreise bedeuten. Die Erfahrungen, welche mit der Festsetzung von Höchstpreisen in Deutschland während des Krieges gemacht worden sind, können sicherlich keine Veranlassung bieten, einen solchen Versuch bei Waren zu machen, die auf dem Weltmarkte gehandelt werden. Außerdem aber liegt die Gefahr vor, daß bei Festsetzung derartiger Preise von der heutigen Preisgrundlage ausgegangen werden würde. Es dürfte keinem Zweifel unterliegen, daß es das Bestreben aller Kreise sein muß, auf den Abbau des heutigen Preisstandes hinzuwirken, um wieder zu geordneten Wirtschaftsverhältnissen zu gelangen.

Zum Schlusse möge noch darauf hingewiesen werden, daß Deutschland einem Handelskriege seiner jetzigen Gegner keineswegs wehrlos gegenüber steht. Auch Deutschland erzeugt Waren, auf deren Bezug die übrigen Länder nicht verzichten können. Es sei hier nur an Kali, Kohle und Eisen erinnert.

Es erscheint daher verfrüht, sich jetzt schon auf bestimmte Forderungen wegen der wirtschaftlichen Sicherung in den Friedensverträgen festzulegen. Nur die eine Forderung muß jetzt schon erhoben werden, daß bei Abschluß der Friedensverträge, soweit Wirtschaftsfragen in Betracht kommen, Männer der Praxis mitzuwirken haben, was leider bei dem Abschluß des Friedensvertrages mit der Ukraine nicht der Fall gewesen zu sein scheint.

Arbeiterzeitung

26./X.

Die Internationale Gewerkschaftskonferenz in Bern.

In der Plenarversammlung der Wiener gewerkschaftlichen Vertrauensmänner erstattete am 16. Oktober Genosse Hueber den Bericht über die Internationale Gewerkschaftskonferenz in Bern. Er führte aus:

Die Berner Konferenz war die erste internationale Zusammenkunft von Vertretern des organisierten Proletariats seit Kriegsausbruch und darin liegt ihre große Bedeutung für den Wiederaufbau der zersprengten Internationale. Dafür, daß die Internationale durch den Krieg zersprengt wurde, werden ja Gründe genug angeführt. Die einen erklären es einfach aus Prinzipienlosigkeit, die anderen aus Angstgefühl, aus einer Besorgnis um die Parteiorganisation, um die Gewerkschaften, aus Besorgnis um die Parteiinstitutionen u. s. w. Ich halte alle diese Deutungen für falsch. Als der Krieg so plötzlich hereinbrach, standen wir alle vor einem so furchtbaren Ungewissen und dieses Weltgeschehen ist so erschütternd über die Menschheit gekommen, daß auch die Sozialdemokraten aller Länder davon ergriffen wurden, und der einfachste Selbsterhaltungstrieb war es, der uns jene Stellung aufzwang, die darin bestand, daß man alles abwehren müsse, was uns so furchtbar bedrohte. Nun ist der Krieg drei Jahre über uns hinübergegangen und wir haben nicht nur den Druck der Stürgkhschen Aera, die jede Regung des Volkes erstickte, sondern auch den Ausnahmszustand und das Kriegsleistungsgesetz, das die Arbeiterschaft zu reiner Sklaverei verurteilte und erst durch die Errichtung der Lohn- und Beschwerdekommissionen eine Milderung erfahren hat, ertragen müssen. Zu dem äußeren Feinde kam noch ein ebenso gefährlicher Feind im Innern, die privatkapitalistische Mißwirtschaft, der entsetzliche Wucher der Agrarier und Zwischenhändler, mit einem Worte die unerträgliche Ausbeutung unserer ganzen Volkskraft hinzu. Und nachdem das Wesensinnere der bürgerlichen Gesellschaft überall die gleiche Wirkung auslöst, mußte der Gedanke des Verständigungsfriedens in allen Staaten lebendig werden, namentlich unter dem Drucke der russischen Revolution. Stockholm wurde so ein Symbol der Friedenssehnsucht der ganzen Welt. Es ist leider nicht gelungen, die Hoffnungen zu erfüllen, die sich an Stockholm knüpften, und es wird in den Blättern der Geschichte leider schwarz angestrichen sein, daß die Sozialdemokraten der Ententeländer den weltgeschichtlichen Moment nicht voll begriffen, den Moment, da die Oberen die Wirkung der jungen russischen Revolution in allen Gliedern verspürten und wo es möglich gewesen wäre, die Friedensbewegung in allen Staaten mächtig zu erwecken. Wenn wir aber bis jetzt kein Stockholm haben, so können wir trotzdem nicht von Stockholm ablassen, nicht davon ablassen, weiter in dem Sinne zu wirken, der sich in uns mit Stockholm verbindet.

Wenn wir auch kein Stockholm haben, so hatten wir doch ein Bern, und es ist interessant, daß hier die Anregung von der anderen Seite ausgegangen ist. Nachdem wiederholte Versuche gemacht worden waren, die unterbrochene Verbindung zwischen den Gewerkschaften durch die Zweigstelle in Amsterdam wieder anzuknüpfen, wobei besonders der Bemühungen der Schweizer Erwähnung getan werden muß, trat im Juli 1916 in Leeds eine Konferenz der Gewerkschaften der Ententestaaten zusammen und es wurde das sogenannte Leedser Programm beschlossen, in welchem an die Arbeiterschaft der ganzen Welt appelliert wird, Vorsorge für den Frieden zu treffen und dafür zu sorgen, daß die ausgearbeiteten

Vorschläge der Gewerkschaften auf der Friedenskonferenz verhandelt werden.

Die Deutschen haben wohl erkannt, welche Bedeutung die Beschlüsse von Leeds haben; die Berliner Generalkommission wußte, daß hinter den Beschlüssen mehr steckte, als sie zu sagen schienen, vor allem der gute Wille, zusammenzukommen. Zunächst übernahmen die Holländer provisorisch die Stelle der Verbindung. Da aber die Engländer und Franzosen die Holländer für zu deutschfreundlich hielten, wurden alle ihre Vorschläge auf eine Zusammenkunft abschlägig beschieden. Als man das erkannte, nahmen die Schweizer, die auch bei der Entente volles Vertrauen genießen, diese Aufgabe auf sich. Wirklich erklärte Jouhaux, der Vertreter der französischen Landesstelle, wenn die Schweizer einen Kongreß einberufen, so würden sie kommen. Allerdings handelte es sich zunächst darum, die Verlegung des Sitzes des Internationalen Gewerkschaftsbundes von Berlin in die Schweiz durchzusetzen. Die Schweizer setzten sich schon im Dezember 1916 mit Legien in Verbindung und die Korrespondenz über die Konferenz für den März wurde weitergeführt. Die Deutschen waren sofort bereit, zu einer Konferenz über die Beratung des Leedser Programms zu kommen, und erklärten, als Zentrale Vorschläge auf Aenderung dieses Programms vorzulegen. Mittlerweile kam die Aktion für Stockholm dazwischen und es wurde geplant, etwa acht Tage vor der Plenarversammlung des Friedenskongresses eine gewerkschaftliche Zusammenkunft abzuhalten. Mittlerweile hielten wir am 8. Juni eine Konferenz in Stockholm ab, die allerdings nur eine Rumpfkonferenz war. Wegen der voraussichtlichen Verkehrsschwierigkeiten beauftragte die Stockholmer Gewerkschaftskonferenz die Schweiz, eine Konferenz nach Bern einzuberufen. Diese Konferenz hat nun stattgefunden und sie begann mit dem erfreulichen Ereignis, daß Jouhaux erklären ließ, wenn er einen Paß bekomme, wolle er kommen, die Friedensforderungen und seinen Antrag auf Verlegung des Sitzes selbst vertreten. Er wolle weiter weder über den Krieg noch über die Schuldfrage reden, sondern sachlich beraten über den Ausbau der Internationale und das Leedser Programm. Das zeigt uns schon, daß die Gewerkschafter in Frankreich doch ganz anders denken als die französische Mehrheit, wenn sie auch bei Ausbruch des Krieges dieselbe Stellung einnahmen. Von den Italienern wußten wir damals noch nichts, erst nach unserer Abreise von Bern kam ein Telegramm an, worin sie ihren Willen aussprachen, zu kommen.

Minder erfreulich und geradezu ein unüberbrückbarer Gegensatz zu der Erklärung von Jouhaux war die Zuschrift, die der Sekretär der englischen Gewerkschaftszentrale Appleton geschickt hat, daß, solange Belgien und Nordfrankreich besetzt sind und die Deutschen den Krieg so barbarisch weiterführen, sich die Engländer mit ihnen nicht an einen Tisch setzen würden. Diese Zuschrift wurde von allen, auch den französischen Schweizern, verdammt. Sie gab allerdings den Deutschen Gelegenheit, sofort darauf zu erwidern, und Bauer hat das weidlich ausgenützt. Er fragte, seit wann es denn Sitte sei, die Arbeiter wegen der Grausamkeiten des Krieges anzuklagen. Er hob besonders hervor, daß man sich auf Grund der russischen Klausel sofort einigen könne, wenn auf der Gegenseite der Wille dazu vorhanden wäre. Diese Erklärung Bauers blieb nicht ohne Eindruck auf der Konferenz.

Es wurde dann eine Kommission über die Frage der Verlegung des

Sitzes des internationalen Gewerkschaftsbundes

eingesetzt. Als in London die Engländer den Beschluß durchdrückten, daß Bern nicht beschickt werden und daß man eine internationale schriftliche Abstimmung vornehmen solle, hat Jouhaux erklärt, er behalte sich vor, in Paris für den Besuch von Bern einzutreten. Wir haben auf die Stimmung der Franzosen und Italiener Rücksicht genommen und selbstverständlich alles getan, um eine Verschärfung der Gegensätze zu verhindern. Auch die Deutschen haben dabei mitgeholfen. Unser alter Veteran, Genosse Greulich, hat den Deutschen dabei allerdings manches Unangenehme gesagt. Er hat auch den Antrag der Schweizer verteidigt, jetzt schon, auch in Abwesenheit der Franzosen und Italiener, die Verlegung des Sitzes zu beraten und zu beschließen, was als ein großes Entgegenkommen für die Ententegewerkschaften einen guten Einfluß auf den Wiederaufbau der Internationale haben würde. Im Namen der Deutschen hat nun Brey, der Vertreter der deutschen Fabriksarbeiter, geantwortet. Er hat zunächst gefragt, ob sich nicht auch Greulich vorstellen könne, wie es auf die deutschen Arbeiter wirken müsse, wenn sie die Hetze der ganzen Welt gegen die Deutschen sehen, wie man, ob mit Recht oder Unrecht, immer auf sie loshämmert und sie in berechnender Art demütigen will. In der Kommission legte Legien dar: Wir sind bereit, über die Verlegung des Sitzes zu beraten, aber nur dann, wenn die Franzosen und Italiener da sind. Wir klammern uns nicht an den Bund, aber bei den Verhandlungen in London hat ein Vertreter einer großen englischen Organisation erklärt: Wenn es uns gelingt, den Sitz des Bundes von Berlin zu verlegen, so ist das eine Niederlage, ein ausgesprochenes Mißtrauensvotum gegen die Deutschen. Konnten wir Oesterreicher unter diesen Umständen dafür sein, daß die Deutschen zur Sitzverlegung des Bundes gezwungen werden? Wir Oesterreicher mußten auch hier den Vermittler spielen, wir haben das in Oesterreich ja gut gelernt. Legien erklärte, falls die Schweizer auf der Verlegung des Sitzes beharren, dies als ein Mißtrauensvotum gegen die Deutschen zu betrachten, andererseits waren die Schweizer mit der Drohung gekommen, daß, wenn der Sitz nicht verlegt werde, wir zwei Zentralstellen bekommen würden. So kam denn die Resolution zustande, die im ersten Satze erklärt, daß die Verlegung des Sitzes nicht prinzipiell abgelehnt wird. Die Umstände aber, unter denen die Verlegung verlangt wird, sowie die Abwesenheit der ursprünglichen Antragsteller selbst veranlaßten die Konferenz, die Beschlußfassung zu vertagen und der nächsten Konferenz vorzulegen.

Nachdem so die politische Debatte vorüber war, konnten wir an unsere eigentliche Arbeit herantreten, das ist zu den

Forderungen der Arbeiter an die Friedenskonferenz.

Was hier beschlossen wurde, ist, offen gesagt, meistens das Produkt der Franzosen und Engländer, es wurde nur durch die Deutschen modifiziert. Die erste Forderung ist die Freizügigkeit: Ein- und Auswanderungsverbote sollen als unzulässig erklärt werden. Ausnahmen werden nur bei wirtschaftlicher Depression zugelassen. Ueber die Einwanderung wird eine staatliche Kontrolle gefordert. Selbstverständlich müssen auch die Einwanderer des vollen Arbeiterschutzes teilhaftig sein. Kontraktarbeiter dürfen nicht zugelassen werden. Die Uebersicht über den Arbeitsmarkt muß international geregelt werden, alles einschlägige Material ist den Gewerkschaften zugänglich zu machen. Das Streikrecht auch der Einwanderer ist sicherzustellen. Das Recht der Auswanderer, den

Arbeiterzeitung
4./XI. 1917
23

Der Anteil des Industrialismus am Kriege.

Die Wirtschaftsperiode, die der Krieg vor drei Jahren jäh unterbrochen hatte, war gekennzeichnet durch einen stürmischen Aufschwung der industriellen Produktion, des Verbrauchs, des Verkehrs und des Welthandels, wie ihn die Geschichte früher nie verzeichnet hatte. Der Kapitalismus mit der Technik im Bunde hatte der Welt ein neues Antlitz aufgedrückt, den Erzeugungsprozeß revoltiert, der Maschine zu einem märchenhaften Triumphzug verholfen. Vor einem Jahrhundert hatte die Welt noch andere Vorstellungen vom Reichtum als die Welt vor dem Kriege oder gar die Welt von heute, in der von gewandten Plusmachern die Millionen im Handumdrehen verdient werden. Die Bankiers von der Theresianischen bis zur Kongreßzeit, die Geymüller, Fries, Arnstein und Eskeles, Rothschild, Todesco, Königswarter, die damals Berater und Helfer der Finanzminister waren, sie waren Stümper, verglichen mit ihren Nachfolgern, die heute die Banken beherrschen und aus mühelosen Tantièmen fürstliche Einkommen beziehen. Das Finanzkapital dankt seine Macht und seinen Einfluß der Verbindung mit dem Industriekapital, und dieses wieder ist aus der Umwälzung des Produktionsprozesses durch die Maschine hervorgegangen. Aller Reichtum, der in den letzten fünfzig Jahren erworben wurde, gleichviel in welchem Produktionszweig, hat, auf seine letzten Ausläufer zurückgeführt, seinen Ursprung in der technischen Vervollkommnung, die die heutigen Großbetriebe mit ihren unbegrenzten Entfaltungsbestrebungen erst möglich gemacht hat. Die Maschine hat sich die Welt erobert, nicht so sehr weil die Menschheit auf eine rasche Vermehrung der Gütererzeugung angewiesen war, als vielmehr weil sie dem Unternehmer das geeignetste Mittel bot, auf Kosten des Arbeiters seine Gewinne zu erhöhen. Es klingt fast unglaublich, daß Krupp, dieser gewaltige Riesenbetrieb, vor einem Jahrhundert ein kleines Hammerwerk in Essen war, daß die Geschützfabrik von Skoda vor unseren Augen entstanden und gewachsen ist.

Unter der tätigen Mitwirkung des Finanzkapitals machte der Siegeszug der Maschine ungeheure Fortschritte. In Amerika entstand der Stahltrust als die gewaltigste Hochburg selbstherrlicher kapitalistischer Machtentfaltung, und in Deutschland, wo man sich beeilte, das amerikanische Beispiel nachzuahmen, entwickelten sich durch Betriebsverschmelzungen überlebensgroße Betriebe, wie Phönix, Gelsenkirchen und Deutsch-Luxemburg. Die Welt war von dem Wahne beherrscht, daß ihr Heil in der Massenproduktion gelegen sei und daß es zur Weltmachtstellung eines Staates gehöre, nicht bloß für den eigenen Verbrauch zu arbeiten, sondern auch die entlegensten Märkte mit Waren zu versorgen. Die Nationalökonomen des Deutschen Reiches behaupten, daß der Grundstein zu dem Reichtum Deutschlands von der Industrie gelegt worden sei und daß man es hauptsächlich ihren Leistungen zu danken habe, wenn das Nationalvermögen des Deutschen Reiches seit seiner Gründung so ungeheuer gewachsen ist. Aber was ist das Nationalvermögen? Wem gehört es? Wer verfügt darüber? Und wenn es sich vermehrt, wer hat den Vorteil davon? Sind die Milliarden, die die deutschen Banken verwalten, sind die Paläste und Villen, der Grundbesitz und die industriellen Anlagen, die Niederlassungen im Ausland, die Aktien von Banken und industriellen Gesellschaften, sind sie etwa das Eigentum des arbeitenden Volkes? Das Nationalvermögen ist eine jener Täuschungen, die die kapitalistische Wirtschaftstheorie benötigt, um die Aufmerksamkeit von den Schäden der modernen Gesellschaftsordnung abzulenken. Wenn wirklich die Staaten durch das Finanzkapital und die Großindustrie reich geworden sind, so sind die Nutznießer dieses Reichtums doch wieder nur das Finanzkapital und die Großindustrie, also eine kleine Minderheit, während die Masse der Arbeiter aus dieser Entwicklung keinen Nutzen gezogen, im Gegenteil diese Entwicklung eher mit dem Verlust ihrer Existenzmöglichkeit bezahlt hat.

Denn darüber kann kein Zweifel bestehen, daß die Riesengewinne der Industrie, der Banken und der Börse nicht zuletzt auf Kosten des Arbeitslohnes gemacht worden sind. Der erste, der beim Uebergang zum Großbetrieb zur Seite gedrängt und niedergetreten wurde, war der Arbeiter. Der Unternehmer war jederzeit bereit, Betriebsstätten zu demolieren und die ganze Einrichtung zum alten Eisen zu werfen, wenn er durch technische Verbesserungen, durch neue Erfindungen, durch leistungsfähigere Maschinen billiger erzeugen, das heißt menschliche Arbeitskraft ersparen konnte. Es ist zuweilen lehrreich, in alten Berichten industrieller Gesellschaften zu blättern. Nicht mehr als dreißig Jahre ist es her, da hat die Prager Eisenindustriegesellschaft von Herrn Wittgenstein das Teplitzer Walzwerk erworben und ihm als Kaufpreis 11.000 Aktien ausgefolgt, die heute einen Wert von mehr als 40 Millionen Kronen haben. Das Werk wurde stillgelegt und um den Altmaterialpreis verkauft, als es sich besser lohnte, ein neues, billiger produzierendes in Kladno zu errichten. Daß bei dieser Betriebsverlegung Hunderte von Arbeitern um ihr Brot kamen, machte der Gesellschaft wenig Sorgen. Die gewaltige Entwicklung der Eisenindustrie in Deutschland und in gewissem Sinne auch bei uns hat sich vollzogen, ohne daß der Stand der Arbeiter nennenswert vermehrt worden wäre. Die Alpine Montangesellschaft erzeugt heute viermal so viel Roheisen, achtmal so viel Ingots und dreimal so viel Eisen und Stahl als vor dreißig Jahren, ohne auch nur einen einzigen Arbeiter neu aufgenommen zu haben. Die gewaltige Steigerung der Dividende und des Aktienkurses haben sich auf Kosten des Arbeitslohnes vollzogen.

Der Industrialismus, der darauf ausging, recht viel zu erzeugen, war gezwungen, für diese Erzeugung auch den Absatz zu suchen. So entbrannte der Kampf um die Märkte, so entstand die Jagd nach fernen Absatzgebieten und so entwickelte sich auf dem Boden friedlicher Arbeit jene Eifersucht, die den Keim zum Unfrieden legte, aus dem als blutige Saat der Weltkrieg aufging. Der Industrialismus drängte aber nicht bloß zur Ausfuhr von Waren aus dem Produktionsland, er drängte auch zu einer ungesunden Vermehrung der Bedürfnisse. Heute, nachdem der Krieg uns auf allen Gebieten Sparsamkeit und Entbehrungen auferlegt hat, ist es leicht, den Luxus und die Güterverschwendung der Vergangenheit zu verurteilen. Aber waren Luxus und Güterverschwendung nicht die unvermeidlichen Begleiterscheinungen einer Wirtschaftsordnung, deren einziges Streben auf die Steigerung des Geldgewinnes gerichtet war? Die Mode, die mit suggestiver Gewalt den Verbrauchern immer neue Bedürfnisse aufzwang, war sie vielleicht etwas anderes als der verzweifelte Notbehelf eines nach raschem Warenverbrauch dürstenden Produktionswahnes? In Wien sind vor dem Kriege Häuser, die niemandem im Wege standen und die noch Generationen hätten überdauern können, niedergerissen worden, weil die Bauunternehmer und alle am Häuserbau beteiligten Gewerbe ein Geschäft machen wollten. Die Industrie, die einen ununterbrochenen Kampf mit der eigenen Erzeugung führte und doch nicht den Mut fand, diese Erzeugung einzudämmen, mußte all ihr Streben darauf konzentrieren, neue Verwendungsmöglichkeiten zu ersinnen. Das Moderne von heute mußte morgen unmodern und überholt sein, denn es war der Fluch des Industrialismus, daß er niemals gesättigt war, daß er keine Ruhepause vertrug und daß er schließlich zu seinem Dasein der Zerstörungen nicht entbehren konnte. Als Dr. Lueger vor Jahren die Gasröhren der englischen Gesellschaft aus den Straßen entfernte und Millionenwerte vernichtete, ist uns an einem kleinen Beispiel veranschaulicht worden, daß es für den Industrialismus im Grunde gleichgültig sei, ob er nützliche oder überflüssige Arbeit leiste, ob er aufbaue oder zerstöre, ob er der Allgemeinheit nütze oder schade. Jenes Zerstörungswerk, das die Gemeinde dauernd mit einer Millionenschuld belastete, war die Quelle der Bereicherung der Röhrenwerke, für die Erzeuger von Gasmessern und für die christlichsozialen Pflasterermeister. Dem Industrialismus genügte nicht mehr der Bedarf, der aus dem normalen Verbrauch hervorging, er brauchte einen Ueberbedarf, wie er sich im Frieden nur einstellen konnte, wenn neue Erfindungen den Verkehr oder die industrielle Produktion vom Grund aus umgestalteten oder wenn Elementarkatastrophen, wie es zuweilen große Erdbeben waren, ungeheure Vermögenswerte vernichteten. Der Industrialismus brauchte daher auch die Kriege und sie waren für ihn vom Standpunkt der geschäftlichen Ausnützung stets einträglich, weil es im Kriege auf den Preis nicht ankam und entwertete alte Lagerbestände mit Nutzen veräußert werden konnten.

Die stärkste Förderung fand der Industrialismus zu allen Zeiten durch die Rüstungen. Industrialismus und Militarismus hatten bald herausgefunden, daß sie aufeinander angewiesen seien, und sie arbeiteten sich gegenseitig in die Hände. Die Maschine, die menschliche Arbeitskraft sparte und dafür sorgte, daß der Arbeitsmarkt immer mit einem Ueberschuß an Arbeitslosen überschwemmt war, lieferte dem Staate die Soldaten, die er für seine stehenden Heere benötigte. Niemals wäre es den Regierenden möglich gewesen, ohne schwere Schädigung des Erwerbslebens so große und immer steigende Rekrutenkontingente auszuheben, wenn den Arbeiter nicht die Technik ersetzt hätte. Die Mechanisierung der Betriebe galt den Regierenden als ein Stück der Kriegsrüstung. Auch wenn es uns ein so genauer Kenner der Verhältnisse wie Herr Walter Rathenau nicht verraten hätte, wüßten wir es heute, daß der gesamte industrielle Apparat schon im Frieden darauf angelegt war, sich auf den Krieg umzustellen, wenn es einmal erforderlich sein sollte. Darum standen die Regierungen allen Bestrebungen der Großindustrie, die auf Hebung ihrer Leistungsfähigkeit abzielten, immer wohlwollend gegenüber. Darum förderten sie Betriebsverschmelzungen und Kapitalsvermehrungen und legten sie der Ausbeutung des Konsums durch die Kartellorganisationen keine Hindernisse in den Weg. Die Staaten, die erobern, und die Geldleute, die verdienen wollten, verfolgten die gleichen Ziele und verstanden sich ausgezeichnet.

Der rasende Erzeugungstaumel und das Rüstungsfieber haben den Weltkrieg nicht unmittelbar verschuldet, ihn aber doch begünstigt und vorbereitet. Sie haben vor allem dazu beigetragen, die politische Spannung in der Welt bis zur Unerträglichkeit zu steigern. Da jeder Staat bemüht war, die neuen Erfindungen militärisch zu verwerten, lebten die Generalstäbe in unausgesetzter Sorge und Unruhe, den günstigsten Augenblick für das Losschlagen zu versäumen. Ein neues Geschütz, ein neuer Sprengstoff, ein neues Luftfahrzeug konnte morgen schon von einem anderen Staate übertroffen sein. Nur die Scheu vor der Verantwortung und die Furcht vor den unberechenbaren Zerstörungen eines Krieges, der mit so ungeheuren Menschenmassen und so verheerenden Mordinstrumenten geführt werden sollte, hielt die militärischen Gewalten im Zaume. Aber als sich die Industrie durch die maßlose Ueberproduktion immer mehr beengt fühlte, als die unverkauften Warenvorräte zu beängstigender Höhe anschwollen und die Welt einem bis an den Giebel gefüllten Warenmagazin glich, als die Perioden des Aufschwunges immer kürzer und die Perioden des Stillstandes immer länger wurden und die Riesenbetriebe vor der Gefahr standen, ihre Anlagen nicht mehr beschäftigen zu können, da änderte sich das Bild und da erwuchs den militärischen Kreisen ein Bundesgenosse in der Schwerindustrie, die mit dem Kriege ein Geschäft machen wollte, nachdem es mit dem Frieden nicht mehr zu machen war. Hinter den Kriegshetzern stand in allen Staaten der Industrialismus und dieselben Organe der Schwerindustrie, die sich jetzt gegen den Frieden stemmen, waren es, die im Frieden auf den Krieg hingearbeitet haben.

Drei Jahre Kriegserfahrungen haben zur Genüge bewiesen, daß der Krieg für die Industrie und für die Banken ein viel einträglicheres Geschäft ist als die Friedenskonjunktur, besonders eine zur Neige gehende Friedenskonjunktur. Die Kosten eines Krieges zahlt schließlich immer wieder das Volk, während die Gewinne aus den Lieferungen den Großunternehmern, Großgrundbesitzern und Finanzleuten zufallen. Wenn im Kriege Schiffe versenkt und kostbare Warenladungen auf den Meeresgrund gebohrt, wenn Ortschaften in Brand gesteckt und Milliardenwerte vernichtet werden: wer hat den Schaden davon? Niemals büßt der Unternehmer auch nur einen Heller ein, denn seine Erzeugnisse werden ihm bezahlt und gut bezahlt, was immer ihr Schicksal sei. England hat im Frieden, um den Vorsprung seiner Flotte zu behaupten, nahezu zwei Millionen Bruttotonnen jährlich vom Stapel gelassen. Der Schiffbau hatte einen solchen Umfang angenommen, daß das Meer fast schon zu eng war, um die Unmengen neuer Fahrzeuge aufzunehmen. Die Seefrachten hörten auf, lohnend zu sein, und wenn es so weiter gegangen wäre, so hätten eines Tages die Schiffsreeder aller Länder zusammentreten und beschließen müssen, einen Teil der Schiffe in die Luft zu sprengen, damit der Seeverkehr wieder einen Gewinn abwerfe. Den englischen Schiffsreedern schien es vorteilhafter, diesen Aderlaß durch den Krieg besorgen zu lassen und die Kosten der Zerstörungen dem Staate aufzubürden. Die Rechnung des Industrialismus stimmt in allen Staaten, und jene, die die Kosten des Krieges bezahlen, waren immer und werden wieder die breiten Massen sein, dieselben breiten Massen, die auf den Schlachtfeldern ihr Blut vergießen, während die Nutznießer des Krieges im sicheren Hinterland glänzende Bilanzen machen, was eine lohnendere und gefahrlosere Tätigkeit ist.

Der Krieg mit all dem Entsetzlichen, das wir erlebt haben, hat uns doch auch wichtige Erkenntnisse vermittelt und einer verblendeten Welt die Schuppen von den Augen gerissen. Was der Menschheit zum Segen hätte gereichen können, der kulturelle Fortschritt, der Erfindungsgeist und die wissenschaftliche Forschung, es ist ihr zum Verhängnis geworden, weil sich der menschliche Geist und die menschliche Schaffenskraft zum Diener des Kapitalismus und des Militarismus erniedrigt haben. Muß es uns nicht mit tiefster Beschämung und Trauer erfüllen, daß das Sinnen und Trachten der besten Köpfe aller Nationen in der letzten Friedensperiode darauf gerichtet war, Werkzeuge zu erfinden, die die Greuel des Krieges bis zur Hölle steigern sollten? Wenn dieser Krieg ein versöhnliches Ende finden soll, muß er der Menschheit eine neue Weltordnung bringen, die sie vor der Wiederkehr ähnlicher Schrecknisse bewahrt. Diese neue Weltordnung zu erzwingen ist die Aufgabe aller Friedensfreunde, wie schwierig auch diese Aufgabe sein mag. Nie wieder darf es sich ereignen, daß das kostbare Blut des Volkes für schnöde Geldinteressen vergossen werde.

5/XI. 1917.

Die Neuordnung des preußischen Handelskammerwesens.

Berlin, 5. Nov. (Telegr.) Der vorläufige Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung des Handelskammergesetzes ist nunmehr fertiggestellt und wird den Handelskammern vom Handelsminister zur gutachtlichen Äußerung übersandt. Da der Entwurf dem Landtag unmittelbar nach Weihnachten vorgelegt werden soll, werden die Handelskammern ersucht, sich vor Ablauf des Novembers zu äußern, und zwar werden sie gebeten, ihre Stellungnahme nicht auf die in dem Entwurf gemachten Vorschläge zu beschränken, sondern auch auf Punkte auszudehnen, die etwa sonst noch nach den bei der Handhabung des Handelskammergesetzes gemachten Erfahrungen für änderungs- oder ergänzungsbedürftig erachtet werden.

Nachdem schon vor längerer Zeit bekanntgeworden war, daß aus Anlaß der Reform des preußischen Herrenhauses eine Änderung des Handelskammergesetzes geplant sei, ist vor kurzem auch über die Einzelheiten der in Aussicht stehenden Gesetzesnovelle Näheres mitgeteilt worden (vgl. Kölnische Zeitung vom 19. Oktober d. J. Nr. 1000). Eine endgültige Stellungnahme hierzu wird erst auf Grund des eigentlichen Gesetzentwurfs erfolgen können. Doch dürfte es angezeigt erscheinen, schon jetzt auf die Bedeutung der beabsichtigten Neuregelung hinzuweisen und daran einige kritische Bemerkungen zu knüpfen. Was zunächst den äußern Anlaß der Reform anbetrifft, so setzt die Verwertung der Handelskammerorganisation für die Ordnung des politischen Wahlrechts zum mindesten voraus, daß die Organisation lückenlos das gesamte Staatsgebiet umfaßt, wie dies entgegen den preußischen Verhältnissen in den meisten andern Bundesstaaten bereits der Fall ist. In einigen der letztern haben die Handelskammern auch schon das Recht zur Teilnahme an den politischen Wahlen, so die badischen ein eigentliches Wahlrecht, die württembergischen ein Vorschlagsrecht zur Ersten Kammer. Gebietet somit schon die bevorstehende Reform des preußischen Landtagswahlrechts, mit einer Rückständigkeit des Handelskammerwesens aufzuräumen, so liegt es vor allem auch im Interesse der Erfüllung der eigentlichen Aufgaben der Handelskammern, eine Neuordnung ihrer Verhältnisse vorzunehmen, und diese muß neben der lückenlosen Verteilung nicht minder die Schaffung von durchweg leistungsfähigen Körperschaften zum Ziele haben. Das ist denn auch der Hauptzweck der in Aussicht stehenden Novelle, die fernerhin noch einige sonstige Verbesserungen des jetzigen Rechtszustands erstrebt. Das jetzige Vorgehen knüpft damit an den im Jahre 1896 von dem damaligen Handelsminister Frhrn. v. Berlepsch unternommenen Versuch einer gründlichen Neuregelung des Handelskammerwesens an, der leider infolge der Opposition des Abgeordnetenhauses nicht zum Ziele führte. Es kam im Jahre 1897 nur zu mehr untergeordneten Änderungen des Gesetzes, die nicht mit Unrecht als bloße Flickarbeit bezeichnet worden sind. Möge dem jetzigen Vorgehen ein besseres Schicksal beschieden sein!

Die räumliche Verteilung der preußischen Handelskammern ist bekanntlich das Ergebnis allmählicher Entwicklung, wobei der Anstoß zur Errichtung von Handelskammern von den kaufmännischen Kreisen selbst ausging, und dem Minister lediglich das Genehmigungsrecht vorbehalten blieb. Daher die ungleiche Verteilung, daher aber auch die Entstehung zahlreicher kleiner und kleinster Kammern, die in die Gesamtorganisation den Charakter der Zersplitterung getragen haben. Mit diesem Zustande muß um so mehr gebrochen werden, als die amtliche Interessenorganisation der nicht kaufmännischen Berufsstände in dieser Hinsicht weit günstigere Verhältnisse aufweist. So sind auf Grund des preußischen Gesetzes über die Landwirtschaftskammern seit 1894 solche für alle preußischen Provinzen durch königliche Verordnung ins Leben gerufen worden, während die Handwerkskammern durch die Novelle zur Reichsgewerbeordnung von 1897 (Innungsgesetz) für das gesamte Reichsgebiet als obligatorische Einrichtungen begründet wurden, und zwar wurde in Preußen in der Regel je eine für die Regierungsbezirke geschaffen. Für die preußischen Handelskammern wird der Weg zu einer Neuorganisation in ähnlicher Weise geöffnet sein, wenn nunmehr dem Handelsminister die Befugnis erteilt wird, die Handelskammern zu errichten und ihre Bezirke abzugrenzen. Die Notwendigkeit lückenloser Verteilung auf das gesamte Staatsgebiet ergibt sich nicht nur aus dem erwähnten äußern Anlaß des jetzigen Vorgehens, sondern ebenso sehr aus dem Umstande, daß den Handelskammern neben ihren Aufgaben als Interessenvertretungen im Laufe der Zeit eine Reihe wichtiger amtlicher Funktionen übertragen worden ist, die dort nicht ordnungsmäßig ausgeübt werden können, wo keine Handelskammern zuständig sind. Gegenwärtig ist ein Achtel der Fläche des preußischen Staatsgebiets mit 2½ Millionen Einwohnern noch nicht in die Handelskammerorganisation einbezogen. Handelt es sich hierbei auch zumeist um ländliche Bezirke, so ist doch aus den erwähnten Gründen, und weil industrielle und Handelsbetriebe mehr und mehr auch in den agrarischen Gebieten Fuß fassen, die Beseitigung des jetzigen Zustands erforderlich. Bezüglich der Bildung der Bezirke wird man der wirtschaftlichen Zusammengehörigkeit der Gebiete und bis zu einem gewissen Grade auch den eigenartigen örtlichen Verhältnissen Rechnung zu tragen haben. Dies gilt namentlich für das rheinisch-westfälische Industriegebiet, obwohl gerade hier, wie die im Handelsteil der Kölnischen Zeitung vom 24. Oktober d. J. (Nr. 1018) veröffentlichte Statistik der steuerlichen Verhältnisse der rheinischen Handelskammern zeigt, die Zersplitterung sehr weit geht und eine teilweise Zusammenlegung geboten erscheint. Für das Staatsgebiet im ganzen dürfte es angezeigt erscheinen, in der Regel die Regierungsbezirke als Grundlage für die Bezirksbildung der Handelskammern zu wählen, wofür u. a. auch der Umstand spricht, daß die königlichen Regierungen als unmittelbare Aufsichtsbehörden der Handelskammern fungieren. Übrigens umfassen die Handelskammern zu Oppeln, Posen und Bromberg schon jetzt das Gebiet der betreffenden Regierungsbezirke und diejenigen von Münster, Osnabrück, Koblenz und Halle diese Bezirke nahezu völlig. Vor Jahren war auch für Köln durch die beabsichtigte Einbeziehung des Bezirks der jetzigen Bonner Kammer ein solcher Umkreis geplant. Auf diesem Wege würde sich die jetzige übergroße Zahl von 89 Kammern sehr erheblich vermindern lassen, was im Interesse nicht nur der Leistungsfähigkeit der Kammern sondern auch des Zusammenarbeitens der Staatsregierung und ihrer Organe mit diesen Körperschaften sehr zu wünschen wäre.

Einiges Befremden wird in Handelskammerkreisen die Absicht der Regierung hervorgerufen haben, zwei Abteilungen, für Handel und Industrie, die in getrennten Wahlkörpern gewählt werden, für jede Kammer zu bilden. Diese Abteilungen sollen in solchen Fällen, in denen Handel und Industrie verschiedene Interessen haben, zunächst auch getrennt beraten und beschließen, und es soll dann, wenn die gesamte Kammer von dem Beschluß der einen Gruppe abweicht, diese berechtigt sein, die Vorlage des abweichenden Beschlusses an die Behörde zu verlangen. Mit dieser Regelung ist insofern keine Neuerung geschaffen, als die Wahlrechtsbestimmungen des Gesetzes schon jetzt die Bildung von Wahlabteilungen nach Berufsgruppen gestatten, wovon jedoch tatsächlich kaum Gebrauch gemacht worden ist. Über die Zweckmäßigkeit des jetzt beabsichtigten Verfahrens mögen die Ansichten geteilt sein. Jedenfalls kann man die Begründung, wonach dem Einwurf begegnet werden soll, daß die Handelskammern gegenwärtig vielfach nicht genügend die Industrie vertreten, kaum als durchschlagend anerkennen. Die Sachlage ist doch eine etwas andre. Schon im Jahre 1902 konnte der Deutsche Handelstag als Gesamtvertretung der Handelskammern gegenüber jenem Vorwurf feststellen, daß von den 3070 Handelskammermitgliedern im Reiche 1716 der Industrie und nur 1354 dem Handel angehören, so daß im ganzen zum mindesten nicht von einer Majorisierung der Industrie durch den Handel gesprochen werden kann. In den letzten fünfzehn Jahren hat sich das Verhältnis, und zwar auch in Preußen, zweifellos noch mehr zugunsten der Industrie verschoben. Immerhin mag, an der Bedeutung der Industrie gegenüber dem Handel gemessen, eine noch weitere Verschiebung des Mitgliederbestandes zugunsten der Industrie angezeigt sein. Nun wird man gegenüber der Ansicht, daß die Handelskammern nicht genügend die Industrie vertreten, zugeben müssen, daß sehr wichtige Interessen der Industrie in den Handelskammern vielfach nicht zur Geltung kommen. Das liegt jedoch weniger an der Verteilung der Mitgliederzahl, noch auch würde darin durch die beabsichtigte Trennung in zwei Abteilungen wesentliches geändert werden. Der Grund jener Erscheinung ist vielmehr darin zu suchen, daß im Laufe der Jahrzehnte die privaten industriellen Verbände immer mehr erstarkt sind. Ist auch deren Entstehung zum Teil auf eine frühere einseitige Haltung der Handelskammern gegenüber den Interessen der emporblühenden Industrie, namentlich in der Schutzzollfrage, zurückzuführen, so sind doch derartige Streitpunkte längst zurückgetreten, und es ist statt dessen durchweg ein harmonisches und verständnisvolles Zusammenarbeiten beider Gruppen zu beobachten. Demgegenüber sind gegenwärtig andre Probleme, vor allem solche sozialpolitischer Art, in den Vordergrund gerückt, hinsichtlich deren die Wahrnehmung der Interessen des industriellen Unternehmertums wirksamer von privaten Verbänden ausgehen kann als von den Handelskammern, die sich als amtliche und mit dem Besteurungsrecht versehene Organe in jenen Fragen naturgemäß eine größere Zurückhaltung auferlegen müssen. Darin wird sich auch in Zukunft schwerlich etwas ändern.

Neben der Vertretung der Industrie in den Handelskammern will der Gesetzentwurf weiterhin auch die Vertretung des Kleinhandels auf eine gesicherte Grundlage stellen. Dies geschieht dadurch, daß der Minister im Zwangswege die Errichtung einer Abteilung für den Kleinhandel fordern kann, und daß daneben auch noch ein besonderer Kleinhandelsausschuß in Wirksamkeit treten soll. Ein solcher ist auf Anregung des Ministers freiwillig von vielen Handelskammern bereits gebildet worden, um den Klagen über ungenügende Berücksichtigung der Kleinhandelsinteressen durch die Handelskammern zu begegnen. Diese Klagen hatten übrigens schon vor einer Reihe von Jahren zu wiederholten Beschlüssen des Abgeordnetenhauses geführt. Sie forderten, daß den mittlern und kleinern Kaufleuten eine bessere Vertretung gesichert werden solle. Hierbei war auch an die sogenannten Minderkaufleute gedacht, die bekanntlich keine kaufmännische Firma führen, und deshalb zu den Handelskammern nicht wahlberechtigt sind. Ihre Vertretung im Kleinhandelsausschuß müßte deshalb durch Zuwahl, tunlichst auf Grund eines Vorschlags von Fachvereinen, erfolgen. Vor allem aber müßte dann auch, was anscheinend nicht beabsichtigt ist, mit der Bestimmung des Handelskammergesetzes aufgeräumt werden, wonach die Handelskammer beschließen kann, daß das Wahlrecht an eine Mindesthöhe der Gewerbesteuer geknüpft sein soll. Ein solcher Ausschluß der kleinern Firmeninhaber paßt auf die Bedürfnisse der Gegenwart durchaus nicht mehr und steht zu den obigen Bestrebungen zugunsten der Kleinhandelsvertretung im vollen Widerspruch. Den Gedanken selbständiger Kleinhandelskammern lehnt der Entwurf mit Recht ab. Seine Verwirklichung würde zu einer unzweckmäßigen Zersplitterung unsrer amtlichen Interessenvertretungen führen und den Zusammenhalt des Groß- und Kleinhandels zum Schaden beider Teile zerreißen. Wenn in Hamburg und Bremen solche Sonderkammern bestehen, so ist deren Schaffung aus den eigenartigen Verhältnissen der dortigen amtlichen Interessenvertretungen zu erklären, was die Hamburger „Detaillistenkammer" gelegentlich ihrer Begründung selbst nachdrücklich betont hat.

Manchem wohl als Überraschung, erscheint nun auch das Wahlrecht der Frauen in dem Entwurf, eine Bestimmung, die sich schon in dem neuen hessischen Handelskammergesetz findet. Zwar handelt es sich zunächst nur um das aktive Wahlrecht, und zum mindesten in dieser Hinsicht muß es als mit der heutigen Auffassung von der Stellung der Frau im öffentlichen und politischen Leben unvereinbar bezeichnet werden, wenn sie sich als Firmeninhaberin, gleich den Personen, die unter Vormundschaft oder Pflegschaft stehen, bei den Wahlen durch einen Bevollmächtigten vertreten zu lassen hat. Der Ausschuß des Deutschen Handelstages hat sich denn auch, und zwar auf Grund eines Antrags der Kölner Handelskammer, vor einigen Jahren für das aktive Wahlrecht der Frau ausgesprochen. Übrigens sprechen allgemeine politische Erwägungen und gewisse praktische Interessen, besonders auf sozialem Gebiete, auch für das passive Frauenwahlrecht. Seine etwaige Regelung im Entwurf ist zurzeit regierungsseitig noch nicht entschieden. Eine wenig glückliche Neuerung bringt der Entwurf insofern, als die Handelskammern künftig „Handels- und Gewerbekammern" heißen sollen. Gewiß ist es richtig, daß in dem Namen „Handelskammer" die Tatsache nicht zur Erscheinung kommt, daß auch die Industrie in ihr vertreten ist. Ist dies aber ein genügender Anlaß, um die alte Bezeichnung zu ändern? Stößt sich irgend jemand an dem Namen „Handelsgesetzbuch", obwohl das kaufmännische Recht auch für die Industrie gilt? Jedenfalls ist die vorgeschlagene Bezeichnung, wenn man dieser Frage überhaupt eine praktische Bedeutung beimessen will, nicht minder irreführend. Das Wort „Gewerbe" bezeichnet bekanntlich das ganze Gebiet der Produktion, soweit diese die Formveränderung der Rohstoffe zum Gegenstand hat, umfaßt also neben dem Großgewerbe, der Industrie, auch das Kleingewerbe, das Handwerk, was auch dem „Minister für Handel und Gewerbe" nicht unbekannt ist. Findet man also keine bessere Lösung, so sollte es bei dem seit einem Jahrhundert eingebürgerten Namen „Handelskammer" sein Bewenden haben.

Die durch Änderung der Genehmigungsgrenze (jetzt 10 v. H. der Gewerbesteuer) ermöglichte größere Freiheit in der Besteurung entspricht den tatsächlichen Bedürfnissen. Die jetzige Vorschrift engt die Handelskammern zu sehr ein, wie denn auch die oben erwähnte Statistik der rheinischen Kammern zeigt, daß die Mehrzahl (13 von 19) mit ihrem Steuerzuschlag über die jetzige Grenze von 10 v. H. erheblich, und zwar vereinzelt bis auf 20 v. H. hinausgegangen ist. Der Ersatz der wenigen im Osten noch bestehenden „kaufmännischen Korporationen" durch Handelskammern oder wenigstens die Übertragung ihrer öffentlich-rechtlichen Befugnisse an neu zu errichtende Handelskammern erscheint angemessen. Bekanntlich ist in Berlin schon im Jahre 1904 im letztern Sinne verfahren worden, so daß dort Handelskammer und Korporation nebeneinander bestehen. Hoffentlich gelingt es, für die in Frage stehenden Städte des Ostens diesen nicht gerade glücklichen Zustand doppelter Vertretung zu vermeiden.

Mit der geplanten Neuordnung des preußischen Handelskammerwesens, wie sie durch die hier kurz besprochenen Einzelheiten des Gesetzentwurfs beabsichtigt ist, wird im ganzen zweifellos eine wesentliche Verbesserung der jetzigen Organisation herbeigeführt. Zu einer Änderung im Sinne größerer Gleichförmigkeit der innern Verhältnisse der Kammer hat sich freilich auch diesmal die Regierung nicht zu entschließen vermocht. Nach wie vor bleibt vieles der Regelung auf dem Wege selbständiger statutarischer Bestimmung der Kammern überlassen. Dies gilt besonders von der Regelung des Wahlrechts, das gegenwärtig eine bunte Fülle aller erdenklichen Wahlsysteme aufweist. Hier, wie in mancher andern Hinsicht, wird demnach jede Handelskammer auch künftig ihre eignen Wege gehen können. So sehr man an und für sich diese Bewegungsfreiheit billigen mag, so wäre doch in gewissen Beziehungen eine stärkere Vereinheitlichung durch Zwangsbestimmungen zu wünschen. Hierher gehört die Beseitigung des jetzt noch möglichen Ausschlusses der kleinern Kaufleute vom Wahlrecht, wovon oben bereits die Rede war. Auch die Bestimmung, wonach die Handelskammern die Öffentlichkeit der Sitzungen beschließen können, muß als nicht mehr zeitgemäß bezeichnet werden. Die Sitzungen sollten in der Regel öffentlich sein und die Vertraulichkeit der Verhandlungen auf die wirklich notwendigen Fälle beschränkt werden. Vielfach hat man auch die Einführung der obligatorischen Anhörung der Handelskammern durch eine gesetzliche Bestimmung befürwortet, nach der die Regierung genötigt sein soll, gelegentlich der Ausarbeitung eines die Interessen von Handel und Industrie berührenden Gesetzentwurfs oder des Erlasses wichtiger Verordnungen die Handelskammern zu hören. Doch würde eine derartige Bindung leicht zu Unzuträglichkeiten führen, wenn auch nicht bestritten werden kann, daß die nachhaltigen Beschwerden, besonders des Deutschen Handelstages über das Unterlassen der Befragung der Handelskammern selbst dort, wo Handel und Industrie unmittelbar und stark interessiert waren, berechtigt gewesen sind. Endlich dürfte es sich empfehlen, gelegentlich der bevorstehenden Novelle mit gewissen Unklarheiten und Lücken in der jetzigen Fassung des Gesetzestextes aufzuräumen.

Frankfurter Zeitung

6./XI. 1917.

25

Die Novelle zum Handelskammergesetz.

N Berlin, 5. Novbr. (Priv.-Tel.) Der Handelsminister übersendet nunmehr den interessierten Kreisen, also namentlich den Handelskammern, die Novelle zum Handelskammergesetz zur Begutachtung, nachdem sich in den Besprechungen mit den Parteien des Abgeordnetenhauses eine weitgehende Uebereinstimmung über die beabsichtigten Abänderungen ergeben hat. Der Entwurf soll dem Landtag unmittelbar nach Weihnachten vorgelegt werden, so daß die gutachtlichen Aeußerungen nur Berücksichtigung finden, wenn sie vor Ablauf des November zugehen. Der Handelsminister bittet, die Stellungnahme nicht auf die in dem Entwurf gemachten Vorschläge zu beschränken, sondern auf Punkte auszudehnen, die etwa sonst nach den bei der Handhabung des Handelskammergesetzes gemachten Erfahrungen für änderungs- oder regelungsbedürftig erachtet werden.

Zur Erläuterung der einzelnen Bestimmungen des Entwurfes bemerkt der Handelsminister folgendes:

Artikel 1. Die Vornahme einer Aenderung der Bezeichnung der Handelskammer ist deswegen angeregt worden, weil die bisherige Bezeichnung oft in der Oeffentlichkeit zu dem Irrtum Anlaß gegeben hat, daß die Handelskammer eine ausschließliche Vertretung des Handels darstellt. In Frage kommen für die Neubenennung die Bezeichnungen: „Handels- und Gewerbekammern" oder „Handels- und Industriekammern". Der Entwurf hat die letztere Bezeichnung gewählt, weil der Begriff des Gewerbes auch wirtschaftliche Gruppen umfaßt, die in der Handelskammerorganisation ihre Vertretung nicht finden und zum Teil — wie das Handwerk — in besonderen Vertretungen gesetzlich organisiert sind.

Der Artikel 2 bringt in Verbindung mit dem Artikel 3 den Hauptgrundsatz des Gesetzes zum Ausdruck, das in Zukunft abweichend von der bisherigen Rechtslage dem Minister für Handel und Gewerbe die freie Entscheidung über die Errichtung und Abgrenzung einer Kammer überträgt. Diese Maßnahme bietet die einzige Möglichkeit, der weitgehenden Zersplitterung der Handelskammerorganisationen entgegen zu wirken. Es ist nicht zu verkennen und ist namentlich unter den Verhältnissen des Krieges zu Tage getreten, daß, so wünschenswert eine weitgehende Verästelung der Organisation im Interesse der Vertretung lokaler Wünsche oft sein mag, die weite Aufgabe der Handelskammern: die Vertretung der Gesamtinteressen größerer Bezirke, darunter leiden muß. Die Möglichkeit, im Gesetz selbst die Abgrenzung vorzunehmen, erscheint bei der Ungleichartigkeit der wirtschaftlichen Verhältnisse von Handel und Gewerbe in den verschiedenen Teilen der Monarchie und bei der ständigen Entwicklung, der Handel und Gewerbe unterliegen, untunlich. Deshalb kommt die ministerielle Entscheidungsbefugnis als das alleinige Mittel in Frage, um die bestehenden Zustände zu bessern. Die Entscheidung selbst ist im Artikel 3 an bestimmte Grundsätze gebunden.

Bei der gutachtlichen Stellungnahme bittet der Handelsminister, sich auf die grundsätzliche Seite der Frage zu beschränken und die Erörterung über die Notwendigkeit des Fortbestehens oder der Erweiterungen bestimmter einzelner Handelskammern einem späteren Zeitpunkte der Verhandlungen zu überlassen.

Der Artikel 4 beschränkt die Möglichkeit der Beibehaltung eines Zensus auf diejenigen Kammern, die das allgemeine gleiche Wahlrecht haben. Es entspricht das einem durch Beschwerden und Petitionen im Landtag mehrfach vorgebrachten Wunsch, der eine Häufung der der Minderung des Wahlrechts der Kleingewerbetreibenden dienenden Mittel zu vermeiden wünscht.

Artikel 5 und 6 sehen die Einführung des aktiven Wahlrechts auch für Frauen vor. Der Handelsminister ersucht um eine Stellungnahme, ob die Einführung auch des passiven unbedenklich und erwünscht ist.

Artikel 7 bis 9 und Artikel 12 führen entsprechend den in der Praxis bewährten Vorbildern der österreichischen Gesetzgebung eine Scheidung der Kammer in mehrere Abteilungen, namentlich in solche von Handel und Industrie ein. Sie verfolgen den Zweck, einer Wirtschaftsgruppe, auch wenn sie in der Minderheit ist, eine bestimmte Anzahl von Vertretern und eine besondere Beratung, besonders für sie wichtiger Angelegenheiten innerhalb des eigenen Kreises zu ermöglichen. Dabei soll indes der Charakter der Kammer als einer einheitlichen beratenden nicht nach Gremien, sondern nach dem Prinzip der durch Zählung der Stimmen abstimmenden Beschlußorgane gewahrt bleiben.

Artikel 10 soll mit der an einigen Orten geübten der Billigkeit widersprechenden Praxis brechen, daß den Gemeinden zur Einziehung nur diejenigen Beiträge überwiesen werden, die zwar größere Erhebungskosten bedingen, aber für die Gemeinde die geringste Entlohnung eintragen.

Artikel 11 gibt den Handelskammern entsprechend den größeren Aufgaben größere Freiheit bei der Aufbringung ihrer Mittel und befreit sie von dem lästigen und dabei ziemlich wertlosen Erfordernis ausdrücklicher ministerieller Genehmigung, sobald die Zuschläge 10 Prozent der Gewerbesteuer übersteigen.

Artikel 14 führt den Grundsatz eines Schutzes der Minderheit namentlich auch für die Kreise des Kleinhandels durch. Der Entwurf lehnt damit die Vorschläge auf Errichtung besonderer Kleinhandelskammern ab und will die berechtigten Wünsche des Kleinhandels auf Vertretung seiner Interessen im Wege des Abbaues der Kleinhandels-Ausschüsse erreichen. Um diesen Ausbau nach bestimmten einheitlichen Gesichtspunkten für das ganze Staatsgebiet durchzuführen, ist der Erlaß der Bestimmungen nicht nur der Genehmigung des Ministers unterworfen, sondern in gewissem Umfange auch dessen Entscherdungsbefugnis zugewiesen. Hierfür ist die gleiche Erwägung maßgebend, auf Grund deren bei der im Artikel 7 behandelten Bildung von Abteilungen dem Minister eine Anordnungsbefugnis bezüglich einer Abteilung „Kleinhandel" gegeben werden soll. Eine Abteilung „Kleinhandel" und ein „Kleinhandels-Ausschuß" sollen einander nicht ausschließen, sondern sich ergänzen können, sodaß eine Vertretung der Wünsche des Kleinhandelsausschusses auch bei den Beratungen durch die Mitglieder der Kleinhandelsabteilung erfolgen kann. Unabhängig davon soll das Recht des Kleinhandelsausschusses bestehen, die Vorladung seiner Mitglieder namentlich Stellungnahme bei den Behörden, auch bei abweichenden Entscheidungen der Kammer zu erlangen.

Außerdem soll Artikel 14 den bisher an einzelnen Kammern bereits bestehenden Ausschüssen für Angestellte eine zweite freie rechtliche Unterlage geben und dazu anregen, diese für die Frage des Angestelltenverhältnisses bedeutsame Einrichtung auch anderweitig zu schaffen.

Die Artikel 15 bis 17 enthalten Vorschläge, den Aufgabekreis der Handelskammer mit ihrer Neuorganisation zu erweitern. Der Handelsminister ersucht gerade die Vorschläge auf diesem Gebiet an Hand der Erfahrung und Wünsche nach Möglichkeit auszudehnen und der kommenden Gesetzgebung Richtpunkte dafür zu geben, wie die Erfahrungen und Kräfte der Handelskammer noch besser als bisher den öffentlichen Aufgaben dienstbar gemacht werden können.

Zum Artikel 15, der aus vielfach geäußerten Wünschen der Kammern hervorgegangen ist, bemerkt der Handelsminister, daß eine grundsätzliche Anordnung des Inhalts, daß alle für Handel und Gewerbe bedeutsamen Reichs- und Landesgesetze vor ihrer Feststellung durch die Handelskammer zu begutachten seien, mit der Struktur unseres Verfassungswesens nicht in Einklang zu bringen ist und ihr abgesehen davon praktische Bedenken insofern entgegenstehen, als nicht alle Gesetzentwürfe vor ihrer Fertigstellung ohne weiteres der Oeffentlichkeit übergeben werden können. Der Entwurf trägt aber den berechtigten Wünschen der Kammer insofern Rechnung, als er eine Pflicht der Behörde feststellt, eine Mitwirkung der Handelskammer grundsätzlich, soweit das ohne Bedenken statthaft ist, durch Erstattung von Gutachten zu den einschlägigen Frager und Beteiligung bei tatsächlichen Ermittelungen herbeizuführen. In dieser Beziehung ist auch das im Artikel 14 vorgesehene Recht zur Anstellung einmaliger und fortlaufender statistischer Feststellungen von besonderer Bedeutung. Es ist dabei allerdings absichtlich davon Abstand genommen, den Erhebungsrechten der Kammer eine besondere strafrechtlich geschützte Auskunftspflicht der Inhaber gewerblicher Betriebe gegenüberzustellen. Eine derartige Verpflichtung würde leicht zu der Befürchtung führen, daß berechtigte Geschäftsgeheimnisse preisgegeben werden müßten. Der Entwurf geht von der Auffassung aus, daß die Handelskammern bei statistischen Erhebungen von selbst das Gebiet der der Oeffentlichkeit nicht zugänglichen Verhältnisse eines jeden Betriebs zu vermeiden wissen werden, und daß ihnen genügend andere Mittel als die des Zwanges zu Gebote stehen, um wünschenswertes statistisches Material von den Betriebsinhabern zu erhalten.

Artikel 16 trägt oft vorgetragenen Wünschen der Handelskammern hinsichtlich der Ausdehnung der Befugnis zur Vereidigung und Anstellung fachkundiger Personen Rechnung. Er beseitigt die Beschränkung der Befugnis auf Gewerbetreibende und auf bestimmte Berufsarten.

Artikel 17 regelt die besondere Stellungnahme der kaufmännischen Korporationen in dem Entwurf. Wenn der Entwurf ihnen die öffentlich-rechtlichen Befugnisse entsprechend seinem organischen Ausbau auch nehmen muß, so geht er doch von der Erwartung und Hoffnung aus, daß die aufrecht erhaltenen Vorschriften über die Umwandlung in den Handelskammern es ermöglichen werden, die reichen Erfahrungen und das vielseitige in den Korporationen vertretene Wissen auch in die neue Organisation überzuleiten. Um berechtigten historischen Wünschen zu entsprechen, soll die bisherige Fassung des Gesetzes (§ 44 Abs. 5), wonach die frühere Bezeichnung der Körperschaft und ihre Vertretung aufrechterhalten bleiben kann, auch in das neue Gesetz aufgenommen werden.

Besonders wichtig für diejenigen Handelskammern und kaufmännischen Korporationen, die mit ihrer Auflösung bezw. der Entziehung ihrer öffentlich-rechtlichen Aufgaben zu rechnen haben, sind die Bestimmungen des Artikels 19. Der Handelsminister ersucht, sie nunmehr darauf hin zu prüfen, ob sie in Bezug auf die Anwendung bezw. Entschädigung der Beamten der Kammern den Anforderungen der Billigkeit entsprechen. Von der Möglichkeit eines erzwungenen Wechsels des Wohnsitzes und der Tätigkeit wird, wie bei allen größeren Neuorganisationen, nicht abgesehen werden können, wenn man nicht den künftigen Kammern von vornherein sehr große und in den kommenden Jahren doppelt schwere Lasten aufbürden will. Andererseits soll indes möglichst jede Härte gegen alte verdiente Beamte vermieden werden.

Neue Freie Presse

12./XI. 1917

II

Der Industriellentag.

Der Präsident des Wasserwirtschaftsverbandes Dr. Zetter verlangt die Schaffung eines Reichswassergesetzes, um eine einheitliche Behandlung der wasserwirtschaftlichen Fragen in allen Gebieten der Monarchie zu gewährleisten.

selbe auch durchzusetzen. Er bedauert die heutige Zersplitterung der Industrie in zahllosen Vereinen und erklärt, die Industrie muß sich, wenn sie bestehen und erfolgreich wirken will, zu einem einheitlichen Reichsverbande der Industrie Oesterreichs umgestalten. Er glaubt, daß das Zustandekommen des Reichsverbandes gesichert ist und schließt mit den Worten: Nur in der Einheit liegt die Kraft! Redner bespricht schließlich die durch Verkehrsschwierigkeiten geschaffene Lage in der Kohlenversorgung der Industrie.

Rede des Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler.

Es ist eine äußerst erfreuliche Tatsache, daß die Regierung heute mit den vereinigten industriellen Verbänden, also zum erstenmal mit den Vertretern der gesamten österreichischen Industrie, unmittelbar Fühlung zu nehmen in der Lage ist. Ich speziell bin für die freundliche Einladung zu den heutigen Beratungen um so mehr zu Dank verpflichtet, als mir hiedurch Gelegenheit geboten wird, mich zu einigen wirtschaftspolitischen und besonders industriellen Fragen allgemeiner Natur in kurzen Worten zu äußern. Meine diesbezügliche Berechtigung liegt wohl schon in dem Umstande, daß ich mich hier auf dem mir ureigensten Gebiete bewege. Ich bin, das kann ich wohl sagen, ein Veteran der Wirtschaftspolitik, der von der Pike auf gedient hat. (Lebhafter Beifall.) Die Sporen auf diesem Felde habe ich mir als Anwalt der Industrie erworben, ich weiß daher besser als mancher anderer, was die Industrie für diesen Staat bedeutet. (Beifall.) Mit dem gleichen Ernste und der gleichen Liebe habe ich mich in einer späteren Periode meines Lebens den landwirtschaftlichen Interessen gewidmet und so bin ich zu jener Ueberzeugung gelangt, für die ich seit einem Jahrzehnt bei jeder Gelegenheit in Wort und Schrift eintrete, nämlich zu der Ueberzeugung, daß zwischen den verschiedenen Produktionsgruppen kein anderes Verhältnis besteht und bestehen kann als dasjenige der innigsten Solidarität und daß es — soll man zu dieser Erkenntnis gelangen — nur der Einsicht und der Vorurteilslosigkeit, mit anderen Worten der Sachkenntnis bedarf. (Zustimmung.) Dieser Gedanke hat vor dem Kriege nicht immer und nicht überall vollen Anklang gefunden. Im Kriege selbst aber haben wir wohl begreifen gelernt, daß unsere vaterländische Produktion ein geschlossenes Ganzes darstellt und daß wir uns auf nichts so sehr verlassen können und verlassen dürfen als auf unsere eigene Kraft. (Lebhafter Beifall und Zustimmung.) Das ist die große Lehre dieses Krieges. Sie weist uns darauf hin, daß wir aus wirtschaftlichen, aber auch aus politischen Gründen vor allem danach streben müssen, unser produktives Können zu heben, zu pflegen und nach Möglichkeit zu erhöhen. Ich behaupte, daß wir hiezu auch imstande sind, und es ist wohl kein blinder Optimismus, wenn ich dies ausspreche. Unsere Landwirtschaft — ich sage dies als Fachmann und aus innerster Ueberzeugung — ist einer enormen Entwicklung fähig. Unsere Arbeiterschaft gehört zu den besten der Welt. Und was die Industrie anbelangt, so hat sie durch ungeheure Leistungen, durch eine geradezu geniale Anpassungsfähigkeit und durch die patriotische Entschlossenheit, mit welcher sie ihre reichen finanziellen Mittel dem öffentlichen Kreditbedürfnisse zur Verfügung stellte, es bewirkt, daß die Quellen der wirtschaftlichen und insbesondere der kriegswirtschaftlichen Versorgung nicht versiegten. Sie hat hiedurch zu den glorreichen Siegen wesentlich beigetragen, die wir erfochten haben und die wir unter dem Oberbefehl unseres geliebten, gestern mit Gottes Hilfe aus schwerer Gefahr glücklich geretteten Kaisers durch den Heldenmut unserer und unserer Verbündeten Truppen eben jetzt wieder erringen. Eine noch bedeutsamere Rolle aber wird der Industrie in der Zukunft zufallen. Aeußerst komplizierte Aufgaben wird sie in der Uebergangswirtschaft zu erfüllen haben; und vollends wird sie, wenn wir einmal zu der von uns allen so heiß ersehnten Friedenswirtschaft gelangt sein werden, an dem ökonomischen und kulturellen Wiederaufbau unseres Vaterlandes in hoffentlich wieder ganz freier Betätigung des Unternehmungsgeistes (lebhafter Beifall) hervorragendst mitzuwirken berufen sein. Freilich wird die Industrie auch dann nicht auf Rosen gebettet sein. Täuschen wir uns darüber nicht, daß wir alle schwere staatswirtschaftliche Lasten werden zu tragen haben; täuschen wir uns darüber nicht, daß die Industrie auch hier in der vordersten Reihe stehen wird. Aber auch diese Opfer wird sie der Oeffentlichkeit darzubringen vermögen, freilich nur unter einer Voraussetzung: Wenn der Staat von dem edlen Stamme der Industrie reiche Früchte abschütteln will, so muß er sich sorgfältig davor hüten, diesem Stamme die Lebenssäfte zu entziehen (lebhafter langanhaltender Beifall und Händeklatschen) oder gar die Axt an seine Wurzel zu legen. Eine blühende Volkswirtschaft ist ohne eine blühende Industrie nicht zu denken. (Lebhafter Beifall.) An diesem Leitgedanken müssen wir festhalten in der inneren Volks- und Staatswirtschaft, aber auch bei Regelung unserer handelspolitischen Beziehungen zum Auslande. Wir wollen den großen Markt, aber wir wollen auch den Schutz unseres Marktes, wo es not tut. Nicht von generalisierenden, sondern nur von individualisierenden, die Existenzbedingungen jedes einzelnen Produktionszweiges gewissenhaft prüfenden Methoden kann hier die Rede sein. (Erneuter lebhafter Beifall.) Dies ist meine Auffassung von dem Verhältnisse des Staates zur Industrie. Sie werden mich und die Regierung immer an Ihrer Seite finden, wenn es sich darum handelt, Ihre vitalen Interessen zu schützen und zu fördern. (Lebhafter Beifall.) In diesem Sinne erlaube ich mir, die vereinten industriellen Verbände auf das herzlichste zu begrüßen und ihren heutigen Beratungen den ersprießlichsten Verlauf zu wünschen. (Langanhaltender, lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Ein Friedensmanifest.

Kommerzialrat Heinrich Vetter, Präsident des Bundes Oesterreichischer Industrieller, hält es für selbstverständlich, daß die erste Industriellenversammlung, welche während des Weltkrieges stattfindet, an der wichtigen Frage, die alle am meisten berührt, der Frage von Krieg und Frieden, nicht vorübergehen könne. Der Redner protestiert dagegen, daß demagogische Angriffe gegen die Industrie erhoben werden und man ihren Vertretern in die Schuhe schiebt, daß sie, jedes menschlichen Gefühles bar, die Verlängerung des Krieges wünschen und hinter jenen Parteien stehen, die als die Kriegshetzer und Kriegsverlängerer bezeichnet werden müssen. Wir müssen dies um so mehr bedauern, als sogar in der ersten Kammer des Reiches ein hochangesehenes Mitglied derselben, Hofrat Lammasch, es für gut befunden hat, diesen Angriff durch seine Autorität zu unterstützen. Die Industrie hat wohl durch ihre Arbeit, deren Intensität und Erfolge selbst Kenner der österreichischen Industrie überrascht haben, einen großen Anteil an dem Erfolg unserer Waffen. Aber trotz dieser großen Bedeutung der Industrie für den Krieg bleibt die Industrie ein Berufskreis, der wie kein zweiter am Frieden interessiert ist und nur im Frieden gedeihen kann. Und so hat uns nicht bloß unser menschliches Empfinden, unser Gedenken an unsere Brüder und Söhne, die im Felde stehen, sondern auch unser materielles Interesse in den Kreis jener geführt, die einen baldigen ehrenvollen Frieden anstreben, einen Frieden mit den unversehrten Grenzen und der unversehrten Machtstellung unserer und unserer verbündeten Reiche, mit denen wir einig wie im Kriege, so auch einig in den Kriegszielen sind. Wir haben es daher freudig begrüßt, als der Minister des Auswärtigen Graf Czernin, ebenso wie das deutsche Parlament unseren Feinden die Hand zu einem Frieden auf dieser Grundlage gereicht, wie wir auch eine Genugtuung darüber empfinden, daß trotz unserer großen Erfolge an der Südwestfront gegen unseren verräterischen Bundesgenossen Ministerpräsident Doktor v. Seidler auch jetzt noch auf dem gleichen Standpunkte steht, wie aus einer jüngsten öffentlichen Erklärung desselben hervorgeht. Aber weil unsere Feinde dieses Friedensangebot hochmütig zurückgewiesen haben, müssen wir unsere Waffen weiter sprechen lassen. Die Industrie wird weiter mit Anspannung aller Kräfte sorgen, daß die Bedürfnisse des Heeres gedeckt und die Bevölkerung im Hinterlande, soweit die Rohstoffe reichen, mit allen notwendigen Bedarfsgegenständen versorgt werde. Je erfolgreicher wir hier am Werke sein werden, desto mehr werden wir dem Frieden dienen.

Politischer Aktivismus der Industrie.

Reichsratsabgeordneter Max Friedmann, Vizepräsident des Bundes Oesterreichischer Industrieller, legt dar, wie sehr wirtschaftliche Fragen von politischen abhängen und daß man, wenn man Wirtschaftspolitik betreiben wolle, auch allgemeine Politik betreiben müsse. Geistige und wirtschaftliche Kraft sind mächtige Faktoren im politischen Leben, in dem nicht nur die rohe Zahl entscheidet. Der Redner erörtert sodann das unmittelbare wirtschaftliche Interesse der Industrie an der Besserung unserer innerpolitischen Zustände, befaßt sich im besonderen mit der nationalen Kreiseinteilung und dem Verhältniswahlrecht. Redner beschäftigt sich auch mit der Regelung der polnischen Frage und der damit im Zusammenhange stehenden wirtschaftlichen Interessen. Zum Schlusse gibt Abgeordneter Friedmann der Hoffnung Ausdruck, daß die Industrie, der stärkste Grundpfeiler unserer Finanz- und Volkswirtschaft, sich ihrer Verantwortung und ihrer Verpflichtung bewußt werde, aktive Politik zu treiben und mitzuarbeiten, uns aus der Enge des politischen Lebens herauszuführen. —

Handelspolitik.

Artur Kuffler, Vizepräsident des Zentralverbandes der Industriellen Oesterreichs: Die Handelspolitik muß sich auf das jeweils bestehende Verhältnis der in- und ausländischen Produktions- und Absatzbedingungen basieren. In erster Linie muß daher das Gebiet, für welches die Handelspolitik gemacht werden soll, und das Gebiet derjenigen Staaten, mit denen handelspolitische Abmachungen angestrebt werden sollen, genau feststehen. Dies allein ist ein Beweis, daß es im gegenwärtigen Augenblick unmöglich ist, präzise handelspolitische Forderungen aufzustellen. Die kürzlich bekanntgewordenen Bestrebungen zur Regelung der polnischen Frage würden allein geeignet sein, unserer Handelspolitik eine neue Wendung zu geben. Die Angliederung eines neuen Produktions- und eines neuen Absatzgebietes ist geeignet, die handelspolitischen Voraussetzungen vollständig zu verschieben. Es können somit nur bestimmte Grundsätze, die sich aus der jetzigen allgemeinen Situation ergeben, entwickelt werden. Wir müssen die Vergrößerung unseres geschützten Absatzgebietes anstreben. Dies kann nur durch einen engeren handelspolitischen Anschluß an die heute mit uns gemeinsam kämpfenden Länder, vor allem an das Deutsche Reich, erzielt werden. Als Form dieses engeren Anschlusses empfiehlt sich ein Wirtschaftsbündnis, das bei Aufrechterhaltung des erforderlichen Schutzes für die eines solchen bedürftigen Produktionszweiges über den Rahmen eines Handelsvertrages hinausgeht und eine aktive, gemeinsame Handelspolitik ermöglicht. Der Zweck eines solchen Wirtschaftsbündnisses wird es nie sein dürfen, sich von dem übrigen Auslande abzuschließen, sondern vielmehr durch Zusammenfassung eines großen Produktions- und Absatzgebietes den Abschluß von Handelsverträgen mit den neutralen und den heute feindlichen Staaten zu ermöglichen. Zweck dieser Handelsverträge muß es sein, uns eine gleichberechtigte Stellung für Warenbezug und Absatz im Welthandel zu beschaffen. Ein besonderes Gewicht wird unsere Handelspolitik auf den Veredlungsverkehr zu legen haben. Es wäre ein folgenschwerer Fehler, wenn die Einschränkungen, die wir uns vielleicht aus valutarischen Gründen im Verbrauche ausländischer Waren auferlegen müssen, Einschränkungen in der Produktion zur Folge hätten. Wir müssen im Gegenteil dahin streben, unserer hochentwickelten Veredlungsindustrie die vollste Entfaltung ihrer Tätigkeit dadurch zu ermöglichen, daß sie im Bezuge ausländischer Rohmaterialien und Halbfabrikate zum Zwecke des Wiederexportes in verarbeitetem Zustande von allen Beschränkungen befreit werde. Alle handelspolitischen Maßnahmen müssen von dem einen Gedanken getragen werden, den Wiederaufbau des durch den Krieg zerstörten Volksvermögens durch möglichste Beseitigung aller der Produktion und dem Absatze entgegenstehender Hindernisse zu fördern.

Richtlinien der Industriepolitik.

Generaldirektor Dr. Georg Günther referiert über die Richtlinien der industriellen Produktion und führt aus: Noch niemals sind die Menschen vor ähnlichen, in ihren Folgewirkungen noch nicht übersehbaren Verhältnissen gestanden wie in diesem Kriege. Die Uebel, welche sich bereits klar abheben, sind besorgniserregend. Unsere Warenpreise sind maßlos erhöht, unser Geld entwertet, unsere Valuta zerstört, unsere Staatsschulden zu schwindelnder Höhe angewachsen, eine große Zahl unserer besten geistigen und körperlichen Arbeiter gefallen oder verkrüppelt, die sozialen Verhältnisse grundlegend verschoben, das Kapital angefeindet und verpönt. Da bei Wiedereintritt des Friedens unsere Vorräte an Roh- und Hilfsstoffen vollkommen erschöpft sein werden und da die Retablierungsarbeiten unsere Produktionskraft vollständig in Anspruch nehmen werden, werden wir nicht in der Lage sein, uns, abgesehen von der Ausfuhr einzelner Naturprodukte und Spezialerzeugnisse, nennenswert am Export zu beteiligen, und deshalb gezwungen sein, die Wiederherstellung der Valuta für das erste in einer Ermäßigung der Einfuhr aller entbehrlichen Güter zu suchen, ohne indessen unsere Produktionskraft und unsere Gütererzeugung zu schwächen. Wir müssen trachten, sämtliche Rohstoffe und Fabrikate, welche wir bisher aus dem Auslande bezogen haben, aber auch im Inlande herstellen können, im Inlande erzeugen, und müssen durch Ersatzstoffe ersetzen, was wir in gleicher Form nicht im Inlande gewinnen können. Für die erste Zeit werden wir uns zur Beschaffung der aus dem Auslande herbeizuführenden Rohstoffe durch die vorübergehende Verschuldung im Auslande helfen können, müssen aber trachten, so rasch wie möglich durch eine intensive Produktion im Lande die Voraussetzungen für einen höheren Export zu schaffen. Die Erhöhung der heimischen Güterproduktion wird auch durch größere Inanspruchnahme von papierenen Zahlungsmitteln erhöhend auf den Geldwert und durch das erhöhte Angebot ermäßigend auf die Warenpreise wirken. So führt der Weg zu einer Gesundung unserer Wirtschaft nur über eine intensive Gütererzeugung, vorausgesetzt, daß unsere innerpolitischen Verhältnisse in weiser Erkenntnis der Lehren dieses Krieges eine gründliche Wandlung zum Besseren erfahren. Nach dem Kriege werden uns wenigstens eine Million der tüchtigsten und leistungsfähigsten Männer fehlen, welche bei dem entsprechenden Prozentsatz an körperlichen Arbeitern Erzeugnisse im Werte von 3½ bis 4 Milliarden herzustellen vermögen, das ist mehr, als wir bisher exportiert haben. Wenn wir trotz des verringerten Arbeiterstandes mehr erzeugen wollen, so ist eine Intensivierung der Produktion nötig. Hinsichtlich der Verwendung von Ersatzstoffen erinnere ich daran, daß die Einfuhr von Salpeter durch die mögliche Gewinnung des Luftstickstoffes überflüssig geworden ist, daß Kupfer für viele Verwendungszwecke durch Aluminium ersetzt werden kann, daß ein Teil der bisher eingeführten mineralischen Brennstoffe durch die Hebung unserer Kohlenproduktion, der Rest durch die Zugutebringung unserer Wasserkräfte ersetzt werden kann. Zu ihrem Bedauern muß die Industrie sehen, daß sich die meisten mit ihr heute nur beschäftigen, um an den Gewinnen Kritik zu üben, die einzelne Industriegruppen ins Verdienen gebracht haben, ohne dasselbe kritische Bestreben auch auf andere Erwerbszweige zu erstrecken, welche hinsichtlich ihrer Kriegsgewinne die Industrie weit in den Schatten stellen. Leider tritt die Regierung, obwohl sie sich als Förderin der Industrie erklärt, gegenteiligen Bestrebungen nicht mit der nötigen Entschlossenheit entgegen. Wir müssen verlangen, daß der bedauernswerte demagogische Geist, welcher die Entfaltung unserer wirtschaftlichen Kräfte lähmt, so rasch wie möglich verschwindet. Ohne Aussicht auf gewinnbringende Betätigung wird das Kapital kaum die immerhin mit manchen Risken verbundene Anlage in industriellen Unternehmungen suchen. Für die Zugutebringung unserer Bodenschätze, für die Ausnützung unserer Wasserkräfte, für die Spezialisierung und Verbilligung unserer Produktion ist der Zusammenschluß des Kapitals in großen Kapitalsassoziationen erforderlich. Es muß deshalb wie ein Zeichen von Weltfremdheit anmuten, wenn eine große Zahl unserer Parlamentarier gerade diese Kapitalsassoziationen zum Gegenstande besonderer Anfeindung macht und die großen Gesellschaften, die dem Zweck intensiver Wirtschaftsführung am besten genügen, unter Strafsanktion stellt. Für das erste muß unsere heimische Produktion, insbesondere die Erzeugung von Ersatzstoffen, gegen ausländische Konkurrenz geschützt und die Verwendung dieser Ersatzstoffe im Inlande unter staatlichen Zwang gestellt werden. Zwecks Erhöhung unserer Kohlenproduktion müssen die durch die vor dem Kriege erfolgte Einbringung der Berggesetznovelle vollkommen labil gestalteten Besitz- und Rechtsverhältnisse im Kohlenbergbau stabilisiert werden. Soweit die Einfuhr der Kohle nicht durch eine Erhöhung unserer heimischen Kohlenproduktion ausgeschaltet werden kann, muß sie durch die Gewinnung elektrischer Energie aus unseren Wasserkräften ersetzt werden. Zur Erreichung dieses Zieles ist jedoch eine Vereinheitlichung und Vereinfachung unseres veralteten Wasserrechtes, die Einbringung eines Elektrizitätsgesetzes mit besonderer Berücksichtigung der Wegfreiheit für die Führung elektrischer Leitungen dringend notwendig. Um die in die Milliarden gehenden Mittel für den Ausbau der Wasserkräfte zu beschaffen, muß die Steuerfreiheit der Obligationszinsen und die Ausschaltung der Doppelbesteuerung der Aktienzinsen gewährt werden. Von großer Bedeutung für den Wiederaufbau unserer Wirtschaft ist auch eine Vervollkommnung unserer Verkehrsanlagen und eine möglichst rasche Beschaffung der durch den Krieg beschädigten, abgenützten und zerstörten Verkehrsmittel. Bei der Verbesserung unserer Verkehrsanlagen ist auch auf die Elektrifizierung unserer Hauptbahnen ein großes Gewicht zu legen. Eine große Bedeutung kommt auch der Unterstützung unserer heimischen Schiffahrt und im besonderen der Ozeanschiffahrt zu. Trotz der finanziellen Bedrängnis, in der wir uns befinden werden, muß eine weitausblickende Finanzpolitik betrieben werden, welche vor produktiven Auslagen nicht zurückscheut. Mit Rücksicht auf den zu erwartenden Arbeitermangel und die notwendige Produktionserhöhung wird es notwendig sein, Maßnahmen zu treffen, welche zur Verminderung der Auswanderung führen. Des weiteren wird es notwendig sein, Absichten, welche direkt oder indirekt auf eine Verkürzung der Arbeitszeit abzielen, entschiedenst entgegenzutreten. Ein besonderes Augenmerk wird auch der Heranbildung unserer jungen Generation zuzuwenden sein und dabei das Schwergewicht darauf gelegt werden müssen, daß eine geringere Zahl von jungen Männern wie bisher die akademische Ausbildung erstrebt, dagegen wird ein höherer Wert auf die Vorbildung für die praktischen Berufe zu legen sein. Seien wir uns auch selbst unserer Kraft bewußt, lassen wir die Dinge nicht gehen, wie sie wollen, sondern lenken wir ihren Lauf mit der Kraft der Ueberzeugung, daß „Einigkeit stark macht". Einig und kraftvoll vertreten, werden wir ein achtunggebietender Faktor unseres Staates werden.

Die Uebergangswirtschaft.

Dr. Johann Auspitzer, Vizepräsident des Bundes österreichischer Industrieller: Unter den Industriellen, ob groß oder klein, herrscht die Ansicht vor, das Zwangsorganisationen und staatlicher Einfluß so rasch als möglich zu beseitigen sein werden und daß die Initiative des einzelnen ehestens in ihre Rechte, der Unternehmungsgeist in seine alte Position wieder einzusetzen sein wird. Die Vertreter jener Richtung, welche den Sozialismus des Krieges in den Staatssozialismus des Friedens konvertieren wollen, behaupten, daß der Krieg eine revolutionäre Tatsache sei, die alles auf den Kopf gestellt und die Wiederkehr zu jenen Verhältnissen, wie sie vor dem Kriege bestanden, unmöglich gemacht hat. Sie sagen, daß man die Steuerlasten, die der Krieg verschuldet hat, wenn überhaupt, nur durch eine Umänderung des Wirtschaftssystems wird zu tragen vermögen. Die bisherige Besteuerungsart müsse teils eine Umänderung, teils eine Ergänzung durch Monopole erfahren, die Steigerung der Produktivität und des Exportes bedinge eine Nationalisierung der Betriebsmethoden und in der Hauptsache Zwangssyndikate. Demgegenüber darf man wohl behaupten, daß ein Beweis dafür schwer erbracht werden kann, daß Monopole ertragreicher sein müssen als alle anderen Steuerarten, und ebenso wird der Nachweis schwer werden, daß eine Zwangsorganisierung mit staatlichem Einfluß leistungsfähiger ist als eine Wirtschaft, die auf der Tätigkeit des einzelnen, beziehungsweise auf der freigewollten Organisation der Interessenten beruht. Insbesondere die Forderung nach erhöhtem Export, der uns eine erträgliche Zahlungsbilanz verschaffen soll, ist sicher unerfüllbar bei Unterbindung der Initiative des einzelnen. Auf diesen Standpunkt haben sich in Deutschland die größten Wirtschaftsverbände gestellt und die deutsche Reichsregierung scheint in der Hauptsache von den gleichen Auffassungen auszugehen. Und daß man in Ungarn die Uebergangswirtschaft nur dahin auffaßt, daß sie sich ehebaldigst überflüssig zu machen hat, haben wir erst unlängst aus dem Munde des ungarischen Ministerpräsidenten vernommen. Die spezifischen Probleme, welche der Uebergangswirtschaft gestellt sein werden, sind: Die Rohstoffbeschaffung, die Valuta und der Schiffsraum. Bezüglich der Rohstoffbeschaffung neigt man heute schon ziemlich allgemein

Neues Wiener Tagblatt

13./XI. 1917

34

ttt.

a n.

Morgen- und Abendblatt mit täglich einmaliger Postversendung:
Monatlich . . . . . 5 K — h
Vierteljährig . . . . . 14 K — h
Halbjährig . . . . . 28 K — h
Ganzjährig . . . . . 56 K — h

Mit täglich zweimaliger Postversendung:
Monatlich . . . . . 5 K 60 h
Vierteljährig . . . . . 16 K 50 h
Halbjährig . . . . . 33 K — h
Ganzjährig . . . . . 66 K — h

Für das Ausland:
Mit täglich einmaliger Postversendung:
Für Deutschland vierteljährig 20 K
Für die andern Länder des Weltpostvereines 22 K

Bei den Postämtern vierteljährig:
In Deutschland Mark 9.12, Schweiz Fr. 13.20, Bulgarien Fr. 14.90.

Inserate übernehmen alle renommierten in- und ausländ. Annoncenbureaux.

51. Jahrgang.

Der Ruf der Industrie.

Zum erstenmal seit Ausbruch des Krieges hat die österreichische Industrie laut und vernehmlich ihre Stimme erhoben — so laut und vernehmlich, wie es notwendig ist, um in dem lärmenden Getriebe des öffentlichen Lebens vernommen zu werden. Schüchterne Zurückhaltung mag vielleicht an dem einzelnen angenehm auffallen, die Vertreter großer Berufskreise müssen in unsrer grobschlächtigen Zeit kräftig die Stimme erheben, um sich Gehör zu schaffen. Wer sich zaghaft zum Schweigen verurteilt, über den wird leicht zur Tagesordnung übergegangen, und die Erfahrungen unsres politischen Lebens haben nach und nach alle Berufskreise dazu erzogen, ihre Forderungen mit größtem Nachdruck anzumelden. Das hat auch die österreichische Industrie in der Sonntagsversammlung der drei industriellen Hauptverbände getan, und sie hatte hiezu um so mehr Veranlassung, als das Maß ihres Einflusses in den gesetzgebenden Körpern beiweitem nicht ihrer Stellung im Wirtschaftsleben Oesterreichs entspricht. Sie darf keine Vorzugsstellung beanspruchen, was sie aber fordern kann, ist, daß ihr keine Ausnahmsstellung nach der schlechten Seite zugewiesen werde. Sie hat gottlob starke Schultern, die vieles zu tragen vermögen, und beim finanziellen Neuaufbau wird ihr naturgemäß eine bedeutende Rolle zufallen. Aber sie fordert, daß bei allen wirtschaftlichen und fiskalischen Anregungen und Maßnahmen die Grenzen ihrer Lebensmöglichkeit beachtet werden. Aus dem Munde des Ministerpräsidenten vernahm man Worte, die der Bedeutung der Industrie vollauf Rechnung trugen. Wenn, sagte Herr v. Seidler, der Staat von dem edlen Stamme der Industrie reiche Früchte abschütteln will, so muß er sich sorgfältig davor hüten, diesem Stamme die Lebenssäfte zu entziehen oder gar die Axt an seine Wurzel zu legen; eine blühende Volkswirtschaft ist ohne eine blühende Industrie nicht zu denken. Der Beifall, womit diese Worte aufgenommen wurden, bekundet gleichzeitig die Erwartung, daß derselbe Geist, der aus der Rede des Ministerpräsidenten sprach, für die Regierung und für die ganze Verwaltung bis herab zu den untersten Instanzen bestimmend sein werde. Die Anspielung des Ministerpräsidenten auf die hoffentlich wieder ganz freie Betätigung des Unternehmungsgeistes entspricht der Erkenntnis, daß unser wirtschaftliches Heil nur in der weitestgehenden Produktionsförderung zu suchen ist, die nur auf der Grundlage freier Initiative, nicht im Zeichen staatlicher Zwangswirtschaft gedeihen kann.

Der Industriellentag hat sich für die Vereinheitlichung der industriellen Organisationen, die Schaffung eines Reichsverbandes der österreichischen Industrie und die Vereinigung der industriellen Körperschaften ausgesprochen. Nach dieser Kundgebung darf man annehmen, daß der Plan des Zusammenschlusses der österreichischen industriellen Organisationen nunmehr aus dem Stadium der Erwägung in das der nahen Verwirklichung rückt. Diese Tatsache bedeutet einen Markstein in unserm Wirtschaftsleben und greift über den Bereich der engeren beruflichen Interessen hinaus. Die Einigung der kleinen, der mittleren und der Schwerindustrie erwächst aus der Erkenntnis, daß es zwischen diesen Gruppen keine unüberbrückbaren Gegensätze gibt und daß die Vorteile der Zusammenfassung der Kräfte schwerer wiegen

13./XI. 1917

35

Blatt

...reis für Oesterreich-Ungarn: Täglich einmalige Postversendung: Jährlich K 54.—; ...rlich K 27.—; vierteljährlich K 13.50; monatlich K 4.50. Täglich zweimalige Post... ...ung: Jährlich K 61.20; halbjährlich K 30.60; vierteljährlich K 15.40; monatlich K 5.20.

...reis für das Ausland: Vierteljährlich bei direkter Zusendung unter Kreuzband: Für ...land K 18.—, für alle anderen Länder K 22.50. Bei den Postämtern: in Deutschland 12 Mk. 25 Pf.; in der Schweiz 14 Frk. 15 Cent.; Bulgarien 15 Frk. 50 Cent.

...ch-Nummern: Schriftleitung 3869, 6832, Haupt-Verwaltung 3665, Versandstelle 1024, Druckerei 3668.

7 71. Jahrg.

...en im Gebirge.

...abgeschnitten und gefangen.

Wien, 13. November.

Zu einer gewaltigen Heerschau ist der Tag der Industrie geworden, der Sonntag in Wien abgehalten wurde. Die Macht der Verhältnisse hat es mit sich gebracht, daß seit Kriegsausbruch von der Veranstaltung eines Industriellentages abgesehen werden mußte. Nun aber, am Beginne des vierten Kriegswinters, hat sich die österreichische Industrie zu einer eindrucksvollen Kundgebung vereinigt, niemals vorher noch konnte ein österreichischer Industriellentag eine solche Massenbeschickung aufweisen. Diese Monstreversammlung demonstrierte für die Bedeutung der industriellen Arbeit in diesem Staate, für die Anerkennung der bewunderungswürdigen Leistungen, die die Industrie namentlich während des Krieges vollbracht, für die Notwendigkeit einer großzügigen Produktionspolitik, der wichtigsten Voraussetzung für die wirtschaftliche Retablierung. Mit berechtigtem Hochgefühl darf die österreichische Industrie die Tatsache verzeichnen, daß ihre Tätigkeit an Allerhöchster Stelle beglückende Würdigung findet; in der Antwort auf die Huldigung des Industriellentages gedenkt der Kaiser der „hervorragenden Verdienste der heimischen Industrie um die Schlagkraft der Armee und um die Widerstandsfähigkeit des Vaterlandes".

Diese Kaiserworte bilden eine erfreuliche Aufmunterung in einer Zeit, in der die Industrie, wie das auch auf der Tagung unter feierlichem Protest zum Ausdruck gebracht wurde, sich täglich und stündlich gegen demagogische Einflüsse wehren muß. Gerade unter diesem Gesichtspunkte war es von Bedeutung, daß sowohl der Ministerpräsident, als auch zahlreiche Mitglieder des Kabinetts, der Versammlung beiwohnten. War schon durch dieses äußerliche Moment bekundet, daß die Regierung die Wichtigkeit der Industrie nicht verkennt, so ist das in markanter Weise aus den Worten des Ministerpräsidenten Dr. R. v. Seidler hervor-

13./XI. 1917

36

Vom Industriellentag.

Die Sprecher der österreichischen Industriellen haben gestern vor einem Parterre von Ministern gesprochen und an ihnen willige Zuhörer gefunden. Von den zwei Volksschichten, die mit der Industrie zu tun haben, war die eine in ansehnlicher Zahl, die andere gar nicht vertreten. Alle Verbände der Unternehmerschaft waren vereint, die der schweren, der großen und der kleinen Industriellen, kurz alles, was von der Industrie Mehrwerte zieht und Mehrwerte häuft. Nur jene, die diese Mehrwerte in harter Arbeit und Ueberarbeit schaffen, die unendliche Mehrheit des Industrievolkes, fehlten und ihrer gedachte niemand mit einem Worte der Anerkennung, weder ein Mitglied noch ein Gast der Versammlung. Deren Stil wäre ja sicherlich gestört worden, wenn in ihrer Mitte die Gestalt des mangelhaft bekleideten, schlecht beschuhten, unterernährten und übermüdeten Arbeiters aufgetaucht wäre. Es war eben kein Tag der Industrie, sondern bloß der Industriellen.

Die Industriellen werden, so kündigte der Vorsitzende Brosche an, ihre Organisation vollenden, indem sie sich einen „Reichsverband der Industrie Oesterreichs" schaffen, und der Ministerpräsident äußerte sich sehr erfreut über diese Tatsache. Er stellte sich als „Veteran der Wirtschaftspolitik" vor, der von der Pike auf gedient hat — freilich zumeist im Ackerbauministerium. Daß er zu den Veteranen zählt, bewies er sofort, indem er die vom früheren Jahrhundert her überlieferte Auffassung vertrat, zwischen der Landwirtschaft und der Industrie bestehe das Verhältnis der innigsten Solidarität! Sie bekundet sich ja jetzt so schlagend in der Aufteilung des Brotes, Fettes und der Kartoffeln zwischen Landwirt und Industriearbeiter, in der Solidarität, die der Bodenbebauer betätigt, indem er jegliches Industrieprodukt von der Zwirnspule bis zur Pflugschar zu horrendem Ueberpreis bezahlt! Das Konzept von derlei Festreden ist doch seit der berühmten Reise der Kaiserin Katharina in die Krim zur Zeit Potemkins immer dasselbe geblieben. Und so klang auch zu der Zeit, wo Steinwenders Axt im Finanzausschuß am Stamme unserer Volkswirtschaft tobt, die Potemkinade sehr erbaulich: „Wenn der Staat vom edlen Stamme der Industrie reiche Früchte abschütteln will, so muß er sich sorgfältig davor hüten, diesem Stamme die Lebenssäfte zu entziehen oder gar die Axt an seine Wurzeln zu legen." Dem Tanzlustigen ist leicht geigen und also lohnte den Redner langanhaltender Beifall.

Der Präsident des Bundes, Herr Vetter, verwahrte sich gegen den Vorwurf, als ob die Industriellen um der Kriegsgewinne willen hinter den Kriegshetzern und Kriegsverlängerern stünden, polemisierte gegen ein Wort Lammasch' im Herrenhause und bekannte sich zu einem ehrenvollen Frieden mit unversehrter Machtstellung — einstweilen aber müßten wir unsere Waffen weitersprechen lassen. Und also auch weiter Waffen produzieren, was ja einer gewissen Schwerindustrie das Wichtigste ist. Für viele der kleinen Industriellen mag Vetter ja recht haben — aber was bedeuten sie neben Skoda und Krupp? Die Notwendigkeit aktiver Politik vertrat Friedmann, der in verständiger Weise für die Verwaltungsreform, die Kreiseinteilung und für das Verhältniswahlrecht eintrat — endlich wird, so scheint es, die Feindseligkeit gegen das Parlament des allgemeinen Stimmrechtes aufgegeben und statt der Rückbildung die Fortbildung des Wahlrechtes gefordert. In der Handelspolitik vertrat Kuffler nicht die endliche Oeffnung der Grenzen, sondern „die Vergrößerung des geschützten Absatzgebietes", also ungefähr das, was mgu. Imperialismus nennt. Generaldirektor Günther sagte mancherlei über die Steigerung unserer Erzeugung und Aufpitzer einiges über die Uebergangswirtschaft. Beinahe schien es, als könnte man einen langen Tag lang über die Industrie sprechen, ohne der industriellen Arbeiter auch nur Erwähnung zu tun.

Aber am Ende mußte man doch auch des Arbeiters gedenken. Die Tatsache, daß in vierzig Kriegsmonaten ungezählte Tausende Arbeiter und Arbeiterinnen ihres ganzen Wesens Kraft und Ausdauer, ja ein Stück ihres Lebens hingaben, um diese furchtbare, die Welt in Erstaunen setzende Leistung zu vollbringen, eine ganze Volkswirtschaft vom Frieden auf den Krieg umzustellen, diese Tatsache konnte ja doch nicht unerwähnt bleiben! Wenn der Krieg, wie wir alle hoffen, binnen absehbarer Zeit sein Ende findet, wenn dann Unternehmer und Arbeiter Bilanz machen, so weiß der eine reichen Segen im Schranke, der andere aber behält nichts als die Erinnerung an Jahre der Mühsal und des Hungers, an nichts als ein Stück verlorenen Lebens, nichts als die Gewißheit, daß diese maßlose Erschöpfung auch noch sein künftiges Leben kürzen wird. Allzu ungleich ist diese Bilanz! Und wenn schon von den Sprechern der Industrie niemand für diesen Bürgerzoll ein billiges Wort der Ehrung fand, von den Vertretern der Staatsgewalt war es füglich zu erwarten. Aber es blieb aus. Und nicht nur das!

Generaldirektor Günther sprach über Produktionssteigerung und also mußte er wohl auch über das Produktionsmittel Arbeitskraft sprechen: „Mit Rücksicht auf den zu erwartenden Arbeitermangel und die notwendige Produktionserhöhung wird es notwendig sein, Maßnahmen zu treffen, welche zur Verminderung der Auswanderung führen. Des weiteren wird es notwendig sein, Absichten, welche direkt oder indirekt auf eine Verkürzung der Arbeitszeit abzielen, entschiedenst entgegenzutreten." Zurückhaltung der Arbeiter in der Heimat, damit sie nicht in der Fremde höhere Löhne suchen; entschiedenste Maßregeln, daß die Arbeitszeit nicht verkürzt werde — das ist noch immer die höchste Summe sozialpolitischer Einsicht unserer Industriellen! Und damit sich ja niemand über den Grad burgfriedlicher Reife unserer Unternehmerklasse täusche, erhob Herr Hamburger Klage über die „sozialpolitischen Experimente während des Krieges"! Der § 1154b erscheint ihm bloß als die Möglichkeit, daß der Arbeiter „jeden irgendwie erdenklichen Anlaß benütze, bei vollem Lohne nicht zu arbeiten". Die Beschwerdekommissionen hätten das Gegenteil ihres Zweckes erreicht. Der sozialen Forderungen der Arbeiterklasse, die heute die ganze Welt erfüllen, den russischen Osten wie den Westen, geschieht nicht einmal Erwähnung! Die Industriellen begnügen sich, die Notwendigkeit einer dringlichen Einführung einer Alters- und Invaliditätsversicherung anzuerkennen, das jetzt, nachdem sie längst zur baren Selbstverständlichkeit geworden ist!

So sprechen die österreichischen Unternehmer im vierten Kriegsjahr über die Arbeiterklasse! Man halte dagegen, was selbst im Lande der Kraut- und Schlotjunker, was in Preußen, bislang dem ausgesprochensten Klassenstaat, geredet, geschrieben und in Gesetzen festgelegt ist, und man wird uns zustimmen, wenn wir sagen: Wir haben ohne Zweifel die einsichtsloseste Kapitalistenklasse von allen Ländern der Welt. Und viel weniger als sonstwo weiß die Regierung bei uns, was sie den Massen des arbeitenden Volkes schuldig ist. Denn nicht ein Wort der Abwehr oder Mahnung ward aus dem Munde eines der Vertreter der Regierung vernommen und selbst Homann, unter ihnen der modernste Mann, stimmte mit in die herzlose Manier ein, über den Arbeiter wie über eine unzuverlässige Arbeitsmaschine zu reden, die infolge eines unangemessenen Ablohnungssystems an Leistungsfähigkeit eingebüßt habe!

Auf diesem Tage der Industriellen galt der Arbeiter bloß als Sachgut, die Arbeitskraft als Hilfskraft des Kapitals — die Sehnsucht war groß, über ihn wieder in der vollen Freiheit des manchesterlichen Wirtschaftssystems zu verfügen, ja der Ministerpräsident Seidler verhieß, daß in der heiß ersehnten Friedenswirtschaft die Industriellen wieder in „ganz freier Betätigung des Unternehmergeistes" über diese und andere Sachgüter verfügen würden. Es ist hoch an der Zeit, daß Oesterreichs Arbeiterklasse endlich auch diesen „Veteranen" ihre Menschenwürde und ihre Bürgerrechte zum Bewußtsein bringt. Sie wird ihre Geltung nur sich selbst verdanken, denn die soziale Einsicht ihrer herrschenden Klassen und regierenden Kreise ist gleich Null.

die Sicherung des Schiffsraumes nach Friedensschluß Bedacht genommen werden. Es geht nicht an, nach dem Kriege die Verfügung über den Schiffsraum in die Hände einzelner zu legen. Der Staat muß sich einen Einfluß auf den Schiffsraum sichern, damit dieser im gegebenen Zeitraume jener Verwendung zugeführt werden könne, die im allgemeinen Interesse als die zweckmäßigste erscheint. Daneben sollen natürlich auch die Interessen unserer Handelsschiffahrt weitgehende Berücksichtigung finden. Es besteht die Absicht, schon in nächster Zeit alle Schiffahrtsunternehmungen und zwei Wirtschaftsverbände zusammenzufassen, um im Rahmen dieser Organisationen den Ausgleich zwischen den Bedürfnissen der Handelsmarine und den allgemeinen wirtschaftlichen Interessen zu bewerkstelligen. Ferner wird durch eine Verordnung dafür Vorsorge getroffen werden müssen, daß der Staat im äußersten Falle mit der Requisition des Schiffsraumes vorgehen kann. Dabei würde Oesterreich nur dem Beispiel folgen, das andere Staaten, auch neutrale Staaten, gegeben haben. Um nach Friedensschluß über eine möglichst große Tonnage verfügen zu können, wurde durch das soeben eingebrachte Marineunterstützungsgesetz eine Steigerung der Bauprämien von 25.000 auf 60.000 Tonnen jährlich vorgesehen. Für diejenigen Schiffe, die den Eigentümern vom Feinde abgenommen oder die versenkt wurden, wird gleichfalls die Gewährung von Ersätzen ins Auge gefaßt werden müssen. Auch für die Instandsetzung der Schiffe und ihre rechtzeitige Bemannung ist alles mögliche geschehen.

Rohstoffversorgung und Verteilung.

Von besonderer Bedeutung für die Verhältnisse während der Uebergangswirtschaft wird die Versorgung Oesterreichs mit ausländischen Rohstoffen sein. In diesem Zusammenhange ist das Verhältnis zu Ungarn hinsichtlich der Rohstoffeinfuhr von höchster Wichtigkeit. Im Frieden konnte man sich wohl mit dem Prinzip befreunden, daß die Militärlieferungen zwischen Oesterreich und Ungarn quotenmäßig aufzuteilen sind. Denn da gab es einen Ausgleich durch die privaten Bestellungen. Im Kriege aber hat die quotenmäßige Aufteilung der Militärlieferungen eine ganz andere Bedeutung gewonnen. In sehr vielen Materialien ist heute der Gesamtbedarf gleich dem Heeresbedarf. Gegenwärtig bringt die quotenmäßige Aufteilung eine Ueberbeschäftigung der ungarischen und eine Unterbeschäftigung der österreichischen Industrie mit sich. Unter allen Umständen muß das Prinzip einer quotenmäßigen Einführung der Rohmaterialien abgelehnt werden. Für die Aufteilung solcher Importe kann nur die Leistungsfähigkeit der beiderseitigen Industrien in Betracht kommen. Allerdings wird da nicht ein fixer Schlüssel auf eine längere Zeit aufzustellen sein, weil wir uns Ungarn gegenüber nicht dem Vorwurfe aussetzen dürfen, als ob wir die Entwicklung der ungarischen Industrie künstlich unterbinden wollten. Wir stehen nicht auf dem engherzigen Standpunkte, daß die Entwicklung der ungarischen Industrie eine Schädigung der österreichischen Interessen bedeutet, sondern sind uns dessen voll bewußt, daß jede Steigerung der wirtschaftlichen Kraft und der Produktionsfähigkeit eines Landes es auch als Absatzgebiet wertvoller macht. Aber anderseits darf auch nicht eine künstliche Prämie für die Entwicklung der ungarischen Industrie durch eine für Oesterreich ungerechte Aufteilung der Rohstoffe geschaffen werden. Die gemeinsamen Rohstoffbezüge müssen, wie erwähnt, nach der Leistungsfähigkeit der beiderseitigen Industrien aufgeteilt werden. Tritt eine Vermehrung der ungarischen industriellen Kapazität ein, so ist eine Aenderung des Schlüssels zugunsten Ungarns eine berechtigte Forderung. Dasselbe gilt aber natürlich auch für Oesterreich. Das allein ist ein gerechter Maßstab. Der Generalkommissär gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die hierüber mit der ungarischen Regierung zu pflegenden Verhandlungen im Geiste des Entgegenkommens und der gegenseitigen Rücksichtnahme auf die beiderseitigen Interessen geführt werden; denn es wäre für beide Teile äußerst verhängnisvoll, wenn in der schweren Zeit des Ueberganges vom Krieg zum Frieden, in welcher Verwaltung und Volkswirtschaft vor ungeheuer schwierigen Aufgaben stehen werden, die so nötige Einigkeit zwischen den beiden Staaten, die alle Einsichtigen hüben und drüben wünschen, fehlen würde.

Abg. Dr. Steinwender stellt fest, daß seit dem Jahre 1910 der Staat mit Ausnahme eines Jahres immer die volle 5prozentige Verzinsung für die der Unionbank gehörige Zelluloidfabrik gezahlt habe; auf diese Weise ist die Industrieförderung eine recht sonderbare und nur durch merkwürdige Beziehungen erklärliche Sache. Die Ausgabe von 60.000 K. für albanesische Jünglinge in Wien, welche Ausgabe unter dem Titel „Exportförderung" erscheint, sei ein passendes Nebenspiel zu der Erbauung einer Moschee in Albanien auf Kosten der Metallzentrale und zu der Errichtung italienischer Schulen in Albanien. Bezüglich der Tariferhöhung für die Donau-Dampfschiffahrtgesellschaft beantragt er die Einziehung der Subvention im Falle einer Fortsetzung dieser Erhöhung. Redner verwahrt sich schließlich gegen die Erwerbung der Zellulosefabriken in Hallein und Villach durch eine Bank und stellt einen diesbezüglichen Antrag.

Abg. Dr. Ritter v. Halban bespricht die für Geschäftswelt und Private empfindlichen Beschränkungen des Post- und Telegraphenwesens in Lemberg und Ostgalizien. Außerdem macht er auf den Mangel von Druckpapier aufmerksam, wodurch die Buchdrucker- und Verlegertätigkeit behindert wird.

Es sprachen noch die Abgeordneten A. Nemec und Biankini, worauf die Sitzung geschlossen wurde.

Hilfsmaßnahmen für die Gewerbetreibenden.

Zur Verhandlung gelangt sodann der Bericht des Gewerbeausschusses über die Anträge Erb, Dr. Roller und Dr. Wichtl betreffend die Durchführung einer Reihe von Hilfsmaßnahmen für die Gewerbetreibenden.

Berichterstatter Erb (deutschnationale Partei) betont die Notwendigkeit einer ausreichenden Hilfe für die Gewerbetreibenden. Es mangelt ihnen an Rohmaterialien und Halbfabrikaten sowie an Hilfskräften. Niemand habe auf den Gewerbestand Rücksicht genommen, der durch die Einberufungen auf das härteste getroffen wurde. Der Referent erörtert nun die bekannten Anträge des Ausschusses, bittet um entschiedenes Vorgehen bei den Enthebungen und die Beistellung von Rohmaterial, welches bei den Zentralen sowie bei den Militärbehörden zu finden sei.

Rede des Handelsministers.

Handelsminister Dr. Freiherr v. Wieser: Die Anträge sind der höchsten Beachtung seitens der Regierung wert. Der Gewerbestand hat die Schwierigkeiten und Entbehrungen, die wir alle im Laufe dieses Krieges im Haushalte zu tragen hatten, in vollem Ausmaße mitgetragen. Aber er ist, glaube ich, mehr als irgend ein andrer schaffender Stand und mehr wohl als überhaupt einer der Stände auch in seinem Erwerbe und Einkommen getroffen. Der Gewerbetreibende ist oft der einzige in seinem Geschäft gewesen, der das Geschäft aufrechterhalten konnte, und wenn er selbst nicht da war, ist das Geschäft vielfach still gestanden. (Zustimmung.) Ich kann mich dem, was der Berichterstatter gesagt hat, nur anschließen und möchte noch hinzufügen, daß der Gewerbestand die schweren Lasten, die ihm durch den Krieg auferlegt worden sind, in staatsbürgerlicher Treue getragen hat. (Zustimmung.) Ich glaube, es ist kein Wort zu hoch für die Art und Weise, wie der Gewerbestand diese Lasten getragen hat. Ich glaube, daß so wie ich jeder andre, der das Amt des Handelsministers zu führen haben wird, sich das gleiche Ziel wird stecken müssen, alles daran zu setzen, daß dieser wirtschaftlich und staatsbürgerlich gleich wichtige Stand durch den Krieg uns nicht verloren gehe und nicht verkümmert werde. (Beifall.)

Die Organisation der Kriegswirtschaft hat vornehmlich den Großbetrieb betroffen, und es hat den Anschein, als ob der schwere Kampf, den schon vor dem Kriege der Gewerbestand mit dem Großbetrieb hat führen müssen, ihm durch die Organisation der Kriegswirtschaft während des Krieges noch um sehr viel mehr erschwert worden wäre, und als ob, wenn einmal der Krieg zu Ende ist, für den Gewerbestand in diesem seinem Ringen um seine Existenz noch viel schwierigere Bedingungen eintreten müßten, als er sie vorher ohnedies gehabt hat. Ich möchte nur eines hervorheben, daß durch allerlei Einrichtungen, die namentlich in letzter Zeit getroffen worden sind, dafür gesorgt wird, daß dasjenige, was der Gewerbestand braucht, ihm möglichst unmittelbar, und zwar im Wege seiner eigenen Genossenschaften zukommt. (Zustimmung.) Ich möchte darauf hinweisen, wie es bei der Lederverteilung gehalten wird. 70 Prozent des Sohlenleders, das wir haben, ist den Schuhmachern, also dem Gewerbestand, zugedacht.

Abg. Wüst (alldeutsch). Wo bekommen wir denn etwas, Exzellenz? Keiner hat etwas zu arbeiten, alle Kunden gehen dem armen Teufel verloren!

Handelsminister Dr. Freiherr v. Wieser: Es ist eine andre Frage, wie viel Leder wir haben, ich kann aber die Versicherung geben, daß es meine Sorge ist, auch in der Beziehung das möglichste zu tun. In bezug auf das Textilgewerbe sind wir im großen und ganzen darauf angewiesen, uns auf die Volksbekleidungsware zu beschränken. Aber auch da ist die Einrichtung getroffen, daß die Landesbekleidungsstellen dasjenige, was sie an Arbeit nach der Richtung zu vergeben haben, möglichst an das Kleingewerbe vergeben, und zwar im Wege der kleingewerblichen Organisationen. So ist die Sache auch bezüglich des Zwirnes gedacht. (Heiterkeit und Zwischenrufe.) Wenn Zwirn in genügender Menge nicht da ist, so ist das eine Sache, der abzuhelfen ich im Augenblick nicht in der Lage bin.

Abg. Ganser (Wiener Freiheitlicher): Es wäre Sache der Polizei, ihn zu fassen, wo er ist!

Handelsminister Dr. Freiherr v. Wieser: Aber was an Zwirn zur Verteilung kommt, wird im Wege der Gewerbeförderungsinstitute unmittelbar an die Gewerbetreibenden selbst verteilt.

Abg. Wüst: Exzellenz, bei den Landwirten nimmt man Vorratsaufnahmen auf; warum nicht auch bei gewissen Leuten, wo man vermutet, daß Rohware, insbesondere Zwirn, tatsächlich aufgespeichert liegt? In solchen Fällen hört man von keinen Recherchen!

Handelsminister Dr. Freiherr v. Wieser: Es ist ein ganz berechtigter Wunsch, daß dem Kleingewerbe Anteil gegeben wird auch an den Hauptorganisationen der Kriegswirtschaft und Uebergangswirtschaft. Es ist namentlich der Wunsch da, daß im Hauptausschuß des Generalkommissariats das Gewerbe möglichst vertreten sei. Es ist zwischen dem Handelsministerium und dem Arbeitsministerium in dieser Beziehung auch das Einvernehmen getroffen worden, und es werden demnächst 18 Vertreter der Gewerbeförderungsinstitute in den Hauptausschuß für Kriegswirtschaft einberufen werden.

Ich werde auch das Versprechen, das ich neulich einer Abordnung von Gewerbetreibenden bezüglich der Einberufung des Gewerberates gegeben habe, getreulich erfüllen. (Zustimmung.) Die Herren können darauf rechnen, daß ich mit dem Gewerberat alles dasjenige, was für die dauernde Aufrechterhaltung des Gewerbes zu besprechen ist, beraten werde. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Rede des Ministers für Landesverteidigung.

Minister für Landesverteidigung FML. von Czapp ergreift gern die Gelegenheit, um mit einigen Worten auch das Verhältnis der Militärverwaltung zum Gewerbestande zu charakterisieren. Die Militärverwaltung ist sich der hohen Bedeutung sehr wohl bewußt, welche namentlich auch dem Gewerbestande in der Volkswirtschaft überhaupt und speziell im Kriege zukommt, und rechnet ihn mit zu jenen Faktoren im Staate, deren unermüdlicher und unter anerkannt schwierigen Verhältnissen geleisteter wirtschaftlicher Arbeit das Durchhalten im Kriege zu danken ist. Daher liegt es auch im Interesse der Militärverwaltung selbst, wenn sie — ähnlich wie bei der Landwirtschaft — bestrebt ist, innerhalb der durch die militärischen Notwendigkeiten gezogenen Grenzen die tunlichste Aufrechterhaltung gewerblicher Betriebe zu erleichtern und darauf abzielenden Wünschen, soweit es eben geht, Rechnung zu tragen. Dies um so mehr, als die Militärverwaltung die hervorragenden Leistungen des Gewerbestandes speziell auch auf dem Gebiet des gewerblichen Lieferungswesens nicht genug hoch einschätzen kann, was ich mich von dieser Stelle aus mit warmer Anerkennung hervorzuheben für verpflichtet erachte.

Abg. Ganser: Die Praxis war leider anders!

Minister für Landesverteidigung FML. von Czapp: Die Herren werden überzeugt sein, daß ich dort, wo die Praxis nicht die nötigen Ergebnisse gezeigt hat, helfend eingegriffen habe. (Bravo!) Naturgemäß hat sich, wie überall, so auch bei den gewerblichen Berufen im Kriege der Mangel an Arbeitskräften in steigendem Maße von Jahr zu Jahr immer empfindlicher fühlbar gemacht. Die Militärverwaltung war und ist bestrebt, durch wohlwollende Beurteilung gewerblicher Enthebungs- und Beurlaubungsangelegenheiten auch hier helfend einzugreifen. Ich habe auch neuerlich Maßnahmen ergriffen, um in bezug auf die Raschheit der Erledigung dieser Angelegenheiten erforderliche Abhilfe zu schaffen. (Bravo! Bravo!) Als weitere entgegenkommende Maßnahmen der Militärverwaltung möchte ich in diesem Zusammenhange noch jene berühren, von welchen ich schon bei einer andern Gelegenheit Mitteilung gemacht habe und welche sich auf die möglichste Verwendung Frontdienstuntauglicher — namentlich der älteren Jahrgänge — in ihrer Heimat oder deren unmittelbaren Nähe beziehen und die speziell auch dem Gewerbestande viele Arbeitskräfte zurückführen. Wie dem Hause bekannt, sind erst vor kurzem neuerliche Anordnungen in dieser Richtung ergangen, und hoffe ich, daß sich deren wohltätige Wirkung für die gewerblichen Berufe bald weiter fühlbar machen werde.

Abg. Parrer (christlichsozial): Exzellenz, warum werden bei uns nichtgemusterte Gewerbetreibende als Hilfsarbeiter nach Brunn am Gebirge einberufen? Manche müssen infolgedessen jetzt ihr kleines Geschäft sperren und müssen gehen!

Minister für Landesverteidigung FML. von Czapp: Das ist jene Maßnahme, wonach die zum Waffendienst nicht Geeigneten jetzt herangezogen werden können. Wenn einer oder der andre der Gewerbetreibenden sich unter den Herangezogenen befindet, so wollen die Herren mir glauben, daß die Not uns dazu zwingt, auch einzelne dieser Leute mit heranzuziehen; sie ganz auszuschließen, kann man unmöglich von uns verlangen. Aus diesen Gründen würde es der Militärverwaltung nicht möglich sein, die in dem Resolutionsantrage des Herrn Abgeordneten Ganser angeregte generelle Beurlaubung aller frontdienstuntauglichen Gewerbetreibenden, welche das 48 Lebensjahr vollendet haben, in Erwägung zu ziehen, und muß dies um so mehr von den noch weitergehenden Resolutionsanträgen der Herren Abgeordneten Kratochvil und Sever gelten, wobei ich mit Bezug auf den einen Resolutionsantrag des letztgenannten Herrn Abgeordneten noch ausdrücklich feststellen muß, daß das darin erwähnte, angeblich von meiner Seite gegebene Versprechen bezüglich einer allgemeinen Entlassung der 1867 gebornen Landsturmmänner mit 31. Dezember l. J. nur auf einem Mißverständnis beruhen kann, da ich ein solches Versprechen niemals gegeben habe und leider auch nicht geben konnte.

Abg. Cech (Tschechischer Verband): Was ist's mit den Weihnachtsurlauben für die Gewerbetreibenden? Werden sie heuer erteilt werden?

Minister für Landesverteidigung FML. von Czapp: Die Weihnachtsurlaube werden sich in jenen Grenzen bewegen, wie es bisher üblich war. Daß an eine erhöhte Berücksichtigung nicht nur der Gewerbetreibenden, sondern auch aller andern Berufe innerhalb der Möglichkeiten gedacht ist, das wollen die Herren mir glauben. Ich habe diesbezüglich auch an das hohe Armeekommando ein Ansuchen gerichtet (Bravo! Bravo!), um den Wünschen der Bevölkerung tunlichst entgegenzukommen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Die Debatte.

Abg. Votruba (Tschechischer Verband) erklärt es als dringende Staatsnotwendigkeit, den Gewerbestand vor der Proletarisierung zu bewahren. Er beantragt eine Resolution, in der die Regierung aufgefordert wird, grundsätzlich zu erklären, daß jedem Eigner von im Ausland gekauften und bereits bezahlten Rohstoffen die Verwendung im eigenen Betriebe unter der Bedingung zugestanden wird, daß ein bestimmter Teil zur Versorgung der minder kapitalskräftigen Betriebe namentlich der Gewerbetreibenden abzuführen ist.

Abg. Ganser (Wiener Freiheitlicher) schildert den desolaten Stand des Gewerbes, der während des Krieges immer nur auf sich angewiesen war und vergeblich Hilfe von rechts und links erwartet habe. Für die Armeeverwaltung war das Gewerbe nicht vorhanden, dem allerhand andre Organe vorgezogen wurden. Damals erhielten Hutmacher Weizenlieferungen, Goldarbeiter Aufträge für Zünderbestandteile ꝛc. Wenn die diesen Organen gewährten Vorschüsse dem bodenständigen Gewerbestand zugeflossen wären stünde dieser heute anders da. Alle Interventionen fruchteten nichts, es fehlte überall an dem nötigen Verständnis. Ueber die Genossenschaften ist man zur Tagesordnung übergegangen, obwohl sich diese immer zur Verfügung stellten, alle Vorstellungen der Vorsteher blieben fruchtlos, und so hat sich des Gewerbestandes bereits Verzweiflung bemächtigt, er hat alle Hoffnung aufgegeben und ist bereits gleichgültig geworden. Es ist Sache des Staates, für die Erhaltung des Gewerbestandes zu sorgen und es zu ermöglichen, daß er sich bis zum Frieden erhalte. Dann wird es später gelingen, ihm eine bessere Existenz zu schaffen.

An der Debatte beteiligen sich dann noch die Abgeordneten Svoboda (tschechischer Sozialdemokrat), Gostincar (Südslawischer Verband), Sever (Sozialdemokrat), Einspinner (deutschnationale Partei), Slavicek und Stojan (Tschechischer Verband). Alle diese Redner setzen sich für die Ausschußanträge ein, treten in warmen Worten für die Unterstützung des Gewerbestandes ein, der bisher von allen Seiten vernachlässigt worden sei. Als Generalredner sprechen die Abgeordneten Kittinger (deutschnationale Partei) und Loser (Christlichsoziale Vereinigung), worauf nach dem Schlußwort des Referenten die Ausschußanträge ge-

Fremdenblatt
16./XII. 1917

59

Der Abbau der Preise nach dem Krieg.

Von Walter Federn. *)

Mit dem Friedensschluß nimmt der ungeheure Güterbedarf des Staates für Kriegsmaterial, Ausrüstung und Ernährung der Armeen und damit auch sein ungeheurer Kreditbedarf ab: beides hört nicht gleich ganz auf. Bis zur Beendigung der Demobilisierung dauert es geraume Zeit und an die Stelle der Kriegskosten treten die großen Wiederherstellungskosten, die Invalidenversorgung und vieles andere, sowie die durch die Zinsen der Kriegsschuld und die gesteigerten Gehalte, Löhne und Preise stark hinaufgeschnellten laufenden Budgetbedürfnisse. Aber immerhin der Kreditbedarf des Staates wird geringer. Ein Rest der vom Staat im Krieg aufgenommenen Gelder wird frei, so die enormen Kassenvorräte bei der Armee- und Zivilverwaltung, auch Materialvorräte können zur Verarbeitung und Versorgung an die Zivilbevölkerung freigegeben und verkauft werden. Die bereits durchgeführten und geplanten Steuererhöhungen werden hoffentlich im wesentlichen das Budget ins Gleichgewicht bringen, so daß nur die großen Wiederherstellungskosten noch auf den Kreditweg verwiesen sind, welcher wohl im Anleiheformweg gedeckt wird werden können. Der Banknotenumlauf wird nicht mehr steigen, sondern zurückgehen, zunächst durch die Rückzahlung der überflüssig gewordenen, in den Staatskassen befindlichen Gelder an die Bank.

Offiziere und Soldaten werden Banknoten in die Heimat zurückbringen, die in Banken und Sparkassen eingelegt, von dort den Weg in die Notenbank finden werden. Die Landwirtschaft, die große Mengen Banknoten thesauriert hat, wird sich gleichfalls allmählich von ihnen trennen. Aber das alles hat keine unmittelbare Wirkung auf die Preise, auf die innere Entwertung des Geldes. Die Bekämpfung der Teuerung muß auf anderem Weg erfolgen.

Sie wird wohl gleichfalls sofort eine gewisse Linderung erfahren. Versteckte Vorräte werden herauskommen, und da man nicht mehr darauf rechnen wird können, immer höhere Preise auf dem immer knapper versorgten Markt zu erzielen, werden die Eigner bereit sein, sie niedriger loszuschlagen. Die Waren, welche jetzt nur deshalb nicht in genügender Menge für die Zivilbevölkerung zur Verfügung stehen, weil der Staat sie selbst oder die zur Erzeugung nötigen Rohmaterialien für die Zwecke der Kriegführung braucht, werden wieder in größerer Menge hergestellt werden können. Die der Produktion entzogenen, zum Heeresdienst eingerückten Arbeiter werden allmählich zurückkehren, die Verkehrsmittelnot wird sich mindern, Wagen- und Zugtiere werden wieder zur Verfügung stehen, die Produktion wird allmählich wieder in Gang kommen und von vielen Waren werden genügende Mengen zur Verfügung stehen. Auch aus dem Auslande werden Rohstoffe und Fertigwaren hereinkommen, obwohl die internationale Waren- und Schiffsraumnot, sowie die Schwierigkeiten der Bezahlung der vom Ausland bezogenen Waren wohl lange Zeit eine knappe Versorgung verursachen und eine staatliche Regulierung, wie sie auch Professor Fellner erwähnt hat, nötig machen werden — die Devisenzentrale allein wird dazu nicht ausreichen — es wird eine direkte zentrale Bewirtschaftung des Imports nötig sein. Aber es wird geraume Zeit dauern, ehe die landwirtschaftliche und industrielle Produktion die alte Leistungsfähigkeit wieder gewinnen wird. Der schlechtgedüngte Boden braucht Jahre, bis er sich erholt. Die abgenützten Maschinen der Industrie müssen repariert werden, die Verkehrsmittel sind arg verwahrlost und der Leistungswille und die Leistungsfähigkeit der Jahre hindurch ihren Arbeitsstätten entzogenen eingerückten und der schlecht ernährten Arbeiter des Hinterlandes sind im voraus nicht festzustellen. Wir werden also voraussichtlich noch lange mangelhaft versorgt sein und das wird die Rückbildung der Preise verlangsamen.

Dazu kommt ein zweites, vielleicht noch wichtigeres Moment. Die Löhne sind im Krieg auf ein mehrfaches des im Frieden üblichen gesteigert worden. Ihre Rückbildung ist, solange die Preise der Lebensmittel und wichtigsten anderen Bedarfsartikel noch hoch sind, überhaupt nicht möglich und sie läßt sich erfahrungsgemäß überaus schwer durchsetzen. Auch die Gehalte und alle anderen Produktionsunkosten sind enorm gestiegen, die Steuern auf ein mehrfaches erhöht worden. Dazu kommt, daß nach dem Krieg unvermeidlich sich die vorläufig durch behördliche Maßnahmen verhinderte Erhöhung der Mietzinse durchsetzen wird, weil sonst Bautätigkeit und Vermehrung des Wohnungsangebotes unmöglich wären. Die Produktionskosten bleiben daher auch nach dem Krieg sehr hoch, wenn sie auch allmählich zurückgehen werden. Die Umbildung der Einkommen und Preise, die vor dem Krieg vor sich gegangen ist, wirkt auch nach dem Krieg fort: sie läßt sich nur zum Teil, soweit wirklicher Notstand die Preise auf eine ganz exorbitante Höhe getrieben hat, zurückschrauben. Man hat sich an andere Einkommen und Preise gewöhnt und die große Zahl derer, die weit höhere Einkommen haben als vor dem Krieg, die bessergestellten Arbeiter und noch mehr die im Krieg bereicherten Unternehmer werden nach wie vor bereit sein, bei der ja noch lange fortdauernden Warenknappheit sich ihren Bedarf durch Veranlagung höherer Preise zu sichern, sie werden

*) Vergl. den Artikel „Die Wiederherstellung der Valuta" vom 12. d. M.

Pester Lloyd

19./XII. 1917

61

Volkswirtschaft.

Zur Reform der Handelskammergutachten.

Von Gerichtsrat **Dr. Eugen Rapoch.**

Budapest, 18. Dezember.

Handelsgewohnheiten und Handelsgebräuche sind integrierende Teile unseres Handelsrechtes. Im Sinne des § 1 des H.-G.-B. ist das Handelsgewohnheitsrecht maßgebend, wenn es an einer Bestimmung im Gesetz mangelt, und es sind die im Handelsverkehr üblichen Sitten und Gebräuche zu berücksichtigen, wenn von der Beurteilung der Rechtsfolgen einer Handlung oder einer Unterlassung (§ 267 H.-G.-B.) die Rede ist.

Die Feststellung der Handelsgewohnheiten und -gebräuche im Einzelfalle ist eine ebenso wichtige als heikle Aufgabe des Richters. Die Aufgabe ist wichtig, denn von der Richtigkeit dieser Feststellung hängt in den meisten Fällen die Richtigkeit der Entscheidung selbst ab; sie ist aber auch heikel, denn der Richter verläßt sein heimisches Rechtsgebiet und betritt einen fremden und schwankenden Boden, auf dem oft — durch scharfgezeichnete Paragraphengrenzpfähle nicht getrennt — Gebrauch und Mißbrauch fast zusammenfließen, so daß sie nur vom geübten Auge des Kenners voneinander zu unterscheiden sind. Bei der Beschreitung dieses Gebietes bedarf der Fachrichter in den meisten Fällen eines verläßlichen und umsichtigen Führers. Das frühere Verfahren in Handelssachen gewährte ihm eine ständige Stütze in der Person des Handelsbeisitzers, dem bei Beratung und Entscheidung ein mitbestimmendes Wort zukam. Die neue Zivilprozeßordnung hat den Handelsrichter auf sich selbst verwiesen. Wenn ihn auch eine durch langjährige Uebung und Erfahrung erkaufte Vertrautheit mit den einschlägigen Lebensverhältnissen zur richtigen Erfassung des Einzelfalles befähigt, wird er in sehr vielen Fällen der Unterstützung eines sachkundigen Beirates dennoch nicht entbehren können. Als solche stehen ihm nun Sachverständige und zur Abgabe von Gutachten berufene Behörden und Körperschaften (§ 367 Z.-P.-O.) zur Verfügung. Die Handels- und Gewerbekammern nehmen unter den letzteren eine hervorragend wichtige Stellung ein. Ihre Befugnis, Gutachten über das Handelsgewohnheitsrecht und die Handelsgewohnheiten zu erteilen, beruht auf dem § 3 des G.-A. VI: 1868. In der Praxis wird aber die begutachtende Tätigkeit der Kammern weit über diese Grenze hinaus in Anspruch genommen.

Die Gerichte begnügen sich nicht damit, von den Handelskammern Aufschlüsse über das Bestehen von Handelsgewohnheiten und -gebräuchen zu verlangen, sie wenden sich auch in solchen Fragen an sie, die eigentlich Gegenstände einer Begutachtung von Sachverständigen wären. Die Handelskammern werden auch über Preisgestaltungen, über die Beschaffenheit und Qualität bestimmter Waren, über die kaufmännische Beurteilung der Richtigkeit oder Zweckmäßigkeit gewisser Vorgänge und Verfahren und dergleichen mehr befragt. Man kann füglich behaupten: die Gerichte sind bestrebt, in allen Fällen ein Kammergutachten einzuholen, in denen ein besonderes Eindringen in die Eigenheiten des konkreten Falles, eine Augenschau oder eine Untersuchung des Prozeßgegenstandes nicht nötig ist, sondern vielmehr nur ein typisches, für alle ähnlichen Fälle gültiges Fachurteil abgegeben zu werden braucht. Die autoritäre Kraft, die den Kammergutachten innewohnt; die Annahme, daß sie, als Aeußerungen einer mit behördlichen Befugnissen ausgestatteten autonomen Körperschaft, in höchstem Maße verläßlich und unparteiisch sind, hat bei den Gerichten die Neigung hervorgerufen, in jedem Falle, wo es nur angeht, der Einvernehmung von Sachverständigen das Einholen eines Kammergutachtens vorzuziehen. Auch die Kostenfrage begünstigt diese Tendenz; es ist ja bekannt, daß Sachverständige oft recht teuer sind, das Gutachten der Kammer steht hingegen ex offo, also unentgeltlich zur Verfügung.

Es ist ohne weiteres klar, daß infolge dieser Tendenz das Arbeitsfeld der Kammertätigkeit nicht nur an Ausdehnung beträchtlich gewachsen ist, sondern daß es auch an Wichtigkeit wesentlich gewonnen hat. Es handelt sich heute nicht mehr um eine spärliche Auskunfterteilung über den Bestand einer Handelsgewohnheit oder einer Verkehrssitte, sondern um eine rege, stete und immer wachsende Mitarbeit in der Beurteilung der einzelnen Handelsrechtsfälle. Dieser hochbedeutsamen Aufgabe können jedoch die Kammern nur dann gerecht werden, wenn sie durch eine entsprechende Organisation die Erteilung absolut verläßlicher und stichhaltiger Gutachten verbürgen. Wenn heute in der Gerichtspraxis des öfteren beobachtet werden kann, daß die Kammergutachten nicht immer beruhigend und als sachlich richtig wirken, daß ihnen von seiten der Parteien nicht selten Widersprüche, Unrichtigkeiten, Irrtümer vorgeworfen und auch nachgewiesen werden, so ist dies nur darauf zurückzuführen, daß bei der bestehenden Organisation dieses Zweiges der Kammertätigkeit Quellenfehler, ja mitunter auch förmliche Mißgriffe nicht gut zu vermeiden sind. Eine flüchtige Skizze der Art und Weise, wie heute die Gutachten der Kammern entstehen, genügt, um die Gebrechen des bestehenden Systems aufzudecken und seine Reformbedürftigkeit zu beweisen.

Die von den Gerichten einlangenden Anfragen werden vom Bureau der Kammer an einige ihrem Fache nach kompetente Kammermitglieder oder auch andere Fachmänner behufs Beantwortung weitergeleitet. Sind die erteilten Einzelgutachten übereinstimmend, so wird die Anwort auf Grund derselben formuliert und als Gutachten der Kammer dem Gerichte übermittelt. Gehen jedoch die Ansichten der befragten Kammermitglieder auseinander, so werden die verschiedenen Meinungen einfach nebeneinandergereiht dem Gerichte vorgelegt, ohne daß die Kammer selbst nach irgendeiner Richtung hin Stellung

Handel, Industrie und Verkehr

Wien, 21. Dezember.

Wiener Handelskammer.

(Plenarsitzung.)

Die Wiener Handelskammer hielt gestern eine öffentliche Plenarsitzung ab. Der Präsident Herrenhausmitglied Paul Ritter v. Schoeller widmete zunächst dem verstorbenen Mitgliede der Kammer, Direktor Felix Kuranda einen ehrenden Nachruf. Er teilte sodann mit, daß mit Rücksicht auf den Umstand, daß sämtliche Nachmänner dieser Wahlkategorie bereits einberufen erscheinen, das Mandat des Verstorbenen vorläufig unbesetzt bleibt.

Der Präsident gedenkt weiters mit Worten besonderer Herzlichkeit des korrespondierenden Mitgliedes der Kammer kaiserl. Rates Ludwig Blach, der heute seinen 80. Geburtstag feiert und entbietet ihm namens der Kammer deren herzlichste Glückwünsche. (Lebhafter Beifall.) Der Präsident wendet sich hierauf der Besprechung der allgemeinen Verhältnisse zu und führte u. a. aus:

Die Rede des Handelskammerpräsidenten R. v. Schoeller.

Wieder müssen wir das Weihnachtsfest im Kriege begehen, und in den Winterstürmen der vierten Jahreswende kämpfen unsere heldenmütigen Truppen, noch immer fern von Haus und Hof, um die Existenz und Zukunft unseres Vaterlandes. Ihnen zuerst muß daher auch dieses Jahr unser Weihnachtsgruß gelten und der Dank für ihr mutiges Ausharren.

Eben sind unsere Friedensunterhändler, unter denen unser Minister des Auswärtigen eine so hervorragende Rolle spielt, am Werke, um die Ergebnisse der Auseinandersetzung mit den Waffen wieder in eine völkerrechtliche Ordnung zu bringen und die friedlichen Beziehungen mit unserem östlichen Nachbarn wieder herzustellen. Nicht die geringste Rolle werden unter diesen Beziehungen jene spielen, die sich aus der Wiederanbahnung des wirtschaftlichen Verkehres ergeben. Aus den Ausführungen unserer leitenden Staatsmänner können wir die Hoffnung schöpfen, daß ein gewisser, wenn auch durch die allgemeinen Verhältnisse beschränkter Warenaustausch sofort eintreten wird. Namentlich glauben wir auch erwarten zu können, daß der derart wieder ermöglichte Bezug von Lebensmitteln aus dem Auslande den Glauben an ein Gelingen der Hungerblockade bei unseren westlichen Gegnern endgiltig untergraben und auch sie zur Annahme des Friedens geneigter machen wird, der ihnen wiederholt von den Mittelmächten angeboten wurde.

Jedenfalls sind die Ausblicke, die sich jetzt ergeben, geeignet, uns in unserem Bemühen, durchzuhalten, zu bestärken und zu ermutigen. Es ist gewiß nicht zu leugnen, daß der Opfermut und die Selbstzucht weitester Bevölkerungskreise schweren Prüfungen unterworfen wird, aber wir alle müssen mit Dank verzeichnen, daß vom allergrößten Teil dieser Kreise jene Prüfungen standhaft und besonnen ertragen wurden. Einen der vielen Beweise für den Geist, mit dem dies geschieht, lieferte erst in diesen Tagen wieder das Ergebnis der siebenten Kriegsanleihe, das jenes aller bisherigen Anleihen übertrifft. Wir können ruhig sagen, daß zu diesem Ergebnis auch die von uns vertretenen Kreise ihren vollen Anteil beigetragen haben, obwohl gerade auch sie durch die Entwicklung der Verhältnisse nicht zum geringsten in Mitleidenschaft gezogen sind. In den letzten Wochen üben insbesondere die Transportschwierigkeiten und die damit verbundene Behinderung in der Versorgung mit Kohle und Rohstoffen eine außerordentlich empfindliche Rückwirkung auf die industriellen und gewerblichen Unternehmungen aus. Wir können uns nicht verhehlen, daß viele von den Betrieben, die heute zum Stillstande gezwungen werden, bei längerer Andauer dieses Zustandes überhaupt nicht die Möglichkeit haben dürften, ihre Tätigkeit wieder aufzunehmen. Dabei handelt es sich nicht nur um die Unternehmer selbst, sondern unsere Sorgen erstrecken sich auch in vollstem Maße auf die Tausende und Abertausende von Arbeitern, deren Schicksal mit dem der Unternehmungen verknüpft ist. Wir müssen an die Regierung, insbesondere auch an die Heeresverwaltung daher die dringende Bitte richten, zu tun, was nur immer möglich ist, um den herrschenden Schwierigkeiten zu steuern, für eine Vermehrung der Transportmittel zu sorgen und jeder unzweckmäßigen und unökonomischen Verwendung derselben vorzubeugen.

Von noch länger dauernder Wirkung werden aber zweifellos die Schwierigkeiten sein, die uns aus unserer finanziellen Lage erwachsen. Wie überall, sind bei uns die Kriegsschulden außerordentlich gestiegen und hat gleichzeitig damit unser Notenumlauf eine außerordentliche Höhe erreicht. Gelingt es nicht, auf diesen Gebieten zu einer befriedigenden Ordnung und zu einer Besserung der Verhältnisse zu gelangen, so werden auch kaum wirkliche Erfolge auf dem für die Gesamtbevölkerung so wichtigen Gebiete der Preisbildung zu erzielen sein. Jedenfalls muß aber dagegen Stellung genommen werden, daß man die Lasten, die aus der Regelung unserer Finanzlage erwachsen, einseitig der industriellen und gewerblichen Produktion und dem mobilen Kapital aufbürdet. Namentlich müssen wir vor jenen Maßnahmen warnen, die aus der heute so weit verbreiteten Voreingenommenheit und Abneigung gegen die Kapitalsassoziationen erfließen. Diese können in der gegenwärtigen Wirtschaftsform nicht entbehrt werden. Sie stellen nicht nur in Oesterreich, sondern auch in den Staaten, mit denen wir durch den wirtschaftlichen Verkehr verbunden sind, ein notwendiges Ergebnis der volkswirtschaftlichen Entwicklung dar. Da Oesterreich keine isolierte Finanz- und Wirtschaftspolitik betreiben kann, so wird man schon mit Rücksicht auf Ungarn und das Deutsche Reich von Besteuerungsversuchen ablassen müssen, die das Entstehen oder Fortführen von gesellschaftlichen Unternehmungen in Frage stellen würden. Wir wenden uns mit der Bitte an die Regierung, die Führung der Finanzpolitik wieder an sich zu ziehen und den überfiskalischen Bestrebungen einzelner Kreise entgegenzutreten, damit unserer Volkswirtschaft in dieser Zeit, die so sehr neuen Unternehmungsgeist braucht, industrie- und kapitalsfeindliche, diesen Geist lähmende Steuergesetze fernerhin erspart bleiben.

Sonstige Hemmungen für die Entwicklung unserer Wirtschaft werden sich aus den ungeheuren Umwälzungen, die der Krieg auf der gesamten Welt hervorgebracht hat, ohnedies zur Genüge ergeben. Wir werden, wie immer sich die politischen Beziehungen zu den verschiedenen Mächten sich gestalten werden, mit großen Schwierigkeiten in unserer Rohstoffbeschaffung zu rechnen haben, und zwar mit Rücksicht auf die teilweise Verminderung der überhaupt zur Verfügung

63

Volkswirtschaft.

Westdeutsche Handelsübersicht.

Von Walter Oertel,
Korrespondent des königlich ungarischen Handelsmuseums.

Frankfurt am Main, Mitte Dezember.

Die Zuckerernte ist nach allen Berichten im Durchschnitt voll befriedigend. Der Wetterverlauf hat bisher keine nennenswerten Einbußen an der das Vorjahr bedeutend übertreffenden Zuckerausbeute gebracht. Wegen der nächstjährigen Rübenernte sind noch immer keine neuen Bestimmungen erlassen worden, obwohl es sehr wünschenswert wäre, daß man angesichts der Ergebnisse des letzten Jahres und des starken Rückganges des Zuckerrübenbaues durch Festsetzung angemessener Zuckerrübenpreise einer weiteren Verminderung der Anbaufläche beizeiten vorbeugte. Was die Produktion selbst betrifft, so sind die Aussichten günstig geblieben, da die Erträge befriedigen, hauptsächlich aber der Zuckergehalt die vorjährigen Erträge merklich übersteigt. Nicht so befriedigend sieht es vorläufig im Verbrauchszuckergeschäft und in den Raffinerien aus. Die Raffinerien scheinen mit den gegenwärtigen Preisen wenig zufrieden zu sein und hoffen auf deren Nachprüfung.

Die diesjährige Weinernte wirft infolge der wahnsinnig getriebenen Spekulation Summen ab, die an das Fabelhafte grenzen. Wenn wir uns zum Beispiel die Weinverhältnisse in der Pfalz ansehen, wo man aus dem Jahre 1916 ein Quantum von rund 70.000 Fudern rechnet, und dazu den heutigen Weinpreis von 2500 Mark pro Fuder zugrunde legt, so ergibt dieses die ungeheure Summe von rund 250 Millionen Mark. Die 1915er Ernte, die auf 40 Millionen Mark amtlich taxiert war, galt bisher als der Jahrgang der reichsten Ernte und man glaubte, er sei nicht mehr zu überbieten. Jetzt wirft der Krieg alle Berechnungen über den Haufen. Trotz dieser, besonders auch hinsichtlich der keineswegs welterschütternden Qualität der neuen Weine gänzlich unangemessenen Preise halten die biederen Weingutsbesitzer immer noch mit dem Verkauf ihrer Weine zurück, in der Hoffnung, daß ihnen die Spekulation noch höhere Preise zahlen soll. Angesichts dieser ganz ungesunden Verhältnisse möchte ich nochmals dringend auf die überaus günstige Gelegenheit hinweisen, die sich dem ungarischen Weinbau bietet, besonders mit kleinen und mittleren Konsumweinen den deutschen Markt zu erobern, wenn er diese zu mäßigen Preisen auf den deutschen Markt bringt. Der Wein ist heute für den gewöhnlichen Sterblichen in Deutschland so teuer geworden, daß man, ohne Heereslieferant oder Schleichhändler zu sein, auf diesen Genuß verzichten muß. Auch die Behandlung der Einfuhr ungarischer Weine in Deutschland möchte ich der Regierung bei der Verhandlung der Handelsverträge recht dringend ans Herz legen. Für die ungarische Ausfuhr bietet sich infolge des Nichteingreifens der deutschen Regierung in der Frage der Weinhöchstpreise eine Aussicht und Konjunktur, wie sie so bald nicht wiederkehren dürfte.

In der deutschen Eisenindustrie arbeitet man weiter unter Anspannung aller Kräfte, um den gewaltigen Anforderungen gerecht werden zu können, die der Kriegsbedarf an sie stellt. Zu den Schwierigkeiten, mit denen sie dabei zu kämpfen hat, ist neuerdings eine Zunahme des Wagenmangels getreten, die die Versorgung der Industrie mit Brennstoffen erschwert und mitunter verzögert. Einzelne Werke waren bereits genötigt, ihre Hochöfen teilweise zu dämpfen. Freilich ist dabei zu berücksichtigen, daß dieses nur Einzelerscheinungen sind, während im großen und ganzen der Kohlenbedarf der Kriegsindustrien als gesichert angesehen werden kann. In bezug auf die Eisenindustrie tritt immer das Bestreben der Behörden hervor, auch die Ausführung der Aufträge zu überwachen. Jetzt hat die Kriegsrohstoffabteilung des Kriegsministeriums sich auch die Anordnung über die Reihenfolge in der Ausführung der Aufträge vorbehalten. Das Kriegsamt hat ferner angeordnet, daß vorläufig Konstruktionswerkstätten Träger und Winkeleisen nicht mehr erhalten sollen. Die Lieferungszeiten für neue Aufträge in der gesamten Eisenindustrie dehnen sich immer weiter aus, wobei zu bemerken ist, daß der Bedarf der privaten Verbraucher und der Händler überhaupt nur gegen Vorweisung von Dringlichkeitsscheinen befriedigt werden darf. Unter diesen Umständen können die Händler nicht daran denken, ihre Lager zu ergänzen. Auch die Nachfrage des neutralen Auslandes bleibt weiter sehr stark, da die Entente die Eisenausfuhr für Neutrale gänzlich eingestellt hat. In der letzten Zeit sind daher gewisse Posten deutscher Eisenfabrikate für die Ausfuhr nach dem neutralen Auslande freigegeben worden. Die Maschinenindustrie ist ebenfalls weiter stark beschäftigt, immerhin konnten einzelne Fabriken Aufträge auf Ausbesserungsarbeiten übernehmen. Bemerkenswert ist, daß einzelne Maschinenfabriken in Vorbereitung für das Friedensgeschäft ihre Anlagen zur Herstellung von Spezialmaschinen ausdehnen.

In der Textilindustrie hat das Geschäft in gemischten Baumwollgarnen eine weitere Ausdehnung erfahren, da freie Baumwollgarne nur in verschwindendem Umfange an den Markt kommen. Die Erzeugung von Ersatzgarnen aus Kunstwolle und Kunstseide hat weiter zugenommen. Die Nachfrage ist äußerst rege. Ebenso kam es in Papiergarnen zu neuen beträchtlichen Abschlüssen, obwohl nach der neuen Verordnung Lieferung nur noch gegen Vorweisung von Bezugsscheinen gestattet ist.

In der Lederindustrie hat die gelegentlich der Herausgabe der Beschlagnahmeverordnung vom 20. Oktober vorgenommene Behandlung der Sachver-

Neue Freie Presse

23./XII. 1917

68

Der Krieg in seinen wirtschaftlichen Folgen.

Die Arbeitsbedingungen der Industrie.

Wien, 22. Dezember.

Die Vierteljahrsabschlüsse der großen Eisenwerksgesellschaften bringen klarer als die Bilanzen anderer Unternehmungen die heftigen Schwankungen zum Ausdruck, denen die Kriegskonjunktur der Industrie unterworfen ist. Es sind erst wenige Monate verstrichen, seit die höchsten je verzeichneten Gewinne und größten Dividenden ausgewiesen worden sind: die Alpine Montangesellschaft hat im Mai ihren Aktionären die noch nie verzeichnete Quote von fünfzig Kronen ausgezahlt, der Coupon der Prager Eisenindustrieaktien ist erst Anfang November in der bisher nur einmal erreichten Höhe von zweihundert Kronen eingelöst worden. In diese kurze Spanne Zeit fällt der radikale Umschwung, der Sturz vom Hochgipfel auf einen Stand, der auch in mittleren Zeiten nur als mäßiges Erträgnis angesehen worden wäre. Die Alpine Montangesellschaft hat vor zwölf Tagen mitgeteilt, daß der Gewinn heuer in neun Monaten um die gewaltige Summe von dreizehn Millionen Kronen hinter dem gleichen Zeitraume des Vorjahres zurückbleiben und daß sie voraussichtlich eine Dividende verteilen dürfte, die sich im besten Falle auf dreißig Kronen stellen könnte. Bei der Prager Eisenindustriegesellschaft beträgt der Ausfall des ersten Vierteljahres gegenüber den gleichen Monaten des Vorjahres, die allerdings die besten je erreichten waren, nicht weniger als sechs Millionen Kronen; auch das zweite Quartal dürfte kaum besser sein. Würde der Rückschlag in gleichem Verhältnisse fortdauern, so könnte einem aktiven Ergebnisse der Jahresrechnung überhaupt nicht entgegengesehen werden. Davon ist nicht die Rede, vielmehr sind deutliche Anzeichen dafür vorhanden, daß die Gesellschaft im zweiten Semester unter günstigeren Bedingungen arbeiten werde, welche den Ausfall auf namhaft kleinere Summen beschränken dürften. Von einer Schätzung der Dividende wird in einem Zeitpunkte, da erst über drei Geschäftsmonate berichtet wird, naturgemäß abgesehen, auf einen empfindlichen Ausfall scheint aber das Ergebnis des ersten und der bisherige Verlauf des zweiten Quartals immerhin vorzubereiten. Wie jedoch vor einem Jahre, angesichts der glänzendsten momentanen Ergebnisse, bereits Symptome festgestellt wurden, die auf ein Ueberschreiten des Gipfelpunktes der Konjunktur hindeuteten, so wird jetzt umgekehrt erklärt, daß voraussichtlich mit dem Jahresende der Tiefpunkt erreicht sei und daß das nächste Jahr vielleicht bereits ein langsames Emporsteigen bringen dürfte. Stetigkeit des Ertrages scheint den Unternehmungen der Eisenindustrie offenbar nicht beschieden zu sein; die Kurve wogt in kurzen Wellenlinien auf und nieder und die Gesellschaften sind sichtlich wenig bemüht, die Wucht der Stöße abzuschwächen.

Die Untersuchung der Ursachen, aus denen sich solche sprunghafte Veränderungen zusammensetzen, zeigt die ganz außergewöhnlichen Verhältnisse, unter denen die Industrie im Kriege ihre Tätigkeit entwickelt. An Aufträgen hat es nach Ueberwindung der ersten Monate während der ganzen Kriegsdauer nie gefehlt, die Werke können nicht einmal die allerdringendsten Bestellungen aufarbeiten, die einzelnen Anlagen werden aber doch nicht voll ausgenützt, Hochöfen und Walzenstraßen stehen vielfach durch längere Zeit still, weil widrige Zwischenfälle verschiedenster Art die Heranziehung der nötigen Arbeitskräfte, die Zufuhr der Roh- und Hilfsstoffe sowie den Versand des fertiggestellten Fabrikats unmöglich machen oder auf lange Zeit verzögern. Gerade in den Sommer- und Herbstmonaten des heurigen Jahres hat die schwere, durch die Vorbereitungen für die Offensive gegen Italien hervorgerufene Verkehrssperre die Erzeugung der Eisenwerke zurückgeworfen, und am härtesten betroffen wurde naturgemäß die Alpine Montangesellschaft, deren Werke auf die am meisten für diese Operationen in Anspruch genommenen Bahnen angewiesen sind. Die stockende Zufuhr des Koks aus Schlesien oder Westfalen bewirkt, daß manche Hochöfen oft durch viele Wochen gedämmt werden müssen, was sich auf die das Roheisen verarbeitenden Werke sofort überträgt und die ganze Erzeugung wesentlich verteuert. Noch schwieriger gestalten sich die Arbeiterverhältnisse. Die guten technisch geschulten Arbeiter wurden den Werken durch die Einberufungen zu den Fahnen vielfach entzogen und nur zum Teile zurückgegeben. Die Ersatzkräfte, die in der letzten Zeit zur Verfügung gestellt wurden, anfangs russische Kriegsgefangene, dann Soldaten und Jugendliche, erwiesen sich als durchwegs minderwertig, wenig arbeitswillig und vermochten nur einen vielfach mäßigen Teil der normalen Arbeitsmengen aufzubringen. So sank die Erzeugung unter das im vorigen Jahre erreichte Höchstmaß und wurde im heurigen Winter durch die ungenügende Versorgung mit Kohle noch weiter herabgedrückt. Die Eisenpreise sind im Kriege mehrfach, zuletzt im November, heraufgesetzt worden; sie betrugen in den letzten Friedensjahren gegen 18, jetzt 50 Kronen für den Meterzentner Stabeisen und darüber; die Erhöhung um das Anderthalbfache setzt sich aber nicht gleichmäßig in den Erträgnissen um, die zwar absolut außerordentlich hoch sind, in der Nettoziffer aber durch die Verteuerung der Gestehungskosten geschmälert werden.

Hier steht in der vordersten Reihe die Zunahme der Personalausgaben, der Löhne, Gehalte und sonstigen Zulagen. Hievon werden jene Unternehmungen am härtesten getroffen, die eine große Anzahl von Angestellten beschäftigen, in erster Linie die Bahnen, dann die Kohlengruben, die Eisenwerke und sonstigen, eine Massenproduktion entwickelnden Industriebetriebe. Bei der größten Eisenbahn, der Südbahn, sind heuer in zehn Monaten die Personalaufwendungen um 21 Millionen gestiegen. Die Südbahn beschäftigt 45.000 Personen. Bei der Prager Eisenindustrie ist etwa der vierte Teil dieser Bediensteten in Arbeit, die Personalauslagen sind aber seit dem Kriegsausbruche von 24 auf rund 50 Millionen Kronen angeschwollen, haben sich also mehr als verdoppelt. Die Löhne, welche die Alpine Montangesellschaft zahlt, betragen im Jahre 43 Millionen Kronen und sind seit dem Jahre 1912 um rund 18 Millionen Kronen höher geworden. Damit ist es aber nicht getan. Die Schwierigkeit der Lebensmittelbeschaffung hat die großen Unternehmungen dazu veranlaßt, Brot, Mehl, Fett, Kartoffeln, Kleider, Schuhe für ihre Arbeiter im großen zu kaufen und zu einem niedrigeren Preise an sie abzugeben. Das erfordert gewaltige Zubußen, die bei der Prager Eisenindustrie allein im Jahre 8 Millionen Kronen erforderten. Ein steirisches Unternehmen hat in einem einzigen Monat an der Fettbeschaffung eine halbe Million Kronen verloren; im Ostrauer Kohlenrevier wurden im November für die Versorgung der Arbeiter 2½ Millionen Kronen aufgezahlt. Nicht minder schwer fällt die Verteuerung der meisten Hilfsstoffe und Materialien ins Gewicht. Da gibt es keinen Artikel, der nicht ein Mehrfaches des Friedenspreises kosten würde, bei vielen Sorten erreicht die Steigerung geradezu phantastische Ziffern. Der Preis des Koks erhöhte sich von 10 auf 48 Mark für die Tonne. Grubenholz ist von 25 auf 108 Kronen emporgeschnellt, und auch zu diesen Hochpreisen ist die Versorgung unzureichend, jedes benötigte Mehrquantum muß noch weit teurer bezahlt werden. Erze, Kohle, Schmieröle, Ferromangan, sonstige Stoffe für die Vermischung im Hochofen sind rapid in die Höhe geschnellt, und bei jedem dieser Artikel setzt sich die Preissteigerung sofort in einen Mehraufwand von Millionen um. Den Abschluß bilden die Frachten, deren volle Wirkung erst im nächsten Jahre hervortreten wird, dann die Steuern, die jetzt noch den Gegenstand des Streites der parlamentarischen Parteien bilden, sicherlich aber die Gesellschaften mit sehr hohen Summen belasten und einen namhaften Teil der im Kriege erzielten Mehrgewinne für den Staat wieder in Anspruch nehmen werden.

Die Voraussetzungen einer allmählichen Besserung liegen auf zwei Gebieten. Zunächst laufen große Schlüsse, die noch in der früheren Friedenszeit zu billigen Preisen getätigt worden waren, mit dem heurigen Jahre ab. Die Eisenwerke hatten mit den Staatsbahnen einen Schienenschluß auf 500.000 bis 600.000 Meterzentner zu einem Preise, der sich noch um zwanzig Kronen für den Meterzentner bewegte. Vor längerer Zeit war eine Erneuerung des Vertrages angeregt worden, die Eisenwerke hatten eine Besserung tief unter den jetzigen Preisen begehrt, die aber von der Verwaltung der Staatsbahnen abgelehnt wurde. Vom neuen Jahre an wird für Schienen beim Fehlen einer Spezialvereinbarung der normale Marktpreis gezahlt werden, der gegenwärtig mehr als doppelt so hoch ist, wie der seinerzeitige Vertragspreis. Bei der Prager Eisenindustrie sind auch die sonstigen älteren Schlüsse im Wesen zu Ende gegangen, bei der Alpinen Montangesellschaft läuft ein Teil noch weiter, allmählich nimmt aber die Quote der neuen, zu den höheren Preisen getätigten Bestellungen wesentlich zu. Die Kohlenwerke und privaten Firmen haben mit den Staatsbahnen große Abschlüsse zu billigeren Preisen laufen und manche Lieferanten haben, als die Kosten der Erzeugung so rasch in die Höhe gingen, von der Eisenbahnverwaltung Aufbesserungen begehrt. Die Ansuchen wurden unter Hinweis auf die gewaltigen Mehrausgaben, denen gerade die Staatsbahnen im Kriege unterworfen sind, begreiflicherweise gar nicht oder nur in geringem Umfange bewilligt. Davon werden naturgemäß die größten Produzenten, die Nordbahn, die Ostrauer Gruben, die Prager Eisenindustrie am meisten berührt. Von entscheidender Bedeutung für die Zukunft der Eisenindustrie wird es sein, ob es gelingen wird, zu einem raschen und ausgiebigen Abbau der Preise jener Artikel zu gelangen, die bei den Gestehungskosten eine große Rolle spielen. Wenn die Lebensmittel billiger werden, könnten wenigstens die großen Zubußen für die Beschaffung der Nahrungsmittel erspart werden; noch wichtiger wäre es, wenn es gelingen würde, die Preise der Roh- und Hilfsstoffe auf ein normales Maß zurückzuführen. Darauf werden die Bestrebungen aller Teile gerichtet sein. Die Eisenindustrie hatte ehedem ihre großen Gewinne aus einer unausgesetzten Herabdrückung der Gestehungskosten geschöpft. In den letzten Jahren vor dem Kriege konnten neue Erfolge auf diesem Gebiete nur mehr in verringertem Maße geholt werden, weil das Niveau der Selbstkosten bereits sehr niedrig war. Jetzt werden diese Bemühungen von neuem in größtem Umfange aufgenommen werden und im Frieden wird sich hier der Eisenindustrie, wie überhaupt der ganzen Produktion, ein neues wichtiges Arbeitsfeld eröffnen.

Neue Freie Presse

25./XII. 1917

Die Aussichten des wirtschaftlichen Friedens.

Von Professor Dr. Franz Eulenburg.

Aachen, 22. Dezember.

Wenn es nach den Worten unserer Gegner ginge, so würde nach dem Friedensschluß der Wirtschaftskrieg erst recht einsetzen. Man wird von den zahlreichen Aeußerungen nach dieser Richtung starke Abstriche machen können und wird trotzdem sehr vieles davon für ernst gemeint halten dürfen. Zu oft ist öffentlich davon gesprochen, so viele Beschlüsse sind gefaßt, so manche Maßnahmen bereits durchgeführt, daß wohl etwas Wahres daran bleiben mag. So oft ist auch gedroht worden, uns von den wirtschaftlichen Vorteilen auszuschließen, die andere Länder genießen, daß manches davon nach Verwirklichung drängen wird. Sogar wenn wir sehr viel auf die Kriegshysterie zurückführen, so wird ein Teil des Hasses für längere Zeit anhalten. Ohnedies sind durch die unzähligen feindlichen Maßnahmen gegen den deutschen Handel den Mittelmächten schwerste Schädigungen zugefügt worden. Man will uns künftig die Versorgung mit Rohstoffen vorenthalten oder mindestens erschweren. Man kann den deutschen Schiffsverkehr in fremden Häfen unterbinden oder unsere Flagge mit Hafenzuschlägen treffen, die die Waren wesentlich verteuern. Man kann sich ein System von Gegenseitigkeitsverträgen ausdenken, wie es der französische Nationalökonom Théry getan hat, an denen wir keinen Anteil hätten, kann die Einfuhr nach der Herkunft mit verschiedenen Zöllen belasten. Vor allem kann man die Meistbegünstigung an gewisse finanzielle Abkommen knüpfen, die die Länder der Entente miteinander verbinden, von denen wir aber ausgeschlossen sind. Die neuen finanziellen Abhängigkeiten, die durch den Krieg entstanden sind — England hat den Bundesgenossen bisher 25 Milliarden Mark vorgeschossen — werden ohnedies nähere Regelung unter den Verbündeten nötig machen. Das Programm der Pariser Wirtschaftskonferenz gibt sich außerordentlich umfangreich. Den Gegnern stehen zahlreiche Mittel zur Verfügung, den Wirtschaftsfrieden zu vereiteln. Gerade weil politisch und militärisch das Ziel des Krieges nicht erreicht werden kann, wird man versuchen, es wirtschaftlich durchzusetzen: die Verdrängung unseres Handels, zum mindesten dessen dauernde Schädigung. Wir aber brauchen die Welt in jeder Beziehung als Lieferanten unentbehrlicher Rohstoffe wie als Abnehmer unserer Erzeugnisse. Selbstgenügsamkeit kann es künftig noch weniger geben als vordem.

Nun wird es gewiß eine der wichtigsten Aufgaben des Friedensvertrages sein, unsere wirtschaftliche Zukunft zu sichern, das heißt also, eine Schlechterstellung unseres Handels und unserer Kaufleute auf den fremden Märkten zu verhindern, die Meistbegünstigung unter allen Umständen zu erreichen. Wirkliche Handelsverträge werden ohnehin sobald kaum abgeschlossen werden können, auch zwischen den Mittelmächten nicht. Dazu sind die Verhältnisse in allen Beziehungen zu unsicher und unübersichtlich geworden. Der Preismechanismus ist seit langem gestört, Bedarf und Deckung werden auf der ganzen Welt noch geraume Zeit in einem Mißverhältnis bleiben, das erst langsam behoben werden kann. Auch läßt sich nirgends die wirkliche Leistungsfähigkeit der Industrie nach dem Kriege übersehen. Verhandlungen in dieser Beziehung würden allenthalben der Unterlagen entbehren. Man wird sich also fürs erste auf einige allgemeine und mehr formelle Abmachungen beschränken.

Wie nehmen an, daß im Friedensinstrument für uns die äußere Gleichstellung auf allen Märkten erreicht wird. Aber mit diesen vertraglichen Abmachungen ist es nicht getan, um auf der Welt tatsächlich den Wirtschaftsfrieden zu erlangen. Das meiste im internationalen Verkehr entzieht sich der gesetzlichen und rechtlichen Festlegung überhaupt. Gegen einen Boykott unserer Waren, wie ihn die antideutschen Ligen in Frankreich und England verlangen, sind wir ebenso machtlos wie gegen die persönliche Verfemung unserer Kaufleute, Geschäftsreisenden und Techniker; auf deren Tätigkeit beruhte ein nicht geringer Teil unserer Stellung in der Welt. Wenn man künftig unsere Niederlassungen und Geschäftseinrichtungen etwa durch Konzessionszwang oder durch Sondersteuern unterbinden will, so wird sich auf dem Rechtswege dagegen kaum viel ausrichten lassen. Den Erwerb fremder Aktien wird man gewiß nicht hindern, wohl aber die Beteiligung deutscher Firmen an irgendwelchen staatlichen oder öffentlichen Aufträgen, den Eintritt deutscher und österreichischer Personen in fremde Betriebe, die Uebernahme bestimmter geschäftlicher Tätigkeiten für unsere Rechnung. Daß die deutschen Banken, deren Gebäude man bereits liquidiert hat, jemals wieder die einflußreiche Stellung in London einnehmen werden wie vor dem Kriege, erscheint wenig wahrscheinlich. Man kann auch künftig durch das Mittel der schwarzen Listen, durch Abspenstigmachung der Kundschaft auf die neutralen und nicht unmittelbar kriegführenden Staaten einen Druck ausüben, keine deutschen Handelsverbindungen mehr einzugehen. Um so leichter könnte das versucht werden, als wir ohnedies von den fremden Märkten schon verdrängt sind und meist wieder von vorn anfangen müssen. Der rechtlichen Festlegung entziehen sich aber alle diese Schritte. Kurz, es scheint, als würde der heimliche Wirtschaftskrieg unterirdisch mit allen Mitteln der Mißgunst fortgesetzt werden als sei an einen baldigen Wirtschaftsfrieden nicht zu denken.

Gewiß, so wird man meinen, ginge es gegen das eigenste Interesse der Völker, es mit uns zu verderben und uns vom Weltmarkte zu verdrängen. Aber die Unvernunft hat so lange Zeit im Kriege obgewaltet, die Leidenschaft ist so blind gewesen, daß man sich auf Fortwirkung des Hasses und des Uebelwollens wird einrichten müssen: Tatsächlich haben wir oft genug recht unbequeme Mitbewerber dargestellt. Wenn man es vermöchte, so würde man noch auf lange Zeit den wirtschaftlichen Frieden zu verhindern suchen — gerade auch, weil der Friedensvertrag äußerlich korrekt formuliert wäre. Das Beispiel Frankreichs von 1871 zeigt deutlich den Weg. Aber man vermag es eben nicht. Auf den guten Willen darf man sich nicht verlassen: Zu unserem Glück kommt es auf den allein nicht an. Es liegen vielmehr gewisse Notwendigkeiten vor, die von selbst, wie mir scheint, zum wirtschaftlichen Frieden zwingen werden.

Zunächst besteht bei unseren Gegnern in keiner Beziehung jene Einheitsfront, die ihre Führer so gern erreichen möchten, wirtschaftlich so wenig wie politisch oder militärisch. Ich will nicht davon sprechen, daß die Beliebtheit etwa der Engländer und Amerikaner bei allen romanischen Nationen außerordentlich gering ist: Nicht in Spanien und im lateinischen Amerika, nicht in Italien, nicht einmal im engstbefreundeten Frankreich ist es der Fall. Auch die gegenseitige Liebe der lateinischen Schwesternationen, vor allem zwischen Italien und Frankreich, ist bisher kaum allzugroß gewesen. Dazu gehen ihre wirtschaftlichen und politischen Interessen im Mittelländischen Meere und in Nordafrika zu stark auseinander. Die Probe auf das Exempel vermag nicht schon der Krieg selbst als vielmehr erst der Friede zu bringen. Der Kampf um den Besitz hat bisher auch die dichtsten Freundschaften in die Brüche gehen lassen, wie die Geschichte gerade der jüngsten Zeit sattsam gezeigt hat. So groß ist der Haß gegen uns doch nicht, daß man im Frieden darüber die eigensten Lebensinteressen zu opfern geneigt sein möchte. Mit dem politischen Auseinanderfallen der Entente nach dem Kriege als einem Naturereignis dürfen wir rechnen. Dieser Prozeß hat schon begonnen. Die Logik der Dinge hat eben ihre eigenen Dialektik.

Es bestehen nun einmal die stärksten wirtschaftlichen Gegensätze zwischen den heutigen Bundesgenossen. Italiens und Rußlands Wirtschaftsinteressen befinden sich gegenüber den Mittelmächten in einer gänzlich anderen Lage als die Englands, Frankreichs und der Union. Jene beiden werden auch künftig unter allen Umständen den lebhaftesten Handelsverkehr mit uns brauchen. Rußlands Landwirtschaftserzeugnisse verlangen einen Absatz, den sie nirgends finden können wie bei uns. Ein anderer Abnehmer ist nicht vorhanden, wenn nicht England und Frankreich die bisherigen Bezugsquellen einfach aufgeben wollen. Das aber vermögen sie nicht, weil sie mit diesen auch finanziell verbunden sind. Aehnlich steht es mit Italien, das seine Bodenerzeugnisse (Wein, Blumen, Früchte) wie seinen Gewerbefleiß (Seide) an uns wird absetzen wollen und müssen. Umgekehrt haben beide Länder wiederum unsere Industrieerzeugnisse nötig, die ihm von anderwärts gar nicht geliefert werden können. Beide Länder sind bisher wirtschaftlich unselbständig gewesen und werden es aus inneren Gründen noch für geraume Zeit bleiben. Es ist nicht irgendwie wahrscheinlich, daß in all den Beziehungen des Handels, des Kapitals und der Technik Italien und Rußland ohne weiteres einen Ersatz finden würden. Wenn auch England und Amerika in der Zwischenzeit des Krieges manche Stellung errungen, manches Pfand sich angeeignet haben, so wird es doch nicht angängig sein, uns dort auszuschalten. Die Gegenseitigkeit aller Handelsbeziehungen macht das von vornherein unmöglich. Um so mehr als beide Länder Jahre der Ruhe und friedlicher Entwicklung brauchen, um die schweren Wunden auszuheilen. Besonders gilt dies von unserem Nachbar im Osten. Unsere Kaufleute sehen denn auch der friedlichen Wiederanknüpfung mit Rußland sehr optimistisch entgegen; man wird uns auf allen Gebieten brauchen. So werden also Italien und Rußland, die beide so geschwächt aus dem Kriege hervorgehen, von vornherein ein friedliches Einvernehmen mit uns erstreben; es kann ihnen selbst nur von Vorteil sein. Damit ist schon eine Bresche in den Wirtschaftskampf geschlagen. Freilich müssen wir dann unserseits jenen Ländern volle Gleichberechtigung und Absatzmöglichkeit ihrer Erzeugnisse einräumen.

Sodann aber ergeben sich zwischen England, den Vereinigten Staaten und Japan die stärksten wirtschaftlichen Interessengegensätze auf den neutralen Märkten, besonders Ostasiens und Südamerikas. Die amerikanische Flagge hat vielfach nicht uns von dort verdrängt, sondern England, wozu sie Zeit und Gelegenheit fand, während dieses ganz mit dem Kontinentalkrieg beschäftigt war. Die Ausweise des Außenhandels jener Länder zeigen aufs deutlichste diese ungewollte Entwicklung. Japan hat sich in China häuslich niedergelassen, das die beiden angelsächsischen Vettern für sich auszubeuten gedachten. Syrien und Kleinasien sind nicht minder ein Gegenstand des Streites zwischen sämtlichen Freunden und Bundesgenossen von heute geworden. Daß Ostasien, daß Südamerika, ja auch nur Kanada und das selbstständigkeitslüsterne Südafrika uns verschlossen werden sollten oder sich an einem Wirtschaftskrieg beteiligen würden, scheint mir kaum in den Bereich der Möglichkeit zu fallen, wenn wir nicht ganz ungeschickt verfahren. Für diese Länder liegt kein Anlaß dazu vor. Vielmehr haben sie im Gegenteil das allergrößte Interesse, den Wettbewerb verschiedener Industriestaaten im eigenen Lande zu erhöhen. Sie müssen das schon darum, weil sie den Absatz ihrer heimischen Erzeugnisse an so leistungsfähige Käufer wie die Mittelmächte nicht vorenthalten können oder auch nur wollen. Dieser Absatz aber beruht, wie aller Handel, auf Gegenseitigkeit, das heißt auf einer entsprechenden Abnahme unserer Erzeugnisse ihrerseits. Das gilt von dem ganzen südamerikanischen Kontinent, wie es von Rußland gilt. So werden Eifersucht und Widerstreit untereinander bei den heutigen Bundesgenossen von selbst einen Wirtschaftskampf vereiteln, der nur zum eigenen Schaden ausschlagen müßte. Damit ist aber auf der anderen Seite die Wahrscheinlichkeit einer friedlichen Entwicklung mit diesen Ländern nähergerückt. Die mangelnde innere Einheit ist der beste Garant des wirtschaftlichen Friedens der Zukunft.

Dahin führt aber noch eine andere weitere Ueberlegung: Die Mittelmächte besitzen von vornherein Erzeugnisse, die man auf der Gegenseite nicht wird entbehren wollen oder können. Kohle so wenig wie Kali als auch nicht wenige unserer Fabrikate lassen sich ersetzen. Es ist sehr schön gesagt und klingt gar großartig, daß man deutschen Stahl und Zucker, deutsche Spielwaren und Farbstoffe künftig nicht mehr abnehmen will. Aber wie soll man das auf gegnerische Seite eigentlich bewerkstelligen? Die Leistungsfähigkeit eines jeden Landes hat bestimmte Grenzen, die gegeben sind durch die Ausstattung mit natürlichen Kräften, durch das Ausmaß seiner Bevölkerung und deren besondere Fähigkeiten. Wie soll es England etwa gelingen, neben seiner Baumwollindustrie, seinem Schiffsverkehr und seiner Handelstätigkeit — auf diese wird es nicht verzichten wollen — alle jene Erzeugnisse auch noch herzustellen, die bisher Deutschland hervorbrachte? England wird das um so weniger vermögen, wenn es künftig in stärkerem Maße die einheimische Landwirtschaft pflegen will und sein stehendes Heer vergrößert. Und wer sollte all die deutschen Erzeugnisse sonst noch herstellen? Etwa die Vereinigten Staaten? Sie werden dazu ebenfalls nicht imstande sein. Bei der riesigen Ausdehnung des Landes sind sie ohnehin dauernd auf fremde Einwanderung angewiesen, um Baumwolle und Weizen, um Mais und Kohle gewinnen zu können. Die eigene Bevölkerung genügt dazu nicht. Die Einwanderung aus Europa aber wird nachlassen; dessen Menschenverlust ist so groß, daß es nicht noch abgeben kann. Darum wird die Union nicht all ihre Blütenträume verwirklichen können, weil auch ihre Leistungsfähigkeit nur eine begrenzte ist. Mag auf manchen Gebieten der Industrie, woran wir nicht zweifeln dürfen, in der Zwischenzeit des Krieges eine Umstellung erfolgt sein, die unseren Absatz gefährden wird: es bleiben genug Erzeugnisse übrig, die man auch künftig aus Deutschland und Oesterreich-Ungarn wird beziehen müssen. Wenn man in den heute feindlichen Ländern mit uns direkt nichts zu tun haben will, dann wird es durch die Vermittlung Dritter geschehen. Aber der friedliche Verkehr läßt sich nicht aufhalten, am allerwenigsten in den ersten Jahren, wo alle Länder die Ergänzung ihrer Volkswirtschaft brauchen, um wieder in die Höhe zu kommen.

Endlich aber bleiben wir wirklich die Länder der Mitte. Wir sind nun einmal das Nachbarland Europas als solches. Nachbarschaft aber verbindet. Weil man sich am nächsten ist, weil der Transport sich bequemer, billiger und rascher stellt als nach auswärts. Es ist allenthalben seit Jahrtausenden dieselbe Beobachtung zu machen Stärkste ökonomische Triebfedern sind es, die diesen Zusammenhang bewirken. Nach dem Kriege aber werden es alle Länder nötig haben, den Wiederaufbau der Volkswirtschaft so sparsam und billig zu gestalten, als es irgendwie zulässig ist. Der mangelnde Schiffsraum wird nach derselben Richtung größter Sparsamkeit drängen. Selbst Frankreich, bei dem offenbar der Haß sich am stärksten und leidenschaftlichsten gibt, wird nicht umhin können, unsere Waren abzunehmen, wie wir das gleiche tun werden. Der französische Nationalökonom Charles Gide hat darum noch während des Krieges vor dem Glauben gewarnt, als ließe sich der Handelsverkehr mit den Mittelmächten ausschließen. Nachbarschaft verbindet. Um so mehr wird das der Fall sein, weil das politische Einverständnis, das wir mit Rußland erstreben, notwendig auch ein wirtschaftliches im Gefolge haben muß. Alle Bedingungen finanzieller, kaufmännischer und technischer Art sind dazu gegeben. Die Entente wird auf dem großen russischen Markt nur die Gleichberechtigung durchzusetzen vermögen. Bei der Verflechtung aller weltwirtschaftlichen Beziehungen untereinander muß das eine Beispiel aber weitere Konsequenzen nach sich ziehen. Sie liegen auf dem Wege des wirtschaftlichen Friedens und Miteinanderauskommens. Die Kosten einer wirtschaftlichen Kriegführung würden nur die Gegner selbst tragen.

Gewiß, ich verkenne keinen Augenblick die unendlichen Erschwerungen, die uns der Abbruch unserer Handelsbeziehungen, die Vernichtung unseres Eigentums und der Verträge allenthalben entgegenstellen. Vieles wird nicht wiedergewonnen werden können, sondern dauernd verloren bleiben. Aber die Möglichkeiten, die uns offenstehen, um auf friedlichem Wege unseren Handel von neuem zu gründen und auszubreiten, bleiben auch dann nicht gering. Deutschland hatte vordem den aufnahmefähigsten Markt der Welt gebildet. Mit Oesterreich-Ungarn zusammen nahmen wir mehr als den sechsten Teil aller Einfuhrwerte auf. Sollte man es im Ernste irgendwo wünschen, daß wir es künftig nicht mehr tun? Wie sollten dann die feindlichen Länder ihre Zahlungsbilanz aufrechterhalten? Den großen Worten unserer Gegner, ausgesprochen im Kriege, um sich selbst Mut zu machen und den Trumpf in der Hand zu halten, pflegen glücklicherweise die Taten nur selten zu entsprechen. Wir werden darauf nicht allzuviel zu geben brauchen. Die Logik der Dinge hat eben ihre eigene Dialektik. Und diese weist mit innerer Notwendigkeit auf einen Ausgleich und friedliches Miteinanderauskommen hin. Jakob Burkhardt, der große Kulturhistoriker, hat einst das Wort geprägt: „Mögen auch die Völker Europas sich gegenseitig hassen, zu ihrem Glücke können sie einander nicht entbehren.“ Wir können das Wort vielleicht dahin erweitern: Mögen auch die Völker, die durch die Weltwirtschaft miteinander verbunden sind, sich zeitweise aufs blutigste bekämpfen, zu ihrem Glücke können sie ihre Eigenheit und ihre Arbeit, ihre Erzeugnisse und ihre besonderen Fähigkeiten auf die Dauer nicht entbehren. Das aber ist die stärkste Gewähr für die Möglichkeit des wirtschaftlichen Friedens.

Der Kaufmann und die Uebergangswirtschaft.

Von hervorragender kommerzieller Seite.

Wie dieser Tage wieder erinnert wurde, hat Fürst Bülow in seinem Buche über „Deutsche Politik" Industrie und Handel die Masten und Segel des Staatsschiffes genannt, ohne welche das Schiff nicht vorwärtskommen kann. Mit vollem Rechte. Trotz der Umwertung, die alle Begriffe durch den Krieg erfahren haben, gibt es wohl niemand, der bestreiten kann, daß insbesondere nach dem Kriege, wenn es gelten wird, möglichst viel Werte zu schaffen, um unsre Währungsverhältnisse in Ordnung zu bringen, Industrie und Handel in erster Linie in Betracht kommen. Die Uebergangswirtschaft muß im Zeichen der Hebung des Unternehmungsgeistes stehen. Hieraus hat die Industrie zum Teil schon die Folgerungen abgeleitet, und eine reichgegliederte industrielle Organisation trifft bereits alle Vorbereitungen, welche notwendig erscheinen, um eine möglichst autonome und möglichst unbehinderte Betätigung der Industrie in der Uebergangswirtschaft zu sichern.

Viel weniger hat man bis jetzt vom Handel gehört, was die Fachkreise gewiß nicht wundernehmen kann. Der Handel, insbesondere der Großhandel, eignet sich für eine Fachorganisation viel weniger als die Industrie, die einigenden Momente fallen hier weit weniger in die Wagschale als bei der Industrie, die divergierenden Interessen treten viel stärker in die Erscheinung. Dort, wo der Schwerpunkt des Unternehmens in der persönlichen Begabung des Kaufmannes liegt, erscheint eine Zusammenfassung, in welcher gerade das Persönliche zurücktreten muß, weniger ersprießlich und weitaus schwieriger durchführbar. Trotzdem ist es höchste Zeit, daß einerseits der Handel seine Stellungnahme zur Uebergangswirtschaft präzisiere, anderseits auch rechtzeitig seinen Einfluß geltend mache, um seine Einbeziehung in die Güterbeschaffung und Güterverteilung zu fordern.

Deutschland hat auf diesem Gebiete schon vorgearbeitet. Der deutsche Groß- und Ueberseehandel, hauptsächlich die Hamburger und Bremer Kaufleute, haben sich kräftigst zum Worte gemeldet, und sie können insofern schon einen Erfolg verzeichnen, als der Kriegsausschuß der Industrie die Heranziehung des Handels für die Güterbeschaffung nach dem Kriege in sein Programm aufgenommen hat und als der deutsche Reichskommissär für Uebergangswirtschaft in seinen Leitsätzen die Freigabe der Gütereinfuhr berücksichtigen will.

Nicht anders kann es auch in Oesterreich sein. Es wäre für den österreichischen Handel geradezu ein Unglück, falls Deutschland den Großhandel freigeben sollte, während in Oesterreich ausschließlich staatliche und industrielle Zentralen mit der Güterbeschaffung in der Einfuhr betraut werden sollten. Für den Kenner der Wechselwirkungen zwischen den Verhältnissen des Handels in Deutschland und bei uns und der beiderseitigen Konkurrenzbedingungen bedarf dieser Gedanke keiner weiteren Erläuterungen.

Es ist ferner für den österreichischen Großhandel nicht gleichgültig, was Ungarn auf diesem Gebiete vorhat. Die bisherigen Informationen besagen, daß der ungarische Kommissär für die Uebergangswirtschaft in der Wahl zwischen dem österreichischen und dem deutschen System sich für das letztere, also für eine größere relative Freiheit des Handels, entschlossen hat. Sollte dies zutreffen, so wäre vor einer differentiellen Behandlung hier und in Ungarn auf das nachdrücklichste zu warnen. Das überwiegende Interesse, das die Monarchie an der vollkommenen Aufrechterhaltung der Verkehrsfreiheit zwischen Oesterreich und Ungarn besitzt, empfiehlt, jede Differenzierung auf das peinlichste zu vermeiden, die nur geeignet wäre, die kommerziellen Elemente zu einer Abwanderung nach Ungarn zu veranlassen, was eine ungemein bedenkliche Entwirtschaftlichung unsres öffentlichen Lebens bewirken müßte.

Aber auch abgesehen von unserm Verhältnis zum andern Staate der Monarchie und zum verbündeten Deutschen Reiche werden sich die maßgebenden Faktoren des Staates ernstlich fragen müssen, wie sie am besten die persönliche Initiative, die fachmännische Begabung, die in langjähriger Arbeit erworbenen Kenntnisse, die internationalen Beziehungen und nicht zuletzt auch den internationalen Kredit des Großhandels der Allgemeinheit nutzbar machen können. Allzu weitgehenden Hoffnungen, daß diese wirtschaftlichen Mittel bei einer strammen Organisation auch nur annähernd ausgeschöpft werden können, möchten wir entgegentreten. Es wird nicht nur notwendig sein, die hervorragende Bedeutung des Großhandels für den internationalen Verkehr voll zu würdigen, sondern man wird auch bestrebt sein müssen, für eine entsprechende Betätigung des Handels eine Form zu finden, die eine Arbeitsmöglichkeit sichert, die die besonderen Arbeitsbedingungen berücksichtigt und dem Handel nicht eine nebensächliche Rolle zuweist. Die Kunst der Staatsmänner, die an diese Aufgabe herantreten wollen, wird gerade darin bestehen müssen, die persönliche Initiative aufzustacheln und den Unternehmungsgeist möglichst stark anzuregen.

Ein Moment, das für die Beurteilung der zu wählenden Form von größter Bedeutung sein muß, wird die Frage der internationalen Terminmärkte sein. Gerade in der Uebergangszeit, da der Staat im Interesse unsrer Währung wird trachten müssen, so billig als möglich einzukaufen, werden wir nicht auf den verbilligenden Einfluß der Konkurrenz und auf Vorteile verzichten können, welche Warenterminmärkte bieten. Besteht ja die Hauptfunktion der Warenterminmärkte darin, daß man sich dort zu dem jeweils geltenden niedrigsten Preise eindecken kann. Uebersee-güter werden grundsätzlich zumeist auf den größeren europäischen Terminmärkten ausgeboten, die man nicht mindern kann, ohne des Vorteiles des direktesten Einkaufes verlustig zu gehen.

Wer sich aus dem Termingeschäfte ausschließen wollte, müßte dies mit ungeahnten Risken bezahlen, will man nicht zur Sicherung des zentralen Einkaufes das Reich gegen das Ausland hermetisch absperren und so einer unerträglichen Preisverteuerung Tür und Tor öffnen. Der zentrale Einkauf, mag er direkt durch eine staatliche Organisation oder durch dienstliche Mittelspersonen erfolgen, deren Funktion gleich bekannt werden würde, müßte außerdem auf die Warenmärkte gleich preissteigernd wirken und auf diese Weise den Interessen der billigsten Warenbeschaffung entgegenarbeiten.

Die großen Vorteile, welche der international gut eingeführte Großhandel auch freie Konkurrenz unbehindert ist, halten sich die Preise der Konsumartikel in erträglichen Grenzen.

wehrmaßregeln zu erwägen, die ihren Zweck erfüllen, diese unerwünschte Konkurrenz auf ein gesundes, unserer Industrie nicht zu abträgliches Maß zurückzuführen.

Zu diesem Behufe ist es opportun, sich vorerst darüber Rechenschaft zu geben, worin die Verführungskunst, die der amerikanische Wagen auf breite Interessentenschichten unleugbar ausübt, im Wesentlichen besteht. Es ist eine stattliche Anzahl von Lockmitteln und Anreizen, deren hervorstechendste hier aufgezählt seien:

1. Der im Verhältnis zur Motor- und Wagendimension niedere Preis.
2. Die ohne Zuschlag mitgelieferte komplette Ausrüstung.
3. Die jederzeitige Bezugsmöglichkeit passender Ersatzteile.
4. Die prompte Lieferung des Wagens.
5. Das Bereifungsmoment.
6. Der Probefahrtsbluff.

Da wir uns nun Klarheit verschafft haben, wo die Hebel anzusetzen wären, um den inländischen Mittelstandswagen auf das Käufer animierende Niveau des amerikanischen Autos zu bringen, sei auch das „wie" näher erläutert.

Wo von der durch ihre niedere Preislage bedungenen Konkurrenz der amerikanischen Wagen noch immer die Sprache war, regelmäßig tönte echogleich das Schlagwort von der Massenfabrikation entgegen. Dieses unvermeidliche Wort, zu dem sich hie und da „weitgehende Normalisierung, Anwendung des Taylorsystems, Erzeugung einer österreichischen Einheitstype" und andere ähnlich fachlich klingende Phrasen hinzugesellen, bilden in ihrer Gesamtheit das vielgepriesene Universalheilmittel, sozusagen den Impfstoff, der uns gegen eine etwaige Epidemie überseeischer Wagen immunisieren soll. Durchwegs prächtige Schlagworte, aber leider nur solche, die sich, wenn überhaupt, so keinesfalls von heute auf morgen, realisieren lassen, ergo für die kritische Zeit der Uebergangswirtschaft bedeutungslos sind.

Eine österreichische Fabrik, die sich zur Auflage von Tausender-Serien, gleichgiltig welcher Type, entschließt, könnte, ohne sich einer Voreiligkeit zeihen zu müssen, gleichzeitig um Einleitung des Konkursverfahrens ansuchen. Fabrikation in Massen verlangt als conditio sine qua non auch einen Absatz in solchen, der uns, wie genugsam bekannt, abgeht. 7000 unverkaufte Autos involvieren für einen Betrieb à la Studebaker noch kein drohendes Gefahrmoment, aber 700 unveräußerliche Chassis genügen, den Niederbruch einer österreichischen Fabrik herbeizuführen. Uebrigens ist die Herstellung in großen Serien der jeder Auto-Erzeugungsstätte vorschwebende Idealzustand, dessen Erreichung jedoch kein Forcieren verträgt. Massenerzeugung muß sich, wie dies bei den gigantischen Fabriken jenseits des Ozeans nicht anders der Fall war, allmählich und automatisch aus dem Massenkonsum herauskristallisieren. Einer Fabrik, die bisher für knapp 500 Chassis — notabene dreier grundverschiedener Typen — Absatz finden konnte, anzuempfehlen, sie möge ohne Zwischenstufe eine 5000er Serie einer populären Type in Angriff nehmen, um die unliebsame amerikanische Konkurrenz aus dem Felde zu schlagen, wäre demnach barer Unsinn.

Diskutabler ist der von autoritativer Seite gemachte Vorschlag, analog der österreichischen Postautotype ein Einheitsauto herzustellen, an dessen Erzeugung sich alle inländischen Fabriken von Rang und Namen beteiligen sollen, etwa in der Form, daß nach einem einheitlichen Konstruktionsentwurf der einen die Erzeugung des Motors, der zweiten die des Wechselbetriebes, der dritten die des Differentials usw. übertragen wird. Wir verkennen nicht, daß die Herstellung einer solchen Einheitstype auch beim vierplätzigen Mittelstandswagen (die zitierte Anregung betrifft bekanntlich das zweisitzige Kleinauto) so ziemlich der einzige, zur risikofreien Potenzierung der jetzt üblichen Serien führende Weg ist, hegen jedoch gleichzeitig Bedenken gegen dessen Einschlagung. Die seinerzeitige, als nachahmenswertes Vorbild empfohlene Postautotype wurde für den Staat geliefert, und zwischen Staat- und Privatkundschaft muß differenziert werden. Während bei der erstgenannten nur ökonomische Motive die Markenwahl beeinflussen, sind bei der zweiten auch psychologische ausschlaggebend. Kurz gesagt, der Staat verlangt nur einen rationellen, die Privatkunde auch einen individuellen Wagen.

Dem österreichischen Selbstfahrer behagt kein Wagen, wie ihn Hinz oder Kunz führen, kein charakter- und seelenloses Gebilde, das des Sonntags vor dem Semmeringer „Erzherzog Johann" gleich rudelweise auftritt, so daß beim Hotelverlassen die Agnoszierung des eigenen Vehikels Detektivtalente voraussetzt; bei uns ist das „an Charakter hab'n" nicht nur ein Wertmesser für Menschen, sondern auch für Autos. Der Hauptvorwurf, der dem wohlfeilen Wagen gegenüber allenthalben erhoben wird, besteht eben in diesem, mit unserer Geschmacksrichtung kontrastierenden Sichgleichen wie ein Eierersatz dem anderen. Wir wünschen, so wir uns schon keinen besseren Wagen leisten können als unsere teuren Verwandten, lieben Freunde und werten Klubkollegen, so zumindest einen anders gearteten. Eine schnittige Kühlerfasson, eine schmissige Karosserielinie oder ein remmäßig geschwungener Kotflügel, kurzum jene ins Auge springenden Extravaganzen, um die uns die lieben Freunde ... beneiden, sind die mächtigsten Triebfedern unseres Autostolzes. Es wäre ein von Haus aus verfehltes Beginnen, einen jeder persönlichen Färbung baren Wagen auf den Markt zu bringen, nur um die Serie vervielfachen zu können. Denn selbst angenommen, daß sich nach Friedensschluß sechs österreichische Fabriken, dem Zuge der Zeit folgend, zur Herstellung eines 12 bis 16 HP-Leichtautos aufraffen werden, so ergäbe die Zusammenfassung ihrer diesbezüglichen Produktion immer erst eine vierstellige Ziffer, die von den uns vorgaukelnden 100.000 nach wie vor respektable Distanz hielte. Der aus der Massenerzeugung resultierenden Vorteile würden wir auch in dem Annahmefalle nicht teilhaftig, wohl aber die im Kampfe gegen überseeische Eindringlinge erprobteste Waffe aller österreichischen Autofabriken, die individuelle Note, nutzlos strecken.

Eine immerhin nennenswerte Reduktion der Erstellungsspesen ließe sich erzielen, so sich unsere Konstrukteure

Die Uebergangswirtschaft.

Abwehr der amerikanischen Gefahr.

Die Studebaker Corporation dementierte kürzlich das die New-Yorker Börse alarmierende Gerücht, demzufolge sie 20.000 unverkaufte Autos auf Lager hätte, und stellte gleichzeitig fest, daß es sich nur um 7000 Stück handle. Schätzen wir die Wahrheit als in der Mitte liegend, also mit 13.000 Wagen, ein, da es erfahrungsgemäß angebracht erscheint, amerikanischen Dementis etwas skeptisch gegenüber zu stehen, so wäre dies für uns, die wir an amerikanischen Automobilwerten ziemlich desinteressiert sind, durchaus keine Sensationsmeldung, wenn diese eben nicht schon heute herübergedrahtet würde. Dieser sich schon jetzt, wenn auch in gemäßigter Form, geltend machenden Ueberproduktion ist symptomatischer Charakter beizumessen und sie ist dazu angetan, auch den hartnäckigsten Leugnern einer amerikanischen Auto-Invasionsmöglichkeit die Augen zu öffnen und sie dahin aufzuklären, daß die überseeischen Riesenfabriken bei Stornierung der Entente-Kriegslieferungen gezwungen sein werden, den Markt der Mittelmächte mit ihrer Dutzendware in verstärkter Auflage als in der Vorkriegsperiode zu beschicken.

Mit einem Radikalmittel, wie dem oft in Vorschlag gebrachten Schutzwall hoher Einfuhrzölle, wird sich die amerikanische Gefahr kaum bannen lassen, da unsere aktuellen Feinde sich bei der Abfassung der Zoll- und Handelsverträge schwerlich passiv verhalten werden und kaum geneigt sein dürften, uns etwa Rohgummi und daraus verfertigte Endfabrikate (für welche uns niedere Zollsätze genehm sein werden) zu liefern, um den Absatz unserer Automobilproduktion zu erleichtern und ihrerseits den Ueberschuß an Waren, mangels ausreichender Exportmöglichkeit, uns zu Gefallen einzuschmelzen oder als Altmaterial nach Gewicht abzustoßen.

Mit dem Wiederauftreten des Amerikaners auf unserem Automarkte ist demnach zweifelsohne zu rechnen und erachten wir es nicht für verfrüht, heute bereits erfolgverheißende Ab-

Fremdenblatt
25./XII. 1917

II
74

Die Uebergangswirtschaft

dazu verstehen wollten, an der einmal gewählten Wagentype, insbesondere wenn solche für wirtschaftlich schwächere Benützer bestimmt ist, mehrere Jahre festzuhalten. Leider hat sich hierzulande der Abusus eingelebt, jedes Frühjahr mit dem Auftauchen der Primeurs am Gemüsemarkte auch solche in Gestalt neuer Modelle am Automobilmarkte feilzubieten. In diesem Belange sollten die Amerikaner für uns beispielgebend sein, wiewohl anerkannt sei, daß auch eine geringe Anzahl deutscher Fabriken sich vom System der kurzfristigen Modelle abgekehrt hat. Letztere erzeugen drei bis sechs Jahre mit geringfügigen, der wechselnden Karosseriemode Konzessionen machenden Abänderungen, die nämliche Type, ohne daß sie dieserhalb der Vorwurf der Rückständigkeit treffen könnte. Auch sie gehen mit der Zeit, studieren und probieren alle auftauchenden Neuerscheinungen, in ihren Konstruktionsbureaux und Laboratorien herrscht ohne Unterlaß rege Tätigkeit, aber sie enthalten lieber ihrem Kundenkreis für gut befundene Neuerungen — die bei der Konstruktionsreife der jetzigen Modelle keine Wunderwirkung beinhalten — mehrere Jahre vor, als wegen modischer Neuerungen oder Adaptierungen ihren Chassisentwurf alle ein bis zwei Jahre umzustoßen. Selbst beim Auffinden nicht zu schwer wiegender Konstruktionsfehler schreiten sie nur dann zu sofortiger Abhilfe, wenn dieser Fehler nicht zu sehr betriebshemmend wirkt und mit der Beibehaltung der betreffenden Spezialmaschinen vereinbar ist. Die Unsitte der jährlichen Pferdestärkevariationen (z. B. von 12/14 auf 16/18, dann wieder auf 13/15 usf. in bunter Folge) bei ein und derselben Type — die genau genommen dann nicht mehr dieselbe ist — ist dem Konstrukteur der amerikanischen Universaltype fremd. Die geringfügigste Aenderung der Pferdestärke bedingt bei gewissenhafter Fabrikation Neukonzeption des Gesamtchassis, wirkt also betriebslähmend und steigert die auf jedes einzelne Chassis entfallende Quote für Konstruktions- und Erprobungsspesen nicht unerheblich. Auch verbietet sie die Anschaffung von kostspieligen, für Einzelorgane spezialisierte Automaten, deren Amortisation bei dem System der automobilen Eintagsfliegen a priori ausgeschlossen wäre.

Fabriken, die für kapitalskräftige wie auch wirtschaftlich schwächere Klientel liefern, sollten sich tunlichst auch zu einem diesbezüglichen Zwiespalt in dem Erzeugungsmaxime bekennen. Der Noblesse mögen sie auch fernerhin jährlich das obligate, ultramoderne, mit Neuheiten durchsetzte Modell kredenzen, die Kundenunterschicht aber nur in beträchtlichen Zeitintervallen mit einer neuen, fortschrittlichen, sorgfältigst erprobten, auf ökonomische Arbeitsweise berechneten Wagentype beglücken.

Die zukünftige Vermeidung des sprunghaften Typenwechsels wird die preisnivellierende Wirkung nicht verfehlen, aber seinen unvermittelten Sturz in die Niederungen der amerikanischen Notierungen nicht hervorrufen können. Nun gibt es eine nicht zu kleine Käuferkategorie, deren materielle Potenz auch bei äußerster Anspannung nicht hinreicht, einen größeren Barbetrag als den für überseeische Wagen geforderten mit einem Schlage flüssig zu machen, die somit nolens volens häufig genug gegen ihre bessere Ueberzeugung, der fremdländischen Masseindustrie in die Fangarme getrieben wird. Um auch diesen Konsumentenkreis der kontinentalen Industrie zu erhalten, scheint nur ein Auskunftsmittel geeignet: die Krediteinräumung. Wir befürworten nicht die Abgabe von Mittelstandsautos auf Raten etwa konform dem bei Grammophonen üblichen Abzahlungsmodus, sondern halten unbedingt dafür, bei Abgabe des Autos unter Geltendmachung des Eigentumsvorbehaltes auf zwei Drittel Anzahlung (die dem ungefähren Detailpreis des amerikanischen Wagens ebenbürtiger Leistung entspräche) zu bestehen; den Restbetrag hätte der Käufer innerhalb der folgenden zwei Jahre zu tilgen. Man wende nicht ein, daß Autobranche und Kreditwesen zwei Dinge sind, die sich seit jeher schlecht miteinander vertragen; diese Argumentation hat ihre Stichhältigkeit eingebüßt. Heute sind die Verhältnisse in der Kraftwagenbranche soweit konsolidiert, daß ein seriöser Händler ebensolchen Kunden ruhig beschränkten Kredit einräumen kann, ohne einen Rattenschwanz von Vertragsanfechtungen und Prozessen befürchten zu müssen, um so eher, wenn er von der Solidität seiner Ware überzeugt ist. Die Vertreter amerikanischer Autos hingegen werden von dem Barzahlungsprinzip nicht ablassen können, wie das seitens ihrer Stammfabriken hochgehalten wird. Solvenz ist ja so ziemlich die einzige Händlerqualifikation, die sie nachweisen müssen, diese jedoch in einem bei uns ungewohnten Ausmaße. Der Fabrikant von drüben ist nicht vertrauensselig genug, sich mit seinem fixen Schluß auf ein bestimmtes Autoquantum für die betreffende Saison zufrieden zu geben. Er verlangt auch in Form einer oft 50prozentigen Akontozahlung auf den betätigten Schluß materielle Garantien für dessen Realisierung, die den Subvertreter außerstande setzen, seinerseits irgend welche Zahlungserleichterungen seinen Abnehmern gegenüber zu gewähren.

Der zweitwirkungsvolle Blendfaktor des amerikanischen Wagens ist die im Verkaufspreis inbegriffene komplette Ausstattung, die aus Klappverdeck mit Seitenteilen und Hülle, zwei Scheinwerfern, dto. Stadtlampen, Decklaterne, Windschutzscheibe, Kilometerzähler, Geschwindigkeitsmesser, Huppe, neuerdings auch aus Dynamobeleuchtung und elektrischem Anlasser besteht. Fürwahr, eine reiche Blütenlese von „Gratisbeigaben", die ihre Verführungskunst so lange ausüben wird, als sich die einheimischen Fabriken nicht entschließen, Gleiches mit Gleichem zu vergelten. Bei uns werden die obgenannten Zutaten meist nur „auf Wunsch" mitgeliefert und in der Regel „gegen den Wunsch" hoch in Rechnung gestellt. Die Herren Niederlagsleiter und Generalrepräsentanten sehen ihr lukratives Neben- (oder Haupt-) Geschäft darin, den P. T. Kunden die diversen Zubehörteile stückweise z. T. unangemessen hoch zu berechnen und ihnen womöglich allerlei — für ein Berufsfahrzeug — überflüssigen Kram aufzuschwatzen, so daß die Käufer den wahren Preis des Wagens erst bei Erhalt der Faktura und nicht bei Kaufabschluß erfahren und es dann kaum fassen können, wieso der ursprünglich genannte Katalogpreis sich so zu seinem Nachteil verändern konnte. Was Wunder, daß sich zögernde, ängstliche Naturen endgiltig für den Amerikaner entscheiden, wobei folgende beispielsweise Kalkulation den Entschluß offenbar zeitigte: Der offerierte und auch erworbene Wagen kostet mit allem Um und Auf 6000 K., die Ausstattung ist nach inländischen Notierungen mit 2000 K. zu veranschlagen, verbleibt als Nettopreis für den blanken Wagen die Lappalie von 4000 K. Diese Differenzrechnung würde stimmen, wenn die Gratisausstattung der in Rede stehenden Wagen der kontinentalen, separat in Rechnung gestellten, nur annähernd gleichwertig wäre; sie ist ihr jedoch durchaus inferior, wodurch diese Scheinkalkulation problematisch wird. Dessenungeachtet ist es wenig diplomatisch, den Interessenten überhaupt zu solchen, auf falschen Voraussetzungen basierenden Preisstudien Veranlassung zu geben. Hier müßte eine durchgreifende Reform des Ausrüstungswesens der populären Wagentypen Remedur schaffen. Der Luxusautler sei — sofern er nichts dawider hat — auch fernerhin die Zitrone, deren Privileg es ist, von jedermann ausgepreßt zu werden, den Mittelstandsautler aber bringe man nicht erst in Versuchung, für die Ausstattung seines ohnedies an der Grenze des Erschwinglichen balanzierenden Vehikels ein kleines Vermögen anzulegen, man biete ihm den Wagen mit einfacher, aber zweckdienlicher, für jede Verwendungseventualität genügender Ausstattung zu einem fixen Preise an. Ob in dieser einheitlichen, obligatorischen Ausrüstung, welche die Fabrik als Großabnehmerin sehr vorteilhaft beziehen und bei einigem guten Willen ebenso kalkulieren kann, Dynamobeleuchtung und Anlasser werden einbezogen werden können, bleibt abzuwarten. Uebrigens ist die Funktion dieser Attribute bei den wohlfeilen Chassis amerikanischer Herkunft eine so mangelhafte und häufigen Störungen ausgesetzte, daß der Käufer eines österreichischen Wagens sich über kein Ausrüstungsmanko zu beklagen hat, wenn er der Segnungen der im Massenfabrikationswege erstandenen komplizierten elektrischen Anlage verlustig wird.

Ein Moment, das ebenfalls für den amerikanischen Standard-Wagen Propaganda macht, ist die zu jeder Zeit gewährleistete Bezugsmöglichkeit passender Ersatzteile. Von der simplen Ventilfeder bis hinauf zum Zylinderblock, vom Kugellager bis zur Differentialbrücke ist in den großzügig organisierten Zentralteilelagern der in Europa eingebürgerten Marken alles prompt und zu mäßigen Preissätzen erhältlich. Mancher österreichische Fabrikant mag dem gegenüber die tendenziöse Einwendung machen, daß sein solides Chassis keinen Ersatzteilmassenkonsum aufzuweisen hätte, weshalb die Vorsichtsmaßregeln gewisser Firmen, bei denen organische Gebrechen, wenn schon nicht an der Tages- so doch an der Wochenordnung stehen, ihm nicht zur Richtschnur dienen können. Theoretisch ist diese etwas boshafte Argumentation wohl berechtigt. Ein fehlerlos konstruiertes, bis zur letzten Schraube minutiös errechnetes Chassis darf während des Betriebsjahres überhaupt keine Brüche aufweisen und soll eine Werkstätte bestenfalls einmal jährlich zum Zwecke der Generalrevision, eventuell Reparatur beziehen; ob dann die zu ersetzenden Verschleißteile unmittelbar zur Stelle sind oder nicht, ist bei der längeren Dauer, welche die Zerlegung, gründliche Reinigung und Kontrolle auf alle Fälle erfordert, belanglos. In der Praxis dagegen ergeben sich auch bei erstklassigen, kostspieligen Kraftwagen unvorhergesehene Brüche, sei es infolge Karambolage, hervorgerufen durch leichtsinnige oder ungeschickte Fahrweise — natürlich stets des entgegenkommenden Fahrzeuglenkers — sei es durch selbst bei rigorosester Kontrolle unvermeidliche Materialfehler, da, wie der Wiener Mechaniker sich auszudrücken beliebt, „ins Materieul kaner net einischauen kann". Der Angelpunkt der Sanierung unseres Ersatzteilwesens liegt in der schon an anderer Stelle empfohlenen größeren Konsequenz im Fortbau bewährter Typen. Bei der Ueberfülle grundverschiedener Modelle, die manche Konstrukteure mit verschwenderischer Hand ausstreuen und von denen nicht zu wenige, kaum ins Leben gerufen, wieder aufs Aussterbeetat gesetzt werden, ist es vom fabrikationsökonomischen Standpunkte undurchführbar, ein vollständiges Teilelager für die im letzten Dezennium erzeugten und zum Teile in bloß 20 bis 50 Exemplaren gelieferten Typen, selbst nur an einer einzigen Zentralstelle, zu unterhalten. In der Majorität der Bedarfsfälle waren selbst in normalen Zeitläuften etwas seltener begehrte Ersatzteile weder in der Fabrik noch beim Händler auf Lager und wurden erst auf ausdrückliche Bestellung fallweise bei mehrwöchentlicher Lieferungsfrist erzeugt. Der Mittelstandsautler ist meist nicht in der glücklichen Lage, um für die mehrwöchentliche Reparaturzeitspanne durch Autotaximiete Ersatz zu schaffen. Er fühlt sich durch die ihm zudiktierte Automobilsaftenzeit beruflich schwer geschädigt, wälzt alle Schuld auf den Wagenlieferanten, der schließlich auch kein Prophet ist, um im Voraus zu wissen, daß bei einem der zehn gelieferten Motoren der Type Y/6 die Kurbelwelle brechen würde. Das propagierte System der größeren Typenkonsequenz bei wohlfeilen Gebrauchswagen wird das leidige Ersatzteilproblem automatisch einer allseits befriedigenden Lösung zuführen. Bei starkem Umlauf ein und desselben Modells wird kein geschäftstüchtiger Händler davor zurückschrecken, sich ein reich assortiertes Teilelager anzulegen, da er des prompten Abganges sicher ist. Aber es kann nicht oft genug betont werden: was dem Luxusfahrer recht ist, ist dem Berufsautler noch lange nicht billig ... genug. Mit anderen Worten: er muß die Ersatzteile, die für ihn ohnedies eine unerwartete Budgetbelastung darstellen, zu zivilen Preisen berechnet bekommen. Die Zeiten, in denen der Händler in jedem kapitalskräftigen Kunden — und er hatte dazumal ausschließlich solche — eine Lebensrente erblicken durfte, deren Ertrag aus den fortlaufenden Ersatzteil- und Reparaturrechnungen erfloß und sich proportional zur materiellen Potenz der Klienten verhielt, gehören glücklicherweise der Vergangenheit an.

Um die Reform des Ersatzteillieferungswesens wunschlos durchzuführen, müßten Fabrikanten und Vertreter sich in dem Gedanken einig sein, das Einzelgeschäft mit der Wagenlieferung, von der Verdienerperspektive aus, als abgeschlossen zu betrachten; von diesem Augenblicke an trägt ihnen das Geschäft nur noch Verpflichtungen, die darin gipfeln, ihren Kunden die Wagenerhaltung nach Kräften zu erleichtern.

Ein in Käuferkreisen hochgeschätzter Vorzug ist die rasche Bezugsmöglichkeit des amerikanischen Wagens. Seine Anschaffung kann punkto Zeitaufwand und glatter, unkomplizierter Geschäftsgebarung (bei zunehmender Kriegsdauer vielleicht auch punkto Preis) mit der eines neuen Anzuges erfolgreich konkurrieren. Voraussetzung für prompte Lieferung ist ein großzügiges Auf-Vorrat-Erzeugen, ein bei uns wohl infolge des damit verknüpften Risikos selten gehandhabtes Fabrikationsgenre. Einerseits propagiert man hier für bestimmte volkstümliche Typen Massenherstellung, anderseits hält man in übertriebener, krankhafter Scheu vor Ueberproduktion an dem nur Auf-Bestellung-Erzeugen fest. Wir fallen da von einem Extrem ins andere, wo doch der goldene Mittelweg einer gewissen Fabrikationslargeheit, welche die Frühjahrsdotierung der Hauptverkaufsstellen mit einer mäßigen Anzahl sofort greifbarer Chassis gestatten würde, der zielsicherste wäre. Die hierorts üblichen Lieferfristen, die trotz überreichlicher Bemessung den Fabriken, wie die Erfahrung lehrt, noch zu kurz dünken, leisten der Verbreitung der überseeischen Dutzendwagen Vorschubdienste. In dieser Erkenntnis verschaffe auch unser Kraftfahrzeughandel dem idealen Verkaufsrezept Geltung: Man kommt — kauft — kurbelt an!

Ein mächtiger Impuls zum Ankauf amerikanischer Autos könnte während der Uebergangsperiode auch im Bereifungsmoment zu suchen sein. Die Entente beabsichtigt nämlich, unsere notorische Gummiknappheit auf eine ihrer Einkreisungspolitik würdige Form zum Sprungbrett für den Import ihrer Automobilfabrikate auszugestalten. In der Gilde ihrer Pneumatikproduzenten wurde bereits vor mehreren Monaten ein Kartellierungsgedanke ventiliert. Dem erhabenen Zweck dieses Zusammenschlusses sollte das Uebereinkommen zugrunde liegen, in Hinkunft, zumindest für etliche Jahre nach Friedensschluß, nur an jene Automobilisten der Mittelmächte Pneumatiks zu liefern, die aus den Ententeländern stammende Fahrzeuge benützen. Ob dieser hirngespinstige Plan inzwischen ad acta gelegt wurde, wissen wir nicht. Jedenfalls sei er uns ein bedeutsamer Fingerzeig, die Reifenfrage während der Uebergangsperiode nicht en bagatelle zu behandeln. Die Rohgummieinfuhr muß unmittelbar nach Friedensschluß aufs energischeste einsetzen und dürfen ihr valutarische Bedenken nicht im Wege stehen, wenn unsere Automobilindustrie von schwerem, unheilbarem Schaden bewahrt werden soll. Die ausländischen Chassis werden nach wie vor mit kompletter Bereifung von sogenannter Friedensqualität angepriesen werden. Auch bei uns wäre es grundfalsch, die Pneumatikfsorgen durch Lieferung unbereifter Vehikel auf die Kunden zu überwälzen und sie auf die wilde Pneumatikjagd zu schicken, deren Beuteergebnis — wie anno 15 zu Wien — von dem Aufwand an blaupapierener Munition abhängig wäre.

Es hieße die Serie der Verführungskünste des amerikanischen Wagens nicht erschöpfen, wollte man seine Bluffmethodik übergehen. Diese vermag in den Händen routinierter Verkäufer oder Vorführer auch gewitzigte Autler zu Lobeshymnen hinzureißen, die nach der ersten Tagespartie, ach, nur zu häufig, in Klagelieder umstimmen. Das Wesen des amerikanischen Bluffs ist ob seiner Vielgestaltigkeit in wenigen Worten schwer definierbar. Wir beschränken uns daher auf folgende Musterbeispiele. Vorerst das friedliche: Verkaufsprobefahrt über den Exelberg. Der Zweigeschwindigkeitswagen zieht mit direktem Eingriff (der höchsten Uebersetzungsstufe) schwungvoll die Steigung hinan. Da läßt sich der Händler prahlerisch vernehmen: „Das soll mal der 30 HP-Z-Wagen mit dem fünffachen Katalogpreis nachmachen, diese Steigung mit direktem Eingriff so mit der Vierten zu nehmen. Ich wette zehn gegen eins, der muß schon vor der Rohrerhütte in

Der Volkswirt.

Die Produktionsgrundlagen der österreichischen Industrie vor und nach dem Kriege.

In dieser Zeit der Um- und Neugestaltung aller Dinge, in welcher dunkle Fragen auftauchen und eine klare Antwort fordere, wird man gern nach einem führenden Buch greifen, das mit dem vollen Rüstzeug des Wissens und der Erkenntnis in die ganze Wirtschaftspolitik Oesterreichs hineinleuchtet, alle gegebenen Elemente der Vergangenheit zusammenfaßt und dann auf realer Grundlage zum Mitarbeiter an dem Zukunftsbau wird. Es ist keine Streitschrift, welche den bekannten volkswirtschaftlichen Schriftsteller Dr. Friedrich Hertz zum Verfasser hat, sie will, wenn auch vielfach Kritik geübt wird und ernste Besserungsvorschläge vorgebracht werden, in erster Linie orientieren, Anregungen geben und zur Weiterarbeit leiten. „Die Produktionsgrundlagen der österreichischen Industrie vor und nach dem Kriege" von Doktor Friedrich Hertz werden sich als Quellenbuch qualifizieren, an dem man nicht achtlos vorübergehen kann. Ueber seine Absichten sagt der Autor: „Die kommenden Friedensaufgaben überragen an Schwierigkeit alle Probleme der Vergangenheit ebenso sehr wie dieser Krieg seine Vorgänger. Gesetzgebung und Verwaltung bedürfen daher vielseitiger und eindringlicher Vorbereitung, die die Bedingungen wirtschaftlichen Fortschreitens zu erforschen, dann aber auch die Oeffentlichkeit mit den Ergebnissen tunlichst vertraut zu machen hätte. Die vorliegende Schrift will mehr Fragen aufstellen, als sie beantworten kann, dabei aber einige Anregung, auch Gesichtspunkte und Material für Weiterarbeit vermitteln." Diesem Zweck dient auch die Untersuchung der Produktionsgrundlagen in stetem Vergleich mit Deutschland. Und da kommt Dr. Hertz zu dem bemerkenswerten Ergebnis, daß in dem Jahrzehnt vor Ausbruch des Krieges das Tempo unsrer industriellen Entwicklung keineswegs geringer war als in Deutschland, beziehungsweise in Preußen. Wir sind also keineswegs so zurückgeblieben, wie oft behauptet wird, wenn man den absoluten Größenunterschied zwischen Deutschland und Oesterreich nicht übersieht. „Man muß unsrer Wirtschaftspolitik nachsagen, daß sie überall auf solider Vorarbeit fußt. Was aber fehlt, ist die rege Teilnahme weiter Kreise, ohne die die besten legislativen und administrativen Absichten nicht praktisch werden können." Daß wir an den wirtschaftlichen Aufschwung Deutschlands nicht heranreichen, dafür gibt es ja mancherlei natürliche Gründe, so verhältnismäßiger Mangel an Rohstoffen, die Binnenlage Oesterreichs, das Fehlen von Wasserstraßen, die geringe städtische Entwicklung, die mangelhafte Ausbildung des Handels. Weitere Gründe sieht der Autor in den politisch-administrativen Momenten, in den Verwaltungszuständen, der Steuergesetzgebung und in der Zollpolitik, also in solchen Faktoren, welche die Produktionskosten mehr oder minder stark beeinflussen und bei einer auf die Erstarkung der Volkswirtschaft gerichteten Produktionspolitik nicht in den Hintergrund gedrängt werden können. Zu allen einschlägigen Fragen wird reiches statistisches Material beigebracht.

Nach der interessanten Feststellung der Produktionsgrundlagen der österreichischen Industrie vor dem Kriege richtet Dr. Hertz den Blick in die Zukunft und setzt sich mit den Problemen der „Volkswirtschaft nach dem Kriege", mit der „Frage der wirtschaftlichen Annäherung zwischen Oesterreich und Deutschland" und der „Uebergangswirtschaft und Finanzpolitik nach dem Kriege" auseinander. Dabei erinnert der Autor daran, daß die „volkswirtschaftlichen Erfahrungen des Krieges gezeigt haben, wie bedenklich Vorhersagungen sind, die sich aus dem Kreise genau bekannter Vorgänge hinauswagen". Ihm erscheinen zwei Hauptprobleme bestimmend, nämlich Produktivität und Kaufkraft, während der Zirkulationsprozeß, der sich zwischen Produktion und Konsum einschiebt, zu großen Täuschungen führe. Er hülle den Güter-

Reichspost

28/XII. 1917

79

Oesterreichs zukünftige Stellung im Weltverkehre.

Von Gustav Herlt, Konstantinopel.

Unerhörte wirtschaftliche Veränderungen vollziehen sich durch den Weltkrieg, Veränderungen, die man in ihrem Umfange und ihrer Tragweite noch nicht voll ermessen kann. So groß ist das Geschehen dieses Krieges in rein volkswirtschaftlicher Hinsicht, daß es eine völlig neue ökonomische Welt sein wird, mit der wir uns nach dem Kriege wieder abzufinden haben. Ganz abgesehen von den politischen Stimmungen, die auch im bestem Falle nach dem Kriege noch lange im Handelsverkehre nachzittern werden, ist der Umsturz in der Kreditwirtschaft der Großstädte, in der Organisation ihres Handels, der Rohstoff- und Konsumgüterverteilung so groß, der Mangel an Waren aller Art so außerordentlich, zudem die Verringerung des Schiffsraumes so einschneidend, daß der Verkehr unzählige neue Wege aufzusuchen trachten wird, um die entstandenen Hemmungen zu überwinden. Wer diese Bedürfnisse, die sich mit nie gesehener Gewalt aufdrängen werden, zu nützen versteht, so wie ein kluger Anrainer eines starken Baches die vorbeifließenden Wasserkräfte sich dienstbar macht, dem gehört die Zukunft.

Aus den durch den Krieg bewirkten Veränderungen im Weltverkehr kann Oesterreich-Ungarn vermöge seiner Lage die größten Vorteile ziehen. In doppelter Hinsicht, aus dem Verkehr in Europa zwischen Ost und West und aus dem Verkehr Mitteleuropas mit den Ländern jenseits des Kanals von Suez. Ob nun der gewünschte engere wirtschaftliche Zusammenschluß zwischen den Vierbundstaaten zustandekommt oder nicht, so wird sich doch der Handelsverkehr zwischen diesen Staaten vergrößern, insbesondere aber zwischen den beiden Polen des Vierbundes, zwischen Deutschland und der Türkei. Ersteres will aus der Türkei in Zukunft mehr Nahrungsmittel und Rohstoffe beziehen, anderseits dort mehr von seinen Industrieerzeugnissen absetzen. Dann werden auch viele Warentäusche unmittelbar bewerkstelligt werden. Deutschland und auch Oesterreich haben viel Schafwolle und Tiftik in England, Seide und Olivenöl in Frankreich gekauft, die in der Türkei erzeugt worden sind, in Zukunft werden sie hoffentlich am Erzeugungsorte selbst einkaufen. Der Warenverkehr zwischen Deutschland und dem Balkan und der Türkei wird, solange der Mangel an Schiffsraum besteht, durch Oesterreich-Ungarn gehen, auf der Eisenbahn und auf der Donau.

Es ist jetzt die Gelegenheit, diesen Verkehr dauernd an die Monarchie zu fesseln; es ist Voraussetzung, daß nur die Verkehrsverhältnisse so ausgestaltet werden, daß der Weg durch die Monarchie größere Vorteile bietet als der Seeweg. Bevor die Deutschen von den Nordseehäfen keine eigene Schiffahrtsverbindung mit der Levante besaßen, waren sie auf Triest und den Donauweg angewiesen. Sie wollten, daß die Donau der Hauptverkehrsweg von Deutschland nach der Levante werde, aber diese Wünsche wurden an den technischen Schwierigkeiten zu schanden, die die Donau der Schiffahrt bot und an einer kleinlichen Verkehrspolitik der Uferstaaten. Die Schiffahrtshindernisse in der Donau sind jetzt zum größten Teile beseitigt, es brauchten nur die Fahrrinne stellenweise vertieft, Häfen und Ladestationen angelegt zu werden. Es besteht wohl kein Zweifel daran, daß die gegenwärtigen Bemühungen, den Donauweg zu einem leistungsfähigen Verkehrswege zu machen, von Erfolg gekrönt sein werden.

Der Warenverkehr zwischen der Donaumündung und Konstantinopel als türkischem Haupthafen war vor dem Kriege recht unbedeutend. Die mit den Donauschlepps ankommenden Waren mußten in Galatz und Braila umgeladen werden, was die Fracht außerordentlich verteuerte. Die hohen Frachten auf der Donau drückten natürlich stark auf den Verkehr. Zement zahlte von der Fabrik in der Nähe von Semlin bis Konstantinopel vor dem Kriege 15 Franken Fracht die Tonne, während der französische Zement von Marseille bis Konstantinopel nur 8 Franken zahlte. Es wurden sogar Waren nach den Donauhäfen von Triest aus verschifft. Ist es nicht sinnwidrig, daß in der Friedenszeit mährischer Zucker auf der Südbahn nach Triest verfrachtet wird und dann zu Schiff nach Konstantinopel kommt, anstatt von Wien aus auf der Donau nach dem Goldenen Horn zu gehen? Von den Donauhäfen aus gibt es unmittelbare Schiffsverbindungen nur mit Konstantinopel und diese waren auch nur die Fortsetzung der Hauptlinien Triest und Marseille—Konstantinopel. Zwischen Galatz und Odessa unterhielt die russische Gesellschaft „Ruß" nur 15 Fahrten im Jahre.

Dieser Mangel an Schiffsverbindungen erklärte sich aus dem Mangel an Rückfrachten. Das wird nach dem Kriege anders werden. Nach Vollendung der ostanatolischen Eisenbahnen werden Samsun und Trapezunt wichtige Häfen werden, vielleicht auch Ineboli. Samsun wird sich zu einem bedeutenden Getreideverschiffungshafen ausgestalten, denn das von der zu bauenden Samsun-Siwasbahn durchschnittene Gebiet ist ein fruchtbares Getreideland, das außerdem noch Obst, Gemüse, Häute nnd Felle, Erze, Käse, Butter und für die Ausfuhr nach Mitteleuropa liefern wird. Trapezunt ist der Hafen für den Handel mit Persien, so lange die russische Transkaukische Eisenbahn für nicht russische Waren gesperrt ist; vielleicht ändert der kommende Friedensvertrag etwas an diesen Bestimmungen. Von Konstantinopel selbst aus wird freilich auch nach dem Kriege die Rückfracht gering sein; denn die Stadt und ihr Gebiet erzeugen keine Massengüter, ihre Ausfuhrartikel sind Rohseide, Stickereien, Teppiche, kunstgewerbliche Arbeiten, nur Chromerze und Felle können als Massengut gelten.

Die zweite Relation, für die Oesterreich die denkbar günstigste Lage hat, ist die von Mitteleuropa nach dem Osten über den Kanal von Suez hinaus: nach Ostafrika, Indien, Ostasien und Australien. Die Mittelmeerhäfen liegen da viel günstiger als die westlichen und nördlichen Häfen. Für Mitteleuropa ist Triest der von der Natur gegebene Ausgangshafen für den Osten. Daß es in diesem Belange bisher keine größere Rolle gespielt hat, war nur seinen ungenügenden Schiffsverbindungen zuzuschreiben.

Wenn wir nach dem Kriege unsere sämtlichen großen Schiffe in die Ostasienfahrt einstellten, was allerdings nur durch Einschränkung auf anderen Linien möglich wäre, könnten die Reeder Oesterreich-Ungarns der Volkswirtschaft der Monarchie einen großen Dienst erweisen, sich selbst aber außerordentliche Aussichten eröffnen. Beschränkt könnten die Linien nach der Levante werden, wenn die Eisenbahn- und Flußverbindungen entsprechend ausgenützt werden.

Noch in einer dritten Relation könnte Oesterreich-Ungarns Schiffahrt eine größere Rolle spielen: in der Amerikafahrt. Von Triest nach den nordamerikanischen Häfen ist die Entfernung nicht viel weiter als von Hamburg oder Rotterdam und jede Vermehrung der direkten Einfuhr würde auch unsere Zahlungsbilanz verbessern. Das vorschwebende Ideal muß uns sein, Triest als Stapelplatz für die Rohstoffe, die unsere Industrie benötigt, von Wolle, Baumwolle, Kautschuk usw. und für die Erzeugnisse der Levante und Nordafrikas auszugestalten. Oder wollen wir nach dem Kriege noch türkische Erzeugnisse in Frankreich und England kaufen, afrikanische Straußenfedern aus London beziehen, anstatt sie unmittelbar in Tripolis zu holen?

Soll Oesterreich die Stellung im Weltverkehr einnehmen, die ihm vermöge seiner Lage gebührte, dann brauchen wir vor allem Schiffe, viel Schiffe. Solche zu bauen muß unsere erste Aufgabe sein. Nach dem Beispiele Deutschlands sollten sich unsere Werften auf den Bau von Serien-Frachtdampfern einrichten, um in kürzester Zeit möglichst viel Schiffe fertig zu bringen. Die Monarchie war bisher in der Ergänzung ihres Schiffbaues noch säumig. Aber die Zeit schreitet schnell, sie läßt uns nicht Raum zum Zaudern. Wenn wir jetzt nicht handeln, werden uns unwiederbringliche Gelegenheiten verloren gehen, uns von den volkswirtschaftlichen Wunden des Krieges rasch zu erholen.

Neue Freie Presse
29./XII. 1917
81

Interessengemeinschaft der Völker und Staaten, ihre Ausgestaltung und Organisation.

Von Sektionschef i. R. Dr. Karl Schreiber.

Wien, 28. Dezember.

Günstiger als je ist der gegenwärtige Zeitpunkt, um die vorhandenen Keime einer Interessengemeinschaft der Völker und Staaten sorgsam zu pflegen und zu gedeihlichem Wachstum zu bringen.

Das wiederholt aufgetauchte Problem der „Vereinigten Staaten von Europa", das ist die Schaffung einer organischen überstaatlichen Verbindung aller Staaten Europas und deren Unterstellung unter eine gemeinsame oberste Bundesleitung, dürfte wegen der tiefgehenden Verschiedenheit der Interessen, Grundanschauungen und Einrichtungen der Völker Europas jetzt noch wenig Aussicht einer gedeihlichen Lösung für sich haben, denn ein solcher Staatenbund würde wegen des Ueberwiegens der Fliehkräfte gegenüber den Anziehungskräften von vornherein die Keime des Zerfalles in sich tragen. Anderseits würde die Problemstellung dabei insoferne zu eng gefaßt sein, da bei der heutigen Entwicklung des Verkehrs der Atlantische Ozean mehr eine völkerverbindende als völkertrennende Bedeutung hat, und mithin gemeinsame Interessen zwischen den Völkern und Staaten Europas und Amerikas durchaus nicht ausgeschlossen sind.

Es wird also meines Erachtens wesentlich darauf ankommen, 1. vor allem darüber ins klare zu kommen, wie weit inhaltlich eine wirkliche Interessengemeinschaft der Völker und Staaten vorhanden ist; ferner 2. jene richtige Organisationsform zu finden, welche bei voller Wahrung der Selbständigkeit der einzelnen Staaten die Pflege der wirklich vorhandenen Interessengemeinschaft und nur dieser sowie die praktische Durchführung des den gemeinschaftlichen Interessen entsprechenden einheitlichen Vorgehens ermöglicht und sicherstellt.

Ad 1. Als den wichtigsten Punkt einer Interessengemeinschaft aller Kulturvölker und Staaten hat mit Zustimmung unseres Kaisers der Minister des Aeußern Graf Czernin mit der größten Deutlichkeit bezeichnet: die in allen Staaten durch die bereits unerschwinglichen Lasten des Heeresbudgets zur evidenten Notwendigkeit gewordene gemeinsame Abrüstung — und im Zusammenhange damit die Proklamierung des Grundsatzes „Recht geht vor Macht" sowie die Einführung des obligatorischen Schiedsgerichtes zur Entscheidung von Streitigkeiten der Staaten behufs der künftigen Vermeidung der Entscheidung durch Waffengewalt. Die Verwirklichung des Gedankens muß und wird kommen; unsere und die ungarische Volksvertretung haben sich dafür begeistert, ebenso hat sich der deutsche Reichstag in Uebereinstimmung mit der obersten Leitung des Deutschen Reiches voll und ganz für die Idee eingesetzt.

Es sei in diesem Zusammenhange gestattet, daran zu erinnern, daß die „Neue Freie Presse" vor 42 Jahren, und zwar am 26. und 28. September 1875, einen Aufsatz: „Zur Reduktion der kontinentalen Heere" aus der Feder Adolf Fischhofs gebracht hat, welcher folgende denkwürdige Stellen enthielt:

„Der Friede unserer Tage ist ein Friede ohne Segnungen. Nach beendetem Kriege wird die Waffe nur in die Toga gehüllt. Das Gefühl der Bangigkeit weicht daher auch in der Friedenszeit nicht. Der Unternehmungsgeist ist gelähmt. Nirgends Behaglichkeit, nirgends Zuversicht! Zwischen Zündstoff und Pulvertonne gestellt, wie sollte Europa sich da behaglich fühlen, wie Zuversicht gewinnen? . . . Das Schlimmste bei dieser allgemeinen Kalamität ist, daß die Bevölkerung allerorten vergeblich nach einem Retter sucht. Fehlt es etwa den Männern des öffentlichen Vertrauens an Einsicht, an Mut, an Hingebung? Nein! Die Parlamentarier stimmen, wie sie stimmen müssen unter den Einwirkungen von Verhältnissen, deren Aenderung bisher außer dem Bereiche ihres Könnens liegt. Wenn der Kriegsminister auf die großen Umwälzungen im Heere aller Kontinentalstaaten hinweist, dann kann eine patriotische Kammer nicht gegen die Forderungen der Heeresverwaltung auftreten. Die Parlamente beherrschen eben nicht die europäische Situation, sondern sie werden von ihr beherrscht. . . .

Woher diese Zwangslage, diese Ohnmacht der Legislativkörper gegenüber der größten Völkerplage unserer Zeit? . . . Durch die Isolierung der Parlamente, die, den gegenseitigen Kontakt, ja selbst die Annäherung hemmend, keine Vereinbarung gestattet. . . . Für alle Interessen wurden bereits internationale Beratungsstellen geschaffen, nur die öffentliche Meinung unseres Weltteiles hat selbst für politische und soziale Fragen kein Zentralorgan. Und dennoch, wenn irgendein Interesse die europäische Gesamtheit berührt, so ist es die Wehrfrage. Dieser sich zu widmen, wäre die Aufgabe eines allgemeinen Volksvertretertages, einer Wanderkonferenz von Mitgliedern aller europäischen Legislativkörper. Diese Konferenz vermöchte durch ihren Appell an die Regierungen eine Heeresreduktion zu erzielen, die, von allen Staaten zu gleicher Zeit und in gleicher Proportion bewerkstelligt, das gegenseitige Machtverhältnis nicht im mindesten alterierte. Dieses Machtverhältnis resultiert ja nicht aus der absoluten, sondern aus der relativen Größe der Heere. Wozu somit der riesige Heeresaufwand, der, von allen gleichmäßig betrieben, für alle gleich nutzlos ist? Wozu diese unersättliche Gier nach Kriegern und Waffen, diese Ueberspannung der Kräfte, die schließlich nur zur Erschöpfung aller führt? Vernunft und Menschlichkeit rufen den Regierungen zu, fortan um die Wette abzurüsten, wie sie bisher um die Wette gerüstet haben."

Dieser Artikel hat seinerzeit ungeheures Aufsehen erregt; ein praktischer Erfolg blieb ihm jedoch teils wegen der damaligen Ungunst der politischen Verhältnisse, teils wohl auch deshalb versagt, weil eine mandatslose Wanderkonferenz von Volksvertretern in einer Machtfrage von so weitgehender Tragweite nicht imstande ist, jenen starken Einfluß zu üben, den etwa zum Beispiel der Deutsche Juristentag in den viel weniger einschneidenden Fragen der Fortentwicklung der Gesetzgebung in Zivil- und Strafrechtsangelegenheiten tatsächlich ausübt.

Heute steht die Sache viel günstiger, da gerade die Regierungen der Mittelmächte, welche noch bei den Haager Konferenzen dem Gedanken der Abrüstung und des obligatorischen Schiedsgerichtes mißtraut hatten, sich nunmehr rückhaltlos und bedingungslos mit aller Entschiedenheit dafür ausgesprochen haben.

Ein weiteres überaus wichtiges gemeinsames Interesse der Staaten bildet die feste Gestaltung der materiellen Normen des Völkerrechtes, und im Zusammenhang damit steht die Einrichtung des obligatorischen Schiedsgerichtes. Andere gemeinsame Interessen sind zum Beispiel tunlichst gleichmäßige Einrichtungen des Arbeiterschutzes und der sozialen Lasten, um die Reibungsflächen im Konkurrenzkampfe tunlichst zu vermindern und eine Erbitterung der Stimmungen zu vermeiden.

Ein wichtiges Postulat beim Ausbau des materiellen Völkerrechtes wird auch die Festlegung des Grundsatzes sein, daß jeder Staat das Recht hat, seinen Bedürfnissen entsprechend die Höhe der Zölle nach seinem Ermessen festzusetzen, daß es aber unstatthaft sein soll. Differenzialzölle einzuführen, das heißt für gleiche Waren je nach ihrer Herkunft verschiedene Zollsätze anzuwenden; mit anderen Worten, das Prinzip der Meistbegünstigung soll von selbst und ausnahmslos gelten, ohne daß es dazu erst des Zugeständnisses in einem Handelsvertrage bedarf. Ebenfalls hieher gehört das vielbesprochene Prinzip der „Freiheit der Meere", auf dessen Bedeutung hier nicht näher eingegangen werden kann.

Eine Reihe von sonstigen gemeinsamen Interessen der Völker und Staaten findet schon derzeit Pflege und Würdigung in besonderen Einrichtungen und Verbänden, so zum Beispiel im Weltpostverein, in dem internationalen Eisenbahnamte in Bern und in verschiedenen auf den Handelsverträgen beruhenden gemeinsamen Anstalten. Diese bleiben natürlich unberührt und sind nicht Gegenstand unserer Erörterung.

Ad 2. Was nun die Organisationsform anbelangt, so haben wir bereits eine Reihe von Typen im vorhergehenden als nicht geeignet gefunden; um nun zu einem positiven Ergebnisse zu kommen, wollen wir in der Vergangenheit und Gegenwart Umschau halten, ob wir nicht etwa eine Organisationsform finden, die bei annähernd ähnlichen Bedürfnissen sich bereits gut bewährt hat.

Da finden wir in der Vergangenheit den Deutschen Zollverein, der sich als sehr entwicklungsfähig erwiesen hat, und in der Gegenwart den Verein deutscher Eisenbahnverwaltungen. Diese Einrichtungen zeigen die charakteristische Organisationsform des einfachen Vereines mit wohldurchdachten strammen Satzungen bei vollster Wahrung der Selbständigkeit der einzelnen Mitglieder und mit der Möglichkeit weitgehender verbindlicher Beschlüsse des Vereines im Bereiche der Interessengemeinschaft, also mit der Möglichkeit, im Rahmen des Vereines für die Mitglieder verbindliche Rechtsnormen zu schaffen, ohne den Leidensweg der Ratifikation der Beschlüsse durch alle Parlamente und Regierungen der beteiligten Staaten wandeln zu müssen.

Um gleich zu zeigen, wie die konkrete Durchführung dieses Gedankens ungefähr aussehen würde, erlaube ich mir, nachstehend die Skizze einiger Bestimmungen der Satzungen des vorgeschlagenen Vereines beizufügen:

Staatenverein für das Völkerrecht.

1. Vereinszweck ist die Satzung, Pflege und Wahrung des Völkerrechtes.

2. Mitglied des Vereines kann jeder Staat von Europa und Amerika werden, welcher nach außen selbständig vertreten wird. Staaten von Asien, Afrika und Australien können als Teilnehmer aufgenommen werden.

3. Die Mitgliedschaft wird erworben: durch rechtsverbindliche Beitrittserklärung des Staates, bei welcher die in dem betreffenden Staate für das Zustandekommen von Gesetzen vorgeschriebenen Erfordernisse und Formen zu beobachten sind, und durch den Aufnahmebeschluß des Vereines.

Die Aufnahme von „Teilnehmern" kann fallweise vom Verein unter besonderen zu bestimmenden Voraussetzungen und Förmlichkeiten beschlossen werden.

4. Jedes Mitglied unterwirft sich durch die Beitrittserklärung den in der Anlage festgesetzten Grundzügen des Völkerrechtes *) und verpflichtet sich, diese Normen unverbrüchlich zu beobachten, insolange sie nicht vom Vereine durch Beschluß in gültiger Weise abgeändert worden sind; das gleiche gilt dann weiter von der abgeänderten Fassung.

5. Jedes Mitglied entsendet in den Verein vier Delegierte, und zwar wird je einer derselben vom Staatsoberhaupte auf Grund eines Vorschlages des Ministers des Aeußern ernannt; die drei übrigen Delegierten werden gewählt, und zwar je einer von landwirtschaftlichen Korporationen, je einer von Vereinigungen der Handels- und Industrieunternehmen und je einer von den Arbeitervereinigungen des Staates.

6. Die Delegiertenversammlung tritt einmal jährlich zusammen. Sie beschließt über die Anträge des Vorstandes, und zwar in der Regel kurienweise mit einfacher Stimmenmehrheit. Bei Stimmenmehrheit dirimiert der Vorsitzende.

7. Der Vorstand besteht aus sieben Mitgliedern und wird von der Delegiertenversammlung gewählt; der Vorstand wählt aus seiner Mitte den Vorsitzenden des Vereines und dessen Stellvertreter.

8. Der Verein bestimmt nach sorgfältiger Erwägung aller Umstände alljährlich die Quote, um welche das Heeres- und Kriegsflottenbudget aller Mitglieder gleichmäßig herabzumindern ist.

9. Die Bestimmungen über das obligatorische Schiedsgericht und über das schiedsgerichtliche Verfahren bedürfen einer besonders sorgfältigen Vorbereitung und können daher in dieser Skizze nicht näher ausgeführt werden.

Zweck dieser Skizze ist nur, nach Art eines Modells zu zeigen, daß und wie ungefähr der angedeutete Grundgedanke durchführbar ist, sowie daß die anscheinend leichte Baukonstruktion eines bloßen Vereines dafür ausreichend tragfähig ist, und daß daher die so häufig vernommenen resignierten Aussprüche über die vermeintliche Hoffnungslosigkeit und Unlösbarkeit des Problems unbegründet sind.

Zum Schlusse eine Reminiszenz: Der berühmte Physiker Professor Boltzmann war daran, einen populären Vortrag vorzubereiten, worin er (auf Grund der damals verfügbaren Hilfsmittel) rechnungsmäßig den Beweis erbringen wollte, daß es ein Ding der Unmöglichkeit ist, eine Flugmaschine ohne Verwendung von Gas (das leichter als die Luft ist) zu konstruieren; zufälligerweise erfuhr Boltzmann gerade damals von den gelungenen Modellversuchen des Ingenieurs Kreß, die sein größtes Interesse erregten. Boltzmann stellte nun auf Grund der neuen Erfahrung seine Berechnung richtig und hielt im Wiener Musikvereinssaale gemeinsam mit Kreß den Vortrag, worin er die theoretische Begründung dafür entwickelte, daß die Lösung des Problems der Flugmaschine möglich und in Sicht ist. Und das Problem ist gelöst worden!

*) Die Formulierung dieser Grundzüge hätte im Auftrage der Friedenskonferenz durch einen kleinen Ausschuß zu erfolgen; letzterer nominiert auch den ersten Vorsitzenden des Vereines.

Neue Freie Presse
29/XII. 1917

Die Zusammenschlußbewegung in der deutschen Schwerindustrie.

Von **Alfred Lansburgh.**

Berlin, 26. Dezember.

Während die Hörer der Universitäten und Handelshochschulen die Lehren der klassischen Nationalökonomie gläubigen Herzens in sich aufnehmen, scheinen diese Lehren in der Praxis des Wirtschaftslebens immer mehr ihre Gültigkeit zu verlieren. Selbstbestimmungsrecht, Gewerbefreiheit und unbehinderter Wettbewerb sind der Doktrin zufolge die Voraussetzung jeder hochentwickelten Leistung. Tatsächlich aber treibt Deutschland in eine gewerbliche Verfassung hinein, in der für jene Elemente einer erfolgreichen Weiterentwicklung kein Raum mehr ist. Zu dem Endzweck der Erzielung einer aufs höchste gesteigerten Leistungsfähigkeit wird derselbe privatwirtschaftliche Antrieb beseitigt, von dem das Dogma doch gerade jene Höchstleistung erwartet. Die Volkswirtschaftslehre predigt uns, und zwar unwidersprochen, daß wir den wichtigsten Hebel der Industrie in dem Prinzip der Arbeitsteilung zu erblicken hätten. Die Entwicklung aber geht den entgegengesetzten Weg und führt statt zur Spaltung und Spezialisierung der Betriebe zu ihrer Zusammenballung und zur Vereinigung der verschiedenartigsten Produktionsvorgänge unter einem und demselben Dach oder zum mindesten in einer und derselben betrieblichen Einheit. Wo die Theorie zehn getrennte Einzelwerke mit je einem einheitlichen Arbeitsverfahren fordert, türmt die Praxis heute einen einzigen Riesenbetieb mit zehn Abteilungen und einem komplizierten Arbeitsprogramm auf, das die wesensfremdesten Produktionsstadien in sich vereinigt.

In der deutschen Schwerindustrie zeigt sich diese Zusammenballung in der deutlichsten Form. Daß Materialbeschaffung, Bearbeitung und Verfeinerung in der Hand eines und desselben Unternehmens liegen und daß die Materialbeschaffung möglichst bis zur Kohle und zum Erz hinunter, die Verfeinerung wiederum bis zum hochentwickelten Mechanismus der Dampfturbine und des Elektromotors hinauf reichen, das gilt heute als das oberste Gesetz der Wirtschaftlichkeit und Leistungsfähigkeit. Also Arbeitsvereinigung, nicht mehr Arbeitsteilung. Das „reine", das heißt auf ein einziges Produktionsstadium eingestellte Werk gilt dem „Gemischtbetrieb" gegenüber ohne weiteres als rückständig, und fast jedes Unternehmen, dem es seine Mittel oder sein Kredit erlauben, strebt dahin, aus der Reihe der Spezialwerke auszutreten und sich durch Angliederung bisher selbständiger Betriebe, die auf der Produktionsleiter unmittelbar über oder unter ihm stehen, zum gemischten Konzern auszubauen. Nur wenige der bedeutenderen Montangesellschaften beharren noch immer trotzig auf der Reinerhaltung ihrer Individualität, die sie groß gemacht hat, und auch bei ihnen scheint es nur eine Frage der Zeit, daß sie sich mit dem neuen Geist abfinden und zum Gemischtbetrieb übergehen.

Haben wir daraus zu entnehmen, daß die alte klassische Lehre von der Ueberlegenheit der Arbeitsteilung eine Irrlehre ist oder daß sie bestenfalls nur für Größenverhältnisse Geltung hat, die von dem modernen Riesenunternehmen längst überholt sind? Die Praxis ist geneigt, so zu argumentieren; aber es wäre verhängnisvoll, wenn auch der Volkswirt sich diese Auffassung zu eigen machen wollte. Denn die gegenwärtige Zusammenschlußbewegung beweist in Wirklichkeit nicht das mindeste gegen das Prinzip der Arbeitsteilung. Auch heute noch, wie zu Zeiten Adam Smiths und seiner berühmt gewordenen Nadelfabrik, ist unter sonst gleichen Voraussetzungen derjenige Betrieb der technisch leistungsfähigste, der sich am meisten spezialisiert, und das abscheuliche „Taylor-System", das sich neuerdings in Amerika durchgesetzt hat und ganze Arbeiterbataillone zur automatischen Verrichtung derselben, ständig wiederkehrenden zwei oder drei Handgriffe abrichtet, ist nichts anderes als das alte Arbeitsteilungsprinzip in seiner modernsten und zugleich brutalsten Form. Anderseits wäre es aber ein genau so großer Irrtum, anzunehmen, daß die moderne deutsche Praxis der Arbeitsvereinigung auf falschen Voraussetzungen beruhe, und daß all die Werke, die sich heute zu großen Gemischtkonzernen ausbauen, im Grunde gegen ihr wirkliches Interesse handelten. Die praktische Entwicklung zwingt uns vielmehr anzuerkennen, daß unter den zurzeit in Deutschland gegebenen Verhältnissen die Abkehr vom Prinzip der Spezialisierung trotz seiner technischen Ueberlegenheit privatwirtschaftlich gerechtfertigt ist, und zwar deshalb, weil mit der Abkehr ökonomische Vorteile verbunden sind, die den technischen Nachteil reichlich aufwiegen.

In der Tat: Was nutzt den Werken heute das denkbar vollkommenste Arbeitsverfahren, wenn sie sich das Material, das sie verarbeiten, zu ungünstigeren Bedingungen verschaffen müssen als ihre Konkurrenz? Oder wenn sie im Kampf um den Absatz Opfer bringen müssen, die größer sind als der Nutzen, den sie aus ihrer besonderen Leistungsfähigkeit ziehen? Nach beiden Seiten hin sind aber heute die „reinen" Werke im Nachteil gegenüber den großen Gemischtbetrieben. Nach der Materialseite hin, weil die Syndikate ihnen, den Abnehmern, Preise diktieren, die weit höher liegen als der aus Selbstkosten und Normalnutzen zusammengesetzte Gestehungspreis der Gemischtwerke mit eigenem Material. Nach der Absatzseite hin, weil die Syndikate, denen sie selbst angehören, ihnen ein beschränktes Verkaufskontingent vorschreiben, über das sie selbst bei größter Leistungsfähigkeit nicht hinausgehen dürfen und das sie nur dann überschreiten können, wenn sie einen Teil ihrer Erzeugnisse zu solchen Fabrikaten weiterverarbeiten, die nicht syndiziert sind. Beide Momente sind rein organisatorischen Ursprungs, Produkte einer durchaus künstlichen Entwicklung. Sie spornen die Werke zu einer immer weiter getriebenen Dezentralisation an, die für sie von Vorteil ist, solange die künstlich geschaffenen Voraussetzungen bestehen bleiben, die aber sofort zu einem verhängnisvollen Konflikt mit dem an sich überlegenen Prinzip der Arbeitsteilung führen muß, sobald Produktion und Markt wieder unter die natürlichen Gesetze der freien Konkurrenz geraten, das heißt die Syndikate auseinanderfallen. Und das ist das Bedeutsame der jetzigen Entwicklung in Deutschland: Dadurch, daß die ganze Schwerindustrie zu einem Prinzip übergeht, das nur so lange richtig ist, wie die Voraussetzungen einer kunstvollen Syndikatswirtschaft bestehen, ändert die Syndikatsfrage ihr ganzes Gesicht. Sie ist kein privatwirtschaftliches Problem mehr, das nur den einzelnen, jeweils mit diesem Problem befaßten Industriezweig angeht, sondern das Grundprinzip, auf dem die ganze deutsche Schwerindustrie beruht und das nicht ohne schwere Erschütterung dieses wichtigsten Teiles der deutschen Erwerbstätigkeit wieder beseitigt werden kann. Selbst wenn also die Regierung eines Tages zu ihrer alten, vor etwa zehn Jahren verlassenen Anschauung zurückkehren wollte, daß die Industriekartelle mehr Schaden als Nutzen stifteten, würde sie aus diesem Anschauungswechsel dennoch nicht die praktischen Konsequenzen ziehen, weil sich mittlerweile die ganze schwerindustrielle Organisation auf das Kartellwesen in seiner gegenwärtigen Gestalt zugeschnitten hat.

Man ersieht hieraus, wie verhängnisvoll es unter Umständen werden kann, wenn man es unterläßt, scheinbar rein privatwirtschaftliche Vorgänge auf dem Gebiete der Industrie und des Handels auf ihre wirtschaftspolitische Tragweite hin zu prüfen. Man hat die Konzentrationsbewegung viele Jahre lang als einen volkswirtschaftlich nicht übermäßig bedeutungsvollen Vorgang ruhig mitangesehen. Man hat sie dann während des Krieges durch eine Organisation, welche die Kriegstüchtigkeit der deutschen Industrie zur höchsten Potenz hinaufzüchten sollte, grundsätzlich gefördert und auch da wohlwollend geduldet, wo sie ihren Ursprung weniger in dem Streben nach erhöhter Leistungsfähigkeit als in gewissen finanziellen und steuerpolitischen Erwägungen der Industriellen hatte, die nicht mehr wußten, wohin mit den Kriegsgewinnen. Und so ist es gekommen, daß eine anfangs nur geduldete Entwicklung allmählich so stark geworden ist, daß der Staat die Voraussetzungen, aus denen sie hervorgewachsen ist, schwer mehr ändern kann.

Aber die Regierung sollte sich während der kommenden Uebergangszeit die gewonnenen Erfahrungen zunutze machen und der Konzentrationstendenz, welche die wirtschaftspolitischen Entschließungen der Regierung selbst auf Jahrzehnte hinaus präjudiziert, einen Damm setzen, zum mindesten aber ihren Auswüchsen und Uebertreibungen entgegentreten. Als eine solche Uebertreibung muß beispielsweise der neueste Zusammenschluß im Montangewerbe angesehen werden, dessen Mittelpunkt die Bismarck-Hütte ist. Um sich eines der wenigen noch freien Siegerländer Erzbergwerke zu sichern, gliedert sich dieses oberschlesische Werk die Rheinisch-westfälischen Stahlwerke, also ein Hüttenunternehmen in geographisch entgegengesetztem Gebiete, an, nur weil dieses vor einigen Wochen die Hand auf die Hälfte des begehrten Erzbergwerkes gelegt hat. Fast sieht es so aus, als ob man diese Besitzhälfte nur deshalb an die Rheinisch-westfälischen Stahlwerke verkauft hat, um für die aus mancherlei Gründen gewünschte Fusion der letzteren mit der weit entfernten Bismarck-Hütte einen halbwegs plausibel klingenden Vorwand geltend machen zu können. Aber auch wenn es anders sein sollte und die den Zusammenschluß betreibenden Personen sich wirklich von sachlichen Motiven leiten ließen, sollte in Ansehung der wirtschaftspolitischen Konsequenzen, die sich aus dem Konzentrationsübermaß ergeben, derartigen Verschmelzungen, die völlig überflüssige Kunstprodukte einer ganz bestimmten, möglichst bald zu überwindenden Wirtschaftsverfassung sind, energisch entgegengetreten werden.

Neues Wiener Tagblatt
30/XII. 1917

Das Wirtschaftsjahr 1917.

Während der schon fast dreieinhalbjährigen Dauer des Krieges haben sich auf dem wirtschaftlichen Gebiete Umwälzungen vollzogen, mit denen sich nichts in der Vergangenheit vergleichen läßt. Je mehr das Ringen der Völker sich in die Länge zog, desto mehr häuften sich in allen kriegführenden, aber auch in den meisten neutralen Ländern die Schwierigkeiten der Ernährung, der Produktion, des Handelsverkehres und des Transportwesens, so daß das Jahr 1917 den Höhepunkt der unerfreulichen wirtschaftlichen Erlebnisse bedeutet. Es wäre indes eine Ungerechtigkeit gegen das von uns scheidende Jahr, wollte man ihm nur Böses nachsagen. Nein, es unterscheidet sich sogar in vieler und wesentlicher Beziehung sehr zu seinem Vorteile von den ersten Kriegsjahren. Vor allem dadurch, daß Friedensverhandlungen, wirkliche und ernste Friedensverhandlungen mit Rußland schweben, die zu den besten Hoffnungen berechtigen, dann auch dadurch, daß nicht nur die Gefahr von Triest abgewendet ist, sondern auf italienischem Boden unsre Armee siegreich fortschreitet, endlich aber auch durch die bei den zwei Kriegsanleihen des Jahres sich in noch glänzenderem Lichte zeigende finanzielle Leistungsfähigkeit unsrer Monarchie. Der neue Feind, der sich in diesem Jahre unsern Gegnern zugesellte, Amerika, wir fürchten ihn nicht. Waren denn die Vereinigten Staaten in diesem Kriege, den wir zu unsrer Selbsterhaltung zu führen gezwungen sind, jemals neutral? Sind sie nicht vom ersten Momente des Weltkrieges an, als sie noch parteilos zu sein vorgaben, ausschließlich Lieferanten unsrer Feinde gewesen? Aber indem sie uns wirtschaftlich boykottierten, haben sie unfreiwillig unsre Industrie auf eine Stufe der Leistungsfähigkeit gebracht, die sie nie erreicht hätte, wenn Amerikas Warenmarkt auch uns zugänglich gemacht worden wäre. Deutschland und wir, beide mußten wir auch in dem zu Ende gehenden Jahre alle unsre Kräfte anspannen, um im eigenen Lande zu leisten, was die Entente nur mit Amerikas und Japans Hilfe fertigzubringen imstande war. Auf die eigenen Füße gestellt, haben wir auch die Milliarden im Lande behalten, die aus den feindlichen Staaten im Jahre 1917 noch in größerer Menge nach Amerika abströmten. Aus der uns aufgezwungenen industriellen Unabhängigkeit wurde folgerichtig auch eine finanzielle Unabhängigkeit vom Auslande. Zu Kräften gelangt durch die mit eigenen Mitteln geleistete Kriegsarbeit, haben die beiden Staaten unsrer Monarchie solche Wunder, wie die Zeichnungsergebnisse der sechsten und siebenten Kriegsanleihe, vollbringen können. Diese staunenswerte Geldflüssigkeit ist nur möglich geworden durch den Kreislauf des Geldes innerhalb unsrer Grenzen, durch das fortwährende Zurückströmen des dem Staate geliehenen Geldes in die heimische Industrie und Landwirtschaft.

Noch im Deutsch-französischen Kriege von 1870/71 betrugen die gesamten Kriegskosten Deutschlands nicht mehr als etwas über eine Milliarde Mark. Die genaue Ziffer ist 1024 Millionen. Die reinen Kriegskosten Frankreichs, ohne Kriegsentschädigung, waren 1912 Millionen Franken, also auch noch unter 2 Milliarden. Jetzt gibt das die französische Heeresverwaltung in vierzehn Tagen aus. Bevor noch das Jahr 1917 zu Ende gegangen, ist die französische Staatsschuld, die vor dem Weltkriege nicht viel über 30 Milliarden Franken betrug, auf mehr als 100 Milliarden Franken gestiegen. Noch stärker schwoll die Staatsschuld Englands und Rußlands an. Am Schlusse des letzten Finanzhalbjahres (30. September) wurde die Nationalschuld Englands vom Schatzkanzler Bonar Law im Parlament mit 5 Milliarden Pfund Sterling (nach der Münzparität 120 Milliarden Kronen) angegeben. Ueber die quotenmäßig aufzuteilenden Kriegskosten Oesterreich-Ungarns hat die am 3. Dezember den Delegationen gemachte Vorlage Auskunft gegeben. Sie betrugen vom Tage des Kriegsausbruches bis 1. Juli 1917 45 Milliarden Kronen. Die Kriegsausgaben der diesseitigen Reichshälfte allein sind im zweiten Halbjahr 1917 mit 1 Milliarde monatlich veranschlagt worden.

Die Kriegsanleihen des Jahres.

Die sechste österreichische Kriegsanleihe erbrachte 5·19 Milliarden, die siebente nach dem bisher festgestellten Ergebnis über 5·8 Milliarden, beide zusammen rund 11 Milliarden Kronen. Die sechste ungarische 2·55 Milliarden, die siebente, deren Zeichnung erst jetzt abgeschlossen wird, nach der vorläufigen Feststellung 2·5 Milliarden, beide zusammen 5·05 Milliarden. Die Gesamtmonarchie stellte also dem Staate im Jahre 1917 über 16 Milliarden Kronen zur Verfügung, und es ist mit Bestimmtheit zu erwarten, daß diese Ziffer durch das endgültige Ergebnis sowohl in Oesterreich als in Ungarn noch eine ansehnliche Vergrößerung erfahren wird. Die beiden deutschen Kriegsanleihen des Jahres lieferten die eine 13·12 Milliarden, die andre 12·63 Milliarden, beide zusammen 25·75 Milliarden Mark.

Dieser imposanten Leistung der Mittelmächte steht auf seiten der Entente nicht ein gleich glänzendes Ergebnis ihrer staatsfinanziellen Operationen gegenüber. In England folgten einander zwar die vom Parlament bewilligten Kriegskredite in kurzen Zwischenräumen, in jedem Vierteljahr ungefähr 600 Millionen Pfund, in Frankreich in jedem Quartal 9 bis 10 Milliarden Franken. Diese Riesenbeträge wurden aber zum großen Teil nur in sehr kurzfristigen Schuldscheinen und zum Teil durch Verschuldung an Amerika aufgebracht. In Frankreich und in Rußland hat überdies der Notenumlauf einen den unsrigen weit übersteigenden Umfang erreicht. Eine von amtlicher deutscher Seite angestellte Berechnung hat ergeben, daß die Entente für ihre Kriegführung dreimal so viel Geld ausgibt als der Vierbund. Die täglichen Kriegsausgaben Amerikas übersteigen jetzt schon, obwohl die der Entente versprochene Armee noch im Heimatlande ist, die eines jeden Ententestaates ganz beträchtlich. Amerika hat sich infolgedessen jetzt bereits genötigt gesehen, seine bisher von Steuern ziemlich verschonten Staatsbürger auf das empfindlichste mit neuen Abgaben zu belasten.

Die Geld- und Valutaverhältnisse.

Aus den jeden Monat veröffentlichten Ausweisen der Geldeinlagen bei den Sparkassen und Banken ist ersichtlich, daß trotz der starken Kapitalsanlage in Kriegsanleihen die Geldflüssigkeit sich nicht vermindert, sondern von Monat zu Monat zugenommen hat. Eine besonders starke Zunahme zeigen auch die Kontokorrentguthaben des Publikums bei den Banken, worüber die Jahresabschlüsse nähere Daten bringen werden. Im Jahre 1916 hatte die Zunahme der den Instituten zur Verzinsung übergebenen fremden Gelder, obwohl schon fünf Kriegsanleihen gezeichnet waren, mehrere Milliarden betragen, und 1917 dürfte der Zufluß ein noch stärkerer gewesen sein. In Deutschland war dieselbe Erscheinung zu beobachten.

Der starke Rückgang des Exports und die Notwendigkeit, auf die Einfuhr verschiedener unentbehrlicher Waren, die überhaupt zu erlangen waren, nicht zu verzichten, hat naturgemäß eine Verschlechterung der Valuta gegenüber dem Auslande zur Folge gehabt. Seit einiger Zeit hat sich aber eine Erholung unsrer und der deutschen Valuta in den neutralen Staaten Bahn gebrochen. Besonders nach den Siegen in Italien und nach dem Siege der friedensfreundlichen Bewegung in Rußland setzte am 12. November die Besserung unsrer Valuta kräftig ein und behauptete sich nicht nur bis zum Jahresschluß, sondern nahm an Intensität noch weiter zu. Vorher schon war durch verschiedene Maßnahmen im Inlande, so durch die Beschränkungen der Einfuhr entbehrlicher Gegenstände und durch die schon im Februar erfolgte Gründung einer Kronenzentrale, die sich an die im Vorjahre geschaffene Devisenzentrale anschloß, der Verschlechterung der Valuta entgegengearbeitet worden. Im Mai war ein Valuta- und Warenlieferungsübereinkommen mit der Schweiz, im Oktober auch ein solches mit Holland abgeschlossen worden.

Hamburger Fremdenblatt

31. /XII. 1917.

31

91

Beilage zu Nr. 361 B des Hamburger Fremdenblattes vom 31. Dezember 1917.

Bericht der Handelskammer

erstattet in der Versammlung Eines Ehrbaren Kaufmannes

Montag, den 31. Dezember 1917.

Meine Herren!

Zum vierten Male tritt heute der Ehrbare Kaufmann Hamburgs zu seiner Jahresversammlung zusammen, während der gewaltige Krieg andauert. Voll dankbarer Bewunderung geziemt es sich, an erster Stelle der unvergleichlichen Heldentaten zu gedenken, mit denen die zum Kampfe hinausgezogenen Söhne des Vaterlandes es nicht nur erreicht haben, die Schrecken und Verwüstungen des Krieges von unserem eigenen Lande fernzuhalten, sondern darüber hinaus weite und für uns wertvolle Gebiete der feindlichen Staaten in unsere Hand zu bringen. Die Aufnahme des uneingeschränkten Uboot-Krieges seit dem 1. Februar d. J. hat dem Wagemut deutscher Führer und Mannschaften und der Leistungsfähigkeit der deutschen Technik erweiterte Gelegenheit zu bewundernswerter Betätigung geboten. Die Handelskammer hat den folgenschweren Schritt der Aufnahme des erweiterten Uboot-Krieges mit Genugtuung begrüßt, weil sie darin das Mittel erblickte, unsere Feinde, insbesondere unseren Hauptfeind England, zur Eingehung eines für Deutschland günstigen Friedens zu zwingen. Dieser Ueberzeugung haben wir seinerzeit vor dem Beginn der Maßnahme auch öffentlich Ausdruck verliehen, und wir sind hierin durch den seitherigen Verlauf der Ereignisse nur bestärkt worden. Die Vereinigten Staaten von Amerika haben sich bei Eintritt in die Reihe unserer Feinde des erweiterten Uboot-Krieges nur als eines Vorwandes bedient, denn in Wirklichkeit standen diese Staaten aus verschiedenen Gründen längst auf Seite unserer Gegner. So einschneidend für beide Teile im Hinblick auf die regen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten diese Entwicklung der Verhältnisse ist, ebenso wie auch der weitere Eintritt von Staaten, mit denen von Hamburg aus lebhafte Handelsbeziehungen unterhalten sind, so vermag dieser Umstand doch nur das Bewußtsein unserer Kraft zu stärken und wird uns in der Ueberzeugung, für einen gerechten und heiligen Zweck zu kämpfen, nicht erschüttern. Der Zusammenbruch des russischen Zarentums hat im weiteren Laufe der Ereignisse zu dem Abschluß eines Waffenstillstandes an unserer Ostfront geführt, der Raum läßt für die begründete Hoffnung, dadurch dem ersehnten Ziele eines guten Friedens wesentlich nähergekommen zu sein.

Mit dem Dank für unsere Truppen für das an sämtlichen Fronten und in den Kolonien Geleistete bitte ich Sie, ein Gedenken an diejenigen zu verbinden, die im verflossenen Jahre ihre Treue für das Vaterland mit ihrem Leben besiegelt oder infolge schwerer Verwundung oder Krankheit ihre Gesundheit eingebüßt haben. Hat auch in die Reihen der hamburgischen Kaufmannschaft der Tod manche schmerzliche Lücke gerissen, so soll uns doch das Bewußtsein stärken, daß jeder der gefallenen Helden zu der Erreichung des von allen erhofften und erstrebten Zieles beigetragen hat und sein Opfer nicht vergebens gewesen ist. Ich bitte Sie, zum Gedächtnis der Gefallenen sich von den Sitzen zu erheben.

Aus den gleichen Gründen wie in den vorigen Kriegsjahren hat die Handelskammer wieder davon absehen müssen, einen Jahresbericht in der früher üblichen Weise zu veröffentlichen. Die Handelskammer hat jedoch vorbereitende Schritte getan, um alles Material zu sammeln, das später zu einer umfassenden Darstellung der Einwirkung des Krieges auf das Hamburger Wirtschaftsleben zu dienen vermag. Das große Interesse, das sich für die Beschaffung des Materials gezeigt hat, gibt der Hoffnung Raum, daß die Handelskammer mit einer solchen Denkschrift der Kaufmannschaft ein bleibendes Bild der schweren Kampfjahre wird geben können. Für heute bitte ich Sie, sich mit folgenden kurzen Bemerkungen über den Verlauf des Jahres und die auch in diesem Jahre wieder außerordentlich umfangreich gewesenen Arbeiten der Handelskammer begnügen zu wollen. Der Bericht wird durch das Entgegenkommen der hiesigen Presse, welches wir stets dankbar anerkennen, Ihnen und der übrigen Bevölkerung Hamburgs bereits heute abend gedruckt vorliegen.

Einen unumstößlichen Beweis für die innere Kraft, die Deutschland sich trotz der durch den Krieg veranlaßten gewaltigen Ausgaben und der Beeinträchtigung seiner Handelsbetätigung infolge der Absperrung von einem Teil seiner früheren ausländischen Beziehungen bewahrt hat, bieten die Erträgnisse der deutschen **Kriegsanleihen**. Hatte die 6. Kriegsanleihe im Frühjahr mit einem Ergebnis von rund 13 Milliarden Mark das höchste Zeichnungsergebnis der sämtlichen deutschen Kriegsanleihen gebracht, so ist die 7. Anleihe mit einem Betrage von rund 12½ Milliarden Mark nicht wesentlich dahinter zurückgeblieben. Damit haben die auf die sieben Kriegsanleihen gezeichneten Barbeträge die gewaltige Höhe von über 72 Milliarden Mark erreicht. Nunmehr sind nahe an 80 % der bis dahin bewilligten Kriegskredite durch fundierte Anleihen gedeckt, ein Ergebnis, das von keinem der Deutschland feindlichen Staaten auch nur annähernd erreicht ist. Auch die Schwierigkeiten der **Ernährung der Bevölkerung** sind dank den Leistungen der deutschen Landwirtschaft und der Organisation der Verteilung von Lebensmitteln trotz aller ihr anhaftenden Mängel, gemildert worden. Die **Leistungsfähigkeit der Industrie** hat sich nach Umstellung des weitaus größeren Teiles der Betriebe auf Zwecke der Kriegswirtschaft glänzend erwiesen. Die **Schiffahrt** hat, soweit ihr Raum für eine Betätigung verblieben, die Versorgung Deutschlands mit notwendigen Produkten tatkräftig und erfolgreich ausgeführt. Dem **Handel** ist leider bei der Entwicklung, welche die Verhältnisse genommen haben, nicht die Bewegungsfreiheit gelassen worden, die nicht nur vom Standpunkt seiner Interessen, sondern auch im wohlverstandenen Interesse der Allgemeinheit zu wünschen gewesen wäre. Im Gegenteil ist der Handel in verschiedener Richtung Erschwerungen und Verfolgungen ausgesetzt gewesen, die höchst bedauerlich waren und wiederholt der Handelskammer Gelegenheit zu ernsten und nachdrücklichen Schritten geboten haben, worüber im weiteren Verlaufe dieses Berichtes noch näheres mitzuteilen sein wird.

Um eine bessere Vertretung der Interessen des Handels innerhalb der Reichsregierung herbeizuführen, hatte die Handelskammer sich schon im Vorjahre für die Errichtung eines **Reichswirtschaftsamts** ausgesprochen. Diesem Wunsche ist im Laufe des Jahres durch Errichtung eines solchen Amtes entsprochen worden, an das die bisher im Reichsamt des Innern behandelten Angelegenheiten wirtschaftlicher Art zum größten Teil übergeleitet sind. Hoffentlich führen diese organisatorischen Aenderungen bei den Reichsbehörden zu einer besseren Berücksichtigung der Bedürfnisse von Handel, Industrie und Schiffahrt, besonders auch vom Standpunkte der Förderung der für das Allgemeinwohl Deutschlands so außerordentlich wichtigen Interessen des hiesigen Handels.

Die Einsetzung einer Senats- und Bürgerschafts-Kommission zur Prüfung derjenigen Maßnahmen, die zum Zwecke des tunlichst baldigen **Wiederaufbaus von Hamburgs Handel, Industrie und Schiffahrt** nach dem Kriege zu treffen sind, hat der Handelskammer Veranlassung gegeben, sich mit hiesigen wirtschaftlichen Interessenten-Vereinen darüber in Verbindung zu setzen, welche Wünsche in dieser Beziehung in ihren Kreisen bestehen. Hierauf ist der Handelskammer dankenswerterweise ein sehr umfangreiches Material von den Vereinen übermittelt worden, das sich vor allem auf die Regelung während der Uebergangswirtschaft, die baldmögliche Aufhebung aller den freien Gang des Handels beeinträchtigenden Maßnahmen, die Stellung Hamburgs zum Reiche und den Ausbau der Vertretung der Hamburger wirtschaftlichen Interessen bei den Reichsbehörden sowie die Verbesserung der besonderen, für das Hamburger Wirtschaftsleben in Frage kommenden Einrichtungen beziehen. Die Handelskammer wird das erst kürzlich vervollständigte Material angelegentlich weiter verarbeiten und sodann die hauptsächlich in Betracht kommenden Punkte auf dem Wege mündlicher Erörterungen mit Vertretern der Vereine weiter zu vertiefen und zu klären versuchen, um alsdann mit entsprechenden Anträgen an die zuständigen Stellen heranzutreten.

Unter den angeschnittenen Fragen befinden sich auch solche, die bereits seit längerer Zeit den Gegenstand ernster Ueberlegung durch die Handelskammer bilden, namentlich die Verbesserung der **Organisation der Handelskammer**. In dieser Beziehung strebt die Handelskammer an, daß die nach der bisherigen Gesetzeslage sowohl der Handelskammer als auch der Gewerbekammer zustehende **Vertretung der Industrie** einer einheitlichen Vertretung dieser durch die Handelskammer Platz machen möge. Nur durch eine solche Zusammenfassung der Interessen von Handel und Industrie, wie sie auch bei der jetzt im Gange befindlichen Reorganisation der preußischen Handelskammern besonders erstrebt und betont wird, kann nach Ansicht der Handelskammer den zahlreichen, diese beiden Erwerbsgruppen gemeinsam berührenden Fragen, besonders im Hinblick auf die durch den Weltkrieg erforderliche Neuordnung unseres Wirtschaftslebens, die richtige Beachtung zuteil werden. Sollten in einzelnen Fragen die Ansichten und Wünsche beider Gruppen nicht übereinstimmen, so wird es dem beiderseitigen Interesse weit besser dienen, wenn ein Ausgleich der Meinungen in der gemeinschaftlichen **Vertretungskörperschaft** selbst erfolgt, als wenn zunächst abweichende Gutachten an die Behörden gehen und es diesen überlassen wird, den Ausgleich vorzunehmen. Die bisher bewährte Fühlung zwischen der Industrie und dem Handwerk sollte durch die erstrebte Regelung nicht gestört werden. Die Handelskammer hat ins Auge gefaßt, daß eine bestimmte Anzahl der Sitze in der Handelskammer, unter Erhöhung der Gesamt-Mitgliederzahl, den Vertretern der Industrie ausschließlich vorbehalten werde.

Eine weitere in dieses Gebiet gehörende Frage betrifft die **Finanzen der Handelskammer**. Die infolge des Krieges eingetretenen Verschiebungen ihrer Einnahmen und Ausgaben haben die grundsätzlichen Erörterungen, die bereits früher bei verschiedenen Gelegenheiten gepflogen waren, wieder von neuem erstehen lassen, dahinzielend, daß mit Rücksicht auf die ihr

Fremdenblatt
1./I. 1918
93

Handel, Industrie und Verkehr

Wien, 1. Jänner.

Das vierte Wirtschaftsjahr des Weltkrieges.

„Was ist das Leid einer Generation gegen den Fortschritt eines ganzen Volkes? Eine Generation ist nur ein Laubkleid am Stamme des Volkstums; der Frühling bringt es, der Herbst wirft es nieder ... Wenn nur der Stamm selbst, der eigentlich Lebende, der ewige Erneuerer durch den Sturm der Todfeinde ledig wird, die sein Mark bedrohen."

Franz Oppenheimer.
„Theorie der reinen und politischen Oekonomie."

Dr. Sch—r. Der Stamm selbst, der ewige Erneuerer wird der Todfeinde ledig werden, das ist die kostbare Errungenschaft des abgelaufenen Jahres. Die Nacht, die uns noch umgibt, wird erhellt durch die tröstliche Gewißheit, daß die Monarchie aus der allgemeinen Erschütterung, aus dem heulenden Sturm als ein siegreicher Staat hervorgehen wird. Von den Höhepunkten des eben abgelaufenen Jahres betrachtet, muß uns die Erkenntnis werden, daß der weitere Weg nur zum endgiltigen Erfolge führen kann. Nach den Schlachten, die Ostgalizien und die Bukowina dem Reiche wiedergegeben, nach dem Triumph in Italien, der uns nach den heroischen Isonzo-Kämpfen beschieden war, angesichts der unerschütterlichen Abwehr an der Westfront und vor allem angesichts der erfolgreich begonnenen Friedensverhandlungen mit Rußland. Noch immer sind freilich die dunklen Kräfte am Werke, die in den furchtbaren Wetterschlag dieser Katastrophe sich umgesetzt haben, aber uns braucht um unsere Zukunft nicht mehr bange zu sein. An der Wende dieses ereignisreichen Jahres gilt der Dank des Vaterlandes vor allem den Blutzeugen, die auf den weiten Feldern des Todes gefallen sind für ein großes, angesehenes Oesterreich, das seinen Platz stolz behauptet unter den Völkern der Erde. Schon spricht man anders von uns in der Welt, und ziffernmäßig ist das während der letzten Wochen zum Ausdruck gekommen in der Höherbewertung unserer Währung und in der stürmischen Nachfrage der Bundesgenossen und der Neutralen nach unseren Staatswerten.

Seitdem im Winter des Vorjahres seitens des Vierbundes zum ersten Male ein Anbot des Friedens erfolgte, hat der Abbau des Krieges in den Geistern begonnen, der Glaube an den Sieg der Vernunft sich gestärkt, ohne daß trotz aller schweren Nöte die Daheimgebliebenen in ihrer Zuversicht und in ihrem Entschlusse zum Durchhalten wankend geworden wären. Bewunderungswürdig war ja wieder die Arbeit dieses Wirtschaftsjahres des Weltkrieges. Gegen die zu einer gigantischen Waffe geschmiedeten Machtmitteln beinahe der ganzen Welt hatten Oesterreich und seine Verbündeten anzukämpfen. Der amerikanische Imperialismus hielt die Stunde für gekommen, um die Maske fallen zu lassen, in den Bannkreis der Politik des Präsidenten Wilson, der die Weltblockade verkündete, sind auch noch andere Staaten, darunter China, getreten. Mit dem Aufgebote aller Kräfte hieß es, dieser Phalanx gegenüber standzuhalten, und daß das trotz alledem und alledem gelungen ist, werden auch unsere Feinde nicht bestreiten können. Die Industrie vor allem hat wieder bis zur äußersten Grenze der Leistungsfähigkeit alles bereitgestellt, um diesen Krieg, der ein Krieg der Technik geworden ist, zu unseren Gunsten zu entscheiden. Wenn Rathenau schreibt, daß Deutschland den Krieg nicht sechs Monate hätte führen können, wenn nicht die deutsche Großunternehmung die Umstellungsfähigkeit erwiesen hätte, die erforderlich war, um neun Zehntel des deutschen Produktionsbetriebes auf Rüstungsarbeit zu werfen und die Wehrmaterialerzeugung zu verhundertfachen, so darf solches Lob auch die heimische Industrie für sich in Anspruch nehmen, sie war bemüht, den ungeheuersten Anforderungen zu genügen. In diesem Zusammenhange muß man namentlich auch des Ausbaues der Ersatzstoff-Industrie gedenken, und da wieder vor allem der Stickstoff-Industrie, der Metallersatz-Produktion und besonders der Spinnpapier-Erzeugung, die sich als ein wahrer Segen an der Front wie im Hinterland erwiesen hat. So hat unsere Volkswirtschaft zumal in den ersten Monaten des laufenden Jahres wieder das Bild einer großartigen Entwicklung geboten, die Hochkonjunktur-Periode des Vorjahres war angesichts der fieberhaften Gütererzeugung vielfach in den Schatten gestellt worden und auch späterhin ist kein Nachlassen des Bestellungseinlaufes festzustellen gewesen.

Darüber aber kann kein Zweifel bestehen, daß die Erschwerungen der Produktion sich immer intensiver gestalten, daß die Peripetie in der konjunkturfördernden Wirkung des Krieges eingetreten ist. Sucht man die Gründe für diese Erscheinung, so wird zunächst die Ernährungskrise zu erwähnen sein. Die Hoffnung der Gegner, uns aushungern zu können, ist auch im vierten Wirtschaftsjahre des Weltkrieges zuschanden geworden. Der lange anhaltenden Trockenheit ungeachtet, war die Ernte in beiden Hälften der Monarchie nicht unbefriedigend, und dank unserer militärischen Erfolge haben sich die Territorien des rumänischen und des serbischen Königreiches, zum Jahresschlusse auch Provinzen Italiens als wertvolle Ressourcen für die Verpflegung unserer Bevölkerung erwiesen. Es soll auch der gute Willen nicht bestritten werden, mit dem man kompetenten Ortes bemüht gewesen ist, Ordnung in die Approvisionierungsangelegenheiten zu bringen, aber unheilbare Organisationsfehler, insbesondere auch die Unsicherheit in der Nahrungsfrage, soweit der Verkehr zwischen Oesterreich und Ungarn in Betracht kommt, haben das Problem einer gerechten Verteilung zu einem unlösbaren gemacht. Von einem gegenseitigen Sichverstehenwollen zwischen Stadt und Land kann auch nicht die Rede sein, und eine auffällige Zurückhaltung der landwirtschaftlichen Produktion ist eine der unerfreulichsten Erscheinungen unserer Kriegswirtschaft. Um so anerkennenswerter ist die Opferwilligkeit der Bevölkerung gegenüber dem Mangel und der Teuerung hervorzuheben, wenn auch begreiflicherweise ein Sinken der Leistungsfähigkeit der Arbeiterschaft nicht aufzuhalten ist. Von den entscheidenden Produktionsfaktoren sind eben zwei durch den Krieg erheblich in Mitleidenschaft gezogen worden: die menschliche Arbeitskraft und die Rohstoffe. Die menschliche Arbeitskraft — während gleichzeitig der Aufwand der Unternehmungen für sozialpolitische Zwecke, für Beschaffung billiger Lebensmittel, für Lohnerhöhungen, Teuerungszulagen usw. in rapider Zunahme begriffen ist. Und im gleichen Tempo erhöhen sich die Auslagen für die eigentlichen Betriebserfordernisse, da mit der langen Dauer des Krieges und der immer schärfer werdenden Absperrung der Zentralmächte die Beschaffung der Roh- und Hilfsstoffe immer schwieriger wird. Ein Kapitel für sich bildet die Kohlennot, das wahrhaft europäische Problem, da trotz nach Möglichkeit stärkster Ausnützung der Mächtigkeit der Schichten überall ein Defizit vorhanden ist, nicht zuletzt infolge der gleichfalls heftig zunehmenden Verkehrsnot auf den Eisenbahnen und zur See. Der heftige Kampf um Kohlenfelder, der in Oesterreich sowohl als in Deutschland entbrannt ist, läßt den Schluß zu, daß auch für die Zeit nach dem Kriege eine wesentliche Veränderung der Situation nicht erwartet wird. Vervollständigt wird die Aufzählung der heute den Erfolg der industriellen Unternehmungen beeinträchtigenden Momente durch den Hinweis auf die einschneidenden staatlichen Abgaben. Angesichts der wachsenden Gestehungskosten ist es erklärlich, daß die Preise der Fertigprodukte weiter die Tendenz zur Steigerung aufweisen, ohne daß ihr völlig Rechnung getragen werden könnte, zumal, abgesehen von der Zurückhaltung, die die Produzenten selbst sich auferlegen, vielfach eine behördliche Preisbindung eintritt. Kein Wunder, daß bei Fortdauer der gegenwärtigen Verhältnisse vielfach mit einer empfindlichen Schmälerung der Erträgnisse gerechnet wird. Um eine planmäßige wirtschaftliche Arbeit zu sichern, hat das System der Zwangswirtschaft im abgelaufenen Jahre vielfach eine Erweiterung erfahren. Die alten großen industriellen Kartelle zersplittern im Sturm des Weltkrieges, und das Terrain behaupten die Organisationen mit Ingerenz des Staates, die sich heute überhaupt auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens geltend macht. Die Zeit scheint wahrhaftig gekommen, die Dupon White in seinem Enthusiasmus vorausgeahnt, als er schrieb: „Der Staat ist der Mensch, frei von allen Leidenschaften, der Mensch, zu einer Höhe emporgehoben, wo er in inniger Berührung mit der reinen Wahrheit ist, wo er nur Gott und seinem Gewissen gegenübersteht ... Welche Verfassung auch immer er habe, der Staat ist besser als die Individuen!" Das mag nun so schön, wie es dieser Schwärmer ausmalt, in Wirklichkeit nicht sein, aber von charakterisierender Kraft sind diese Worte.

Wie in der ganzen wirtschaftlichen Entwicklung anscheinend Kulminationspunkte überschritten sind, ist es auch auf dem Markte der Wertpapiere der Fall. Eine Bewegung von erstaunlicher Intensität und Dauer ist in den letzten Monaten wiederholt durch Rückschläge heftig unterbrochen worden, um am Jahresende in einen Zustand der Stagnation auszumünden. Der Milliardenrausch hatte an der Wiener Börse und namentlich in Budapest, wo obendrein der Erntefaktor als kurstreibendes Agens dazugekommen ist, förmliche Orgien verursacht. Die Liquidation der Friedenswirtschaft, die zu einer Ueberflutung des Marktes mit flüssigen Mitteln geführt, zu diesem Phänomen der Kriegswirtschaft, das uns die Finanzierung des Krieges durch sieben Kriegsanleihen mit steigendem Ergebnis, bei der letzten Kriegsanleihe mit einem verblüffenden glanzvollen Resultat ermöglichte; sie hat auch die Börse reichlich alimentiert. Das Argument von der gesunkenen Kaufkraft des Geldes schien über welches Bedenken immer hinweg alle Uebertreibungen im Marktverkehr. jede abnorme Kurssteigerung zu rechtfertigen, als die Ahnung „von kommenden Dingen" der Börse eine Neuorientierung wünschenswert erscheinen ließ, das Verblassen der Konjunktur. den Elan abdämpfte und überdies eine offensichtlich zwangsweise Enteignung der Effektenbesitzer das seinige dazu beitrug, den Prozeß der „Resorption" zu beschleunigen, eine Preisausgleichung herbeizuführen.

Oesterreich hat die Leiden des Krieges im vergangenen Jahre arg verspürt, noch bedenklicher machten sich aber die wirtschaftlichen Kriegsunbilden, die ja durchaus internationale Erscheinungen sind wie der Krieg selbst, in den Ententestaaten geltend, vor allem in Rußland. Wenn dort der große Umsturz eingetreten ist, der von so unabsehbarer Tragweite für die Gestaltung der ganzen Welt geworden ist, so war der Ausgangspunkt hiefür mit gleicher Wirkung wie die militärischen Niederlagen das finanzielle und wirtschaftliche Chaos. Die russische Kriegsfinanzierung war eine lange Reihe von Mißerfolgen, sie ist gekennzeichnet durch das völlige Versagen des inneren Marktes bei Anleiheemissionen, der auch der „Freiheitsanleihe" gegenüber seine Apathie nicht aufgegeben hat, durch die Canossa-Fahrten des früheren Finanzministers Bark nach Paris und London, die immer nur mit neuen Demütigungen für Rußland ausgegangen sind. In der uferlosen Ausdehnung der Papierwirtschaft und in der Entwertung des Rubelkurses kulminierte die russische Finanzmisere, die durch den Bürgerkrieg immer kritischer sich gestaltete. Die Unterbindung jedes Ausfuhrverkehrs mit den Zentralmächten bedingte vom ersten Tage des Krieges an Veränderungen des russischen Außenhandels, die schwere Schädigungen für die russische Volkswirtschaft bedeuteten. Vollends ist schließlich infolge der zunehmenden Verkehrsschwierigkeiten die Katastrophe hereingebrochen, da es an Lebensmitteln und Kohle in manchen Gouvernements völlig mangelte. Nicht viel weniger ernst gestaltet sich an der Jahreswende die wirtschaftliche Lage im Königreich Italien. Der machtvolle Einbruch unserer Heere in das Gebiet des ehemaligen Bundesgenossen ist zu einer Zeit erfolgt, da schwere finanzielle Sorgen auf der Regierung lasteten, drückende Ernährungsschwierigkeiten im ganzen Lande sich fühlbar machten. Der Mangel einer zielsicheren rationellen Agrarpolitik wird jetzt offenbar, da Italien, auf sich selbst gestellt, die Verpflegung seiner Bevölkerung durchführen soll. Nahrungsmittelschwierigkeiten und Kohlennot geben der Volkswirtschaft Italiens heute das Gepräge. Die Reden des englischen Premierministers in ihrer oft sensationellen Offenheit lassen am besten die Sorgen erkennen, von welchen auch das britische Reich infolge der langen Dauer des Krieges geschüttelt wird. In der Tat bringt fast jeder Tag eine Nachricht, die erkennen läßt, wie die Handelsmacht Englands immer mehr schwindet, wie Stück um Stück der englischen Einflußsphäre der ausschließlich auf den europäischen Kontinent orientierten Außenpolitik Englands zum Opfer fällt. In ungezählten Einschränkungsmaßnahmen und steigenden Nahrungsmittelpreisen drückt sich die verheerende Wirkung des Unterseebootkrieges aus, die sich auch in der Krise der englischen Baumwollindustrie und in den Schwierigkeiten der Munitionserzeugung in England äußern. Die Blicke der französischen Sparer sind angstvoll nach Petersburg gerichtet, da die Furcht Frankreich beherrscht, daß die Drohung der jetzigen russischen Machthaber mit der Annullierung der ausländischen Anleihen zur Wahrheit werden könnte, daß das System der Verquickung von Politik und Finanzen, das in Frankreich um eines Phantoms willen durch die Hergabe von rund zwanzig Milliarden an den russischen Bundesgenossen seine höchste Blüte erreicht hat, ein Ende mit Schrecken nehmen könnte. Auch in den Vereinigten Staaten ist mit dem Eintritt der Union in die Reihe unserer Gegner die große Wendung eingetreten. Viele Jahre vor dem Kriege, aus Anlaß der Bildung des großen Trusts der nordamerikanischen Stahlröhrenfabriken hat Carnegie ausgerufen: „Wir werden die besten und billigsten Gewehre, die besten und billigsten schnellfeuernden Geschütze, die besten und billigsten Dampfer der Welt haben und dadurch früher oder später der Welt den Frieden diktieren. Das ist der Gruß der Nation an das neue Jahrhundert!" Als sich mit dem Ausbruch des europäischen Krieges die Gelegenheit zu solcher weltpolitischer Betätigung ergab, da bemächtigte sich dieser der amerikanische Geschäftsgeist mit der ihm eigenen stürmischen Energie, und die Früchte dieser gewaltigen Schaffensfreudigkeit waren zu erkennen in märchenhaften Gewinnen der Industrieunternehmungen. Damit will es Abend werden, seitdem Amerika mit der Politik der Neutralität gebrochen, wie das der letzte Ausweis des amerikanischen Stahltrusts bezeigt, aus welchem ein Rückgang des Auftragsbestandes und das Sinken der Bruttoeinnahmen hervorgeht. Die hochrentierenden Aufträge der Privatindustrie haben aufgehört, die Heereslieferungen aber stehen unter der Preishoheit des Präsidenten, so wie die Hand der Regierung überhaupt schwer auf dem amerikanischen Wirtschaftsleben lastet. Staatliche Getreidewirtschaft, Verstaatlichung der Eisenbahnen, staatliche Kontrolle über den Kohlenbergbau. Die New-Yorker Fondsbörse hat in heftigen Erschütterungen auf diese Vorgänge reagiert, zumal sie überhaupt seit vielen Monaten unsicher geworden ist. Die Furcht vor Paniken infolge Eintritt des Friedens, die ganze Kriegswirtschaft, die Finanzpolitik der großen Vorschüsse an die Alliierten, die Aufnahme der eigenen kolossalen Anleihen, die unbefriedigenden Ernteergebnisse wirken dabei mit. Und gewiß ist auch eine Nervosität unverkennbar über Japans „Preparedneß", über die Ausdehnungsabsichten des Reiches des Mikado, das im Kriege ungeheure Reichtümer anhäufen konnte — Professor Dr. Lassar-Cohn in Königsberg spricht von dem Abwandern der Edelmetalle von der weißen zur gelben Rasse — und dessen letztes Ziel mit der friedlichen „Infiltration" Chinas gewiß nicht erschöpft sein kann. Auch im fernen Osten ergeben sich unbegrenzte Möglichkeiten, die trotz aller Beschwichtigungsversuche die amerikanischen Finanzkreise zweifellos mit Beunruhigung erfüllen.

Die überdimensionalen Formen, die das Ringen der Mächte durch den Beitritt der Union angenommen, hat auch in der Schiffbauindustrie zur äußersten Kraftanstrengung geführt. Auf den Werften der Welt ist man an der Arbeit, um der Schiffsraumnot während des Krieges zu steuern, für die Zeit nach dem Krieg den Herrschaftsbereit der nationalen Flagge zu vergrößern. Die wachsenden Schwierigkeiten der Verschiffung, die Versenkung durch die Unterseeboote, die phantastischen Frachtraten, haben die ganze internationale Warenbewegung beeinflußt, die im Zeichen der Preisexzesse gestanden ist. Von völkerrechtlichen Imperativen nicht angekränkelt, hat Präsident Wilson von der ihm erteilten Ermächtigung zur Kontrolle über die Neutralen sofort Gebrauch gemacht, in der Absicht, den Handel mit den Zentralmächten vollständig zu unterbinden, ihre Aushungerung zu vollenden. Die augenfälligen politischen Zwecke dieser Aktion hat er nicht erreicht, aber die Not der Neutralen vergrößert. „Unsere Lage," sagte der kürzlich zum Bundespräsidenten gewählte Bundesrat Calonder, ist in bezug auf die Landesversorgung mit unentbehrlichen ausländischen Erzeugnissen nicht nur ernst, sie ist sorgenvoll." Und diese Worte beleuchten nicht nur den Zustand der Eidgenossenschaft. Den Vorrang auf dem internationalen Devisenmarkte, den die Neutralen dank des Goldstromes, der sich über sie ergossen hat, im Weltkrieg erringen konnten — der Goldbestand der Bank von Spanien hat die Höhe von zwei Milliarden Pesetas fast erreicht und die schwedische Reichsbank weigert sich, Gold entgegenzunehmen, einzulösen — konnten sie auch in den ersten Monaten des abgelaufenen Jahres bewahren, während alle anderen Staaten ihre Währungsprobleme hatten. So ist in den letzten Tagen aus New-York die Meldung eingetroffen, daß man sich mit dem Plane eines internationalen

Ostdeutsche — Re
3. L.

Ist unsere wirtschaftliche Entwicklung auf richtiger Bahn?

Von Generaldirektor a. D. **E. Bröckelmann** (Hamburg).

Wenn man unsere augenblickliche Lage übersieht, die uns zwingt, gegen die Mehrheit der Welt anzukämpfen, so kommt man, wenn man den Gründen nachspürt, die uns in diese Lage gebracht haben, zu dem Schluß, daß auf unserer Seite irgendwo und irgendwann ein grundlegender Fehler gemacht worden sein muß. Dieser Fehler liegt darin, daß wir unseren Weg zu einer wirtschaftlichen Großmacht auf Pfaden gesucht haben, die nicht diejenigen sind, die vordem unsere jetzigen Konkurrenten, England, Frankreich und die Vereinigten Staaten, gegangen sind, die uns aber auf einen toten Punkt geführt haben.

England ist das meisterportierende Land der Welt und zugleich das stärkste Eroberland. Seine Eroberungspolitik führt in gerader Linie von Irland nach Aegypten als letzte Eroberung. Eroberung und Export stehen bei ihm in einem Kausalnexus, der Export wächst mit der Zahl der eroberten Länder. Wenn es nicht direkt erobern konnte, wie in Brasilien und Argentinien, dann hat es sich diese Länder geldlich tributär gemacht, entweder indem es dem Lande, wie Brasilien, zu seiner wirtschaftlichen, politischen und militärischen Entwicklung die nötigen Gelder gab, oder indem es die Verkehrsmittel des Landes usurpierte, wie in Argentinien. Auch die Vereinigten Staaten von Nordamerika haben sich ein Weltreich zusammenerobert und auch hier sehen wir, wie auf die Eroberung die wirtschaftliche Tributärmachung des eroberten Landes folgt. Frankreich hat gleichfalls auf diesem Wege wundervoll reiche Kolonien an sich gebracht; allerdings tritt bei diesem Lande infolge des weniger ausgeprägten merkantilen Charakters seiner Bewohner die entsprechende Erhöhung seiner Industrieausfuhr nicht so zutage.

Deutschland hat, seitdem es 1870 in die Reihen der Großmächte eingetreten ist und nicht mehr gewillt war, der Kulturdünger für andere Nationen zu sein, andere Wege eingeschlagen, indem es, bauend auf seine industrielle Ueberlegenheit, nicht erst militärisch und dann merkantil, sondern sofort merkantil eroberte. Das war entschieden der bequemere Weg und mit weniger Kosten und Gefahren verbunden, als der durch vorherige militärische politische oder geldliche Eroberung der fremden Länder, die Absatzgebiete sein konnten und sollten. Wir haben uns darauf beschränkt, die englischen, französischen und amerikanischen Industrieerzeugnisse auf rein kaufmännische Weise zu bekämpfen, auf das Fair play der Konkurrenz bauend, ohne die physische Gewaltpolitik der Engländer, Amerikaner und Franzosen nachzuahmen. Deutschland hat es sogar gewagt, die Rohstoffe, die es als veredeltes Produkt wieder ausführen will und die ihm im eigenen Lande mangeln, sich nicht zu sichern, indem es Rohstoffländer eroberte oder sich politisch angliederte.

Beim Ueberblicken der heutigen Lage unseres Vaterlandes kommt eine Unterhaltung mit den fremdländischen Marineattaches in einer der „Kieler Wochen" in Erinnerung, die mit dem Kaiser zusammen dort anwesend waren. Wir saßen im Kaiserlichen Yachtklub beim Frühstück zusammen und sprachen über die fabelhaft schnelle Entwicklung des deutschen Ausfuhrhandels. Man warf die Frage auf, ob er sich in diesem Tempo weiter entwickeln werde, worauf der englische Marineattache in die Unterhaltung hineinwarf: „Wenn wir es nicht verhindern!" England sah, daß Deutschland auf einem viel schnelleren Wege und mit viel geringerer Mühe und geringeren Gefahren auf dem Wege zum gleichen Reichtum war, wie es selbst ihn besitzt, dabei die Engländer, Kapitalisten wie Arbeiter, zwingend, die englische Arbeitsleistung der größeren der fleißigen Deutschen anzupassen. England sah daher das Gefahrenmoment für seine Vorzugsstellung sich nähern und brachte eine Koalition zusammen, um Deutschland in seiner wirtschaftlichen Entwicklung möglichst auf den Stand vor 1870 zurückzuwerfen. Als ausgesprochenes Eroberland hat England stets und ständig eine aggressive auswärtige Politik verfolgt und hielt daher ein Heer von ganz erstklassigen Berufssoldaten, groß genug für seine Bedürfnisse, da ihm seine Gegner, selbst wenn sie ein Dreihundertmillionenvolk waren, wie die Inder, militärisch nie gewachsen waren.

Bei Deutschland handelte es sich aber um einen Gegner, dem England allein militärisch nicht gewachsen war, und daher suchte es sich Frankreich und Rußland als Kumpane, um diesen Gegner totzuschlagen. Wenn es Deutschland nur in dem Maße besiegen würde, daß Deutschland seine militärisch-maritime Rüstung in dem bisherigen Umfange beibehalten kann, so würde England künftig gezwungen sein, seinen Militarismus immer mindestens in gleicher Höhe mit Deutschland zu halten. Daher erfand es das politische Schlagwort von der Befreiung der Deutschen vom preußischen Militarismus, um so auf politischem Wege, da es militärisch dazu nicht imstande ist, eine Herabsetzung der militärischen Rüstung bei Deutschland zu erreichen.

Wir werden nach diesem Kriege unsere merkantile Ausfuhrpolitik wieder von vorne anfangen, mit teilweise noch verbesserten Methoden, und wir werden — das kann man heute schon sagen — nach einem halben Jahrhundert wieder vor dem heutigen Dilemma stehen, wenn wir nicht dem Oberbau unseres industriellen Exportes **den Unterbau eines vergrößerten Länderbesitzes oder eines größeren politischen Einflusses gegeben haben werden.** Englands auswärtige Politik sehen wir seit Jahrhunderten den roten Faden durchziehen, der da heißt: Länder erobern, um sie sich zugunsten der eigenen Industrie tributär zu machen. Diese Politik der Selbstförderung versteht auch der englische Arbeiter. Er hat sie deshalb stets mitgemacht und macht sie auch im heutigen Kriege mit: **denn die englischen Arbeiter fanden instinktiv, daß in diesen Punkten ihre Interessen mit denen der bürgerlichen Kreise zusammengehen, weil man Lohnerhöhungen nur fordern kann, wenn überhaupt Arbeit da ist.**

Anders ist es in Deutschland. Hier steht, wenn auch vielleicht nicht die Arbeiterschaft, so doch ihre politi-

Pester Lloyd
6./I. 1918
102 6

Die Freiheit des wirtschaftlichen Verkehrs.

Von L. Pap,
Diplom-Ingenieur.

Budapest, 5. Januar.

Je länger der Krieg dauert, um so mehr hat man sich mit dem Gedanken vertraut machen müssen, daß der Kriegszustand der normale Zustand des Wirtschaftslebens geworden ist und daß man für die Friedensarbeit wieder umlernen muß. Seit Ausbruch des Krieges haben Regierungen, Behörden, Unternehmungen, einzelne Personen ihr Tun und Lassen notgedrungen immer mehr nach den Erfordernissen des Krieges und der Kriegführung einrichten müssen. Als der Krieg ausbrach, hat zunächst eine große Anzahl solcher industriellen und wirtschaftlichen Unternehmungen, die früher keine direkten Kriegsunternehmungen waren, fast gänzlich ihre Betriebe eingestellt und dachte, in der Annahme, daß der Krieg nur einige Monate dauert, die Rentabilität ihrer Unternehmung durch Arbeiterentlassungen, durch Betriebseinschränkung retten zu können. Nur langsam wagten es unternehmende, geschickte Personen oder Gesellschaften, teilweise durch die Heeresleitung angespornt, ihre Kenntnisse und Betriebe in den Dienst der Kriegführung zu stellen, und sie haben sich auf diese Weise sehr verdient gemacht, wenn auch untätige Beobachter in erster Reihe auf die Feststellung Wert legten, daß sie dabei verdienten. Je intensiver der unternehmende Geist für die Kriegführung arbeitete, je größer die Erfordernisse der Kriegführung wurden, je schwieriger die Produktion, die Beschaffung von Rohmaterial und Arbeitskräften wurde, umso notwendiger und lauter wurde das Verlangen nach Kontrolle, Organisation und möglichster Zentralisierung der Privat- und Kriegsbetriebe.

Heute sehen wir die umgekehrten Verhältnisse als in der ersten Zeit des Krieges; heute hat sich nach Möglichkeit jedes schaffende Werk, jedes Unternehmen für die Erfordernisse des Krieges eingerichtet und möchte Betrieb und Arbeiterzahl vergrößern. Die zentralisierte, manchmal leitende behördliche Kontrolle hat eingesetzt, die Betriebe kämpfen um die Möglichkeit, arbeiten zu können. Das Eingreifen der Behörden in das industrielle, wirtschaftliche Gebiet der Privatunternehmungen haben diejenigen Länder am glücklichsten gelöst, die die Kontrolle nicht in negativer, sondern in produktiver Form ausüben lassen. Nur in dieser Form wird die Produktion des Landes erhöht, der schaffende Geist der unternehmenden Klasse nicht unterdrückt, und sicherlich wird ein ähnliches Vorgehen zu erstreben sein, wenn die Zeit kommen wird, da man für die Friedensarbeit umlernen muß. Eine geschickte Ueberführung der Kriegswirtschaft in die freie Friedensarbeit wird die interessanteste, schwierigste, kostbarste und dankbarste Arbeit werden.

Der immer zunehmende Einfluß der behördlichen Leitung auf die Betriebsführung der industriellen und wirtschaftlichen Unternehmungen wird wegen der notwendigen zentralisierten Verteilung der vorhandenen Rohstoffe, Arbeiter und Betriebsmaterialien lange nach dem erhofften Friedensschluß fortbestehen müssen, und die Befürchtung wird immer größer, daß hiedurch der unternehmende, produzierende Geist der Unternehmungen keine Gelegenheit zur selbständig schöpferischen Entfaltung und nicht die Möglichkeit zur gewinnbringenden Tätigkeit haben könnte, während Erwerbsgesellschaften keineswegs nur ehrenhalber alles aufbieten, um die — auch im Staatsinteresse liegende — Erhöhung oder rentablere Gestaltung ihrer Produktion durchzuführen, sondern naturgemäß bestrebt sind, aus ihrer, besonders mit Rücksicht auf die jetzigen sehr schwierigen Verhältnisse, mit Risken verbundenen Arbeit lohnende Gewinne zu erzielen, oder zumindest mit entsprechenden Gewinnchancen zu kalkulieren. Diese Bestrebungen durch eine entsprechende Formel auf ein angemessenes Mindestmaß zu reduzieren, ohne die Unternehmungslust zu hemmen, liegt wiederum im Interesse der auftraggebenden Partei, ganz besonders wenn es sich um Staatsaufträge handelt. Obwohl keine leichte Aufgabe, gibt es dennoch genügend Beispiele für die Lösung solcher Fragen.

Mit ganz unbekannten, unsicheren Kalkulationsfaktoren mußten Unternehmungen rechnen, als sie die Herstellung von Werken aller Art in den Kolonien oder unwirtschaftlichen Ueberseeländern im Staatsauftrag oder im Auftrage von Kolonialgesellschaften übernahmen. Keine Unternehmung wagte auf eigenes Risiko für eine einzelne Pauschalsumme beispielsweise einen Fabriksbau in Java oder Bergwerkseinrichtungen in Bolivien, oder Abholzungen in Brasilien, oder Bahnbau in den Kolonien zu übernehmen, es sei denn, daß der Auftraggeber für die Leistungen einen derartig hohen Phantasiepreis bezahlte, der jedes Verlustrisiko ausschloß. Dies war wieder unannehmbar für den Auftraggeber. Um teils die Unternehmer vor großen Verlusten zu schützen, teils sich gegen große Gewinne des Unternehmers zu sichern, griff man zu den Selbstkostenverträgen; man „mietete den Unternehmer", wie dies der gewesene Staatssekretär des deutschen Kolonialamtes Exzellenz Dernburg bezeichnete. Man konnte dadurch die Erfahrungen und Fachkenntnisse der Spezialunternehmungen verwerten, statt selber Lehrgeld zu zahlen. Der Unternehmer erhält für seine Leistungen — anwendbar für Bauten aller Art, Fabriks-, Wasser-, Eisenbahnbauten und Betriebe — die tatsächlichen Ausgaben, die ihm nachweislich im Interesse der Herstellung des Werkes erwachsen, also seine Selbstkosten sind. Als Unternehmergewinn erhält er einen zu vereinbarenden Prozentsatz auf die verausgabten Selbstkosten. Durch diese Formel ist aber weder die Befürchtung des Auftraggebers beseitigt: der Unternehmer habe ein Interesse an hohen Selbstkosten, um einen hohen Prozentsatz zu erhalten, noch der Wunsch des Unternehmers erfüllt: er müßte entsprechende Gewinnchancen außer dem geringen Gewinn des Prozentsatzes auf die Selbstkosten haben. Diesen beiden Wünschen versucht man durch die folgende Formel zu entsprechen: Auftraggeber und Unternehmer versuchen nach bestem Studium und bester Beurteilung der unsicheren Verhältnisse den mutmaßlichen Herstellungsbetrag des Werkes, beziehungsweise der Leistungen gemeinsam festzustellen und zu vereinbaren. Ergibt die Ausführung niedrigere Selbstkosten, werden also Ersparnisse erzielt, so erhält der Unternehmer außer dem vereinbarten Prozentsatz auf die Selbstkosten noch einen Anteil an den Ersparnissen (er hat also großes Interesse an niedrigeren Selbstkosten, als der festgesetzte angenommene Herstellungsbetrag). Ergibt aber die Ausführung höhere Selbstkosten, sind also Ueberschreitungen vorhanden, so muß sich daran der Unternehmer ebenfalls beteiligen und wird diese seine Beteiligung an den Ueberschreitungen von seinem Verdienst abgezogen. Der Unternehmer hat mithin — auch zum Nutzen des Auftraggebers — das größte Interesse, daß die präliminierte Höchstsumme nicht überschritten werde. In überaus schwierig zu beurteilenden Fällen pflegt man dem Unternehmer einen geringen Mindestgewinn auf die Selbstkosten zu garantieren; ebenso werden seine Höchstverdienste durch Ersparnisse begrenzt, damit er kein Interesse hat, zum Nachteil der Güte der Ausführung zu sparen, in jedem Falle hat aber der Unternehmer für das richtige technische Funktionieren des Werkes allein aufzukommen.

Im letzten Jahrzehnt vor Kriegsausbruch hat man diese Formel in europäischen und Ueberseeländern sporadisch angewandt, und zwar nach der Eigenart der Nation und der herzustellenden Werke mit entsprechenden Aenderungen. Auch hat man einige Zeit nach Ausbruch des Krieges Kriegsaufträge in Deutschland und in Oesterreich-Ungarn auf Selbstkostenbasis mit Rücksicht darauf vergeben, daß die Kalkulationsfaktoren: Beschaffungsmöglichkeit der Roh- und Betriebsmaterialien, Arbeitsverhältnisse sehr unsicher sind. Derartige Verträge haben sich im allgemeinen bewährt, nur in solchen Fällen erregten sie Mißbehagen oder führten zu Unzuträglichkeiten, wo nach Abschluß der Verträge mangels richtiger Formulierung oder Unkenntnis der Sachlage große Verdienst- oder Verlustmöglichkeiten vorhanden waren, oder der Auftraggeber im Falle schlechten Funktionierens des Werkes für die fehlenden Kenntnisse des Unternehmers selbst aufkommen mußte.

Es ist nicht daran zu zweifeln, daß bei den Riesenausgaben, die in Zukunft für die Wieder- und Neuherstellungen von Regierungen, Behörden, Privaten aufgewendet werden, diese Art der Selbstkostenbasis eine große Rolle spielen wird, denn dadurch werden sicherlich große Gewinne oder große Verluste vereitelt werden können, beides wichtig für Auftraggeber und Auftragnehmer. Es ist aber notwendig, daß die Verträge mit größter Sorgfalt in sachlich und fachmännisch gründlicher Weise aufgestellt werden, da sonst die vorkommenden Differenzfälle das Zusammenarbeiten außerordentlich stören würden. Wenn aber nicht diese Lösung, so werden sich andere Möglichkeiten herauskristallisieren, um den Uebergang von der jetzigen notwendig zentralisierten und unvermeidlich hemmenden Arbeitsweise zur Freiheit des wirtschaftlichen Verkehrs zu erzwingen. „Bewegungsfreiheit für wirtschaftliche Initiative und Unternehmungsgeist ist und bleibt die Voraussetzung für den Wiederaufbau und die weitere Entwicklung der Volkswirtschaft," meinte der gewesene Vizekanzler des Deutschen Reiches Dr. Helfferich, der bekanntlich auch erklärte, daß die wichtigste Aufgabe des Kommissärs für Uebergangswirtschaft sein werde: sich so bald als möglich überflüssig zu machen.

Die Rohstoffversorgung nach dem Kriege.

Budapest, 12. Januar.

Den Aeußerungen des Staatssekretärs Dr. Elemér Hantos über seine jüngste Wiener Reise glaubten einige Blätter entnehmen zu können, daß der Staatssekretär in der Frage der Rohstoffbeschaffung nach dem Kriege den ungarischen Standpunkt, der die Beteiligung der ungarischen Industrie an dem mit Oesterreich gemeinsam zu beschaffenden Rohmaterial im Verhältnisse der Quote erfordert, fallen gelassen habe. Auf unsere in dieser Angelegenheit an ihn gerichtete Frage hat sich nun Staatssekretär Hantos wie folgt geäußert:

Solange der Krieg dauert und unsere Industrie fast ausschließlich im Dienste der Armee steht, muß naturgemäß auch das zu Kriegslieferungszwecken dienende Rohmaterial dem Quotenverhältnisse entsprechend aufgeteilt werden. Das ist so einleuchtend, daß es auch von österreichischer Seite niemals in Zweifel gezogen wurde. So wurde bisher hinsichtlich aller Rohstoffe vorgegangen, die mit Oesterreich gemeinsam bewirtschaftet wurden. Es entspricht daher nicht der Wahrheit, wenn behauptet wird, daß wir den Standpunkt der quotenmäßigen Beteiligung an welchem Rohstoff immer aufgegeben hätten. Das mag als Stimmungsmacherei gegen die Regierung gut sein, es entspricht aber nicht dem Interesse der ungarischen Volkswirtschaft, das bei der Gemeinsamkeit des Zollgebietes eine freundschaftliche Kooperation mit der österreichischen Industrie erfordert. Die Aufteilung der Rohstoffe nach der Leistungsfähigkeit der Industrie wurde von österreichischer Seite nur mit Bezug auf solche Rohmaterialien angeregt, hinsichtlich deren Verarbeitung die Leistungsfähigkeit der österreichischen Industrie die der ungarischen weitaus übertrifft. Bezüglich dieser Industrieartikel, die also nicht den Zwecken der Armee dienen, wurde uns von österreichischer Seite das Anerbieten gestellt, die für sie erforderlichen Rohstoffe gleichfalls gemeinsam zu beschaffen, jedoch nicht im Verhältnisse der Quote, sondern im Verhältnisse der Kapazität der betreffenden Industrien. Demgegenüber würden wir von Oesterreich zu den dort üblichen Preisen fertige Industrieartikel erhalten, und zwar nicht im Verhältnisse der Quote, sondern im Verhältnisse der Bevölkerungszahl, das jenes der Quote um ungefähr acht Prozent übersteigt. Es wären dies fertige Industrieartikel, deren unser Konsum zu Bekleidungszwecken dringend bedarf. Allein auch das war nur ein Anerbieten, hinsichtlich dessen wir uns nicht gebunden haben, so daß die Behauptung, als wären wir anläßlich meines jüngsten Aufenthaltes in Wien eine derartige Verpflichtung eingegangen, zum mindesten als tendenziös bezeichnet werden kann.

•

Budapest, 12. Januar.

Das einzig Beruhigende in der obigen Erklärung des Staatssekretärs Dr. Hantos ist, daß zwischen der ungarischen und der österreichischen Regierung in der Frage der Rohstoffbeschaffung eine bindende Vereinbarung überhaupt noch nicht zustande gekommen ist. Der Staatssekretär erklärt das Gerücht, als ob die ungarische Regierung eingewilligt hätte, daß die ungarische Industrie an den für die Uebergangszeit zu beschaffenden Rohstoffbezügen nicht im Quotenverhältnis, sondern nach dem Maßstabe ihrer Kapazität beteiligt werde, für leeres Gerede. Freilich fügt er aber hinzu, daß wenn eine ähnliche Vereinbarung auch nicht zustande kam, ein Vorschlag der österreichischen Regierung in diesem Sinne tatsächlich vorliegt.

Das Land erwartet, daß die ungarische Regierung auf einen derartigen Vorschlag keine andere Antwort als die der unbedingten Ablehnung haben wird. Der Riedlschen Aufteilungsformel, die eine Möglichkeit der wirtschaftlichen Retablierung unserer aus tausend Wunden blutenden Wirtschaft für immerwährende Zeiten ausschließt, kann eine ungarische Regierung niemals beipflichten. Fände sich dennoch ein ungarischer Staatsmann, der in Verkennung der Verhältnisse auf diesen Vorschlag einginge, so ist kein ungarisches Parlament denkbar, das einen Gesetzentwurf mit dem Inhalte der Riedlschen Formel nicht mit Entrüstung zurückweisen würde.

Die Frage ist in allen ihren Beziehungen so bekannt, daß sie kaum einer eingehenden Erörterung bedarf. Die Beschaffung des ausländischen Rohstoffes wird auch nach dem Kriege für lange Zeit nur durch die Staatsgewalt gesichert werden können. Lloyd George beruft sich in seiner jüngsten Erklärung darauf, daß die Entente — auch wenn sie gegen die Mittelmächte keinen wirtschaftlichen Boykott nach dem Kriege führen wird — den in ihrem Besitze befindlichen und ihrer Interessensphäre zugänglichen Rohstoff von beschränkter Menge in erster Reihe den eigenen Verbündeten zur Verfügung zu stellen gedenkt. Dies sagt er in derselben Rede, in der er die Zurückgabe der besetzten Gebiete Frankreichs, Belgiens, Serbiens, Rumäniens und Montenegros fordert. Es ist daher klar, daß in den Punktationen der Friedensverhandlungen die Sicherung des im feindlichen Eigentum befindlichen Rohstoffkontingents eine ebenso wichtige Rolle spielen wird wie die Zurückgabe der von den Mittelmächten besetzten Gebiete. Auf einer Seite werden Frankreich, Belgien, Serbien, Rumänien, auf der anderen Hunderttausende Ballen Baum- und Schafwolle in die Wagschale gelegt. Gleichwie die besetzten Gebiete durch die siegreiche Macht deutscher, österreichischer und ~~ungarischer~~ Waffen in unseren Besitz gelangten, müssen die verbündeten Staaten auch an den gegen Rückgabe dieser Gebiete zu erzielenden Rohstoffen nach Maßgabe ihrer Teilnahme an dem Kriege partizipieren. Der Gedanke ist absurd, daß wir unseren Anspruch auf diese Rohstoffmengen zum großen Teile einfach den Oesterreichern überlassen sollen, bloß weil wir über weniger Spindeln verfügen. Die Grundlage der Aufteilung kann keine andere sein als unser Beteiligungsverhältnis an dem Kriege: entweder das Verhältnis der Bevölkerung, die gerechtere und richtigere Grundlage, oder im schlimmsten Falle: das Verhältnis unserer Beitragsleistung zu den Kriegskosten, also die Quote.

Das Aufteilungsverhältnis des Rohstoffes wird in der wirtschaftlichen Entwicklung der nächsten Jahre von entscheidender Bedeutung sein. Akzeptieren wir die gegenwärtige Kapazität unserer Fabriken als Grundlage, so verzichten wir dadurch auf die weitere Entwicklung unserer Industrie und fügen uns in das unabänderliche Fortbestehen eines für uns überaus nachteiligen Zustandes. Denn darüber wird wohl kein Zweifel herrschen, daß, wenn wir diesmal unsere Rechte nicht verteidigen, die durch die Riedlsche Formel beantragte zeitweilige Revision des Verhältnisses der Kapazität die Beteiligungsquote stets nur zu unserem Nachteil ausschlagen wird. Jene österreichischen Herren, die jetzt in den verschiedensten Organen mit großem Eifer gegen die quotenmäßige Beteiligung kämpfen, vergessen, daß in den ersten Jahren der Friedensperiode auch der Zivilbedarf eng mit dem Militärbedarf zusammenhangen wird. Gerade infolge dieser Verbindung kann uns das Versprechen nicht befriedigen, daß hinsichtlich der militärischen Lieferungen das Quotenverhältnis auch in Hinkunft bestehen bleibt. Rührt denn zur Zeit der Uebergangswirtschaft der gesteigerte Zivilbedarf nicht davon her, daß Waren, die das Militär im Wege der Requirierung oder des freihändigen Kaufes anschafft, der Zivilbevölkerung entzogen werden? Hätte das Militär diese Artikel im Wege eigener Produktion erzeugen können, so wäre es verpflichtet gewesen, sie laut des Gesetzes im Verhältnis der Quote in Ungarn anzuschaffen. Hat aber das Militär statt dessen die Bedarfsartikel von der Bevölkerung auf direktem oder mittelbarem Wege requiriert und muß nunmehr die Bevölkerung diese Waren aufs neue beschaffen, so ist es klar, daß die ungarische Industrie auf die Lieferung dieser Waren nach demselben Verhältnisse ein Anrecht hat, wie bei der unmittelbaren Befriedigung des Heeresbedarfes.

In ihrer maßlosen Voreingenommenheit werfen uns die Oesterreicher bei der Behandlung der Frage vor, daß das gemeinsame Zollgebiet von Jahr zu Jahr die Interessen der ungarischen Produktion besser, jene der österreichischen aber schlechter wahre. Sie vergessen indes, daß ihr Kampf gegen Ungarns quotenmäßigen Anteil an den Rohstoffen ein gefährliches Spiel ist, das die unversöhnlichen Anhänger des ungarischen selbständigen Zollgebiets immer mehr rechtfertigt. Publizisten, die drüben ehedem in dem Lob des gemeinsamen Zollgebiets unermüdlich waren, bemühen sich nunmehr um den statistischen Nachweis, daß Ungarn aus der Zollgemeinsamkeit übermäßig viel gewinne. Wir sehen aber vorläufig nur die in der Delegation erwiesene Tatsache, daß Ungarn während des Krieges bei den militärischen Lieferungen um die Kleinigkeit von vier Milliarden verkürzt wurde. Dies bedeutet nach ungeteilter Ansicht unserer industriellen Kreise nicht nur den Entgang dieser Milliarden für die ungarische Industrie, sondern auch das Versäumen einer Industrieförderungsmöglichkeit, deren Wert diesen Betrag vielfach übersteigt. Wir erwarten von der ungarischen Regierung, die laut der Aeußerung des Staatssekretärs Hantos auf den Vorschlag Riedls nicht einging, eine derartige Regelung der Frage der Rohstoffeinfuhr, daß für Ungarn die im Kriege versäumte Industrieförderungskonjunktur durch die ausgiebige und gerechte Verteilung der Rohstoffe jetzt einsetze. Diese verlorenen vier Milliarden muß unsere Regierung anläßlich der Aufteilung der Rohstoffe als einen vor allen anderen zu befriedigenden Vorzugsposten anmelden. Man versucht uns damit bange zu machen, daß dringliche „Volksbekleidungsinteressen" die Aufteilung nach dem Kapazitätsschlüssel erheischen, ein Argument, dessen auch Staatssekretär Hantos Erwähnung tat. Wir hoffen, daß die Regierung auch darauf gebührend antworten wird. Erhält die ungarische Volkswirtschaft ihren quotenmäßigen Anteil aus dem Rohstoff, so wird sie dank der Ausbreitungsfähigkeit ihres gesunden Organismus diese Aufgabe übernehmen, und das Interesse der Volksbekleidung wird keinerlei Abbruch erleiden, ebenso wie zahlreiche ungarische Industrien im Kriegsverlauf das Vielfache ihrer Friedensproduktion mit spielender Leichtigkeit zu erzeugen vermochten. Die Zeit ist längst verstrichen, in der man den ungarischen Konsumenten mit der zahmen Versicherung heimschicken konnte: „Kümmere dich um nichts, sei unbesorgt, der gute österreichische Bruder ist da, er wird schon für dich sorgen."

Weit über das Bevölkerungsverhältnis hinaus hat Ungarn das Blut seiner Söhne auf den Schlachtfeldern vergossen, und an den ungeheuren Finanzlasten des Krieges haben wir genau im Quotenverhältnis teilgenommen. Daß jetzt in der Rohstoffversorgung Ungarns als Aufteilungsschlüssel weder die Bevölkerungszahl noch das Quotenverhältnis, sondern die weit geringere Kapazität unserer noch wenig entwickelten Industrie herangezogen werde, das wird Ungarn sich unter keinen Umständen bieten lassen. Die Vertröstung, statt der Rohstoffe, durch die unsere industrielle Entwicklung endlich einen mächtigen Impuls bekommen könnte, von Oesterreich mit der Befriedigung unserer dringlichen Volksbekleidungsinteressen beglückt zu werden, weist Ungarn mit der größten Entschiedenheit zurück. Sie bedeutet ja nicht mehr und nicht weniger, als daß nun auch noch der ganze Fabrikationsgewinn aus der Verarbeitung dieser Rohstoffe unserer Volkswirtschaft entzogen und der österreichischen zugeführt werden soll. Schon im Kriege um vier Milliarden

Die Zeit
13./I. 1918

Die Industrie in der Uebergangswirtschaft.

Von Hofrat H. v. Littrow.

Ohne viel Schwierigkeiten, ohne besondere Vorbereitungen, ja sogar ohne einschneidende Aenderungen wird die Land- und Forstwirtschaft von der Kriegs- auf die Friedenswirtschaft übergehen, nahezu ebenso hemmungslos wird der Uebergang des Bergbaues stattfinden, dagegen wird die Industrie in der Zeit des Friedensbeginns nicht nur unendlich viele Hindernisse finden, sondern diese Hindernisse werden auch, jedes für sich genommen, fast unüberwindlich erscheinen.

Arbeitermangel und Arbeiterüberfluß werden fast abwechseln, Rohstoff-, Hilfstoff- und sogar Ersatzstoffmangel werden derartig groß sein, daß der Beginn der eigentlichen lohnenden Erwerbstätigkeit fort hinausgeschoben werden wird. Im vorhinein läßt sich nur feststellen, daß Schwierigkeiten auftreten werden, es läßt sich jedoch nicht genau abschätzen, welcher Art die drückendsten sein werden. Es wäre daher müßig, heute schon darüber nachzudenken, wie der Industrie geholfen werden soll, trotzdem der Friede nahe zu sein scheint. Jedes solche Meditieren würde in einem wesenlosen Verzeichnis jener Rohstoffe enden, die gar nicht oder in so geringer Menge vorhanden sind, daß sich die Industrie derselben nicht bedienen kann. Im vorhinein läßt sich jedoch in bezug auf das Wiederaufleben der Industrie feststellen, daß äußerst sparsam in der Erzeugung vorgegangen werden muß und alle Nebentätigkeiten, die sich nicht direkt bezahlt machen, möglichst eingedämmt werden müssen. Zu diesen Neben- oder Hilfstätigkeiten der Industrie gehören vor allem Beleuchtung, Beheizung, Schmierung und Kraftbeschaffung (Krafterzeugung), die in der zukünftigen Wirtschaft eines jeden Industriezweiges eine große Rolle spielen werden, während sie heute fast als Nebensächliches betrachtet wurden. Bisnun haben Industrien ihren Standort oft nach der Möglichkeit gewählt, in der betreffenden Gegend genügend und billige Arbeiter zu finden; in Zukunft werden die Löhne mit Ausnahme der weltabgeschiedensten, unzugänglichsten Oertlichkeiten fast gleichmäßig in der ganzen Monarchie steigen und fallen. Dagegen werden die vier genannten industriellen Hilfstätigkeiten je nach Oertlichkeit sehr verschieden hohe Kosten verursachen, immer aber einen viel größeren Teil der Erzeugungsspesen eines Industrieproduktes als bisher darstellen. Was nun speziell die Beheizung der Arbeitsräume und die Beheizung zu technischen Zwecken (Trocknung, Destillation, Glühen, Schmelzen) betrifft, so wird getrachtet werden, die Erwärmung durch mechanische Prozesse, wie Wasserausschleudern, Vorwärmen möglichst zu erleichtern und zur Wärmeerzeugung die besten Apparate und den billigsten Brennstoff zu verwenden. Das in Oesterreich patentfreie amerikanische Sturevant-System der Heißluftheizung, wobei vom Kehricht bis zur Schwarzkohle alle Brennstoffe verwendet werden können, wird gewiß bei uns Eingang finden, ebenso werden die vielen Systeme von Gas- und Halbgasfeuerungen, die außerordentlich hohe Ausbeutung des Brennstoffes gestatten, häufiger als bisnun zur Anwendung kommen. Hauptsächlich wird zu Ersparniszwecken aber der Weg betreten werden, auf dem Deutschland so große Erfolge erzielt hat, nämlich die Industrie an die Brennstoffundstätten heranzurücken. Wir haben wie Deutschland glücklicherweise noch viele fossile Brennstofflager minderer Qualität, deren Produkte bei den bestandenen Friedenstarifen nicht befördert werden konnten. Jetzt in der Kohlennot wird wohl der Abbau dieser Lager (Flöze), nicht aber der Transport der Produkte derselben rentabel erscheinen. Es mögen hier an solchen Fundstätten von Kohle nur genannt werden in der Bukowina das südliche Ufer des Czeremosz, in Südgalizien Roznow und Dzurow, in Nordgalizien Potilicz, in Südmähren die Gegend um Lundenburg, in Böhmen Steinkirchen bei Budweis, in Niederösterreich Schrambach, Lilienfeld und Pöbsitz, in Kärnten Hermagor und Augsdorf, in Krain Britof usw. Es gibt aber auch bei uns Torflager bei Salzburg, Admont, Mitterdorf-Rauchen- und Feldkirchen, die ebenso wie obige Kohlenlager bisnun sehr wenig oder gar nicht ausgenützt wurden. Als erste im Heranrücken der Industriebetriebe an die Fundstätten nicht transportfähiger Kohle ist die Gemeinde Wien aufgetreten, die ihr neues Elektrizitätswerk Pottendorf an das Lillingsdorfer Kohlenflöz derart herangerückt hat, daß die Bergwerkshunde direkt zu den Kesseln rollen. Glücklicherweise ist wenigstens, soweit die namentlich genannten Fundstätten in Betracht kommen, auch überall genügend Wasser und sogar Ansiedlungsraum für die Industrie und deren Arbeiter vorhanden.

Mit einem derartigen Heranrücken der Industrie an minderwertige Kohlen- und Torflager würden wir, wie gesagt, gar nichts Neues tun, sondern nur das bewährte Beispiel der deutschen Industrien nachahmen, die auf den deutschen Braunkohlenfeldern westlich von Köln bei Brühl, in Thüringen und im westlichen Sachsen in den letzten Jahren angesiedelt, ihre Erzeugungskosten gerade infolge dieses Umstandes wesentlich mindern konnten. Durch die Anlage in einem solchen Kohlenrevier hat der betreffende Industriezweig aber nicht bloß für die Heizung seiner Oefen, sondern auch der Kessel vorgesorgt und derart also sich auch billige Antriebskraft und billige elektrische Beleuchtung gesichert, also in allen drei eingangs genannten Nebentätigkeiten Ersparnisse erzielt. Man wird natürlich trachten, daß in jedem Brennstofflager nur eine Elektrizitätszentrale für alle angeschlossenen Industrien gemeinsam errichtet werde, weil die Erzeugung der elektrischen Energie in einem solchen Großwerk (Zentrale) sich weitaus billiger stellt als bei zersplitterter Herstellung in Fabriken. Trotzdem die Förderung von Kohle oder Torf ziemlich hohe Betriebskosten verursacht, ist es nicht unwahrscheinlich, daß Fabriken in solchen Kohlenrevieren billigere Preise für Kraft und Licht, ganz abgesehen von Beheizung, erzielen als Industrien, die sich derart ansiedeln, daß sie ihr Werk und ihre Beleuchtung mit Wasserkraft betreiben können, also mit äußerst geringen Betriebskosten. Dies erklärt sich dadurch, daß die derzeit noch verfügbaren, das ist bis nun nicht ausgebauten Wasserkräfte sehr hohe Baukosten erfordern werden und daß überdies die Kosten für Leitung der Elektrizität bis in bewohnbare Gegenden nicht gering sein können, trotzdem die Gesetzgebung wohl in nächster Zeit vorsorgen dürfte, daß bei Ueberlandleitungen für das Aufstellen von Masten nur sehr geringe Kosten erwachsen. Es wird nämlich in den nächsten Jahren Kupfer, das den Hauptrohstoff elektrischer Leitungen bildet, teuer bleiben, weil es während des Krieges in enormen Mengen zur Munitionsfabrikation herangezogen und hierdurch direkt aus anderen Verwendungsgebieten gezogen wurde, die Ersatz brauchen. Statt Kupfer wird zwar Aluminium herangezogen werden, das aus dem bei uns (nördliches Donauufer und istrische Inseln) vorkommenden Baurit gewonnen wird. Kabel aus Aluminium werden aber immer brüchig bleiben und daher eigener Vorsichtseinrichtungen gegen Brüche bedürfen. Auch das zu Kabeln notwendige Isoliermaterial, Kautschuk, wird längere Zeit schwer erreichbar sein, trotzdem dessen Verbrauch nicht so stark wie der des Kupfers in die Höhe gegangen ist. Diese Preissteigerungen werden aber den Wert der Wasserkräfte, die längere Leitungen zur Verbrauchsstelle benötigen, ziemlich herabdrücken, so daß die Behauptung nicht gewagt erscheint, daß gleich nach Friedensschluß Kohle und Torf geringen Hitzwertes unserer Industrie und damit dem Gesamtwiederaufbau unserer Wirtschaft mehr nützen werden als der Ausbau einiger derzeit noch unbenützter Wasserkräfte. Eine gewisse Ersparungsmöglichkeit für Industrien, die nur wenig Kraft benötigen, könnte auch darin liegen, daß an einigen Flußläufen mit geringem Gefälle, aber auch mit geringer Schiffahrt, die alten Schiffsmühlen wieder aufleben, da diese auch die geringsten Wassergefälle nutzbringend verwenden können. Es dürfte zum Beispiel in der etwa zweihundert Kilometer langen Donaustrecke Linz—Wien, trotzdem das Gesamtgefälle nur hundert Meter beträgt, kaum eine Stelle zu finden sein, an der eine Schiffsmühle nicht in Betrieb gesetzt werden könnte. Schiffsmühlen müßten aber, um den modernen Anforderungen zu genügen, ganz neu konstruiert fast neu gefunden werden, und werden daher in der ersten Zeit nach Friedensschluß nicht schon baureif zur Verfügung stehen. An Windmühlen ist bekanntlich in Oesterreich nicht zu denken, weil wir zu wenig regelmäßige Winde haben. Ein bezüglicher Versuch der Nordwestbahn bei Krain mußte daher, trotzdem es nicht an Sorgfalt und Können fehlte, fehlschlagen.

Pester Lloyd
15. II. 1918

15
109

Die Rohstoffquote.*)

Von Siegfried Kammer.

Budapest, 14. Januar.

Die wiederholten Aeußerungen des österreichischen Regierungskommissärs für Uebergangswirtschaft über die Verteilung der nach dem Kriege zu beschaffenden ausländischen Rohstoffe blieben offiziell unwidersprochen. Es wäre darüber eigentlich auch kein Wort zu verlieren, denn der Weg für Ungarns Interessen ist klar vorgezeichnet. Wenn aber der österreichische Funktionär so weit geht, im Wege der ungarischen Presse zu erklären, daß die quotenmäßige Aufteilung der Rohstoffe für die ungarische Industrie zwar ein Vorteil, für den Konsum jedoch ein schwerer Nachteil wäre und diese Argumentation Sr. Exzellenz, die in jedem einzelnen Punkt die Tatsachen auf den Kopf stellt, trotz alledem von unseren autoritativen Stellen nicht widerlegt wird, muß dies zu schweren Bedenken Anlaß geben. Unser gesetzmäßiges Recht auf die quotenmäßige Verteilung der Rohstoffe scheint auch Se. Exzellenz anzuerkennen, er scheint aber nicht der Ansicht zu sein, daß wir auch einen festbegründeten materiellen Anspruch darauf haben; in erster Linie durch die zum Einkauf nötige Valuta, in welcher Form immer die Rohstoffe nach dem Kriege beschafft werden, und gewiß auch deshalb, weil wir während des Krieges quotentreu unsere eigenen Rohstoffe ständig nach Oesterreich geben, und zwar in vielen Fällen über die Quote hinaus, manchmal mit Grund, manchmal ohne Grund, gezwungen durch illoyale Maßnahmen der österreichischen Industrie. Es ist wahrscheinlich nicht allgemein bekannt, daß wir in Schafwolle, Flachs und Hanf bedeutend mehr nach Oesterreich abgeben, als wir von dort erhalten, und daß unter den Industrieprodukten, die wir laut Sr. Exzellenz in Kompensation abgeben sollen, gewiß auch diese Artikel zu verstehen sind, die wir im Kriege nach der Quote, im Frieden aber nach der Kapazität abzugeben hätten. Das heißt, unsere Schafwollfabriken usw., die mit Landesrohprodukten voll beschäftigt sind, sollen zum Stillstand kommen und das Fertigprodukt teuer zurückgekauft werden. Kann das ein Mensch in Ungarn akzeptieren?

Von zollausländischem Material haben wir quotenmäßig nur Rohmaterial aus dem Orient, und zwar auf Grund eines deutsch-österreichisch-ungarischen Vertrages bekommen. Roh- und Ersatzmaterial, das die österreichische Industrie — natürlich nur mit Hilfe der staatlichen Behörden — freihändig aus dem Auslande bezogen hat, ist uns entweder gar nicht oder verspätet, niemals aber quotenmäßig zugekommen. Unsere Valuta hat sich demnach durch die größere Inanspruchnahme der österreichischen Industrie weit mehr verschlechtert, als dies unser eigener Bedarf erfordert hätte. Als Entschädigung dafür sollen wir nun von den Rohstoffen, die wir mit der zugunsten Oesterreichs verschlechterten Valuta hereinbekommen, den auf uns entfallenden Teil nicht erhalten. Beileibe nicht zu unserem Schaden, sondern zum Nutzen des ungarischen Konsumenten.

Natürlich fällt es auf, daß man sich in Oesterreich den Kopf des ungarischen Konsumenten für die Zeit der Uebergangswirtschaft zerbricht, diese gewiß anerkennenswerte Fürsorge aber während des ganzen Krieges nicht an den Tag gelegt und momentan die Ausfuhr aus Oesterreich gesperrt hat. Während des Krieges haben wir österreichische Industrieartikel nur dann hereinbekommen, wenn sie hier höher zu verkaufen waren. Auch nach dem Kriege soll der ungarische Konsum durch die von seiten Oesterreichs vorgeschlagene Aufteilung des Rohmaterials, im Gegensatz zur Behauptung des Sektionschefs Riedl, nicht billiger, sondern teurer als nötig, jedenfalls teurer als Oesterreich versorgt werden. Es ist klar, daß der Produzent, der bei staatlicher Bewirtschaftung des Rohmaterials keinerlei Risiko trägt, für die Uebergangswirtschaft zum Selbstkostenpreise zu arbeiten haben wird. Diese Selbstkosten werden sich umso höher stellen, je weniger die Kapazität der einzelnen Fabriken ausgenützt werden kann. Wir würden also in Ungarn um so viel teurer erzeugen, als wir die Ausnützung unserer eigenen Kapazität durch Ueberlassung von Rohmaterial nach Oesterreich vermindern. Jener Teil des ungarischen Konsums, den wir selbst befriedigen, wäre also unnütz verteuert. Unseren Restbedarf würde Oesterreich nach der entgegenkommenden Erklärung Sr. Exzellenz allerdings befriedigen. Zu welchen Preisen, bleibt dahingestellt, ebenso, wie man es auch der Zukunft überlassen muß, zu klären, was uns die gewünschten Kompensationen kosten werden.

Wie kommt der ungarische Konsum am billigsten weg? Es kommen nur zwei Fälle in Betracht. Entweder der quotenmäßige Anteil der ausländischen Rohstoffe erreicht die Kapazität der ungarischen Industrie nicht oder er überschreitet sie. Genügt das Rohmaterial nicht vollständig, so werden die ungarischen Fabriken jedenfalls um so viel billiger arbeiten, je mehr sie die vorhandenen Einrichtungen ausnützen können. Ueberschreitet das ausländische Rohmaterial die Kapazität der ungarischen Industrie, soll der Ueberschuß durch die ungarische Regierung in Oesterreich zu entsprechenden Lohnsätzen aufgearbeitet werden, jedoch nur soweit, als nicht die ungarische Nachindustrie die Fertigstellung selbst besorgen kann. Gewiß wird aber die ungarische Industrie durch Neugründungen in dem Maße wachsen, als ihr genügend Rohmaterial zur Verfügung steht und die ungarische Regierung darüber verfügt. So wird kein Kilogramm Material unnötig lagern und kein Arbeiter unnötig feiern. In beiden Fällen wird der ungarische Konsument direkt und nicht über den kostspieligen Umweg „Oesterreich" möglichst billig versorgt, jedenfalls billiger als Oesterreich selbst, dessen Fabriken, weil minder beschäftigt, mit höheren Kosten arbeiten werden. In sämtlichen Bekleidungsartikeln müßte eine ganz geringe Anzahl von Einheitssorten normiert werden, bestimmt und geeignet in erster Linie für diejenigen Konsumenten, die mit Vorräten am schwächsten versehen waren und sie am schwersten nachschaffen konnten. Bei einer kleinen Zahl von Qualitäten können die Preise leicht und genau fixiert und so publiziert werden, daß jeder Uebergriff ausgeschlossen ist, um so mehr, als das zur Verteilung gelangende Rohmaterial von vornherein in seiner Gänze erfaßt ist. Die näheren Details dieses Punktes zu behandeln, würde zu weit führen, aber es ist sicher, daß die zur Verfügung stehenden Quantitäten in gerechter Form und zu gerechtfertigten Preisen (am besten im Wege des regulären Handels) verteilt werden können.

Besonders merkwürdig, weil vollständig wertlos, ist die anscheinend objektive Konzession Sr. Exzellenz bei Aufteilung des Rohmaterials, nicht nur die jetzige, sondern die jeweilige Kapazität der Industrie zu berücksichtigen. Schon in normalen Zeiten hat das Wachstum der ungarischen Textilindustrie, obwohl die Lebensbedingungen, wenn auch schlechter als in Oesterreich, im allgemeinen nicht ungünstig liegen, trotz besonderer staatlichen Unterstützung, nicht einmal Schritt gehalten mit der natürlichen Zunahme des Konsums, das heißt ihre relative Kapazität hat sich Oesterreich gegenüber nicht gebessert, sondern verschlechtert. Nun ist sie, wie jede Industrie, die im Kriege wegen Mangels an Rohmaterial ganz oder teilweise zum Stillstand gekommen ist, auf Jahre hinaus in ihrer Produktionskraft zurückgeworfen, und zwar gewiß mehr als die viel ältere und wurzelfestere Industrie Oesterreichs. Der variable Schlüssel Sr. Exzellenz gilt für Oesterreich natürlich ebenso wie für Ungarn, das heißt bei gleichmäßiger Verteilung des Rohmaterials de facto nur für Oesterreich, denn es ist klar, daß jede Vergrößerung nur in Oesterreich stattfinden wird, da Ungarn Neugründungen keinerlei spezielle Vorteile gewähren kann, um so weniger, als jede staatliche Begünstigung nach dem Krieg unterbleiben dürfte. Es soll also durch die Riedlsche Formel selbst die bestehende Kapazitätsrelation reduziert werden. Im übrigen scheint Se. Exzellenz mit einer langjährigen Dauer der Uebergangswirtschaft zu rechnen. Im allgemeinen glaubt man nicht daran, noch weniger wünscht man es. Oder ist bei Sr. Exzellenz der Wunsch Vater des Gedankens?

Die Ansichten und Absichten Sr. Exzellenz sind vielleicht leichter verständlich im Zusammenhange mit der besonders im Jahre 1916 propagierten Idee einer Kontingentierung der österreichischen Textilindustrie auf Basis eines numerus clausus. Die intensive, nur nach einer Richtung sich bewegende Konzernierung in Oesterreich scheint dafür zu sprechen, daß diese Idee noch immer besteht. Soll jetzt ein für allemal für ein fixes, unveränderliches Kontingent Oesterreichs vorgesorgt werden und der Kampf um die Rohmaterialquote nur die hiefür zu leistende Vorarbeit sein? Denn an und für sich ist diese Frage für Oesterreich von ungleich geringerer Bedeutung als für Ungarn. Gerade vor einigen Tagen wurde die Leistungsfähigkeit der ungarischen Textilindustrie in einem führenden Blatte Oesterreichs von einer gewiß maßgebenden Persönlichkeit mit 5 Prozent angenommen. Selbst bei der Voraussetzung, daß diese Ziffer zu niedrig ist, ist es evident, daß die paar Prozente, die man uns herauspressen will, für die Industrie Oesterreichs hinsichtlich der Beschäftigung einer größeren Anzahl von Arbeitern usw. usw. keine Rolle spielen, wenn jeder Ueberschuß über unsere Leistungsfähigkeit ohnedies in Oesterreich, allerdings im Interesse des ungarischen Konsums, nur im Lohnverhältnis aufgearbeitet werden soll. Oder ist die Absicht vorhanden, den Teil der Bekleidungsartikel, den uns die österreichische Industrie laut Sr. Exzellenz im Schlüssel der Bevölkerungszahl herüberliefern will, nur teuer und bedingungsweise gegen schwerwiegende Kompensationen zu geben? Dauert die Uebergangswirtschaft aber wirklich länger als wir hoffen, ist es umso nötiger, daß alles Rohmaterial in der Hand der ungarischen Regierung bleibe, die damit Konzessionen machen kann, statt Kompensationen zu geben.

Wir sehen in all dem nichts als die Absicht, jede Gelegenheit, die sich durch die heute noch nicht zu berechnenden Wirkungen der Uebergangswirtschaft für Ungarn allenfalls ergeben kann, von vornherein illusorisch zu machen, und die alte Tendenz, die Entwicklung unserer Industrie absolut und dauernd zu verhindern und sich die ungarische Kolonie unversehrt, reduziert in ihrer eigenen Produktionskraft zu erhalten. Möglicherweise bereits mit Rücksicht auf Konzessionen, die Oesterreich Deutschland machen will. Ob es nun eine längere oder kürzere Uebergangswirtschaft geben wird, so darf Ungarn die Möglichkeit, eventuell mit einem Schlage eine bedeutende Vermehrung seiner Industrie zu erreichen, nicht wieder versäumen, wie in den Jahren 1906/07, in denen in der ganzen Welt eine Vergrößerung der Textilindustrie um zirka 25 Prozent erfolgte, nur nicht in Ungarn. Man sollte ruhig damit rechnen, daß unser Handelsministerium, das während des ganzen Krieges für die Quotenrechte mit größter Gewissenhaftigkeit und unter Hemmungen von seiten aller österreichischen Stellungen gekämpft hat, diesen Standpunkt auch bei der Uebergangswirtschaft nicht um Haaresbreite verlassen wird, um so mehr, als es sich in diesem Falle nicht um selbstsüchtige Interessen der Industrie oder einiger ihrer Gruppen handeln kann, sondern um ein vollständig gleichmäßig verteiltes Allgemeininteresse, denn es liegt auf der Hand, daß für die bereits bestehende Industrie Ungarns jede forcierte Vergrößerung nur Nachteil bedeutet, aber Nachteile für „einzelne" und Vorteile für „alle".

*) Dieser Artikel wurde vor dem Bekanntwerden der in unserer Sonntagsnummer veröffentlichten Erklärung des Staatssekretärs Dr. Klemer Hantos geschrieben. Wir drucken ihn vollinhaltlich ab, weil darin gewiß von „Stimmungmacherei" keine Rede ist, sondern aus dem Artikel klar hervorgeht, daß es sich in dieser Sache nicht um die anscheinende Auffassung des Ministeriums „kleine Geschenke erhalten die Freundschaft", sondern um einschneidende prinzipielle Fragen handelt. Die Red.

Frankfurter Zeitung
16.II.1918

16
110

* Die Zukunft der Kriegsindustrie.

Von Dipl.-Ing. **N. Stern** (Frankfurt a. M.)

Der Krieg hat eine sehr starke, industriebegründende Wirkung gehabt. Der riesenhafte Bedarf an Kriegsmaterial aller Art hat eine Nachfrage geschaffen, der nur durch weitgehendste Neuanlage von Betrieben entsprochen werden konnte. Für alle diese Unternehmungen war die natürliche, geschäftliche Aufgabe nur die Befriedigung des Gegenwartsbedarfs. Aufträge und Lieferungen traten in solchem Umfange auf, daß sie bereits das Risiko der Neugründung ausglichen und rechtfertigten. Auf diese Weise ist naturgemäß eine reine Spezialindustrie entstanden, es sind Sonderbetriebe gebildet worden, die in großer Anzahl auf die Herstellung eines bestimmten Artikels eingerichtet und zugeschnitten sind. Außer den vielfach errichteten Granatendrehereien haben wir noch stärker spezialisierte Werkstätten, die z. B. schon jahrelang und oft millionenweise gewisse Geschütz- und Geschoßteile herstellen. Diese Betriebe erfüllen ihre Gegenwartsaufgabe in dankenswertester Weise, es tritt aber für die Unternehmer und für die allgemeine Wirtschaft die Frage immer dringender heran, inwieweit diese Anlagen Zukunftswert haben, und wie ihre Umstellung für den Friedensbedarf vor sich gehen soll.

Ich muß diesen Betrachtungen immer wieder voranschicken, daß der gewissermaßen billige Erfolg der industriellen Kriegsarbeit sehr Viele mit falscher Gutgläubigkeit erfüllt, weil sie vergessen, daß sie ihre Erfolge nicht in erster Linie ihrer geschäftlichen Tüchtigkeit und Tätigkeit, sondern der Gunst der Zeit verdanken. So haben wir viele, jetzt gut rentierende Unternehmungen, bei denen ein tüchtiger Kaufmann sich mit einem gewandten Handwerker oder Werkmeister zusammengetan hat, und die jetzt ihre Aufgabe sehr wohl erfüllen. Gerade von dieser Seite her kommt dann oft die Frage: Was sollen wir nach dem Krieg machen? Da muß denn vor allem einmal gesagt werden, daß es passende „Ersatz-Artikel" für die bisherigen Munitionsteile überhaupt nicht gibt, und daß die Umstellung für Friedensarbeit etwas ganz anderes bedeutet als die reine Namhaftmachung eines bestimmten Fabrikationsgegenstandes.

Zu jeder Geschäftsgründung gehörte bisher in erster Linie ein Ziel. Nach dem Ziel richtet sich der Weg, und um ihn zu gehen, bedarf man der Orts- und Wegekenntnis. Von irgend einem dieser wesentlichen Faktoren mußte man bisher als Geschäftsgründer kommen. Man hatte ein Ziel, z. B. ein Patent einer neuen Maschine, eine Neukonstruktion, oder man hatte den Weg, z. B. die Kenntnis eines ausgedehnten Absatzgebietes, die Erfahrung einer gewinnbringenden Fabrikation. Beides aber gipfelt in der einen Forderung: Sachkenntnis! Der Träger der Sachkenntnis aber ist der Fachmann. Ich meine hierbei nicht den reinen Handwerker, der heute oft den Fachmann bei dem häufig beschränkten, geistigen Aufgabenkreis der Kriegsarbeit ersetzen kann, sondern den Spezialisten mit bestimmten Kenntnissen und Erfahrungen eines Arbeitsgebietes, z. B. den Ingenieur aus dem Werkzeugmaschinen- oder Kraftfahrzeugfach, aus dem Aufzugs- oder Apparatebau, der Armaturenbranche, des Hüttenwesens usw. Die Massenanfertigung eines bestimmten Artikels, das dürfen wir nicht vergessen, erforderte gewisse allgemeine, technische Betriebserfahrungen, sie verlangte aber nur wenig schöpferische Geistesarbeit. Auf ihr gründet sich aber die Arbeit einer Fabrik, wenn der bequeme Besteller „Krieg" seine Nachfrage einstellt.

So bedingt die Umstellung für den Friedensbedarf nicht die vermeintliche „Ausschau nach dem neuen Fabrikations-Artikel", sondern die Notwendigkeit regelrechter Facharbeit. Aber auch hierzu ist es keineswegs leicht, den richtigen Fachmann und die richtige Facharbeit zu finden. Zunächst ist die zu lösende, fachmännische Aufgabe nicht alltäglicher Art und geht daher weit über das Durchschnittskönnen Vieler hinaus. Es ist eine andere Aufgabe, in einem bestehenden Betrieb das Glied eines geschulten Beamtenapparates zu sein und in vorgezeichneten Bahnen weiter zu gehen, als mit einer, sagen wir reinen „Maschinensammlung" eine neue Fabrikation nutzbringend einzurichten und auszugestalten. Diese Aufgabe beansprucht das volle Können eines Fabrikleiters, denn was er in bisher reinen Kriegsbetrieben zu seiner neuen Arbeit vorfindet, ist im Grunde das Wenigste, was ihm dazu geboten werden kann.

Schon die Einsicht dieser Voraussetzung wird bei dem bisherigen Unternehmer leicht auf einen schwer zu beseitigenden Widerspruch stoßen. Er hat doch bisher mit seiner Fabrik so viel geleistet und verdient, daß er schwer verstehen kann, weshalb allein auf dieser Grundlage nicht auch anderes möglich sein sollte. Man darf nämlich den Wert einer bestehenden Maschineneinrichtung nicht überschätzen. Jetzt ist sie über alle Maßen wertvoll, wie Milchkühe oder eine bestehende Schweinezucht, weil sie die Grundlagen der Erzeugung bilden. Im Frieden aber kann man sich die zu einer Fabrikation erforderlichen Maschinen stets anschaffen. Was man sich aber nicht für Geld allein anschaffen kann, ist eine bewährte und erprobte Konstruktion, einen Stamm Fachleute und Facharbeiter und ein Absatzgebiet für die Erzeugnisse. Dieses Wirken verlangt vom besten Fachmann langwierige, mühevoll aufbauende Arbeit, die ein hohes Maß von Vertrauen seitens des Unternehmers bedingt und voraussetzt, daß an die Vollbringung dieser Leistung nicht der Maßstab der bisherigen Kriegsarbeit gestellt wird.

Natürlich ist die Aufgabe dieser Umstellung keine rein technische. In gleichem Maße muß die kaufmännische Werbearbeit daran teilnehmen, denn der Idealzustand, daß die Aufträge von selbst kommen, hat aufgehört. Wiederum ist aber auch für die kaufmännische Arbeit die Frage des Erfolgs eine Frage der Fachkunde. Man darf dabei nicht vergessen, daß der neue Betrieb jetzt mit dem Mitbewerb der eingeführten Unternehmen zu rechnen hat, und daß es für ihn nicht leicht sein wird, gegen die Konkurrenz anzukommen. Im letzten Sinne entscheidet auch hier wieder der Einsatz an Tüchtigkeit, sei es in Bezug auf Neuheit des Gedankeninhalts, Geschicklichkeit der Propaganda, Güte des Fabrikates oder Preiswürdigkeit.

Auf jeden Fall muß man diese ganze geschäftliche Entwicklung aufrollen, um zu der Frage der Friedensarbeit Stellung nehmen zu können. Sie ist äußerst schwierig für solche Unternehmer, die nach keiner Richtung bisher Fühlung mit der Industrie haben und keine Anlehnung an irgend ein Fachgebiet besitzen. Für die positive Entscheidung muß dann die Einsicht in die voraussichtliche Entwicklung nach dem Krieg mitwirken. Man wird sich Geschäftszweigen, die der Krieg schon in hohem Maß gefördert hat, fernhalten und dort sein Glück versuchen müssen, wo der Friedensbedarf am stärksten in die Erscheinung tritt.

Es ist klar, daß nicht alle gegenwärtigen Kriegslieferanten diesen dornenvollen Weg der Friedensumstellung gehen wollen und können. Viele werden sich nach Sicherstellung ihrer Kriegsgewinne vom anstrengenden Fabrikationsgeschäft zurückziehen, viele werden die Fähigkeiten nicht aufbringen und nach fruchtlosen Versuchen auf technischem oder kaufmännischem Gebiete scheitern. Manche werden auch mit frischen Kräften auf neue Ziele lossteuern und sie je nach dem Umfang des Begonnenen in Jahr und Tag erreichen. Durch alles dies tritt in der Industrie nach Kriegsschluß eine große Bewegung ein. Sie wird zunächst zu einem Ausgleich der Arbeitsmittel führen. Die Kriegsarbeit hat durch ihre reine Massenarbeit überall zu sehr einseitiger Entwicklung des Maschinenparkes geführt. Beispielsweise dürfte in einem Teil der Betriebe ein Ueberschuß an Revolverbänken und in einem anderen an schweren Schruppdrehbänken, in anderen wieder an Excenter- oder Ziehpressen sein. Da ist es naheliegend, daß sich ein Ausgleich zwischen den verschiedenen Fabriken anbahnen dürfte. Ob dies dem freien Handel überlassen bleibt, oder ob bereits bestehende „Maschinenausgleichstellen" dabei ihre Wirkung üben, dürfte eine der wichtigsten Fragen auf diesem Gebiete sein. Auf jeden Fall müssen alle Werke die jetzt gezüchtete Einseitigkeit ihrer Maschinenanlage beseitigen. Dabei kann es leicht zu einem großen Ueberangebot an gebrauchten Maschinen kommen, das eine schwere Schädigung der Werkzeugmaschinenfabriken bilden kann. In dieser Hinsicht muß auf die Selbsthilfe der Automobil-Industrie hingewiesen werden, die durch die Gründung der Feldkraftwagen-Aktiengesellschaft die Gefahr der Rückflut der aus dem Feld zurückkommenden Unmenge von Kraftwagen eindämmt und so verhindert, daß die Neuanfertigung beeinträchtigt wird.

Schon hierbei bedarf die Kriegsindustrie eines klaren Arbeitsprogrammes, wenn sie an diesem Ausgleich vorteilhaft teilnehmen will. Ueber den so angedeuteten Maschinenausgleich hinaus geht die weitere Möglichkeit der Zusammenfassung der Betriebe. Es ist klar, daß größere, technische Fabrikationsaufgaben auch größere Wirtschaftsgrundlagen erfordern, wie sie durch Zusammenlegung mehrerer, bisher getrennt marschierender Betriebe möglich sind. Maßgebend dafür ist auch wieder die Ergänzung der einseitig entwickelten Fabrikationsmittel. Dabei können und werden naturgemäß auch bereits vorhandene Großbetriebe manche dieser jungen Ausleger an sich ziehen, aufsaugen, in gleicher Weise, wie sich diese Konzentration bereits im Frieden vollzog. Praktisch liegen hier sehr viele Lösungsmöglichkeiten vor, es ist eine entschiedene Tendenz nach Zusammenschluß nahestehender und naheliegender Betriebe zu gemeinsamer Friedensarbeit zu erwarten, denn in ihrer bisherigen Selbständigkeit können unmöglich die mittleren und kleineren Fabriken auf die Dauer weiter bestehen, weil sie sich gegenüber den Großindustrien doch nicht behaupten können.

Nun eröffnet sich allerdings bei der Umstellung auf die Friedensarbeit doch eine gewisse sekundäre Gelegenheit zur Weiterbeschäftigung der mittleren Kriegsindustriebetriebe. Der Staat hat in einer bisher in diesem Maß nicht gekannten Weise für den Kriegsbedarf „Einzelteile" aus den verschiedenartigsten Fabriken bezogen. Durch genaue Arbeitsvorschriften und Anwendung bestimmter Meßgeräte hat er, wie früher schon an dieser Stelle ausgeführt wurde, erreicht, daß sich die Einzelteile der verschiedenartigsten Herkunft richtig zu dem Ganzen zusammenfügen. Damit hat er gerade der Industrie ein Lehrbeispiel gegeben, wie man im ganzen Land verstreute Betriebe zur einheitlichen Mitarbeit heranziehen und erziehen kann. Man sollte meinen, daß das, was auf dem Gebiet der Munitionsbeschaffung möglich ist, auch für andere, industrielle Erzeugnisse geht. Auf jeden Fall sollte diese Erfahrung die alte Scheu beseitigen, die man bisher vor dem Bezug nicht untergeordneter Maschinenteile „von auswärts" hatte. Man beschränkte sich ja bisher fast ganz auf reine Massenartikel oder sog. Handelsware, wie Schrauben, Muttern und ähnliche Teile. Jetzt sollte man gelernt haben, daß man auch edlere Teile beruhigt in fernliegenden Betrieben herstellen lassen kann, wenn man ihre Konstruktion darnach gestaltet und ihre Fertigung in gleicher Weise durch Vorschriften, Zeichnungen und Meßgeräte festlegt wie bei den heute millionenfach in Arbeit befindlichen Heeresartikeln. Es ist natürlich, daß nach Friedensschluß sich auf manchen Gebieten ein sehr gesteigerter Bedarf einstellen wird. Ueberall, wo man notgedrungen von den sonst regelmäßig erforderlichen Ausbesserungs- und Ergänzungsarbeiten jetzt jahrelang abgesehen hat — man denke nur an das Eisenbahnmaterial! — sind mit einem Male gewaltige Herrichtungen und Neubauten erforderlich. Dabei handelt es sich vielfach um Betriebe, die durch den Krieg, der sie nicht unmittelbar betraf, nur geringen Ausbau erfuhren, also kaum dem großen Ansturm gerüstet gegenüberstehn. Diese Aufgaben können aber befriedigend gelöst werden, wenn eine solche Fabrik sich weitgehendst an die freiwerdende Kriegsindustrie wendet und für sie als Auftraggeberin auftritt. Sie selbst ist dann in der Lage, die eigentliche, auf diesem Gebiet liegende „Facharbeit" zu leisten, weil sie die Arbeit selbst damit in der Hand behält. Damit wird aber die wertvolle Facharbeit in einem bewährten Betrieb voll ausgenutzt und dessen Leistungsfähigkeit qualitativ um ein vielfaches gesteigert. Dabei kann weiter die erforderliche Arbeit auf diese Weise schnell geleistet werden, was bei der Neubegründung eines selbständigen Werkes gar nicht denkbar wäre. Gerade nach dem Krieg ist es die rasche Arbeit, die nottut. Ueberall gilt es, die stehen gebliebene Wirtschaftsmaschine wieder in Gang zu bringen, und je rascher dieses Ziel erreicht wird, um so rascher werden die Spuren, die der Krieg gezogen hat, verwischt.

Auf diesem Wege bieten sich demnach in der Tat „Artikel", nach denen der Inseratenteil der großen Tageszeitungen heute von vorsorglichen Kriegslieferanten schon laut schreit. Aber der so auftretende Bedarf ist, wie ich zur Deutung der oft beklagten Erfolglosigkeit dieser Inserate betonen möchte, noch gar nicht vorhanden. Er wird erst in Erscheinung treten können, wenn das wirtschaftliche Leben in die alten Bahnen zurückkehrt, ebenso wie der große Bedarf an Zivilkleidung erst eintritt, wenn die Millionen Feldgrauen ihre Uniformen ausgezogen haben. Es scheint an sich keineswegs vorsorglich, daß wir diese Millionen Zivilkleider nicht schon bereitgestellt haben, erst seit einiger Zeit scheint man an diesen, plötzlich eintretenden Millionenbedarf in Herrenkleidungsstücken, z. B. in Filzhüten oder Herrenwäsche zu denken. Wir können uns aber noch nicht recht damit befassen, weil unsere Wirtschaftsarbeit noch ganz auf den Bedarf der Gegenwart eingestellt ist und mit den verfügbaren Rohstoffen nach Kriegserfordernissen haushalten muß. Und so geht es auch der Industrie. Sie ist noch zu sehr mit den Forderungen des Tages erfüllt, als daß sie an morgen denken könnte. Der Kriegsgott duldet keine anderen Götter neben sich, und die Industrie muß ihm jetzt mit voller Hingebung opfern. Deshalb ist die Namhaftmachung der „Zukunfts-Artikel" heute noch so zaghaft und unfruchtbar und kann kaum eine zuverlässige Grundlage bieten. Für alle Betriebe, die daher noch keine bestimmte Friedensaufgabe haben, liegt gegenwärtig der Hauptwert ihrer Zukunftsbestrebungen noch allein in der „Bereitschaft". Sie erfordert Wachsamkeit gegenüber dem durch die Umstände täglich eintretenden Wechsel, um durch keine Befangenheit gehemmt, auf sich bietende Möglichkeiten einzugehen, empfänglich für Arbeitswellen aus allen Himmelsrichtungen, um im rechten Augenblick entscheidend zuzugreifen.

Mit der Zukunft der Kriegsindustrie hängt naturgemäß auch der „Wiederaufbau des Handwerks" zusammen. Auch ein Teil davon, was wir zum Handwerk rechnen, wie kleinere, mechanische Werkstätten, Schlossereien, Tischlereibetriebe, Installateure, hat sich vielfach, je nach Unternehmungsgeist und Befähigung der Unternehmer, für den Kriegsbedarf umgestellt und ihre Werkstätten für die neuen Zwecke erweitert. Für diese Betriebe, die den Anschluß an die Kriegsaufgaben gefunden, wird die Rückkehr zur Friedensarbeit keine Schwierigkeiten bereiten. Im Gegenteil, sie werden finanziell und technisch gestärkt ihre alte Arbeit wieder aufnehmen können, für die sie viel Wertvolles im Kriege hinzugelernt haben. Wir haben aber auch Fälle, wo man von dem alten Handwerk bereits so weit abgerückt ist, daß man eine Rückkehr ablehnt, weil man glaubt, über den Handwerksbetrieb hinausgewachsen und in die Reihe der Industriebetriebe eingerückt zu sein. Für diese Werkstätten gilt alles bereits für die Kriegsindustrie Gesagte. Sie müssen es selbst erweisen, ob sie über ausreichende kaufmännische, technische, kurz geistige Fähigkeiten verfügen, um den neugewählten Platz auch nach dem Krieg auszufüllen. Das wird zweifellos manche Enttäuschung geben, und mancher wackere Schlossermeister, der recht und schlecht drei Jahre seine Granaten gedreht, wird sich schließlich doch entschließen, wieder Treppengeländer zu bauen, Türen anzuschlagen oder Rohrleitungen zu legen. Schwieriger liegen die Verhältnisse für die Werkstätten, die keine Kriegsarbeit leisten konnten, deren oft jugendliche Meister von Anfang eingezogen waren, und deren Maschinen oder Einrichtungen sogar in andere Kriegsbetriebe übergingen. Ihnen kann vor allem durch Zuweisung der vielen frei werdenden Maschinen die auseinandergerissene Einrichtung wieder ersetzt werden. Ihr Wiederaufbau kann vom Abbau der Kriegsindustrie in weitestem Maße unterstützt werden.

Die Zukunft der Kriegsindustrie hängt selbstredend von der Zukunft der Rüstungen überhaupt ab. Da muß heute der Gedanke ganz fallen gelassen werden, daß irgendwie etwas versäumt oder unterlassen werden darf, was die Wahrung der Existenz durch technische Mittel erfordert. Daher können wir unmöglich zu jener Abschließung der Rüstungsindustrie zurückkehren, wie sie vor dem Weltkrieg bestand. Das Volksheer braucht zu seiner Wehrmachtstellung die Mitarbeit der ganzen Industrie. Es wäre deshalb falsch, die Privatindustrie, nachdem sie jetzt ihre Schuldigkeit getan hat, wieder von der weiteren Mitwirkung auszuschließen und die Zukunftsarbeit nur den behördlichen und den Behörden nahestehenden Privatindustrien zu überlassen. Gerade das Mitwirken der Privatindustrie hat durch seinen auffrischenden Wettbewerb, wie überall zugegeben wird, auf die behördlichen Anstalten eine anfeuernde Wirkung nach jeder Richtung gehabt, und man darf sich diese Belebung schon der Preisstellung und Qualitätsforderung wegen nicht entgehen lassen. So gut die im Krieg bewährtesten Führer und Offiziere die Weitergestaltung des Heeres für seine Zukunftsaufgaben zu lösen haben, müssen auch die in der Kriegsarbeit durch große Leistungen besonders hervorgetretenen Industriebetriebe für Zukunftsarbeiten erhalten bleiben.

Aus alledem ergibt sich aber, daß es ein Universalnährmittel für die Kriegsindustrie nach dem Krieg nicht gibt. Es handelt sich, wie dargelegt, um eine geschäftliche Gewissensfrage, die jeder mit sich selbst ausmachen muß, und zu der sogar jeder fremde Rat mit Vorsicht aufzunehmen ist, denn nur der eigene Unternehmer kann bei richtiger Selbsteinschätzung wissen, was er zu leisten vermag und was er sich und seinem Betrieb zumuten kann. Nur er kann die Mittel beurteilen, die er für neue Aufgaben aufzubringen vermag. Dabei ist sehr zu überlegen, ob man auch kapitalistisch die neuen Pläne durchführen kann. Manche Gebiete — ich erwähne nur den Kraftfahrzeugbau — werden auch von sonst umsichtigen Geschäftsleuten in ihrem Kapitalbedarf weit unterschätzt, und eine solche Fehlrechnung bringt von Anfang an das ganze Unternehmen in Lebensgefahr. Auch hier besteht zwischen Kriegs- und Friedensarbeit ein großer Unterschied. Mit dem gleichen Kapital, mit dem im Krieg durch die rasche Umsetzung bei der Massenarbeit ein großes Unternehmen betrieben wurde, kann im Frieden vielleicht nur ein bescheidenes Geschäft geführt werden, zumal die geringeren Sicherheiten der Auftragserteilungen auch auf das Vertrauen der Banken und sonstiger Kapitalisten abkühlend wirken muß. Nach allen Richtungen steht man neuen Erfahrungen gegenüber, und wir sehen, wie sehr die neue Rechnung immer wieder richtiggestellt werden muß. Der Betrieb wird Glied einer ganz anderen Kette und die Frage der persönlichen Beziehungen, der örtlichen Verhältnisse, der Facharbeiter sind ebenfalls von wesentlicher Bedeutung. Es handelt sich eben um die Umpflanzung eines jungen Triebes. Das verlangt einen sorgsamen und fleißigen Gärtner, der Pflanze und Erdreich auf Wachstum hin genau kennt, und weiß, was sie zum Gedeihen nötig hat.

Der Kriegsgott hat das Eisen in höchster Ueppigkeit wachsen lassen. Der Gott des Friedens ist in dieser Hinsicht strenger und läßt nur den ernten, der richtig gesäet hat!

Vossische Zeitung
24./I. 1918
117 24

Donnerstag, 24. Januar 1918

Zeitung

1704

d gelehrten Sachen

lich 8 Mark bei tägl. zweimaliger Zustellung. Durch die Post monatlich
0 M. ohne Bestellgebühr. Anzeigen: 80 Pf. die Zeile, Stellengesuche
%. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.
rlin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

•26 Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

Wiederaufbau des Handwerks.

Von

Bruno Olabal.

Die Fragen des Wiederaufbaus unseres Handwerks haben in diesen Tagen das Abgeordnetenhaus lebhaft beschäftigt. Zur Erläuterung dieses Problems geben wir hier folgende Ausführungen wieder:

Nach zuverlässigen Ermittlungen sind durch die wirtschaftlichen Folgeerscheinungen des Krieges über ein Drittel aller Handwerksbetriebe im Deutschen Reiche stillgelegt worden. Die Verschuldung des Handwerks, die schon vor dem Kriege sorgende Beachtung der Volkswirte fand, hat in bedenklichem Umfange zugenommen. Nach den Gewerbestatistiken gab es vor dem Kriege etwas über zwei Millionen erwerbstätiger Handwerker. Sie schuldeten schon damals an Industrie und Handel weit über eine halbe Milliarde Mark; der Krieg, der über 600 000 Handwerker zu den Fahnen rief, hat die Verpflichtungen gewaltig anschwellen lassen, denn zu den Forderungen an Industrie und Handel kamen aufgelaufene Zinsen an die Hypothekenbanken, gestundete Zahlungen an Lebens-Versicherungs-Gesellschaften, kurzum ein großer Teil dieser Handwerker hat seine Zahlungen einfach einstellen müssen, weil der Betrieb zum Stillstande kam, und es fragt sich, ob nach fast vier Kriegsjahren diese Kreise des Handwerks noch über solche Kräfte verfügen, um aus eigner Macht eine energische Schuldentilgung durchzuführen und auf diese Weise wieder allmählich zur Kapitalsbildung zu gelangen.

Die überwiegende Mehrzahl der Handwerker war ja schon vor dem Kriege arm und konnte die Selbständigkeit nur mit Hilfe der seitens Handel und Industrie gewährten Kredite aufrechterhalten; als in der Zeit zwischen Krieg und Frieden dem Handwerk mit Kreditentziehung gedroht wurde, waren viele Betriebe daran, sogleich zusammenzustürzen. Für viele Betriebe war die Einberufung des Meisters willkommen, es blieb einstweilen alles in der Schwebe und zahlreiche Meister zogen in der Hoffnung aus, daß die Zeit wohl von selbst eine Besserung für sie bringen werde.

Allein die Wirklichkeit zeigt, daß eher das Gegenteil eingetroffen ist. Wohl sind nicht weniger als 900 Lieferungsgenossenschaften während des Krieges neu gegründet worden, hauptsächlich zu dem Zwecke, um mit Hilfe dieser Genossenschaften Heeresaufträge dem Handwerk zu sichern. Der Verband, der alle Lieferungs-, Waren- und Kreditgenossenschaften des Handwerks umfaßt, zählt 1310 Genossenschaften mit 234 000 Mitgliedern, noch längst nicht das gesamte Handwerk. Aber während nun in den allermeisten Fällen die Großbetriebe in der Lage waren, an den Heereslieferungen so viel zu verdienen, daß sie sich kostenlos vergrößern und alle diese Aufwendungen noch während des Krieges abschreiben konnten, arbeitete das von den Heeresstellen in Anspruch genommene Handwerk so billig, daß ihm ähnliche Möglichkeiten zur Betriebserweiterung überhaupt nicht blieben oder doch nur in ganz seltenen Ausnahmen in vereinzelten Gewerben.

Unter diesen Umständen hat die Hilfsdienstpflicht und die damit verbundene Stillegung von Betrieben dem Handwerk die schwersten Wunden geschlagen. Von dem Kohlen- und Rohstoffmangel wurde der wirtschaftlich Schwache in erster Linie betroffen. Von erfahrenen Volkswirten wurde die Frage aufgeworfen, ob unter diesen Umständen der Zusammenschluß auf genossenschaftlicher Grundlage nicht bereits zu spät komme. Andererseits aber ist eine umfassende Rohstoffbeschaffung und richtige Verteilung gar nicht mehr möglich, wenn das Handwerk jetzt nicht die Grundlage zu einer Syndikatsbildung findet, denn es muß die gleichen Preise wie das Großgewerbe und diese auch sogleich in bar zahlen können, um überhaupt bei der Belieferung berücksichtigt zu werden; der weitreichende Kredit an das Handwerk ist für immer vorbei.

Damit drängt sich ganz von selbst die Frage auf, woher das Handwerk die Mittel nehmen will, um den aus dem Felde Heimkehrenden den Wiederaufbau der Existenz zu gewähren. Ohne ausreichende Kreditgewährung bei günstiger Rückzahlungsmöglichkeit ist eine wirksame Hilfe unmöglich. Besonders große Mittel müssen für den Wiederaufbau des Bauhandwerks bereitgestellt werden, das seit Kriegsausbruch stillag, währenddessen die Preise für Ziegelsteine und Bauholz um 200 bis 300 v. H. gestiegen sind, so daß nunmehr ungleich größere Kapitalien aufgewendet werden müssen, um wie vorher arbeiten zu können. Ganz ähnlich liegen die Verhältnisse in der Möbeltischlerei, wo Edelhölzer Preisaufschläge bis zu 500 v. H., Lacke und Schellack bis 1000 v. H. und mehr, Roßhaar und Leim bis 600 v. H., Seegras und Möbelstoffe bis 400 v. H. und mehr, Papierstoff als Ersatz für Leinen um 500 bis 600 v. H., Glas und Beschläge bis zu 150 v. H. und 200 v. H. erfahren haben, so daß auch hier mit mindestens drei- bis fünfmal höherem Betriebskapital als vor dem Kriege gearbeitet werden muß, wenn eine Verdienstmöglichkeit bleiben soll. Dasselbe darf von nahezu allen Handwerksbetrieben gesagt werden, überall ist die Wiederaufnahme des Betriebes nur mit großen Kapitalmengen möglich.

Eine Schuldentilgung während des Krieges hat nur der Kleinhandwerker auf dem Lande durchzuführen vermocht; bei näherem Zusehen aber ergab sich, daß nicht sein Verdienst aus dem Handwerksbetriebe hierzu die Mittel gab, sondern bezeichnender Weise die von Jahr zu Jahr gesteigerten Einnahmen aus dem landwirtschaftlichen Nebenbetriebe. Wo das Kleinhandwerk auf dem Lande oder in den ackerbautreibenden Mittelstädten nicht Landwirtschaft nebenbei betrieb, verschuldete es eben so schnell und

Sonderabdruck
der „Schlesischen Zeitung“ aus Nr. 52 vom 29. Januar 1918.

Die wirtschaftliche Umklammerung Mitteleuropas und ihre Abwehr.

Von Prof. Dr. Hasse-Breslau.

Die Erwartungen, welche unsere Feinde auf dem Kampfgebiet Jahre hindurch nährten, sind vernichtet und die Hoffnungen, welche sie an die Absperrung aller Zufuhren knüpften, sind entschwunden. Heer und Flotte haben Sieg auf Sieg erfochten und die Fahnen tief in Feindesland getragen, so daß die Organisationen in der Heimat das Hungergespenst, mit dem gedroht wurde, verscheuchen konnten. Wenig fehlt mehr und die Waffen könnten niedergelegt werden, wenn ein endgültiger Sieg, auf den wir fest vertrauen dürfen, da alles zugunsten der Mittelmächte spricht, namentlich im Westen errungen würde.

Wäre aber damit das Ringen zu Ende und ein dauerhafter Friede erreicht, der auf allen Gebieten der Zukunft der mitteleuropäischen Staaten innerhalb unangreifbarer Grenzen zu Wasser und zu Lande sichern würde?

Weit entfernt. So lange nicht die Möglichkeit der wirtschaftlichen Umklammerung nach dem Kriege beim Abschluß des Friedens beseitigt wird, so lange ist der Friede nur ein halber Friede, der schon die Keime weiterer welterschütternden Kriege in sich birgt. Bei einem solchen wären nicht unsere Feinde, sondern wir die Besiegten und wir würden bald in der Reihe der freien, sich selbst bestimmenden Völkerschaften ausgelöscht. Dies ist auch die im Stillen genährte Hoffnung der Feinde, ihr dient der Glaube an einen endgültigen Sieg ihrer Waffen und feuert sie an zur Anspannung aller Widerstandskräfte, ja zur Darbringung der gewaltigsten Blutopfer.

Diese fortdauernde äußerste Anspannung aller Kräfte beginnt freilich jetzt bei den meisten der verbündeten Feinde nachzulassen; dennoch reicht sie noch aus, um die Hoffnung wach zu halten, daß es gelingen könnte, den Blick der Mittelmächte und besonders den der Regierung des Deutschen Reiches von der Wirklichkeit abzulenken und durch das Lockmittel des Versprechens der Freiheit des Meeres in Kriegs- und Friedenszeit unter Beibehaltung der bisherigen Ländergrenzen, einschließlich kleiner Grenzberichtigungen zum Abschluß eines entsprechenden Verständigungsfriedens gefügig zu machen. Eine solche Berechnung ist nicht so haltlos, wenn man die inneren Kämpfe der Parteien, namentlich im Deutschen Reiche, und die Bestrebungen der roten und der goldenen Internationale, sowie den Beschluß der Reichstagsmehrheit vom 19. Juli 1917 in Betracht zieht. Sie würde erst dann haltlos, wenn die inneren Parteikämpfe zurückgestellt und unentwegt die Errungenschaften des beinahe vierjährigen Kampfes festgehalten würden in der Erkenntnis der ungeheuren Gefahr, welche ein Friede in sich schließt, durch den nicht vor allem England die wahre Freiheit des Meeres, die Gleichberechtigung der übrigen seefahrenden Staaten zur Herrschaft gewährleistet.

Freilich wird England immer wieder behaupten, die Freiheit der Meere sei von ihm nicht angetastet; allein dagegen spricht die Vergewaltigung des Schiffahrtsrechtes während des Krieges, nicht allein gegenüber den verfeindeten Mittelmächten, sondern auch gegenüber den am Kampf unbeteiligten Staaten. Es zeigt sich aber auch bei näherer Betrachtung, daß die von der bisher herrschenden Seemacht behauptete Freiheit des Meeres keine wirkliche, sondern nur eine Scheinfreiheit ist.

Vossische Zeitung
12./II. 1918

12
135

Im Dienste der Weltwirtschaft.

Die Aufgaben des Kieler Instituts.

Eine treffende und zugleich echt deutsche Antwort auf die Pläne der Pariser Wirtschaftskonferenz, die Deutschland vom Weltmarkt abschnüren will, bedeutet die Grundsteinlegung für das neue Heim des Instituts für Seeverkehr und Weltwirtschaft. Sie kündet an, daß wir Deutschen nicht willens sind, auf unsere Stellung auf dem Weltmarkt zu verzichten und planmäßig vorgehen wollen, alten Besitz wieder zurückzugewinnen und neuen hinzu zu erwerben.

Schon während der wenigen Jahre seines Bestehens hat das Institut für Seeverkehr und Weltwirtschaft gezeigt, wie Kaufmann und Wissenschaftler Hand in Hand arbeiten können, um Deutschlands wirtschaftliche Stellung zu heben. Mitten im Kriege ist dieser Forschungsstätte ihr Heim, das wenige Monate vor Ausbruch des Weltkrieges eröffnet wurde, zu eng geworden. Ist doch die Zahl seiner hauptberuflich angestellten Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen auf mehr als 100 angewachsen; dazu kommen zahlreiche auswärtige Mitarbeiter, die Zahl der Zeitschriften und periodischen Druckwerke, die hier auf wissenswerte Nachrichten durchgesehen werden, ist auf 1400 (darunter 639 inländische und 761 ausländische) gestiegen. In welch' regen Beziehungen das Institut mit den verschiedensten Personen steht, beweist schon die Zahl der Postausgänge, die im Jahre 1914 schon 9162, im Jahre 1917 aber 610 300 betrugen. Kein Wunder, daß seine Räume zu eng zu werden drohen. So soll ihm denn in reizvoller Umgebung mit dem Blick auf die See ein stattliches, aber durchaus nicht prunkvolles Heim, gewissermaßen ein „Garteninstitut" erstehen. Eine langgestreckte, teilweise zurückliegende Anlage ist für den landschaftlich ungewöhnlich reizvollen Platz die allein denkbare Lösung. Dieser Anforderung ist in der Weise entsprochen worden, daß das Haus aus zwei sich gegenüberliegenden Quergebäuden besteht, die in der Mitte durch einen Längsflügel verbunden sind, an dem sich nach hinten, gegenüber dem Haupteingang, der große Arbeitssaal anschließt. Die Länge des ganzen Gebäudes beträgt 100 Meter, die Tiefe der Flügel 60 Meter, die bebaute Fläche wird etwa 4500 Quadratmeter, der umbaute Raum etwa 80 000 Kubikmeter umfassen.

Wird aber auch der Geist, der in dieser Arbeitsstätte herrschen soll, den großzügigen Aufwendungen entsprechen? Das Wesen und die Bedeutung weltwirtschaftlicher Beziehungen ist kaum jemals einem so klar vor Augen geführt worden, wie dem Deutschen im jetzigen Kriege. Laien und Gelehrte waren vor dem Kriege gern geneigt, von der Weltwirtschaft als von „Exportbeziehung" zu reden und Berechnungen darüber anzustellen, welche Produktionsquote der einzelnen Volkswirtschaften ins Ausland ging und wie groß demgemäß das „weltwirtschaftliche Interesse" dieses oder jenes Staates wäre. Für Deutschland ist sogar ausgerechnet worden, daß die Exportquote sich in rückläufiger Bewegung befindet und demzufolge den „Außenhandelsbeziehungen" kleiner werdende Bedeutung zukomme. Diesen Theorien hat der Krieg den Boden entzogen. Heute spürt in Deutschland jedermann den Hauch der Weltwirtschaft — wenngleich bedauerlicherweise in negativem Sinne. Gerade die Anhängigkeit der deutschen Weltwirtschaft in fast allen ihren Zweigen, wie der Krieg sie offenbart hat, ist für viele eine verblüffende Ueberraschung gewesen. Die tausendfältige Verästelung der Beziehungen des deutschen Wirtschaftslebens zum Ausland hätte kein Theoretiker so aufdecken können, wie die englische Blockadenpolitik es getan hat. Die Wirkungen des Handelskrieges haben außerdem gezeigt, ein wie lohnendes Objekt das deutsche Vermögen im Auslande ist, Zwangsverwaltung und Liquidationen von Firmen, Entziehung von Patent- und Musterschutz, schwarze Listen und dergleichen haben ein Anwendungsgebiet gefunden, von dessen Weite sich vor dem Kriege auch die Unterrichteten kaum die richtige Vorstellung gemacht haben. Kurzum, die weltwirtschaftlichen Beziehungen stehen heute im Mittelpunkt der Gedankenwelt. Nicht minder wird dies der Fall sein, wenn der Krieg auf den Schlachtfeldern beendet ist.

Was will nun das Institut für Seeverkehr und Weltwirtschaft? Einmal will es die Gesamtheit der internationalen Verflechtungsvorgänge und ihre Rückwirkungen auf die einzelnen Volkswirtschaften, sowie innerhalb dieser auf die verschiedenen Kategorien von Einzelwirtschaften in planmäßigem Vorgehen zur Darstellung bringen, um so zum Ausbau einer Teildisziplin der Wirtschaftswissenschaft, der Weltwirtschaftslehre vorzuschreiten. Zum anderen hat der Präsident der Gesellschaft zur Förderung des Instituts für Seeverkehr und Weltwirtschaft, H. Diederichsen, ausgeführt: Als Lehranstalt soll das Institut mithelfen, die heranwachsende Generation für ihre Aufgaben tüchtig zu machen. Die volks- und weltwirtschaftliche Ausbildung der künftigen Leiter gewerblicher und kaufmännischer Betriebe, der Wirtschaftsbeamten unserer privaten und gesetzlichen Interessenvertreter, der Angehörigen des diplomatischen und konsularen Dienstes und nicht zuletzt der großen Zahl von Beamten, die im Reich und in den Bundesstaaten mit dem wirtschaftlichen und sozialen Leben in Berührung kommen und auf dessen Gestaltung Einfluß üben, ist eine Aufgabe von überragender Bedeutung. Als „Forschungsstätte" soll das Institut in enger Fühlung mit der Praxis die wissenschaftliche Erforschung der weltwirtschaftlichen Beziehungen in ihrem gesamten Umfange pflegen. Außerhalb aller Interessengegensätze wird es so durch umfassende Kenntnisvermittlung von Tatsachen und Tatsachenzusammenhängen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens dazu beitragen, für planmäßiges, praktisches Handeln auf allen Gebieten weltwirtschaftlicher Betätigung die Voraussetzungen zu schaffen."

Aber die Männer der Wirtschaftsführung brauchen dabei nicht bloß die Nehmenden zu sein, die Aufgaben, die das Institut stellt, können nur dann befriedigend gelöst werden, wenn die Praxis dem Theoretiker ihre Werkstätten und Kontore öffnet, wenn sie dem Gelehrten die Wege in die weiten Gefilde ihrer Wirksamkeit zugänglich macht. Die Wirtschaftswissenschaft ist auf die Praxis angewiesen, weil sie ihr das Rohmaterial liefert. Es in exakter Arbeit zum Fertigerzeugnis zu gestalten, ist der Wissenschaft ureigenste Aufgabe. Die Praxis selbst hat sich von dem Veredelungsprozeß grundsätzlich fern zu halten, wie sie auch die Wissenschaft weder benötigt, noch in Anspruch nimmt, wenn es gilt, aus den voraussetzungslos gefundenen Forschungsergebnissen die Nutzanwendung zu ziehen. Auch Max Warburg, Mitglied des Verwaltungsrats, betont: „Industrie und Handel, Männer der Wissenschaft und Männer der Wirtschaftsführung können sehr wohl Hand in Hand arbeiten ... Industrie und Handel sollen aber nie versuchen, die Wissenschaft unmittelbar zu beeinflussen, wie sich auch die Wissenschaft selbst in ihren Schlußfolgerungen von den Tagesströmungen nicht beeinflussen läßt."

Bisher ist das Kieler Institut von seinem Leiter und Schöpfer Professor B. Harms in diesem Geist geleitet worden. Daß diesen Geist weiter bestehe, dafür bürgt die Zusammensetzung des Verwaltungsrats, dafür bürgt die Zugehörigkeit dieses Instituts zur Christian-Albrecht-Universität. Möge es in aller Zukunft deren würdige Tochter bleiben und zugleich dem kühnen deutschen Unternehmergeiste dienen.

Kurt Jöel

Tägliche Rundschau
12./II. 1918

12
136

Mitteleuropäische Wirtschafts-Gemeinschaft.

Von

D. Fr. Naumann,

Mitglied des Reichstags.

Ob eine gemeinsame Volkswirtschaft in jedem Falle als eine Verschmelzung der Gemüter wirkt, ist ebenso wenig sicher, wie es in jedem Falle eintritt, daß industrielle oder kommerzielle Fusionen sich ganz ohne Reibungen vollziehen. Man wird darum gut tun, bei allen Erörterungen über mitteleuropäische Wirtschaftsgemeinschaft ein gewisses Maß von bleibendem Gegensatz oder von neu entstehenden Enttäuschungen von vornherein einzurechnen. Nicht darum kann es sich handeln, alle Produzenten, Gewerbetreibenden und Krämer in allen beteiligten Ländern zu befriedigen, sondern nur darum, den Wirtschaftsbetrieb, den Umsatz, den Aktionsradius im ganzen zu erhöhen und es dann den einzelnen zu überlassen, ob und wie sie von der verbesserten Gelegenheit Gebrauch machen wollen oder können.

Die Zeit nach dem Kriege wird ihre herben Wirtschaftsnöte haben, von denen alle Kriegführenden betroffen sind, die aber in einigen Richtungen auf den bisher abgeschlossenen, boykottierten Mittelmächten am drückendsten lasten. Unsere vom Import abhängige Wirtschaft wird so ausgeleert und aufgebraucht sein, wie es noch nie ein modernes Wirtschaftsleben gewesen ist. Unsere Gewerbetreibenden werden zwar Geld in ihren Taschen haben, aber keine Wolle mehr im Lager und kein Kupfer im Keller. Das mitteleuropäische Geld aber hat sich zunehmend in seiner Kaufkraft vermindert und wird dazu von der Steuerverwaltung in Anspruch genommen. Mit diesem in seinem internationalen Werte gesunkenen Gelde müssen dann die teuersten Ankäufe gemacht werden und zwar bei weitgehender Beschränkung der Kauferlaubnis und des Schiffsladeraumes. In dieser Lage muß jede unnötige gegenseitige Konkurrenz zwischen Bundesgenossen dringend vermieden werden. Es wird zwar vielleicht das feindliche Ausland sowohl den Deutschen wie den Oesterreichern und Ungarn versprechen, man werde ihnen eher freundlicher entgegenkommen, wenn sie unverbündet ihren neuen Handel beginnen wollen; dann werde man Kredite geben, Beschränkungen aufheben und ähnliches. Aber so viel Erfahrung haben wir nun doch schon im Kriege gesammelt, daß es nichts übleres gegeben hat, als wenn sich die Bundesgenossen und zwar auch ihre amtlichen Vertreter auf neutralen Märkten gegenseitig die Preise in die Höhe getrieben haben. Um es kurz zu sagen, so werden wir bei der Uebergangswirtschaft entweder gemeinsame Abmachungen innehalten oder wir werden uns um jedes Stück Leder oder Speck zanken. Wir werden nach gemeinsamem Plane den Frachtraum verteilen oder ihn uns gegenseitig wegzustehlen suchen. Darin aber liegt ein weit größerer Zwang zur gemeinsamen Wirtschaft als dem Fernerstehenden erscheint, denn das, was wir Uebergangswirtschaft nennen, ist aller Voraussetzung nach kein bloßes Provisorium bis wieder der alte Zustand eintritt, sondern ist der Beginn eines langfristigen Verfahrens, dessen Entwicklung niemand überschaut. Indem wir ohne alle vorgefaßte Meinung und ohne allen theoretischen Sozialismus an die verwickelte Aufgabe der Neuaufrichtung der Wirtschaft herangehen, zeigt jede Ueberlegung der tatsächlichen Verhältnisse, daß es von jetzt an in Wirklichkeit etwas geben wird, was bisher fast nur in der Literatur vorhanden war, nämlich „Volkswirtschaft", das ist zentrale, staatliche Leitung von Einkauf, Verkauf und damit auch von Art, Umfang und Preisbildung der Produktion. Man wird diese Staatsvormundschaft nicht wünschen, aber welches Schicksal fragt danach, ob es gewünscht wird? Als ein unentrinnbares Schicksal kommt es über Mitteleuropa, sein neues Wirtschaftsleben gemeinsam beginnen und teilweise staatlich regeln zu müssen. Das kommt so unvermeidlich bei der neuen Oeffnung der Menschheitstore, daß es fast gleichgültig ist, ob heute dagegen deklamiert wird oder nicht. Immerhin aber hat es in dieser wie in anderen Sachen einen Vorzug, sich vorher denkend auf das Kommende zu rüsten. Das haben, soviel wir wissen, die beiderseitigen Zentralstellen der Uebergangswirtschaft erfaßt und sich gegenseitig ausgesprochen. Haben es auch die Träger des Erwerbslebens selber erfaßt?

Es wird aber alle Kaufkraft unserer neu beginnenden mitteleuropäischen Wirtschaft darauf beruhen, daß unsere Zahlungsmittel (Valuta) nicht auf eine unmögliche Tiefe niedersinken. Ganz zu dem alten Geldwerte werden wir zwar wohl nie zurückkehren, aber es müssen in aller Welt wieder feste Beziehungen (Umtauschsätze) entstehen, damit man weiß, was man bei längeren Abmachungen zu zahlen hat. Auf einer der-

werden kann! Dann unterbleibt die Abwanderung von selbst. Oder welche landwirtschaftlichen Hilfsindustrien sind künftig in der Theißebene möglich, wenn es von dort bis nach Düsseldorf und Hamburg keine Grenze für Spirituosen, Weizenverarbeitungen, Konserven gibt! Jedes Stück Fruchtbarkeit rückt damit in den Vordergrund. Wenn heute nach altväterischer Methode nur 12 Hektoliter vom Hektar geerntet werden, verlohnt es sich dann, zur Erzeugung von 24 Hektolitern künstliche Düngungen und moderne Maschinen dorthin zu schaffen, und ungarische Dörfer, die heute kein Absatzgebiet sind, werden zu regelmäßigen Käufern von Oefen, Werkzeugen und Webeben. In tausendfältiger Weise erhebt sich ein nützliches usgleichen von Bodenschätzen und Arbeitskräften, von Fianzkräften und Anlagegelegenheiten. Zwischen den Gebieten m Rhein und denen an der Donau knüpfen sich heilsame Verndungen, bei denen alle Beteiligten gewinnen. Getreide ht aufwärts, Kohle fährt abwärts; dort sind Mühlen, da d Maschinen; hier wird geschmiedet, dort wird gebaut, gebrt, gesponnen, gewebt, gefärbt, bedruckt. Ein schaffendes italter heilt die Wunden des Krieges, ermöglicht die Finzen trotz unglaublicher Lasten. Unsere heranwachsende gend beginnt ihr Leben mit weiteren Horizonten. Die inheit aller Beziehungen erweitert sich, Mitteleuropa wird ltwirtschaftsgebiet. Als solches werden wir es noch näher rachten.

Frankfurter Zeitung
15./II. 1918.

Der Handelsvertrag mit der Ukraine.

Der Friedensvertrag mit der Ukraine enthält auch den ersten, wenigstens provisorischen Handelsvertrag, der nach der langen Unterbrechung des Krieges den friedlichen Wirtschaftsweg zwischen uns und einem unserer bisherigen Gegner wieder eröffnen soll. Das Staatswesen aber, mit dem wir ihn schließen, hat bisher nicht als selbständiger Wirtschaftskörper, sondern nur als Glied des größeren Rußland mit uns Verkehr gepflegt. Zwei Umstände, die diesem Vertrag besonderes Interesse zuwenden müssen, die aber zugleich auch den nur ganz vorläufigen Charakter dieser Abmachungen erklären, deren Grundgedanke offenbar an erster Stelle der gewesen ist, alle Entwicklungen und alle Notwendigkeiten der Zukunft offen zu halten.

Die Ukraine ist das wichtigste und reichste Wirtschaftsgebiet des alten Rußland, reich an Bevölkerung, an landwirtschaftlichen Erträgen, an Schätzen des Bodens. Die Zahlenangaben schwanken natürlich, je nachdem man die Grenze zwischen ihr und dem alten Rußland nach Osten und Norden gezogen denkt. Immerhin diene zur Kennzeichnung, daß nach den üblichen Schätzungen ein Drittel des Gesamtertrages und zwei Drittel des gesamten Exports Rußlands an Getreide aus der Ukraine stammen, die besonders für Weizen und Gerste das Hauptproduktionsgebiet ist, daß ihr Anteil am Zuckerrübenbau fünf Sechstel, am Tabakbau zwei Drittel der gesamtrussischen Produktion umfaßt, daß auch die Geflügel-, die Viehzucht und der Obstbau sehr hohe Ziffern aufweisen, und daß schließlich das Land auch mit industriellen Rohstoffen sehr bevorzugt ist: von der gesamtrussischen Produktion an Silber kamen aus dem als Ukraine angesehenen Gebiete 90 Prozent, Blei 81 Prozent, Quecksilber 100 Prozent, Kupfer 31 Prozent, Manganerz 32 Prozent, Eisenerz 74 Prozent, Kohle 79 Prozent, Salz 53 Prozent usw. Zahlen, deren Bedeutung man allerdings bei der geringen Entwicklung der gesamtrussischen Produktion auch nicht überschätzen darf. „Durch die Ukraine" — heißt es in einem kürzlich veröffentlichten Aufsatz der Zeitschrift „Mittel-Europa", der die Bevölkerung der Ukraine auf wenig unter 40 Millionen Menschen schätzt — „wird Nordrußland von Bessarabien, Kaukasien und Armenien sowie von Turkestan getrennt. Das verbleibende europäische Nordrußland verfügt einschließlich Polen und den Ostsee-Provinzen über 75, ohne diese Gebiete über rund 55 Millionen Einwohner, neben denen dann noch rund 20 Millionen Sibirier stehen. Nordrußland allein hat nicht mehr Einwohner als Oesterreich-Ungarn, ist ein getreideimportbedürftiges, relativ armes Land mit geringen Mineralschätzen; es hat an Deutschland darum auch zu keiner Zeit große Warenmengen liefern können. Von den russischen Hauptexport-Produkten kommt nur Holz und Flachs (wohl auch Leder und Häute) aus Nordrußland, alle übrigen aus Südrußland, zum kleinen Teil aus Sibirien. Weizen, Gerste und Hafer, Kohle und Erze sowie Hanf exportierte die Ukraine und das ihr benachbarte Bessarabien, Petroleum kam aus Kaukasien, Baumwolle für die russische Industrie lieferte Turkestan. Von dem ganzen russischen Friedensimport nach Deutschland stammten wenig über 20 Prozent aus Nordrußland. Die Kraftquellen des Zarenreiches lagen zwischen dem Dnjepr, Don und Donetz, wo sich das reichste Industrie- und Landwirtschaftsgebiet Europas entwickeln ließe — ein Gebiet mit Humuserde, mit Kohlen und Erzen an schiffbaren Flüssen in Meeresnähe; Nordrußland bietet der Entwicklung nur in wenig Gegenden Raum. Auch als Absatzgebiet für die deutsche Industrie kam Südrußland weit stärker in Betracht als der Norden; der Unterschied würde bei Abtrennung der Ukraine sich noch wesentlich vergrößern, da in diesem Falle die Absatzkraft des von seinem Getreidegebiet getrennten Nordens empfindlich gesenkt werden müßte."

Ob die Ukraine wirklich für die Dauer ein ganz von Rußland losgelöster, vollkommen selbständiger Staats- und Wirtschaftskörper sein will oder ob sie die Errichtung eines russischen Föderativ-Staates unter ihrer Teilnahme anstreben wird, darüber ist wohl in dem jungen Staate selbst die Entscheidung noch nicht gefallen. Für jetzt schließt sie mit uns selbständig Friedens- und Handels-Vertrag. Und der erste Grundsatz, der dafür aufgestellt wird, ist der der Meistbegünstigung, aber mit beiderseitigen, sehr interessanten Vorbehalten.

Die Meistbegünstigung wird dadurch festgestellt, daß die Artikel 6 und 9 des alten deutsch-russischen Handels-Vertrages für den Verkehr zwischen Deutschland und der Ukraine wieder in Kraft gesetzt werden; das gleiche gilt für den Verkehr zwischen der Ukraine und Oesterreich-Ungarn; auch zwischen Bulgarien und der Türkei einerseits und der Ukraine andererseits soll die Meistbegünstigung gelten. Gleichzeitig aber wird bestimmt, daß keiner der vertragsschließenden Teile diejenigen Begünstigungen in Anspruch nehmen werde, die der andere Teil irgend einem anderen Staate auf Grund einer bestehenden oder künftigen Zolleinigung (und, bei Deutschland, Oesterreich-Ungarn und der Ukraine, im kleinen Grenzverkehr) gewährt oder gewähren wird. Und es wird weiter im deutsch-ukrainischen Vertrage — und analog im österreichisch-ungarisch-ukrainischen — die nachfolgende Bestimmung ausgesprochen, die die Frage der Zollbündnisse regelt.

Die ukrainische Volksrepublik wird keinen Anspruch erheben auf die Begünstigungen, welche Deutschland an Oesterreich-Ungarn oder an ein anderes mit ihm durch ein Zollbündnis verbundenes Land, das an Deutschland unmittelbar oder durch ein anderes, mit ihm oder Oesterreich-Ungarn zollverbündetes Land mittelbar begrenzt, oder welche Deutschland seinen eigenen Kolonien und Schutzgebieten oder denen der ihm zollverbündeten Länder gewährt. Deutschland wird keinen Anspruch erheben auf die Begünstigungen, welche die ukrainische Volksrepublik an ein anderes mit ihr durch ein Zollbündnis verbundenes Land, das an die Ukraine unmittelbar oder durch ein anderes mit ihr zollverbündetes Land mittelbar angrenzt oder den Kolonien, auswärtigen Besitzungen und Schutzgebieten eines der mit ihr zollverbündeten Länder gewährt.

Danach behalten sich also die Mittelmächte die Zollunion oder das Zollbündnis untereinander oder mit andern angrenzenden Gebieten vor, desgleichen die Ukraine Zollunion oder Zollbündnis mit den Gebieten des alten Rußland. Und zum ersten Male wird nun hier vertraglich festgestellt, daß nicht nur die Zollunion den andern meistbegünstigten Ländern nicht den Anspruch gebe, nun einfach auf Grund der Meistbegünstigung die gleiche Zollfreiheit zu fordern — diese Ausnahme wurde auch bisher schon immer für gegeben erachtet — sondern daß die gleiche Ausnahme auch für den Fall eines loseren, auf dem Prinzip der Nachbarschaft aufgebauten Zollbündnisses gelten solle, das Zwischenzölle und Aehnliches nicht ausschließt. Es ist zunächst nur ein hypothetischer Fall, der hier vorbehalten wird. Denn einstweilen ist die Ukraine selbständig, und die Verhandlungen zwischen den Mittelmächten über die Frage des mitteleuropäischen Wirtschaftsbündnisses und alles dessen, was damit zusammenhängt, sind nach wie vor in der Schwebe. Man darf auch keineswegs annehmen, daß dieser Vorbehalt, der bei der Ukraine infolge ihrer gegenüber Rußland ähnlich gelagerten Möglichkeiten leicht zu vereinbaren war, nun etwa mit der gleichen Leichtigkeit und ohne Kosten in jedem der anderen Handelsverträge des künftigen Friedens Aufnahme finden werde. Immerhin, ein interessantes Novum in der Geschichte der Handelsverträge bedeutet diese Abmachung.

Im übrigen ist für den Text des Handels-Vertrages zwischen Deutschland und der Ukraine im wesentlichen der alte Text des deutsch-russischen Handels-Vertrages zu Grunde gelegt. Die Abweichungen sind unbedeutend, aus der veränderten Lage hervorgegangen: fortgefallen ist die Kontingentierung der Einfuhr lebender Schweine, an deren Beschränkung wir jetzt offenbar nicht mehr interessiert sind; fortgefallen ist die Erwähnung des Zarengeburtstages bei der Aufzählung derjenigen Feiertage, an denen die Zollämter geschlossen sind, fortgefallen ist auch die besondere Feststellung der Gleichberechtigung jüdischer deutscher Staatsbürger im Wirtschaftsverkehr, die wohl nach der Revolution nicht mehr als erforderlich und angemessen erachtet wurde; textlich verbessert sind die Bestimmungen über die Durchfuhr. Dagegen spiegelt sich die Vorsorge für künftige Möglichkeiten und Pläne wider in der Artikel 5, der Einfuhr-, Ausfuhr- und Durchfuhr-Verbote untersagt, unter den Ausnahmen aber auch solche Erzeugnisse nennt, die den Gegenstand eines Staats-Monopols bilden oder bilden werden, oder für die sich im Zusammenhang mit der auf den Krieg folgenden Uebergangszeit besondere Maßnahmen ergeben könnten.

Das Erstaunlichste ist wohl, daß auch die Zollsätze des alten deutsch-russischen Handelsvertrages, sowohl des Vertragstarifes wie des autonomen Tarifes, dem neuen Vertrage eingefügt wurden. Man weiß, welcher schweren Gegnerschaft dieser alte Vertrag in Rußland dauernd begegnete, so schwer, daß die Agitation gegen ihn eine der besten Waffen der Kriegshetze geworden war. Jetzt hat die Preisrevolution, wie die Umkehr aller wirtschaftlichen Verhältnisse überhaupt, diese Zollsätze längst hinfällig gemacht. Deutschland denkt natürlich gar nicht daran, die Zollsätze auf Lebensmittel jetzt wieder einzuführen, die seit Kriegsausbruch aufgehoben sind. Und die Ukraine hat offenbar ebenso wenig Interesse wie wir daran, zwischen ihren Bedarf und die Einfuhr deutscher Industrieerzeugnisse die alten russischen Industriezölle zu schieben. Wenn trotzdem die alten Tarife in den neuen Vertrag aufgenommen wurden, so ist die Erklärung dafür wohl nur, daß die Unterhändler jetzt weder die Zeit, noch vor allem die sachlichen Möglichkeiten hatten, einen neuen Tarif an die Stelle des alten zu setzen: wer möchte jetzt, nachdem der Krieg alle Unterlagen der Selbstkostenberechnung und alle bisherigen Weltmarktsverhältnisse umgestürzt hat, überhaupt für irgend ein Produkt irgend einen Zollsatz normieren wollen. So ist man jeder Entscheidung aus dem Wege gegangen, und man wird sich nun wohl, wie im Kriegsverkehr zwischen Deutschland und seinen Verbündeten, mit Ausnahmen behelfen, die die Regel bilden; hoffentlich geht das ohne Störungen.

Im übrigen zeigt auch diese Herübernahme der alten Zolltarife den provisorischen Charakter des neuen Vertrages. Und die Praxis wird das noch viel stärker erweisen. Denn jedenfalls für die erste Zeit wird der Handelsverkehr mit der Ukraine zum weitaus größten Teile nicht im Wege des freien Verkehrs erfolgen, sondern auf dem Wege des Warenaustausches, den staatlich eingesetzte Kommissionen regulieren und staatliche oder vom Staate kontrollierte Zentralstellen bewerkstelligen. Eine Reihe von solchen halbamtlichen Einfuhrsyndikaten sind dafür in Deutschland schon gebildet oder in der Bildung begriffen. Darüber hinaus aber hat es den Anschein, daß die ukrainische Volksrepublik eine große Zahl der wichtigsten Landesprodukte zum Gegenstand von Staatsmonopolen zu machen gedenkt; auch von dem Plan einer völligen Monopolisierung des Außenhandels verlautete bereits. Werden diese Pläne verwirklicht, dann würde das einen interessanten Beleg für die schon mehrfach ausgesprochene Absicht bilden, daß die Mittel der Handelspolitik durch den Krieg überhaupt in stärkstem Maße umgestaltet worden sind, daß die Zollfrage künftig zurücktreten wird gegenüber dem Bedürfnis, die notwendige Einfuhr von Rohstoffen und Lebensmitteln und den Export zur Bezahlung dieser Einfuhr sicherzustellen — daß der Handelsvertrag in großem Maßstabe zum Kontingentierungsvertrag werden wird.

Jetzt aber im Kriege handelt es sich darum, was die Ukraine uns und unseren Verbündeten an Lebens- und Futtermitteln und, in sehr viel bescheidenerem Maße, an einzelnen Rohstoffen zu liefern vermag, und was wir ihr im Austausch dafür geben können. Das steht nicht im Handelsvertrag, das kann erst die Praxis zeigen. Und die ist hoffentlich schon mit Eifer und, was jetzt besonders wichtig, mit verständnisvoller Unterstützung aller dafür in Betracht kommenden Stellen am Werke.

Pester

Landwirtschaft und Industrie.

Von **Arnold Dániel.**

Budapest, 1. März.

Handelsminister Josef Szterényi hat in der Rede, die er am 26. Februar in Brassó vor seinen Wählern hielt, einige Sätze ausgesprochen, die für sich allein schon ein wirtschaftspolitisches Programm bedeuten und als solches von größter Tragweite sind. Er sagte, die Rückständigkeit der ungarischen Landwirtschaft, die trotz günstiger Vorbedingungen geringere Erträge liefert als die Landwirtschaft Deutschlands oder Oesterreichs, sei ein unhaltbarer Zustand, dem wir nicht untätig zusehen dürfen, wenn wir unsere Zahlungsbilanz und Finanzen in Ordnung bringen wollen. Die Mehrproduktion, verbunden mit einer sozial und demokratisch bestimmten Besitzpolitik, sei eine der Hauptbedingungen unserer Wirtschaftspolitik. Mit diesen Worten hat sich der Minister in bestimmter, jede Mißdeutung ausschließender Weise zu einer Wirtschaftspolitik der landwirtschaftlichen Mehrproduktion bekannt, in der klaren Einsicht, daß eine Lösung der schweren finanziellen Probleme der kommenden Friedenszeit nur auf diesem Wege möglich ist. Die genaue Begriffsbestimmung der landwirtschaftlichen Mehrproduktion, die Szterényi in seinen Worten gab, ist ein erfreulicher Fortschritt; denn die Mehrproduktion wurde zwar auch durch Dr. Wekerle bei Gelegenheit der neuen Kabinettsbildung als ein Punkt des Regierungsprogramms bezeichnet, aber bei weitem nicht mit jener Entschiedenheit, die uns aus der Brassóer Rede Szterényis entgegenklingt. In einem anderen Satze seiner Rede sprach sich der Handelsminister dahin aus, daß „verbunden mit der Hebung der Landwirtschaft eine großzügige Förderung unseres Gewerbes und Handels einhergehen muß". Der Minister ist also, wie aus dem Sinne seiner Rede hervorgeht, der Meinung, daß die Förderung der Industrie in der kommenden Friedenszeit mit der landwirtschaftlichen Mehrproduktion im Zusammenhange stehen, daß demnach die letztere notwendigerweise den Grundpfeiler unserer ganzen Wirtschaftspolitik in der kommenden Friedenszeit bilden muß.

Es ist sehr interessant, daß dieses Wirtschaftsprogramm von einem Staatsmann aufgestellt wurde, dessen Name mit der Industrieförderung des ungarischen Staates aufs engste verknüpft ist, der gewissermaßen als Repräsentant der Interessen der Industrie gilt, und es dürfte vielleicht einzelnen als eine Inkonsequenz erscheinen, daß er in der Wirtschaftspolitik der kommenden Friedenszeit auf die Förderung der Landwirtschaft so großes Gewicht legt. Nun dürfte dies aber doch keine Inkonsequenz sein, — eher das Gegenteil. Die Förderung der Landwirtschaft, die sogenannte Mehrproduktion, ist ein industrielles Interesse ersten Ranges. Wer in der kommenden Friedenszeit die Industrialisierung Ungarns auf großzügige Weise anstrebt, muß sich vor allem um die Hebung unserer Landwirtschaft kümmern. Nicht nur deshalb, weil in der kommenden Friedenszeit die Beschaffung der Rohstoffe voraussichtlich schwieriger und die Industrie auf die Rohstoffproduktion der heimischen Landwirtschaft stärker angewiesen sein wird als vor dem Kriege. Sondern vor allem aus dem Grunde, weil die Produktivkraft der Landwirtschaft für die Industrialisierung eines Landes überhaupt von ausschlaggebender Wichtigkeit ist. In jedem der großen Industrieländer der Gegenwart wurde die Ausgestaltung der Großindustrie durch einen Aufschwung der Landwirtschaft eingeleitet und getragen. In England ging der Dampfmaschine Watts ((1769) jene technische Revolution der Landwirtschaft voran, die sich zwischen 1720 und 1750 im Zeichen der Fruchtwechselwirtschaft abspielte. Aehnlich wurde der fabelhafte Aufschwung der deutschen Industrie, der Deutschland in den letzten drei Jahrzehnten des Friedens zu einem Industrieland gemacht hat, durch den Aufstieg der deutschen Landwirtschaft eingeleitet, der dort zwischen den 1880er und 1900er Jahren die Getreideerträge von 12 Meterzentnern auf 20 Meterzentner und die Kartoffelerträge von 80 auf 140 Meterzentner pro Hektar erhöhte und als die Folge wichtiger Verbesserungen der Bodenbearbeitung und Düngung zustande kam. Eine namhafte Großindustrie gibt es überhaupt nur in Ländern, die auch landwirtschaftlich hoch stehen.

Diese große Bedeutung der Produktionskräfte der Landwirtschaft für die Industrieentwicklung, die aus den Tatsachen der Wirtschaftsgeschichte und Wirtschaftsgeographie hervorgeht, ist leicht begreiflich. Nehmen wir an, daß in Ungarn durch eine technische Reform der Landwirtschaft die Bodenerträge stark gesteigert, sagen wir, verdoppelt würden, so daß jährlich im Durchschnitte nicht wie bis jetzt 45 Millionen Meterzentner Weizen, 50 Millionen Meterzentner Mais usw., sondern 90 Millionen Meterzentner Weizen, 100 Millionen Meterzentner Mais usw. geerntet würden. Eine solche Steigerung der Bodenerträge — oder zum mindesten eine annähernde — ist in Ungarn bei dem heutigen Stand der Agrartechnik durchaus möglich; ja, die Landwirtschaft könnte sie durchführen, ohne daß sie hiezu einer namhaften Kapitalzufuhr bedürfte: denn es gibt mehrere, bei uns noch nicht in Gebrauch stehende Maßnahmen der modernen Agrartechnik (wie beispielsweise die Campbellsche Bodenbearbeitung, die Demtschinskysche Getreidebehäufelung usw.), die der Landwirt in Gebrauch nehmen kann, ohne daß er hiefür eine namhafte Kapitalmenge aufwenden müßte. Was wären nun die volkswirtschaftlichen Folgen einer derartigen Steigerung der Bodenerträge? Die erste Folge wäre ein Anschwellen der Spareinlagen, da ja infolge der reichen Ernten viel mehr Leute und in viel höherem Maße als vorher in der Lage wären, Ersparnisse beiseite zu legen. Sonach wäre im Lande eine große Menge von Kapital vorhanden, der Kapitalzins wäre niedrig, und man könnte mit einem großen Teile des Kapitals nichts anderes anfangen, als Industrieunternehmungen gründen. Für diese wären die Verhältnisse auch sonst auf günstige Weise umgestaltet. Der Geldlohn des Arbeiters würde zwar steigen, doch dies würde kompensiert und sogar überkompensiert werden durch das Steigen der Leistung des Arbeiters, das als Folge seiner gehobenen Lebenslage bald einsetzen würde. Denn die Lebenslage des Arbeiters würde sich nicht nur infolge der Steigerung des Geldlohnes heben, sondern auch infolge der Verbilligung der Wohnung (eine Folge des Kapitalreichtums) und der Ernährung, deren Stoffe eine technisch hochentwickelte Landwirtschaft unter allen Umständen verbilligen kann. Durch die Steigerung des technischen Niveaus der Landwirtschaft wären wir auch in den Stand gesetzt, eine große Menge von industriellen Rohstoffen (besonders von Fett und Faserstoffen) im Lande selbst herzustellen. Eine weitere Folge, die eine wesentliche Steigerung der Bodenerträge nach sich ziehen müßte, wäre das Emporschnellen des Konsums von Gewerbeerzeugnissen. Das arbeitende Volk in Ungarn gab vor dem Kriege achtzig bis neunzig Prozent seines Einkommens für Nahrung und Wohnung, für Alkohol und Tabak aus; für den Kauf edlerer Erzeugnisse der Industrie blieb ihm von seinem Einkommen herzlich wenig. Stiege infolge reicher Ernten sein Einkommen, so würde der Konsum von Industrieartikeln zugleich aus zwei Gründen steigen: erstens, weil das Einkommen größer wurde, zweitens, weil vom größeren Einkommen ein größeres Prozent für den Kauf von Gewerbeerzeugnissen verwendet wird. Der Inlandskonsum von Industrieerzeugnissen würde auf das Mehrfache der vorherigen Menge steigen. Der so entstehende gewaltige Inlandsmarkt würde die Industrie in die Lage versetzen, sich mehr auf die billige Massenerzeugung verlegen und ihre Produktion weiter spezialisieren zu können, als vorher.

Wir können heute kaum eine Ahnung von dem weiten Betätigungsfeld haben, das sich unserer Industrie im Falle einer durchgreifenden Reform unserer Landwirtschaft erschließen würde. Schon im unmittelbaren Zusammenhange mit der Mehrproduktion würden sich große Möglichkeiten ergeben. Die Mehrproduktion würde — von den eigentlichen landwirtschaftlichen Industrien abgesehen — eine ganze Anzahl von Industrien in die Höhe bringen oder neu erstehen lassen. Zu diesen gehört die Herstellung landwirtschaftlicher Maschinen, die Fabrikation von Kunstdünger und die sich an diese anknüpfende chemische Industrie; die Fettindustrie und einige Zweige der Textilindustrie im Anschlusse an den Anbau von Fettpflanzen (Sojabohne, Raps, Kürbis usw.), beziehungsweise von Faserpflanzen (Hanf, Ramie), die Konservenindustrie für die Verarbeitung von Obst, Fleisch, Gemüse, die Mühlenindustrie usw. Die gesteigerte Bautätigkeit, das gesteigerte Kleidungsbedürfnis würde eine ganze Anzahl Industrien in die Höhe bringen, ebenso der gesteigerte Bedarf für Drucksachen und überhaupt für Papier, dessen Rohstoff — das Holz — in reicher Fülle im Lande vorhanden ist. Auch unsere Holzindustrie würde sich ganz anders gestalten, wenn im Lande ein größerer Bedarf für Qualitätsprodukte und größerer Kapitalreichtum vorhanden wären.

Werden die Erträge unserer Landwirtschaft in der kommenden Friedenszeit durch eine durchgreifende Agrarreform wesentlich erhöht, so wird eine kräftige Industrieentwicklung die unausbleibliche Folge dieser Wandlung sein, und es gibt keine Zollpolitik, die diesen Vorgang wesentlich schädigen könnte. Andererseits gibt es keine Zollpolitik — selbst die des selbständigen ungarischen Zollgebietes nicht —, die in Ungarn eine viel größere Industrie als die jetzt schon vorhandene schaffen könnte, wenn die Produktivkräfte unserer Landwirtschaft auch weiter in der bisherigen Rückständigkeit verharren werden.

Neue Freie Presse

154

3./III. 1918

Der Economist.

Der Krieg in seinen wirtschaftlichen Folgen.

Friedensvorbereitungen der Industrie.

Wien, 2. März.

Allgemeine Friedenssehnsucht erfüllt die Industrie; es gibt wohl keine einzige Gruppe, ja kaum eine Unternehmung mehr, die nicht von dem Wunsche nach einem baldigen Ende des Krieges erfüllt wäre. Die reichen Kriegsgewinne gehören der Vergangenheit an; die Kriegskonjunktur hatte im Jahre 1916 ihren Gipfelpunkt, begann schon in den ersten Monaten des Jahres 1917 sichtlich abzuwelken und neigt gegenwärtig der Erschöpfung zu. Mit der langen Dauer des Krieges häufen sich die Produktionsschwierigkeiten und Lasten, welche den Nutzen stetig mindern. Die wenigsten Industrien arbeiten noch im Vollbetriebe. Der Mangel an Rohmaterial und Halbfabrikat macht sich sehr fühlbar; die Beschaffung der erforderlichen Mengen an Kohle, Koks, Eisen, Erzeugungsstoffen der Textilfabriken gestaltet sich immer mühsamer; die Ernährung der Arbeiter bereitet die größten Sorgen; die Bahnen funktionieren nicht normal und die Verkehrsstockungen werden häufiger und länger. Die Bestellungen der Heeresverwaltung haben seit einem halben Jahre stark abgenommen, zumal die militärischen Operationen mit Ausnahme der italienischen Offensive im Herbste nur einen Bruchteil des früheren Umfanges erreichten. In vielen Artikeln sind die ärarischen Depots für Monate reichlich versehen, ja überfüllt, und so konnten trotz der Fortdauer des Krieges gerade manche der größten Rüstungsindustrien die Erzeugung durch Wochen wesentlich vermindern, ja vielfach ganz einstellen. Bei anderen Produktionsstätten war durch die eng begrenzten Mengen der Rohstoffe die Produktion von selbst auf das Maß des absolut Unentbehrlichen beschränkt. Die Preise sind sehr hoch, sind während des Jahres 1917 rapid gestiegen, die Staatsverwaltung mußte sich zu immer neuen Zuzahlungen bereit finden, allein die Selbstkosten und Lasten sind noch rascher emporgeschnellt. Die Gewinne sind bei vielen Unternehmungen seit einiger Zeit rückgängig und dürften bei einer Anzahl von Gesellschaften schon unter das Ausmaß der früheren Friedenszeit gesunken sein. Einzelne Betriebe arbeiten bereits ohne Nutzen, denn die verringerte Produktion gestattet keine auch nur halbwegs zureichende Ausnützung der Anlagen. Die Dividenden sind für das Jahr 1917 zumeist noch auf der Höhe, weil die Werke an alten Reserven zehren, bei vielen Gesellschaften, namentlich in der Schwerindustrie, macht man sich auf eine wesentliche Kürzung gefaßt, und für das Jahr 1918 wird ein neuerlicher Abstieg allgemein erwartet.

Die Industrie sieht den Frieden kommen und bereitet sich für die neue Tätigkeit vor: verschiedene Projekte über die Einführung großer Fabrikationsprogramme tauchen bei einzelnen Gesellschaften auf, neue Erzeugnisse sollen in den Produktionsrahmen aufgenommen werden, Pläne für die Wiedereinstellung aus der Kriegsgefangenschaft zurückkehrender Techniker und Arbeiter werden erwogen. Der Uebergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft kann nicht von einem Tage zum anderen, sondern soll in allmählicher Rückbildung erfolgen. Der Krieg wird jetzt nur mehr auf einer einzigen Front geführt; die industriellen Kreise erheben die Forderung, daß die Herstellung von Kriegsmaterialien auf einem Teil der Betriebe vereinigt und den freiwerdenden Unternehmungen die Umstellung auf die Friedensproduktion noch im Kriege so rasch als möglich gestattet werde. Eine Arbeitsteilung dieser Art müßte auch der Allgemeinheit zustatten kommen; durch sie könnte die Erzeugung von Eisenwaren, Maschinen, landwirtschaftlichen Geräten, Glaswaren wesentlich ausgedehnt und hiedurch für den Absatz in den östlichen Ländern eine Fülle von Gütern hergestellt werden, mit denen wir die erforderlichen Bezüge von Lebensmitteln bezahlen würden. Zahlreiche Klagen der Industrie betreffen die ungleichmäßige Verteilung der Rohstoffe; es wird betont, daß die Not an Eisen und Kohle nicht so groß wäre, wenn nicht manche ärarischen Werke Materialien ohne sichtbaren Grund aufhäuften und auf eine Reihe von Monaten ihren Bedarf sicherstellten, während private Industrien nicht einmal die zur Aufrechterhaltung des Betriebes notwendigen Mengen erhalten können. Das Bestreben ist darauf gerichtet, daß wenigstens jene Unternehmungen versorgt werden, deren Erzeugung im Interesse der Allgemeinheit und des Staates liegt. Hieher gehören in erster Reihe die Lokomotiv- und Waggonfabriken. Der Fahrpark der Bahnen ist durch die vierjährige Ueberanstrengung der Kriegsperiode höchst abgenützt und bedarf dringend der Erneuerung; der Waggonmangel tritt in den Kohlenrevieren, aber auch bei anderen Industrien zutage und verzögert die Zufuhr der Roh- und Hilfsstoffe sowie den Abtransport des Fabrikats. Die Waggon- und Lokomotivfabriken haben aber gleichfalls unter dem Mangel an Eisen und Kohle zu leiden und können die ihnen erteilten Aufträge nur unzureichend mit großen Verspätungen ausführen. Das größte Gewicht wird in allen Industrien auf eine Verbesserung und bleibende Regelung der Lebensmittelzufuhr gelegt. Die Verhältnisse haben sich in den ersten zwei Monaten des heurigen Jahres verschärft und noch manche harte Wochen müssen überstanden werden. In dem Frieden mit der Ukraine, dem hoffentlich auch bald der Frieden mit Rumänien nachfolgen wird, ist aber ein breites Tor aufgetan, durch welches die seit vier Jahren ausgesperrten auswärtigen Zufuhren wieder einziehen und die Zeiten der schweren Not dauernd überwunden sein werden.

Im Vordergrunde jener Erzeugungen, die vom kommenden Frieden ein neues intensives Arbeitsfeld erwarten, steht die Maschinenindustrie, die sich jetzt bereits hiefür, soweit die Zeitverhältnisse dies gestatten, ausgiebig vorbereitet. Sicher ist es, daß die bestehenden Fabriken zum Teile neue Artikel aufnehmen und daß die Zahl der Maschinenbauanstalten durch Umwandlung von reinen Kriegsindustrien einen Zuwachs erfahren wird. Die Großbetriebe, die im Kriege ihre Produktionsfähigkeit so bedeutend erweitert haben, beschäftigen sich bereits seit geraumer Zeit mit der Erwägung, wie sie ihre Arbeit in der kommenden Friedenszeit einrichten werden. Die Skoda-Werke wollen, wie verlautet, nur einen Teil der Anlagen, die jetzt für das Heer tätig sind, der Erzeugung von Ausrüstungsgegenständen belassen, einen namhaften Teil zu einem großen Maschinenbauunternehmen ausgestalten. Geplant ist die Massenerzeugung von landwirtschaftlichen Maschinen, hauptsächlich für den Export nach dem Balkan, der Bau von Motorbooten, eventuell auch von Kraftfahrzeugen. Die böhmische Großmaschinenindustrie will gleichfalls die Produktion von landwirtschaftlichen Maschinen für die Ausfuhr nach der Ukraine und dem weiteren Rußland aufnehmen; dagegen sind die Aussichten für den Absatz in Ungarn minder günstig, weil die dort ansässigen Industrien, insbesondere die gleichfalls mächtig ausgedehnten Erzeugungsstätten für Heeresbedarfsartikel, sich auf diesen Betriebszweig werfen werden. Viele der größten Unternehmungen der Maschinenindustrie wollen sich hauptsächlich jenen Fabrikationszweigen zuwenden, die mit der rationellen Verwertung der Kohle, der intensiveren Gewinnung von Nebenprodukten bei der Gas- und Koks-erzeugung und der notwendig werdenden Mechanisierung der Betriebe zusammenhängen. Die Bergwerksindustrie, die Petroleumindustrie, manche andere Gruppen zur Hebung der natürlichen Bodenschätze werden moderne Maschinen größten Kalibers bestellen, die Elektrizitätsindustrie wird den Umfang ihrer Betätigung bedeutend erweitern und sich hiefür mit neuen Maschinen ausrüsten. Die beabsichtigte Schaffung einer Großgasindustrie dürfte auch auf dem Gebiete des Gaswerksbaues Maschinenfabriken zur Aufnahme dieses Produktionszweiges veranlassen. Die Erzeugung von Baumaschinen ist von einigen ersten Firmen beabsichtigt, wenn nach dem Kriege die städtische Bautätigkeit nach vierjährigem Stillstande in größerem Umfange auflebt. Dem Bau von Schiffsmaschinen wollen einzelne der unternehmungslustigsten Maschinenfabriken erhöhtes Augenmerk zuwenden. Einzelne Unternehmungen der Maschinenindustrie wollen sich dem Bau von Apparaten zur Destillation des Braunkohlenteers widmen und haben sie teilweise schon aufgenommen; andere Betriebe wollen sich auf Generatoren in verstärktem Umfange einrichten. Die Fabriken landwirtschaftlicher Maschinen beabsichtigen den Bau von Motorpflügen in großem Umfange aufzunehmen; bei anderen wird der Plan erwogen, die Erzeugung von Schreibmaschinen zu versuchen, da der Bedarf ungemein groß ist und bisher nur durch ausländische Fabrikate befriedigt werden konnte.

In den Jahren vor dem Kriege hat die Monarchie alljährlich Maschinen im Werte bis zu zweihundert Millionen Kronen eingeführt. Die Technik der Maschinenindustrie ist aber im Kriege so weit vorgeschritten, daß ein erheblicher Teil dieser Importe überflüssig werden und der Bedarf durch Erzeugung der heimischen Fabriken gedeckt werden kann. Gerade die Erzeugungsstätten der Maschinenindustrie sind im Kriege auf ein Mehrfaches ihrer ehemaligen Produktionsfähigkeit ausgedehnt worden, werden dringend der Arbeit bedürfen und das ausländische Fabrikat zu verdrängen trachten. Es wäre nun für die Maschinenindustrie von großer Bedeutung, wenn ihr zur Deckung des gestiegenen Bedarfes und zur Vorbereitung für eine hoffentlich nahe Friedenszeit schon jetzt größere Eisenmengen zugewiesen werden könnten. In Deutschland wie in Ungarn wurde das Kontingent von Eisen für den Zivilbedarf bereits erhöht, und hiebei wurde namentlich die Maschinenindustrie bevorzugt. Zur Gewinnung des Exports ist Eile nötig, heißt es, möglichst sofort zur Stelle sein. In einzelnen Ländern, die für uns in Betracht kommen, zeigen sich jetzt bereits Ansätze einer eigenen Industriegründung, in Bulgarien sind dort bestehende Fabriken bemüht, Müllereimaschinen, Wassermotoren und Transmissionen in kleineren Ausführungen herzustellen und betreiben eine eifrige Propaganda für die Erzeugung anderer landwirtschaftlicher Maschinen. Diese könnten von unseren höherwertigen Erzeugnissen leicht aus dem Felde geschlagen werden, wenn wir den Bedarf, der nach dem Friedensschlusse besonders stark hervortreten dürfte, sofort befriedigen würden. Der Erfolg einer so stark ausgedehnten Maschinenindustrie kann nur in der Spezialisierung der Betriebe liegen; wir müssen den Weg betreten, den Deutschland, England und Amerika längst gegangen sind. Spezialfabriken, die nur ganz bestimmte Typen pflegen, können in Serien erzeugen, billiger und einheitlicher arbeiten; sie sind in der Lage, für die wenigen Artikel nur erstklassige Konstrukteure anzustellen, die teuersten Modelle und Apparate sich anzugliedern. Solche Betriebe benötigen auch weit weniger Professionisten, und ihre Arbeiten sind, da sie immer den gleichen Artikel herstellen, produktiver, die Anwerbung von Arbeitern gestaltet sich einfacher, was bei dem Arbeitermangel nach dem Kriege eine große Rolle spielen wird. Weitgehende Spezialisierung verringert die Konkurrenz, ermöglicht die größte technische Vervollkommnung und Entgegenkommen in den Preisen. Ihre Voraussetzung ist natürlich ein möglichst aufnahmsfähiger Markt, dessen Grenzen aber nicht in der engeren Heimat liegen dürfen, sondern durch intensive Pflege der Ausfuhr bis in die entlegensten Gebiete unserer wirtschaftlichen Einflußsphäre vorgeschoben werden müssen.

Neue Freie Presse
4./III. 1918

155

Die wirtschaftlichen Vereinbarungen mit Rußland.

Wien, 4. März.

Ueber die mit Rußland getroffenen wirtschaftlichen Vereinbarungen liegen nähere Mitteilungen noch nicht vor, es ist jedoch anzunehmen, daß der Handelsvertrag mit der Ukraine in den wichtigsten Bestimmungen auch das Schema für das jetzt mit Rußland getroffene wirtschaftliche Uebereinkommen gebildet hat. Ein Unterschied ergibt sich von selbst durch die Ungleichheit der wirtschaftlichen Verhältnisse der Ukraine und Rußlands. Die Vierbundmächte hatten keine Veranlassung, in den Vertrag mit Rußland eine Bestimmung aufzunehmen, wie ihn das Uebereinkommen mit der Ukraine enthält, wonach man sich gegenseitig bis zum 31. Juli zum Austausche der Warenüberschüsse verpflichtet; Rußland hat selbst einen Mangel an Lebensmitteln und kann daher solche nicht abgeben. Denkbar wäre es gewesen, eine Vereinbarung dieser Art hinsichtlich gewisser Rohstoffe, wie zum Beispiel Flachs, zu treffen; ob das der Fall gewesen ist, werden erst die näheren Mitteilungen über den Vertrag zeigen. Heute befinden sich übrigens manche Gebiete Rußlands, die über diese Rohstoffe verfügen, nach dem militärischen Vormarsche der Deutschen bereits im Machtbereiche derselben.

Die jetzige Sachlage bedingte, daß handelspolitisch ein Provisorium mit Rußland vereinbart worden ist. Der Vertrag wird natürlich die Meistbegünstigung, die gegenseitige Verkehrsfreiheit, die Wiederaufnahme der konsularischen Beziehungen und die freie Schiffahrt gewährleisten. Wenn nach dem Muster des Vertrages mit der Ukraine vorgegangen worden ist, so würde der früher geltende Handelsvertrag mit Rußland vom Jahre 1904 wieder in Kraft gesetzt worden sein und solange Geltung haben, bis entweder ein neuer definitiver Vertrag vereinbart oder der alte nach der Kündigung außer Kraft getreten ist. Die Zölle spielen derzeit keine Rolle, da die von uns benötigten Rohstoffe schon im Frieden aus Rußland zollfrei hereingekommen sind. Das Getreide, wenn es Rußland liefern könnte, würde gleichfalls nach der Aufhebung der Getreidezölle jetzt zollfrei eingeführt werden.

Ebenso wie in dem Uebereinkommen mit der Ukraine dürfte auch im russischen Vertrage eine Klausel über den Verzicht auf jene Begünstigungen enthalten sein, welche Deutschland und Oesterreich-Ungarn zollgeeinigten oder im Zollbündnis mit ihnen stehenden Ländern gewähren.

Die Wiederaufnahme der konsularischen Beziehungen zu Rußland.

In dem Friedensvertrage in Brest-Litowsk ist auch die schleunige Wiederaufnahme der konsularischen Beziehungen vorgesehen worden. Im Jahre 1914, also knapp vor Kriegsausbruch, bestanden in Rußland an österreichisch-ungarischen Generalkonsulaten und untergeordneten Aemtern im ganzen 24 Stellen, und zwar ein Generalkonsulat in Moskau mit zwei untergeordneten Aemtern in Samara und Astrachan, ein Generalkonsulat in Odessa mit fünf untergeordneten Aemtern in Ismail, Berdjansk, Mariupol, Nikolajew und Nowosielica, ein Generalkonsulat in Petersburg mit fünf untergeordneten Aemtern in Helsingfors, Libau, Reval, Riga und Kronstadt, ein Generalkonsulat in Warschau, ein Konsulat in Kiew mit einem untergeordneten Amte in Charkow, ein Konsulat in Rostow mit untergeordneten Aemtern in Taganrog und Noworossijsk, ein Konsulat in Tiflis mit untergeordneten Aemtern in Batum und Baku. Von all diesen Aemtern waren einschließlich der unteren Stellen neun mit effektiven Konsulatsbeamten, die anderen entweder ehrenamtlich oder mit Konsularagenten, zum Teile Gerenten oder Kaufleuten, besetzt. Ein Teil dieser Konsulate kommt allerdings nicht mehr in Betracht, weil ihre Tätigkeitssphäre in jenen Ländern liegt, die nicht mehr zu Rußland gehören.

Die Schiffahrt im Schwarzen Meere.

Durch den Friedensvertrag mit Rußland wird die Möglichkeit geboten, die Schiffahrt auf dem Schwarzen Meere aufzunehmen. Bei Ausbruch des Krieges ist eine Reihe österreichisch-ungarischer und deutscher Schiffe in den russischen Häfen festgehalten worden, andere wurden im Hafen von Konstantinopel stillgelegt, um sie den Fährlichkeiten des Seekrieges zu entziehen. In fachmännischen Kreisen schätzt man, daß etwa 200.000 Tonnen Schiffsraum der Abwicklung des Verkehres auf dem Schwarzen Meere nunmehr wiedergegeben werden können. Von österreichischen und ungarischen Dampfern befinden sich in den russischen Häfen, respektive in Konstantinopel elf Dampfer der Schwarzen-Meer-Schiffahrt mit einem Schiffsraum von 63.000 Tonnen. Darunter sind Schiffe der Reedereien Tripkovich, Gerolimich, Martinolich, der Dampfschiffahrtsgesellschaft Lussin, der Unternehmung Premuda, der Navigazione Libera Triestina, der Adria und ein Dampfer von Julius Wessely in Prag.

Von deutschen Dampfern von insgesamt 40.000 Tonnen waren Schiffe mit 18.000 Tonnen in russischen Häfen festgehalten, während der Rest sich in den türkischen Häfen befand. Außerdem werden jetzt eine größere Anzahl russischer, bulgarischer, holländischer, griechischer und je nach dem Fortgange der Friedensverhandlungen mit Rumänien auch rumänische Dampfer auf dem Schwarzen Meere fahren können.

Der Vormarsch der Verbündeten in der Ukraine.

Von Fabius.

Wien, 4. März.

In Podolien haben österreichisch-ungarische Vortruppen Zmerinka nach kurzem Kampfe besetzt. Von Podwoloczyska 160 Kilometer, von Proskurow 100 Kilometer entfernt, ist Zmerinka der wichtige Punkt, wo sich die Bahnlinien Podwoloczyska-Proskurow-Odessa und Kiew-Mohilew kreuzen. Aus dieser in zwei bis drei Tagen zurückgelegten Strecke kann die erfreuliche Feststellung gemacht werden, daß unsere Heeresleitung den Vormarsch unserer Truppen mit Siebenmeilenstiefeln beflügelt, woraus weiter zu schließen ist, daß in kluger Voraussicht die militärischen Vorbereitungen rechtzeitig getroffen worden waren. Diese Voraussicht, die uns Lebensmittel verschaffen wird, stellt sich auch als politische und volkswirtschaftliche Zweckmäßigkeit heraus und sticht damit vorteilhaft gegen jene hypervorsichtige Politik ab, die sich zwischen zwei Stühle setzt, um regelmäßig zu Boden zu purzeln. So wird denn getrachtet, einigermaßen nachzuholen, was die Politik der versäumten Gelegenheiten verschuldet hat, und unsere Lage zu verbessern, die von den dazu berufenen, aber leider nicht auserkorenen Politikern außer acht gelassen wurde. Die Deutschen haben den Russen 800 Lokomotiven und 8000 Waggons abgenommen, in Anbetracht der Knappheit an Transportmitteln gegenwärtig die kostbarste Beute. Wieviel Getreide läßt sich damit verfrachten! Wir aber sind in der Nachhand. Unseren Truppen ergaben sich bei der Einnahme von Gorodok ein sibirisches Korps- und ein Infanteriedivisionskommando. Das ist ja auch ganz hübsch, aber Lokomotiven und Waggons würden wir doch vorziehen. Gorodok liegt an der Bahnstrecke Husyatin-Proskurow, zirka 30 Kilometer vom erstgenannten Orte entfernt.

Im deutschen Heeresberichte ist die Bilanz für die Zeit der Operationen vom 19. Februar bis zum gestrigen Tage, dem Tage des Friedensabschlusses, enthalten. Estland und Livland sind besetzt worden, deutsche Truppen stehen vor Narwa. Die Stadt, am gleichnamigen Fluß nächst der Küste gelegen, ruft die geschichtliche Erinnerung an den Sieg des Schwedenkönigs Karl XII. über Peter den Großen im Jahre 1700 wach. Pleskau, Polozk und Borissow wurden genommen. Von Interesse ist, daß in Borissow die Vereinigung der polnischen Divisionen erzielt wurde. Die Stadt liegt an der Bahn Minsk-Smolensk, etwa 120 Kilometer nordwestlich von Mohilew. Wie erinnerlich, kam es bei Mohilew, dem russischen Hauptquartier, zu Kämpfen zwischen den polnischen und russischen Truppen, bei welchem Anlaß die fälschliche Meldung von der Gefangennahme des russischen Generalissimus Krylenko in die Welt hinausflatterte. Der deutsche Vormarsch hat nun den Polen geholfen und sie aus der unbehaglichen Situation befreit, in der sie sich dadurch befanden, daß sie von russischen Truppen vielfach bedroht waren. Die Hindernisse für ihre Vereinigung, die sonst fraglich gewesen wäre, sind von den Deutschen beseitigt worden.

In der Ukraine wurden die Eisenbahnlinie Luninez-Rjetschiza-Gomel (Linie nördlich der Pripjetsümpfe), ferner die auf Kiew führenden sowie die Querstrecke Kiew-Zmerinka für den Verkehr freigemacht. Am 1. d. wurde Kiew im Vereine mit den Ukrainern genommen. Die Beute beträgt 2400 Geschütze, 5000 Maschinengewehre, viele tausend Fahrzeuge, darunter über 500 Kraftwagen und 11 Panzerautos, über zwei Millionen Schuß Artilleriemunition, 128.000 Gewehre, 800 Lokomotiven und 8000 Eisenbahnwagen. An Gefangenen wurden gemacht 6800 Offiziere und 57.000 Mann. Hiezu kommt noch die Beute von Reval.

Der Waffenstillstand mit Rumänien wurde gestern vom Vierbund gekündigt. Daraufhin erklärte sich die rumänische Regierung zu neuen Waffenstillstandsverhandlungen mit anschließenden Friedensverhandlungen auf Grund der von den Mittelmächten gestellten Bedingungen bereit. Der Vormarsch österreichisch-ungarischer Truppen auf beßarabischem Gebiet, der, wenn die Rumänen hartnäckig bleiben sollten, eine noch empfindlichere Richtung einschlagen könnte, verfehlt nicht, den militärischen Nachdruck auszuüben.

Neue Freie Presse
5./III. 1918
156

Der Economist.

Die wirtschaftspolitischen Bestimmungen des Friedensvertrages mit Rußland.

Wien, 4. März.

Der Text des Friedensvertrages mit Rußland, der binnen zwei Wochen ratifiziert werden soll, enthält die allgemeinen Grundlagen des Friedensschlusses. Die mit ihm verknüpften wirtschaftlichen Detailfragen werden teils in besonderen Anlagen geregelt, die jedoch noch nicht vorliegen, teils bleibt ihre Lösung noch zu treffenden Vereinbarungen vorbehalten. Das gilt insbesondere für die Zulassung der beiderseitigen Konsuln, die Herstellung der öffentlichen und privaten Rechtsbeziehungen und für die Behandlung der in die Gewalt des Gegners geratenen Handelsschiffe. (Artikel X bis XII.) Die im Artikel XI erwähnten Anlagen, deren Bestimmungen für die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Mächten des Vierbundes und Rußland maßgebend sind, dürften sich voraussichtlich mit den wirtschaftlichen Zusatzverträgen zum Friedensvertrag mit der Ukraine decken.

Man geht wohl kaum fehl in der Annahme, daß auch im Frieden mit Rußland die vorläufige Wiederherstellung des handelspolitischen Verhältnisses vorgesehen wurde, das vor dem Kriege Geltung besaß und auf dem Handelsvertrage Rußlands mit Deutschland vom Jahre 1904, beziehungsweise dem Handelsvertrage zwischen Rußland und Oesterreich-Ungarn vom 15. Februar 1906 beruhte. Die wichtigsten Bestimmungen dieser Handelsverträge, die der Friedensvertrag mit der Ukraine rezipierte, wurden durch einen Zusatz, betreffend die wechselseitige Unterstützung im Eisenbahntarifwesen, insbesondere durch Erstellung direkter Tarife, ergänzt, wobei die beiderseitige Bereitwilligkeit zu möglichst baldigen einschlägigen Verhandlungen festgestellt wurde. Auch diese Bestimmung ist vermutlich in den Friedensvertrag mit Rußland übernommen worden, was auch von der Feststellung der Durchfuhrfreiheit gelten darf. Letzteres erhellt wohl auch schon aus dem Artikel VII des Friedensvertrages, betreffend die Anerkennung der politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit Persiens und Afghanistans, die sich mit dem bisherigen russischen Verbote der Durchfuhr nach Persien kaum vereinbaren läßt. Die wechselseitige Unterstützung im Eisenbahnverkehr wäre im Friedensvertrage mit Rußland nicht minder wichtig als in jenem der Ukraine sowohl im Hinblick auf den Durchgangsverkehr nach Persien als auf jenen mit Sibirien, der unter Umständen — die Besserung der Betriebsverhältnisse auf den russischen Bahnen vorausgesetzt — noch während des Krieges Bedeutung erlangen könnte. Schließlich darf angenommen werden, daß auch der Friedensvertrag mit Rußland dieselbe Klausel bezüglich der Ausnahme allfälliger Zolleinigungen von der Meistbegünstigung enthält, die sich im Friedensvertrag mit der Ukraine findet.

Bleiben wichtige wirtschaftliche Einzelfragen noch künftigen Vereinbarungen vorbehalten, so enthält doch der Friedensvertrag selbst schon mehrere Bestimmungen von weittragender wirtschaftspolitischer Bedeutung. In erster Linie gilt dies vom Artikel III, der feststellt, daß eine Reihe der bisherigen Randgebiete Rußlands künftig der russischen Staatshoheit nicht mehr unterstehen. Die Anlage I, welche der Hauptsache nach die Grenzen dieser Länder enthält — ihre genaue Feststellung soll durch eine deutsch-russische Kommission erfolgen — ist zwar noch nicht bekannt, doch läßt der Artikel VI, der von der ehesten Zurückziehung der russischen Truppen aus der Ukraine, Estland, Livland und Finnland handelt, den Schluß zu, daß es eben diese und nur diese Gebiete sind, die im Friedensvertrag mit Rußland als der russischen Staatshoheit nicht mehr unterstehend bezeichnet werden. Die Zukunft Beßarabiens ist noch eine offene Frage, zumal über die Selbständigkeit dieser Provinz, beziehungsweise ihre Zugehörigkeit zur Ukraine, eine Entscheidung erst zu treffen sein wird.

Das künftige Schicksal dieser Gebiete soll im Einvernehmen mit ihrer Bevölkerung von den Mittelmächten bestimmt werden. Die baltischen Provinzen, deren Bevölkerung zu 70 Prozent von der Landwirtschaft lebt, bilden ein reiches Agrargebiet, das vorwiegend Roggen, Gerste, Hafer, Kartoffeln und Flachs produziert; Weizen gedeiht nur in den südlichen Strichen dieser Gebiete, in denen der landwirtschaftliche Großbetrieb der deutsch-baltischen Rittergutsbesitzer eine weit größere Rolle als der bäuerliche Kleinbetrieb der Letten und Esten spielt. Ein großer Teil der baltischen Bodenprodukte gelangt zur Ausfuhr. Die deutschen Getreidezölle wurden in der Zeit vor dem Kriege in den baltischen Provinzen als preisdrückende empfunden. Auf der anderen Seite verteuerten die russischen Industriezölle die landwirtschaftlichen Geräte und Maschinen, auf deren Einfuhr die baltischen Provinzen vielfach angewiesen waren. Der Anschluß von Kurland, Estland und Livland sowie von Litauen an das deutsche Zollgebiet würde das Nahrungsmitteldefizit Deutschlands künftighin nicht unwesentlich herabsetzen, er würde gleichzeitig der deutschen Eisen- und Maschinenindustrie ein namhaftes und lohnendes Absatzgebiet eröffnen und Deutschland in den Besitz eines wichtigen Exportartikels, des baltischen Flachses, setzen, für den sich die englische Leinenindustrie nicht leicht Ersatz wird beschaffen können.

Hinsichtlich dieser bisherigen russischen Randprovinzen heißt es noch im Artikel III: „Den in Rede stehenden Gebieten werden aus der ehemaligen Zugehörigkeit zu Rußland keinerlei Verpflichtungen gegenüber Rußland erwachsen." Die Bedeutung dieser Bestimmung ist nicht ohne weiteres klar. Der nächstliegende Gedanke wäre der, die Uebernahme eines Teiles der finanziellen Verpflichtungen Rußlands durch die losgelösten Randprovinzen auszuschließen. Dieser Auslegung steht jedoch der Umstand entgegen, daß Artikel III nur einen politischen Inhalt hat und wirtschaftliche Fragen vornehmlich in den Artikeln X bis XII geregelt werden. Ueberdies wird in den Zusatzverträgen zum Friedensvertrag mit der Ukraine auf die „von der ukrainischen Volksrepublik in Aussicht genommenen Vermögensauseinandersetzung mit den übrigen Teilen des ehemaligen russischen Kaiserreiches" Bezug genommen und festgestellt, „daß die Bezahlung der staatlichen Verbindlichkeiten, insbesondere der öffentliche Schuldendienst, den beiderseitigen Angehörigen gegenüber aufgenommen werden soll". Ein innerer Widerspruch zwischen den Bestimmungen des ukrainischen und des russischen Friedensvertrages kann wohl nicht angenommen werden, zumal der Friedensvertrag mit Rußland die ausdrückliche Anerkennung des Friedensvertrages des Vierbundes mit der Ukraine durch Rußland feststellt. Es hat demnach den Anschein, als ob es sich im Artikel III um politische und nicht um finanzielle Verpflichtungen handeln würde und daß die Loslösung der Randgebiete von Rußland die Lage der Gläubiger des russischen Staates eher verbessern als verschlechtern dürfte.

Von großer Wichtigkeit ist die nach Artikel V in Aussicht genommene sofortige Wiederaufnahme der freien Handelsschiffahrt in der Ostsee und im Schwarzen Meer. Die freie Schiffahrt im Schwarzen Meer wird der Türkei und Bulgarien unmittelbar zugute kommen, für Oesterreich-Ungarn wird sie erst nach Freimachung des unteren Donauweges Bedeutung gewinnen. Die Meldung von dem günstigen Fortschreiten der Friedensverhandlungen mit Rumänien lassen erwarten, daß der Seeweg von Braila und Galatz nach Odessa und Batum bald offen sein wird. Die Behandlung der in die Gewalt des Gegners geratenen Handelsschiffe soll zwar erst in Einzelverträgen mit Rußland geregelt werden, doch darf man der Hoffnung Raum geben, daß die in den russischen Schwarzen-Meer-Häfen liegenden Fahrzeuge unter österreichischer und ungarischer Flagge durch den Friedensvertrag wieder frei werden.

Der Friedensvertrag mit Rußland gewährt den Ausblick auf die Wiederherstellung des Handelsverkehres zwischen Mitteleuropa einerseits, Sibirien und Zentralasien anderseits, er eröffnet sogar die Möglichkeit eines Verkehres mit China, den zu hindern die chinesische Regierung schwerlich imstande wäre und damit ist in die Blockierung der Mittelmächte durch die Entente eine mächtige Bresche geschlagen. Ob Japan bereit sein wird, sich vor diese Bresche zu stellen, muß erst die Zukunft lehren. Doch hängt die Möglichkeit, den freien Weg nach Osten voll auszunützen, vorerst von einer Besserung der Zustände in Rußland ab. Für den Augenblick liegt der wirtschaftliche Hauptwert des Friedensschlusses mit Rußland in der Anerkennung unseres Friedensvertrages mit der Ukraine und der unmittelbaren Realisierung der an ihn geknüpften Erwartungen, die jetzt durch die Zurückziehung der russischen Truppen aus der Ukraine voll gewährleistet erscheint.

Neue Freie Presse
22./III. 1918

Der Oconomist.

Kriegswirtschaft und freier Verkehr.

Wien, 21. März.

Heute ist der Hauptausschuß für Kriegs- und Uebergangswirtschaft zu einer für zwei Tage anberaumten Beratung zusammengetreten. Im Vordergrund des reichhaltigen Verhandlungsprogramms stand die Frage über die Richtlinien und Aufgaben der Uebergangswirtschaft, die auf Grund eines Antrages Franz Kleins zum Gegenstande der Erörterung im Hauptausschusse gemacht worden ist. Der Generalkommissär Geheimer Rat Riedl hielt aus diesem Anlasse eine beachtenswerte Rede, die mit dem größten Interesse aufgenommen worden ist. Er stellte den Weg und die Ziele der Staatsverwaltung bei der Uebergangswirtschaft dar und bezeichnete es als Aufgabe des Staates, den Uebergang aus der Gebundenheit der Kriegswirtschaft zu den Formen des freien Verkehres zu suchen. Den Zeitpunkt hiefür ließ Sektionschef Riedl offen, da er von dem Inhalt der Friedensverträge, den Verhältnissen auf dem Weltmarkte, der staatsfinanziellen Lage und den in anderen Staaten ergriffenen Maßregeln abhänge; der Generalkommissär erklärte jedoch, mit Bestimmtheit versichern zu können, daß alle Verfügungen für die Uebergangswirtschaft im vollen Einverständnis mit den berufenen Vertretern der wirtschaftlichen Kreise getroffen werden sollen und daß es bei sämtlichen Maßregeln das unverrückbare Ziel bilden werde, dem Unternehmungsgeist des einzelnen und der Privatinitiative so wenig Schranken als nur möglich aufzuerlegen. Im Friedensvertrage mit der Ukraine wurde dafür vorgesorgt, daß die kriegswirtschaftlichen Organisationen sich bei Rohstoffeinkäufen des legitimen Handels bedienen. Diese Verfügung sei sechs Wochen, ehe eine solche Aktion von anderen Seiten als Forderung aufgestellt wurde, ergangen. Der Handel habe von allen erwerbenden Ständen am meisten gelitten und besitze vor allem darauf Anspruch, sobald als möglich wieder in seine Rechte eingesetzt zu werden.

Franz Klein stellte einen Antrag, durch den auf dem Gebiete der Uebergangswirtschaft ein Gedanke durchgesetzt werden soll, den er mit alter Meisterschaft schon früher vertreten hat, daß nämlich die Interessentenkreise gehört werden sollen, ehe über ihr Schicksal entschieden werde. Er beantragte daher, daß alle Gesetz- und Verordnungsentwürfe der Kriegs- und Uebergangswirtschaft dem Hauptausschusse und dem Unterausschusse noch im Stadium der Vorbereitung zur Begutachtung übermittelt und daß auch die Vertreter anderer Zentralstellen als des Handelsministeriums ermächtigt werden, die erforderlichen Aufschlüsse zu erteilen. Dieser Antrag wurde angenommen.

Ueber die Sitzung liegt uns der nachstehende Bericht vor:

Unter dem Vorsitze des Generalkommissärs für Kriegs- und Uebergangswirtschaft Sektionschef Riedl fand heute in den Räumen der Handelskammer die zweite Sitzung des Hauptausschusses für Kriegs- und Uebergangswirtschaft statt. Der Vorsitzende begrüßte die Erschienenen im Namen und im Auftrage des in Bukarest weilenden Handelsministers Freiherrn v. Wieser, gab einen Ueberblick über die bisher geleistete Arbeit der Unterausschüsse des Hauptausschusses sowie über den Fortgang der Organisationsmaßnahmen auf dem Gebiete von Industrie, Handel und Gewerbe und führte dann weiter aus: Es ist vielleicht nicht überflüssig, einiges über den Grundgedanken und die Ziele der Organisation zu sagen. Man muß zwei Hauptformen der kriegswirtschaftlichen Organisationen unterscheiden: die Zentralen und die Wirtschaftsverbände. Die Zentralen sind in den Formen des Handelsrechtes errichtete Anstalten zur Durchführung jener kaufmännischen Transaktionen, die infolge der verschiedenen kriegswirtschaftlichen Maßnahmen der Regierung notwendig wurden, wie zum Beispiel Uebernahme beschlagnahmter Güter im Inlande, Uebernahme der Kontingente verschiedener Rohstoffe, die wir aus dem Auslande beziehen können. In Deutschland wird das Kapital für diese Organisation in der Regel zum überwiegenden Teile aus Staats- und Reichsmitteln beigestellt, bei uns dagegen sind die Zentralen auf privates Kapital aufgebaut, das aus den Kreisen der betreffenden Industrie aufgebracht worden ist. Die Dividende ist bei uns ebenso wie in Deutschland auf 5 bis 6 Prozent beschränkt, während darüber hinausgehende Gewinne der Regierung zur Verfügung zu stellen sind. Die Kredite, die diese Gesellschaften oft in sehr bedeutendem Maße in Anspruch nehmen müssen, sind in Deutschland zum überwiegenden Maße durch staatliche Garantien gedeckt, während in Oesterreich das ganze Risiko zu Lasten der betreffenden Zentralen und der kreditierenden Banken geht, ein Umstand, der es wohl erklärlich macht, daß Bestrebungen für die Stärkung des eigenen Kapitals durch Schaffung von Reservefonds hervortreten. Zusammenfassend können also die Zentralen als kaufmännische Organe für die Durchführung von kriegswirtschaftlichen Regierungsmaßnahmen mit Hilfe privaten, in seiner Gewinstmöglichkeit beschränkten Kapitals bezeichnet werden. Diese Zentralen sind naturgemäß ihrer ganzen Struktur nach nicht geeignet, behördliche Funktionen, auszuüben, ein Mangel, der entweder durch die Einverleibung von Fachleuten in die bureaukratische Verwaltung oder durch wirtschaftliche Selbstverwaltungskörper behoben werden kann. Die österreichische Regierung hat sich entschlossen, durch die Gründung von Kriegs- oder Wirtschaftsverbänden den zweiten Weg zu beschreiten. Jeder dieser Verbände umfaßt sämtliche Betriebe einer bestimmten Branche, besitzt in seinem gewählten Ausschusse ein Organ für die Vertretung der Interessen seiner Mitglieder und steht unter der Leitung eines zwar von der Regierung ernannten, aber aus dem Kreise seiner Mitglieder entnommenen Vorstandes. Die Aufgabe dieser Wirtschaftsverbände ist eine doppelte. Sie sind beratende Organe der Regierung, die über Befragung Gutachten zu erstatten haben oder aus eigenem Antriebe stellen können, und gleichzeitig auszuübende Verwaltungsorgane in allen Fällen, in denen ihnen durch eine besondere Verfügung des Handelsministers oder durch eine generelle Bestimmung ihrer Statuten die Durchführung kriegswirtschaftlicher Verwaltungsmaßnahmen übertragen wurde. Im Gegensatz zu den mit rein kaufmännischen Aufgaben betrauten Zentralen sind sie also reine Selbstverwaltungskörper der Industrie, die mit hoheitlichen Befugnissen betraut sind. Wo die

Die Zeit

31./III. 1918

184

Die Rohstoffversorgung in der Uebergangswirtschaft.

Von **Prof. Dr. Edgar Jaffé** (München).

Wohl die größte wirtschaftliche Schwierigkeit, der die Mittelmächte in der ersten Zeit nach dem Kriege zu begegnen haben werden, liegt in dem Rohstoffmangel. Wir haben nicht nur alle unsere Lager geleert, sondern auch einen nicht unbedeutenden Teil bereits in den Konsum übergegangener Stoffe, wie Kupfer, Messing, Nickel usw., wieder „mobilisieren" müssen, um den Bedürfnissen der Kriegszeit gerecht zu werden; in Deutschland ist man ja sogar bis zur Einschmelzung der Kirchenglocken, wenn auch leider nicht bis zu der eines Teiles der Denkmäler, gegangen. Am schärfsten aber wird sich der Mangel auf dem Gebiete der Faserstoffe geltend machen, auf dem bei Kriegsende nicht nur fast alle Vorräte aufgezehrt, sondern auch die Bestände der Konsumenten an Kleidung, Haus- und Tischwäsche, Gardinen, Möbelstoffen usw. zum allergrößten Teil aufgebraucht sein werden.

Nach dem Kriege werden wir aber nicht nur die so gerissenen Lücken aufzufüllen haben, wir werden vielmehr, um nicht dauernd aus der Hand in den Mund leben zu müssen, auch wieder größere Vorratsmengen aufspeichern müssen, und wir brauchen vor allem große Mengen, um wichtige Teile unserer Ausfuhrindustrien (Textilwaren, elektrotechnische Apparate, Maschinen usw.) wieder aufbauen und dauernd in Gang halten zu können.

Dazu kommt als fernere Erschwerung, daß auch in den neutralen und den heute feindlichen Ländern weitgehender Mangel an Rohstoffen herrschen wird. So ist es denn auch nicht verwunderlich, daß unsere Feinde, die ja seit dem Hinzutritt Amerikas über die entscheidenden Gebiete der überseeischen Rohstoffproduktion verfügen, in der Drohung des „Wirtschaftskrieges nach dem Kriege" das stärkste, und man darf heute wohl sagen, das einzige Pressionsmittel erblicken, mit dem sie uns ihren Wünschen gefügig zu machen hoffen.

Was haben wir nun dieser Bedrohung gegenüber ins Feld zu führen?

Zunächst das, was man schon im Kriege als „Ersatzwirtschaft" bezeichnet hat, das heißt die Erstellung von Ersatzstoffen für ausländisches Rohmaterial aus inländischen Bodenprodukten. Diese ist uns für eine Reihe wichtiger Stoffe in einem Maße gelungen, die auch für die Friedenszeit unsere bisherige Abhängigkeit vom Ausland beseitigt. So für Salpeter, Schwefelkies, einen großen Teil des benötigten Kupfers, für Aluminium u. a. m.

Dagegen bleibt für gewisse Metalle, wie Manganerz, ferner für Leder, Petroleum, Fette und Oele, Hülsenfrüchte, Kraftfuttermittel usw. und vor allem für die Faserstoffe fast der gesamten Textilindustrie die frühere Abhängigkeit in weitgehendem Maße bestehen.

Bei der erstgenannten Gruppe handelt es sich jedoch um Stoffe, die zwar in Deutschland und Oesterreich-Ungarn nicht in entsprechenden Mengen erhältlich, wohl aber in angrenzenden Ländern in genügenden Mengen produziert werden können, so Petroleum, Naphtha usw. in Rumänien und im Kaukasus, Getreide, Mais usw. in Rumänien und der Ukraina, Manganerz im Kaukasus und der Ukraina, Häute, Felle und Pelzwaren in Großrußland und Sibirien. Die eben getätigten Friedensverträge mit der Ukraina, Großrußland und Rumänien sichern uns ja nach dieser Richtung in ausreichender Weise. Ferner sind die uns verbündeten Staaten Bulgarien und die Türkei in der Lage, uns später nicht unbedeutende Mengen wichtiger Rohprodukte dieser Art zu liefern.

Die dauernde Schwierigkeit aber liegt auf dem Gebiet der Textilrohstoffe: Wolle, Baumwolle, Seide, Hanf, Jute und ähnliche Faserstoffe. Die letztgenannten können allerdings in weitgehendem Maße durch Nessel- und Baststoffe sowie durch Fabrikate aus Zellulose (Papiergarn) ersetzt werden, und für Hanf ist Rußland der Hauptlieferant. Von den Rohstoffen erster Ordnung, das heißt absoluter Notwendigkeit, bleiben also vor allem Wolle, Baumwolle und Seide als nicht oder nicht in annähernd genügendem Maße aus den anliegenden Ländern lieferbar.

Bei diesen wichtigsten Stoffen bleiben wir also auf die Einfuhr aus Nord-, beziehungsweise Südamerika und aus den englischen Kolonien, beziehungsweise aus Ostasien angewiesen, wobei als besonders erschwerender Umstand hinzukommt, daß die Vereinigten Staaten, die vor dem Kriege mehr als zwei Drittel ihrer Baumwollernte im Rohzustand ausführten, im Laufe des Krieges ihre Textilindustrie derartig gefördert haben, daß nach dem Kriege wahrscheinlich bis zu zwei Dritteln der eigenen Produktion im Inland zur Verarbeitung gelangen wird. Seide dagegen haben wir zum weitaus größeren Teil nicht in Form von Rohseide direkt von Uebersee, sondern als Seidengarn aus Italien und der Schweiz eingeführt. Hier werden sich kaum größere Schwierigkeiten für die Zukunft ergeben.

Trotzdem ist nach dem Kriege eine vollständige Abschnürung der Mittelmächte von den wichtigen Rohstoffen Baumwolle und Wolle nicht zu befürchten, denn — abgesehen von allem anderen — garantiert uns schon heute die militärische Lage den Abschluß von Friedensverträgen, die eine Rohstoffsperre verhindern werden.

Immerhin werden die Knappheit an Material in den Produktionsländern und die konkurrierenden Ansprüche der anderen Industriestaaten gerade in der ersten Zeit nach dem Kriege die Einfuhr zu den Mittelmächten in sehr engen Schranken halten.

Zu diesen sozusagen in der Natur der Sache liegenden Schwierigkeiten kommen für uns aber noch weitere hinzu, die bei ungeschickter Behandlung eventuell dazu führen könnten, daß wir noch weniger einführen, als das Ausland bereit ist, uns zu liefern. Diese Schwierigkeiten liegen in der Valuta- und der Schiffsraumfrage.

Wie allgemein bekannt, hat die Bewertung der Mark und noch mehr jene der Krone im neutralen Ausland im Laufe des Krieges eine Minderung erfahren, die gegenüber der Friedensparität bei ersterer bis zu 50 Prozent, bei letzterer zeitweise sogar noch erheblich mehr betragen hat. Hierdurch ist der Preis aller Ankäufe im Ausland zeitweise auf das Doppelte und mehr des tatsächlichen Einkaufspreises gesteigert worden, und es muß selbstverständlich eine der ersten Aufgaben unserer Wirtschaftspolitik sein, so schnell als möglich den vollen Wert unserer Geldeinheit dem Ausland gegenüber wiederherzustellen. Um nun zu verhindern, daß nach Friedensschluß diese Entwertung andauert oder durch größere Einkäufe von Rohstoffen, denen zunächst noch keine größere Ausfuhr eigener Waren gegenübersteht, gar noch weiter gesteigert wird, besteht bei den beteiligten Regierungen der Plan, die Einfuhr von Rohmaterialien in der Uebergangswirtschaft zu kontingentieren, das heißt, man will nur das hereinlassen, was von den amtlichen Stellen für absolut notwendig erachtet wird. Als weiterer Grund für die Notwendigkeit dieser Maßnahmen wird der voraussichtliche Mangel an Schiffsraum angeführt, der ebenfalls zur behördlichen Beschränkung der Rohstoffeinfuhr zwinge. Diese Einfuhrbeschränkung wird naturgemäß die Aufrechterhaltung der behördlichen Kontrolle für alle Einfuhrwaren sowie weitgehende Beschränkung des Konsums (Andauer des Bezugsscheinsystems usw.) mit sich bringen. Uns will es nun beinahe scheinen, als ob die Schiffsraum- und vor allem die Valutafrage, von der deutschen Regierung wenigstens, allzu pessimistisch betrachtet werde. Was den Schiffsraum anlangt, so wird doch in kürzester Frist nach Friedensschluß der sehr bedeutende Anteil der Welthandelsflotte, der heute für Heereszwecke der Entente verwendet wird, wieder für den Handel frei. Dazu treten alle jene neutralen Schiffe, die mit Rücksicht auf den U-Bootkrieg stillgelegt wurden, wobei zu beachten ist, daß gerade die Neutralen ihre Handelsflotte sehr stark vermehrt haben. Sie haben das größte Interesse daran, sich die Frachtschiffahrt für die Mittelmächte zu sichern, um möglichst lange an den hohen Frachtsätzen teilzunehmen, die nach Friedensschluß andauern werden. Endlich ist Deutschland ja auch ein nicht unbedeutender Teil seiner Tonnage verblieben, und schon im Kriege ist man durch Ausgestaltung der Werften, Vergebung des Baues von Seriendampfern usw. für deren Vermehrung tätig gewesen.

Sicher wird in den ersten Friedensjahren trotz allem eine gewisse Knappheit an Schiffsraum herrschen, aber gerade deshalb wird es richtiger sein, soweit als irgend möglich der privaten Initiative zu überlassen, wo und zu welchen Bedingungen sie sich Schiffsraum sichern kann. Dazu ist aber die Vorbedingung die völlige Freilassung der Rohstoffeinfuhr. Darüber weiter unten mehr.

Noch günstiger als beim Frachtraum liegen aber augenscheinlich die Dinge in der Valutafrage. Man hatte allgemein angenommen, daß die Valutaverschlechterung in allererster Linie eine Folge der mangelnden Austauschmöglichkeit sei: wir bezogen im Kriege viel vom Ausland und konnten wenig dahin liefern. Man nahm folglich an, daß auch im Frieden der ungünstige Stand der Valuta andauern würde, bis man in der Lage sei, durch erhöhte Ausfuhr die Dinge wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Mit dieser Annahme wollte sich schon die Tatsache nicht recht vertragen, daß, als Deutschland mit einer Reihe neutraler Länder, vor allem Holland und der Schweiz, Abkommen traf, denen zufolge Deutschland regelmäßig große Mengen Kohlen usw. zu liefern zusagte, diese vermehrte Ausfuhr fast ohne Einfluß auf den Stand des Geldwertes blieb. Man führte mehr aus, aber das Mißverhältnis wurde nicht besser.

Dann aber plötzlich machte die Valuta Deutschlands und Oesterreich-Ungarns einen Sprung nach oben, der in kürzester Frist fast die Hälfte des Kursverlustes wieder einbrachte, so daß der Stand gegenüber dem Friedenswert für Deutschland heute etwa 75 Prozent gegen etwa 50 Prozent vor einigen Monaten beträgt. Der Grund war also kein wirtschaftlicher, sondern ein politischer, der Zusammenbruch Rußlands und das Ende des Zweifrontenkrieges.

Dies beweist also, daß der Valutarückgang vor allem eine Frage des Kredits, des Vertrauens war. Solange man im neutralen Ausland glaubte, Deutschland werde im Weltkrieg unterliegen, schätzte man die deutschen Zahlungsversprechungen, denn solche sind ja unsere Noten, niedrig ein. Sobald die Dinge sich dauernd zu unseren Gunsten wendeten, schnellte der Kurs in die Höhe, und es kann keinem Zweifel unterliegen, daß ein dauernder Erfolg im Westen und ein Friedensschluß auf dieser Grundlage auch noch die fehlenden letzten 25 Prozent einbringen werden. Dies besonders, als es bald keine günstigere und sicherere Spekulation geben wird, als mit neutralem Geld Reichsmark zu kaufen, ein Geschäft, an dem 33 Prozent verdient sein werden in dem Augenblick, wo unsere Valuta wieder auf pari steht.

Wenn nicht alle Anzeichen trügen, wird sich die Valutafrage also viel schneller regeln, als man noch vor kurzem annehmen konnte, und es bleibt außerdem noch die Möglichkeit, zwecks weiterer Sicherung in den kommenden Friedensverträgen mit Amerika die Aufnahme einer Valutaanleihe zur Bezahlung der von Uebersee eingeführten Rohstoffe auszubedingen, eine Forderung, die nicht auf sehr großen Widerstand stoßen dürfte, wenn man sich über die sonstigen Bedingungen einigen kann.

Damit wären aber die beiden Hauptargumente für eine Kontingentierung der Rohstoffeinfuhr beseitigt. Es liegen dann keinerlei Gründe mehr vor, der so überaus notwendigen, schnellen und reichlichen Wiederauffüllung unserer Rohstoffvorräte irgendwelche Hemmnisse in den Weg zu legen. Im Gegenteil, alle Beteiligten, der Staat, die Industrie, die Konsumenten, haben das größte Interesse daran, daß diese Wiederauffüllung auf dem raschesten und reibungslosesten Weg vor sich gehe. Denn bildet aber gerade in einer so verworrenen und unsicheren Zeit, wie es die Uebergangsperiode notwendigerweise sein muß, die Freimachung der privaten Initiative, und deshalb wird man gut tun, ihr diese Aufgabe zu überlassen. Die großen Gewinne, die ihr winken, werden den stärksten Antrieb zur Ueberwindung aller im Wege stehenden Schwierigkeiten geben. Wenn dann später die kritische Periode vorüber ist, so kann man, falls das öffentliche Interesse es erfordert — und wir sind der Meinung, daß dies in der künftigen Entwicklung der Volkswirtschaft in weitgehendem Maße der Fall sein wird —, zu gemeinwirtschaftlichen Ordnungen zurückkehren. Gerade in der ersten Zeit der Uebergangswirtschaft aber wird man die große Spannkraft und Anpassungsfähigkeit der privaten Unternehmungslust nicht entbehren können.

Man sollte deshalb, auch wenn an einer Kontingentierung der Ausfuhr festgehalten wird, die Einfuhr von für industrielle Verarbeitung bestimmten Rohstoffen während der Uebergangszeit vollkommen freigeben und sie weder an besondere behördliche Erlaubnis knüpfen, noch auch dadurch erschweren, daß man — wie dies während der Kriegszeit geschehen mußte — seitens der Devisenzentralen ausländische Zahlungsmittel nur für solche Geschäfte zur Verfügung stellt, die vorher behördliche Genehmigung gefunden haben.

Arbeiterzeitung

31./III. 1918

185

Das Glücksrittertum.

Wunderwerke bringt dieser Krieg. Er hat das Luftmeer wie die Meerestiefen der menschlichen Herrschaft endgültig unterworfen, Flugzeug und Tauchboot werden ihre Vollendung von diesem Weltkampf datieren. Er hat den Raum beinahe überwunden. Geschütze, die über hundert Kilometer tragen und solche Treffsicherheit besitzen, verschieben alle gewohnten Raumvorstellungen und wälzen selbst die überlieferten politischen Begriffe um. Denn sie geben der organisierten Gewalt weniger die Uebermacht über unzählbare Mengen Unorganisierter. Die drahtlose Telegraphie feiert ihre Triumphe erst jetzt, mechanische und chemische Technik haben die kühnsten Pläne verwirklicht. Aber auch die soziale Technik, die Kunst der Organisation der Massen, hat Leistungen gebracht, die alles Geschichtliche tief in Schatten stellen. Auch die Leistungsfähigkeit des einzelnen, seine Kraft im Tun wie im Erdulden, seine Kühnheit, Ausdauer, Standhaftigkeit ist bis zu Grenzen gesteigert worden, die vordem nicht so weit gesteckt waren. Was Menschen leisten, was sie ertragen können, das wissen wir erst heute, und das größte aller Wunder, das Wunder Mensch, haben wir jetzt ganz erlebt.

Zugleich aber hat der Krieg auch die Tierheit im Menschen losgebunden und allmählich die Schattenseiten unseres Wesens bloßgelegt, so daß wir nur mit Entsetzen daran denken können, wie die aus den Fugen gegangene Gesellschaft wieder das moralische Gleichgewicht finden soll. Noch gibt der Gerichtssaal, wie aufregend seine Berichte wirken, nur ein schwaches Bild von den sittlichen Verheerungen der Zeit. Vorerst reift der Nährboden der Unnatur, des Verbrechens und Lasters, die Massennot und die Massenkrankheit neben dem unverdienten müßigen Reichtum weniger. Diesen Sumpf können erst Jahrzehnte trockenlegen und inzwischen werden seine Miasmen im Leibe der Gesellschaft fürchterlich wüten, wenn sie nicht tiefgreifende Reformen trifft. Mit den herkömmlichen Mitteln der Humanität und gelegentlicher Staatshilfen wird die Gefahr, die uns droht, nicht gemindert und noch weniger beseitigt werden.

Diese Verheerungen des Krieges sind keineswegs unvermeidlich mit ihm verbunden. Eine soziale Gesellschaft, die vom Notstand des Krieges heimgesucht würde, vermöchte selbst die Not zur höchsten Schulung des Gemeinsinns und damit zum Guten zu wenden. Nicht selten sind Völker durch Leiden und Entbehrungen gesund, stark und sittenrein geworden. Den Völkern unserer Zeit ist dies versagt. Zu Kriegsbeginn zeigten sich allerdings Ansätze dessen, was man „Seelenaufschwung“ genannt hat. Eine Zeitlang fühlte sich mancher Wohlhabende und selbst Reiche als Genosse desselben Schicksals mit dem Manne von der Straße verbunden und nahm willig die Entbehrungen des Krieges auf sich. Diese Wallungen sind längst verebbt und das Klassenbewußtsein der Besitzenden h[illegible] solche Sentimentalitäten längst überwunden. Ue[illegible]r den Sondergeist der Klasse hinaus beginnt die Wandlung, die sich innerhalb der Besitzenden vollzogen hat, die bürgerliche Gesellschaft aufzulösen, eine Wandlung, die noch nicht genügend beachtet und gewürdigt ist.

Der kapitalistische Unternehmer hat zwar niemals volkswirtschaftliche Arbeit geleistet, aber er hat im Frieden unentbehrliche Funktionen erfüllt. Er hatte Produktionsmittel und Arbeiter in Verbindung zu bringen, hatte Roh- und Hilfsstoffe herbeizuschaffen, die Erzeugnisse dem Markte zuzuführen, beides in möglichst ökonomischer Weise, beides im Wege der Konkurrenz mit all ihren Gefahren. Er hatte den Markt zu erforschen und zu bestimmen, den Bedarf zu erfinden und aufzusuchen, selbst zu erwecken, ein zumeist schwieriges Geschäft, das Spürsinn und Gewandtheit forderte. Diese Funktionen richtig zu erfüllen machte sich gut bezahlt, dabei zu versagen kostete unter Umständen das ganze eingesetzte Kapital.

Beachten wir das Unternehmertum im Kriege. Fast alle diese Funktionen sind überflüssig geworden. Der Staat garantiert durch das System der Zwangsarbeit die Verfügung über die Arbeitskräfte, stellt Kriegsgefangene und Dienstpflichtige bei und das Verständnis für den Arbeitsmarkt wird ersetzt durch den Einfluß der Firma bei Zivil- und Militärbehörden. Die Roh- und Hilfsstoffe bezieht man von der Zentrale und die kaufmännische Findigkeit ersetzt auch dort der Einfluß. Für den Absatz ist gesorgt, man kann den Aufträgen kaum genügen und ein Wetteifer auf Beschaffenheit und Raschheit der Lieferung erübrigt sich, im Gegenteil — der geschäftliche Erfolg fällt dem zu, der im Rahmen des Zulässigen so billig und schlecht als möglich liefert. Ueber Beanstandungen hilft wieder der Einfluß hinweg. Den Markt beherrschen heißt nun Beziehungen zur Staatsgewalt besitzen oder sich zu verschaffen wissen, und dazu gibt es Mittelskräfte und Hilfsmittel, die außerhalb der Oekonomie und näher dem Strafgesetz liegen. Das Fegefeuer der wirtschaftlichen Konkurrenz ist dem Unternehmer erspart und damit aller Zwang zur sorgfältigen Berechnung. Wo sind die Zeiten, wo man mit Achtelprozenten Zinsen und Promillen Spesen gerechnet, wo ein Vorsprung von einem Bruchteil eines Prozents bei den Unkosten den geschäftlichen Erfolg und den Sieg über die Konkurrenz entschieden hat? Sie sind Gott sei Dank vorbei, man arbeitet ins Grobe, mit großen Posten und daher weicht die Wirtschaftlichkeit, die den Kapitalismus in der Produktion ausgezeichnet hat, einer sinnlosen Unkostenverschwendung. Aber die Kriegswirtschaft zahlt schließlich alles. Auch die eine Funktion, die dem Kapitalisten eignete, im Interesse der Unkostenersparung und der höchsten technischen Ausnützung der Produktionsmittel Betriebe und ganze Erzeugungszweige zu konzentrieren, wird dem Unternehmer abgenommen. Die Kriegswirtschaft erzwingt die Konzentration von Staats wegen.

So sehen wir das Unternehmertum beinahe aller Funktionen entkleidet bis auf die eine, bis auf das Einheimsen unverschämter Gewinne. Oder wir sehen diese Funktionen verwandelt in die bloße Beeinflussung der öffentlichen Gewalt, in die Kunst der Beziehungen, das heißt in Korruption.

Man halte nicht dagegen, daß sich einzelne Betriebe im Kriege mit Ruhm bedeckt haben, wie die Geschütz- und Flugzeugfabriken und andere mehr. Man übersieht dabei bloß, daß es sich um das Verdienst angestellter Techniker handelt und nicht um das Verdienst der Unternehmer. Wohl, die technischen Wissenschaften haben sich ausgezeichnet, das heißt jedoch bloß die geistige Arbeit, nicht deren Anwender. In zahlreichen Fällen dieser Art sind die besten geistigen Arbeiter militärisch Kommandierte! Die Kriegstechnik ist tatsächlich ein Triumph der geistigen und manuellen Arbeit, wenn auch die Krupps, Skodas u. s. w. die Auszeichnung und die Gewinne davontragen.

Am sinnfälligsten zeigt sich das Schwinden der Unternehmerfunktion im Handel. Wie mühsam war zur Friedenszeit oft das Werk, Angebot und Nachfrage zusammenzubringen, wie sorgfältig die Berechnung aller Kosten und die Beachtung der kleinsten Qualitätsverschiedenheiten, wie genial die Ausnützung des Kredits, wie verhängnisvoll oft eine Fehlberechnung! Nunmehr dauert seit Jahren eine Konjunktur, wo jede Ware sich zu jedem Preis ohne Ansehen der Beschaffenheit von selbst verkauft, wo der Händlerwitz Waren nicht aufzutreiben, sondern zurückzuhalten aufgeboten wird, wo sich die umsichtige Benützung des Kredits erübrigt! In dieser ganzen Konjunktur entschied den Erfolg einzig und allein der Grad der Gewissenlosigkeit und die Fertigkeit, den Schlingen der Strafnormen zu entgehen. So kam es, daß ungeschulte, in allen Handelswissenschaften unerfahrene Glücksritter im Handel verbrecherisch Vermögen gemacht haben.

Nicht einzelne Unternehmer, sondern die Funktionen des Unternehmertums selbst sind verkommen und entartet — viel eher kann man sagen, daß sich manche alte Firmen zu ihrem Schaden vor solcher Entartung behütet haben. Wir erheben also keinen Vorwurf gegen Menschen, sondern zeigen Dinge auf, die unleugbar sind, unter denen die betroffenen Menschen notwendig leiden. Aber wir können diesen nicht helfen. Niemals wie jetzt im Kriege ist das Unternehmen so sehr bloße Plusmacherei, kunst- und verstandlose, dafür aber verderbte und oft anrüchige Plusmacherei gewesen. Der beste Beweis dafür ist der ganze Stand der aus dem Nichts aufgestiegenen Kriegsgewinner. Wie hätte er entstehen, wie hätte er sich neben dem alten Unternehmertum so breit machen können, wenn die Unternehmerfunktion selbst nicht gemein und leicht geworden wäre?

Es ist geradezu die allgemeine, unerschütterliche Ueberzeugung, geradezu ein Volksurteil geworden, daß nichts dazu gehöre, im Kriege sich zu bereichern, als der Mangel an Gewissen und Zweifeln. Die Beispiele beweisen. Tröpfe, die im Frieden zu jeglichem ständigen Beruf untauglich waren, laufen als Millionäre herum. In dieser Tatsache liegt zugleich der ständige Anreiz der Klügeren, sich nicht zurückdrängen zu lassen. Da der bürgerliche Mensch überhaupt von der Auffassung ausgeht, daß der Mensch geboren sei, Geld zu machen, mußte er bis auf seltene Ausnahmen diesem Anreiz auch erliegen. Die bürgerliche Welt hat sich allmählich ganz auf das Glücksrittertum eingestellt. Söhne laufen ihren Vätern aus dem Comptoir, sie sagen sich, derlei Geschäfte wie der Alte können und wollen sie auf eigene Rechnung und nicht ums bloße Taschengeld machen. Auf der Jagd nach müheloſem Gewinn hat man den überlieferten Ballast an Wissen und Gewissen rasch weggeworfen. Der kaufmännisch, technisch, organisatorisch Geschulte und Erfahrene — der mag Angestellter werden! Als „Herrennatur“ ist man zu Besserem berufen!

Der Kapitalismus in und nach dem Kriege ist ganz anders geartet als vor ihm. Er hat die Eierschalen seiner Herkunft aus der soliden, tüchtigen Altbürgerzeit abgestreift und wird diese seine ehemalige Rechtfertigung nie mehr zurückgewinnen. Noch deckt der Krieg durch die Gewalt seines äußerlichen Geschehens diese innere Entartung zu, noch geben sich auch die Menschen über den Wandel nicht Rechenschaft. Aber sobald wir wieder zu uns selbst kommen, werden wir diese Uebel erst empfinden. Neben den schweren sozialen Schäden, die aus der Not und Krankheit der Massen entspringen, wird die Verkommenheit der vom Kriegsglück Begünstigten der Gesellschaft ernste Pflichten auferlegen. Dieses Gift darf im sozialen Körper nicht belassen werden.

Neues Wiener Tagblatt
3./IV. 1918

187

Der Volkswirt.

Die Rohstoffversorgung der Mittelmächte aus den Ostgebieten.

Von Privatdozent Dr. Siegmund Schilder.

Zweifellos haben die Friedensschlüsse im Osten, mit der Ukraine, mit Großrußland, die Lage der Mittelmächte hinsichtlich der Rohstoffversorgung während des Weltkrieges und nach seiner Beendigung namhaft verbessert. Dies ist schon aus den Plänen der Westmächte zu ersehen, durch japanisches bewaffnetes Einschreiten östlich vom Ural ein der Entente dauernd ergebenes, dem bolschewikischen Großrußland abweisend gegenüberstehendes sibirisches Staatswesen zu schaffen, worüber das letzte Wort zwischen Washington und Tokio noch nicht gesagt wurde.

Die erwähnten Friedensschlüsse, denen sich jener mit Rumänien bald zugesellen dürfte, haben aber noch weitere Horizonte eröffnet. Sie bekräftigten die vom zaristischen Rußland stets bedrohte Selbständigkeit Persiens, wodurch dieses an mannigfachen Erzeugnissen reiche Gebiet zumindest aus dem von der Entente emsig vorbereiteten Wirtschaftskriege nach dem Weltkriege ausscheiden wird. Sollte auch das bolschewikische Rußland noch für einige Zeit durch weitgehende innere Zerrüttung als Bezugsgebiet für Rohstoffe weniger in Frage kommen, sollte sogar ein von Japan aus gegen die Bolschewiki ins Leben gerufener sibirischer Staat östlich vom Ural sich den Wirtschaftskriegsplänen der Entente anschließen, so blieben, abgesehen von den Randgebieten des europäischen Rußland, Rumänien und der Balkanhalbinsel (die Ententeanhänglichkeit Griechenlands ist wohl keine dauernde Tatsache), noch manche andre wertvolle Hilfsmöglichkeiten.

Vorerst wird die Türkei, besonders in Kleinasien und Armenien, von der ihr Wirtschaftsleben stets unter Druck haltenden Bedrohung durch das angriffslustige zaristische Rußland befreit, auf der Nordküste des Schwarzen Meeres vorwiegend nur die friedliche Ukraine erblicken und, abgesehen von der Wiedergewinnung der ihr 1878 entrissenen wertvollen Provinz Kars-Ardahan-Batum, mit dem übrigen Transkaukasien, einem an mannigfachen Erzeugnissen der Land- und Forstwirtschaft sowie des Bergbaues reichen Gebiet, in enger, freundschaftlicher wirtschaftlicher und politischer Verbindung stehen. Durch das islamitische Gemeinsamkeitsgefühl dürfte nicht nur Transkaukasien beeinflußt werden; dieses Gefühl dürfte sich auch auf die bereits in politischer Absonderung begriffenen, produktenreichen islamischen Teile Russisch-Zentralasiens (Turkestan) erstrecken, die mit den Hauptplätzen Aschabad, Merw, Buchara, Chiwa, Samarkand, Taschkend, Kokand, Andidschan 2c. auf rund zwei Millionen Quadratkilometer ungefähr 9½ Millionen Einwohner zählen.

Im einzelnen wäre über die Rohstoffschätze, worüber die Mittelmächte, abgesehen von ihrem eigenen Gebiet, auf der Balkanhalbinsel und in Rumänien, in der Türkei, den russischen Randgebieten mit Einschluß Finnlands, Transkaukasiens, Turkestans, ferner in Persien, verfügen, etwa folgendes zu bemerken: Finnland liefert viel Holz und etwas Eisenerze; beides besitzen zwar die Mittelmächte in nicht geringem Ausmaß, können aber davon kaum je genug haben in Anbetracht des riesigen deutschen Bedarfes und der Waldverwüstungen des Krieges, die zum Beispiel auch den Wäldern eines besser als vor dem Weltkriege verwalteten Albanien und jenen Montenegros, Serbiens 2c. besonderen Wert verleihen dürften. In Livland und Kurland sowie im ehemaligen Generalgouvernement Kowno steht Flachs in großen Mengen zur Verfügung. Der in Nordrußland vorwiegend als Textilpflanze angebaute Flachs dient in Südrußland (wo auch viel Hanf gedeiht) in weitgehendem Ausmaß als Oelpflanze, als welche dort auch die Sonnenblume und Raps in größerem Umfang angebaut werden. Bedeutend und durch gute Preise sowie geschäftliches Entgegenkommen recht steigerungsfähig ist auch die Oelsaatgewinnung Rumäniens (Raps, Sonnenblumen), Bulgariens (Sesamöl), Serbiens, während Griechenland vorwiegend Olivenöl und daneben (in Südmazedonien) Sesamöl und Baumwollöl, die Türkei und Persien neben Olivenöl namentlich Sesamöl und Baumwollöl beisteuern können.

Aus Bessarabien und Taurien kommen vorzügliche, aus den andern Gebieten Südrußlands sowie aus Transkaukasien immerhin brauchbare Tabaksorten in namhaften Mengen. Die sortenreichen Tabakgewinnungen Griechenlands, Südbulgariens, der Türkei und Persiens (die persischen Tabake sind von besonderer Güte) wären einem recht bedeutenden Bedarf gewachsen. Der Reichtum der Balkanhalbinseln, der Türkei und Persiens an pflanzlichen Gerbstoffen (Valonea, Galläpfel, Sumach 2c.) bildet eine nützliche Ergänzung der mitteleuropäischen und westrussischen Bestände an Gerbrinden verschiedener Art; überdies sind die Erze des auch für Gerbzwecke brauchbaren Chroms im Westen der Balkanhalbinsel sowie in Anatolien in bedeutenden Mengen zu finden, und die deutschen Kolonien, besonders Deutsch-Afrika, sind reich an Gerbhölzern. Wertvoll ist auch die türkische und persische Gewinnung von Färbepflanzen, wie Safran, Kreuzbeeren, Henna, Krapp, sowie von industriell verwendbaren Harzen, wie Gummitragant, Mastix.

Die gesamten europäischen Randgebiete Rußlands, von den Grenzen Schwedens bis zum Schwarzen Meer, werden bei ruhigeren Verhältnissen große Mengen tierischer Erzeugnisse liefern können, so Häute (bei bisher mäßig großer eigener Gerberei), Därme, Talg, Borsten, Roßhaar, Wolle, Bett- und Schmuckfedern, Hörner 2c. Auch könnte die Groß- und Kleinviehzucht der Balkanstaaten mit Einschluß Rumäniens, ferner die der Türkei, Persiens, Transkaukasiens und Turkestans bei sachgemäßer technisch-geschäftlicher Pflege und besonders bei einiger staatsfinanzieller Schonung (drückende steuerliche Belastung der Viehzucht, namentlich in der Türkei) dem industriellen Bedarf der Mittelmächte noch mit weit größeren Rohstoffmengen als bisher behilflich sein.

Seit der zur Zeit der ersten russischen Revolution begonnenen, von der gegenwärtigen Revolution vollendeten „Liquidation des Großgrundbesitzes" ist zwar in Südrußland (Ukraine), abgesehen von den trockenen Weideflächen Tauriens (Krim), die Wollgewinnung stark zurückgegangen. Sie besteht seit 1905 in größerem Umfang hauptsächlich außerhalb der Ukraine an der unteren Wolga (Trockenflächen des Gouvernements Astrachan) und in Sibirien. Dagegen dürfte die bedeutende Schafzucht des islamischen Russisch-Zentralasiens (Turkestans), die auch die berühmten Persianer- und Astrachanfelle liefert, den Mittelmächten unmittelbar zugänglich bleiben.

Wichtiger noch als durch seine Wollzucht, wofür die Mittelmächte ja auch auf die ausgedehnten Weidegebiete der Balkanhalbinsel, der Türkei, Persiens (für Schaf- und Ziegenwolle, darunter die berühmte Angorawolle Kleinasiens) rechnen können, dürfte Turkestan durch seinen Baumwollanbau werden, den Verkehrserschwerungen und die Stürme der Revolutionszeit freilich einigermaßen, aber wohl nur vorübergehend, vermindert haben. Er stellt vor allem, wie auch die nordpersische Baumwollgewinnung, eine in großem Umfang eingelebte sichere Sache dar; dagegen ist der Baumwollanbau in Transkaukasien, im westlichen Anatolien (Gebiet von Smyrna), Zilizien, Mesopotamien, Syrien, in Südmazedonien und Westthrazien erst aus kleineren, wenn auch hoffnungsvollen Anfängen in die Höhe zu bringen. Bedeutend und überdies namhaft steigerungsfähig ist auch die Seidenzucht Turkestans neben der seit jeher umfangreichen Nordpersiens, Syriens und des westlichen Anatolien; minder groß, doch gleichfalls hoffnungsvoll ist die Seidengewinnung der Balkanstaaten sowie Rumäniens und der Ukraine. In Südmesopotamien und Südpersien ließe sich sogar der Anbau von Jute betreiben.

Die Ukraine wird den Mittelmächten durch ihre Lager von landwirtschaftlich wichtigen Phosphaten und den für metallurgische Zwecke benötigten Manganerzen (diese auch im nordwestlichen Transkaukasien) eine wertvolle Aushilfe bieten. Der Reichtum Polens und der Ukraine an Eisenerzen böte in Notfällen Ersatz für Bezüge aus Frankreich und Schweden. Durch die Erdöllager Transkaukasiens (Baku) zusammen mit jenen Rumäniens, Galiziens, Mesopotamiens und Südpersiens könnten die Mittelmächte sogar in eine Vorzugsstellung gelangen. Erwähnenswert sind auch die südalbanischen Asphaltlager in der Nähe von Valona. Kupfer ist aus Serbien, Armenien und dem südwestlichen Transkaukasien in größeren Mengen erhältlich.

Anstatt viele sonstige Einzelheiten anzuführen, sei schließlich auf folgendes hingewiesen: Noch in den letzten Jahren vor dem Weltkrieg wurde bezüglich der Türkei (wie auch hinsichtlich des russischen Reiches) von landeskundigen Geologen öfter behauptet, daß sich dortselbst so gut wie alle Erze (mit Ausnahme etwa der zinnhältigen) und andre, nutzbarere Mineralien in abbauwürdigen, öfter sogar in reichlichen Mengen vorfänden. Sollte dies etwa als Uebertreibung angesehen werden, so wird es doch sicherlich stimmen, wenn man zur Ausdehnung des Osmanischen Reiches im Sommer 1914 noch hinzurechnet: die Balkanhalbinsel, Transkaukasien, Turkestan und das geologisch wenig durchforschte, aber, [illegible] vereinzelten Anzeichen zu schließen, sehr mineralreiche Persien.

Diese beiläufige, durchaus nicht erschöpfende Darlegung über die Rohstoffülle jener Ostgebiete, die sich den Mittelmächten seit Beginn des Weltkrieges und namentlich seit den Friedensschlüssen von 1918 politisch und wirtschaftlich angenähert haben, dürfte in einer Hinsicht genügen: die Besorgnis beträchtlich zu vermindern, welche die mittelmächtlichen Geschäftskreise und Wirtschaftspolitiker vor den Drohungen der Entente hinsichtlich einer planmäßigen, offen oder wenigstens verstohlen durchgeführten Rohstoffdrosselung empfinden. Die mit Sicherheit zu erwartenden, in Serbien, Bulgarien, Rumänien, Kongreßpolen, Kleinasien bereits lebhaft im Gang befindlichen Bemühungen mittelmächtlicher Unternehmer, die Rohstoffreichtümer der angenäherten Ostgebiete nach Möglichkeit nutzbar zu machen, dürften in den nächsten zwei Jahrzehnten nach Friedensschluß sogar im Sinne einer kräftigen wirtschaftlichen Belebung der gesamten Mitteleuropagruppe wirksam werden.

Arbeiterzeitung
7. IV. 1918

190

Kapital und Arbeit nach dem Kriege.

Noch ringen im Westen gewaltige Heere in blutiger Schlacht. Noch weiß niemand zu sagen, wie nah oder fern der ersehnte Friede ist. Aber im Hinterland sind schon viele Hände am Werke, die Friedensarbeit vorzubereiten. Da sitzen Ingenieure, die für eine Kanonenfabrik die Umwandlung ihrer Werkstätten zum Bau von Lokomotiven vorbereiten; dort entwerfen die Techniker die Pläne, eine Gewehrfabrik auf die Erzeugung von Kraftwagen einzurichten. Dem Generalkommissariat im Handelsministerium ist ein ganzes System von Organisationen unterstellt, die sorgfältig erwägen, wie die Zufuhr von Rohstoffen, die Beistellung von Schiffen und von Zahlungsmitteln vorbereitet werden müssen für die Zeit, in der das Meer wieder frei sein wird. Die drei großen Unternehmerverbände haben sich zusammengeschlossen, um in der kommenden Friedenszeit mit gesteigerter Macht in die wirtschaftlichen Kämpfe eingreifen zu können. So ist das Unternehmertum überall schon geschäftig, sich zum Frieden, sei er nun nah oder fern, zu rüsten. Auch die Arbeiterklasse muß dafür zu sorgen beginnen, daß die neuen Aufgaben der Friedenszeit sie nicht unvorbereitet finden. Dazu aber tut vor allem not, daß wir ein Bild davon zu gewinnen suchen, wie sich das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit nach dem Kriege gestalten wird.

In vielen Industriezweigen ist die Warenerzeugung im Verlauf des Krieges ganz eingestellt oder doch wesentlich eingeschränkt worden; so zum Beispiel im Baugewerbe, in der Textilindustrie, in der Glas- und Porzellanindustrie. Die Unternehmer haben ihr Kapital nicht zum Betrieb ihrer Unternehmungen gebraucht; sie haben es zum großen Teil zum Kauf von Kriegsanleihen verwendet. Werden alle die Unternehmer, die das vierte Jahr schon ein müßiges Dasein führen, ihren Betrieb nun wieder aufnehmen? Gewiß nicht! So mancher wird es vorziehen, seine Fabrik zu verkaufen; denn da die Preise hoch, Maschinen nicht leicht zu haben sein werden, wird er für seinen Betrieb einen weit höheren Kaufpreis erlangen können als den, zu dem er in seinen Geschäftsbüchern bewertet ist. Gerade die konservativeren, gemütlicheren, weniger kampflustigen Unternehmer werden ihre Betriebe verkaufen, den Erlös zum Kauf von Staatsschuldverschreibungen verwenden und, statt wieder als Unternehmer tätig zu sein, ihr müßiges Dasein als Rentner fortführen. Die Fabriken aber werden in die Hände der kapitalsstärksten, gerissensten, kampflustigsten unter ihren Konkurrenten übergehen. Es wird sich auf diese Weise eine Auslese innerhalb der Unternehmerwelt vollziehen: die Masse der konservativeren und gemütlicheren Unternehmer wird verschwinden; ganze Industriezweige werden in den Händen weniger großer, kapitalsstarker, von energischen Männern geleiteter Unternehmungen konzentriert werden.

Derselbe Vorgang wird sich aber auch in den vielen Industriezweigen vollziehen, die heute für Kriegszwecke tätig sind. Heute dreht man Geschosse, wo im Frieden Maschinenbestandteile erzeugt worden sind, und baut man Fahrküchen, wo man in Friedenszeiten Küchengeschirr erzeugt hat. Hören aber die großen Bestellungen der Heeresverwaltung auf, dann muß die Industrie wieder auf die Friedensproduktion umgeschaltet werden. Das wird viel schwierige Arbeit kosten. So mancher Unternehmer wird diese Arbeit scheuen. Er hat ja im Kriege Millionen profitiert. Wozu sich also plagen? Zumal da man die Fabrik jetzt zu so hohen Preisen verkaufen kann. So wird auch hier die Konzentration der Industrie in wenigen starken Händen schnell vor sich gehen.

Wir können diese Tatsachen heute schon beobachten. Nie sind so viele Fabriken verkauft, nie so viele Privatunternehmungen in Aktiengesellschaften verwandelt, nie so viele Aktiengesellschaften miteinander verschmolzen worden wie während des Krieges. So haben zum Beispiel der Herr Skoda auf der einen und der Herr Günther auf der anderen Seite einen sehr großen Teil unserer Maschinenindustrie unter ihr Kommando gebracht. Die Arbeiterklasse muß wissen, was das bedeutet. Sie wird nach dem Kriege sehr oft Riesenkonzerns, die Tausende Arbeiter beherrschen, sich gegenüber finden, wo vor dem Kriege nur Mittelbetriebe mit wenigen hundert Arbeitern, jeder auf sich selbst gestellt, bestanden haben. Und sie wird tüchtige, energische, aber auch kampflustige und bedenkenlose Feinde sich gegenüber sehen, wo sie vor dem Kriege mit alten, gemütlichen Herren zu tun hatte.

Hand in Hand damit wird sich aber noch eine andere Entwicklung vollziehen. Die Unternehmer haben während des Krieges ihre Vorräte zu hohen Profiten verkauft, ohne neue Warenlager aufstapeln zu können; sie haben ihre Maschinen abgenützt, ohne sie durch neue ersetzen zu können; sie haben Millionen profitiert, ohne die neugewonnenen Kapitalien zur Vergrößerung ihrer Betriebsstätten verwenden zu können. So haben sich in den Kassen der Unternehmer große Kapitalien angehäuft, die die Unternehmer zumeist in Kriegsanleihen angelegt haben. Kommt aber der Friede, dann werden die Unternehmer diese Kapitalien anders verwerten wollen. Jetzt werden sie ihre Vorräte ergänzen, ihre abgenützten Maschinen durch neue ersetzen, ihre Betriebe ausgestalten wollen. Dazu brauchen sie Geld. Aber sie haben nicht Geld, sondern Kriegsanleihe. Was also tun? Die Kriegsanleihe verkaufen? Das wird nicht gehen. Denn wenn alle die Unternehmer die ungeheure Masse von Schuldverschreibungen feilbieten wollten, würde ihr Kurs allzu tief sinken. Daher werden sich sehr viele Unternehmer das Geld, das sie brauchen, von den Banken ausborgen müssen und den Banken dafür ihre Kriegsanleihepapiere als Pfand geben. Schon vor dem Kriege hat die Industrie in schnell wachsendem Maße Bankkredit in Anspruch genommen und ist dadurch in immer größere Abhängigkeit von den Banken geraten; die Tatsache, daß das industrielle Kapital in der Kriegszeit vorübergehend in Kriegsanleihe angelegt worden ist, wird diesen Prozeß ungeheuer beschleunigen. Die Herrschaft des Finanzkapitals über die Industrie wird nach dem Kriege noch viel vollkommener sein als vor ihm. Die Arbeiterklasse wird nicht mehr einzelnen Unternehmungen gegenüberstehen, die auf ihre eigene wirtschaftliche Kraft angewiesen sind, sondern Unternehmungen, die von den Direktionsbüros der Großbanken aus regiert, durch die Großbanken zusammengeschweißt werden und denen im Falle des Kampfes die Milliarden zur Verfügung stehen, über die die Großbanken verfügen.

Zu alledem aber gesellt sich schließlich noch ein dritter Entwicklungsvorgang. Der Staat hat während des Krieges viele Industriezweige zu den sogenannten Kriegsverbänden vereinigt. Je einen solchen Kriegsverband bilden zum Beispiel die Unternehmungen der Baumwollindustrie, der Schafwollindustrie, der Zuckerindustrie und so weiter. Viele dieser Kriegsverbände werden unzweifelhaft auch nach dem Kriege fortbestehen. So wird zum Beispiel der Kriegsverband der Baumwollindustrie wohl noch lange nach dem Kriege fortbestehen. Denn an Baumwolle wird noch lange Mangel sein, man wird also die Organisation brauchen, die die Baumwolle auf die einzelnen Spinnereien aufteilt. Auch wird sich eine solche Organisation den Kredit im Ausland, ohne den die Baumwolleinfuhr nicht möglich wäre, vielleicht leichter beschaffen als die einzelnen Spinnereien. Die Unternehmer selbst werden den Kriegsverband kaum auflösen wollen; er ist ja ein vom Staate selbst zusammengehaltenes Kartell, das ihnen hohe Profite verbürgt. Und der Staat wird den Kriegsverband natürlich nicht auflösen, sondern aus ihm Gewinn schöpfen wollen: sichert er den Unternehmern durch sein Machtgebot hohe Kartellprofite, so kann er sich selbst einen Anteil an diesen Kartellprofiten sichern, und den wird er in seiner Geldnot gut brauchen können. Wir werden also in vielen Industriezweigen staatlich organisierten Zwangskartellen gegenüberstehen; also einem restlos und einheitlich organisierten Unternehmertum. Und da diese Kartelle von der Bürokratie organisiert werden, da der Staat sich vermutlich an ihren Profiten einen Anteil sichern wird, werden diese Kartelle in allerengster Beziehung zur Regierung stehen und auf sie den stärksten Einfluß üben. Die Kapitalsgewalt wird in höherem Maße denn je auf die Unterstützung der Staatsgewalt rechnen dürfen.

Fassen wir nun all das zusammen, so ist einleuchtend, daß der Krieg die Macht des Kapitals ungeheuer gestärkt hat. Der Kampf gegen das Kapital wird unvergleichlich schwerer sein als vor dem Kriege. Wir werden es nicht mehr mit einzelnen Unternehmern zu tun haben, sondern mit einem geschlossen organisierten, mit den Großbanken eng versippten, von der Staatsgewalt unterstützten Unternehmertum. Jeder Ausstand in einem einzelnen Betrieb wird mit der Aussperrung in vielen anderen Betrieben beantwortet werden. Dem Unternehmertum werden im Lohnkampf riesige Kapitalien bereit, der ganze Einfluß der Großbanken und des Staates zur Seite stehen. Es ist klar, daß nur sehr starke Gewerkschaften solchen Kämpfen gewachsen sein können; klar aber auch, daß die gewerkschaftlichen Riesenkämpfe, die dieser Zustand auslösen wird, unvermeidlich zu politischen Klassenkämpfen werden, über deren Ergebnis die politische Macht der Arbeiterklasse entscheiden wird. Die ganze Zukunft der Arbeiterklasse hängt davon ab, ob es ihr gelingen wird, ihre gewerkschaftliche und politische Rüstung so zu stärken, daß sie den neuen Aufgaben gewachsen sein wird. Die Hauptarbeit dazu wird freilich erst nach dem Kriege geleistet werden können, wenn unsere besten Kämpfer von der Front zurückkehren. Aber heute schon gilt es, möglichst starke Kaders zu bilden, damit sie bereit seien für die Zeiten der großen Mobilisierung der Kräfte des Proletariats.

Tägliche Rundschau
17./4.1918.

17.
195

Die Uebergangswirtschaft.

Der Ausschuß des Reichstags für Handel und Gewerbe befaßte sich Mittwoch erneut mit der

Frage der Uebergangswirtschaft.

Unterstaatssekretär Dr. Göppert schilderte die in Aussicht genommenen Maßnahmen für die Ueberführung der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft, die vom Reichswirtschaftsamt ausgearbeitet worden sind, aber der Entscheidung des Bundesrats noch nicht unterlegen haben. Für ein festes Programm fehlt die solide Grundlage; es muß zu sehr mit Hoffnungen und Erwartungen gerechnet werden. Die Uebergangsmaßnahmen sind keineswegs gleichbedeutend mit Festlegung und Richtunggebung für die Friedenswirtschaft. Vielleicht bietet die Gegenwart die Keime für eine neue Entwicklung, aber unter allen Umständen wird die Zukunft an die durch den Krieg unterbrochene Friedenswirtschaft anknüpfen müssen. Die zu lösende Aufgabe wird vielfach, auch in den beteiligten Kreisen, zu leicht genommen und zu optimistisch aufgefaßt. Ein böser Fehler wäre es, anzunehmen und auszusprechen, daß mit dem Friedensschluß der freie Handel einsetzen müsse, daß nur er in der Lage sei, selbständig die große Aufgabe der Rohstoffversorgung zu lösen.

Abg. Rießer (nl.): Vor Festlegung der zu treffenden Richtlinien und Maßnahmen müssen die beteiligten Kreise gehört werden. Der vorliegende Entwurf einer Bekanntmachung zur Regelung der Uebergangswirtschaft geht zu weit und gibt der vorgesehenen Organisation zu große Rechte.

Abg. Cohn-Reuß (Soz.) steht dem vorerwähnten Entwurf weniger ablehnend gegenüber. Für den Uebergang sind scharfe behördliche Maßnahmen notwendig, aber deren Wirkung ist zeitlich möglichst zu begrenzen. Redner erörtert die Vorzüge der gebundenen Wirtschaft.

Abg. Keinath (nl.): Finanzfragen machen ein übermäßiges Eingreifen der Behörden nicht notwendig, ebensowenig die in Zukunft nötige Vorratspolitik. Diese verschiedenen Aufgaben löst der Staat am besten, wenn er sich auf den freien Handel stützt. Der Vorredner sieht zu schwarz, wenn er den Export in nächster Zeit für ausgeschlossen hält. Der Export muß gefördert werden, weil doch das Ausland uns gewiß nicht die Rohstoffe lediglich für die Befriedigung unserer inländischen Bedürfnisse liefern wird.

Abg. Müller-Fulda (Z.): Bedauerlich ist, daß das neue Ermächtigungsgesetz sich so lange hinauszögert. Der Entwurf enthält so wichtige Bestimmungen, daß er dem Ermächtigungsgesetz vorgreift. Tatsächlich wird der Bundesrat auf die Seite gedrängt. Das ist nicht zu billigen. Warum die Ueberstürzung, warum werden nicht vorerst die beteiligten Stellen ausreichend gehört? Früher hat man die Uebergangszeit auf 6 bis 9 Monate geschätzt, jetzt redet der Entwurf vorläufig von 3 Jahren und stellt eine weitere Dauer in Aussicht.

Abg. Schiele (kons.): Die Dauer der Uebergangswirtschaft verlängert sich mit der Dauer des Krieges, aber man sollte nicht ohne Not die Lage so pessimistisch beurteilen. Die Einfuhr von Lebens- und Genußmitteln muß Abwechselung in die Lebensweise bringen; diese Notwendigkeit ist auch von ärztlicher Seite betont.

Abg. Dr. Stubmann (natl.): Liegt denn das Heil für das nötige Maß von Gebundenheit der Wirtschaft lediglich in der Organisation? So weitgehende Eingriffe, wie der Entwurf sie vorsieht, bedarf es nicht. Aus dem Entwurf ist nicht zu entnehmen, wie die Organisation nun praktisch arbeiten soll. Handel und Industrie haben andere Interessen wie die Regierung. Es genügt, diese Interessen in gewisser Weise einzuschränken, so daß sie die Interessen des Reiches nicht schädigen. Weitere Eingriffe sind unnötig. Jedenfalls ist möglichste Abkürzung der Uebergangswirtschaft dringendes Bedürfnis.

Ein Vertreter des Reichswirtschaftsamts teilte den Wunsch nach baldiger Freigabe des Handels. Wie soll aber der frühere, berechtigte Wunsch des Ausschusses, die stillgelegten Betriebe zunächst mit Rohstoff zu versehen, erfüllt werden, ohne Organisation und ohne behördliche Regelung der Einfuhr und der Verteilung der Rohstoffe? An die im Entwurf vorgesehene Frist von drei Jahren bindet sich das Reichswirtschaftsamt durchaus nicht. Gewiß ist es nicht verwerflich, sondern berechtigt, daß der Kaufmann seine eigenen Interessen zunächst vertritt; aber diese Interessen widersprechen sich bei den verschiedenen Kaufleuten; daher ist eine übergeordnete Leitung und Organisation in so schwerer Zeit wie der jetzigen nötig, besonders bei der schwergetroffenen Textilindustrie. Uebrigens wird der freie Handel durchaus nicht ausgeschlossen; die guten Beziehungen der einzelnen Kaufleute sollen durchaus nutzbar gemacht werden.

Inzwischen ist ein gemeinsamer Antrag der bürgerlichen Parteien eingegangen:

1) schleunigst ein

neues Ermächtigungsgesetz

vorzulegen, das beschränktere Befugnisse enthält, als das frühere,

2) die beteiligten Interessenten gutachtlich zu hören.

Abg. Carstens (Fortschr. Vp.) betonte gegenüber dem Zentrumsredner, er habe niemals gehört, daß der frühere Chef der Abteilung für Uebergangswirtschaft Senator Stahmer die Frist für den Uebergang auf 6 bis 9 Monate beschränkt habe; ferner wünschte er Auskunft, ob und welche finanzpolitischen Zwecke mit den Zwangsorganisationen verfolgt würden. Wenn es auch nicht ganz ohne Zwang geht, so ist doch nicht auf allen Gebieten der Zwang nötig; diese Gebiete möge man freilassen.

Unterstaatssekretär Dr. Göppert: Wenn früher an eine kürzere Frist für die Uebergangswirtschaft gedacht worden ist, so hat sich diese Auffassung mit der Dauer des Krieges ändern müssen. Zwischen den Auffassungen des Senators Stahmer und der heutigen Leitung des Reichswirtschaftsamts bestehen Differenzen sachlicher Art nicht. Finanzpolitische Pläne sind mit der Organisation nicht verbunden. Diese Frage des Vorredners ist entschieden zu verneinen.

Berner Bund
18./4. 1918

1978

Schweizer Mustermesse in Basel

Basel 15.—30. April 1918

Unterwegs

-ck. Eine Fahrt nach Basel ist jetzt eine Fahrt dem Frühling entgegen. Zwar geht's nach Norden, aber dafür der Niederung zu, einem milderen Himmelsstrich entgegen. Das erkennt man an dem üppigern Grün der Wiesen und Kornfelder, je weiter man der Aare entlang hinabfährt. Und gar jenseits des Hauensteins, wenn man sich der Rheinebene nähert. Hinter Liestal begegnet der Blick den ersten blühenden Bäumen. Zuerst sind es nur schüchterne Aprikosenbäumchen, die wie duftig-zarte Rosenwölkchen aus dem kahlen Geäst eines Hausgartens oder aus einem graubraunen Rebenhügel hervorleuchten. Bald aber kommen die ersten Kirschbäume im Blütenschmuck, anfänglich sozusagen nur halb angezogen, ein weißer Fetzen da, ein anderer dort. Dann immer reicher, immer prächtiger, bis sie zuletzt in vollem Brautschleier dastehen, nicht einzeln, sondern in ganzen Heeresscharen, so daß die hochgiebligen Dörfer und die stillen Wiesen fast ertrinken in dem Blütenmeer.

Auf den Stationen haben auch die Roßkastanienbäume ihre harzigen Knospen gesprengt und fast sichtbarlich entfalten sie im Sonnenlicht ihre ersten Blätterbüschel. Auch an den Birn- und Apfelbäumen zeigt sich ein geheimnisvolles Schwellen und Knospen. Auch sie wollen nicht mehr lange zurückbleiben, auch sie wollen ein fruchtbares Jahr versprechen, das wir alle so sehr nötig hätten.

Ja selbst in die Eichen- und Erlenwäldchen am Rhein, die sich in dieser Zeit der Kohlen- und Holzteuerung streckenweise bedenklich gelichtet haben, hat der Frühling mit breitem Pinsel lichtgrüne Farbenklexe hineingeworfen, während am Waldboden, wo die Baumstämme und Scheiterbeigen weithin das Schlachtfeld der winterlichen Holzart bedecken, Rittersporn und Schneeglöckchen zuweilen ganze Blütenteppiche auf die erwarmende Erde gelegt haben und die Holzsplitter und Sägspähne, die noch an die Not der Zeit und an die Zeit der Not erinnern, sorgsam zu verhüllen suchen.

So ähnlich hat auch die gute Stadt Basel ein lenzliches Kleid angezogen. Durch die Hauptstraßen leuchten dem Fremdling Wimpel und Fahnen in Basler- und Schweizerfarben entgegen und dichtes Menschengewühl drängt sich auf Wegen, Plätzen und Brücken. Nicht aus Uebermut hat sich die ernste Rheinstadt in Feststaat geworfen, auch sie will mit ihrer Mustermesse gewissermaßen einen Vorfrühling der Friedensarbeit einleiten und die wirkenden, werbenden Kräfte, die in unserem Lande auch während dieser grimmigen Kriegszeit unermüdlich und unerschöpflich am Werke sind, so gut als möglich an Licht und Sonne, zum Blühen und Entfalten bringen.

Die Eröffnung

Schlicht und prunklos wurde die zweite schweizerische Mustermesse in Basel am Montag morgen in der mit ganz ägyptisch anmutenden Bildern (von Koch in Liestal) geschmückten Wandelhalle eröffnet durch eine Ansprache des scheidenden Regierungsrates Dr. Blocher (Herr Blocher verläßt Basel und die Schweiz, um in Schweden, der Heimat seiner Frau, an die Spitze eines großen Verlagsgeschäftes zu treten.) Er streifte in seiner Rede unter anderm auch die Sonderbestrebungen Lausannes für eine eigene Mustermesse und sagte, daß diese Anstrengungen der Lausanner in Basel Verstimmung, ja Verbitterung verursacht hätten. Basel werde sich seine Mustermesse nicht entreißen lassen. Im Gegenteil, man plane nun ernstlich die Errichtung eines großen ständigen Ausstellungsgebäudes auf dem Areal des alten Badischen Bahnhofes, d. h. also am Platze der jetzigen Mustermesse, eines Gebäudes, das im Erdgeschoß die Ausstellungsräume und das ständige Musterlager, in den obern Stockwerken vielleicht die Gewerbeschule, Handwerkerschule und dergleichen beherbergen soll. Auch Herr Regierungsrat Dr. Mangold sprach uns gegenüber am Samstag beim Empfang der Pressevertreter im Café Singer von diesem Plan, und es ist nicht daran zu zweifeln, daß die Basler in ihrer großzügigen Art die Sache zu einem guten Ende führen werden.

Während der Rede Dr. Blochers hatte man auch Muße, die Wandsprüche in der Wandelhalle zu lesen und sich über ein grobes Vergehen an einem Gottfried Kellerschen Spruch zu ärgern. Man liest da nämlich:

> Arbeit ist das wärmste Hemde
> Frischer Kunst im Wüstensand,
> Stab und Zelt in weiter Fremde
> Und das beste Heimatland.

Was da die Kunst im Wüstensand zu tun hat, ist nicht recht ersichtlich, es wäre denn daß sie von einem Kamel stammt, das den „frischen Quell im Wüstensand" noch immer nicht gefunden hat. Hoffentlich wird dieser Dekorationsmalerschnitzer noch berichtigt.

Erste Eindrücke

Soviel steht schon heute fest, daß auch die diesjährige „Muba" ein Erfolg sein wird. Die letztjährige erste Mustermesse ist in vielen Stücken übertroffen und überholt. Ein großer Vorteil gegenüber jener ersten Veranstaltung, die noch allzusehr das Merkmal der Improvisation an sich trug und in vier bis fünf verschiedenen Gebäuden von Groß- und Kleinbasel zusammengesucht werden mußte, liegt schon in der Einheitlichkeit des Ortes. Die ganze Veranstaltung befindet sich jetzt in einem Hallenbau — eigentlich sind es drei Hallen mit zusammen 10,000 Quadratmeter Grundfläche — auf dem Gebiete des alten Badischen Bahnhofes am Riehenring. Vom Zentralbahnhof führen direkte Straßenbahnwagen (Nr. 1 und 2) dahin.

Auch in der innern Einteilung und Ausstattung sind die Erfahrungen der letztjährigen ersten Messe nach Möglichkeit verwertet worden. Eine wesentliche Neuerung bilden namentlich die geschlossenen Stände und Kabinen, die den Ausstellern eine ungestörte Besprechung mit den Einkäufern gestatten. Neu sind auch ein hübsch ausgeschmückter Erfrischungsraum in der Ausstellung und ein beträchtlich erweitertes Post- und Telegraphenbureau.

Aber auch die Ausstellung selber ist reichhaltiger und einheitlicher. Die Zahl der Teilnehmer ist von 830 auf gegen 1000 gestiegen (darunter etwa 500, die letztes Jahr noch nicht ausgestellt hatten). Die Zahl der Gruppen ist im Interesse der Vereinfachung von 20 auf 12 herabgesetzt.

Letztes Jahr zählte man rund 300,000 Besucher und die Geschäftsabschlüsse werden auf 20 bis 25 Millionen Franken geschätzt. Dies Jahr dürften, wenn nicht außerordentliche Ereignisse dazwischen treten, diese Ziffern noch erheblich übertroffen werden. Schon jetzt haben sich, wie uns der junge, tatkräftige Direktor der Mustermesse, Dr. W. Meile, mitteilte, etwa 6000 Einkäufer angemeldet und es sei zu erwarten, daß ihre Zahl auf mindestens 10,000 ansteigen werde. Auch das Ausland interessiert sich für diese Messe; aus Holland ist für die nächsten Tage sogar ein Sonderzug mit Messebesuchern und Einkäufern angekündigt, denen auf Verwendung des schweizerischen Gesandten im Haag die deutsche Regierung den Durchpaß durch Deutschland gestattet hat.

Noch mehr als bisher soll der Geschäftscharakter der Messe gewahrt und betont werden. Infolgedessen haben am Vormittag stets nur Einkäufer Zutritt; erst am Nachmittag wird das übrige Publikum zugelassen. (In- und ausländischen Einkäufern werden nach schriftlicher Anmeldung für den Besuch auf den Namen lautende Einkäuferkarten zugestellt.) Die Veranstaltung soll kein Jahrmarkt und keine bloße Ausstellung, sondern vor allem eben eine Mustermesse sein. Nichtsdestoweniger wird sich, nach bisherigen Erfahrungen zu urteilen, auch der Besuch der Schaulustigen ins Große anlassen, was natürlich den Wert und die Bedeutung der Veranstaltung nur erhöht, denn neben dem direkten Zweck der Annahme von Bestellungen verfolgen die Aussteller naturgemäß auch den allgemeinen Reklamezweck für ihre Produkte.

Bekanntlich werden zur Messe nur Schweizerfirmen mit in der Schweiz hergestellten Erzeugnissen zugelassen. Man ist in dieser Beziehung sehr streng und gewissenhaft verfahren, so daß dem In- und Ausland die bestimmte Zusicherung gegeben werden kann, daß alles, was die Messe in Basel und das ständige Musterlager zeigen, nur Schweizerware ist. Der Katalog der Messe ist schon vor einiger Zeit als stattlicher Band mit über 300 Seiten erschienen.

Ein erster Rundgang

Gerade weil bei der Prüfung der Herkunft der Waren ein so strenger Maßstab angelegt wurde, ist die Reichhaltigkeit des Ausgestellten doppelt erfreulich.

„Es ist geradezu bewundernswert," so sagte uns der Direktor der Mustermesse am Sonntag morgen auf unserem ersten Rundgang durch die Ausstellung, „bewundernswert und hocherfreulich für unser Land, zu sehen, wieviel neue Industrien diese Kriegszeit bei uns zutage gefördert hat. Ich schätze sie gegenüber dem Vorjahr auf mindestens fünfzig Prozent. Sehen Sie da zum Beispiel diese ganz amerikanisch anmutenden Werkzeuge, diese Haushaltungsgegenstände und Maschinen, diese Bazarartikel, die man sonst zu Millionen aus dem Ausland bezogen hat; all das wird jetzt im Lande selber hergestellt. Not macht erfinderisch. Manches geht vielleicht nach Friedensschluß wieder ein, wenn man es aus dem Ausland billiger haben kann; anderes aber wird wohl auch bleiben, namentlich Erzeugnisse der Qualitätsarbeit."

Eine weitere erfreuliche Erscheinung an der diesjährigen Mustermesse ist die Entdeckung, daß auch unsere Großindustrie, die ersten schweizerischen Maschinenfabriken, die der ersten Mustermesse noch fast gänzlich fern geblieben sind, diesmal fast vollzählig aufgerückt ist. Wir finden da zum Teil recht imposante Ausstellungen von Escher-Wyß (Zürich), Maschinenfabrik Oerlikon, Gebrüder Sulzer (Winterthur), Brown-Boveri (Baden), Sauer (Arbon), usw.

Von bernischen Firmen der Maschinenbranche reihen sich an Graf & Enz, Schweizerische Fabrik für autogene Schweißanlagen, und Schweiz. Kohlensäurewerke Bern in Bern, mit bemerkenswerten und von Fachleuten viel beachteten neuartigen Darstellungen und Erzeugnissen; ferner U. Ammann, Maschinenfabrik, in Langenthal, Fritz Marti A.-G., Bern, usw. Ueberhaupt ist der Kanton Bern an der Messe sehr gut vertreten; mit etwa 125 Ausstellern folgt er unmittelbar auf Zürich und Baselstadt, die je ungefähr 180 zählen.

Die Firma Graf & Enz in Bern, die gemeinsam mit den Schweiz. Kohlensäurewerken Bern (Liebefeld) ausstellt, hat als besonders zeitgemäße Neuheit eine Azetylenkochanlage für die Haushaltungsküche ausgestellt. Der bequem zu handhabende, nicht zu große Apparat wird mit einem gewöhnlichen Gaskochherd in Verbindung gebracht und kann also in Zeiten des Brennstoffmangels geradezu ein Retter in der Not werden. Der Betrieb soll, einschließlich Abschreibung des etwa 350 Franken kostenden Apparates, nicht teurer kommen als das gewöhnliche Gas. Daneben sind in diesem Stand auch die bekannten Azetylen-Schweiß- und -Lötapparate der Firma zu sehen, die in kleinern Werkstätten auch zum Kochen und sogar zur Beleuchtung mitbenutzt werden.

Bei den Maschinen der Halle III lohnt sich auch ein Aufenthalt vor dem Stand der Berner Firma für Werkzeuge und Präzisionsapparate Otto Zaugg, Theaterplatz 4. Als besondere Neuheit finden wir da einen sog. Vissometer, Apparat zur Kontrollierung von Schraubgewinden (hergestellt von der Firma André Bechler in Münster-Bern), ferner eine Feinmeß-Uhr der Firma Stoppani-Bern, ein Meßinstrument, mit dem man, wie uns Hr. Zaugg erklärte, schon den 200. Teil eines Millimeters nachweisen kann. Eine Spezialität der Firma Zaugg sind sodann auch die Azetylenlampen und -Laternen, Marke „Lötschberg", in allen möglichen Ausführungen für Bahnbetrieb, für Feuerwehr, Briefträger, Grubenlampen usw. Sogar als Schmetterlingsfänger ist eine derartige Lampe von starker Leuchtkraft konstruiert, und zwar zur Vertilgung des Sauerwurmfalters (Cochylis), der in einigen schweizerischen Rebgeländen oft bis zu einem Drittel der Weinernte zerstört hat. Man hat daher in den Flugnächten dieser Falter in den Weinbergen solche Lampen auf einer Beckenunterlage mit Wasser und Petrol aufgestellt und damit sehr gute Erfolge erzielt. Ein Rebbesitzer in Boudry z. B. hatte letztes Jahr mit zwölf Lampen in sechs Tagen über 8000 dieser schädlichen Nachtfalter gefangen. Dies Jahr will man, wie man uns mitteilt, in Bern auch Versuche zur Vertilgung der Maikäfer durch solche Azetylenlampen anstellen. Diese Azetylenkäferfänger bestehen aus einer Lampe mit Glasglocke, unterhalb welcher ein breiter Trichter mit einem daran hängenden Sack angebracht ist. Das Ganze wird in Baumgärten usw. auf einem Holzgestell oder einem Wagen montiert und abends in Betrieb gesetzt. Die Maikäfer werden vom Lichte angezogen, stoßen gegen die Gasglocke und taumeln in den Trichter und von da in den Sack. Der Maikäfer verursacht in der Schweiz einen Schaden der jährlich in die Millionen geht, so daß sich ein solcher Feldzug gegen ihn wohl lohnen dürfte, besonders in dieser Zeit der Lebensmittelknappheit.

Auch die berühmte chemische Industrie der Schweiz, die bekanntlich in Basel ihre Stammburg hat, ist diesmal viel besser und reicher aufgetreten als an der ersten Messe.

Ein nicht ganz unwichtiges Stück heimischer Industrie finden wir in der ersten Halle auch in der Sportartikelausstellung von Th. Björnstad u. Co., Schauplatzgasse, Bern. In stattlicher Reihe stehen da die prächtigen Skihölzer und andere Sportgegenstände, die jetzt in Bern an der Gerbergasse in eigener Werkstätte hergestellt werden. Auch die riemenlose B.-B.-Bindung ist eine Spezialität der Firma, desgleichen der norwegische Bergans-Rucksack, der besonders dem Fußgänger und Skiläufer große Vorteile bietet. In der norwegischen Armee hat dieser Rucksack schon lange Eingang gefunden; eben in jüngster Zeit wurden, wie uns Hr. Björnstad sagte, in Norwegen wieder 100,000 dieser Rucksäcke für das Heer angeschafft. Auch Bergschuhe und Schlitten, von der Sportartikel-Firma Björnstad u. Co. ebenfalls selber hergestellt, sind in Basel zu sehen.

In der zweiten Halle, der transportablen eidgenössischen „Kunsthütte", die dem Berner von der Landesausstellung her bekannt ist und die an der Mustermesse hauptsächlich Textilindustrie und Bekleidungswesen beherbergt, warfen wir im Vorbeigehen einen Blick in die hier im Betrieb stehende Arbeitsstube eines alten baselbieter Seidenbandwebers, der mit seinem Töchterchen an einem altväterischen, aber anscheinend recht komplizierten Webstuhl die farbenprächtigsten Bänder wirkt.

Eine der größern und reichhaltigen Darbietungen dieser Textilabteilung ist diejenige der Firma G. Holliger, Neuengasse, Bern. Neben prachtvollem Damast und währschafter Leinwand für Bettwaren sind da verschiedene im Auftrage der Firma hergestellte Zwilch- und Segeltücher für das Sattlergewerbe, sowie sehr geschmackvoll bedruckte feine Leinen- und Seidenstoffe für Vorhänge und Innendekoration aller Art zur Schau gebracht. Die Kollektion dieses bekannten Hauses macht in ihrer vornehmen Einfachheit einen sehr vorteilhaften Eindruck.

Auch in der Abteilung der Musikinstrumente, die ziemlich zerstreut untergebracht ist, begegnen wir den verlockenden Ausstellungen zweier Berner Firmen, nämlich den Pianos von Wohlfahrt, Pianofabrik Helvetia, Nidau-Biel und von Schmidt-Flohr, Bern. Es wurde uns gesagt, daß gerade unsere Pianofabriken schon an der ersten Mustermesse großen Erfolge gehabt haben. Einer der Aussteller erzählte, er habe letztes Jahr allein an Private 68 Klaviere verkauft und weiterhin von Händlern so viel Bestellungen erhalten, daß seine Fabrik nun fast für drei Jahre voll beschäftigt sei. Unsere schweizerischen Klaviere verdienen aber auch den guten Ruf der Gediegenheit, den sie sich in den letzten Jahrzehnten erwarben.

Einzelheiten und Spezialitäten

Aus der Fülle der Erscheinungen dieser Mustermesse möchten wir für heute nur noch einige besonders beachtenswerte Spezialitäten und Einzelausstellungen erwähnen, die uns beim ersten Durchschreiten der Hallen noch aufgefallen sind.

Eine reizende Kollektion des feinen Langenthaler Porzellans, schöne Brienzer Holzschnitzereien, die elektrischen Heizkissen und hygienischen elektrischen Verbände der Firma A. Buck u. Cie., Zürich, die sogar ein Paar „Riesenfinken" (Hausschuhe) mit elektrischer Heizung ausstellt, sodann Sattlerei-Artikel der Firma Rüegsegger in Bern, in der graphischen Abteilung die neuesten Erscheinungen der Verlagsfirma Ferd. Wyß in Bern, darunter zwei vielversprechende Blätter einer Sammlung von Radierungen aus Alt-Bern, zu der Hubacher, Surbek und andere Berner Künstler beisteuern werden, dann eine reichhaltige Ausstellung der Schweiz. Celluloidwarenfabrik Zollikofen-Bern mit vielen kleinen Bedarfs- und Bazarartikeln wie Nadelbüchsen, Frivolité-Schiffchen, Toilettenspiegel usw., in der Maschinenabteilung eine von Fachleuten viel beachtete Ausstellung des neuen Geschwindigkeits-Regulators, Typus Gmür, der Firma Gmür u. Cie., Elektromechanische Werkstätten in Schänis, Kanton St. Gallen, die gerade für unsere Zeit ungemein wertvollen patentierten elektrischen Apparate zum Dörren und Kochen der Firma C. Eichenberger, Elektrotechnische Unternehmungen in Neukirch bei Romanshorn, die sich durch Einfachheit und leichte Handhabung auszeichnen, die feinen Glasarbeiten: Thermometer aller Art, Sanduhren usw. der Firma Kunz u. Co., Glasbläserei und Thermometerfabrik in Zürich, die reizende Neuheit des Silberporzellan-Geschirrs der Firma Theodor Wilhelm A.-G., Metallwarenfabrik in Zürich, die ersten in der Schweiz hergestellten Prismenfeldstecher der Basler Optikerfirma C. Ramstein, die ganz nach Görz und Zeiß aussehen, die optischen, physikalischen und medizinischen Instrumente und Apparate unserer bekannten Berner Optikerfirma E. F. Büchi an der Spitalgasse, interessante photographische Spezialitäten der Firma W. Walz, optische Werkstätte, St. Gallen (Neuheiten: „Vedo", Vergrößerungsapparate, Projektionsapparate für undurchsichtige Bilder), die überaus praktischen Bureaumöbel und Registerkästen von Rüegg-Nägeli u. Cie. in Zürich. (Diese altbekannte Firma widmet sich seit Jahren der Einrichtung von Vertikal-Korrespondenz-Registraturen und Kartotheken aller Art und führt auch die Organisation ganzer Bureaubetriebe durch. Der Stand, der in sehr gefälliger Weise ausgebaut ist, zeigt uns einige Abbildungen von ausgeführten Anlagen. Unter dem reichhaltig vorhandenen Mustermaterial interessieren besonders verschiedene praktische Anwendungen der neuen „Automat-Buchhaltung", die, wie die zahlreichen Gutachten beweisen, sehr genaue Resultate, verbunden mit der heute so wichtigen Statistik bietet.) Dann die geschmackvollen Erzeugnisse verschiedener Tessiner Möbelfabrikanten, Erzeugnisse der Schweiz. Möbelfabrik, J. Perrenaud A. G., vertreten durch R. Baumgartner, Länggaßstraße 8, Bern, die prächtige Ausstellung der Kunsttöpferei Steffisburg in Verbindung mit der Firma Desalmand und Speckert in Mett bei Biel, wo man neben feinen Erzeugnissen der Kunsttöpferei (u. a. von Schülern der Keramischen Schule in Bern handgemalte Vasen und Lampenfüße), auch broncierte Kunstgegenstände (Statuetten nach berühmten Meistern) sieht, von denen man bisher nie gedacht hätte, daß es möglich wäre, sie in dieser Vollkommenheit im Lande selber herzustellen, dann in der Abteilung der Bijouterie die hocheleganten Armband- und Fingerring-Uhren der Firma H. Moser u. Cie. in Locle, kleine Wunderwerke der Technik und des feinen Geschmackes, die man vor dem Krieg eigentlich nur aus Paris beziehen zu können glaubte; geschmackvolle elektrische Beleuchtungskörper von der Basler Firma Ritter und Uhlmann, die auf diesem Gebiete ganz Hervorragendes leistet.

Cuenin-Hüni u. Cie., Korbwaren-, Korbflaschen- und Rohrmöbelfabrik in Kirchberg (Kt. Bern) haben nicht nur einen eigenen Stand hübsch ausgestattet, sondern auch die Wandelhalle mit ihren eleganten Korbfauteuils versehen, in denen man so behaglich sitzt wie in irgend einem feudalen Leder-Klubsessel.

Henri Borel, Werkstätte für Stanzarbeiten in Lausanne, hat neuestens eine für die Schweiz ziemlich neue Industrie geschaffen durch seine Fassungen für elektrische Lampen u. dgl., die bisher hauptsächlich aus Deutschland eingeführt werden mußten. Herr Borel hat, wie es heißt, schon an der Lyoner Messe großen Erfolg davongetragen.

Eine mehr oder weniger neue Spezialität vertritt auch Hans Liechti, Bilderrahmenfabrik, Bern, Holligenstraße, mit seinen eleganten runden und ovalen Rahmen.

In der Lebensmittel-Abteilung bildet die große Sehenswürdigkeit und Attraktion der Salami-Pavillon der Firma Albert Iten, Salamifabrik in Unterägeri (Kt. Zug). Man glaubt sich bei dieser fleischarmen Zeit beinahe ins Schlaraffenland versetzt, wenn man diese Herrlichkeit und Fülle sieht: ein richtiges Märchenhäuslein ganz aus den schönsten und appetitlichsten Salamiwürstchen aufgebaut.

Aus derselben Gruppe wären auch noch die „Sparta-Produkte" zu erwähnen, die zum erstenmal an der Mustermesse erscheinen und besonders in der jetzigen Zeit willkommen sind. „Sparta"-Sauce ersetzt den teuren Fleischextrakt, „Sparta"-Bouillon ersetzt jederzeit die Fleischbrühe," so lautet die kurze Erklärung. Die „Sparta"-Produkte stammen aus der Nährmittelabteilung der Firma A. H. Boller u. Cie. in Zürich.

In der Bekleidungsgruppe finden wir die Firma Adolf Grieder u. Cie. in Zürich auf einem ganz neuen Gebiet, dem der Stoffdrucke. Neben Farbensinfonien auf schwerer, reicher Seide, die sich hauptsächlich für Mäntelfutter eignen mögen, erfreut sich das Auge an einer Serie reizender, neuer Dessins mit „schweizerisch-werkbündlerischem" Einschlag für Innendekoration. Daneben wieder aparte Muster für Blusen und Roben. Von ganz besonderem Interesse ist ferner eine Art Battistdruck auf Cretonne. Von den kunstvollen handgearbeiteten Stoffen der Eingeborenen in Indien ausgehend, finden diese Tücher, den hiesigen Verhältnissen angepaßt, eine reizvolle Verwendung für Wandbespannung, Vorhänge und Möbel.

Kölnische Zeitung
24./4. 1918.

Der Entwurf eines Arbeitskammergesetzes.

⌖ **Berlin**, 23. April. (Telegr.) Die Vorlage über Arbeitskammern, die dem Reichstage zugegangen ist, bestimmt u. a. folgendes:

§ 1. Für die Arbeitgeber und die Arbeiter eines Gewerbezweiges oder mehrerer verwandter Gewerbezweige sind, soweit nach dem Stande der gewerblichen Entwicklung ein Bedürfnis besteht, auf fachlicher Grundlage Arbeitskammern zu errichten. Die Arbeitskammern sind rechtsfähig.

§ 2. Die Arbeitskammern sind berufen, den wirtschaftlichen Frieden zu pflegen. Sie sollen die gemeinsamen gewerblichen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeitgeber und der Arbeiter der in ihnen vertretenen Gewerbezweige sowie die auf den gleichen Gebieten liegenden besondern Interessen der Arbeiter und die auf dem Gebiete des Arbeitsverhältnisses liegenden besondern Interessen der Arbeitgeber wahrnehmen.

§ 3. In Sonderheit gehört zu den Aufgaben der Arbeitskammern 1. ein gedeihliches Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitern zu fördern und nach Maßgabe der Paragraphen 42 bis 48 das gewerbliche Einigungswesen zu pflegen, 2. die Staats- und Gemeindebehörden in der Förderung der im Paragraphen 2 bezeichneten Interessen durch tatsächliche Mitteilungen und Erstattung von Gutachten zu unterstützen. Auf Ansuchen der Staats- und Gemeindebehörden und des Kaiserlichen Statistischen Amtes haben sie bei Erhebungen über die gewerblichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der in ihnen vertretenen Gewerbezweige in ihrem Bezirke mitzuwirken, sowie Gutachten zu erstatten, insbesondere über: a) den Erlaß von Vorschriften auf Grund der Paragraphen 104d, 105e Abs. 1, 120 Abs. 3, 120e, 120f, 128 Abs. 2, 139a, 154 Abs. 4 der Gewerbeordnung, ferner, soweit nicht Fachausschüsse nach dem Hausarbeitsgesetze vorhanden sind, auf Grund der Paragraphen 3, 4, 10 14 bis 16, des Hausarbeitsgesetzes und, soweit die Arbeitgeber in Bergwerken, Salinen, Aufbereitungsanstalten oder unterirdisch betriebenen Brüchen oder Gruben und die von ihnen beschäftigten Arbeiter in Frage kommen, den Erlaß von Bergpolizeiverordnungen, die den Schutz des Lebens oder der Gesundheit der Arbeiter und die Aufrechterhaltung der guten Sitten und des Anstandes durch die Einrichtung des Betriebes bezwecken; b) die in ihrem Bezirke für die Auslegung von Verträgen und für die Erfüllung von Verbindlichkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitern bestehende Verkehrssitte, 3. Wünsche und Anträge, die ihre Angelegenheiten (§ 2) berühren, zu beraten, 4. Veranstaltungen und Maßnahmen, welche die Hebung der wirtschaftlichen Lage und der allgemeinen Wohlfahrt der Arbeiter, insbesondere auch die Pflege des jugendlichen Nachwuchses zum Zwecke haben, anzuregen und auf Antrag der Vertreter der hierfür getroffenen Einrichtungen an deren Verwaltung mitzuwirken, 5. beim Abschluß von Tarifverträgen mitzuwirken, 6. soweit nicht Fachausschüsse nach dem Hausarbeitsgesetze vorhanden sind, auf Ansuchen der Staats- und Gemeindebehörden in geeigneter Weise insbesondere durch Vernehmung beteiligter Gewerbetreibender und Hausarbeiter, sowie von Auskunftspersonen die Höhe des von den Hausarbeitern tatsächlich erzielten Arbeitsverdienstes zu ermitteln, dessen Angemessenheit zu begutachten und Vorschläge für die Vereinbarung angemessener Entgelte für die Hausarbeiter zu machen. 7. Nicht gewerbsmäßige Arbeitsnachweise zu fördern. 8. Bei der Arbeitsbeschaffung für Kriegsbeschädigte und andre durch den Krieg in Arbeitslosigkeit geratene Personen mitzuwirken. — Die Arbeitskammern können vorbehaltlich der Bestimmungen des (Haushaltsplan) Paragraphen 27 Umfragen über die Arbeitsverhältnisse und sozialen Einrichtungen der in ihnen vertretenen Gewerbezweige in ihrem Bezirke selbständig veranstalten. Sollen durch die Umfrage zahlenmäßige Feststellungen für eine größere Zahl von Betrieben oder von Arbeitern erfolgen, so bedarf der Erhebungs- und Bearbeitungsplan, wenn sich die statistische Aufnahme nicht über das Gebiet eines Bundesstaats hinaus erstreckt, der Genehmigung der statistischen Zentralbehörde dieses Bundesstaats, wenn sie sich darüber hinaus erstreckt, der Genehmigung des Kaiserlichen Statistischen Amtes.

§ 4. Die Arbeitskammern können innerhalb ihres Wirkungskreises (§§ 2, 3) an Behörden, an Vertretungen von Kommunalverbänden und an die gesetzgebenden Körperschaften der Bundesstaaten oder des Reichs Anträge richten.

§ 5. Angelegenheiten, die lediglich die Verhältnisse einzelner Betriebe betreffen, dürfen, vorbehaltlich der Bestimmungen im Paragraphen 45 Abs. 1 und 2, nicht in den Bereich der Tätigkeit der Arbeitskammern einbezogen werden.

§ 6. Als Arbeiter im Sinne dieses Gesetzes gelten die gewerblichen Arbeiter (Titel 7 der Gewerbeordnung) einschließlich derjenigen Personen, welche für bestimmte Gewerbetreibende außerhalb der Arbeitsstätten der letztern mit der Anfertigung gewerblicher Erzeugnisse beschäftigt sind, und zwar auch dann, wenn sie die Roh- und Hilfsstoffe selbst beschaffen, jedoch vorbehaltlich der Bestimmungen im Paragraphen 9. Ausgeschlossen bleiben Gehilfen und Lehrlinge in Apotheken. Für Betriebsbeamte, Werkmeister, Techniker (Titel 7 Abschnitt 3b der Gewerbeordnung), für Handlungsgehilfen und Handlungslehrlinge und für deren Arbeitgeber werden Angestelltenkammern durch Reichsgesetz errichtet. Als Arbeitgeber im Sinne dieses Gesetzes gelten die Unternehmer solcher Betriebe, welche als gewerbliche im Sinne der Gewerbeordnung anzusehen sind, sofern sie mindestens einen Arbeiter (Abs. 1) regelmäßig das Jahr hindurch beschäftigen; dabei stehen den Unternehmern ihre gesetzlichen Vertreter und die bevollmächtigten Leiter ihrer Betriebe gleich. Inwieweit letzteres bei den Arbeitgebern in Bergwerken, Salinen, Aufbereitungsanstalten oder unterirdisch betriebenen Brüchen oder Gruben der Fall ist, bestimmt die Landeszentralbehörde. Als Arbeiter und Arbeitgeber im Sinne dieses Gesetzes gelten auch die Arbeiter und Arbeitgeber der Eisenbahnunternehmungen, ferner auch die Arbeiter und Arbeitgeber derjenigen Betriebe des Reichs, eines Bundesstaats, einer Gemeinde und eines weitern Kommunalverbandes, die als gewerbliche Betriebe im Sinne der Gewerbeordnung anzusehen wären, wenn sie mit der Absicht auf Gewinnerzielung geführt würden. Als Arbeitgeber der Betriebe des Reichs, eines Bundesstaats, einer Gemeinde und eines weitern Kommunalverbandes gelten im Sinne dieses Gesetzes die Vorstände der einzelnen Dienststellen dieser Betriebe nach Maßgabe der für die Betriebe des Reichs vom Reichskanzler, für die übrigen Betriebe von der Landeszentralbehörde zu erlassenden Vorschriften.

§ 7. Besitzt ein Unternehmer Betriebe an mehrern Orten, die zu Bezirken verschiedener Arbeitskammern gehören, oder Betriebe aus mehrern Gewerbezweigen, für die verschiedene Arbeitskammern bestehen, so wird jeder dieser Betriebe der für den Ort und Gewerbezweig des Betriebs zuständigen Arbeitskammer zugerechnet. Bestandteile eines Unternehmens, die durch die Betriebsleitung oder das Arbeitsverfahren und räumlich untrennbar miteinander verbunden sind, sowie Nebenbetriebe gelten nicht als besondere Betriebe im Sinne vorstehender Bestimmung und werden, wenn sie verschiedenen Gewerbezweigen angehören, dem Gewerbezweig des hauptsächlichen Bestandteils zugerechnet.

§ 8. Die Arbeitskammern werden durch Beschluß des Bundesrats errichtet. Vor Errichtung soll Berufsvereinen der Arbeitgeber und Arbeiter aus den beteiligten Gewerbezweigen Gelegenheit gegeben werden, sich gutachtlich zu äußern. In dem Beschluß sind die Gewerbezweige, für welche die Arbeitskammern errichtet werden, sowie Bezirk, Name und Sitz der Arbeitskammern zu bestimmen. Durch die Landeszentralbehörde oder, wenn der Bezirk der Arbeitskammer über das Gebiet eines Bundesstaats hinausgeht, durch den Bundesrat kann die Bildung von Abteilungen für Gewerbezweige oder für bestimmte Arten von Gewerbebetrieben oder für bestimmte Bezirke angeordnet werden. In gleicher Weise können Änderungen vorgenommen werden. Betreffen die Änderungen solche Arbeitskammern, deren Bezirk über das Gebiet eines Bundesstaats nicht hinausgeht, und bezwecken sie nicht eine Erweiterung des Bezirks auf das Gebiet andrer Bundesstaaten, so können sie durch Verfügung der Landeszentralbehörde erfolgen. Zur Aufhebung einer Arbeitskammer ist jedoch nur der Bundesrat befugt. Erstreckt sich der Bezirk der Arbeitskammer über mehrere Bundesstaaten, so sind die in diesem Gesetz den Behörden übertragenen Befugnisse, soweit nicht etwas anderes vereinbart ist, von den Behörden desjenigen Bundesstaats wahrzunehmen, in welchem die Arbeitskammer ihren Sitz hat. Für Angelegenheiten der im § 3 Nr. 2 bis 8 und im § 4 bezeichneten Art, welche die Arbeitgeber oder die Arbeiter nur der in der Abteilung vertretenen Bezirke, Gewerbezweige oder Gewerbebetriebe betreffen, ist die Abteilung ausschließlich zuständig.

§ 9. Soweit auf Grund des Hausarbeitgesetzes Fachausschüsse errichtet sind oder noch errichtet werden, kann sie der Bundesrat zu Abteilungen der für ihren Gewerbezweig und ihren Bezirk zuständigen Arbeitskammern erklären. Geschieht dies, so haben die Fachausschüsse alle Befugnisse und Obliegenheiten der gemäß § 8 gebildeten Abteilungen für bestimmte Arten von Gewerbebetrieben.

§ 10. Für jede Arbeitskammer sind ein Vorsitzender und mindestens ein Stellvertreter sowie die erforderliche Zahl von Mitgliedern zu berufen. Der Vorsitzende und seine Stellvertreter dürfen weder Arbeitgeber noch Arbeitnehmer sein. Sie werden von der Aufsichtsbehörde (§ 49) auf die Dauer von mindestens einem Jahre und höchstens sechs Jahren ernannt. Eine Wiederernennung ist zulässig. Der Vorsitzende führt den Vorsitz auch in den Abteilungen. Für jede Abteilung ist mindestens ein Stellvertreter zu berufen. Ist gemäß § 9 ein Fachausschuß zur Abteilung einer Arbeitskammer erklärt worden, so gilt der Vorsitzende des Fachausschusses als Stellvertreter des Vorsitzenden der Arbeitskammer für den Fachausschuß. Für die Mitglieder sind Stellvertreter zu bestellen, die in Behinderungsfällen und im Falle des Ausscheidens für den Rest der Wahlperiode in der Reihenfolge der Wahl für die Mitglieder eintreten. Bestehen mehrere Arbeitskammern oder Abteilungen an einem Ort, so kann die Aufsichtsbehörde den Vorsitzenden und seine Stellvertreter für die Kammern und Abteilungen gemeinsam bestellen, auch gemeinsame Einrichtungen für den Bureaudienst, die Sitzungs- und Geschäftsräume und dergleichen treffen.

§ 11. Die Mitglieder der Arbeitskammern und der Abteilungen sowie ihre Stellvertreter müssen zur Hälfte aus den Arbeitgebern, zur Hälfte aus den Arbeitern entnommen werden. Die Vertreter der Arbeitgeber werden mittels Wahl der Arbeitgeber, die Vertreter der Arbeiter mittels Wahl der Arbeiter bestellt. Die Zahl der Mitglieder der Arbeitskammer, die nicht unter 20 betragen soll, sowie die Zahl der Stellvertreter und der Mitglieder der Abteilungen wird durch Verfügung der Aufsichtsbehörde bestimmt. Die Mitglieder der Abteilungen sind zugleich Mitglieder der Arbeitskammer. Dies gilt auch von den Mitgliedern der zu Abteilungen erklärten Fachausschüsse (§ 9). Die Mitglieder und die Stellvertreter erhalten für jede Sitzung, der sie beigewohnt haben, Vergütung etwaiger Fahrkosten und Tagegelder nach näherer Bestimmung der Landeszentralbehörde.

§ 12. Die für den gleichen Gewerbezweig gebildeten Arbeitskammern sind befugt, miteinander in Verbindung zu treten und nach Maßgabe des § 44 gemeinschaftliche Einigungsämter zu errichten.

§ 13. Bei den Verkehrsanstalten des Reiches und der Bundesstaaten können durch Beschluß des Bundesrats Arbeiterausschüsse zu Arbeitskammern erklärt werden, sofern sie folgenden Anforderungen entsprechen: 1. Der Vorsitzende des Arbeiterausschusses, insofern der Arbeiterausschuß als Arbeitskammer wirksam ist, und seine Stellvertreter dürfen weder Arbeiter noch Leiter oder Beamte der Dienststellen sein, für welche der Arbeiterausschuß errichtet ist. Sie werden von der Aufsichtsbehörde (§ 49) ernannt. 2. Die Zahl der Mitglieder des Arbeiterausschusses aus dem Stande der Arbeiter darf nicht geringer sein als zehn. 3. Für die Wirksamkeit des Arbeiterausschusses als Arbeitskammer tritt zu den Mitgliedern aus dem Stande der Arbeiter eine höchstens gleich große Zahl von Vertretern der Verwaltung, die von dieser ernannt werden. Ist die Zahl dieser Vertreter kleiner, so stehen bei Abstimmungen und Wahlen dem dienstältesten Vertreter der Verwaltung so viele Stimmen zu, daß die Gesamtzahl der Stimmen der Verwaltung ebenso groß ist, wie die Zahl der anwesenden Vertreter der Arbeiter. 4. Für die Wahlen der Vertreter der Arbeiter gilt hinsichtlich der Wahlberechtigung § 14, hinsichtlich der Wählbarkeit § 16 Abs. 1 entsprechend. Sind bei einer Verkehrsanstalt Arbeiterausschüsse für kleinere und solche für größere Bezirke oder für das ganze Verkehrsgebiet gebildet, so sind die Wahlen zu den Arbeiterausschüssen für die kleinern Bezirke unmittelbar. Die Mitglieder der Arbeiterausschüsse für die größern Bezirke können von den Mitgliedern der Arbeiterausschüsse für die kleinern Bezirke, die Mitglieder der Arbeiterausschüsse für das ganze Verkehrsgebiet von den Mitgliedern der Arbeiterausschüsse für die kleinern oder für die größern Bezirke aus ihrer Mitte gewählt werden. Das entsprechende gilt, wenn mehrere nach Arbeitergruppen getrennte Arbeiterausschüsse für das ganze Verkehrsgebiet bestehen und aus diesen ein Arbeiterausschuß für sämtliche Arbeitergruppen gebildet ist. Sämtliche Wahlen sind geheim. 5. Werden die Arbeiter nach Bezirken, nach Dienststellen oder nach Beschäftigungsarten in Gruppen eingeteilt, die ihre Vertreter für sich wählen, so müssen jeder Gruppe mindestens 50 Wahlberechtigte angehören. Auf die so gebildeten Arbeitskammern finden mit Ausnahme der Paragraphen 5 und 12 die Bestimmungen dieses Gesetzes Anwendung, soweit nicht Abweichendes bestimmt ist.

Die Paragraphen 14 bis 22 enthalten die Vorschriften über Wahlberechtigung und Wählbarkeit, Wahlverfahren und Wahlzeit. Zur Teilnahme an den Wahlen (§ 11) sind Deutsche beiderlei Geschlechts berechtigt, welche 1. das 21. Lebensjahr vollendet haben, 2. im Bezirk der Arbeitskammer tätig sind, 3. denjenigen Gewerbezweigen als Arbeitgeber oder Arbeiter angehören, für welche die Arbeitskammer errichtet ist. Nicht wahlberechtigt ist, wer nach § 32 des Gerichtsverfassungsgesetzes zum Amt eines Schöffen unfähig ist. Für die Wahlen der Arbeitgeber setzt die Aufsichtsbehörde das Stimmrecht unter Berücksichtigung der Zahl der von den einzelnen Arbeitgebern beschäftigten Arbeiter verschieden fest. Wählbar sind diejenigen Wahlberechtigten, welche 1. das 25. Lebensjahr vollendet haben, 2. seit mindestens einem Jahre denjenigen Gewerbezweigen als Arbeitgeber oder Arbeiter angehören, für welche die Arbeitskammer errichtet ist. 3. In dem der Wahl voraufgegangenen Jahre für sich oder ihre Familie Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln nicht empfangen oder die empfangene Unterstützung erstattet haben. Außerdem sind wählbar, sofern die Voraussetzungen Absatz 1 Ziffer 1 und 3 erfüllt sind, solche Personen, die wenigstens drei Jahre hindurch den Gewerbezweigen, für welche die Arbeitskammern errichtet sind, als Arbeitgeber oder Arbeiter angehört haben und seit mindestens einem Jahre im Bezirke der zuständigen Arbeitskammer wohnen, ferner als Arbeitgeber auch solche Personen, die mindestens ein Jahr als Vorsitzende oder Beamte beruflicher Vereine der Arbeitgeber derjenigen Gewerbezweige tätig sind, für welche die Arbeitskammern errichtet sind, und im Bezirke der zuständigen Arbeitskammer wohnen. Die Zahl der im Absatz 2 genannten Personen darf in jeder Arbeitskammer nicht mehr als je ein Viertel der Vertreter der Arbeitgeber und Arbeiter betragen. Sind gemäß § 8 Abteilungen errichtet, so erfolgen für sie gesonderte Wahlen. Für die Abteilungen sind nur diejenigen Personen wahlberechtigt und wählbar, welche den in den Abteilungen vertretenen Gewerbezweigen oder Gewerbebetrieben angehören. Wahlberechtigt sind diese Personen nur für die Abteilungen, die für sie zuständig sind. Wählbar zu den Abteilungen sind nach Maßgabe der Bestimmungen des § 16 Absatz 3 auch die im § 16 Absatz 2 bezeichneten Personen, soweit sie im Bezirke der Abteilung wohnen. Der Vorsitzende der Arbeitskammer leitet die Wahlen in getrennter Wahlhandlung. Sie sind unmittelbar und geheim und finden nach den Grundsätzen der Verhältniswahl statt. Die Wahl geschieht auf sechs Jahre. Wiederwahl ist zulässig.

Die §§ 23 bis 41 regeln die Kostenfrage und die Geschäftsführung. Der § 42 bestimmt, daß die Kammern für jeden Bezirk ein Einigungsamt errichten. Aufsichtsbehörde ist nach § 49, sofern der Bundesrat nicht anders bestimmt, die höhere Verwaltungsbehörde des Bezirks. Sie kann auflösen und Neuwahlen anordnen.

Vossische Zeitung

24./4. 1918.

24
202

Der Arbeitskammer-Gesetzentwurf.

Ein neues Stück Sozialpolitik.

Dem Reichstag ist jetzt der Entwurf des Arbeitskammergesetzes zugegangen. Seine einleitenden Bestimmungen besagen, daß die Kammern auf fachlicher Grundlage errichtet werden sollen. Die Arbeitskammern sind rechtsfähig. Sie sind berufen, den wirtschaftlichen Frieden zu pflegen. Sie sollen die gemeinsamen gewerblichen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeitgeber und der Arbeiter der in ihnen vertretenen Gewerbezweige sowie die auf den gleichen Gebieten liegenden besonderen Interessen der Arbeiter und die auf dem Gebiete des Arbeitsverhältnisses liegenden besonderen Interessen der Arbeitgeber wahrnehmen.

Den Arbeitskammern fallen nach § 3 insbesondere folgende Aufgaben zu:

1. ein gedeihliches Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitern zu fördern und das gewerbliche Einigungswesen zu pflegen,

2. die Staats- und Gemeindebehörden zur Förderung des wirtschaftlichen Friedens durch tatsächliche Mitteilungen und Erstattung von Gutachten zu unterstützen. Auf Ansuchen der Staats- und Gemeindebehörden und des Kaiserlichen Statistischen Amtes haben sie bei Erhebungen über die gewerblichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der in ihnen vertretenen Gewerbezweige in ihrem Bezirke mitzuwirken sowie Gutachten zu erstatten.

3. Wünsche und Anträge, die ihre Angelegenheiten berühren, zu beraten.

4. Veranstaltungen und Maßnahmen, welche die Hebung der wirtschaftlichen Lage und der allgemeinen Wohlfahrt der Arbeiter, insbesondere auch die Pflege des jugendlichen Nachwuchses zum Zweck haben, anzuregen und auf Antrag der Vertreter der hierfür getroffenen Einrichtungen an deren Verwaltung mitzuwirken,

5. beim Abschluß von Tarifverträgen mitzuwirken,

6. soweit nicht Fachausschüsse nach dem Hausarbeitsgesetze vorhanden sind, auf Ansuchen der Staats- und Gemeindebehörden in geeigneter Weise, insbesondere durch Vernehmung beteiligter Gewerbetreibender und Hausarbeiter sowie von Auskunftspersonen die Höhe des von den Hausarbeitern tatsächlich erzielten Arbeitsverdienstes zu ermitteln, dessen Angemessenheit zu begutachten und Vorschläge für die Vereinbarung angemessener Entgelte für die Hausarbeiter zu machen,

7. nicht gewerbsmäßige Arbeitsnachweise zu fördern,

8. bei der Arbeitsbeschaffung für Kriegsbeschädigte und andere durch den Krieg in Arbeitslosigkeit geratene Personen mitzuwirken.

Die §§ 4—7 beschäftigen sich mit dem Wirkungskreis der Kammern, mit der Bestimmung der Begriffe „Arbeiter" und „Unternehmer". Die Arbeitskammern können Umfragen über die Arbeitsverhältnisse und sozialen Einrichtungen der in ihnen vertretenen Gewerbezweige in ihrem Bezirke selbständig veranstalten, ferner innerhalb ihres Wirkungskreises Anträge an Behörden, an Vertretungen von Kommunalverbänden und an die gesetzgebenden Körperschaften der Bundesstaaten oder des Reiches richten.

Die Arbeitskammern werden durch Beschluß des Bundesrats errichtet. Vor Errichtung soll Berufsvereinen der Arbeitgeber und Arbeiter aus den beteiligten Gewerbezweigen Gelegenheit gegeben werden, sich gutachtlich zu äußern. Für jede Arbeitskammer sind ein Vorsitzender und mindestens ein Stellvertreter sowie die erforderliche Zahl von Mitgliedern zu berufen. Der Vorsitzende und seine Stellvertreter dürfen weder Arbeitgeber noch Arbeitnehmer sein. Sie werden von der Aufsichtsbehörde (§ 49) auf die Dauer von mindestens einem Jahre und höchstens sechs Jahren ernannt. Eine Wiederernennung ist zulässig. Die Mitglieder der Arbeitskammern und der Abteilungen sowie ihre Stellvertreter müssen zur Hälfte aus den Arbeitgebern, zur Hälfte aus den Arbeitern entnommen werden. Die Bestellung geschieht durch Wahl. Die Zahl der Mitglieder der Arbeitskammer, die nicht unter 20 betragen soll, sowie die Zahl der Stellvertreter und der Mitglieder der Abteilungen wird durch Verfügung der Aufsichtsbehörde bestimmt.

Ueber Wahlberechtigung und Wählbarkeit schreiben die § 14—18 vor: Zur Teilnahme an den Wahlen sind Deutsche beiderlei Geschlechts berechtigt, welche 1. das 21. Lebensjahr vollendet, 2. im Bezirke der Arbeitskammern tätig sind, 3. denjenigen Gewerbezweigen als Arbeitgeber oder Arbeiter angehören, für welche die Arbeitskammer errichtet ist. Für die Wahlen der Arbeitgeber setzt die Aufsichtsbehörde das Stimmrecht unter Berücksichtigung der Zahl der von den einzelnen Arbeitgebern beschäftigten Arbeiter verschieden fest. Wählbar sind diejenigen Wahlberechtigten, welche 1. das 25. Lebensjahr vollendet haben, 2. seit mindestens einem Jahre denjenigen Gewerbezweigen als Arbeitgeber oder Arbeiter angehören, für welche die Arbeitskammer errichtet ist. Der Vorsitzende der Arbeitskammern leitet die Wahlen in getrennter Wahlhandlung. Sie sind unmittelbar und geheim und finden nach den Grundsätzen der Verhältniswahl derart statt, daß neben den Mehrheitsgruppen auch die Minderheitsgruppen entsprechend ihrer Zahl vertreten sind. Hierbei kann die Stimmabgabe auf Vorschlagslisten beschränkt werden, die bis zu einem näher zu bestimmenden Zeitpunkt vor der Wahl einzureichen sind. Wenn nur eine Vorschlagsliste eingereicht ist, gelten die auf dieser Liste Vorgeschlagenen ohne weiteres als gewählt. Die Wahl erfolgt durch Abgabe von Stimmzetteln. Für die Wahlen der Arbeitgeber kann die Aufsichtsbehörde Oeffentlichkeit der Wahl festsetzen.

Die Beschlüsse der Kammern werden durch Stimmenmehrheit gefaßt. Zur Gültigkeit eines Beschlusses ist die Ladung aller Mitglieder und die Anwesenheit von mindestens der Hälfte der zur Zeit der Kammer, der Abteilung oder dem Ausschuß angehörenden Mitglieder erforderlich. Bei der Beschlußfassung müssen Arbeitgeber und Arbeiter in gleicher Zahl mitwirken. Sind auf der einen Seite weniger Vertreter erschienen als auf der anderen, so scheidet auf dieser Seite die erforderliche Zahl von Mitgliedern mit dem an Lebensalter jüngsten beginnend aus.

Nach § 42 des Entwurfs müssen die Arbeitskammern für ihren Bezirk ein Einigungsamt errichten. Der Vorsitzende der Arbeitskammer ist auch Vorsitzender des Einigungsamts. Neben dem Vorsitzenden besteht das Einigungsamt aus vier Mitgliedern der Arbeitskammer als ständigen Beisitzern, von denen je zwei Arbeitgeber und Arbeiter sein müssen. Die Einigungsämter der Arbeitskammern können bei Streit zwischen Arbeitgebern und Arbeitern der in ihnen vertretenen Gewerbezweige über die Bedingungen der Fortsetzung oder Wiederaufnahme des Arbeitsverhältnisses angerufen werden, wenn es an einem hierfür zuständigen Gewerbegerichte fehlt oder die beteiligten Arbeiter in den Bezirken mehrerer Gewerbegerichte beschäftigt sind. In Reichs- und Staatsbetrieben der Eisenbahnen und der Post, in denen weder eine Betriebseinstellung noch eine gemeinsame Arbeitsniederlegung zulässig ist, können die Einigungsämter der Arbeitskammern bei Streit über die grundsätzliche Gestaltung der Arbeitsbedingungen angerufen werden. — Die Arbeitskammern und die von ihnen gebildeten Einigungsämter und Schlichtungsstellen unterliegen, wie schließlich § 49 des Entwurfs bestimmt (sofern nicht vom Bundesrat anders bestimmt wird), der Aufsicht derjenigen höheren Verwaltungsbehörde, in deren Bezirk sie ihren Sitz haben.

*

Das Einigungswesen der Arbeitskammern soll, wie in der Begründung ausgeführt ist, das der Gewerbegerichte nicht ersetzen, sondern ergänzen, und das letztere soll auch künftig für den Regelfall den örtlichen Unterbau bilden. Für Arbeitskämpfe jedoch, bei denen es an einem zuständigen Gewerbegerichte fehlt oder an denen Arbeiter aus den Bezirken mehrerer Gewerbegerichte beteiligt sind, sollen neue Einigungsstellen errichtet werden."

Eine wichtige Rolle in der neuen Vorlage spielt die Frage der Stellung der Arbeiter in den Staats- und Gemeindebetrieben. Hierüber sagt der Gesetzgeber: „Die verbündeten Regierungen haben sich zu dem Vorschlag entschlossen, alle öffentlichen Betriebe, die, wenn in Absicht der Gewinnerzielung geführt, unter die Gewerbeordnung fallen würden, dem Arbeitskammergesetz zu unterstellen. Auch die im früheren Entwurf enthaltene Ausnahme für die Betriebe der Heeres- und Marineverwaltung ist fallen gelassen worden."

Eine rechtliche Sonderstellung nehmen die Eisenbahnunternehmungen ein. Der Reichstag hat im Jahre 1910 die Einbeziehung der Eisenbahnarbeiter beschlossen, doch konnten die verbündeten Regierungen sich damals nicht entschließen, diesem Beschlusse zuzustimmen. Wenn sie sich nunmehr veranlaßt gesehen haben, ihre sehr ernsten Bedenken zurückzustellen und, über den Beschluß des Reichstages hinausgehend, die sämtlichen Eisenbahnarbeiter dem Arbeitskammergesetze zu unterstellen, so geschieht dies aus dem Wunsche heraus, die Eisenbahnarbeiter auch nicht scheinbar schlechter zu stellen als die übrigen Staatsarbeiter.

Für die wichtigste Gruppe der Eisenbahnunternehmungen, die des Reichs und der Bundesstaaten, sowie für die andere große Gruppe der öffentlichen Verkehrsanstalten, die Post- und Telegraphenverwaltungen, sind wegen des großen Umfangs der Betriebe, wegen ihrer Eigenart und wegen ihrer hervorragenden Bedeutung für das öffentliche Wohl im Rahmen der fachlichen Gliederung der Arbeitskammern besondere Kammern in Aussicht zu nehmen.

Die Aufhebung des § 153.

Mit dem Arbeitskammergesetz ist auch der Entwurf über die Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung zugegangen. Er lautet kurz: „Der § 153 der Gewerbeordnung wird aufgehoben." § 153 bedroht mit Gefängnis bis zu drei Jahren, sofern nach dem allgemeinen Strafgesetz nicht eine höhere Strafe eintritt, denjenigen, der andere, durch Anwendung körperlichen Zwanges, durch Drohungen, durch Ehrverletzungen oder durch Verrufserklärungen bestimmt oder zu bestimmen versucht, an Verabredungen zum Zwecke der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsverhältnisse teilzunehmen oder ihm Folge zu leisten, oder andere durch gleiche Mittel hindert oder zu hindern versucht, von solchen Verabredungen zurückzutreten.

Pester Lloyd

27/IV. 1918

204

Volkswirtschaft.

Der Beruf des Handels und seine künftigen Aufgaben.

Von Baron Dr. Julius Madarassy-Beck.

— Präsidial-Antrittsrede in der Ungarischen Kaufmannshalle. —

Budapest, 26. April.

Wir stehen im vierten Jahre des die Welt erschütternden Krieges und rings um uns liegen überall Trümmer. Unermeßlich sind die Verheerungen an produktivem Kapital und an Nationalvermögen: in bezug auf die Qualität des ungarischen Bodens, die wirtschaftliche Ausrüstung, Maschinen und Eisenbahnen, die Verschlechterung der Wege, in allen Mitteln der Produktion und unserem kostbarsten Schatz, dem Verluste der Besten des ungarischen Stammes und in Verbindung damit der Arbeitskraft. Und dieses Bild, das sich uns darbietet, ist heute noch kein vollständiges Bild der Verluste, die wir in diesem Weltwahnsinn erlitten haben. Der einseitige, gebieterische und keine Schranken kennende Bedarf des Krieges, die sozusagen vollständige Isolierung gegenüber dem Auslande hält heute noch das ganze Wirtschaftsleben in einem hypnotischen Zustande, er führt zu einem falschen, in vielem allzu günstigen Urteil, und erst nach dem Friedensschluß, wenn wir den unendlich schwierigen Problemen des Ueberganges und des Beginnes der normalen wirtschaftlichen Arbeit gegenüberstehen werden, werden alle kriegführenden Staaten die wahre Rechnung des Krieges kennenlernen.

Und doch ist in diesem die Kulturnationen Europas in ihren Existenzmöglichkeiten angreifenden Sturme die Lage Ungarns nicht die schwierigste. Wir haben in geringerem Maße und kürzere Zeit unter dem Einbruch des Feindes gelitten als andere Staaten. Unsere Entbehrungen waren auch infolge des agrarischen Charakters des Landes vielleicht geringer als die anderer Staaten. Das Land ist im Vergleich zu Oesterreich wirtschaftlich wesentlich erstarkt und diese wirtschaftliche Kräftigung war in bezug auf ihre Verteilung aus sozialem Gesichtspunkt bei uns günstiger als wo immer. Auch die Arbeit der Regenerierung, die Lösung der Aufgaben des Ueberganges wird wieder infolge des agrarischen Charakters des Landes bei uns leichter vor sich gehen als sei es in Oesterreich oder sei es in Deutschland. Abgesehen von der mächtigen Kraft, die Ungarn während des Krieges gezeigt hat, haben die traurigen politischen Verhältnisse Oesterreichs an sich dahin geführt, daß der politische Schwerpunkt der Monarchie sich automatisch immer mehr nach Ungarn verschieben muß.

Es ist die Möglichkeit gegeben, daß wir in der betrübenden Relativität der durch den Krieg herbeigeführten Schwächung der großen Nationen Europas Ungarn auf einem mit schwerer Arbeit und schweren Entbehrungen gepflasterten Wege einer unverhofften Entwicklung zuführen können. Wenn wir durch die Vereinigung sämtlicher nationalen Energien des Landes eine einheitliche, wohl durchdachte, weise Politik machen, die die Konsequenzen des Krieges in wirtschaftlichem und sozialem Sinne ableitet, aber sämtliche Produktionskräfte vereinigt und die Arbeit wie die Lasten gerecht und den Interessen der unbedingt notwendigen intensiveren größeren Produktion entsprechend verteilt, vermag diesem Lande die Möglichkeiten der Zunahme an politischem Gewicht, der Prosperität, des Gedeihens, des Fortschrittes niemand zu entwinden. Nur diejenigen allein könnten das Land dahingelangen lassen, daß es in den klaffenden Abgründen des Weltumsturzes versinke, die seine Angelegenheiten leiten.

Das politische Leben Ungarns ist wie eine Partie der Westfront vor einer deutschen Attacke mit giftigen Gasen gesättigt. Ein ansehnlicher Teil unserer hervorragenden Politiker trägt eine Maske, und zwar nicht bloß wegen der Gase, sondern in erster Reihe, um ihr wahres Gesicht zu verdecken. Die ungarische Politik ist nicht aufrichtig. Sie nährt sich auch heute, da sie das Schicksal des Landes für Jahrzehnte, vielleicht für ewig entscheiden muß, von persönlichen Ambitionen, Neid, verblüffend kleinlich und lächerlich gewordenem Haß und Unverträglichkeit. Sie treibt ein frivoles Spiel mit Schlagwörtern, zitiert Geister, von denen sie nicht weiß, wie lange sie sie zu beherrschen vermag, und unterhält sich mit dem aristokratisch gemütlichen Polosport am Fuße eines gärenden, brodelnden Kraters. Sie vergißt, daß unser Vaterland vom Osten her vom Kontagium der sozialen Dissolution, von Oesterreich aber von der Ansteckung des Nationalitätenzerfalles bedroht ist. Sie vergißt, daß wir auch über die Hölle triumphieren können, wenn wir einig und stark sind, daß das Land aber unrettbar verloren ist, wenn wir unsere nationalen Kräfte in dem Kampfe auf Leben und Tod gegeneinander aufreiben.

Wir, die wir in dieser an ehrenwerten Traditionen so reichen Kaufmannshalle einen ansehnlichen Teil des ungarischen Handels und damit der leider so schwachen und so unorganisierten ungarischen Bürgerschaft vertreten, dürfen, glaube ich, sagen: Genug von dieser Politik, die die heiligsten Güter der einheitlichen Kraft der Nation unter Tausenden entsetzlicher Gefahren verpraßt. Genug von dieser Politik, die zu einer Zeit, da die Kriegsschulden des ungarischen Staates bereits 26·6 Milliarden betragen, der Banknotenumlauf 20 Milliarden übersteigt, unsere Valuta im Auslande unter allen Währungen am denkbar schlechtesten steht, zu einer Zeit, da eine starke Regierung ständigen Charakters durch wohlerwogene Arbeit die kaum erträglichen öffentlichen Lasten erleichtern, die schwierigen Probleme der Uebergangswirtschaft, die drohenden schweren Approvisionierungsfragen lösen müßte, in einem Jahre nunmehr schon zur vierten Kabinettskrise geführt hat. Genug von dieser Politik, die sich bei jeder Krise nur um die lächerliche Mathematik der Parteiproportionen kümmert und dadurch zu unmöglichem Dilettantismus führt in einem Augenblick, da die über die Ausnahmegewalt verfügende Regierung heute mit tausendfach größerer Verantwortlichkeit arbeitet als zu welcher Zeit immer. Genug von dieser Politik, die sich vom Kokettieren des Nationalkasinos mit den sozialistischen Gewerkschaften nährt und jene bürgerliche Klasse überspringt und nicht befragt, die in diesem schrecklichen Krieg, den wir nicht beendigen können, wenigstens den inneren Frieden, die Ordnung, die nur die Interessen des Landes vor Augen haltende Arbeit wünscht und spüren will, daß das Schiff ihres Vaterlandes mit weiser Erwägung von starken Händen gesteuert wird. Insbesondere der Handel muß dies verlangen, jener Handel, der [illegible]ch das Gebot der Notwendigkeit im Kriege um alles [illegible]bracht wurde, und der wissen will, daß man seine Regenerierung nach dem Friedensschluß mit systematischer, verläßlicher Arbeit vorbereitet.

Die richtige Art der Lösung dieses Regenerierungswerkes bildet eine Lebensfrage für den Handel. Der Staatssozialismus der Kriegswirtschaft hat alle Betätigungen des Handels in Fesseln geschlagen. Er hat jede freie Bewegung und jede Möglichkeit der Unternehmertätigkeit, der individuellen Arbeit, des Zurgeltungkommens von Findigkeit und Geschicklichkeit verhindert. Eine der schwierigsten Aufgaben der Uebergangswirtschaft wird es sein, einen Ausweg aus dieser Lage zu finden. Jeder nüchtern denkende Wirtschaftspolitiker muß die mächtige produktive und die Prosperität fördernde Kraft empfinden, die der freie Handelsverkehr, das ungestörte Spiel der Kräfte, die in der Unternehmungslust liegende Gestaltungsfähigkeit in dem wirtschaftlichen Fortschritt jedes Landes bedeutet. Ebenso müssen wir aber auch fühlen, daß der Krieg die Welt aus den Angeln gehoben, daß er eine vollkommen neue, nie dagewesene und nie für möglich gehaltene Lage geschaffen hat, mit der man rechnen muß. Es wäre eine unverzeihliche Verirrung, zu glauben, daß wir das Wirtschaftsleben nach dem Kriege dort wieder aufnehmen können, wo wir es vor dem Kriege verlassen haben. Für den Staat werden schon aus dem Gesichtspunkte der ungeheuren öffentlichen Lasten, aber auch aus dem der Valuta, der völlig geänderten Vermögensverteilung und in Verbindung damit auch wegen der sozialen Beziehung die Fragen der Produktion wie des Konsums nach dem Kriege — vielleicht durch sehr geraume Zeit — nicht indifferent sein. Aus öffentlichem Interesse von schwerer Bedeutung, wird ein gewisses Maß der Beschränkung, der Einmischung nicht zu vermeiden sein und der Staat wird sich nicht sofort auf den Standpunkt des Prinzips: laisser faire — laisser aller stellen können. Dieser Sachlage gegenüber ist es weit klüger, wenn der Handel nicht das Unmögliche wünscht, dafür aber mit desto größerer Kraft und Energie fordert, was ihm in nüchterner Weise nicht verweigert werden kann. Diese Forderungen können in zwei Grundprinzipien festgelegt werden. Das eine ist, daß die staatliche Einmengung nach dem Kriege keinen Augenblick lang weiter dauere und um keinen Schritt weiter ausgedehnt werde, als der freie Verkehr dies gebieterisch erheischt, das zweite aber ist, daß die Gebundenheit des freien Verkehrs nicht durch die gegenwärtigen Organe vollzogen werde, deren systematische Fehler und Auswüchse wir zur Genüge erfahren haben, sondern durch neue, gründlich durchdachte und mit Zustimmung der interessierten Kreise geschaffene Organisationen, in deren Rahmen dem Handel der entsprechende Einfluß und Wirkungskreis zu sichern ist.

Der Handel muß organisiert und einheitlich auftreten. Wie in der Politik des Landes liegt auch hier die Kraft in der Einheit. Und diese Kraft ist vonnöten. Nicht aus dem Grunde, als wollte sie für sich unbillige Begünstigungen, illegitime Vorteile erpressen. Das hat sie nie getan und wird sie nie tun. Wohl aber, um ihre gerechte Sache zur Geltung zu bringen und sich zu verteidigen, wenn man sie in unbilliger Weise angreift. Vor nicht langer Zeit haben wir im öffentlichen Leben Ungarns Kundgebungen einer kapital- und handelsfeindlichen Kampagne wahrgenommen, deren Wogen sich langsam glätten. Wenn sie im Erlöschen begriffen ist, so hat hieran unleugbar Handelsminister Josef Szterényi ein großes Verdienst, und der Handel würde es nur bedauern, wenn dieser Mann von jener Stelle, an der er zu unendlicher Beruhigung des Kaufmannstandes seine großzügige Facharbeit versieht, in das schreckliche Labyrinth der ungarischen Politik geriete. Wir aber müssen gegen die mala fide mit irreführenden Schlagwörtern arbeitende Agitation jedes Angriffes nicht nur zum Schutze des Handels Stellung nehmen, sondern auch weil dies geradezu ein Interesse des Landes ist, das eine solche antiökonomische Politik in den Wurzeln seines Wirtschaftslebens angreifen kann. Diejenigen, die den Handel geringschätzend erledigen wollen, die sogar seine Produktivität in Zweifel ziehen, die ihn wegen der Fehltritte einzelner Personen angreifen, von denen auch wir uns ebenso mit Abscheu abwenden wie wer immer, bitten wir, nicht zu vergessen, daß dieser ganze Krieg eigentlich um Welthandelsinteressen geführt wird, daß die in der Pariser Konferenz der Entente beschlossene Boykottpolitik nach dem Kriege kommerziellen Interessen dienen will, daß Deutschland einen großen Teil seiner beispiellosen Größe und seiner phantastischen Entwicklung seinem Handel zu verdanken hat. Der Handel, der in diesem Kriege seine Pflicht ebenso erfüllt hat wie welche produzierende Klasse des Landes immer, dessen Lage eine weit schwierigere war als die anderer Klassen und dem in der künftigen Entwicklung des Landes eine schicksalsschwere, entscheidende Rolle zufallen wird, verlangt für sich nichts weiter, als Gerechtigkeit und jene Wertschätzung, die er verdient.

Neues Wiener Tagblatt
28/IV. 1918

205

Die Industrie im vierten Kriegsjahre.

Die erfahrensten Fachmänner haben bei Ausbruch des Krieges nicht voraussehen können, wie sich auf dem wirtschaftlichen Gebiete, insbesondere auf dem der Industrie, die Dinge gestalten würden. Es hat sich diese Entwicklung auch keineswegs gleichmäßig und einheitlich während der langen Kriegsdauer vollzogen. In den ersten Monaten herrschte der Pessimismus vor. Man fürchtete zum Beispiel in der Zuckerindustrie, durch das Aufhören des Exports nach England werde eine Absatzstockung viele Fabriken in Verlegenheiten bringen, und um sie abzuwenden und zugleich andre Fabrikationszweige zu unterstützen, wurde die Kriegsdarlehenskasse gegründet, deren Hauptaufgabe die Belehnung von Waren sein sollte. Eine der größten österreichischen Eisenindustriegesellschaften glaubte vorsichtshalber zehn Millionen von dem Werte ihrer Vorräte abschreiben zu müssen. Diese Depression dauerte nicht lange. Es zeigte sich bald, daß für den unterbundenen Export jeder Art in den Bestellungen der Heeresverwaltung ein mehr als ausreichender Ersatz geboten war. Heute braucht der Industrie, obwohl die Ausfuhr noch immer stockt, um den Absatz nicht bange zu sein. Im Gegenteil, es ist von vielem nicht einmal für den inländischen Bedarf genügend Ware vorhanden. Zucker, Eisen, Kohle, Petroleum und noch manche andre Produkte würden, auch wenn sie in reichlicherer Menge erzeugt würden, auf die Ausfuhr noch verzichten können. Die ursprüngliche Besorgnis: Wo findet man einen Käufer? ist in das Gegenteil umgeschlagen. Heute heißt es: Wo findet man Ware genug, um den Bedarf innerhalb der Grenzen unsrer Monarchie zu befriedigen? Zu der durch die Kriegsbedürfnisse gesteigerten Nachfrage hat sich ja auch die Notwendigkeit gesellt, vieles, was man sonst aus dem Auslande zu beziehen gewohnt war, im eigenen Lande herzustellen. Den Höhepunkt der Rentabilität der so ungeahnt gesteigerten industriellen Tätigkeit brachte das Jahr 1916. Das Jahr 1917 war für manche Industriezweige schon weniger ergiebig, und das laufenden Jahre ist wegen der Erhöhung der Erzeugungskosten durch die teuere Arbeitsleistung und die ebenfalls teurer gewordenen Rohmaterialien bei einer ganzen Reihe von Unternehmungen eine weitere Schmälerung der Reinerträgnisse eingetreten.

Naturgemäß war in der eigentlichen Kriegsindustrie, die mit der Erzeugung der Waffen und der Munition sich zu befassen hatte, die Konjunktur am glänzendsten. Ein Millionenheer, welches durch nahezu vier Jahre im Felde steht, hat einen Massenbedarf an Geschützen, Handfeuerwaffen, Artilleriegeschossen und Patronen. Unsre Industrie konnte, auf sich allein angewiesen, alles das leisten, wozu die Ententestaaten die amerikanische Hilfe nicht entbehren konnten. Die Skodawerke, die Waffenfabrik, die Hirtenberger, die Enzesfelder, die Poldihütte, die Dynamit-Nobelgesellschaft und andre Unternehmungen ähnlicher Art haben infolge der notwendig gewordenen Massenerzeugung wiederholt Erweiterungsbauten und Kapitalsvermehrungen vorgenommen. Die finanziellen Ergebnisse haben die der Friedenszeit weit übertroffen, doch mischt sich bei diesen Unternehmungen in die Genugtuung hierüber die Sorge, wie sie sich später in die Friedensarbeit umzustellen haben werden. Manche Gesellschaften, die jetzt nur für den Krieg arbeiten, treffen bereits Vorkehrungen für die Ueberleitung zu einer Friedensbeschäftigung.

Die Eisen- und die Kohlenindustrie gehören in der Kriegszeit auch zu den meistbeschäftigten. Aber während bei der Waffen- und Munitionsindustrie bisher noch keine Abnahme der Reingewinne wahrzunehmen war, ist in der Montanindustrie, wie die bisher veröffentlichten Bilanzen zeigen, im vierten Kriegsjahre bereits ein sehr empfindlicher Rückgang der Erträgnisse zu verzeichnen. Bei der Alpinen Montangesellschaft sank die Dividende für das letzte Jahr von 50 auf 26 K. Die Prager Eisenindustriegesellschaft hatte in der ersten Hälfte ihres Ende Juni abzuschließenden Geschäftsjahres ein mehrere Millionen betragendes Mindererträgnis. Die Oesterreichische Berg- und Hüttenwerksgesellschaft vermochte dagegen auch für das Jahr 1917 die gleiche Dividende wie im Vorjahr zur Verteilung zu bringen. Von den Kohlenwerksgesellschaften weisen die meisten geringere Reingewinne und daher kleinere Dividenden aus. So ist bei der Brüxer Kohlenwerksgesellschaft die Dividende von 62 auf 54, bei der Nordböhmischen von 80 auf 76, bei der Westböhmischen von 30 auf 28 K. zurückgegangen. Darunter hatten auch die böhmischen sogenannten Kohlenbahnen zu leiden. Die Buschtiehrader Bahn mußte die Dividende für ihre A-Linien von 125 K. des Vorjahres auf K. 61.50 und für ihr B-Netz von 36 auf 16 K. herabsetzen. Die Aussig-Teplitzer Bahn, früher eine der ertragreichsten, hat sogar zum erstenmal seit ihrem Bestande überhaupt keine Dividende zahlen können. Den Rückschlag in den Erträgnissen der Kohlenindustrie spürt auch die Nordbahn, die seit der Verstaatlichung ihres Eisenbahnnetzes eine reine Kohlenindustriegesellschaft geworden ist. Seit 67 Jahren hat sie keine so niedrige Dividende wie für das letztverflossene Jahr zu verzeichnen.

Besser als die erwähnten Industriezweige waren im abgelaufenen Jahre noch die Maschinen- und Waggonbau- sowie die Textil- und Leder-, ferner die chemische und elektrische Industrie daran, jedoch auch nicht durchweg. So hat zum Beispiel die Grazer Waggonfabrik im verflossenen Jahre mit Verlust gearbeitet. Von der Schiffbauindustrie ist bekanntlich die Canttere Navale vom Kriege hart betroffen. Es gibt noch andre Stiefkinder unter den Industriegesellschaften, die von der Kriegskonjunktur nicht nur nichts gewannen, sondern ihre Betriebe so einzuschränken gezwungen waren, daß von einem nennenswerten Geschäftsergebnisse nicht die Rede sein konnte. Namentlich haben die Zement- und Ziegelwerksgesellschaften schlechte Zeiten gehabt. Besser konnten die Brauereien trotz der so verminderten Bierproduktion ihre Rechnungen abschließen, da sie sich zum Teil auf die Erzeugung andrer Waren verlegten. Ueberhaupt sind nicht wenige Industriezweige, die sonst ihren Betrieb vollständig hätten einstellen müssen, zur Erzeugung andrer Artikel übergegangen. Wie sich nach Beendigung des Krieges die Produktionsverhältnisse gestalten werden, läßt sich ebensowenig mit Sicherheit voraussagen, wie die Entwicklung, die die industrielle Tätigkeit seit Kriegsbeginn genommen hat, vorauszusehen war. Es fehlen wie damals alle Erfahrungen, denn auf die wirtschaftlichen Wirkungen der früheren Kriege kann man sich nicht berufen. Seitdem Geschichte gemacht wird, hat noch nie ein Krieg von solcher Ausdehnung auf die Volkswirtschaft Einfluß genommen.

Oesterreichische Bodenkreditanstalt.

Generalversammlung vom 27. April.

Unter dem Vorsitze des Gouverneurs Geheimen Rates Dr. Karl Ritter v. Leth hat gestern die (53.) ordentliche Generalversammlung der Aktionäre der Bodenkreditanstalt stattgefunden. Es waren einundfünfzig Aktionäre anwesend, welche insgesamt 43,860 Aktien mit 264 Stimmen repräsentierten. Als landesfürstlicher Kommissär wohnte Ministerialrat Doktor Robert v. Zwierzina der Generalversammlung bei. Als Schriftführer fungierte Notar Dr. Edmund Kundegraber. Zu Skrutatoren, beziehungsweise Verifikatoren wurden die Herren Hermann Buchrlen und Kommerzialrat David Fanto bestellt.

Der zur Verlesung gebrachte Bericht des Gouverneurs führt nach einem Hinweis auf die Friedensschlüsse im Osten und die auch weiterhin ausschließlich in den Dienst des Abwehrkrieges gestellte Tätigkeit der Industrien sowohl wie der Banken während des ganzen Jahres folgendes aus:

„Die Hindernisse der Produktion, die aus dem Mangel an Rohstoffen und Arbeitskräften sowie aus den Schwierigkeiten der Kohlenversorgung und Verkehrsabwicklung entspringen, haben sich im Jahre 1917 immer stärker fühlbar gemacht und vielfach Erzeugungen, die nicht wenigstens mittelbar mit der Heeresversorgung zusammenhängen, ganz zum Stillstande gebracht. Demgemäß flossen die bisher in solchen geschäftlichen Unternehmungen verwendeten Kapitalsbeträge dem offenen Geldmarkte zu; Aufgabe und Verdienst der Banken war es, diese Kapitalien und die während des Krieges erzielten — namentlich in der Landwirtschaft belangreichen — Gewinne zu sammeln und zur Befriedigung der enormen finanziellen Erfordernisse des Krieges in die Staatskasse überzuleiten. Die sechste und die siebente Kriegsanleihe boten den Banken hiefür reichliche und gut genützte Gelegenheit. Als bemerkenswert in dieser Beziehung darf wohl verzeichnet werden, daß die fast während des ganzen Geschäftsjahres herrschende ausgesprochene Geldflüssigkeit dank dem eingreifenden Wirken der Banken am Vorabend und während der Zeichnungen auf die siebente Kriegsanleihe einer verhältnismäßigen Knappheit Platz gemacht hatte; in so hohem Maße war durch Vorschüsse, Vorzeichnungen und Zeichnungswerbungen die Mobilisierung aller verfügbaren Mittel für den staatlichen Kriegsanleihebedarf durchgeführt worden.

Trotz dieser steigenden Erfolge der Kriegsanleihen blieb auch der Markt der sonstigen festverzinslichen Anlagewerte im Berichtsjahre gut behauptet; insbesondere unsre Pfandbriefe und sonstigen Bankschuldverschreibungen fanden zu guten Kursen schlanken Absatz, so daß die Nachfrage nach neuen Darlehen unserseits durchweg befriedigt werden konnte." — Die sonstigen Einzelheiten des Geschäftsberichtes sind schon gelegentlich der Besprechung des Jahresabschlusses mitgeteilt worden.

Nach Verlesung des Berichtes des Gouverneurs durch Direktor Alfred Herzfeld verlas Zensor Dr. August v. Kolisko den Bericht der Zensoren, der in dem Antrag gipfelt: „Die Generalversammlung wolle die vorgelegten Rechnungsabschlüsse für das Jahr 1917 genehmigen und dem Verwaltungsrat das Absolutorium erteilen." Die Generalversammlung beschloß hierauf ohne Debatte und einstimmig in Gemäßheit dieses Antrages.

Desgleichen wurden die Anträge der Verwaltung wegen Verwendung des Reingewinnes einstimmig angenommen. Wie der Vorsitzende mitteilte, wird die Auszahlung des Dividendencoupons pro 1917 vom 29. d. angefangen erfolgen.

Bei den hierauf vorgenommenen Wahlen wurden die turnusmäßig ausscheidenden Verwaltungsräte Exzellenz Johann Freiherr von Chlumecky, Exzellenz Dr. Arthur Graf Enzenberg, Dr. Georg Günther und Isidor Mautner mit zweijähriger Funktionsdauer wieder- und Exzellenz Dominik Graf zu Hardegg mit zweijähriger Funktionsdauer neugewählt. Zum Zensor wurde Dr. Adolf Stein mit dreijähriger Funktionsdauer gleichfalls stimmeneinhellig wiedergewählt.

Neue Freie Presse
30./IV. 1918
208

Der Economist.

Die handelspolitischen Abmachungen in den neuen Friedensverträgen.

Vom Minister a. D. Dr. Franz Stibral.
Mitglied des Herrenhauses.

Salzburg, im April.

Es hat eine Zeit gegeben, wo man sich alltäglich beim Aufstehen gefragt hat: Wer hat seit gestern noch den Krieg erklärt? Und jetzt ist eine andere Zeit gekommen. Mit der komplementären Frage: Kein neuer Friedensschluß? — Das alte „Ex oriente lux" hat eine Beziehung angenommen, die ihm früher nicht eigen war. Im Osten ist das Kriegsgewölke, das durch Jahre hindurch den Horizont rundum umtobt hat, zuerst aufgerissen worden. Viel, unendlich viel. Aber zu wenig noch, als daß man von einem wieder gefundenen Europa reden kann. Das dicke Ende kommt erst. Und das dicke Ende liegt dort, wo man immer das Herz der Zivilisation gesucht hat. Im Westen von Europa und in derselben Richtung über die Atlantis noch hinaus.

Wer den handelspolitischen Werdegang der letzten dreißig Jahre unter dem engeren Gesichtspunkte von Oesterreich-Ungarn im Kopfe hat, der wird sich erinnern, welche Bedeutung dem beigelegt worden ist, was man die „Reihenfolge der Verhandlungen" genannt hat. Vorerst Verträge mit dem Westen — stand auf der einen Flagge — auf der landwirtschaftlichen — nein, zunächst Verträge mit den Oststaaten — das war das industrielle Feldzeichen. Jeder hat der Führer sein wollen, der dran kommt. Damit seine Errungenschaften mit Benützung der Brieftasche des anderen bereits beglichen seien, bevor er selber zum Zahlen kommt. Das ist schließlich verständlich und vielleicht erinnert man sich auch noch, wie es zumeist ausgegangen ist. Agrarisch war Trumpf und arme Leute kochen mit Wasser. Infandum jubes regina renovare dolorem! Ueber diese Reihenfolge ist viel und erbittert gestritten worden. Bis zur Verbitterung. Das war die kleine Zeit, unsere — wenn man will — kurzsichtige Zeit vor dem Ausbruch des Weltkrieges. Und dann ist der Weltkrieg gekommen. Mit seinen Kriegserklärungen Tag für Tag. Und während des Weltkrieges haben sie beide mit einander nichts gehabt. Die Industrie keine Rohstoffe und die Landwirtschaft zu wenig Getreide und Vieh. Jetzt — nach Jahren der Kümmernis — reißt es siegreich auf. Wo? Wir erleben es: im Osten. Der ukrainische Vertrag, der großrussische Vertrag und der rumänische Präliminarfriede. Die Reihenfolge ist jetzt entschieden. In dem Sinn, wie es die Industrie mechanisch immer gewollt hat. Wird sie jetzt zufrieden sein? Also das ist einmal ganz sicher: damit allein noch nicht. Es kommt auf mancherlei anderes noch an. Nämlich für die Dauer, um flott arbeiten und kommerziell wieder leben zu können.

Diese Verträge, die zustande gekommen sind, sind fertig und nicht fertig. Alle Tage lesen wir, daß auf ihrer Unterlage mit Volldampf weiter kommissarisch verhandelt wird. Mehr als bloße Ausführungsbestimmungen. Neue Zusatzverträge. Handelspolitischer und anderer Inhalt, zu gießen in die durch die Friedensschlüsse geschaffenen Formen und Rahmen. Und das ist völlig einleuchtend. Denn die Friedensverträge an sich erschöpfen nicht das Um und Auf des Lebens. Sie sind die Voraussetzung, damit es wieder grün werden kann, damit natürliches Wachstum dort wieder einsetzen möge, wo jahrelang jetzt Verwüstung und Tod geherrscht haben. Wo einer dem anderen alles zu Fleiß getan hat, damit dieser andere zugrunde gehen müsse. An dem Zuschnitt der neuen Abmachungen aber mag man den Fortschritt erkennen, den die Menschheit trotz alledem, was wir schaudernd erlebt haben, ohne Rast und Ruh unaufgehalten macht. So wie eine neue Art der Kriegführung erstanden ist, die ganze Armeen blitzartig von einer Front zur anderen hinüberwirft — dorthin, wo man sie eben braucht — so erstehen auch neue Frieden. Frieden, denen an der Stirne die Erkenntnis geschrieben steht, daß die Einstellung der Feindseligkeiten fast noch das wenigste ist. Nicht der Endzweck, sondern das Mittel: Damit neues Leben blühe aus den Ruinen. Von diesen Frieden und den Vereinbarungen, die dazu gehören und zum Teil noch im Werden sind, wird man dereinst sagen, daß sie neue Typen begründet haben. Mit der alten Diplomatie ist es aus und eine neue ist auf den Plan getreten, deren die Welt bedürftig geworden war. Kein vieux jeu, das sich in Formelkram und Aeußerlichkeiten zu erschöpfen geneigt gewesen und die Wirklichkeit, die immer rauh ist, leugnen oder ignorieren hat wollen. Darum nenne ich die neuen Friedensverträge mit ihrem vielfach rein wirtschaftlichen Inhalt modern und spüre darin den Pulsschlag weltgeschichtlichen Fortschrittes. Die Methode der Kriegführung durch Hin- und Herwerfen großer Massen von einer Front zur anderen und die jüngst abgeschlossenen Sonderfrieden sind einander würdig. Es ist aber ganz klar, daß zu beiden ein hohes Maß von Tüchtigkeit und ein ausgereifter Verantwortungsernst gehören. Und wer das im höchsten Maße bewährt, der behält recht und wird Sieger. Doch davon habe ich nicht reden wollen, sondern von etwas anderem, das näher gelegen ist.

So oft ich die Verlautbarungen aus den Friedensverträgen durchgeschaut habe, immer bin ich zu einem Punkte gekommen, wo ich Halt habe machen müssen. Es heißt dort, daß dem Friedenspartner die Meistbegünstigung in Oesterreich-Ungarn zukommen wird. Vorbehaltlich jedoch der Sonderbehandlung, die zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland bündnismäßig vereinbart sein wird. Auf diese Sonderbehandlung werden die Friedenspartner also keinen Anspruch haben. Dies ist jedenfalls der Sinn der in den vorliegenden Veröffentlichungen enthaltenen Ausnahme von der Meistbegünstigung. Ueber die wortgetreue Formulierung bin ich nicht unterrichtet. Es braucht's auch dessen gar nicht. Denn die Sache ist klar und verständlich und schließlich auch gar nicht überraschend. Nämlich für den, der ihr Aufkommen von Anbeginn verfolgt hat. Das führt — wenn ich von sehr ernsten Anknüpfungen aus früherer Zeit hier absehe — direkt auf die ersten Wochen nach Ausbruch des Weltkrieges 1914, da Deutschland und Oesterreich-Ungarn beispiellos und unvergleichlich gegen eine Welt von Feinden zusammengestanden sind. Der vereinbarte Vorbehalt in den bekannt gewordenen Friedensverträgen spricht eine deutliche Sprache. Oesterreich-Ungarn und Deutschland sind darüber längst hinaus, das Sonderverhältnis zwischen sich als eine blaue Blume der Romantik anzuschauen. Praktisch und ungescheut, wie diese modernen Frieden angelegt sind, kann man sich darauf verlassen, daß die Sonderbehandlung zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland ernst gewollt ist und schon an der Schwelle steht. Bloß um die Schwierigkeiten der Verhandlung zu vermehren, haben die Zentralmächte den Vorbehalt der Sonderbehandlung nicht begehrt und nicht sichergestellt. Nein, gewiß nicht. Die Sonderstellung zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn ist ein Programmpunkt gegenüber urbi et orbi, und was die neuen Frieden darüber enthalten, bedeutet die internationale Anerkennung des Nasciturus. Freilich, das dicke Ende kommt auch hier noch. Bei den Friedensverträgen, die heute noch unterwegs im Felde stehen. So oft ich bei der Betrachtung der vorliegenden neuen Frieden zu dem Punkte gekommen bin, habe ich Halt machen müssen. Warum denn? Weil die Sache mächtig auf mich gewirkt hat. So ringt sich eine Idee durch! Ein weiter Weg in vielfach gebrochener Linie auf ein großes Ziel, auf ein uraltes Ziel. Ich könnte den Punkt, von dem ich da geredet habe, geradeso gut auch ein Fragezeichen nennen. Nicht mehr in dem Sinne, ob es schließlich und endlich dazu kommen wird. Darüber, vermeine ich, sind wir heute hinaus. Aber in einem anderen Sinne. Worin wird die Sonderbehandlung — dieser Nasciturus — bestehen und was werden ihre Wirkungen sein? Darüber kann uns — das ist klar — der Vertrag zum Beispiel mit der Ukraine keinen Aufschluß geben. Und ebensowenig wird der Friedensvertrag zum Beispiel mit England, wenn er einmal vorliegen und den gleichen Vorbehalt anerkennen wird, darüber die Augen öffnen können. Das werden wir überhaupt nicht aus den Friedensinstrumenten mit den Gegnern im Weltkrieg erfahren. Das wird Gegenstand der Vereinbarungen sein, die die Freunde im Weltkrieg, die zueinander gestanden sind durch dick und dünn vom ersten Tage bis zum glorreichen Ende, untereinander treffen: als die Krönung des Gebäudes. Wenn man aber die überragende Bedeutung kennt, die der Wechselverkehr zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland für die Gesamtheit unserer Wirtschaft hat, so mag man es begreifen, wenn ich geneigt bin, den Punkt, von dem hier die Rede war, heute immerhin noch als Fragezeichen auf mich wirken zu lassen. Von dessen seinerzeitiger Beantwortung wir mit einer nicht gewöhnlichen Spannung das Beste erhoffen.

Noch ein anderer Punkt ist mir aufgefallen. Habe ich das vorige Thema als völlige Klarheit des Zwecks empfunden bei noch unbekanntem Endeffekt, so muß ich diesen neuen Punkt sofort mit einem Fragezeichen versehen. Weil ich nicht weiß, ob ich ihn recht verstehe. Und wenn ich ihn recht zu verstehen glaube, so kommt mir ein Geruch von faisander — wienerisch nennt man es wildeln — in die Nase, der unterschiedlich von dem Nasciturus des früheren eher an Morituras zu erinnern vermag. Das Morgenblatt der „Neuen Freien Presse" vom 6. März enthält auf der zweiten Seite eine Darstellung „Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland". Dort lautet der Schlußsatz des dritten Absatzes: „Die im Sinne dieser Bestimmungen zugesicherte Meistbegünstigung gilt im Falle einer Aenderung der Zollverhältnisse innerhalb eines oder beider der vertragschließenden Teile auch für dessen einzelne Staaten." Was soll das heißen? Ich werde ein Beispiel sagen, wie ich es verstehe. Sollte das gemeinsame Zollgebiet Oesterreich-Ungarn in Brüche gehen, so gilt die Meistbegünstigung im Verhältnis zu jedem der beiden Staaten: Oesterreich und Ungarn. Also ich finde, daß das etwas wildelt. Aber ich spüre auch darin den modernen Zug der neuen Friedensverträge und der neuen Diplomatie: ungeachtet und ohne Versteckenspielen. Klarheit ist besser als ein Clair obseur, bei dem sich jeder denken zu können vermeint, was er will. Es würde mich höchlich interessieren, zu wissen, wer und was der Anlaß gewesen ist, diese just nicht auf der Hand liegende Frage in den Friedensverträgen anzuschneiden.

Frankfurter Zeitung

5/V. 1918

5

2 10

Vollversammlung des Deutschen Handelstages.

N Berlin, 4. Mai (Priv.-Tel.) Geheimer Kommerzienrat Deussen (Crefeld) erstattete Bericht über „Mißbrauch der Koalitionsfreiheit" (§ 153 der Gewerbeordnung). Den besonders aus den Kreisen der organisierten Arbeiterschaft stammenden Bestrebungen, auf Beseitigung der Bestimmungen, die den Mißbrauch der Koalitionsfreiheit bisher verhüten sollten, ständen erhebliche Bedenken gegenüber. Der Deutsche Handelstag habe von jeher auf dem Standpunkt gestanden, daß man Arbeitswillige bei Streiks nicht dem Terrorismus der Organisierten preisgeben dürfe. Die Ausführungen des Berichterstatters fanden die Zustimmung der Versammlung, man war sich allerdings darüber im Klaren, daß die Bestrebungen auf Abschaffung des § 153 nicht mehr aufzuhalten seien. Der mit großer Mehrheit gefaßte Beschluß lautet: „Der Deutsche Handelstag bedauert, daß nicht nur der in seiner Erklärung vom 20. Februar 1913 geforderte ausgiebigere Schutz der Arbeitswilligen gegen den Terrorismus der Streikenden unterblieben ist, sondern daß man jetzt sogar die letzte Schutzwehr, den § 153 der Gewerbeordnung, aufheben will. Er muß die ernstesten Bedenken gegen eine Maßnahme erheben, die wie ein Freibrief für das bisher Untersagte wirken und nicht eine Verstärkung der Koalitionsfreiheit, sondern des Koalitionszwanges bedeuten würde."

Dr. Brandt (Düsseldorf) sprach über die „Rohstoffversorgung nach dem Kriege", die zunächst dringendste Aufgabe der Uebergangswirtschaft. Es erscheine unmöglich, die Versorgung mit Rohstoffen und Halbzeugen ganz dem freien Handel zu überlassen, indessen bedürfe es dafür auch nicht der staatlichen Wirtschaft. Er begründet eine Erklärung, in der es heißt: „Die entbehrlichen Vorräte von Rohstoffen, Geräten und Maschinen, die die Heeresverwaltung und die Kriegsgesellschaften bei Kriegsende noch besitzen, sollen möglichst rasch und, soweit zweckmäßig, durch Vermittlung des freien Handels und unter Ausschluß monopolistischer Gesellschaftsbildung an die Privatbetriebe verteilt werden. — Was zunächst die Rohstoffeinfuhr betrifft, so darf diese insoweit und so lange gehemmt werden, wie es die Frachtraumknappheit der deutschen Schiffahrt verlangt. Die Frachtraumverteilung muß so aufgebaut werden, daß die Interessen der Verfrachter und Befrachter dabei genügend gewahrt sind. Ferner muß schon mit Rücksicht auf eine zweckmäßige Entlastung der Eisenbahnen die Sicherheit bestehen, daß die für das wichtige westdeutsche und süddeutsche Wirtschaftsgebiet bestimmten Güter über belgische und holländische Häfen eingeliefert werden können und die überseeische Ausfuhr dieser Gebiete auch über diese Häfen abgenommen wird. Die Einfuhr der Rohstoffe ist durch Rücksichten auf die Valuta im allgemeinen überhaupt nicht, die anderen Waren nur soweit zu hindern, wie dies durch die allgemeinen Einfuhrverbote oder Einfuhrbeschränkungen geschehen kann. Dagegen soll die Einfuhr durch Verweigerung von Zahlungsmitteln bei einzelnen Geschäftsabschlüssen nicht gehemmt werden, vielmehr ist die Bezahlung der Einfuhr mit Hilfe von Auslands-Anleihen und Guthaben und Kreditgewährung an Handel und Industrie zu fördern und die Zahlung mit fremden Zahlungsmitteln zu begünstigen. Solange die Rohstoffknappheit beim Uebergang zur Friedenswirtschaft anhält und soweit eine Notwendigkeit bei einzelnen Gewerben vorliegt, ist eine möglichst gleichmäßige Verteilung der eingeführten Rohstoffe und Halberzeugnisse nach der Leistungsfähigkeit der Betriebe und dem Umfange ihrer Beschäftigung in der letzten Friedenszeit auf der Grundlage von übertragbaren Bezugsrechten durch die Verteilungsstellen durchzuführen, die von den einzelnen Industrien selbst einzurichten und gemeinnützig zu verwerten sind. Der Rohstoffanteil, der im Kriege neu entstandenen ist nach Möglichkeit zu berücksichtigen. Für die Waren, die auf ausländischen Schiffen eingehen, oder für die keine deutschen Zahlungsmittel in Anspruch genommen worden sind, oder die auf langfristige Kredite geliefert werden, ist eine Bevorzugung zu gewähren. — Es darf weder den Verteilungsstellen der Industrie noch denen einer anderen Berufsgruppe die alleinige Verfügung über den Frachtraum und die ausländischen Zahlungsmittel zugestanden werden, vielmehr können die Verteilungsstellen der Industrie die Rohstoffeinfuhr nach Möglichkeit dem freien Handel überlassen. Es muß bestimmt erwartet werden, daß die amtliche Zusage eingelöst wird, wonach es in jedem einzelnen Zweige der Rohstoffeinfuhr zu einer Verteilung der Arbeitsgebiete zwischen Handel und Industrie kommt, die beide Teile befriedigt. Der Handel darf fordern, daß ihm ermöglicht wird, nach den ihm durch den Krieg auferlegten schweren Opfern schon in der Zeit der Uebergangswirtschaft wieder lohnende Arbeit zu erhalten und aus Gründen zweckmäßiger Bedarfsdeckung in der Volkswirtschaft seine frühere Aufgabe wieder zu übernehmen, die, wie die Kriegserfahrungen schlagend beweisen, nur von ihm gelöst werden kann. An der Verwaltung der Verteilungsstellen darf das Reich nicht beteiligt sein. Sein Einfluß auf die industriellen Verteilungsstellen ist vielmehr auf die Wahrnehmung der öffentlichen Interessen zu beschränken, und die Industrie muß besonders darauf Bedacht nehmen, diese Stellen rechtzeitig auflösen zu können. Nur im äußersten Notfall dürfen starke Bindungen von Industrie und Handel in der Form, wie sie das Reichswirtschaftsamt gegenwärtig für die Textilwirtschaft beabsichtigt, durchgeführt werden. Unter allen Umständen muß in denjenigen Wirtschaftsgebieten, wo ausreichende Rohstoffmengen verfügbar sind oder werden, jeglicher Wirtschaftszwang aufhören. Die Wareneinfuhr und die Warenausfuhr dürfen in keiner Form zur Erhebung von Abgaben ohne gesetzliche Ermächtigung benutzt werden. Mit allem Nachdruck muß darauf hingewiesen werden, daß alle Schwierigkeiten der Rohstoffbeschaffung nach dem Kriege und die Aufbesserung der deutschen Währung im Auslande mit einem Male ohne künstliche Eingriffe in die Volkswirtschaft überwunden sein werden, wenn wir durch die künftigen Friedensverträge eine genügend große Kriegsentschädigung erhalten und entweder ein Teil davon in Rohstoffen geliefert oder die Rohstofflieferung in anderer Weise sichergestellt wird. Die Reichsleitung wird gebeten, diese Forderungen bei den noch zu erwartenden Friedensschlüssen entsprechend zu vertreten. Bei diesen Verhandlungen ist die Zuziehung von industriellen und kaufmännischen Sachverständigen dringend zu fordern." — Die vorstehenden Punkte gelangten einstimmig zur Annahme.

Im Zusammenhang mit der für die Uebergangswirtschaft notwendigen Errichtung neuer Organisationen wies der Berichterstatter darauf hin, daß die Zentralisierung fast aller Stellen der Kriegs- und Uebergangswirtschaft in Berlin für die in größerer Entfernung von der Reichshauptstadt ansässigen Firmen, ganz abgesehen von den Opfern an Zeit und Geld, infolge der fortwährend notwendigen Reisen nach Berlin eine außerordentliche Erschwerung des Geschäftsbetriebes bedeute und bereits zu einer großen Gefahr für den Wiederaufbau und die spätere Entwicklung der übrigen Landesteile geworden sei. Es sei daher bei derartigen Einrichtungen für die Zukunft auf eine weitgehende Dezentralisation Bedacht zu nehmen und bei der Bildung und Zusammensetzung aller Reichsstellen, Beiräte, kriegs- und übergangswirtschaftlichen Organisationen für eine gerechte und gleichmäßige Vertretung aller Parteien des Reiches Sorge zu tragen.

Ueber die „Vertretung von Industrie und Handel im preußischen Herrenhaus" berichtete Dr. Frentzel (Berlin) als letzter Redner des ersten Sitzungstages und empfahl die Annahme der folgenden Erklärung: „Der Handelstag sieht in der Zuweisung von nur 72 Sitzen im preußischen Herrenhaus an die Vertreter von Industrie und Handel, wie sie von der Regierung in dem Entwurf eines Gesetzes betreffend die Zusammensetzung des Herrenhauses vorgeschlagen und von der Kommission des Abgeordnetenhauses in zweiter Lesung angenommen ist, eine Maßnahme, die der Bedeutung dieser Berufsstände nicht gerecht wird. Er fordert deswegen, daß die Zahl ihrer Vertreter in angemessenem Maße erhöht wird. Mit der Begründung des Entwurfes ist der deutsche Handelstag der Ansicht, daß die Handelskammern als gesetzliche Vertretungskörperschaften für Industrie und Handel die gegebenen Präsentationskörper bieten. Sollen neben ihnen auch die freien Verbände am Präsentationsrecht beteiligt werden, so darf ihnen doch nicht das Vorrecht der Präsentation der Leiter großer Unternehmungen gewährt werden, gegebenenfalls verlangt der deutsche Handelstag, daß er selbst als der umfassendste freie Verband für Industrie und Handel anerkannt und an dem Präsentationsrecht für die Leiter großer Unternehmungen beteiligt werde." Die Versammlung gab diese Erklärung einstimmig ab.

Pester L

Die Budapester Handels- und Gewerbekammer im dritten Kriegsjahre.

Budapest, 15. Mai.

Die Leitung der Budapester Handels- und Gewerbekammer hat kürzlich den Bericht über ihre Tätigkeit im Jahre 1917 veröffentlicht. Die ziemlich umfangreiche Arbeit mit ihren fast alle Gebiete des wirtschaftlichen Lebens behandelnden Referaten dokumentiert die Wichtigkeit des Zusammenschlusses der gemeinschaftlichen Interessen, die ohne eine derartige Zentralisierung bei den heutigen Verhältnissen ihre gerechten Ansprüche nur schwer oder gar nicht geltend machen könnten. Sie zeugt aber auch von dem Bestreben der Leitung, den erhöhten Forderungen der Kriegswirtschaft in möglichst vollkommener Weise nachzukommen. Zu diesem Behufe mußte sich auch die äußere Organisation der Kammer den neuen Verhältnissen anpassen. Um den Erscheinungen des praktischen Wirtschaftslebens auf breiteren Grundlagen Rechnung tragen zu können, hat die Kammer mit den Vertretern aller Wirtschaftsschichten stets enge Fühlung unterhalten, wodurch sie ihre Tätigkeit nicht nur den wirtschaftlichen Problemen der Gegenwart, sondern auch den Fragen des Ueberganges zur Friedenswirtschaft widmen konnte.

Der Bericht über den Handel im dritten Kriegsjahre stellt mit Bedauern fest, daß die Einschränkung des freien Handels in dieser Periode immer größere Dimensionen angenommen hat. Eine der Ursachen dieser fortschreitenden Zentralisierung des Handels war die in weiten Kreisen verbreitete Anschauung, daß für die Teuerung und den Warenmangel hauptsächlich die Kaufmannschaft verantwortlich sei. Wie irrig jedoch diese Annahme war, erwies sich klar, als die nach Ausschaltung des freien Handels im Wege der Zentralen erfolgte Warenbesorgung nichts weniger als tadellos funktionierte. Die bei den Zentralen bestehenden Mißstände haben die Kammer dazu bewogen, in einem der Regierung unterbreiteten Elaborat sowohl die organisatorischen wie die individuellen Fehler dieser Organisationen darzulegen und entsprechende Maßnahmen zur Sanierung der Uebel zu verlangen. Ebenso wurde über die neue Verordnung betreffend den Kettenhandel ein Memorandum ausgearbeitet, das unter Betonung der Notwendigkeit der Verhinderung der unbefugten Geschäfteleien namentlich mit Lebensmitteln gegen jede Einschränkung der Rechte des legitimen Handels Verwahrung eingelegt hat. Die Regierung hat denn auch die Argumente der Kammer voll und ganz gewürdigt. Als eine weitere Folge der handelsfeindlichen Gesinnung kann jene ministerielle Verordnung angesehen werden, auf Grund deren auch die im Hinterlande befindlichen Zivilkaufleute in Heereslieferungsprozessen willkürlich der Kompetenz der Militärgerichte unterworfen wurden. Auch zur Behebung dieses Gravamens mußte bei der Regierung eingeschritten werden, was zur Folge hatte, daß diese Prozesse nach und nach den Zivilgerichten übergeben und die neuangestrengten Klagen in die Kompetenz der letzteren verwiesen wurden.

Einen wichtigen Gegenstand der Fürsorge der Kammer bildete die Frage unseres Außenhandels. Wir bedürfen der Einfuhr vieler wichtiger, im Inlande nicht in genügender Menge vorhandener Artikel, während ein je umfangreicherer Export zur Anbahnung unserer späteren Interessenverbindungen, sowie zur Hebung unserer Valuta notwendig erscheint. Auch hier griff die Kammer mit entsprechenden Maßregeln helfend ein. Eine alte Klage der Interessenten bildete der Umstand, daß die Gesuche um Ein- und Ausfuhrbewilligungen bei den kompetenten Stellen sehr schleppend erledigt wurden, so daß diese Verzögerung sehr oft zum Scheitern des ganzen Unternehmens führte. Es wurde daher an das Handelsministerium eine Eingabe gerichtet, in der die Errichtung einer Import- und Exportkommission vorgeschlagen wurde, die in ihren wenigstens wöchentlich einmal zu haltenden Sitzungen die inzwischen eingelangten Gesuche erledigen soll. Wenn auch die Interessen des ungarischen Handels bei der Zusammensetzung dieser Kommission nicht vollkommen berücksichtigt wurden, ist diese Kommission doch gebildet worden, was eine bedeutende Beschleunigung des Geschäftsganges zur Folge hatte. Mit der Durchfuhr und Einfuhr der Waren aus Deutschland hatte es auch seine besonderen Schwierigkeiten. Besonders wurde dagegen Klage erhoben, daß die deutsche Regierung die dem Export freigegebenen Erzeugnisse ihrer Industrie bloß dann ausführen läßt, wenn sich der Käufer „eidesstattlich" verpflichtet, sie bloß innerhalb der Grenzen seines Landes in den Verkehr zu bringen. Ferner darf auf Lager nichts abgegeben werden, sondern die Sendung muß direkt an den Verbraucher adressiert werden. Gegen die Aufhebung dieser den inländischen Transithandel schwer schädigenden Verfügungen wurden von seiten der Kammer ebenfalls Schritte unternommen. Auch zur Hebung des Exportes wurde von seiten der Kammer alles aufgeboten, um den Exporteuren über die Schwierigkeiten der Valuta- und Transportmittelbeschaffung, der Liniensperre usw. hinwegzuhelfen. Es wurde die Errichtung einer Ausfuhrzentrale angeregt, die all diese Vorarbeiten erledigen und auch anderweitig, wie durch Eröffnung neuer Exportgebiete, Angabe kurrenter Absatzartikel usw. den Exporteuren an die Hand gehen soll. Es wurde vorgeschlagen, zur Versehung dieser Agenden das Ungarische Warenverkehrsbureau entsprechend zu erweitern, da sich diese Anstalt auch bisher bei der Abwicklung unseres Orientverkehrs Verdienste erworben hat.

Die sich stets schwieriger gestaltende öffentliche Verpflegung veranlaßte die Sektion für Ernährungswesen, im Interesse der Behebung mancher Unzukömmlichkeiten einzuschreiten. Durch die Zentralisierung der meisten Lebensmittel wurden die Existenzbedingungen des Kleinhandels arg gefährdet, obwohl später in überzeugender Weise nachgewiesen wurde, daß eine anstandslose Verteilung der Lebensmittel nur durch die Wiedereinschaltung des Kleinhandels möglich ist. Entsprechende Vorschläge, die an kompetenter Stelle volle Berücksichtigung fanden, ergaben, daß die Versorgung der Bevölkerung mit Erdäpfeln, Fett und Butter sich weit günstiger als bisher gestaltete. Zur Sicherstellung des nötigen Milchquantums wurde gefordert, daß die Milchprodukte ebenfalls bloß zu entsprechenden Höchstpreisen in den Verkehr gebracht werden dürfen. In den Beratungen bezüglich der Eierversorgung wurde von der Einführung der Eierkarte abgesehen, da dieses System mit der speziellen Lage unserer Eierproduktion unvereinbar ist; hingegen wurde im Einvernehmen mit der Budapester Eierbörse die Errichtung eines Eierverkehrsbureaus beschlossen, das denn auch die glatte Eierversorgung des Konsums bestmöglich bestritten hat. Die Zuckerversorgung gab besonders von seiten der mit der industriellen Verarbeitung des Zuckers sich befassenden Kreise zu mehrfachen Klagen Anlaß. Während des Krieges wurden zumeist zur unbefugten Erlangung des Zuckers zahlreiche Konditoreien errichtet, die den ohnehin geringen Zuckervorrat für sich erwarben, so daß die früheren alten Zuckerwarenfabriken fast mit leeren Händen ausgingen. Es wurde daher von seiten der Kammer der Zuckerzentrale ein Memorandum unterbreitet, in dem unter anderem gefordert wurde, daß die Zuckerverteilung im Wege einer aus Mitgliedern der Zuckerzentrale, der Gewerbekorporation, sowie der Kammer bestehenden Kommission geschehe und daß dafür gesorgt werde, daß das zur Verfügung stehende Zuckerquantum in erster Reihe den schon vor dem Kriege vorhanden gewesenen Konditoreien zukomme.

Die schwere Lage, in die unsere Industrie durch den Krieg gelangte, äußerte sich vornehmlich in dem Mangel an Rohstoffen und Arbeitskräften. Es war daher eine Hauptsorge der Kammer, die Beschaffung der Rohstoffe zu erleichtern und die zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte nach Möglichkeit in den Dienst der Industrie zu stellen. Die schwierigen Produktionsverhältnisse hatten naturgemäß zur Folge, daß sich die Preise der Industrieartikel ebenfalls wesentlich erhöhten. Demzufolge wurde der Vorschlag einer entsprechenden Preismaximierung der Industrieartikel erwogen. Die Kammer nahm in dieser Angelegenheit den Standpunkt ein, daß die Preisfixierung nur bei jenen Artikeln erfolgen könne, zu deren Fabrikation die Rohstoffe im Inland in entsprechenden Mengen und Preisen zur Verfügung stehen und bei denen die Beschränkung des inländischen Konsums in solchem Maße möglich erscheint, daß ein Import vom Ausland entbehrlich ist. Ferner soll sich diese Feststellung von Höchstpreisen bloß auf Gegenstände des allgemeinen Gebrauchs, sowohl auf Halb-, wie auf fertige Fabrikate beziehen und endlich müsse sie auch in Oesterreich eingeführt werden.

Die Finanzsektion wandte ihr Interesse besonders den neuen Steuergesetzvorlagen zu. Die Wekerleschen Steuervorlagen hätten in ihrer Originalfassung den Unternehmungsgeist in ungünstigem Sinne stark beeinflußt. Es wurde daher gefordert, daß der progressive Einkommensteuerschlüssel bei jedem Produktionszweige gleichmäßig zur Anwendung komme, da sich sonst der Kaufmannsstand den Agrariern gegenüber stark im Nachteil befände. Ebenso ungerecht erschien das Fallenlassen des Rentabilitätsprinzips, die Beibehaltung einer ständigen Kriegsgewinnsteuer, sowie der 60prozentige Kriegszuschlag zur Erwerbsteuer dritter Klasse. Ein alle diese Gravamina der Handelswelt zusammenfassendes Memorandum wurde dem Finanzministerium vorgelegt.

Die destruktive Wirkung der Kriegsverhältnisse machte sich besonders bei der allgemeinen Verschlechterung des Transportwesens geltend, die sich in den permanent gewordenen Verkehrseinschränkungen, in dem allmählichen Verfall des Wagenparks und in der starken Abnahme der Transportsicherheit äußerte. Die fortwährenden Beschwerden veranlaßten die Kammer, Ursachen und Verbesserungsmöglichkeiten des Transportwesens zu untersuchen. In den dem Handelsministerium in dieser Angelegenheit unterbreiteten Elaboraten wurde zur Behebung der Verkehrsmiseren eine die bessere Ausnützung der Eisenbahnwaggons und die Verlegung der militärischen Anstalten nach dem Felde näherliegenden Gebieten vorgeschlagen, um die unnötig weiten Pendelfahrten zu ersparen, ferner wurde verlangt, daß wenigstens ein Mitglied des Volksernährungsamtes zur Zentraltransportleitung eingeteilt werde. Die Diebstähle an Postsendungen haben im dritten Kriegsjahre eine erschreckende Höhe erreicht. Fast das Zwanzigfache der Friedensverluste ist zu beklagen, was besonders wegen der schweren Neubeschaffung der meisten Waren einen nicht gutzumachenden Schaden bedeutet. Durch die Besserung der sozialen Lage der Eisenbahnbediensteten, die strengere Beaufsichtigung der Bahnhofanlagen, die obligatorische Transportversicherung, sowie die Begleitung der wertvolleren Sendungen, wie sie bei lebenden Tieren erfolgt, könnte diesen Uebelständen abgeholfen werden. Auch gegen die neuerliche Tariferhöhung der Staatsbahnen wurde Einspruch erhoben, da die heutigen Kriegspreise zur Anlegung eines neuen Tarifbaremes nicht geeignet erscheinen und daraus in der Friedenswirtschaft eine große Schädigung des Handels und der Industrie erwachsen würde. Die Kammer verwahrte sich auch gegen die österreichfreundliche Tendenz der Tariferhöhungen, die durch die Beibehaltung der alten Getreide- und Viehtarife das Gravitieren der ungarischen Agrarprodukte nach Oesterreich begünstigt. Der tunlichst rasche Ausbau des Budapester Handelshafens bildete als besonders dringende Verfügung ebenfalls Gegenstand eingehender Verhandlungen.

Die sozialpolitische Sektion arbeitete in Angelegenheit der Sperrstunde der Geschäfte, der entsprechenden Besoldung des weiblichen Hilfspersonals in den Gastwirtschaften, der Erhöhung der Krankenversicherungsgrenze der Privatangestellten usw. entsprechende Vorlagen aus, die an kompetenter Stelle volle Berücksichtigung fanden. In dem Berichte wird noch die Tätigkeit der zum Schutze der Außenstände ungarischer Gläubiger in Rumänien errichteten Ungarischen Zentrale der in Rumänien interessierten Gläubiger sowie der Gläubigerzentrale der südöstlichen Okkupationsgebiete (Serbien) gewürdigt, die bereits einen großen Teil der nach vielen Millionen gehenden Außenstände eingebracht haben.

Einige Zahlen beleuchten den Verkehr der einzelnen Aemter der Kammer: Im Jahre 1917 wurden 1216 Zeugnisse für Einfuhrbewilligungen aus Deutschland ausgestellt, 2028 Gutachten in Preistreibereiangelegenheiten erteilt, 683 ausländische und 587 inländische Schutzmarken registriert, 8868 Enthebungsgesuche geprüft und 54 verschiedene Sektionssitzungen gehalten. Der Stand der volkswirtschaftlichen Bibliothek betrug Ende 1917 35.344 Bände.

Aus dem Berichte erhalten wir ein klares Bild unseres Wirtschaftslebens im Jahre 1917; er wird daher stets ein historisches Dokument des Ringens, aber auch des Durchhaltens des Landes in diesen denkwürdigen Tagen bleiben.

Dr. R. M.

Tägliche Rundschau

18.

18./V.1918

214

Der olle ehrliche Schleichhandel.

Hamlet würde sagen: „Schreibtafel her, ich muß mir's niederschreiben!" Nämlich, daß Dr. August Müller, der sozialdemokratische Unterstaatssekretär im Kriegsernährungsamt, zu gleichen Teilen gesalbt mit bürokratischem und demokratischem Oel, berufen, den Schleichhandel zu strafen und überflüssig zu machen, dem Gehege seiner Zähne hat das Geständnis entschlüpfen lassen, daß „der Schleichhandel insofern seine Aufgabe erfüllt habe, als er einen großen Teil der Bevölkerung gut über den Winter gebracht hat". Na also. Was will man mehr? Herr v. Waldow, der zurzeit damit umgeht, eine bisher ungelöste Aufgabe dadurch zu lösen, daß er gegen den Schleichhandel neue und schärfere Strafbestimmungen durchsetzt, sollte sich die Sache nach diesem Urteil des ihm so nahestehenden Dr. Müller doch noch dreimal überlegen. Was soll werden, wenn diese neuen Strafbestimmungen wirklich den braven Schleichhandel davon abschrecken sollten — wir halten die Gefahr allerdings für gering — „seine Aufgabe zu erfüllen". Kann Herr v. Waldow wirklich auf diesen wertvollen Bundesgenossen verzichten? Sägt er mit seinen Strafbestimmungen nicht am Ende gar an dem Ast, auf dem er sitzt? Nach dem Geständnis Doktor Müllers, der diese Krankheit doch kennen muß, wäre das Kriegsernährungsamt ja unabweislich auf die Mitarbeit des soliden Schleichhandels angewiesen, der zu festen Wucherpreisen beinahe alles liefert, was man sonst nicht haben kann. Warum also wüten gegen eine Institution, die nachgerade zu denen gehört, denen wir, wie etwa dem seßhaften Grundbesitz, schon eine gewisse Sonderberechtigung zuerkennen? Ist nicht der solide Schleichhandel mit Mehl, Zucker, Butter, Socken, Unterhosen und Mandelseife heute dank den fabelhaften Entwicklungsmöglichkeiten, die unsere Kriegswirtschaftspolitik ihm gelassen hat, nicht etwas historisch gewordenes, mit Rechten in sich selbst, die man nicht so ohne weiteres von rohen Büttelhänden sollte antasten lassen?

Es ist nicht die Rede von den unerträglichen Unsauberkeiten, die spekulative Ladenmädchen täglich neu in unser Leben einzuführen suchen. Kein Wort zugunsten des Schuhfräuleins, das gegen ein Pfund Speck den Tipp gibt, wann die nächste Schuhsendung eintrifft. „Ecrasez l'infâme!" Es ist die Rede hier nur von dem soliden, ehrlichen Schleichhandel, dem der Unterstaatssekretär im Kriegsernährungsamt selbst bestätigt, daß er „seine Aufgabe erfüllt", daß er „einen großen Teil der Bevölkerung gut über den Winter gebracht hat". Eine Aufgabe, wahrhaftig des Schweißes der Alleredelsten wert. Wer wollte also diesen von Herrn Dr. August Müller, Unterstaatssekretär, also belobten Edlen künftig Handschlag und Gruß und Dank als Mensch und Bürger weigern, wenn sie mit ihren guten Gaben an seine Hinter- oder Vordertüre klopfen? Mögen die Strafbestimmungen gegen sie sprechen. Der Unterstaatssekretär Dr. Müller und die Dankbarkeit, die Liebe, das Vertrauen der Nation, die Schätzung von hoch und niedrig sprechen für sie; ihre gute Ware, ihre festen Preise (das Ei zu 90 Pf., das Pfund Butter zu 21 M., das Pfund Speck oder Schinken zu 18,50 M., das Pfund Mehl oder Zucker zu 5 M., alles ohne Handeln, ohne Feilschen, einfach nach der schlichten Losung „Geld oder Leben") — all das spricht für sie. Ehe ein hoher Bundesrat also einen so wertvollen Faktor unseres Kriegsernährungswesens mit dem glühenden Eisen seiner Strafbestimmungen ausmerzt, sollte er sich genau überlegen, ob er auch in der Lage ist, die vom Unterstaatssekretär Müller anerkannten, vom Kriegsernährungsamt bisher nicht erzielten segensreichen Wirkungen des Schleichhandels auf anderem Wege zu erzielen.

Nicht nur in den hohen Kreisen der Bürokratie, denen der Unterstaatssekretär Müller angehört, segnet man mit der linken Hand die Verdienste des Schleichhandels, den man mit der Rechten erwürgen will. Auch dort, wo rein und lauter das Herz des Volkes in Biederkeit schlägt, im „Vorwärts" nämlich, auch dort segnet man den soliden, sozusagen den bürgerlichen, den demokratischen Schleichhandel und zieht eine scharfe Grenze zwischen ihm und dem kapitalistischen Großwucher. Mit zitterndem Herzen tut der „Vorwärts" Einspruch gegen die Möglichkeit, daß durch die neuen drakonischen Strafbestimmungen gegen den Schleichhandel auch der ehrliche, kleinbürgerliche oder demokratische Hamster getroffen werden könnte. Der „Vorwärts" hat ganz recht: „Mit der polizeilichen und strafrechtlichen Bekämpfung dieses wucherischen Schleichhandels ist es nicht genug, das Kriegsernährungsamt wird beweisen müssen, daß es die Leistungen dieses Schleichhandels überflüssig macht und der Großstadtbevölkerung die zum Leben unent-

Vossische Zeitung 23/V. 1918

23
221

Kein Friede ohne Rohstoffe.

Von

Rücker Emdden.

Neben anderen großen Zukunftsfragen gewinnt das Problem der Versorgung Deutschlands mit gewerblichen Rohstoffen und Nahrungsmitteln nach Beendigung des Krieges immer mehr an Bedeutung. Die durch den Wirtschaftskrieg — besonders durch die damit verbundene Absperrung aller Zufuhren — hervorgerufene Lage wird vielfach als eine vorübergehende angesehen. Es wird angenommen, daß nach Kriegsende bald normale Versorgungsverhältnisse wiederhergestellt sein werden. Das ist grundfalsch!

Es ist fast ein Wunder, daß wir, bald 4 Jahre von aller Welt abgeschnitten, fast ganz auf uns selbst angewiesen, den Krieg erfolgreich führen konnten. Möglich war es nur durch äußerste Beschränkung im Verbrauch, gleichzeitiger Steigerung der Produktion und durch eine Ersatzwirtschaft, die glänzendes Zeugnis ablegt von der technischen Ueberlegenheit und dem genialen Erfindergeist des deutschen Volkes. Auch wenn der Krieg noch jahrelang dauern sollte, würden wir in der Lage sein, ihn, ganz auf uns selbst gestellt, aus eigenen Hilfsmitteln und unter Zuhilfenahme der aus den von uns eroberten Gebieten stammenden, siegreich zu Ende zu führen.

Zum Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens nach Beendigung des Krieges können wir die Zufuhren von gewerblichen Rohstoffen und Nahrungsmitteln nicht in diesem Umfange entbehren; im Gegenteil, wir sind darauf angewiesen, um für unser hartgeprüftes Volk baldmöglichst bessere Lebensbedingungen zu schaffen und unserer Industrie, auf der unsere wirtschaftliche Macht und Größe beruht, die baldige Umstellung von der Kriegs- auf die Friedenswirtschaft zu ermöglichen und mit ihren Erzeugnissen den Weltmarkt zurückzuerobern.

Die Lage, in der wir und unsere Verbündeten uns bei Kriegsende hinsichtlich der Versorgung mit Rohstoffen und Nahrungsmitteln befinden werden, ist aller Welt bekannt. Auch ohne den nüchternen und rücksichtslosen Geschäftssinn der Engländer und Amerikaner besonders zu berücksichtigen, ist es naheliegend und durch viele Anzeichen und Nachrichten bestätigt, daß unsere Feinde — besonders England und Amerika — alles aufbieten wollen, um diese Lage zu ihrem Vorteil auszunutzen. Sie werden versuchen, uns als gewerbliche Produzenten auszuschalten und uns allenfalls noch als Abnehmer ihrer industriellen Fabrikate eine Lebensberechtigung einzuräumen.

Je weniger Erfolg sie auf militärischem Gebiete haben, desto mehr werden sie versuchen, uns auf wirtschaftlichem Gebiet zu überwältigen. Fast alle wichtigen Waren, wie Weizen, Kraftfuttermittel, Reis, Schmalz, Speck, Baumwolle, Wolle, Jute, Phosphate, Kautschuk, die meisten Metalle u. a. m., werden von England und Amerika, ihren Verbündeten und den von ihnen in politische und wirtschaftliche Abhängigkeit gezwungenen neutralen Ländern kontrolliert. Dadurch sind wir vorläufig für den Bezug von Rohstoffen und Nahrungsmitteln fast ausschließlich von der Entente und ihrem Anhang abhängig. Es kommt dazu als erschwerender Umstand, daß England in rücksichtslosester Weise alle ihm erreichbaren deutschen Auslandsunternehmungen ausgemerzt hat, bei gleichzeitiger Unterstützung der eigenen Industrie zur Eroberung der Märkte, die bisher von Deutschland versorgt wurden. Ferner, daß unsere Feinde dauernd in Fühlung mit den ausländischen Märkten stehen, während wir von der Welt abgeschnitten sind und unsere Beziehungen erst allmählich wieder anknüpfen müssen.

Durch Beherrschung des Kabelnetzes kann England außerdem den deutschen Geschäftsverkehr ganz außerordentlich stören. Der deutsche Kaufmann wird daher in ausländischen Produktions- und Absatzländern auf alle Fälle später seine Geschäfte wieder aufnehmen können als die Kaufleute der uns jetzt feindlichen und der neutralen Länder.

Angesichts dieser Lage erscheint die Beschaffung der nötigen Rohstoffe und Nahrungsmittel durch private Initiative auf Grund freier Verträge völlig ausgeschlossen. Sie würde nicht imstande sein, den feindlichen Ring zu durchbrechen, selbst wenn im Friedensvertrag ausbedungen wird, daß der Handelskrieg nicht fortgesetzt werden darf. Es ist ein leichtes für die feindlichen Regierungen, sich nach außen hin an die Vertragsbestimmungen zu halten, insgeheim aber den während des Krieges gewonnenen Einfluß auf das eigene Wirtschaftsleben zur Erreichung ihrer Ziele — das deutsche Wirtschaftsleben zu knebeln — auszunutzen.

Eine befriedigende Lösung der Frage der Versorgung mit Rohstoffen und Nahrungsmitteln kann nur durch Abmachungen von Staat zu Staat im Friedensvertrag erfolgen. Es fragt sich nun, wie soll das geschehen? Die einfache Abmachung, daß kein Volk Maßnahmen ergreifen darf, um den Handel oder die Versorgung des anderen zu schädigen oder zu erschweren, genügt keineswegs. Selbst die Festsetzung von Ausfuhrkontingenten würde uns keine